PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

47

Siebenundvierzigster Jahrgang

1953

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: «Vereinigung Freunde der Neuen Wege»

84955
V·47
1953

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Krijn Strijd: Wollte Gott uns in dieser Katastrophe etwas sagen?	113
Albert Böhler: Der lebendige Herr	157
Reinhold Schneider: Der Ruf der Stunde	253
Albert Böhler: Auf Jesus schauen	325
Leonhard Ragaz: Minderheiten	381
Leonhard Ragaz: Christus und die Magie der Politik	430
Albert Böhler: Weihnachten 1953	432

Gedichte

H.: An einen christlichen Mitbruder	46
Ethel Rosenberg: If we die (Wenn wir sterben)	340
Joh. Christoph Blumhardt: Weihnachtslied	429
Erna Hintz-Vonthron: In letzter Stunde	439
Vittoria Colonna: Epilog (übersetzt von Hans Mühlestein)	489

Religiöse Fragen

Der Ferienkurs auf dem Flumserberg: Krijn Strijd: Unsere Stellung zur Politik	1
Krijn Strijd: Kommunismus und Religiöser Sozialismus	65
Ludwig Simon: Jesus Christus und die Politik	120, 162
Arnold Lüscher: Der Weg zum Leben	205
Alfred Daniel: Marxismus und Christentum im Kampf um die geistige Weltvormachtsstellung	254
Hugo Bergmann: Gottesfinsternis (Zu einem Buch von Martin Buber)	345
Erich Bloch: Was will die Gemeinschaft der Freunde Jesu in Israel?	397
Martin Buber: Zwischen Religion und Philosophie (Antwort an Hugo Bergmann)	436
Johannes Fleischer: Das neue Gebot	440
Diedrich Meyer-Klügel: Die Irrlehre vom «gerechten Krieg»	450

Zur Kultur- und Geistesgeschichte

Mathilde Plank: Die Ursachen der allgemeinen Angst	14
Der Ferienkurs auf dem Flumserberg: Konrad Farner: Kommunismus als Ethos	50
Nikolai Berdjajew – Eugène Porret: Das Poblem der Freiheit	82
Serge Radine: Ignace Lepp, ein Wegweiser des heutigen Frankreich	168

Seite

Leonhard Ragaz: Die geistigen Grundlagen des Friedens 220

Hugo Kramer: Unsere Schuld am Kommunismus (Zu einem Buch von Emil Fuchs) 267

Alb. Böhler: Zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Kommunismus (Zu Büchern von Karl Kupisch, Emil Fuchs) 271

Nikolai Berdjajew: Widersprüche des Marxismus 281

X.: Die Rosenbergs 327

H.: Der Feldprediger 349

Serge Radine: Eine Vorkämpferin für soziale Frauenemanzipation: Mary Wollstonecraft 400

Jean Gebser: Der Wandel unseres Weltbildes (Vorwort zu des Autors Buch «Ursprung und Gegenwart») 456

Politische und soziale Fragen

Hugo Kramer: Es geht wieder gegen die Juden 83

A. Jacobus: Das Weltfriedensjahr 127

Wilfred Wellock: Muß der Westen seinen Lebensstandard senken? 198

Erich Bloch: Das neue Israel 341

Arthur Radwitz: Eine Stimme aus Berlin 350

Von Menschen

Otto Herrmann: Arnold Lüscher † 216

S. Oe.: Dem Gedächtnis von Pfarrer Arnold Bovet 218

J. Wr.: Josefine Helbling zum 70. Geburtstag 302

Zitate, Worte

Worte von Leonhard Ragaz 1

Walther Goes: Aus dem Leben – für das Leben 46

Auferstehungsglaube, Leonh. Ragaz: «Jesus» 49

Blumhardt-Worte 49

Aus der Schau eines Lebendigen, Leonhard Ragaz: «Zur Neuorientierung der religiös-sozialen Bewegung» 50

Roosevelt-Worte 174

Worte aus Amerika 201

Ein Wort von Vinet 202

Man muß das Evangelium lieben . . ., Blumhardt: «Gottes Reich kommt!» 205

Erneuerndes Licht, Chr. Blumhardt 326

Ein Wort zur Weltstunde, Martin Buber: «Geltung und Grenze des politischen Prinzips» 435

Weltrundschau (Dr. Hugo Kramer)

	Seite		Seite		Seite
Januar	28	Mai	179	September	359
Februar/März	90	Juni	232	Oktober	409
April	145	Juli/August	304	Nov./Dez.	464

Von Büchern

	Seite
Karl von Greyerz' Briefe (Margarete Susman)	24
Serge Radine «Ferrero exilé» (H. K.)	111
Hermann Rauschning: Ist Friede noch möglich? (Alfred Daniel)	141
Margarete Susman: Aus sich wandelnder Zeit (Albert Böhler)	231
Russische Heiligenlegenden (Albert Böhler)	295
Konrad Farner: Moskau in der Jahrhundertmitte (C. W.-St.)	301
Nicolai Berdjajew: Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar (A. B.)	427
Nicolai Berdjajew: Das Ich und die Welt der Objekte (A. B.)	428
Sarvapalli Radhakrishnan: Die Gemeinschaft des Geistes (A. B.)	428 ff.
Leonhard Ragaz: Mein Weg (Albert Böhler)	457
Margarete Susman: Gestalten und Kreise (Carmen Weingartner-Studer)	460
Theodor Steinbüchel: Sozialismus (Albert Böhler)	461
Rudolf Daur: Warum eigentlich? (Albert Böhler)	462
Karl Barth: Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens (Albert Böhler)	462
Hermann Diem: Die politische Verantwortung der Christen heute (Albert Böhler)	462
Hans-Joachim Kraus: Prophetie und Politik (Albert Böhler)	462
Christoph Blumhardt: Das heilige Abendmahl (Albert Böhler)	463
August Vilmar: Die Zukunft des Christentums (Albert Böhler)	463
Ludw. Hofacker: Das Heil in Christus (Albert Böhler)	463
Johannes Fleischer: Katholischer Wehrbeitrag gestern und heute (A. B.)	463

Berichte, Aufrufe, Mitteilungen, Redaktionelles, Kundgebungen

Redaktionelle Bemerkungen	47
Aufruf der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit	47
Redaktionelle Bemerkungen	111
Redaktionelle Bemerkungen	202
Bericht über die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge	205
Redaktionelle Bemerkungen	252
Redaktionelle Bemerkungen	324
Redaktionelle Bemerkungen	379
Bericht über den Ferienkurs auf dem Flumserberg (C. W.-St.)	406
Kundgebung der Holländischen Abteilung «Kirche und Frieden» der International Fellowship Reconciliation	454
An unsere Leser	490

Stellungnahme

	Seite
Stellungnahme	138
Stellungnahme	173
Stellungnahme	298

Worte von Leonhard Ragaz

Wir müssen unser ganzes Sein immer mehr auf das eine konzentrieren: Gottes Kommen zu verstehen und für ihn bereit sein. In solchen Zeiten gibt es nur die eine Rettung und nur eine Aufgabe: frei zu werden für Gott. Nur der tiefste und gesammeltste Ernst der Seele ist in solchen Zeiten dem Verständnis des Willens Gottes gewachsen. Da muß alle Spielerei und Tändelei, alle Verzettelung, Schläfrigkeit und Halbheit aufhören. Es muß ganzes Tun und Wesen sein.

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Unsere Stellung zur Politik

Bis jetzt hatten wir in diesem Ferienkurs vier Vorträge. Es wurde über «Der prophetische Glaube und die Politik», «Jesus Christus und die Politik», «Die Gemeinde und die Politik» und danach «Das Verhältnis von Katholizismus und Protestantismus zur Politik» behandelt. Ich erhielt den Auftrag, über das Thema «Unsere Stellung zur Politik» zu sprechen.

Der christliche Glaube als Fundament

Das entscheidende Element in unserer Stellung zur Politik ist das christliche. Ich hebe das als erstes besonders hervor. Leider ist das Christentum zu häufig mehr Ornament als Fundament. Das ist besonders wahr, wenn es unsere Haltung der Politik gegenüber betrifft.

Immer mehr komme ich zu der Überzeugung, daß wir, wenn das Christentum nicht Ornament, sondern Fundament ist, auch über politische Probleme grundlegend anders denken und sprechen und, was noch wichtiger ist, auch hinsichtlich allerlei Punkten grundlegend anders handeln.

Christentum, das sich nicht zu einem Ornament hat degradieren lassen, stellt eine immer wieder aufs neue aufsprudelnde Kraftquelle dar. Das bedeutet, daß wir uns völlig vom Geist der Propheten und vom Geiste Christi durchtränken lassen.

Unsere Stellung zur Politik wird und ist und bleibt einschneidend anders, wenn wir, was das Alte Testament betrifft, die Botschaft der Propheten, wie Amos und Jeremias, auf uns einwirken lassen. Dann werden immer zwei Linien in unserm Urteil und unseren Taten zu erkennen sein:

die Linie des radikalen Gehorsams und die der Barmherzigkeit. Was das Neue Testament betrifft, dürfen wir nie das Wort von Jesus Christus vergessen: «Seht, ich sende Euch als Schafe mitten unter die Wölfe!» (Matth. 10, 16.) Und dabei die tröstende und ermutigende Verheißung: «Ich bin bei Euch alle Tage.» (Matth. 28, 20.) Auf diese Weise wird es uns gelingen, der apostolischen Ermahnung «Stellet Euch nicht dieser Welt gleich!» und «Laßt Euch nicht durch das Böse überwinden, sondern überwindet das Böse mit Gutem!» zu gehorchen. (Röm. 12, 2 und 21.)

Ich betone diesen Punkt nicht aus nichtssagender, sogenannt erbaulicher Überlegung. Wenn unsere Stellung zur Politik nicht ganz unter dem Einfluß des Geistes der Propheten und von Jesus Christus steht (eigentlich müßte ich die Reihenfolge umkehren und sagen: unter dem Geiste von Jesus Christus und der Propheten), dann nehmen wir als Christen nicht die rettende Ausnahmestellung ein, wozu wir von Christus in dieser Welt gerufen sind.

Wir müssen in unserm persönlichen Leben soviel Zucht aufbringen, daß wir versuchen genug Zeit zu finden, dem Neuen und dem Alten Testament Gelegenheit zu geben, Einfluß auf uns auszuüben. In der Bibel zu lesen, hat immer wieder einen stärkenden und korrigierenden Einfluß, auch auf unsere Haltung hinsichtlich der heutigen politischen Probleme. Wir müssen uns dabei gegenseitig helfen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns das heutige Leben in einem unruhigen Tempo mitreißt, und damit versäumen wir an erster Stelle das Lesen in der Bibel, das Gebet, das Mitleben mit der Kirche, das Begehen der Sakramente. Und doch haben wir das alles sehr nötig. Darum müssen wir uns gegenseitig helfen, so daß wir uns tatsächlich immer wieder aufs neue vom Geiste Christi und der Propheten beeinflussen lassen.

Die Kraft muß immer wieder erneuert werden. Der Blick muß immer wieder geschärft werden. Die Verbundenheit mit Gott, die Bindung an Christus, sich in den Dienst von Gottes Reich eingefügt zu wissen, muß für uns immer wieder eine neue Wirklichkeit werden.

Die weltpolitische Situation

Ich glaube, in dem soeben genannten Punkt das ausschlaggebende Element genannt zu haben, das unsere Stellung zur Politik wesentlich kennzeichnet. Außerdem ist es natürlich auch nötig, daß wir uns so gründlich wie möglich über die weltpolitische Situation unterrichten. Wenn wir uns einer entschiedenen Haltung hinsichtlich der Politik befleißigen wollen, dann müssen wir auch wissen, worum es sich bei der heutigen politischen Lage handelt. Wir können uns in diesem Punkte glücklich preisen, daß wir in der Zeitschrift «Neue Wege» jeden Monat eine vortreffliche Weltrundschau von Dr. Hugo Kramer lesen können. Und — wenn man auch gegenüber einzelnen Punkten bisweilen ein wenig Kritik haben möchte — ich halte diese Weltrundschau der Tatsachen und auch der Anschauungen wegen für sehr wichtig. Hier werden Dinge gesagt, die man

nur noch ganz vereinzelt einmal in einer Zeitschrift lesen kann. Daß diese Anschauungsweise tatsächlich auch etwas mit dem prophetischen Christentum zu tun hat, steht für mich außer allem Zweifel.

Ich will nun in diesem Vortrag zunächst einmal versuchen, auseinanderzusetzen, wie ich unsere Stellung zur Politik in der heutigen gegebenen Situation sehe. Ich für mich selbst bin davon überzeugt, daß diese Betrachtungsweise wesentlich durch den Geist des Alten und des Neuen Testaments bestimmt werden muß, also durch Jesus Christus und die Propheten. Wenn ich mich durch diesen Geist nicht beeinflussen lassen würde, dann würde ich gewiß in vielen Punkten ein anderes Urteil haben.

Zu unserer Stellung zur Politik gehört zu allererst, daß wir uns nicht dem Osten, aber auch nicht dem Westen zuteilen lassen. Warum wir uns nicht vom Osten, ich meine Sowjetrußland, einschalten lassen können — darüber werde ich am Sonntag in meinem Vortrag über «Kommunismus und religiösen Sozialismus» sprechen. Ich will hier nur sagen: sowohl wegen der kommunistischen Ideologie als auch wegen der Mittel, mit denen man das gesteckte Ziel erreichen will, können wir uns nicht auf die Seite des Ostblocks stellen. Dasselbe gilt von Amerika — aber dann müssen wir den hier gebrauchten Ausdrücken einen anderen Inhalt geben.

Wenn wir die heutige politische Lage betrachten, dann begegnen wir an erster Stelle dem Problem *Deutschland*. Deutschland wurde, weil wir den Nationalsozialismus aus der Welt schaffen wollten, kaputt bombardiert. Das ist gründlich und oft mit großem Zynismus geschehen. Ich erinnere an das abscheuliche Bombardement von Dresden. Weiter auch an die amerikanischen Flugblätter, die über Heidelberg, dem Orte, wo die Amerikaner nach Beendigung des Krieges wohnen wollten, ausgeworfen wurden und die lauteten: «Heidelberg wollen wir schonen, in Heidelberg wollen wir wohnen.»

Nach dem Zusammenbruch ist es dem Westen nicht gelungen, dem sowohl materiell als auch geistig so schwer heimgesuchten Deutschland etwas von einer gesunden Demokratie zu zeigen. Der Non-fraternisation-Befehl wurde sehr rasch wieder eingezogen. Heute gibt es eine Viertelmillion unehelicher Kinder in Westdeutschland. Die Denazifizierung wurde ein Possenspiel. Sehr rasch wurden die Ruhrbarone, dieselben Männer, die Hitler in den Sattel geholfen hatten, wieder auf wichtige Posten gesetzt. Das Ruhrgebiet, so wichtig durch seine Kohle, Stahl und Erz, mußte wieder in die Antisowjetfront einbezogen werden. Der Zweck heiligte die Mittel und auch die Personen. Der Nazi Heinrich Dinkelbach erhielt die Leitung der Stahlproduktion im Ruhrgebiet; Heinrich Kost, Mitglied des Stahlhelms und der NSDAP, wurde Generaldirektor der deutschen Kohlenbergbauleitung usw. Man spielte und spielt dieses Spiel in einem Lande, das 12 Millionen Flüchtlinge zählt.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß in einem Witzblatt ein ame-

rikanischer General abgebildet wurde, der zu Adenauer sagt: «Diese drei Herren kommen mir so bekannt vor, Herr Adenauer.» Und Adenauers Antwort lautet: «Ja, das stimmt. Sie haben sie selbst vor ein paar Jahren auf lebenslang verurteilt.»

Allerlei Nazi-Elemente sind in so großem Umfange wieder in das politische und Wirtschaftsleben eingeschaltet worden, daß kürzlich im «Nebelspalter» folgendes Gedicht stand:

Alle Nazi sind noch da,
Alle Nazi, alle.
Sturmbannführer, Zellenleiter,
Judenfresser, Hitlerstreiter,
Herrenmenschenexemplare
Und die ganze Lumpenware,
Vater, Sohn und Großpapa,
Alle sind sie wieder da.
Alle, alle, alle.

Der Chef des britischen Generalstabs, Sir John Harding, hat vor einiger Zeit festgestellt: «Ich glaube, daß die deutsche militärische Denkart enorm viel zur Verteidigung des Westens beitragen wird.» Das ist die ebenso tragische wie schuldvolle Folge unserer aus Verlegenheit und Angst geborenen Überzeugung, mit Hilfe von unbekehrten Nazi für Freiheit und Menschlichkeit streiten zu können.

Bei den großen militärischen Übungen, welche Mitte September dieses Jahres in Westdeutschland abgehalten wurden, waren fünf Ex-Nazigeneräle als Vertreter der Westdeutschen Bundesrepublik anwesend: von Manteuffel, von Speidel, Guderian, Graf von Schwerin und General von Geyer-von Schweppenburg, der während der Invasion im Jahre 1944 Kommandant der deutschen Panzergruppe West in der Normandie war. Wenn Männer wie von Speidel und von Geyer Artikel über eine mögliche Gegenoffensive gegen einen eventuellen russischen Einfall schreiben, dann wird ihnen große Aufmerksamkeit gewidmet.

Deutschland wird jetzt mit Remilitarisierung, Wiederbewaffnung, bedroht. Nach dem Zustandekommen des Bonner Vertrages ist die Lage in Ostdeutschland sehr verschärft worden.

Die Wiederbewaffnung Ostdeutschlands soll nun in raschem Tempo durchgeführt werden — der totalitäre Zwang der kommunistischen Ideologie wird in Ostdeutschland immer fühlbarer. Man lese die Weltrundschau von Dr. Hugo Kramer im Septemberheft der «Neuen Wege». An erster Stelle kann die Jugend sich dem nicht entziehen.

Wir kommen aber auf diese Weise immer weiter in eine Sackgasse.

Standartisiertes Denken

Das Beängstigende dieser Situation ist, daß wir dasjenige, was wir uns zu verteidigen einreden, nämlich die Freiheit, immer weiter verlieren. In Westeuropa sind — um nur das zu nennen — die Meinungen schon so schablonisiert, daß es der großen Menge einfach unmöglich gemacht wird, eine andere Meinung als die jetzt geltende ernsthaft, vorurteilsfrei und unbefangen anzuhören.

Mit Recht hat William O. Douglas, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, in einer Rede, welche auch von den Quäkern in einer Broschüre verbreitet worden ist, darauf hingewiesen, «daß man im Begriff ist, das Denken zu standardisieren und daß dadurch das zulässige Gebiet für eine ruhige Diskussion verengt ist und daß auf diese Weise auch der Geist vieler für irgendwelche Gedanken, zum Beispiel über Asien, verschlossen wird».

Zu der uniformen Meinung im Westen, die durch eine gleichgerichtete, von Amerika aus dirigierte Berichterstattung in Presse, Radio und Film geschaffen wird, gehören diese drei Thesen:

1. Wir im Westen, wir haben nach dem Krieg immer das Gute gewollt.
2. Rußland will nicht. Eigentlich hat Rußland noch nie gewollt.
3. Darum müssen wir uns bewaffnen. Sonst kommt Rußland hierher und wir bekommen Konzentrationslager.

Diese in drei Zeilen zusammengefaßte gleichgeschaltete Meinung des Westens erfüllt zahllose mit namenloser Angst. Dabei wird noch behauptet, daß Rußland enorm stark sei. Die Frage, warum Rußland dann mit der Ausführung eines eventuellen Überfalles warten sollte, bis der Gegner ebenso stark oder noch stärker ist als es selbst, wird nicht erhoben. Bei standartisiertem Denken können ja die naheliegendsten Fragen nicht mehr gestellt werden. Standardisierung paralysiert.

Inzwischen fahren wir fort, unsere demokratischen Freiheiten zu beschneiden. Kingsley Martin hat in einem Artikel in «The New Statesman and Nation» (5. Juli 1952) über «The American Witchhunt» ausführlich über allerlei einschränkende Maßnahmen geschrieben, die dann und wann gegen gewisse Leute, welche eine abweichende, wenn auch nicht kommunistische, politische Überzeugung haben, ergriffen werden. Unter anderem sagt er: «American purges are not to be confused with those of the Soviet-Union, since none has been shot for heresy. But the principle which has shocked the Western World about Sowjet-trials appears to be also at work in the United States. People are defamed or loose their jobs because they once held views or gave advice which some authority retrospetively considers mistaken.»

Kommunismus

Es wird noch schlimmer, wenn wir uns vorstellen, daß wir auf die Frage: «Wird nun wirklich der Kommunismus auf diese Weise in seiner Entwicklung und Ausbreitung zum Stehen gebracht?», entschieden verneinend antworten müssen.

Hierbei denke ich an Frankreich. Weiter auch an Italien, wo bei der letzten Wahl in diesem Jahre die Zahl der kommunistischen Wähler von 31 Prozent im Jahre 1948 auf 34 Prozent stieg. Der Arbeiter und der arme Bauer waren dem Kommunismus treu geblieben. Daneben konnte

man eine Wiederbelebung des Faschismus feststellen. Bei derselben Wahl stieg der Prozentsatz von 2 im Jahre 1948 auf jetzt 6 Prozent. Und Mussolinis bekannte Zeitung «Il popolo d'Italia» erscheint wieder.

Asien

Wenn ich Asien betrachte, einen politisch viel wichtigeren Teil der Welt (und es scheint, daß *dort* die großen politischen Entscheidungen fallen werden), dann muß ich wieder zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Kommunismus dort bestimmt nicht zum Stehen gebracht wird. In Europa kann man noch Länder aufzählen, in denen der Kommunismus so gut wie keinen Einfluß hat — in Asien ist das fast unmöglich.

Wir begegnen in Asien zwei gewaltigen Problemen: dem Hunger und dem erwachenden Nationalismus. Leider beweisen wir nicht, daß wir diesen beiden Problemen gewachsen sind und sie aufbauend zu einer guten Lösung bringen können. Herr Dr. Hugo Kramer hat im März-Heft der «Neuen Wege» S. 129/148 ein ergreifendes Bild von der Lage der unterentwickelten Länder gegeben. Seine ganze Auseinandersetzung muß sicherlich auch für typisch nur westlich denkende Menschen Überzeugungskraft besitzen, weil nicht ein einziges Detail aus sowjetrussischen Quellen stammt, sondern sehr viele amtliche Berichte der Vereinten Nationen zitiert werden. Es ist einfach entsetzlich, zu sehen, wie groß der Hunger und wie tief das Elend ist, dem zwei Drittel der Bevölkerung der Erde ausgesetzt sind.

In der letzten Zeit steht Persien im Mittelpunkt des Weltinteresses. Wenn wir aber Beschreibungen von Journalisten lesen, die in Persien gewesen sind, dann verwandelt sich all dieses Elend in ein Alpdrücken für uns. In der holländischen Zeitschrift «De Groene Amsterdamer» stand über einem Artikel über Persien: «Das Reich der Hungerleider, Opium der Trost der nichtsbesitzenden Perser — und was hoffen sie?»

An allen Seiten zeigt es sich, daß es uns nicht gelungen ist, den Kommunismus in Asien zum Stehen zu bringen. Die Völker in Asien können ja durch das, was wir in Indochina, Japan, Indonesien, Malakka und anderswo taten und tun, nur zu der folgenden Schlußfolgerung kommen: Der Westen steht überall auf der falschen Seite. Der Westen kann die Probleme des Feudalismus, des Nationalismus und der Rassenverhältnisse nicht bewältigen. Gerade dadurch nun, also durch unsere eigene Schuld und unser eigenes Unvermögen, häufig auch durch unsere Widerwilligkeit, werden die Völker dem Kommunismus in die Arme getrieben. Die letzten Wahlen in Indien sind hierfür ein sprechender Beweis.

Korea

Schließlich nenne ich hier noch *Korea*. Oft wird die Ansicht vertreten, daß Stalin doch sicherlich wohl sehr stark unter dem Eindruck der Kraft, welche der Westen bei der «polizeilichen Aktion» in Korea bewiesen hat,

stehen muß. Ich persönlich glaube, daß unsere Haltung hinsichtlich Koreas eine andere sein muß: Stalin hat — vielleicht nicht auf kurzen Termin, aber bestimmt auf die Dauer — viel von dem erreicht, was in seiner Linie lag. Der Haß Asiens gegen den Westen ist durch unser Auftreten verstärkt. Hierdurch erhält Sowjetrußland die Möglichkeit, in dem durch uns geschaffenen verzweifelten Vakuum als Befreier aufzutreten. Und an zweiter Stelle: in Amerika und Europa hat nach dem Kriegsausbruch in Korea ein Bewaffnungswettlauf begonnen, der sicherlich für Westeuropa auf die Dauer eine wesentliche wirtschaftliche, soziale, kulturelle und geistige Schwächung bedeuten wird. Und diese Schwächung spielt Rußland die Karten in die Hand.

Das witzige Wort Bevans im englischen Unterhaus bei den Diskussionen über die drohende Untergrabung des nationalen Gesundheitsdienstes durch die Konservativen umfaßt eine tiefe Wahrheit: «Wenn ich Stalin wäre, würde ich Churchill zu meinem Ministerpräsidenten machen. Er ist ein besserer Propagandist für den Erfolg des Kommunismus in der Welt als wer auch immer.»

Inzwischen wird es deutlich, daß die Westmächte vor zwei Jahren in Korea in ein Abenteuer geschlittert sind, von dem man nicht im entferntesten weiß, worauf es hinauslaufen wird. Eine Wochenschrift, die im allgemeinen der heutigen Wiederaufrüstung der westlichen Welt vollkommen zustimmt, schrieb kürzlich: «Wahrlich, wenn es in Korea nur um Korea selbst ginge, dann würde jeder Gefallene sein Leben vergebens geopfert haben. Daß jedoch weder in Südkorea noch in der westlichen Welt Kräfte zur Entfaltung gekommen sind, die diesen Augiasstall gereinigt und der gemarterten Bevölkerung etwas von Demokratie und sozialer Entwicklung, für die man doch in den Streit gezogen war, gebracht haben, ist ein deprimierender und beschämender Gedanke.» Ich füge hinzu: Natürlich kommen solche Kräfte nicht *während* des Krieges zur Entfaltung — aber wir glauben, daß sie auch *nach* dem Krieg nicht zur Entfaltung kommen werden und können.

Was Kriegsberichterstatter wie René Cutforth in «Korean Reporter» und Reginald Thompson in «Cry, Korea» uns über die Kriegsverrichtungen erzählt haben, ist einfach unvorstellbar schrecklich. Ich erwähne hier nicht einmal die Greuel in dem Lager von Kojé. Auch über die Tatsache, daß es in Südkorea im Augenblick mehr als zwei Millionen Tbc-Patienten gibt, für die nur 1300 Krankenhausbetten zur Verfügung stehen, schweige ich.

Allmählich zeigt sich, u. a. auch auf Grund von Veröffentlichungen, wie der von I. F. Stone, «The Hidden History of the Korean War*, daß die Schuldfrage hinter dem Koreanischen Krieg nicht so einfach zu beantworten ist, als man im Westen im allgemeinen annimmt.

---

* Vergleiche die Buchbesprechung von H. Kramer im Dezemberheft 1952! (D. R.)

Unsere Wahl und unser Platz in dieser weltpolitischen Lage

Wie muß nun unsere Haltung inmitten dieser Weltprobleme sein, wenn wir das Evangelium, die Botschaft vom Reich Gottes, wie diese durch Jesus Christus und auch durch die alttestamentlichen Propheten an uns appelliert, nicht außer Betracht lassen wollen?

Wir dürfen nicht müde werden, immer wieder aufs neue zu wiederholen, daß es für Christen vorzuziehen ist und daß es auch materiell und geistig nützlicher und rettender für die Menschheit ist, nicht den Krieg zu riskieren, sondern den Frieden zu wagen. Das bedeutet mit einem Worte der Quäker, die im vorigen Jahr die Sowjetunion besuchten, daß wir vor allem die Pflicht haben, unser eigenes christliches und demokratisches Bekenntnis in die Wirklichkeit zu realisieren, das heißt, daß wir die kommunistische Herausforderung nicht mit einer nur kritischen und defensiven Reaktion beantworten, sondern mit dem positiven Entschluß, bessere Christen und bessere Demokraten zu werden.

Deutschland

Bezüglich Deutschland bedeutet das, daß wir nicht aufhören dürfen, ehrlich und selbständig öffentlich gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands zu protestieren. Mit Niemöller, Heinemann, Helene Wessel und vielen anderen müssen wir ein vereinigtes, neutralisiertes und unbewaffnetes Deutschland, das nach freien, von einer internationalen Kommission kontrollierten Wahlen entstehen könnte, als eine Entspannung zwischen Ost und West betrachten. Mit einem Wort von Niemöller: «Es ist wahrscheinlich schon manches Menschenleben einfach dadurch gerettet worden, daß zwischen zwei angetrunkenen Menschen, die miteinander in Streit gerieten und sich an die Gurgel wollten, ein Tisch stand, über den sie entweder erst herüber oder unter dem sie durch oder um den sie herum mußten, um sich an der Gurgel zu fassen, und auf dem Wege bis dahin haben sie sich den Fall noch mal überlegen können und haben von dem bösen Plan, der in ihnen aufgetaucht war, in ihrer Feindschaft, Abstand genommen.» So plädiert Niemöller für einen Neutralitätsgürtel zwischen den feindlichen Nachbarn.

Wenn auf diese Weise Ostdeutschland zu Westdeutschland kommt, dann würde der Prozentsatz Kommunisten wahrscheinlich ebenso niedrig bleiben, wie er jetzt ist. Die Bedrohung durch ein bewaffnetes Deutschland so dicht bei seiner Westgrenze würde für Rußland aufhören zu bestehen. Außerdem würde Europa um eine Gruppe wirklich europäischdenkender Menschen reicher werden, die gerade durch ihre Erfahrungen während der sowjetrussischen Besetzung einen Blick für die Fehler bekommen hat, die der *Westen* macht, und die doch ebenso wenig für den Kommunismus wählen konnte und kann.

Wir dürfen nicht immer wieder sagen, daß Rußland uns verhindert, einen solchen Entschluß zu fassen. Es kommt doch gerade darauf an, daß wir Menschen des Westens durch eine solche Initiative auf politischem

Gebiet beweisen können, daß wir aus einer besseren Ideologie und einem anderen, mehr konstruktiven Glauben leben als Sowjetrußland. Daß wir das bisher nicht gezeigt haben, ist unsere große Schuld. Ich glaube, daß wir den Mut und die Selbständigkeit aufbringen müssen, auf einen wirklich annehmbaren Vorschlag Rußlands einzugehen. Ich finde es eine Tat von erfreulicher Selbständigkeit, daß die schweizerische Wochenzeitung «Freies Volk» vom 12. 9. 1952 auch etwas Derartiges hören läßt. In einem Artikel «Rußlands Antwort» steht da geschrieben: «Die Westmächte sollten auch den leisesten Schein vermeiden, als wollten sie wirkliche Verhandlungen sabotieren», und der Artikel endet mit den folgenden Worten: «Es wäre durchaus wünschenswert, daß man im Westen mit weniger diplomatischen Spitzfindigkeiten und diffizilen Interpretationskünsten und dafür mit etwas mehr *offener Verhandlungskunst* operieren würde.»

Daß man so etwas in einer Zeitung lesen kann, die häufig auch noch die gebräuchlichen antikommunistischen Artikel veröffentlicht, erhöht den Wert.

Asien

Was Asien betrifft, sind wirklich schon allerlei Pläne aufgestellt worden. Stringfellow Barr hat in seinem «Let's join the human race» konkrete Dinge genannt in Beziehung zur Behebung der Not im Osten. Wir dürfen nicht sagen, daß derartige Pläne unmöglich sind. Wenn wir die Hälfte des Geldes, das jetzt für die *sogenannte* Verteidigung ausgegeben wird, für die *wirkliche* Verteidigung ausgeben würden, das ist die Bekämpfung des Hungers in Asien, dann würden wir tun, was wir als Christen und Demokraten tun müssen. Dr. Hugo Kramer sagt in dem bereits erwähnten Artikel im März-Heft von «Neue Wege»: «Die kommunistische Form der Weltrevolution kann nur vermieden werden, wenn die demokratisch-christlichen Völker des Westens die unaufschiebbare Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen bejahen und sie in dem Geist vollziehen, auf den sie sich in ihrem Kampf gegen den Kommunismus immer berufen, mit dessen Erweckung und Betätigung sie aber nicht ernst machen wollen.»

Sofern es konkrete Pläne betrifft, die dazu dienen sollen, aus der internationalen Sackgasse zu geraten, in der wir uns im Augenblick befinden, möchte ich noch einmal auf die Broschüre hinweisen, welche die amerikanischen Quäker herausgegeben haben: «Steps to Peace». Sie erwähnen hierin unter anderm die Notwendigkeit, das neue China in die Vereinten Nationen aufzunehmen, die Position von Formosa zu regeln, so daß Formosa China zugewiesen wird, neue Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland zu eröffnen und so weiter. Hauptsächlich aber verweisen sie auf einen Geist von mutiger Offenheit und ehrlicher Selbständigkeit, der für Unterhandlungen die erste Voraussetzung sein muß.

Was Korea betrifft, so glaube ich, ist es nötig, nicht nur gewisse politische konkrete Möglichkeiten hervorzuheben, die zu einer Lösung führen

können — die bestehen sicher, obgleich sie wegen der Standardisierung der öffentlichen Meinung im Westen verschwiegen werden —, sondern immer wieder auf die menschliche Not zu verweisen, der im Augenblick Menschen und Kinder in Korea ausgesetzt sind.

Was die Kriegführung betrifft: Wir müssen als Christen das Verbot, die Atombomben, von wem auch, zu gebrauchen, auch das Verbot des Bakterienkrieges, von wem auch anzuwenden, unterstützen. Und wir müssen selbst, als Menschen des Westens, hierin ein Vorbild sein. Wenn wir zu einem solchen Verbotsbeschluß kommen könnten, so würde das schon einen großen Teil der internationalen Spannungen aufheben. Die Christen sind gerufen, durch eine radikal-pazifistische Haltung der Welt zu helfen, zu einem konstruktiven «Nein» dem Kriege gegenüber zu gelangen.

Zum Schlusse: Es ist nötig, daß vom Westen aus gewisse Wirtschaftspläne aufgestellt werden, die für den Einzelnen und für die Allgemeinheit wirklich rettend und aufbauend wirken können. Dies ist besonders auch mit Bezug auf die Lage in Asien nötig. Stanley Jones hat in einem Artikel, «India at the Polls», in «The Christian Century» (21. Mai 1952) darauf hingewiesen, daß sehr viele Christen kommunistisch gewählt haben, weil nur von kommunistischer Seite konkrete Pläne und Programme vorgelegt wurden, welche soziale und wirtschaftliche Veränderungen anstrebten.

Wenn man uns nach konkreten Auswegen, die uns aus der heutigen Sackgasse führen können, fragt, dann brauchen wir nicht um eine Antwort verlegen zu sein. Sowohl für Deutschland wie auch für Korea sind in der Tat gangbare Wege anzuweisen. Es liegt nur an unserer Unfähigkeit und unserem Unwillen und leider, um mit Stone zu sprechen, auch an der Furcht der amerikanischen Führer vor den Folgen des Friedens auf die Nationalökonomie, daß wir diese Wege nicht beschreiten. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch diese Führer oft nur tragische Komponenten sind einer Situation, die durch *unsere* (unserer aller) geistige Schwäche, Ohnmacht und Verkehrtheit entstanden ist.

Der Dritte Weg

Überall finden wir Gruppen, die in Selbständigkeit hinsichtlich Rußlands und Amerikas einen neuen, den Dritten Weg einschlagen wollen. In Deutschland nenne ich u. a. Niemöller, Heinemann, Helene Wessel, den Kreis um die ausgezeichnete christliche Zeitschrift «Unterwegs». In Frankreich sind es die Gruppen um Blätter wie «Esprit» und «Le Monde». Für die Schweiz kann ich hier den Namen von Karl Barth erwähnen (vor einigen Monaten hat Karl Barth gesagt, daß er «hundertprozentig neben Niemöller und Heinemann steht» und daß es ihn nicht berühre, «neben den Kommunisten gesehen zu werden») und die Gruppe um «Neue Wege» und den «kirchlichen Friedensbund». In Holland sind es die Gruppen von «Kirche und Frieden» («Kerk en Vrede»), die um die Wo-

chenzeitung «De Groene Amsterdamer» und «Der Dritte Weg». In England sind es Anhänger von Bevan und die Gruppe um das bereits erwähnte Wochenblatt «The New Statesman and Nation». Für Indien müssen wir den Namen von Nehru nennen. Auch in Indonesien hören wir von solchen, hinsichtlich Ost und West selbständigen Meinungsäußerungen.

Wenn man uns sagt, daß es keinen Dritten Weg gibt, dann können wir darauf nur erwidern: «Der Dritte Weg existiert nur dann, wenn wir ihn auch *beschreiten wollen*. Wir bahnen den Dritten Weg, indem wir ihn begehen.» Wir sehen ihn deutlich vor uns liegen.

Diese Selbständigkeit in unserer Stellung zur Politik hat auch sehr wesentlich mit dem prophetischen Christentum zu tun. Wenn Christen das Ganze der alttestamentlichen prophetischen Verkündigung, wie sie uns von Amos, Hosea, Jesaja, Jeremia überliefert ist, auf sich einwirken lassen, dann erhalten die Schau und das Begehen des Dritten Weges ein festes und solides Fundament.

Unsere Wahl und unser Platz in unserm Volk

Wenn wir so zu dieser selbständigen politischen Wahl und Platzbestimmung als Christen gelangt sind, dann kann es uns oft zumute sein, als ob wir uns zwischen zwei Stühle gesetzt hätten. Wir können uns der allgemein gebräuchlichen westlichen Meinung nicht anschließen, und darum sind wir für die meisten Leute im unschuldigsten Falle etwas sonderbar oder — das ist schlimmer —: verdächtig und im ernstesten Falle Verräter. Wir können uns auch nicht der Partei anschließen, die für den Osten, für Sowjetrußland sich entschieden hat; das verbietet uns an erster Stelle unser christlicher Glaube.

So kommt es, daß viele, die in ihrer Stellung zur Politik den Dritten Weg gewählt haben, sich bei keiner einzigen politischen Partei glauben anschließen zu können. Die empirische Sozialdemokratie ist eine schlaffe und verbürgerlichte Angelegenheit geworden. Ich werde hierüber in meinem Schlußvortrag sprechen.

Es ist dann sehr wesentlich, daß wir nicht in einen unfruchtbaren Hochmut flüchten. Wir müssen uns an die Solidarität mit unserm Volke halten, trotzdem wir davon überzeugt sind, daß wir keiner einzigen politischen Partei beitreten können, weil dieser Beitritt unserer Überzeugung nach Verrat bedeuten würde.

In Holland haben sich verschiedene Leute zu der Friedensbewegung «Der Dritte Weg» zusammengeschlossen. (In dieser Bewegung sind übrigens auch Menschen, die doch meinen, sie müßten Mitglied ihrer politischen Partei bleiben. Sie probieren in dieser politischen Partei, sofern ihnen das möglich ist und erlaubt wird, die «andere» Meinung zu äußern.) Persönlich glaube ich, daß wir augenblicklich in einer Situation sind, worin wir davon überzeugt sein müssen, daß es für die geistig-politische

Gesundheit unseres Volkes besser ist, wenn wir als Ferment inmitten unseres Volkes auftreten, statt als Partei.

Die große Gefahr liegt darin, daß wir durch diese Ausnahmeposition in einen gewissen Quietismus und in Sterilität verfallen. Das darf nicht so sein. Immer wieder muß von uns und von unserer Gruppe aus eine Bewegung zu unserm Volke ausgehen. Wir können zum Beispiel probieren, mit einfachen und einschlagenden Flugblättern, mit Zusammenkünften und Gesprächen, auch durch Einsendungen an Zeitungen, Einfluß auf die leider so stark standardisierte politische Meinung unseres Volkes auszuüben.

Ich glaube, daß das alles, christlich besehen, ein Teil der Barmherzigkeit mit der Menge ist, die Jesus Christus mit den Worten ausdrückte: «Sie sind wie Schafe ohne Hirten.»

Unsere Wahl und unser Platz in der Kirche

Die Situation unserer Kirchen ist augenblicklich so, daß wir uns ernstlich fragen müssen: «Gibt es nicht neben einer stark östlich orientierten Kirche in Rußland und seinen Satelliten-Staaten auch eine stark westlich orientierte Kirche in Amerika und dessen Satellit-Staaten? Ist die Kirche ein Wächter in der Sache des Westens oder in der Sache Gottes?

Leider kann man viele Symptome bemerken, aus denen auf oft beängstigende Weise hervorgeht, daß sich die Kirche im Westen gleichschalten läßt. Dem Geistlichen wird nicht vorgeworfen, daß er sich mit Politik befaßt, wenn er in seiner Predigt gegen Rußland spricht, wohl aber, wenn er gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und Japans predigt. Sobald das Wort der kirchlichen Verkündigung nach links weist, ruft es Protest hervor. Solange es nach rechts weist, schweigt der Protest. Und das findet doch wirklich seine Ursache nicht darin, daß die prophetisch-apostolische Verkündigung der Bibel so rechts-konservativ ist.

Eine der schlimmsten Äußerungen der Verwestlichung unserer Kirchen ist die Erklärung des Weltrats der Kirchen, die auf der Konferenz in Toronto vom 8. bis 15. Juli 1950 über die koreanische Frage abgegeben wurde. Darin lobt der Weltrat die Vereinten Nationen «für ihren schnellen Entschluß, dem Angriff, der Aggression, die Stirn zu bieten». «Die Polizei-Maßnahmen, die jedes Volk, das Mitglied der Vereinten Nationen ist, unterstützen sollte», werden mit Zustimmung begrüßt. (Hier wird das englische Verbum «to commend» gebraucht.) Bis heute ist diese Erklärung nicht zurückgenommen worden. Das bedeutet, daß alle Greuel, die jetzt in dem Korea-Kriege geschehen, mit Billigung und Zustimmung der christlichen Kirchen verübt werden.

Wer diese Verwestlichung der Kirchen einmal beobachtet hat, entdeckt immer wieder und immer mehr Beweise dieser unchristlichen Gesinnung.

Wenn Christen aus China dagegen Einspruch erheben, daß die kommunistische Partei aus der christlichen Kirche einen Wagen machen

will, der in dem Zuge fährt, der von der kommunistischen Partei als Lokomotive angetrieben wird (siehe Barnabas: Christian Witness in Communist China, 1951, S. 35), dann müssen die westlichen Christen gegen eine derartige Handlungsweise, die man auch im Westen anwenden will, ebenso energisch protestieren.

Wir müssen uns von der Verkündigung der alttestamentlichen Propheten, von der Verkündigung des Reiches Gottes im Neuen Testament aus entschlossen der Verwestlichung unserer christlichen Kirchen widersetzen. Wir müssen dies aus Gehorsam zu Christus und aus Liebe zu unserem Volke und unserer Kirche tun.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der schwierigen heutigen internationalen Probleme wegen das Evangelium unserer Situation angepaßt wird. Denn ein angepaßtes Christentum ist immer ein angetastetes, verletztes Christentum.

Wir müssen bei unserm Kontakt mit Pfarrern und Gemeindemitgliedern diese Punkte mit Takt, Liebe und Entschiedenheit besprechen. Wir werden hierbei viel Geduld aufbringen müssen. Aber das ist diese wichtige Sache auch ganz bestimmt wert.

Auf dem Positiven liege der Hauptakzent

Unsere Stellung zur Politik ist also eine selbständige. Diese Selbständigkeit hängt mit der Tatsache zusammen, daß wir uns vom Geiste der Propheten und Apostel durchtränken lassen wollen.

Wenn man den Dritten Weg erwählt hat und auf ihm gehen will, dann bringt das gewisse Schwierigkeiten und Risiken mit sich.

In «Unterwegs» wird gezeigt, daß man diese Schwierigkeiten gut sieht. Kürzlich konnte man in dieser Zeitschrift das folgende lesen: «Die Dritte Kraft wird sich in der veränderten und zugespitzten Lage fragen müssen, ob sie bereit ist zum Friedensdienst zwischen den Fronten, auch auf die Gefahr hin, moralisch, politisch oder buchstäblich erschossen zu werden.»

Dennoch dürfen wir als Christen diese Gefahren und Risiken nicht innerhalb des Kreises des Gesetzes sehen (wobei wir also denken: das alles ist uns als Christen als hartes Gesetz befohlen), sondern innerhalb des Kreises des Evangeliums (wobei wir sagen: «Wir werden zu diesem neuen Gehorsam gerufen, und der Herr, der uns ruft, hat gesagt: Ich bin bei Euch alle Tage.»).

Es ist bestimmt nötig, daß wir uns sehr viel Mühe geben, nicht in der Protesthaltung stecken zu bleiben. Das wäre völlig unfruchtbar, und viele Leute würden hierdurch gereizt und deprimiert werden. In unserer Haltung darf nur ein Protest hinsichtlich der heutigen Weltpolitik als unvermeidliche negative «Rückseite» der positiven «Vorderseite» zu spüren sein.

Das erste und wichtigste, das immer wieder in unserer Haltung der Politik gegenüber hervorgehoben werden muß, ist das *Positive*. Von uns

als Christen wird an erster Stelle verlangt, ein Leben zu führen, das im Dienste der Wahrheit und Gerechtigkeit, des Friedens, der Versöhnung und der Liebe steht. Dabei dürfen wir eine gewisse Selbständigkeit zeigen, während wir die Solidarität mit unseren Mitmenschen nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Von uns wird verlangt: Solidarität in der Schuld, Selbständigkeit in der Tat — Solidarität im *Verstehen*, Selbständigkeit im *Widerstehen*.

Von dieser Erkenntnis aus wird unser Platz in der weltpolitischen Situation, in Volk und Kirche bestimmt. Und wir wollen vor allem nicht vergessen, daß wir auch in unserer nächsten Umgebung, in unserm Umgang mit Menschen, die wir immer wieder treffen und sprechen, etwas von diesem neuen Leben in Erscheinung treten lassen. Hier, in dieser kleinen alltäglichen Umgebung, liefern wir den ersten und vielleicht auch den deutlichsten Beweis des Lebens, zu dem wir gerufen sind.

Auch in unserer Stellung zur Politik dürfen wir die im Anfang zitierten Paulus-Worte nicht vergessen: «Stellet Euch dieser Welt nicht gleich!» und «Laßt Euch nicht durch das Böse überwinden, sondern überwindet das Böse mit Gutem!».

Krijn Strijd

Die Ursachen der allgemeinen Angst

Niemand kann bestreiten, daß wir Deutschen in der denkbar gefährlichsten Lage sind. Wehrlos zwischen zwei gewaltigen Mächten, die sich einbilden, sich nicht miteinander vertragen zu können, in zwei Teile zerrissen, deren einer dem Osten verfallen, der andere dem Westen, so daß die äußere Gesinnung mit der Zeit auch zu einer inneren, zu einer geistigen Entfremdung führen muß: etwas Schlimmeres ist wirklich der blühendsten Phantasie nicht denkbar. So ist es auch kein Wunder, daß die Angst unter uns umgeht, daß sie unsere Entschlüsse lähmt, daß sie anderseits zu voreiligen Schritten verleitet, daß sie unser ganzes Leben überschattet.

Aber diese Angst geht nicht nur unter uns um; auch andere Völker, ja die großen Weltmächte selbst sind ihr anheimgefallen. Sie wirkt als eine unheimliche Triebkraft in der Innen- und Außenpolitik der Länder. Sie ist eine seelische Erkrankung, deren wahre Ursachen tiefer liegen. Diese Ursachen sind in der geistigen Verfassung unserer Zeit zu suchen.

Schon vor hundert Jahren hat der Philosoph Planck klar erkannt, daß ein Zeitalter zu Ende gehe. Er zeigt schon die Risse in dem stolzen Land der Nationalstaaten und das Verhängnis, dem sie entgegengehen. Denn er sieht die Unnatur und die todbringenden Irrtümer, auf denen sie erbaut sind. Heute erleben wir die Häufung der Verfallserscheinungen, Unsicherheit und Unordnung allenthalben. Hitlerismus und Bolschewismus

wie der Hochkapitalismus sind besonders starke Ausprägungen dieser kranken, man kann wohl sagen apokalyptischen Zeit, Äußerungen einer Menschheit, die ihren inneren Halt verloren hat.

Es ist vollkommen falsch, die Schuld an diesem Verfall auf einzelne zu schieben. Schauen wir uns in der Vergangenheit um. Nur *eine* Zeit kennen wir, in der die Erscheinungen des Zerfalls so allgemein und so tiefgehend waren wie in unsern Tagen: das Ende des Altertums. Auch damals waren in der noch kleinen Welt um das Mittelmeer die führenden regierenden Männer, die Beherrscher des Römischen Weltreichs, nichts anderes als die Verkörperung des herrschenden Geistes oder Ungeistes, der Unnatur und der Unwahrheit, an der alle rohe Gewalt, nachdem sie eine Zeitlang triumphiert hat, zugrunde gehen muß.

Damals erschien das Christentum als neues, verheißungsvolles und tröstendes Licht in der Finsternis, freilich nur denen zu helfen bereit, die sich aus dem Bann der Gewalt zu befreien vermochten. Und wenn Planck an dem Glauben festhält, daß eine *innere* Erneuerung Deutschlands und der Welt möglich sei, so ist dies nur so zu erklären, daß er trotz allem Anschein des Gegenteils vom Sieg des Geistes über die dunklen Mächte überzeugt bleibt. Seine erste gedruckte Abhandlung beginnt mit den Worten: «Begreifen heißt überwinden, es heißt, die Seele der Sache in seine Gewalt bekommen.» Er fährt dann fort, daß uns der scheinbare Sieg der brutalen Macht nicht irre machen darf, daß wir immer wieder begreifen müssen und nicht müde werden, dem Geiste die Herrschaft zuzutrauen.

Ob diese innere Erneuerung den schuldbeladenen Völkern des Abendlandes noch vergönnt sein wird, wissen wir nicht. Aber wir wollen den Weg zu gehen versuchen, den Planck verlangt, und soviel an uns ist, uns bemühen, die Dinge zu begreifen, die vor sich gehen.

Die Angst, dieser Seelenzustand des einzelnen Menschen und der Völker, ist die Ursache vielen Übels. Sie ist mitwirkend bei vielen Verbrechen, sie ist mittelbar oder unmittelbar Veranlassung zum Krieg, indirekt, indem sie zu Rüstungen treibt, die schließlich fast automatisch zum blutigen Zusammenprall führen, aber auch direkt, indem sie den Präventivkrieg als einzigen Ausweg empfiehlt und ihn tatsächlich beginnt. Diesem Ereignis sind wir sehr nahe. Ein deutscher General soll schon einen Plan entworfen haben, der den Krieg mit Rußland auf polnischem Gebiet beginnen läßt, was nichts anderes voraussetzt, als daß der Westen angreift.

Da die Angst ein Seelenzustand ist, so hat sie wohl in der Regel äußere, *immer* aber innere Ursachen, und diese sind noch wichtiger als jene. Wir haben alle schon Angstzustände der Menschen beobachtet. Die sich schwach Fühlenden fallen ihr natürlicherweise anheim, aber auch solche, die sich etwas auf ihre Kraft einbilden; denn der reine Egoist ist wirklichen Gefahren nicht gewachsen. Sehr richtig sagt Emerson in einem seiner gedankenreichen Gedichte: «In einer weichenden, schwankenden Welt sich der Liebende fest und aufrecht hält.» Dieselbe Wahrheit sagt

das Neue Testament: «Furcht ist nicht in der Liebe.» Die Furchtlosigkeit des Liebenden bezieht sich allerdings nur auf sein eigenes Schicksal. Er kann in schwerer Sorge um andere sein. Der Bösewicht aber ist immer der erbärmlichste Feigling.

So wäre denn die Hauptursache der heutigen Angst die Schuld, die auf uns liegt? Ich glaube, wir müssen diese Frage bejahen. Sie ist freilich bei der großen Mehrheit nur im Unterbewußtsein wirksam. Aber sie ist da und äußert sich zunächst darin, daß sie hin und her geschoben wird. Es ist immer der andere, der schuld sein soll. Das deutsche Volk ist heute in der großen Gefahr, seine eigene jüngste große Schuld, die des Nationalsozialismus, angesichts des Unrechts, das an uns begangen wird, immer mehr zu verkleinern und abzuleugnen. Es ist doch nichts anderes als die alte Geschichte vom Splitter und Balken und die ganz traurige Sache, daß Unrecht auf Unrecht gehäuft wird, während es doch nur durch das Recht überwunden werden kann. Der Westen beschuldigt den Osten der Aggression und umgekehrt. Als unumstößlich gilt, daß der andere bösen Willens sei. Mit welchem Recht eigentlich? Ist nicht jeder täglich und stündlich darauf bedacht, seine Macht auszubreiten und dem andern zu schaden? Ist nicht der Kalte Krieg fortwährend im Gang? Und sind nicht auf beiden Seiten alle Mittel recht, das, was man Propaganda heißt, Verdrehung, Lüge und ähnliche Dinge? «Der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären», liegt auf der heutigen Welt, und stündlich steigt die tödliche Gefahr. Es ist in den Völkern ein dumpfes Gefühl dafür, daß sie auf falschen Wegen geführt werden. Wer aber in die Irre geraten ist, müßte alles daran setzen, den Rückweg, den Ausgang ins Freie, wiederzufinden.

Einzelne tief religiöse Menschen, die man wohl Heilandsnaturen nennen kann, haben uns vorgelebt, wie der Schuld im kleinen wie im großen zu begegnen ist. Gandhi hat gefastet, wenn ein besonderes Unrecht in seinem Schülerkreis oder in der breiten Öffentlichkeit geschehen war. Indem er die Schuld auf sich nahm, hat er die andern dazu gebracht, sie sich einzugestehen. Ähnlich verfährt heute der Japaner Kagawa.

Wollten die Menschen des Abendlandes nicht dauernd der Angst aus dem Wege gehen, indem sie sich abwechselnd in ihre Geschäfte und dann in ihre Vergnügungen stürzen, so würden sie von diesen furchtlosen Menschen wie Gandhi, Kagawa und manchen andern einiges lernen. Sie würden sehen, daß hinter der Angst die Schuld steht, eine riesengroße Schuld, daß sie es ist, diese Schuld, die uns ins Verderben führt. Wir müssen sie uns genauer ansehen.

Sie fing nicht erst an, seit die Frage der Kriegsschuld in der Diplomatie eine Rolle spielt. Die Schuld des Abendlandes ist viel älter. Es hat sich äußerlich zum Christentum, zur Religion der Liebe, bekannt und hat sich doch, seit es die dem Mittelalter noch unbekannten Länder entdeckt hatte, den schwächeren Völkern gegenüber nicht anders benommen als einst die heidnischen Eroberer den Unterdrückten gegenüber. Beraubung, Knech-

tung, oftmals Ausrottung ganzer Völker teils durch das Schwert, teils durch das ihnen mitgebrachte Feuerwasser. Die Geschichte der Eroberung der Welt durch das Abendland ist gerade so mit Blut geschrieben wie die der alten Weltreiche. Denn das Christentum war ähnlich wie die jüdische Religion zur Zeit Jesu eine äußerliche Sache geworden. Daß mitunter daneben auch Gutes geschah, wo eben gute Menschen Einfluß gewannen, ist nicht zu leugnen. Aber die alte Schuld ist nicht gesühnt.

Es läßt sich hier einwenden, daß wir uns mit alter Schuld nicht zu belasten brauchen. Um nichts anderes habe es sich gehandelt als um den alten und unaufhörlichen Kampf des Bösen und des Guten. Dies ist durchaus richtig. Das Böse nimmt an Kraft zu, wenn das Gute schwach wird. Und jenes ist dadurch immer stärker geworden, als die sittlichen Forderungen immer weiter zurückgeschoben wurden. Die doppelte Moral, nachdem sie einmal zugelassen war, hat sich in ungeheuerlicher Weise verbreitet. Die ethischen Bindungen gelten nicht in der Politik. Sie gelten in der Wirtschaft nur zum Teil — große Gewerbebetriebe stehen sogar ganz draußen. Dieses traurige Kapitel braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Wir erleben es jeden Tag.

Dies alles — auch die Wahrheit, daß das Wesen des Menschen, seine Natur, eben nicht zu ändern sei — vermag die ehernen Gesetze unseres Lebens nicht zu hindern, sich an uns auszuwirken. Die Weltgeschichte ist immer noch das Weltgericht, das immer auch Unschuldige mit in die Tiefe reißt. In diesem Zusammenhang sei nur auf das eine hingewiesen: Die Erholung des westlichen Europas von den Schäden des Krieges ist mit dadurch erschwert, daß seine koloniale Macht erschüttert ist. Und der engstirnige Nationalismus der Völker, die sich frei machen wollen, ist an dem Muster ihrer Unterdrücker gebildet.

Die alte Schuld besteht noch, ob wir sie sehen wollen oder nicht. Woher aber dieses Versagen der Christenheit?

Das Evangelium des Neuen Testaments sollte nach Jesu Wort und Auftrag das Salz der Erde sein. Die Völker des Abendlandes, die dieses Erbe übernommen haben, sind diesem Beruf nicht nachgekommen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die hohe, reine Geistigkeit Jesu von seinen Zeitgenossen noch nicht voll erfaßt werden konnte, daß das unsichtbare Ewige vergegenständlicht wurde, ferner daß der Blick der Christen sich einseitig auf das Jenseits richtete und die Durchdringung des gesamten Lebens mit dem neuen Geist, die reine, unbedingte Hingabe an Gottes Willen, die in der ersten Gemeinde lebendig war, allmählich immer mehr zurücktrat. Der Streit um die reine Lehre hat das ursprüngliche helle Licht verdunkelt und da, wo es mit Inbrunst erfaßt wurde, in der oft so tiefen, ergreifenden Frömmigkeit des Mittelalters, hat es sich meist von der Welt abgewandt. Es ist nicht die lebendige Kraft geblieben, welche das Leben umgestalten sollte.

Nicht Planck allein hat diese Ansicht vertreten. Ich habe den jüngeren Blumhardt in Boll vor mehr als fünfzig Jahren in diesem Sinne sprechen

hören, und unter den Neueren ist es besonders Albert Schweitzer, der betont, daß die Geistigkeit des Christentums noch nicht zur Geltung gekommen sei und daß es heute eben darauf ankomme, sie zu erkennen und sie zur Richtschnur zu nehmen.

Zu der alten Schuld des Abendlandes ist noch unendlich viel neue hinzugekommen. Ich kann sie unmöglich vollständig aufreihen. Es genügt aber ein Beispiel, um klarzumachen, wie dies zu verstehen ist. Das was uns heute am meisten ängstigt, das haben wir selbst hervorgerufen.

Warum ist der Bolschewismus eine so ungeheure, gefährliche, ja vielleicht todbringende Macht geworden? Hat nicht das Abendland es gründlich versäumt, die soziale Frage auf eine bessere Art zu lösen, als es dann im Osten geschah? Als die technischen Errungenschaften und die industrielle Entwicklung das Leben der breiten Massen veränderten und sie in eine Abhängigkeit brachten, die mit den allgemein verkündeten Menschenrechten im Widerspruch stand, da war das Bürgertum, dem die Revolutionen die Bahn frei gemacht hatten, nur darauf bedacht, *seinen* Vorteil wahrzunehmen und reich zu werden. Nur durch stets neu aufflackernde Lohnkämpfe ist die Stellung des Fabrikarbeiters allmählich verbessert worden. Wie bei den tonangebenden Schichten die materialistische Weltanschauung die Überhand gewonnen hatte, so mußte sie auch die Arbeiterschaft durchdringen. Für sie lag eine derartige Anschauung um so näher, da ihr ganzes Leben in einen Mechanismus eingespannt wurde und das persönliche Verhältnis des Menschen zu der Arbeit, die er unter den Händen hat, diese natürliche Lebensordnung ganz aufgehoben, geradezu mißachtet war. Eine seelenlose, ganz nur nach äußeren Rücksichten geordnete Arbeit mußte ihm nicht unannehmbar erscheinen, da sie noch dazu mit dem verlockenden Idol der Gleichheit aller verbunden erschien. Es sind nicht zuerst die Massen gewesen, die überlieferte religiöse und ethische Anschauungen über Bord geworfen haben. Die führenden Schichten, vor allem die Wissenschaft, waren darin vorangegangen.

Wie wenig die durch ihre guten Geschäfte und Spekulationen sich bereichernden Großstadtunternehmer sich um das Ergehen der Fabrikarbeiter kümmerten, zeigt uns das Wohnungselend dieser Volksschichten in Orten wie Berlin, Hamburg, Köln u. a. Die Sozialreformer haben damals nur bescheidene Fortschritte erzielt. Ein zweites Beispiel für die Stumpfheit der äußerlich so glanzvollen Zeit um die Jahrhundertwende ist das Elend der Heimarbeiter in den armen Gebirsdörfern in Thüringen und Sachsen. Es hat sich mit den Jahren wohl einiges gebessert. Aber das damals Versäumte wird eben doch noch von uns eingefordert. Es meldet sich vor allem in der Bedrohung vom Osten her.

Im Jahre 1854, als die blutige Auseinandersetzung Rußlands mit der Türkei und den mit ihr verbündeten Westmächten im Gange war, hat Planck eine Abhandlung geschrieben, worin er die geistigen Gegensätze der streitenden Parteien darlegte. Der Titel «Rußland und die Russenfurcht» klingt auch heute aktuell, und ihr Inhalt paßt auch mit geringen

Änderungen genau auf die gegenwärtige Lage des Abendlandes. In sich zerrissene und durch nationale Engstirnigkeit wie kurzsichtig egoistische Wirtschaftsinteressen getrennte Staaten stehen einer einheitlich geschlossenen Macht gegenüber. Diese östliche Macht beruht zwar nicht mehr wie vor hundert Jahren auf der noch ungebrochenen Einheit staatlicher und religiöser Autorität. Aber sie ist auch wieder durch ein einheitliches Prinzip gefestigt, das dem freier entwickelten Abendlande entgegengesetzt ist. Und der Grundmangel der geschichtlichen Entwicklung des Abendlandes in den letzten Jahrhunderten, den Planck uns vorführt, ist seitdem noch nicht erkannt, noch weniger überwunden.

Planck weist in der genannten Schrift nach, daß im Gegensatz zur Entwicklung in Rußland im westlichen Europa eine immer schärfere *Lostrennung* des Rechtlichen (des politischen und sozialen Lebens) von der allgemeinen religiösen Grundlage sich vollzogen hat. Entsprechend dem Geist der Französischen Revolution wurde zunächst nur die freie *Selbstheit*, wie Planck sich ausdrückt, zur Grundlage der ganzen Zeitbewegung, das ungehemmte Erwerbsrecht aller, ihr natürliches Anrecht auf Mitwirkung im Staate, das waren ihre Ziele. Die früheren Verhältnisse der Gesellschaft wurden damit aufgelöst, und das Rechtsbewußtsein wurde *zur einseitigen Losreißung von der höheren allgemein-sittlichen Wahrheit selbst* . . . «Es wurde zum selbstisch *materiellen, einseitig natürlichen Rechtsprinzip* im Gegensatze gegen die tiefere und umfassende sittliche und rechtliche Wahrheit.» . . . «Jenes bloß formelle unmittelbar natürliche Prinzip, das nur von der abstrakten Selbstheit (nicht von der höheren und umfassenderen Bestimmung derselben) ausgeht, führt seiner Natur nach jene äußerlich materielle und atomistisch vereinzelte Geistesrichtung mit sich, welche als wesentliches charakteristisches Merkmal die ganze moderne Gesellschaft durchdrungen hat.» . . . «Die letzte Periode der neueren europäischen Geschichte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ist trotz all ihrer Humanitätsbegriffe dennoch *in ihrer rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung die letzte und einseitigste Antithese gegen die tiefere allgemeine sittliche (oder religiöse) Wahrheit.*»

Die auflösende, zersetzende Tendenz des herrschenden Rechtsprinzips macht es ganz deutlich, daß auch der Nationalsozialismus keine für sich stehende Erscheinung ist, sondern nur eine der furchtbarsten Konzentrationen heute noch herrschender Tendenzen.

Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, zu behaupten, diese ganze Entwicklung wäre zu vermeiden gewesen. Sie war so unvermeidlich gewesen wie alles vergangene Geschehen, in dem die menschlichen Irrtümer sich auswirken. Aber es wäre ebenso verkehrt, die Schuld nicht sehen zu wollen, die auf dem Abendland lastet. Denn sie wird irgendwie von uns eingefordert werden. Um eine Schuld im rechtlichen Sinne kann es sich nicht handeln, wenn die Fehler der Vergangenheit uns belasten. Ich habe schon angedeutet, in welchem Sinne sie zu verstehen ist, indem

ich auf Gandhi und Kagawa hingewiesen habe. Sie ist Schuld in sittlich-religiösem Sinn.

Das Evangelium Jesu Christi sollte das Salz der Erde sein. Es sollte die Welt durchdringen und verwandeln. In anderem Zusammenhang spricht Jesus von den Pfunden, die den Menschen anvertraut sind und mit denen sie zu wuchern haben in demselben Sinne, wie er sein eigenes Wirken aufgefaßt hat, im Dienst an den Nächsten und Fernsten. «Welchem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern.»

Den Völkern des Abendlandes war viel gegeben. Sie haben die andern überragt an Klugheit, an Arbeitskraft, an Energie, auch an Erkenntnis. Und sie haben diese hervorragenden Gaben gebraucht, nicht etwa nur die Naturkräfte sich untertan zu machen. Sie sind vielmehr die Herren der Welt geworden. Sie haben sich losgemacht von den ethischen Bindungen ihrer Religion. Sie haben sich untereinander mit Neid und Mißgunst betrachtet, in ihrer Gier nach Geld und Macht sich blutig bekriegt, ihre technischen Fortschritte nach rein egoistischen Gesichtspunkten verwertet, so daß sie heute als lebenvernichtende Gewalten unser ganzes Leben überschatten.

Das Christentum war uns anvertraut. Aber wir, die abendländische Christenheit, haben die Geltung seiner sittlichen Forderungen dauernd zurückgesteckt und uns mit der ärgsten Negierung der christlichen Nächstenliebe, dem Völkermord, abgefunden, wie wenn er eine Naturnotwendigkeit wäre. Und er ist doch — auch nur vernünftig betrachtet, nämlich nach seinem Ausgangspunkt und seinem Ziel — nichts anderes als der brutalste Ausbruch menschlicher Gier und Leidenschaft.

Wenn wir das Wort von der Einkehr und Umkehr nicht bloß im Munde führen, wenn es uns ernst damit ist, so ist unerläßlich, daß wir unsere Schuld auf uns nehmen. Ich habe schon betont, daß das ganze Abendland in Gesinnung und Handlungsweise denselben Charakter zeigt, daß wir Deutschen also nicht die allein Schuldigen sind. Aber es kann jeder einzelne und jedes Volk mit der notwendigen Umkehr nur bei sich selbst anfangen. Und es ist kaum zu bestreiten, daß es uns besonders nahe liegen muß, damit vor allen andern zu beginnen. Wir sind politisch ohnmächtig, geknechtet, von feindseligen Mächten abhängig. Um so mehr Grund für uns, uns auf die geistigen Kräfte zu besinnen. Niemand kann uns diese nehmen; es liegt ganz allein an uns selbst, sie zu gebrauchen.

Wir sind ausgegangen von der Angst, die heute das Leben der Völker verdunkelt. Wir haben gesehen, daß die äußeren Ursachen dieser Angst nur die Zeichen der inneren Unordnung sind, worin die Welt sich befindet, daß ein ungeheures Schuldkonto des Abendlandes angewachsen ist. Kann die Erkenntnis dieser Schuld uns eine Hilfe sein? Hierauf gibt es keine sichere Antwort. Aber wie der Ertrinkende eine letzte Kraftanstrengung macht, um sein Leben zu retten, so müßten gerade wir Deutschen, die am unmittelbarsten Bedrohten, alles aufbieten, um den Ausweg aus der tödlichen Verstrickung zu finden.

Der Weg ist uns gezeigt. Wiedergutmachung ist die einzig mögliche Rettung des mit schwerer Schuld Beladenen. Die sittlichen Forderungen des Evangeliums kennen wir, und wir wissen, daß die erste Christenheit, die der ersten zwei Jahrhunderte, in einer ihr feindlichen Welt sie zu erfüllen bemüht war. Dieses aufrichtige Bemühen ist uns heute zugemutet; wir müssen Ernst damit machen, nicht wieder sagen: dieses und jenes Wort kann hier nicht gelten, es gilt nur dort. Nein, diese alte, ewige Richtschnur gilt ohne Einschränkung; unsere Unseligkeit, unser ganzes inneres Elend rühren daher, daß wir dies nicht einsehen wollen.

Diese Anerkennung der sittlichen Forderungen ist die Grundlage, die unser Handeln als einzelne bestimmen muß, die aber zugleich übergreifen und unserem gemeinsamen Leben seine Formen geben muß. Dies ist es ja, was die Vergangenheit allzu unvollkommen vollbracht und zuletzt immer weniger, am Ende gar nicht mehr getan hat.

Unsere rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben diese unguten Formen angenommen, weil der Rechtsbegriff und das herrschende Rechtsbewußtsein weder der Wahrheit noch den ethischen Forderungen entsprechen. Das Recht muß nicht nur die äußeren Beziehungen der Menschen in eine gewisse erträgliche Ordnung bringen. Es muß vielmehr darauf hingerichtet sein, die wahre Bestimmung dieser Erdenbürger zu ermöglichen. Diese Bestimmung läßt sich nicht anders in Worte fassen, *als daß sie, ihrer Veranlagung entsprechend, zum sittlich-geistigen Wesen emporzubilden sind. Das Recht hat die gegenständlichen, das heißt die äußeren Bedingungen zu schaffen, die einem jeden eine solche Entwicklung ermöglichen.* Wird dieser religiös begründete Zweck des Rechts anerkannt, so kann es nicht anders sein, als daß dieses mit den sittlichen Forderungen nirgends im Widerspruch stehen darf. Es würde dadurch seinen eigenen Zweck wieder aufheben.

Widersittlich ist in unseren Gesetzen all das, was den Eigennutz fördert, was den Einzelnen der Verantwortung gegen den Nächsten, gegen die Gemeinschaft überhaupt enthebt. Es ließen sich Bände damit füllen, wollte ich dies alles aufzeigen. Dem muß die Verantwortlichkeit jedes einzelnen für alles, was er tut, und zwar in einem viel weiter reichenden Sinn als seither, entgegengestellt werden.

Das Grundlegende, Bedeutsamste für ein Gemeinwesen ist die Arbeit, durch die alle seine Glieder erhalten und zusammengehalten werden. Diese sind in unseren heutigen Verhältnissen im wesentlichen schon zusammengeschlossen. Die wirtschaftlichen Stände sind aber doch nur Interessengemeinschaften. Sie sind keine *Berufsstände* im wahren Sinn des Wortes. Denn wer berufen ist, trägt eine Verantwortung. Es handelt sich um eine Wiederbelebung der alten Idee des Berufes, die dem Mittelalter vertraut und für einen Luther selbstverständlich war.

Jeder Beruf hat in seinen einzelnen Vertretern und in seiner Gesamtheit einen ihm angemessenen Teil dessen zu leisten, was zum Bestehen und zum Wohl der Gemeinschaft erforderlich ist. Er ist dafür verantwort-

lich, hat aber keine Planung und Lenkung seitens einer Regierung nötig, denn zur Verantwortlichkeit gehört die Freiheit, die mit sittlicher Bindung verbunden ist. Der Berufene fühlt sich seinem Auftrag verpflichtet.

Es ist freilich ein ungeheurer Abstand zwischen dieser Berufsauffassung und dem Gebaren der jetzigen Erwerbsgesellschaft. Aber dies ist ja das wichtigste und zugleich erschreckendste Kennzeichen unserer Zeit, daß sie keine rechtlich-sittliche Ordnung der Arbeit kennt, daß sie in unnatürlicher und, genau betrachtet, auch unzweckmäßiger Weise den Menschen vereinzelt hat, der doch ohne Gemeinsamkeit mit seinesgleichen nicht wirken und nicht leben kann. Unsere Wirtschaft ist dem reinen Eigennutz verfallen; dieser menschlichen Erbsünde sind Schranken zu setzen. Dazu ist die Berufsordnung erforderlich, die den Einzelnen nach seinen Fähigkeiten einordnet, ihm die Freude am eigenen Schaffen sichert und die das Wohl, das äußere wie das geistige, der Gesamtheit im Auge hat.

Damit verbunden muß das allgemeine Grundeigentumsrecht zur Geltung kommen. Denn aus diesem ist der Anspruch auf volle, den Anlagen entsprechende Ausbildung zu einem lohnenden Beruf abzuleiten. Denn das natürliche Bodenrecht kann nicht für alle in seinem wörtlichen Sinn durchgeführt werden. In unseren Tagen müßte den Politikern die weltweite Bedeutung des Planckschen Bodenrechts klar werden. Weil es fehlte, ist der Bolschewismus in Rußland zur Macht gekommen; weil in China die durch Sun Yatsen begonnene neue Bodenverteilung durch Tschiang Kai-schek wieder aufgehoben wurde, ist auch dessen Volk dem Kommunismus anheimgefallen, und er wird noch weiter siegreich vordringen, wenn der Besitz des Bodens keine rechtliche Regelung erfährt.

Wir haben keinen Einfluß auf die Weltpolitik. Aber wir können recht wohl sehen, welche Klippen für den Westen vorhanden sind. Der Kampf aller gegen alle ist noch immer die Losung. Aber wie immer ist der Egoismus kurzsichtig und macht die schwersten Fehler, indem er nur auf das Allernächste und nicht auf das Übernächste achtet. Die Welt ist für die dauernde Steigerung der Warenproduktion, wie sie in den USA betrieben wird, zu klein. Die Rüstungen sind das denkbar gefährlichste Mittel, die Erzeugung der Gebrauchsgüter zu vermindern. Bald kommt dann nur noch Wirtschaftskrise oder Krieg in Betracht. Es ist höchste Zeit, daß neben dem Gesichtspunkt des Erwerbs, oder besser noch vor ihm, der des Bedarfs berücksichtigt wird. Ohne Planung und Lenkung wird die Lage immer bedrohlicher. Denn die wirtschaftlichen Dinge bestimmen weithin die Politik.

Um Europa zu retten, muß nicht nur der mit Scheuklappen einhergehende Nationalismus, es müssen auch die verschiedenen Formen des Kapitalismus, der westliche wie der östliche, überwunden werden. Wenn aber die Völker sich dagegen auflehnen und keine anderen Beweggründe als eben auch rein selbstsüchtige im Hintergrunde stehen, so werden sie ihr Ziel nicht erreichen und das drohende Verhängnis nicht aufhalten. Auf den Trümmern läßt sich kein haltbarer Neubau errichten. Sie müssen

weggeräumt und ein neuer Grund gelegt werden. Nur im Geist gegenseitiger Verbundenheit läßt sich eine wirtschaftliche Ordnung schaffen, die Rechte und Pflichten in biblischer Weise verteilt. Das wahrhafte Recht ist nur da zu finden, wo die brüderliche Liebe mitzusprechen hat.

Planck war fest überzeugt, daß die Angst vor dem russischen Koloß ein Ende hätte, wenn Europa, und in erster Linie Deutschland, die ihm gestellte Aufgabe übernehmen, das heißt das sich schon damals abzeichnende Problem der Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Geiste der Gerechtigkeit lösen würde. Die Fortdauer der nationalen Überheblichkeit und des rücksichtslosen wirtschaftlichen Wettbewerbs müsse zu den furchtbarsten Katastrophen führen.

Steht es nicht heute wieder so mit uns? Wir haben festgestellt, daß die Angst vor den äußeren Dingen und Ereignissen vor allem eine innere Ursache hat. Sie ist eine seelische Erkrankung und befällt zuerst die Schwachen und Feiglinge; denn es steht dahinter die Schuld, jene Schuld des Bürgertums, verständnislos und gleichgültig der wirtschaftlichen Not und der seelischen Verarmung der breiten Massen zugesehen, wir können auch sagen: über diese Not hinweggesehen zu haben.

Es liegen zwei Wege vor uns; den einen ist das Abendland seither gegangen. Er hat in unbeschreibliches Grauen und Elend geführt, und wenn wir darauf weitergehen, so droht gerade uns Deutschen die völlige Vernichtung. Vielleicht ist der andere Weg, der des Friedens und des rechtlich-sozialen Neubaus, nicht weniger gefährlich; denn unserer Feinde sind viele. Aber er hat den großen Vorzug vor dem anderen, daß er uns vor neuer Schuld bewahrt, daß er nicht gegen die ewige Wahrheit der christlichen Sittenlehre und des moralischen Gesetzes in uns verstößt, daß wir die bösen Geister, von denen die Menschen besessen sind, zwar nicht ganz zu besiegen, aber doch ihre Übermacht brechen können, ja daß wir die Hauptfeinde: den Kommunismus und den schrankenlosen, gewissenlosen Liberalismus, durch eine wirkliche Rechtsordnung überwinden.

Zu diesem zweiten Weg gehört freilich mehr Mut als zum ersten, der Mut, das als recht, gut und wahr Erkannte zu tun und für seinen Sieg zu kämpfen, auch der unerschütterliche Glaube, daß der Geist immer wieder die rohe Gewalt besiegen werde. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit lehnt es ab, wieder auf die verhängnisvolle Bahn geführt zu werden. Und doch sind die ersten bedeutsamen Schritte nach dieser Richtung schon getan. Wird Gott noch einmal Geduld mit uns haben? Wir wissen es nicht. Nur das eine ist wohl klar, daß er nur denen helfen kann und helfen wird, die seine Hilfe suchen und sich wahrhaft mühen, seinen Willen zu tun.

Mathilde Planck

«Das einzige, was wir zu fürchten haben, ist Furcht als solche, blinde, irrationale, ungerechtfertigte Angst, die uns unfähig macht, das Nötige zu tun, um Rückschritt in Fortschritt zu verkehren.»

Franklin D. Roosevelt

Karl von Greyerz' Briefe*

Die aus dem Nachlaß herausgegebenen Briefe von Karl von Greyerz aus allen Zeiten seines Lebens bieten eine Bestätigung und Ergänzung zu der Erinnerung an den lebendigen Menschen. Wer Pfarrer von Greyerz je hat sprechen hören, dem hat sich seine Erscheinung wie sein Wort unauslöschlich eingeprägt. Es war immer um ihn wie eine Flamme, als hätte sein Körper nicht ausgereicht, die Fülle und Helle seines Geistes zu umspannen. Dies Leben stand allem Göttlichen und Menschlichen offen. Sein Wort: «Ich möchte gern bis zu meinem letzten Tag die Fenster nach allen Seiten offen halten» drückt die lebendige Weite seines Wesens und dessen Ergriffenheit von allem Wirklichen aus. Darum widerspricht es nicht dem scheinbar entgegengesetzten Wort aus einem Spätbrief an einen schwermütigen Freund, dem alle Fenster nach außen zugefallen waren: «Solche mühseligen und beladenen Menschenkinder, wie Du es bist und wie wir im Grunde es alle sind . . .» Denn er hat bei aller Weite seines Lebens und Verstehens immer in Demut um die engen Grenzen seines und alles Menschendaseins, wie auch um das Stückwerk menschlichen Wissens und Erkennens gewußt. Aus beidem: aus der Weite wie aus der Demut seines Lebens ist ihm die Kraft erwachsen, den Menschen echten Trost zu spenden.

Und immer war ihm das Tun mehr als das Reden. Auch wenn wir nicht aus der schönen Einleitung seines Freundes wüßten, wie unendlich viel Gutes dieser Mann an einzelnen Menschen und Schicksalen getan hat, so könnten wir aus diesen Briefen erkennen, daß die, die der Apostel die größte unter ihnen nannte, zutiefst seinen Glauben und seine Hoffnung bestimmt hat. Sein Wort: «Ja, ganz simpel einem Einzelnen rein menschlich begegnen und zurechthelfen und ihm zu fühlen geben, daß man sich um ihn kümmert, das scheint mir wichtiger als alles Predigen, soviel wert letzteres auch wäre, wenn man das aktuelle, konkrete einschlagende Wort hätte. Aber das ist uns ja fast ganz versagt.»

Dies Wort erscheint mir im Positiven wie im Negativen als das Zentrum, der Kern seines Predigens überhaupt. Er hat sich mit seiner Verkündung wohl immer zutiefst an die Einzelnen gewendet. Denn er war ein Mensch, dem nichts Menschliches fremd war, nur daß es ihm in größerer Tiefe als anderen vertraut und anvertraut war.

Und neben der Liebe war es die Wahrheit, die sein ganzes Leben beherrscht hat. Er hat in einer problematischen Zeit um die Echtheit

* Herbert Lang, Bern.

der Verkündung mit heißem Bemühen gerungen; er hat sich von der Schwere der Verkündung der Botschaft des lebendigen Gottes immer neu Rechenschaft abgelegt; er hat darum an seinen Predigten schwer und mühsam gearbeitet.

Die starke, klangvolle Sprache dieser Briefe scheint auf das Gegenteil hinzuweisen; man könnte glauben, daß ihm durch die Macht über sie das Predigen leichter als anderen geworden sei. Diese Sprache scheint zunächst ein naturhaftes Erbteil zu sein; aber es ist doch weit mehr noch die Unmittelbarkeit des Wortes, die ihr den großen Rhythmus gibt, der als der lebendige Herzschlag des Schreibenden selbst erscheint. Doch er mißtraute immer dem eigenen schönen und starken Wort; denn er wollte nicht das eigene, sondern allein das Wort des lebendigen Gottes verkünden. Er hat um der Wahrheit willen jedes zu große, ja fast jedes zu heilige Wort gescheut; er hat die herrschende theologische Sprache nicht angenommen. Als der Abschied von seinem Amt nahe war, schrieb er einem Freund: «Was das heißt, ob einer Vollmacht hat, seinen Mund aufzutun und Gottes Gericht und Barmherzigkeit zu verkünden, das hat sich mir immer schwerer auf die Seele gelegt und mir vor aller Kanzelrhetorik einen Schreck eingejagt.» Aber dieser Schreck hat seine Verkündung nicht nur erschwert, er hat sie auch geläutert. Er hat seinen Worten alles nur Theologische ausgetrieben und dadurch seine Rede den Menschen nähergebracht. In demselben Brief sagt Greyerz: «Mich dünkt, wir Theologen laufen alle auf Stelzen, und darum danke ich dem Himmel, daß ich diese Stelzen in die Ecke stellen und wie andere wieder ganz gewöhnlich gehen darf.»

Er hat nach dem Niederlegen seines Amtes noch in vielfacher Weise fruchtbar geschaffen und gewirkt. In seinem letzten Vermächtnis, das im Angesicht des Todes mit der ganzen Freiheit des gläubigen Menschen geschrieben ist, hat er der knappen Darstelllung seines Lebens die demütigen Worte vorausgeschickt: «Ich tue es im tiefen Bewußtsein, was für ein Stück- und Stümperwerk es war, aber mit tiefem Dank gegen den, der den glimmenden Docht nicht ausgelöscht und das zerstoßene Rohr nicht zerbrochen hat.»

Dies Vermächtnis, in dem er sein Leben noch einmal überblickt, ist, obwohl er derer, die ihm nahe waren, und vor allem derer, die ihm die Nächste war, in dankbarer Liebe gedeekt, nicht nur ein persönliches Bekenntnis. Er überblickt und kritisiert alles, was er in seiner Zeit als verwerflich erkannt hat: vor allem «die Unvereinbarkeit der Nachfolge Christi mit dem heutigen Kriegssystem». Das Rüstungs- und Kriegsproblem steht vor ihm als Sündenfall des Christentums, das seit der Zeit Konstantins sich immer mehr von einer christlichen Orientierung gelöst hat und nun in unserem Jahrhundert zur brutalen Skrupellosigkeit und Unmenschlichkeit entartet ist. Und er fügt, wieder zum Per-

sönlichen übergehend, hinzu: «Alle, die mich näher gekannt haben, wissen, daß ich diese Entwicklung und Entartung als einen Abfall von dem Meister und Herrn verkündigen mußte, nach dem wir uns nennen, auf dessen Namen wir unsere Kinder taufen und unterweisen, als eine ungeheure Schuld der christlichen Kirche.» Und fast die Vergebung seiner Gegner erbittend, sagt er: «Meine Einstellung zu den Sozial- und zu den Rüstungsproblemen hat es mit sich gebracht, daß ich in diesen brennenden Fragen mich zu einer kämpferischen Haltung der offiziellen Kirche gegenüber gedrängt und verpflichtet fühlte und manchen Kirchgenossen, selbst Amtsbrüdern zu einem Anstoß und Ärgernis geworden bin. Ich darf versichern, daß diese Kritik an der Haltung der Kirche in der Liebe zu ihr und dem mir aufgetragenen Evangelium wurzelte.»

In der Liebe zu dem ihm Anvertrauten wurzelt die Wahrheit seines ganzen Lebens, und durch sie hat er bis zum letzten Tage die Fenster nach allen Seiten offen gehalten. Er hat um dieser Liebe und ihrer Wahrheit willen seine kämpferische Haltung der Welt gegenüber bewahrt. Daß er aber für sich selbst den Frieden Gottes gefunden hat, das zeigt der schon sein ganzes Leben durchziehende Hinweis auf den Schluß des 13. Kapitels des 1. Korintherbriefes, der nun auch am Ende seines Lebens wiederkehrt: seine feste Hoffnung nach dem Stückwerk irdischen Erkennens auf das Erkennen und Erkanntwerden von Angesicht zu Angesicht.

Margarete Susman.

Wilhelm Mensching: «Jesus im politischen Zeitgeschehen». Im Selbstverlag. (Auch zu beziehen durch die «Pazifistische Bücherstube», Zürich, Gartenhofstraße 7.)

Wilhelm Mensching schreibt im Vorwort zu seinem Buch: «Erst nach langem Zaudern lasse ich dieses Buch hinausgehen. Möge es ein Anstoß sein, daß wir uns mehr Klarheit zu erarbeiten suchen über die Frage, die viele von uns ernst bedrängt: Wie gestaltet sich politisches Handeln, wenn es von Gott, das heißt vom Geiste Jesu, bestimmt wird?»

Wir sind sehr dankbar dafür, daß der Verfasser das Zaudern überwunden hat und diese Schrift mit ihrem erweckenden und mahnenden Zeugnis zu suchenden Menschen kommen darf. Wir hoffen, daß es viele Menschen sind, die sie lesen, und darunter auch solche, die sich die Verbreitung dieser Schrift angelegen sein lassen.

Es ist nicht nur die uns heute so stark bedrängende Frage nach dem politischen Handeln aus einer ernsthaften Verbindung mit Jesus heraus, die diese Schrift so wertvoll macht, weil sie aufzeigt, wie wir von Jesus in dieser Frage nicht im Stich gelassen oder an eine andere Instanz (etwa die «Obrigkeit» oder den «Staat») verwiesen werden. Es ist noch mehr die eindrückliche Art, wie die Auseinandersetzung mit den politischen Fragen und Mächten im Leben Jesu aufgezeigt wird. Hier wird deutlich, und zwar durch ein ernsthaftes und intensives Befragen der Evangelien im Zusammenhang mit dem Zeitgeschehen, *wie* Jesus im politischen Geschehen seiner Zeit stand und handelte, *wie* er Stellung bezog, *wie* er einen klaren, eindeutigen, auf Gott, den Vater, und sein Reich, auf seine Gerechtigkeit und sein Erbarmen gerichteten Weg ein-

schlug und diesen Weg im Gehorsam ging bis zum Kreuz. Und ebenso deutlich wird, daß er seine «Schüler», seine Jünger auf diesen Weg wies, sie darin unterrichtete und durch all ihren Unglauben, ihr Versagen und Mißverstehen hindurch vorwärts brachte, bis er ihnen ganz zum «Weg», zur «Wahrheit» und zum «Leben» wurde.

Jesus ist hier wirklich *Jesus*, das heißt, er ist nicht irgendwie theologisch oder religiös übermalt. Diesen Jesus kann man nicht zur Marionette einer liberalen oder orthodoxen Theologie machen und sich damit loskaufen von seinem Weg. Das ist ja das moderne christliche Ablaßtreiben. Es wird kein geistreiches, zu nichts verpflichtendes Spiel mit seinen Worten und Taten getrieben. Jesu Wort und Tat leuchten vielmehr als jene innere Lebenseinheit auf, die allein aus der Verbindung mit dem himmlischen Vater und seinem Geiste strömt. Wie wirklich ist dieser Jesus und wie klar bezieht er Stellung zum politischen Zeitgeschehen. Es kommt gar nicht so sehr darauf an, ob man diese Stellungnahme als «politisch» oder «unpolitisch» bezeichnet, als darauf, *daß man sie wirklich als Stellungnahme und als Weg erkennt*. Gegenüber dem wirklichen Jesus ist eben doch, man entschuldige die drastischen Worte, keine christliche Drückebergerei und Verfälschung möglich. Unaufhörlich zwar wird diese Verfälschung versucht und verübt, aber wie machtlos erweist sich doch dieser Finsternisnebel im Kampf mit dem strahlenden Lichte Christi, auch da, wo er für den Augenblick und vorläufig siegt.

Jesus hebt sich klar und eindeutig ab von allen andern Gestalten und Mächten im politischen Geschehen seiner Zeit. Diese Gestalten und Mächte sind uns nicht fremd, wenn wir sie näher betrachten. Sie herrschen auch in unsern Tagen und in unserer Welt. Wie überlegen und wie ganz anders begegnet ihnen Jesus, als es das gewöhnliche christliche, menschliche oder politische Denken unserer Tage tut. Aber Jesus hat eben eine wirkliche Sache und einen wirklichen Glauben, und darin ist er weltüberlegen stark auch im äußeren Unterliegen, auch mit dem Gang zum Kreuz und mit dem Kreuzestod. Dieser Jesus mit seiner Sache, dem Reiche Gottes, ist und verbürgt den Sieg über die Welt und ihre Mächte. Damals wie heute! Denn auch das wird deutlich: Dieser Jesus kann nicht vom Flugsand der Zeit oder den Veränderungen der Geschichte abgetan werden. Er ist und bleibt *die* große Veränderung. Er steht vor uns ebenso zeit- wie weltüberlegen, aber so, daß alles Wirken in der Zeit absolut ernst, ewigkeitsernst, entscheidend ist.

Unwiderlegbar deutlich wird hier auch Jesu Absage an alle Gewalt, die aus der unbedingten Bindung an den Geist und Willen des Vaters fließt. Sie war der Redlichkeit zu allen Zeiten deutlich. Hat sich vielleicht gerade darum immer wieder die Verführung, die Lüge und Heuchelei besonders stark an diesem Punkte eingestellt, auch heute wieder? Der Abfall zur Gewalt ist immer mit einer offenen oder verborgenen Absage an Jesus verbunden. Am schlimmsten ist die verborgene Absage an Jesus und seinen Geist, die so gut mit der «Christlichkeit» zusammengeht und die Geschichte der Christenheit so sehr verdunkelt, die die Neugeburt des Menschen und der Welt nicht annehmen will und dafür Satan mit Beelzebul vertreiben möchte, um damit den Mächten der Zerstörung erst recht den Weg zu öffnen.

In acht Kapiteln zeigt uns Wilhelm Mensching, wie Jesus im politischen Geschehen seiner Zeit steht: «Kindheit und Jugend», «An die Spitze der Massen gestellt», «Unter schlechten Regierungen und Frömmlern», «Tücke und Gewalttat?», «Verrat an Freund und Volk?», «Thron oder Tod?», «Um das tägliche Brot für jedermann!», «Der letzte Einsatz». Wer diese Kapitel zusammen mit einer neuen Vertiefung in die Evangelien liest, wird reichen Gewinn davon haben und dem wirklichen Jesus und seiner Sache näherkommen.

Albert Böhler

Zwischen Krieg und Frieden Das politische Weltbild hat sich in den vergangenen vier Wochen nicht wesentlich verschoben. Alles wartet darauf, welchen Kurs die neue amerikanische Regierung unter Eisenhowers Führung einschlagen werde, und hält inzwischen mit irgendwie weitertragenden Entschlüssen und Handlungen zurück. So geht vor allem der *Koreakrieg* mehr oder weniger routinemäßig weiter, mit vermehrter Verwüstung nordkoreanischer Städte und Anlagen durch amerikanische Brand- und Napalmbomben allerdings. Der Feldzug sei unter diesen Umständen, wie ein amerikanischer Zeitungskorrespondent tröstlich nach Hause berichtet, «verhältnismäßig tragbar», gebe es jetzt doch wieder recht guten Martini-Schnaps und sogar Eiscrème in den Quartieren. Die Neuyorker «Nation» meint dazu:

«Mit guten Straßen, sicheren Beobachtungsposten, auf die per Jeep zu kommen ist, Wärmzelten, in denen man auftauen kann, vorfabrizierten Bunkern, heizbaren Latrinen und anderen kleinen Wunderwerken führen unsere Streitkräfte in Korea offenkundig einen Luxuskrieg. Die Verluste betragen jetzt zwar mehr als 128 000 Mann, aber das steht natürlich auf einem anderen Blatt... Bei aller weiteren Betonung der Behaglichkeit könnte man immerhin mehr darauf schauen, daß dem Krieg durch Verhandlungen ein Ende gemacht wird.»

Auch in *Indochina* — wie übrigens in Malaya — nimmt der Krieg gegen die «kommunistischen Rebellen» seinen undurchsichtigen Fortgang; das einzig sichere Ergebnis, zu dem er führen wird, ist die immer heillosere Ruinierung der *französischen* Finanzen, deren anscheinend unaufhaltsame Zerrüttung wesentlich zum Sturz der Regierung Pinay und damit zur Zerstörung der Legende von der «Rettung des Franc», ja Frankreichs selbst, durch dieses bisher reaktionärste Kabinett der Nachkriegszeit beigetragen hat. Nur daß, wie es jetzt aussieht, Frankreich mit seiner neuen Regierung — René Mayer ist ein ausgesprochener Vertreter der «zweihundert Familien», die das Land immer noch beherrschen — erst recht den Mächten der sozialen Beharrung ausgeliefert ist, anstatt den Durchbruch zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu vollziehen. Erfreulich mag immerhin erscheinen, daß mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten, eine Änderung der Verträge über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft *vor* ihrer Ratifizierung erstreben zu wollen und dem daraufhin erfolgten Verzicht Robert Schumans auf die Wiederbewerbung um das Außenministerium die baldige Inkraftsetzung der Verträge noch zweifelhafter geworden ist als schon bisher; in Amerika sieht man da und dort bereits die ganze Europapolitik der Vereinigten Staaten ernstlich in Frage gestellt. Nur bleibt zu bedenken, daß René Mayers Zugeständnisse vor allem unter dem Druck der Gaullisten-Partei erfolgt sind, von deren

gutem Willen das Schicksal seiner Regierung weithin abhängt, daß es also reaktionär-nationalistische Kräfte sind, die in verstärktem Maße auf die Außenpolitik Frankreichs Einfluß gewonnen haben. Und das ist wieder recht unerfreulich.

Daß hinter dem verbissenen Kampf der Regierung Adenauer um die Genehmigung der Verträge von Bonn und Paris durch die *westdeutsche* Bundesversammlung gleichfalls die konservativ-rückschrittlichen Kräfte des alten Regimes stehen, liegt auf der Hand. Bisher ist es zwar dem Kanzler mit all seiner Geriebenheit noch immer nicht gelungen, den förmlichen Anschluß Westdeutschlands an den westmächtlichen Kapitalismus und Imperialismus *gegen den offensichtlichen Willen der Volksmehrheit* durchzuzwängen. Sein Versuch, mit Hilfe der einen, ihm vermeintlich willfährigen Kammer des Verfassungsgerichtes einen Druck auf das Parlament zugunsten der Ratifizierung der Verträge auszuüben, hat sogar eher die gegenteilige Wirkung gehabt: die Auflehnung der anderen, fortschrittlicheren Kammer und die Gefahr, daß der Gesamtgerichtshof den Bonner «Generalvertrag» als verfassungswidrig erklären könnte, so daß schleunigst Bundespräsident Heuß sein Begehren zurückziehen mußte, das Verfassungsgericht möge ein Gutachten über die rechtliche Zulässigkeit des Abkommens mit den Westmächten abgeben. Wie der Kampf schließlich ausgehen wird, bleibe dahingestellt. Sicher ist nur, daß einer Ablehnung der Westverträge dauernder Erfolg allein dann beschieden sein wird, wenn sich die deutschen Parteien beider Landeshälften auf ein positives Programm für die friedliche Lösung der deutschen Frage einigen. Dessen Hauptpunkte müßten nach unserer Meinung sein: 1. Grundsätzliches Einverständnis der vier Besetzungsmächte über die Neutralisierung und dauernde Entwaffnung Deutschlands; 2. Durchführung freier Wahlen nach Erzielung eines solchen Einvernehmens (nicht vorher, wie die Westmächte jetzt fordern, in der Hoffnung, eine antikommunistische Volkswelle werde dann von selbst zum Anschluß Deutschlands an den Westblock führen); 3. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erst auf Grund des Wahlergebnisses (nicht schon vorher, wie die Sowjetunion möchte); 4. Abschluß des endgültigen Friedensvertrages mit der so gebildeten deutschen Regierung. — Ein derartiges Vorgehen würde von beiden Mächtegruppen bedeutende Zugeständnisse fordern: vom Westblock Verzicht auf die Angliederung Deutschlands an sein Militärsystem, vom Ostblock Preisgabe des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland. Aber beide Teile würden damit auch Entscheidendes gewinnen: der Osten die Schaffung eines Deutschlands, das nicht als Rammbock gegen den Sowjetblock benützt werden könnte, der Westen die Zurückschiebung der Grenze des sowjetischen Machtbereichs von der Elbe und dem Thüringer Wald hinter die Oder und die Neiße. Wäre dieses Ziel nicht die Opfer wert, die es verlangte? Dem Frieden wäre damit jedenfalls ein gewaltiger Dienst erwiesen.

Auf Amerika kommt's an! Die Sowjetunion wäre wohl schon längst bereit, zu einem Kompromiß wie dem soeben umrissenen die Hand zu bieten. Man hat zwar im Westen die jüngste Antwort Stalins auf die Frage einer amerikanischen Zeitung nach seiner Auffassung von den Friedensmöglichkeiten wieder mit dem mißtrauischen Zynismus aufgenommen, der nun einmal bei uns obligat zu sein scheint, wenn von der Sowjetpolitik die Rede ist. Aber wir müssen es dennoch immer wieder sagen: In diesen Dingen ist der Kreml vollkommen aufrichtig. Es ist wirklich so, wie der «New Statesman» (3. 1.) schreibt:

«Die Sowjetunion hat alles zu verlieren, wenn sie selbst in einen Krieg verwickelt wird. Wirtschaftlich geht es Rußland gut, und die Wohlstandssteigerung in der Sowjetunion ist auch nicht, wie diejenige Amerikas, unliebsam mit der Aufrüstung verknüpft. Krisenangst ist eine kapitalistische und keine kommunistische Erscheinung ... Wenn jemals ein Land allen Grund hatte, die Vermeidung eines Krieges auf seinem Boden zu wünschen — unbeschadet allfälliger vorteilhafter Revolutionskriege, die anderwärts ausgetragen würden —, so ist das die Sowjetunion. Im Hinblick darauf, daß der Kommunismus in China viel früher durchgebrochen ist, als Moskau erwartet hatte, und daß Amerikas Einmischung Peking auf willkommene Weise an Moskau bindet, kann Stalin außerdem, wie er es am Parteikongreß im vergangenen Oktober tat, damit prahlen, daß die Sowjetwelt jetzt ein einziger großer Wirtschaftsraum sei, der weithin, wenn nicht vollständig, vom Westen unabhängig sei; sie könne ruhig auf der Seite stehen und zusehen, wie die westlichen Imperialisten sich gegenseitig die Augen auskratzen, mit ihren altunehrwürdigen Kolonialmethoden die rückständigen Länder den Kommunisten in die Arme treiben und ihrem Untergang entgegenrasseln — zur Ehre der kommunistischen Lehre und der Sowjetprophetie.»

Es hängt so tatsächlich nicht in erster Linie von der Sowjetunion ab, ob die Welt endlich einen dauerhaften Friedenszustand finden soll, sondern von ihrem großen Gegenspieler, den *Vereinigten Staaten*. Und da sind freilich die Aussichten alles andere eher als rosig. Amerikas Großkapitalismus und die ihn tragende Oberklasse, die mit dem Sieg der Republikanischen Partei auch nach außen hin für die Politik der USA verantwortlich geworden ist, kämpft eben mit letzter Kraft um den Weiterbestand des «freien Unternehmertums» in der Welt. Die «Monthly Review» (Neuyork) glaubt voraussagen zu dürfen,

«daß es nicht lang gehen wird, und jeder, der das gottgegebene Recht des Großkapitals auf unbegrenzte Profite in Frage stellt, wird als Kommunist gebrandmarkt und entsprechend behandelt werden. Im selben Zug werden die feigen Liberalen und Arbeiterführer, die sich mit ihrer Kommunistenhetze auf ihre Weise zur Achtbarkeit hinaufzuarbeiten versuchten, bald die harte Lektion lernen, daß der Antikommunismus nur das Artilleriesperrfeuer ist, das dem Generalsturm auf alles, was der Profitjagd im Wege steht, vorangeht.»

Bereits kündigen die Leiter des Feldzuges gegen «unamerikanische Umtriebe» an, daß unter dem neuen Regime ihr patriotischer Kampf noch verschärft werden müsse. «Wenn für die Zukunft», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 6),

«*eine* Gewißheit besteht, so ist es die, daß der neue Kongreß auf diesem Gebiet alle seine Vorgänger übertreffen wird. Das ‚Unamerican activities committee', das Komitee für Fragen der inneren Sicherheit und der Ausschuß, dem Senator Joseph MacCarthy vorstehen wird — sie gedenken alle, ihre Arbeiten zu intensivieren und sich dabei besonders der Professoren und Lehrer an Universitäten und Mittelschulen anzunehmen, die ‚kommunistisch' denken. Man wird nicht behaupten, daß da der Rahmen allzu eng gezogen sei.»

Es wäre nur logisch, wenn das gleiche Scharfmachertum auch in der Außenpolitik vollends durchbräche. Geben wir nochmals der «Monthly Review» das Wort:

«Die republikanische Politik kann in ihren großen Linien mit einiger Sicherheit vorausgesagt werden. Westdeutschland und Japan, die schon unter der Regierung Truman mehr und mehr die Mittelpunkte der amerikanischen Politik geworden sind, werden wahrscheinlich die Schlüsselrolle spielen . . . Sie haben beide Revanche-ansprüche gegen Länder im sozialistischen Lager; sie haben beide große ungenützte Reserven an militärischen Mannschaftsbeständen. Was die Regierung Truman zurück-gehalten hat, all ihre Karten auf die Deutschen und die Japaner zu setzen, war die Furcht, mit England und Frankreich in Konflikt zu kommen und schließlich die Allianz für den kalten Krieg zu sprengen, die in der Nachkriegszeit mit soviel Mühen und Kosten aufgebaut worden ist. Die Republikaner dürften durch solche Hemmungen nicht lang zurückgehalten werden.

. . . Auf den ersten Blick scheint diese Politik feuersicher. Westdeutschland und Japan werden fast sicher Ball spielen — zunächst wenigstens. Warum sollten schließ-lich die deutschen und japanischen Imperialisten nicht nehmen, was sie bekommen können, wenn es ihnen auf einem silbernen Teller angeboten wird? Und der einzige Nachteil vom amerikanischen Standpunkt aus, der Verlust der britisch-französischen Militärhilfe, ist offenbar nicht besonders ernst, da sich England und Frankreich ohne-hin bereits unfähig erwiesen haben, eine wirkliche Militärmacht aufzubauen. Wenn alles ‚planmäßig' gehen sollte, könnten die Republikaner eine gewaltige Vergröße-rung des amerikanischen Wirtschaftsimperiums, die Gewinnung zweier militärisch starker Juniorpartner und schließlich eine Lage erwarten, worin die sozialistische Welt herausgefordert und nötigenfalls mit amerikanischen Bomben und deutschen und japanischen Truppen zusammengeschlagen werden könnte.»

Die Gefahr sei nur, so meint die Neuyorker Monatsschrift, daß die Engländer und Franzosen abspringen, *bevor* Westdeutschland und Japan voll aufgerüstet sind, daß die deutschen und japanischen Imperialisten die ihnen zugedachte Rolle — nämlich den Amerikanern die Kastanien aus dem Feuer zu holen — nicht spielen werden und daß der Welt-kapitalismus in eine neue Wirtschaftskrise gestürzt wird, die schwerer wäre als alle Krisen seit den dreißiger Jahren. Dennoch:

«Die Kriegsgefahr ist so groß wie je, vielleicht noch größer. Die amerikanische Außenpolitik treibt schon lang dem Schiffbruch entgegen. Unter Eisenhower mag die Krise früher kommen und größer werden. Und wenn sie kommt, werden die Repu-blikaner, mit ihren ‚isolationistisch'-faschistischen Hetzern als Schrittmacher, wahr-scheinlich eher bereit sein als die Demokraten, ‚nach vorwärts zu fliehen' — in die Katastrophe des dritten Weltkrieges hinein.»

Der Krieg als Geschäft Die Drohung, die in der amerikanischen Weltpolitik beschlossen ist, erscheint um so ernsthafter, als auch in der *Wirtschaft* der Vereinigten Staaten

stärkste Kräfte auf die Erhaltung, ja Steigerung der internationalen Spannung hindrängen. Die Rolle des amerikanischen Rüstungskapitals im heutigen Weltgeschehen, auf die ja hier immer wieder hingewiesen worden ist, kann in der Tat kaum überschätzt werden, wird aber gewöhnlich sehr *unterschätzt*, besonders von denjenigen, die den Frieden in erster Linie von der Sowjetunion her gefährdet sehen, der Sowjetunion, die bekanntlich so etwas wie ein Rüstungs- und Kriegsgeschäft überhaupt nicht kennt. Man vergegenwärtige sich doch folgende Tatsachen:

Als Amerika in den Zweiten Weltkrieg eintrat, hatte sich seine Wirtschaft erst sehr unvollkommen von der schweren Krise der dreißiger Jahre erholt. Insbesondere gab es immer noch fast 6 Millionen Arbeitslose; erst die Vollmobilisation von 1942/43 kurbelte die Produktion derart an, daß nun auch Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte möglich wurde. Das Kriegsende brachte dann zwar einen scharfen Rückgang der Rüstungsproduktion, aber gleichzeitig einen derartigen Aufschwung der Friedensproduktion zur Deckung des Nachholbedarfs im Inland und zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden im Ausland, daß die Hochkonjunktur, im ganzen genommen, keinen Tag unterbrochen wurde, ja neue Gipfel erreichte. Die Leistung der amerikanischen Fertigindustrien betrug im Januar 1946 bereits 131 Prozent des Standes von 1939, im Dezember 1950 aber nicht weniger als 175 Prozent. Gewinne und Löhne stiegen auf früher niemals gekannte Höhen.

Trotz Marshallplan machten sich aber seit etwa Mitte 1949 neuerdings Krisenzeichen bemerkbar. Es gab schon wieder 3 200 000 Arbeitslose, am Ende des ersten Halbjahres 1950 sogar fast 4 Millionen. Die Hochkonjunktur schien jedenfalls vorbei zu sein, und man mußte sich auf eine mehr und mehr rückläufige Bewegung, wenn nicht auf eine eigentliche Wirtschaftskrise gefaßt machen. Da kam als Retter der Koreakrieg. Über Nacht änderte sich die Szene. Umsätze, Preise, Profite und Löhne kletterten aufs neue hinauf; bis Ende 1950 waren wieder 1 400 000 Arbeitslose beschäftigt. Hatten die Rüstungsausgaben, Baukosten inbegriffen, vor Korea noch 1,2 Milliarden Dollar im Vierteljahr betragen, so schnellten sie jetzt sprunghaft bis auf den heutigen Stand von annähernd 10 Milliarden pro Quartal empor. Die Produktionskraft der amerikanischen Industrie im ganzen ist gegenwärtig fast doppelt so groß wie 1939, diejenige einzelner Hauptindustrien (Chemie, Maschinen, Elektroapparate, Verkehrsausrüstung usw.) sogar drei- oder viermal so groß. Kann diese riesig gesteigerte Leistungsfähigkeit auch in Friedenszeiten, nach dem Eintritt einer internationalen Entspannung, aufrechterhalten werden? Keine Rede davon. Wenn der Frieden «ausbräche», bräche auch eine Wirtschaftskrise von wahrscheinlich beispielloser Schwere in den Vereinigten Staaten aus. Die große Monatsschrift «Fortune» sucht zwar (im Dezemberheft 1952) glaubhaft zu machen, daß auch ein Rückgang der Militärausgaben von rund 60 auf 40 Mil-

liarden Dollar von der amerikanischen Wirtschaft ertragen werden könnte. Aber abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob in einer entspannten Welt die USA immer noch 40 Milliarden für Kriegsrüstungen ausgeben «müßten», sieht man nicht recht, wie der Ausfall von auch nur 20 Milliarden durch höhere Kaufkraft der Verbraucher oder durch vermehrte Kapitalanlagen ausgeglichen werden könnte. Die genannte Zeitschrift rechnet selber damit, daß im Jahre 1955 aufs neue rund 5 Millionen Arbeitslose die Wirtschaft belasten werden und die Gesamtproduktion nicht höher sein wird als Ende 1952. Die amerikanische Geschäftswelt glaubt auf jeden Fall, das stärkste Interesse an einer Fortdauer der internationalen Spannung zu haben. Eines ihrer Hauptorgane, die «Business Week», stellte unlängst (29. November) gelassen fest: «Ein Waffenstillstand (in Korea) würde den prophezeiten Konjunkturrückgang fast sicher machen ... Ein Fehlschlag der Bemühungen um die Beendigung der Feindseligkeiten könnte hingegen als Reizmittel wirken.» Und kaum zu Unrecht bemerkt «The Nation» (20. 12. 52) dazu:

«Das Drängen nach solchen ‚Reizmitteln' wird in dem Maße zunehmen, als die Rüstungskonjunktur ihre gegenwärtige Kraft verliert, und Mr. Dulles scheint der Mann zu sein, auf den man für die Lieferung der nötigen politischen ‚Krisen' zählt. Um mit der ‚Business Week' zu reden: ‚Er befürwortet die Freiheit zu Gegenangriffen, wo dies wünschbar ist. Das ist riskant. Er könnte Rußland auch unterschätzen. Aber es ist jedenfalls eine Abkehr von einer rein defensiven Diplomatie.'»

Im gleichen Sinn warnt Professor Baran von der Universität Stanford in der «Nation» vom 29. November vor einer künstlichen Wiederverschlechterung des politischen Klimas für den Fall, daß eine internationale Entspannung die Rüstungskonjunktur beeinträchtigen sollte. «Klimaanpassung», um die Produzenten und Konsumenten von Munition zu befriedigen, wäre zwar, so meint er, «kein ganz beispielloses Verfahren». Wenn Zündstoff in Menge herumliege, brauche es nicht viel, um die Totalrüstung in einem Totalkrieg gipfeln zu lassen. Aber, so fragt er voll Unruhe, und wir fragen es mit ihm: «Gibt es denn keine Möglichkeit, solch eine Katastrophe zu verhindern, bevor es zu spät ist?»

Die Stunde der Völker Es *gibt* Möglichkeiten, müssen wir immer wieder antworten. Aber sie müssen eben auch ergriffen werden, selbst wenn sie zunächst gar nicht viel zu versprechen scheinen. *Eine* davon bot der *«Völkerkongreß für den Frieden»*, der um die Mitte Dezember in *Wien* stattfand. Daß die bürgerliche und sozialdemokratische Welt des Westens ihn boykottierte und verleumdete, war soweit normal; man fühlte hier instinktiv, daß in Wien eine Kraft am Werk war, die, wenn bewußt entfaltet und gebraucht, dem von Amerika und seinen Mitläufern geführten kalten

Krieg gegen die soziale und nationale Revolution insbesondere der Ostvölker ein Ende zu machen imstand ist. Daß aber auch die in der «klassischen» Friedensbewegung stehenden Menschen dem Kongreß zumeist voller Mißtrauen, ja Feindseligkeit gegenüberstanden, das ist entschieden nicht mehr normal, ist vielmehr ein Zeichen, daß in dieser Bewegung etwas Wichtiges nicht in Ordnung ist.

O ja, ich weiß schon: der Wiener Kongreß war von dem mehr oder weniger kommunistisch-sowjetisch ausgerichteten Weltfriedensrat eingeladen und organisiert worden, und die kommunistisch eingestellten Delegationen spielten in Wien auch eine wesentliche Rolle. Die Kommunisten aber sind keine Pazifisten; sie glauben nur an einen Frieden, der auf die Macht der Waffen gestützt sei, und betreiben gegen die Mächte und Menschen, die nach ihrer Auffassung den Frieden bedrohen, eine Haßpropaganda, die — ebenso wie ihre militärische Rüstung — selbst eine Gefahr für den Frieden ist. Das alles ist ganz richtig — und dennoch war es falsch, von Wien fernzubleiben. Wie, wenn Gott sich gerade dieser «Gottlosen» bediente, um seine Sache, die Sache des Friedensreiches, vorwärts zu treiben? Die linkskatholische Pariser «Quinzaine» schrieb anfangs Dezember im Blick auf den «klugen» Rat, nicht nach Wien zu gehen: «Es hat uns geschienen, daß dies ein Sich-Drücken, eine Untreue gegenüber der Hingabe an das Evangelium bedeute. Und daß wieder einmal die Ehre unseres Gottes schwer bloßgestellt wäre, wenn die Christen einem Suchen fernblieben, das eine solche Masse von Menschen über die Welt hin in Bewegung setzt.» Das glaube ich tatsächlich auch. Denn mochten in Wien noch so viele Kommunisten dabei gewesen sein: es war trotzdem kein kommunistischer Kongreß, keine Wegbereitung für einen *sowjetischen* Frieden, kein Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Völker für kommunistische Herrschafts- und Täuschungszwecke. Es war einfach ein Versuch, *die öffentliche Meinung der Welt für eine große Anstrengung zu gewinnen, eine dritte Kriegskatastrophe zu verhindern.* Und an diesem Versuch kann, ja muß man sich auch dann beteiligen, wenn man über die Grundlagen und den Geist einer *dauernden* Friedensordnung mit den Kommunisten gar nicht einig ist.

Wenn die Verhinderung eines neuen Weltkrieges davon abhinge, daß der Geist des radikalen Pazifismus, wie wir ihn verstehen, in den maßgebenden Völkern durchbricht, der Geist der völligen Gewaltlosigkeit und des nur sittlichen Widerstandes gegen alle Kriegsmächte, dann wäre unsere Lage allerdings hoffnungslos — ebenso hoffnungslos, wie wenn wir zur Bedingung für die Rettung des Friedens die vorherige allgemeine Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus machen wollten. So wie es einen unheilvollen marxistischen Friedensdoktrinarismus gibt (oder doch gab) — Leonhard Ragaz hat sich vom Kampf um den Völkerbund an bis tief in den Zweiten Weltkrieg hinein immer scharf gegen ihn gewandt —, ebenso gibt es auch

einen womöglich noch verhängnisvolleren pazifistischen Doktrinarismus, der die Sache der Friedensbewahrung mehr schädigt als manche offene Kriegstreiberei und Militärpropaganda. Wer heute Friedensarbeit leisten will, der darf nicht nur den Geist und den Glauben wecken wollen, der *auf weite Sicht* allein ein friedliches Zusammenleben der Völker gewährleistet; er muß auch und vor allem diejenigen Kräfte unterstützen, die sich *heute*, in der konkreten Lage, worin wir stecken, dem Drängen zum Krieg entgegenstemmen und ehrlich ein Nebeneinanderleben auch sehr gegensätzlicher Sozial- und Staatsordnungen ohne fortwährende Bedrohung des einen Lagers durch das andere, ohne hochgesteigerte Militärrüstungen, ohne gegenseitige Verhetzung und Verfeindung erstreben.

Daß die Sowjetunion und die östlichen Volksrepubliken, eingeschlossen China, zu diesen Kräften gehören und im wohlverstandenen Eigeninteresse die Verhinderung eines neuen Kriegsbrandes in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik gestellt haben, nimmt *unserer* Friedensarbeit nichts von ihrem Recht und ihrem Ernst. Auch in den dreißiger Jahren suchte die Sowjetunion eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Kriegsgefahr zustande zu bringen (die damals insbesondere vom nazistischen Deutschland ausging), durchaus ehrlich und ohne tückische Hintergedanken. Hätte diese Politik Erfolg gehabt — der Zweite Weltkrieg wäre vermieden worden, wie rückschauend auch westmächtliche Staatsmänner, so ein Lord Cecil, anerkannt haben. Es war nur blinder Antikommunismus und klassenbedingte Sympathie mit dem Faschismus, was die rechtzeitige Bildung der Abwehrfront gegen das Dritte Reich verhindert hat, zum unermeßlichen Schaden der Westvölker. Und heute sollten wir diesen todbringenden Fehler wiederholen? Sollten aus Haß gegen den Kommunismus und aus feiger Angst, als «Schrittmacher des stalinistischen Despotismus» gebrandmarkt zu werden, *unseren* Friedenskampf konsequent von demjenigen der kommunistisch regierten Völker trennen? Wir hülfen damit nur den Kriegsmachern! Ein dritter Weltkrieg kann, so wie die Dinge liegen, nicht ohne oder gar gegen die kommunistischen Länder verhindert werden, sondern nur mit ihnen zusammen, und das heißt, daß wir uns mit ihnen über die besten Mittel zur Rettung des Friedens irgendwie verständigen und eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens erzeugen müssen, aus der dann eine gemeinsame Aktion zur Überwindung der Kriegsgefahr hervorgehen kann.

Das aber wollte der Wiener Kongreß gerade. Er wollte ein *Gespräch* zwischen den beiden Lagern in Gang bringen, als einzige Alternative zum gegenseitigen Totschlag, zu dem es unweigerlich kommen wird, wenn es nicht zu solchem Gespräch in größtem Maßstab und auf höchster Ebene kommt. Wenn sich ein solches Gespräch nicht viel intensiver und fruchtbarer entwickelt hat, als das in Wien tatsächlich der Fall gewesen ist, so war daran nicht die Kongreßleitung schuld (die von

Anfang an darauf drückte und jede Meinung sich völlig frei aussprechen ließ), sondern die Abwesenheit einer stärkeren Gruppe von Nichtkommunisten — Christen, Pazifisten, Sozialisten, bürgerlichen Rüstungsgegnern —, die dem Kongreß ihren Stempel hätte aufdrücken können. Hoffen wir aber, daß Wien nur ein Anfang war, ein Anstoß, der sich über die ganze Welt hin fortpflanzen werde, und daß eine neue Welttagung ähnlicher Art von vornherein durch eine Organisation vorbereitet werde, die neben den Kommunisten und zugewandten Orten auch allen anderen Friedenskräften Sitz und Stimme sichert.

Und noch eins. In Wien war es verpönt, über die *Ursachen* des kalten Krieges und den Zusammenhang des *innerpolitischen* Regimes eines Landes mit seiner Außenpolitik zu reden. Und doch war es praktisch unmöglich, von diesen Dingen ganz zu schweigen. Ja, das Eindrucksvollste, das wir in Wien erlebten, das fast ununterbrochene Defilee von Vertretern und Vertreterinnen der «zurückgebliebenen», der ausgebeuteten, niedergehaltenen Kolonial- und Halbkolonialvölker, die in oft ergreifender Weise ihre Leiden und ihre Sehnsüchte in die Welt hinausschrien — es wäre in dieser Weise gar nicht denkbar gewesen, wenn nicht der Kolonialismus und Imperialismus unserer Zeit und seine Wurzel, der profitgierige Kapitalismus, auf die Anklagebank gesetzt worden wären. Man spürte hier wirklich den heißen Atem der Weltgeschichte, sah hinter den Sprechern auf der Tribüne fast greifbar vor sich die hungernden und verelendeten Volksmassen Koreas und Vietnams, Indiens und Malayas, Persiens und Ägyptens, Schwarzafrikas und Lateinamerikas. Und wurde sich aufs neue bewußt, daß die große Freiheitsbewegung dieser Völker, aufs ganze gesehen, eine entscheidende Kraft der Friedensbewegung darstellt, daß die soziale und nationale Revolution der farbigen Rassen auch *unsere* Sache ist und die vom heutigen Amerika angeführte Gegenrevolution der Beharrungsmächte die Hauptursache der Kriegsdrohung ist, die über uns schwebt. Anderseits durfte am Wiener Kongreß auch nicht ignoriert werden, was von den kommunistischen Staaten her friedensgefährdend und kriegsbegünstigend in die Welt hinauswirkt; der Schreibende hat — auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden — selber die Gelegenheit benützt, um auch nach der kommunistischen Seite hin einige Mahnungen und Warnungen zu richten und den Gedanken eines vom Ost- wie vom Westblock gleich unabhängigen sozialistischen Westeuropa in die Debatte zu werfen.

Dennoch: die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Wert und Unwert, Schuld und Verdienst der politischen Systeme und ihren Anteil an der *Entstehung* der Weltspannung müssen im Hintergrund bleiben, wenn wir die Völker zum Kampf für die Verhinderung eines dritten Weltkrieges sammeln wollen. Es sollte für die Zwecke einer Bewegung, wie sie in Wien gestartet wurde, genügen, über die eine, jedem Sehenwollenden in die Augen stechende Tatsache Klarheit zu schaffen, daß

eine längere *Fortsetzung* des kalten Krieges unausweichlich in den heißen Krieg ausmünden wird und daß uns gar nichts anderes mehr übrigbleibt, als den Gewaltlösungen, wie sie der Westen ins Auge faßt, zu widerstehen, als abzurüsten und uns schlecht und recht zu vertragen, wenn wir nicht alle zusammen elend zugrunde gehen wollen. Das allein war die Absicht des Wiener Kongresses. Er hat verstanden, daß jetzt die Stunde der Völker geschlagen hat. Und was wünschten wir mehr, als daß der Ruf, den er hat ergehen lassen, über die ganze Welt hin aufgenommen und in die Tat umgesetzt werde?

Vom Ursprung des kalten Krieges Daß im übrigen Klarheit auch über die *Ursachen* der Weltspannung für das Verständnis der internationalen Lage unerläßlich ist, bedarf hier keiner weiteren Begründung. In den «Neuen Wegen» ist dieser Seite des Kriegs- und Friedensproblems immer die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden, und wir möchten gerade heute, als Wegleitung ins neue Jahr hinein, den geschichtlichen Ursprung des sogenannten kalten Krieges einigermaßen zusammenhängend aufzuzeigen versuchen, soweit es der noch verbleibende Raum zuläßt.

Die offizielle *westliche* Lesart vom Ursprung des kalten Krieges ist bekannt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und darüber hinaus — so wird gesagt — bekundeten die Westmächte eine ausgesprochen freundschaftliche Haltung gegenüber der Sowjetunion. Sie waren voll guten Willens, sich mit ihr über die friedliche Organisierung der Welt zu verständigen, und bewiesen diesen Willen nicht nur durch die Aufnahme der Sowjetunion in die UNO, sondern auch durch ihre fast vollständige militärische Abrüstung. Wenn es dennoch zu einer wachsenden Verfeindung zwischen Ost und West, ja zu einem eigentlichen kalten Krieg zwischen den beiden Lagern gekommen ist, so ist das die Schuld der Sowjetunion, die nicht abgerüstet, sondern neu aufgerüstet und eine eigentliche Ausdehnungs- und Eroberungspolitik nach dem Westen hin eingeleitet hat, als Auswirkung ihres Diktaturregimes, das auch nach außen hin nur Gewalt- und Unterdrückungsmethoden kennen kann. Kurz, das Bündnis der vier Mächte, die Schulter an Schulter den Krieg durchgekämpft haben, ist mutwillig von der Sowjetunion zerbrochen worden, und den Westmächten blieb trotz allen geduldigen Bemühungen, zu einem gütlichen Ausgleich mit der Sowjetunion zu kommen, schließlich gar nichts anderes übrig, als eine «Position der Stärke» aufzubauen, von der aus den Russen, die eben nur die Sprache der Waffen verstehen, der Meister gezeigt werden muß.

So die westmächtliche Darstellung. Die Wahrheit lautet ganz anders. Halten wir vor allem fest, daß die Außenpolitik der Sowjetunion *vor* 1945 unbedingt defensiv, friedlich war, auch wenn sie mit der Wahrscheinlichkeit neuer kriegerischer Zusammenstöße rechnete, deren trei-

bende Kraft der Kapitalismus wäre. Von den Interventionskriegen, die nach 1917 vierzehn westliche und östliche Staaten auf russischem Boden geführt haben (die Sowjetunion verlor dabei rund 7 Millionen Menschen), über den kalten Krieg der zwanziger Jahre bis zu Hitlers Invasion im Jahre 1941, die ohne die Hilfe der Westalliierten für den Wiederaufbau der deutschen Machtstellung niemals möglich gewesen wäre, waren es immer die Westmächte, die — neben Japan — im Angriff standen, nicht die Sowjetunion, deren Lebensinteresse eben daran hing, daß sie ihr gewaltiges inneres Aufbauwerk ungestört durch äußere Bedrohung fortführen konnte. Was in aller Welt sollte also die Leiter der Sowjetunion veranlaßt haben, am Ende des Zweiten Weltkrieges plötzlich selbst zu einer Ausdehnungs- und Eroberungspolitik überzugehen, statt die entsetzlichen Wunden zu heilen, die der Krieg ihrem Volk und Land geschlagen hatte? Und *wenn* schon die Sowjetpolitik eine solche radikale Änderung erfahren hätte — warum ist dann das neue Eroberungsprogramm nicht gleich nach 1945 ausgeführt worden, zu einem Zeitpunkt also, da die Rote Armee innert weniger Monate hätte ganz Westeuropa überrennen und besetzen können? Warum schaut die Sowjetunion auch seither ruhig zu, wie die Westmächte fieberhaft gegen sie aufrüsten? Warum hat sie beispielsweise nicht die Festlegung des Hauptteils der amerikanischen Wehrmacht in Korea dazu benützt, ihre Angriffspläne in Europa zu verwirklichen? Lauter unlösbare Rätsel für den, der von einem nach Kriegsende durchgebrochenen sowjetischen Eroberungswillen ausgeht (denn der zeitweilige Alleinbesitz der Atombombe durch die Vereinigten Staaten vermag die Zurückhaltung der Sowjetunion niemals befriedigend zu erklären). Kein Rätsel aber kann es für denjenigen geben, der vernünftigerweise annimmt, daß die sowjetische Außenpolitik nach wie vor dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich die gleiche geblieben ist — defensiv, friedlich, kompromißbereit —, *so wie auch die Politik der Westmächte seit 1918 die gleiche geblieben ist* — antikommunistisch, gegenrevolutionär, draufgängerisch-gewalttätig.

Gewiß, der Angriffskrieg Hitlers, der sich zur peinlichen Überraschung der Westmächte, nach der Niederwerfung Polens, auch gegen sie selber richtete, um erst nachher die Sowjetunion zu erfassen (wie es die «Münchener» Politik schon von Anfang an erfordert hätte) — Hitlers Angriff zwang Frankreich, England und dann auch Amerika zur vorübergehenden Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Aber die feindselige Grundhaltung des konservativ-kapitalistischen Westens gegenüber dem Mutterland der sozialen Revolution blieb auch während des Kriegsbündnisses mit Moskau bestehen, so wie das erst recht in der Zeit der Nichtkriegführung Rußlands der Fall gewesen war (man denke etwa an die Pläne, die Sowjetunion von Finnland und anderseits von der Türkei aus in die Zange zu nehmen, oder an die verschiedenen Versuche, Frankreich-England auf Kosten Rußlands wieder mit Deutschland

zu versöhnen, wobei der Vatikan eine nicht geringe Rolle spielte). Nur widerstrebend halfen die Westmächte der Sowjetunion zum Beispiel gegen Finnland, das doch seit Juni 1941 offen an der Seite Hitlers Krieg gegen Rußland führte; die Vereinigten Staaten brachen nicht einmal die diplomatischen Beziehungen mit Finnland ab. Und dann die Tragödie der «Zweiten Front», die die Westmächte hätten gegen Deutschland errichten sollen, aber zwei Jahre lang nicht errichtet haben — trotz förmlichem Versprechen! Die Sowjetunion hatte diese Nichtintervention nicht viel weniger teuer zu bezahlen als die bewaffnete und nichtbewaffnete Intervention des Westens in den ersten Jahren ihrer Existenz. *Carl Marzani* stellt in seinem aufschlußreichen Buch «We can be friends» («Wir können Freunde sein»), das vor kurzem in Neuyork erschienen ist, mit nur zuviel Grund fest:

«Wenn man auf die langen Jahre der Intervention, der heißen und kalten Kriege und der gebrochenen Versprechen, Konflikte und Beschuldigungen des Zweiten Weltkrieges zurückschaut, dann ist für einen unparteiischen Beobachter das Erstaunliche nicht, daß (auf russischer Seite) Argwohn aufkam, sondern daß er nicht schlimmer war. Die Sowjetunion war tatsächlich nicht dogmatisch in ihrer vorsichtigen Haltung. Das gibt auch ein so gründlich sowjetfeindlicher General wie General Deane zu. Er erzählt, wie die Russen beträchtliche Risiken eingingen, um ihre Freundschaft zu zeigen. Die amerikanischen Flieger zum Beispiel, die den Doolittle-Angriff auf Japan ausgeführt hatten und in Rußland gelandet waren, durften aus der Internierung ‚entweichen', obschon Rußland damals noch im Frieden mit Japan war.»

Und kein Geringerer als der frühere amerikanische Kriegs- und Außenminister Stimson anerkennt in seinen Erinnerungen, daß die Russen nicht nur getreu ihre Verpflichtungen einhielten, sondern auch Opfer brachten, zu denen sie gar nicht verpflichtet waren, zum Beispiel indem sie durch eine eigene Offensive deutsche Kräfte banden, als Hitlers Wehrmacht ihre berühmte Ardennenoffensive unternahm.

Atomische Politik Der Bruch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten erfolgte erst nach dem jähen Tod Roosevelts. Sein Nachfolger Truman verkehrte die Praxis freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Rußland, die bisher ein leitender Grundsatz der amerikanischen Politik gewesen war, bewußt in ihr Gegenteil. Nicht daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten damals schon sowjetfeindlich gewesen wäre; das amerikanische Volk war vielmehr immer noch durchaus russenfreundlich gesinnt. Aber in den regierenden Kreisen war ein Umschwung eingetreten, oder besser: der alte Antikommunismus war aufs neue durchgebrochen, nachdem Roosevelt, der große «Zauberer», von der Weltbühne verschwunden war. Truman selbst war ein alter Antikommunist. Schon 1941 — er war damals noch Senator — hatte er gesagt: «Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir den Russen helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Sie sollen auf die Art gegenseitig

so viel Menschen umbringen als nur möglich, wenn ich auch Hitler unter keinen Umständen siegreich sehen möchte» (vgl. «New York Times» 24. 6. 1941).

Als Vizepräsident unter Roosevelt mußte er natürlich eine gewisse Zurückhaltung üben. Nachher brauchte er, zur Macht gelangt, seinen Gefühlen keinen Zwang mehr anzutun. Gleich als Molotow, der sowjetische Außenminister, auf der Reise zur Gründungskonferenz der UNO am 23. April 1945 dem neuen Präsidenten seine offizielle Aufwartung machte, überschüttete ihn Truman mit Vorwürfen wegen des angeblichen Bruches übernommener Verpflichtungen in der Frage der neuen polnischen Regierung — völlig grundlos und gegen den Rat von Außenminister Stimson, Admiral Leahy und General Marshall. Senator Vandenberg aber, einer der erbittertsten Gegner von Roosevelts Rußlandpolitik, triumphierte. In seinem Tagebuch vermerkt er:

«Das ist die beste Kunde seit Monaten. Mit F. D. R's Beschwichtigung Rußlands ist es vorbei ... Rußland zieht sich vielleicht (aus der UNO) zurück. Dann wird eben die Konferenz ohne Rußland weitergehen.»

In San Franzisko war es dann die amerikanische Regierung selbst, die eine übernommene Verpflichtung brach, indem sie die Aufnahme des nazifreundlichen Argentiniens in die Organisation der Vereinten Nationen durchsetzte. Das war der erste offene Schritt, um die Abmachungen von Jalta umzustoßen und — gemäß der Absicht von John Foster Dulles — die Vereinten Nationen als Werkzeug einer sowjetfeindlichen Politik zu gebrauchen, eine Strategie, die im Lauf der Jahre so folgerichtig und verhängnisvoll entwickelt werden sollte. Die Vereinigten Staaten machten zwar geltend, die Aufnahme Argentiniens in die UNO würde dem einmütigen Wunsch der lateinamerikanischen Staaten entsprechen, und die Sowjetunion war auch grundsätzlich bereit, dem Rechnung zu tragen. Aber als sie eine kurze Verschiebung der Aufnahme Argentiniens — Stalin sprach gegenüber dem amerikanischen Sondergesandten Harry Hopkins von drei Monaten — anregte, lehnten die USA das schroff ab und bestanden auf der sofortigen Zulassung des schon damals halbfaschistischen Argentiniens. Man wird kaum anders urteilen können als Marzani (in dem erwähnten Buch, Seite 222):

«Als die Vereinigten Staaten das Begehren eines freundschaftlichen Verbündeten nach einem kurzen Aufschub verächtlich abwiesen, konnte man dieses Verhalten nur auf eine einzige Art deuten: Die Regierung Truman war an der Einheit und an einer freundschaftlichen Zusammenarbeit (mit Rußland) nicht interessiert.»

Der gleichen Meinung ist Del Vayo, der in «The Nation» (1. 10. 1949) schrieb:

«Vielleicht der erste Bruch (der Einigkeit zwischen Rußland und Amerika. H. K.) erfolgte in San Franzisko im Jahr 1945, als die Amerikaner die Aufnahme Argentiniens in die Vereinten Nationen erzwangen. Einige Tage nachher überzeugte mich eine lange Unterhaltung mit Molotow, daß die russische Delegation diese Handlungs-

weise, die mit einem Streich alles auslöschte, was Roosevelt über die Kriegsziele gesagt hatte, als eine Warnung betrachtete, die anzeigte, daß die Vereinigten Staaten plötzlich ihre Haltung geändert hatten.»

Ein zweites Mal kam die neue Politik der USA gegenüber der Sowjetunion zum Ausdruck an der Potsdamer Konferenz, die am 1. August 1945 zu Ende ging und an der Präsident Truman selber teilnahm. Der frühere Unterstaatssekretär im Außenministerium, Sumner Welles, spricht das unumwunden aus (in seinem Buch «Where are we heading?»):

«Die Früchte der Roosevelt-Politik wurden in Teheran und Jalta offenbar. Dann ging plötzlich die Leitung der amerikanischen Politik in andere Hände über. Die verhängnisschwere Wendung, die das für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen brachte, war jedem objektiven Beobachter offenbar, der an der Potsdamer Tagung dabei war. Die Sowjetregierung wußte natürlich, daß Präsident Truman von gegensätzlichen Ratschlägen in bezug auf die Methoden bedrängt wurde, die er in seinen Verhandlungen mit ihr anwenden solle. Sie war sich völlig im klaren, daß eine Gruppe von Beratern, welche die von ihnen so genannte ‚Beschwichtigungspolitik gegenüber Rußland' verpönte, die Auffassung vertrat, eine Taktik der starken Faust sei das einzige Mittel, um Erfolg zu erzielen.»

Schon wenige Tage nach Potsdam triumphierte diese «Taktik der starken Faust» in sensationellster Art. Denn der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August 1945 galt ja nicht dem militärisch bereits zusammenbruchsreifen Japan; er galt der Sowjetunion. Wie Professor Blackett, der berühmte englische Kernphysiker, in seinem Buch «Krieg, Furcht und die Atombombe» bemerkt (wir haben es schon einmal erwähnt):

«Der Abwurf der Atombomben war nicht so sehr der letzte militärische Akt des Zweiten Weltkrieges als die erste Hauptoperation in dem diplomatischen kalten Krieg mit Rußland, der jetzt im Gang war.»

Die Absicht war eine doppelte: erstens das vereinbarte Eingreifen der Sowjetunion in den Krieg mit Japan und damit ihre Beteiligung an der Besetzung Japans zu verhindern und zweitens, der Sowjetunion handgreiflich zu beweisen, wessen Amerika jetzt fähig war, wenn es zu einer Kraftprobe mit Rußland kommen sollte.

Ausnützung des Atombomben-Monopols zur Einschüchterung Rußlands — das war fortan in der Tat einer der Leitgedanken der amerikanischen Außenpolitik. Auf welch gefährlichen Weg sich die Regierung Truman damit begab, dafür haben wir einen einwandfreien Zeugen ersten Ranges: den damaligen Kriegsminister Henry Stimson, einen der hervorragendsten amerikanischen Staatsmänner seiner Zeit, der zwischen 1911 und 1945 in vier Regierungen Kriegs- oder Außenminister gewesen war. Unter dem 11. September 1945 richtete Stimson eine Denkschrift an Präsident Truman, die eines der Schlüsseldokumente des kalten Krieges darstellt, bei uns aber fast unbekannt ist. Es wäre eigentlich nötig, das Schriftstück im Wortlaut anzuführen; Raumes halber müssen wir uns mit ein paar wenigen Zitaten begnügen.

Stimson warnt in seinem Memorandum eindringlich vor einem amerikanischen Atombomben-Monopol und seiner Ausnützung gegen die Sowjetunion und schlägt statt dessen sofortige direkte Verhandlungen mit Rußland über eine gemeinsame Atomkraftpolitik vor. Er weist darauf hin, daß ein amerikanisches Monopol die Russen nur zu fieberhaften Anstrengungen aufstacheln müsse, die Bombe ebenfalls herzustellen, und das werde dann unweigerlich zu einem fast verzweifelten Wettrüsten mit all seinen gefährlichen Folgen führen.

«Wenn wir — so schreibt Stimson — es jetzt versäumen, uns ihnen (den Russen) zu nähern und lediglich mit ihnen weiter verhandeln, diese Waffe ostentativ an unserer Hüfte tragend, dann werden ihr Argwohn und ihr Mißtrauen gegenüber unseren Zielen und Beweggründen zunehmen ... Die Hauptlektion, die ich in einem langen Leben gelernt habe, ist, daß die einzige Art, einen Menschen vertrauenswürdig zu machen, darin besteht, ihm selbst zu vertrauen; der sicherste Weg aber, ihn vertrauensunwürdig zu machen, besteht darin, ihm zu mißtrauen und ihm unser Mißtrauen zu zeigen.»

Stimson drückt sodann seine Überzeugung aus, daß die Atombombe den Höhepunkt des Wettrennens zwischen den technischen und moralischen Kräften des Menschen darstelle, und fährt fort:

«Wenn dem so ist, dann ist die Art und Weise, wie wir an die Russen herantreten, eine Frage von lebenswichtigster Bedeutung in der Entwicklung des menschlichen Fortschritts ... Nach meinem Urteil wären die Sowjets eher geneigt, auf einen direkten und geradlinigen Annäherungsversuch von seiten der Vereinigten Staaten in dieser Frage ehrlich zu antworten, als wenn diese Annäherung im Zusammenhang mit einem allgemeinen internationalen Plan erfolgte oder wenn sie nach einer Reihe offener oder verschleierter Drohungen oder Halbdrohungen bei unseren Friedensverhandlungen geschähe.»

Und Stimson schließt, indem er davor warnt, die Frage der Atomkraftkontrolle irgendwie zum Gegenstand allgemeiner internationaler Verhandlungen zu machen; die Russen würden ein solches Vorgehen sicher nicht ernst nehmen:

«Die Verwendung dieser Bombe ist von der Welt als Ergebnis der Initiative und Schöpferkraft der Vereinigten Staaten angenommen worden, und ich glaube, dieser Umstand ist ein ungemein mächtiger Hebel dafür, daß unsere Vorschläge von den Sowjets angenommen werden, während ich höchst skeptisch bin in bezug auf die Erzielung irgendwelcher greifbarer Ergebnisse vermittelst internationaler Auseinandersetzungen. Ich schlage dringend diese Methode vor als den am meisten realistischen Weg, um diesen lebenswichtigsten Schritt in der Geschichte der Welt auszuführen.»

Präsident Truman schlug Stimsons Rat und Warnung in den Wind, ja er tat gerade das Gegenteil dessen, was ihm sein hervorragender Mitarbeiter empfohlen hatte. So kam es zur Ausarbeitung einer rein amerikanischen Atomkraftpolitik, die die Spannung mit Rußland nur verschärfen konnte. Und es kam zur Einreichung jenes Kontrollplans an die Vereinten Nationen, der als Baruch-Plan bekannt geworden ist und von vornherein so angelegt war, daß er von der Sowjetunion gar

nicht angenommen werden *konnte*, weil er eindeutig auf die amerikanischen Militär- und Wirtschaftsinteressen zugeschnitten war und die Machtstellung der Vereinigten Staaten in Hinsicht auf die Atomkraftverwendung gegenüber der Sowjetunion wesentlich verstärkt hätte (wir haben das an Hand von Professor Blacketts Buch bereits früher einläßlicher dargetan). Stimson hatte nur zu sehr recht: die Internationalisierung der Atomkraftfrage machte sie unlösbar, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die USA-Regierung dieses negative Ergebnis von vornherein in Aussicht nahm. Die Propagandawirkung des amerikanischen Vorgehens war hingegen — im Sinn der Vereinigten Staaten — unzweifelhaft positiv. «So groß», stellt Blackett fest, «war der Erfolg, mit dem dieser täuschende Plan in den meisten Ländern als weise und edelmütige Maßnahme aufgetischt wurde, daß es möglich wurde, die Sowjetunion infolge ihrer ablehnenden Haltung als das einzige Hindernis für den Weltfrieden zu brandmarken.»

Heißer Krieg oder Umkehr! Das war also der Anfang des kalten Krieges. Die Fortsetzung ergab sich daraus logisch und ist ja auch eher bekannt. Es kam am 5. März 1946 Churchills bestürzende Rede in Fulton (Missouri), die man als die förmliche Erklärung der Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion bezeichnet hat. Sie wurde in Anwesenheit und sicher nicht ohne Vorwissen Trumans gehalten und sprach das aus, was die amerikanische Regierung damals noch nicht offen sagen konnte oder wollte. Es kam ein Jahr darauf, am 12. März 1947, die Verkündigung der Truman-Doktrin, die nunmehr ganz offiziell die Sowjetunion mit Krieg bedrohte, falls sie — es handelte sich zunächst um den Balkanraum — ihre «Ausdehnungspolitik» fortsetzen sollte. «Der neue Kurs», so stellt Walter Millis, der Herausgeber der Tagebücher des späteren Wehrministers Forrestal, fest, «entsprach genau den moralischen, strategischen und taktischen Ideen, die Forrestal schon seit langem entwickelt hatte.» Forrestal, der dann in geistiger Umnachtung und Selbstmord endete, war in der Tat einer der unheilvollsten von den Hintermännern Trumans, die für den Bruch mit der Politik Roosevelts verantwortlich sind. Forrestal protegierte auch den «Theoretiker» des kalten Krieges, George F. Kennan, einen der maßgebenden Männer in der Planungsabteilung des Außenministeriums, deckte sich doch, wie Millis ebenfalls bemerkt, seine Auffassung genau mit derjenigen Forrestals — die Auffassung nämlich, daß Amerikas Politik gegenüber der Sowjetunion «nicht auf die Annahme gegründet werden dürfe, daß eine friedliche Lösung des russischen Problems möglich sei» (Kennan hat seine Meinung seither etwas geändert, machte sich aber im letzten Jahr als amerikanischer Botschafter in Moskau dennoch unmöglich).

Es kann nicht überraschen, daß in diesem geistigen Klima der Ge-

danke eines *Präventivkrieges* gegen Rußland üppig gedieh und bis in die höchsten politischen und militärischen Kreise der Vereinigten Staaten hinein gehegt wurde. *Ein* Ausdruck davon ist jener Plan des damaligen amerikanischen Außenministers James F. Byrnes, auf das Frühjahr 1948 eine Konferenz für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einzuberufen. Für den Fall, daß eine Einigung mit der Sowjetunion nicht zustande komme, sei, so wollte Byrnes, ein Sonderfriede der Westalliierten mit Westdeutschland zu unterzeichnen, der den Abzug aller Besetzungstruppen vorsehen müsse; wenn die Sowjetunion dann Ostdeutschland nicht räume, sei sie mit Gewalt daraus zu vertreiben. Der Plan wurde seinerzeit nicht ausgeführt; die Ankündigungen von Eisenhower und Dulles, wonach die Vereinigten Staaten nicht ruhen würden, bis die Sowjetunion hinter ihre eigentlichen Grenzen zurückgeworfen und der ganze Osten befreit sei, zeigen indes, daß seine Grundidee nicht aufgegeben, vielmehr in noch weit größerem Maßstab weiterentwickelt worden ist. Und auch Präsident Trumans Abschiedsbotschaft an die amerikanische Bundesversammlung unterstreicht ja sicher nicht ohne Absicht nochmals ganz kräftig den «Kreuzzugsgedanken» mit ihrer Kampfansage gegen die Sowjetunion, deren «dominierende Idee», wie er sagt, in dem «schrecklichen Dogma» bestehe, «daß die Menschen keine Rechte haben, sondern von der Gnade des Staates abhängen».

Doch wir wollen ja nicht die einzelnen Etappen des kalten Krieges und seine wechselvolle Geschichte beschreiben; es sollte nur einmal im Zusammenhang sein Ursprung aufgezeigt und sein Sinn klargestellt werden. Nur *eine* Feststellung sei nochmals gemacht: Die verantwortlichen Führer der Vereinigten Staaten glauben selber nicht im Ernst an kriegerische Absichten der Sowjetunion, weder für die nächste noch für eine spätere Zukunft. Zahlreiche Äußerungen amerikanischer Staatsmänner, Diplomaten und Militärs bezeugen das sehr eindeutig. Und die Gefahr, die vom Kommunismus her auch nach unserer Überzeugung droht, liegt ja auch tatsächlich auf einem anderen Gebiet — auf einem Gebiet freilich, auf dem die westlich-bürgerliche Welt mit dem Kommunismus nicht erfolgreich zu konkurrieren vermag. Gerade darum aber muß den Völkern suggeriert werden, die unmittelbarste und hauptsächliche Gefahr, deren sie sich von der Sowjetunion zu versehen hätten, liege auf militärischem Gebiet — auf demjenigen Gebiet also, auf dem sich Amerika und die Westmächte dem Ostblock durchaus überlegen glauben. *Hier* müsse der große Menschheitskampf, von dem Truman redet, ausgetragen werden; *hier* müsse der Westen so stark gemacht werden, daß er dem Osten seine Bedingungen unter allen Umständen auferlegen könne — im kalten Krieg, wenn möglich, im heißen, wenn nötig.

Daß der Besitz eines großen Vorrats von Atombomben und neuerdings auch der Wasserstoffbombe Amerika zu dieser Druck- und Drohpolitik in besonderem Maß ermuntert, ist gar keine Frage; auch in der Neuyorker «Herald Tribune» seufzte letzthin ein Kommentator — Ned Russell —, für die Präventivkrieganhänger stelle die Wasserstoffbombe «die Pistole auf dem Tisch» dar, die schließlich die «Machtsituation» geschaffen habe, von der aus eine erfolgversprechende Ultimatumspolitik gegenüber der Sowjetunion eingeleitet werden könne. Und die Überlegung scheint wirklich für viele zwingend, daß — wenn schon der Krieg unvermeidlich sei, wie das eine nun seit Jahren betriebene Propaganda glaubhaft machen will — Amerika seinen Vorsprung in der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben entschlossen ausnützen müsse, solange es noch Zeit dafür sei. Daß auf diesem Weg nur der Untergang liegen kann, ist zwar gewiß. Auch Amerika kann, trotz seiner scheinbar erdrückenden militärischen und wehrwirtschaftlichen Übermacht, des Sieges keineswegs sicher sein und müßte ihn auf jeden Fall mit der endgültigen Auflehnung der ganzen farbigen Welt gegen den Westen auch politisch teuer bezahlen. Und vollends die europäischen Völker! Dennoch — die Kriegshysterie ist eher im Zunehmen begriffen; ohne diesen Hintergrund wäre sowohl die Verurteilung der beiden Rosenberg wie diejenige der Gruppe Slansky-Clementis niemals möglich gewesen*. An ihre Milderung durch Regierungsaktionen glauben wir längst nicht mehr, und auch Churchills sonst löbliches Bemühen, mit Eisenhower ins persönliche Gespräch zu kommen, bevor in Washington unwiderrufliche Beschlüsse gefaßt werden, wird kaum viel zu einer Entspannung beitragen. So kommt eben — und man kann das nicht oft genug sagen — alles auf die Völker selbst an. Ihr Erwachen, ihr wachsender Widerstand gegen alle Gewaltlösungen, die der Weltspannung gegeben werden wollen, werden die Regierungen allein zwingen können, von dem Weg umzukehren, der aus dem kalten in den heißen Krieg hineinzuführen droht. Daß das Völkererwachen noch *rechtzeitig* kommen möge, mit diesem Wunsch sind wir ins neue Jahr hineingegangen.

12. Januar. *Hugo Kramer.*

---

* Das gleiche gilt von der seither bekanntgegebenen «Verschwörung jüdischer Ärzte in Moskau», hinter der die große amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation «Joint Committee» stehen soll, von der Verhaftung des ostdeutschen Außenministers Dertinger, der ebenfalls als amerikanischer Agent «entlarvt» worden ist, wie von den bevorstehenden Prozessen gegen Anna Pauker in Rumänien, gegen Gomulka in Polen und anderen ähnlich aufgezogenen Liquidierungsaktionen. So unglaubwürdig die Begründung der Anklagen in all diesen Verfahren auch ist — als Anzeichen wachsender Angst vor Krieg und Umsturz sind sie schlechthin unheimlich. Was bereitet sich da vor?

Aus dem Leben – für das Leben

Sinnsprüche von Walther Goes

An deinem Verhältnis zu den Menschen zeigt sich dein Verhältnis zu Gott.

Auch ein Christ weiß nicht, was kommt, aber er weiß, woher etwas kommt.

Christen sind keine Optimisten, denn sie wissen von einem Teufel — Christen sind keine Pessimisten, denn sie wissen von Gott.

Das Irdische darf dir weder Vertrauen noch Verzweiflung einflößen.

Daß wir es gut haben wollen, ist ein Hauptgrund, daß wir nicht gut sind.

Du kannst dich am andern auf doppelte Weise versündigen, dadurch, daß du ihm die Wahrheit vorenthältst, und dadurch, daß du ihm Liebe vorenthältst.

Gott muß nicht immer im Vordergrund sein, aber er muß immer im Hintergrund sein.

Gott tut Wunder, aber nicht nur Wunder der Gnade, auch des Gerichts.

Je mehr dir Gott geben will, je tiefere Furchen muß er ziehen.

Je mehr du dich um Gott bemühst, um so mehr bemüht sich der Teufel um dich.

Je näher wir Gott sind, um so schmerzlicher empfinden wir das Getrenntsein von ihm.

An einen christlichen Mitbruder

O wärest doch ein Heide Du,
Ein gegnerischer Mann,
Mit dem man mutig streiten,
Sich auch vertragen kann.
Doch Du, mein Freund und Glaubensheld,
Doch Du, o Tugendbold,
Du lässest mich nicht Bruder sein,
So gerne ich es wollt!

So bitt ich Dich, erlaube mir,
Mit Dir ein Christ zu sein,
Wenn Du's erlaubst, so werd ich es
Mit Freude mit Dir sein!
Doch wenn Du mir's auch nicht erlaubst,
Werd ich es dennoch sein,
Wenn Du auch anders fühlst und glaubst,
Sind wir in *Ihm* doch eins.

(Nach Berengar) *H.*

Redaktionelle Bemerkungen

Im neuen Jahr, zu dem wir unsern Lesern, Mitarbeitern und Freunden Zuversicht und Kraft für die Arbeit wünschen, wollen und müssen wir uns konzentrieren auf zwei Aufgaben, die uns allen als vordringlichste gestellt sind: auf den Kampf um den Frieden und auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Beiden Aufgaben wollen wir uns mit Verantwortungsbewußtsein und in Nüchternheit widmen. Wir hoffen und zählen auf direkte und indirekte Mitarbeit aller, die mit uns wissen, daß von der Bewältigung dieser Arbeit das Weiterbestehen der Menschheit abhängen kann.

In diesem Zusammenhange möchten wir in den nächsten Heften der «Neuen Wege» eine Rubrik «Stellungnahme» aufnehmen, unter welcher wir uns kurz über aktuelle Ereignisse äußern und sie von der Wahrheit des Reiches Gottes her darzustellen versuchen.

Auf den nachfolgenden Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe machen wir ausdrücklich aufmerksam. Die Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz hat ihrerseits in dieser Frage einen Schritt getan, indem sie am 6. Januar dieses Jahres an Präsident Truman ein Telegramm folgenden Wortlautes sandte:

«Die Hinrichtung von Julius und Ethel Rosenberg ist nicht vor der Wahrheit und Liebe Christi zu verantworten. In der Atombombe selbst liegt das Unheil.»

Wir beginnen unser Januarheft mit Worten von Leonhard Ragaz, die uns gerade das sagen, was wir in diesem Jahre bedenken sollen.

Das Redaktionskollegium

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Genf, den 10. Januar 1953
12, rue du Vieux-Collège

Frauen fordern die Abschaffung der Todesstrafe

An die Regierungen der Welt

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit erachtet seit ihrer Gründung im Haag, 1915, das Recht auf Leben als ein Grundrecht des Menschen und erklärt, daß keiner Behörde das Recht zusteht, einen Menschen zum Tode zu verurteilen.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit glaubt, daß diese Ansicht völlig mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte übereinstimmt, die unmißverständlich darauf hinweisen, daß die Erhaltung des Friedens untrennbar verbunden ist mit der Achtung vor dem Leben und der Würde des Menschen und seines Wertes.

Die Todesstrafe verletzt diesen Grundsatz und führt zur Verrohung der menschlichen Gesinnung.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ist der Ansicht, daß ein Staat, der Mord als ein schweres Verbrechen betrachtet, sich nicht selbst des Verbrechens schuldig machen sollte, Menschen das Leben zu nehmen.

Am Beginn des neuen Jahres richtet die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit den dringenden Appell an die Regierungen aller Länder, die die Todesstrafe noch als gesetzliches Recht anerkennen, die nötigen Schritte zu unternehmen, um das Recht, Mitbürger zum Tode zu verurteilen, ohne Verzug aus ihren Verfassungen zu tilgen.

Die Internationale Vorsitzende:
gez.: Marie Lous-Mohr

Die Internationalen II. Vorsitzenden:
gez. Dr. Gertrude Bussey Agnes Z. Stapledon

An unsere Abonnenten!

Dieser Nummer unserer Zeitschrift liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst, denselben zur möglichst baldigen Bezahlung des Abonnementsbetrages zu benützen. Wir möchten daran erinnern, daß wir genötigt waren, das Abonnement auf Januar 1953 zu erhöhen. (Siehe «Redaktionelle Bemerkungen» im Dezemberheft 1952.) Das Abonnement für ein ganzes Jahr beträgt Fr. 20.—, für ein halbes Jahr Fr. 10.—, für ein Vierteljahr Fr. 5.—. Wir danken allen, die uns durch freiwillige Beiträge, Geschenkabonnements, durch Werbung von Abonnenten usw. bisher unterstützt haben, recht herzlich und bitten, dies auch weiter zu tun. Unsere arme Kasse bedarf dessen sehr. — Probenummern und Werbeblätter können jederzeit gratis bei der Administration bezogen werden.

Jeder Kampf im Kleinen hilft vorbereiten auf den Sieg im Großen. Das haltet fest und seid treu, auch wenn der Heiland noch schweigt. Er ist im Unsichtbaren und schafft dort, und das ist ein großer Trost.

Chr. Blumhardt

Auferstehungsglaube

Eine persönliche Voraussetzung

Weil die Auferstehung, die Christi selbst und die große und allgemeine, eine Sache des *Glaubens* ist, und das heißt: eine Sache der innersten Persönlichkeit, so ist sie auch nur von dem zu fassen, der sich persönlich mit seiner ganzen Existenz, wenn auch in Schwachheit und Unzulänglichkeit, auf diese Linie stellt. Weil — wir dürfen uns ja so ausdrücken — *Christus* die Auferstehung ist, so kann diese nur für denjenigen siegreiche Gewißheit und lebendige Kraft sein, der mit Christus, dem Lebendigen, in lebendiger und das heißt: gegenwärtiger, sich in Glauben, Hoffnung, Liebe, Gehorsam und Tat, kurz, in der *Nachfolge* ausdrückender und auswirkender Verbindung steht. Hier wird Christus täglich neu die Auferstehung und das Leben. Und er wird es nur demjenigen, der vom lebendigen Gotte in seinem Reiche erfaßt ist und sein eigenes Leben glaubend und handelnd in dieses hineinstellt. Ein Mensch, dessen Sinnen und Trachten ganz an «diese» Welt gebunden ist, an ihre Sinnlichkeit, ihre Ehre, ihre Macht, ihr Geld, wird das echte Wunder der Auferstehung nicht fassen können, wohl aber der, der selbst für die Auferstehung eintritt, der selbst gegen Not, Unrecht, Tod (etwa in Gestalt des Krieges) kämpft, der selbst den lebendigen Gott sucht und findet. Man muß Auferstehung *leben*, um Auferstehung zu *glauben*, wie umgekehrt freilich vom Glauben an die Auferstehung die Kraft der Arbeit und des Kampfes für die Sache Gottes ausgeht. Es gilt auch hier die große und allgemeine Regel: «Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch auch der Glaube an die Auferstehung zufallen.»

Leonhard Ragaz: «Jesus».

Blumhardtworte

Wir Christen müssen uns mehr bilden als andere Leute. Leset doch nicht soviel Romane, die keinen Sinn und Zweck haben! Leset auch nicht soviel christliche Andachtsbücher, die einen immer dümmer machen! Leset etwas, wodurch man in die heutige Zeit hineinkommt, in das, was man *heute* wissen muß, wenn man einen modernen — ich muß diesen Ausdruck brauchen — Standpunkt einnehmen und finden will; denn natürlich, die Christen müssen das Modernste haben, das heißt wir müssen dem Fortschritt der Zeit die Spitze bieten, wir gehen ja am energischsten vorwärts, wir suchen den Tag Jesu Christi. Wir wollen am wenigsten sitzen bleiben, uns ist auch jede Entwicklung der Welt wichtig mit Beziehung auf das Reich Gottes, auf das Gott mit der Menschheit hinsteuert. Uns ist alles Wissen der Menschen und alles Erleben der Menschen ungemein wichtig, und darum suchen wir uns in diesen Gebieten der menschlichen Wissenschaft und des menschlichen Wissens umzusehen, so daß wir den Mann stellen können.

Aus der Schau eines Lebendigen

Wir sind in das Zeitalter der sozialen Weltrevolution getreten. Die Gefahr, die nun droht, ist das Auseinandergehen zweier großer Heerlager in der Richtung eines latenten Bürgerkrieges, als Weltrevolution auf der einen und als Weltreaktion auf der andern Seite. Es steht namentlich das Problem Rußlands und des Kommunismus im Zentrum der Auseinandersetzung, und zwar nicht bloß der politischen und sozialen, sondern auch der religiösen.

Die Verurteilung des Kapitalismus und die Zustimmung zum Sozialismus, ohne Bindung an eines seiner Parteiprogramme, muß unsere selbstverständliche Voraussetzung bilden.

Es gehört zum heiligen Erbe der Bewegung, daß wir auch auf seinem neuen Wege aus dem Proletariertum heraus zum Proletariat stehen. Es hat uns auch heute nötig, und heute sogar erst recht. Denn es ist mit dem ganzen Sozialismus vom Chaos bedroht. Es wird, wie schon angedeutet worden ist, immer bewußter den Zerfall der alten Grundlagen des Sozialismus empfindend, nach einer neuen und besseren verlangen. Ein seelischer Hunger wird immer stärker in ihm erwachen. Ihm müssen wir das Brot reichen können. Wir sind in dieser Beziehung mehr als je in die Lage versetzt, von der es im Evangelium heißt: «Und als er das Volk sah, jammerte ihn desselben, denn sie waren verstreut und geschunden, wie Schafe, die keinen Hirten haben.» Und es gibt auch für uns nur den Weg der Hilfe, den Jesus geht: Wir müssen dem sozialistischen Volke, für seine soziale Forderung einstehend, das *Reich Gottes* verkündigen. Das können wir wirksam tun bloß in Verbindung mit einer neuen *Nachfolge*. Beides bedeutet eine Revolution unseres christlichen Wesens, eine Revolution des Christentums zu Christus und dem Reiche Gottes hin.

Das Zentrum der Weltrevolution muß das werden, was ich die *Revolution Christi* nenne. Sie bedeutet eine neue Erkenntnis und Wirklichkeit Christi.

Leonhard Ragaz: «Zur Neuorientierung der religiös-sozialen Bewegung.»
«Neue Wege», November 1945.

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Kommunismus als Ethos

Werte Freunde!

Als ich von Ihnen den Auftrag erhielt, an Ihrer Tagung über «Kommunismus als Ethos» zu sprechen, freute ich mich doppelt ob dieser Aufgabe. Zum ersten konnte ich vor einen Kreis von Menschen treten, der

das geistige Erbe von Leonhard Ragaz verwaltet und weiterträgt, Leonhard Ragaz, den ich seit vielen Jahren neben Heinrich Pestalozzi stelle, den größten und besten Eidgenossen. Und zum zweiten freute ich mich, über das Problem der Ethik sprechen zu können, dieses grandiose und ungemein wichtige aber auch diffizile und schwierige Problem des menschlichen Verhaltens und Betragens. Ist es doch ein Problem, dessen Geschichte zum Erhebendsten, aber auch zum Tragischsten gehört, das die Menschheit aufzuweisen hat.

Ich nahm mir vor, die Sache möglichst gründlich durchzudenken. Der Plan war bald aufgestellt, die Abfolge aufgezeichnet: Von einer Beschreibung dessen, was heute unter Kommunismus zu verstehen ist, über die Fassung der Quellen der Ethik, die Skizzierung eines geschichtlichen Abrisses und die Formulierung der wichtigsten ethischen Grundmotive und Normen bis zur kurzen Charakterisierung der ethischen Situation der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, von all diesen eigentlichen Voraussetzungen aus wollte ich dann den Zugang zur Ethik der sozialistischen Gesellschaft finden und Ihnen deren Verwirklichung in der Sowjetgesellschaft klarlegen.

Ich begann die Sache frohen Mutes; ich hatte noch sechs Wochen Zeit vor mir und war bald, nachdem allerdings die Fassung der Quellen schon etliche Mühe verursachte, mitten in der Skizzierung des geschichtlichen Abrisses. Aber nun stockte der Fluß der Arbeit. Es erwies sich, daß die Geschichte der Ethik noch weit komplizierter ist, als ich sie mir, obschon ich zu Füßen Max Schelers und Arthur Baumgartens gesessen und Seminarien Karl Barths besuchte, vorgestellt hatte. Die notwendige Differenzierung sprengte fortwährend den vorgezeichneten Rahmen — denken Sie zum Beispiel allein an den Geschichtsablauf der Ethik von den homerischen Sängern bis zu den griechischen Kirchenvätern, an die Verschiedenheit der reformatorischen Auffassungen, an die Gegensätzlichkeit der großen rationalistischen Denksysteme des Barockzeitalters oder an die Ethik der Aufklärung von Voltaire bis Kant und erst noch an die Situation unserer Gegenwart mit ihrem Chaos, das auch die Ethik einbezieht, dieses ungeheuerliche Chaos, das von einer eschatologisch gefärbten Heilserwartung bis zum existentialistischen Nihilismus eines Sartre reicht, von Nicolai Hartmanns apriorischen Werten bis zum seichten Pragmatismus, von einem puritanischen Messianismus bis zum brutalen Kult der Technik, von hehrster Humanität reiner Philosophie bis zur Anbetung des Goldenen Kalbes, also ein geistiges Chaos sondergleichen, das allerdings dem materiellen Chaos der bürgerlichen Welt entspricht, diesem Krieg aller gegen alle, dem bellum omnium contra omnes.

Kurz und gut, ich blieb stecken und die Zeit verrann, ja zuletzt ergab sich die Paradoxie, daß ich vor lauter ethischen Grundsätzen mir selber Vorwürfe machte, mit mir selber schimpfte, um dadurch erst recht steckenzubleiben — nur noch eine einzige Woche trennte mich vom Da-

tum meines Vortrages, und ich war weiter entfernt denn je vom eigentlichen Thema.

Aber dann, eines Morgens, stand ein kleiner, etwas gedrungener Mann hinter mir und schaute mir unversehens in die Schreibarbeit, ein einfacher Mensch mit weißem Haar und Knebelbart, mit großer, etwas altmodischer Brille, hinter deren dicken Gläsern sehr kluge Augen hervorblickten, dessen Mund ein gütiges Lächeln besaß, dessen Gesicht sich gleichermaßen auszeichnete durch Scharfsinn und Menschlichkeit.

«Lieber Genosse, was schreibst du da? Was ärgert dich? Warum läuft die Feder nicht vom Fleck? Über Ethik schreibst du! Also eines der unzähligen Traktate, eine der unzähligen Abhandlungen, einer der unzähligen Vorträge, die bei euch im sogenannten Westen seit ebenfalls unzähligen Jahren immer wieder geschrieben, verfaßt und gehalten werden. Es scheint, als ob du es machst wie die andern, also vor allem theoretisch! — Und erst noch schreibst du über kommunistische Ethik, also sowjetische, unsere Ethik, wo diese doch vor allem eine reale, lebendige Ethik ist, eine praktische, alltägliche, nicht nur eine theoretische, sonntägliche Ethik. Und du machst es erst noch kompliziert, wo doch unsere sowjetische Ethik einfach ist, wo doch unsere Grundsätze allgemeinverständlich sind, gültig und möglich für alle, für das ganze Volk, nicht nur für eine auserwählte religiöse Schar, für eine isolierte philosophische Elite. Unsere kommunistischen Grundsätze, das sind nichts anderes als die Grundsätze eines hochgebildeten, ehrlichen, fortschrittlichen Menschen, das ist die Liebe zur sozialistischen Heimat, Freundschaft, Kameradschaftlichkeit, Menschlichkeit, Ehrlichkeit, Liebe zur sozialistischen Arbeit und einer ganzen Reihe anderer, jedem verständlicher edler Eigenschaften. Die Herausbildung, die Förderung dieser Charakterzüge, dieser edlen Eigenschaften macht denn auch den Hauptbestandteil der kommunistischen Erziehung aus.»

Und er fügte hinzu: «Das ist unsere sowjetische Ethik, das ist das kommunistische Ethos! Siehst du, so klar und einfach ist die Sache, so direkt und selbstverständlich. Lieber Genosse, du warst doch vor nicht allzu langer Zeit in Moskau. Du hast dort zahlreiche sowjetische Menschen getroffen, mit ihnen gesprochen. Du warst bei den Kindern im Theater, bei den Arbeitern in der Fabrik, beim Direktor der ‚Prawda', ja sogar mit dem Patriarchen hattest du eine Unterredung. Hier, Genosse, in all diesen Begegnungen liegen die notwendigen Aufzeichnungen. Hier hast du unsere Ethik, unser Ethos. Berichte deinen Freunden direkt von uns, ohne den Umweg über ganze Bibliotheken zu machen, ohne durch die ganze Weltgeschichte zu laufen!»

Der Ratgeber faßte mich wohlwollend an der Schulter, lächelte gütig und verschwand. — Niemand anders war der gute Geist gewesen als Michail Iwanowitsch Kalinin, der es vom einfachen Schlosser und Fabrikarbeiter zum großen Pädagogen und Staatsmann gebracht hat, der Freund Lenins und Stalins war und gütiger Vater seines Volkes.

Und so werde ich, werte Freunde, dem Ratschlag meines hochverehrten Genossen folgen und euch von meinen Moskauer Tagen erzählen, um das Thema «Kommunismus als Ethos» als lebendige Realität darzustellen, als direktes Leben, nicht als Theorie, sondern als Praxis, nicht als Sonntag, sondern als Alltag, nicht als edles Traktat, als hohes philosophisches Ziel, sondern als unmißverständliche und umfassende Wirklichkeit. Und zwar werde ich euch erzählen von meinem Besuch im Kindertheater, um das Thema der *Erziehung* als Ethos zu beleuchten, von meinem Besuch in der Maschinenfabrik, um das Thema der *Arbeit* als Ethos zu betrachten, von meinem Besuch bei der Direktion der «Prawda», um das Thema der *Partei* als Ethos zu fixieren, und zuletzt von meinem Besuch beim Patriarchen, um das Thema als *Ganzes* grundsätzlich zu sehen und zugleich die Konfrontation von Kommunismus und Christentum einzuleiten. Diese Abfolge, die nach meinem Dafürhalten einer logischen Abfolge gleichkommt, entspricht auch der zeitlichen Abfolge meiner Moskauer Tage, und ich hoffe, Sie werden meiner Schilderung des tatsächlich Gesehenen und Gehörten Interesse entgegenbringen und nicht allzu stark enttäuscht sein, daß ich meine Ausführungen nicht in Form einer gelehrten Abhandlung vorbringe.

Werte Freunde!

Es ist der 2. Januar des Jahres 1951, ein richtiger Moskauer Wintertag mit scharfer Kälte, der mich nach Besuchen des Botkin-Spitals und der Lomonosow-Universität abends in das Zentralnaja-Djetski-Theater führt, eines der vier großen ständigen Kindertheater in der Hauptstadt. Aufgeführt wird das Schauspiel «Ihre Freunde» des Schriftstellers W. S. Rossow, ein pädagogisches Theaterstück, geschrieben aus der pädagogischen Praxis heraus, also weder ein Dornröschenspiel, noch eine Feen- oder Ritterlegende, noch eine Hexen- und Zwergengeschichte. Nein, das Gegenteil von all dem, eine dichterische Konzentration der Alltagswirklichkeit, eine Zusammenfassung der wichtigsten pädagogischen und ethischen Normen, wie sie von den bedeutenden sowjetischen Erziehern vorgetragen worden sind: von Lenin und Frau Krupskaja, von Stalin und Kalinin, von Shdanow und Makarenko.

Die Handlung ist einfach: eine sehr begabte Schülerin steht vor der Maturität, erblindet jedoch allmählich infolge einer Schockwirkung, hervorgerufen durch ein Kriegsereignis. Sie verheimlicht ihr Übel vor den Eltern, weil diese ängstlich und kränklich sind, sie verbirgt ihren Kummer aus falscher Scham auch vor ihren Lehrern und Schulkameraden, besonders vor ihren Freunden aus dem Kommunistischen Jugendverband. Diese entdecken aber die Ursache ihres Zurückbleibens im Lernen, sie nehmen sie behutsam in die Mitte des Kollektivs und helfen ihr über die Schwierigkeiten hinweg, so daß das Examen gut bestanden wird und der Weg zur Universität offen steht. Gewiß, kein shakespearehaftes Drama, keine ungeheuerliche Hintergründigkeit, nichts von alledem; dafür aber steht die alltägliche Menschlichkeit im Mittelpunkt.

Alle Fakten des jugendlichen Sowjetlebens werden hier vorgestellt und zurechtgestellt; alle Gegebenheiten der Schule sind hier vorgeführt: Schüler und Lehrer, Kinder und Eltern, mit guten und fragwürdigen Charaktereigenschaften; echte und falsche Mutterliebe, unüberlegte väterliche Bildungsbeflissenheit, richtige und falsche Autoritäten. Alle sittlichen und moralischen Möglichkeiten sind hier vorgestellt, die gesamte Ethik ist ausgebreitet: Wahrheit und Lüge, Mut und Feigheit, Bereitwilligkeit und Drückebergerei, Treue und Untreue, Fleiß und Faulheit, Ehrlichkeit und Unehrlichkeit; das Problem der Familie, das Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft. Kurz und gut, das gesamte Leben in konkreter Gestalt, als verpflichtendes Ethos, als Sinngebung der Moral.

Gespielt wird das Stück von hervorragenden Berufsschauspielern; gespielt wird es von Schülern, Lehrern und Eltern, so daß das gesamte Theater eine lebendige Einheit bildet. Gegen tausend Kinder sitzen hier im Raum, Hunderte von Erwachsenen, tagtäglich, jeden Abend, den ganzen Winter hindurch.

Der Kollektivismus, in dem die Einzelpersönlichkeit sinnvoll eingeordnet, aber in dieser Ordnung dann frei ist, um in Solidarität wieder nach außen zu treten in der allgemein menschlichen Verpflichtung der Hilfe, dies bildet den Angelpunkt der kommunistischen Ethik. Er findet seinen Grund im klassischen Satz von Marx und Engels: «Erst in der Gemeinschaft mit andern hat jedes Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden, erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich.»

Diese Gemeinschaft fängt in der Familie an, die feste Ordnung des Familienlebens ist der Kern des Kollektivs, und Disziplin wie Ordnung sind nichts anderes als ihr Ergebnis. Deshalb müssen Ziel, Lebensart und Methoden der moralischen Erziehung innerhalb der Sowjetfamilie völlig mit der sozialistischen Öffentlichkeit in Einklang sein: Disziplin und sinnvolle Ordnung, Menschenachtung, Arbeitsfreude, Sorgfalt im Umgang mit öffentlichem und privatem Eigentum, Liebe zum Volk und zu den Werktätigen, Liebe zur Heimat, dies alles findet seinen Keim bereits in der Familie. «Der Mensch soll die Menschen lieben», lautet ein Ausspruch Kalinins, «liebt er die Menschen, so wird sein Leben gut sein.» Die Erziehung zum Kollektivgeist als einer normalen Gewohnheit des Menschen, das ist das Wesentliche der Sowjeterziehung; «. . . in frühern Zeiten bildeten sich solche Gewohnheiten elementar heraus. Ich hingegen spreche von der bewußten Kultivierung solcher Gebräuche . . . aber es ist klar, daß es längst nicht genügt, bloß dazu aufzurufen, nein, eine derart schwierige Sache wie die Erziehung zum Kollektiv muß der praktischen Arbeit angepaßt sein.»

Nur das Kollektiv schafft die Bedingungen zur Entwicklung der Individualität, aber das Kollektiv muß gesund sein und sich selbst weiter entwickeln. Es muß einen positiven Lebensinhalt besitzen, eine Welt-

anschauung, eine Sinngebung, ja sogar ein Geschichtsbewußtsein. Eine Familie ohne diese Eigenschaften ist keine vorbildliche sowjetische Familie. Nur mit solchen Voraussetzungen können die Eltern eine klare Vorstellung von ihrer erzieherischen, ethischen Aufgabe erhalten. «Viele Fehler in der Familienerziehung entstehen, weil die Eltern zu vergessen scheinen, in welcher Zeit sie leben», sagt Makarenko. «Es kommt vor, daß sie im Dienst und überhaupt im Leben, in der Öffentlichkeit als gute Bürger der Sowjetunion, als Mitglieder der neuen sozialistischen Gesellschaft auftreten, zu Hause aber, inmitten ihrer Kinder, nach alter Weise weiterleben. Man kann gewiß nicht behaupten, daß in der alten, vorrevolutionären Familie alles schlecht gewesen sei; vieles kann übernommen werden, aber man muß immer daran denken, daß sich unser heutiges Leben vom frühern grundsätzlich unterscheidet. Man muß sich bewußt sein, daß wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben ... unsere Kinder müssen als aktive und bewußte Mitschöpfer am Aufbauwerk des Kommunismus aufwachsen.» Und weiter sagt Makarenko in einer Rede an die Eltern: «Sie müssen sich immer bewußt sein, daß Sie Ihren Sohn und Ihre Tochter nicht nur zu Ihrer eigenen Freude geboren haben und erziehen. In Ihrer Familie und unter Ihrer Anleitung wächst ein künftiger Staatsbürger, ein künftiger Mitarbeiter und Kämpfer heran. Wenn Sie einen schlechten Menschen erziehen, so haben nicht nur Sie den Schaden davon, sondern noch viele andere, ja das ganze Land. Drücken Sie sich nicht vor dieser Frage, halten Sie sie nicht für eine aufdringliche Klugrederei. In Ihrer Fabrik, in Ihrem Bureau schämen Sie sich doch, Ausschuß statt guter Ware zu liefern. Noch mehr sollten Sie sich schämen, der Gesellschaft schlechte oder schädliche Menschen zu übergeben.»

Das ist der Sinn des sowjetischen Kollektivs mit seiner Hochschätzung des guten und anständigen Menschen: die Eltern sind von der Gemeinschaft beauftragt und sie sind zugleich vor der Gemeinschaft verantwortlich. Darin beruht ihre ethische Aufgabe und zugleich ihre moralische Autorität.

Aber diese Sinngebung des Kollektivs reicht noch weiter: sie ergreift die Disziplin und dann die Arbeit und zuletzt die Kultur. «Nur einen solchen Menschen bezeichnet man in der Sowjetgesellschaft als diszipliniert», sagt Makarenko, «der fähig ist, unter allen Umständen die richtige, der Gesellschaft nützliche Haltung einzunehmen und der über die Fähigkeit verfügt, in solchem Verhalten ungeachtet aller Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten bis ans Ende festzubleiben.» Jedoch ist diese Disziplin alles andere als blinder Gehorsam: «Die eiserne Disziplin schließt Bewußtheit und Freiwilligkeit der Unterordnung nicht aus, sondern setzt sie voraus; denn nur bewußte Disziplin kann wirkliche Disziplin sein», bemerkt Stalin in seinen Vorlesungen über Leninismus. Diese Disziplin ist aber nichts anderes als das Gesamtergebnis der Erziehung als Summe der Arbeit und Kultur.

Arbeit und Kultur! «In unserem Land hat die Arbeit aufgehört,

Gegenstand der Ausbeutung zu sein. Sie ist ein Werk der Ehre, des Ruhmes, des Mutes und des Heldentums», sagt Stalin. Ausdrücklich wird der Sowjetstaat als ein Staat der Werktätigen bezeichnet, und in der Verfassung steht das Paulus-Wort aus dem 2. Thessalonicher-Brief: «Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.» Die sinnvolle, ethisch getragene und humanistisch gerechtfertigte Arbeit steht denn auch im Mittelpunkt der Gesellschaft, im Mittelpunkt der Erziehung. Jedes Kind, jeder Schüler wird als Erwachsener Mitglied einer großen Arbeitsgemeinschaft, deren Kraft sich fortwährend aus schöpferischer Arbeit weiter entwickelt, weil sie den Reichtum der Natur und der Gesellschaft vermehrt nicht zugunsten einer Schicht oder einer Klasse, zugunsten einzelner, sondern direkt und unmittelbar zugunsten aller, zugunsten des ganzen Volkes. Ja, diese schöpferische Arbeit entwickelt nicht nur das Kollektiv, sondern auch den einzelnen, die sittlichen Eigenschaften, den Charakter und vor allem das Verhältnis von Mensch zu Mensch, vom Individuum zur Gemeinschaft.

Aber diese schöpferische Arbeit bewirkt noch mehr: sie entwickelt den harmonischen Menschen, sie liquidiert den Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, weil beiden das gleiche Ethos zugrunde liegt: *ohne Ethik keine Arbeit, ohne Arbeit keine Ethik,* so lautet die Losung des Kommunismus.

Diese Losung erweitert sich zur kulturellen Losung: ohne Ethik keine Kultur, ohne Kultur keine Ethik. Auch hier bildet die Familie die Keimzelle der Erziehung: Bücher, Konzerte, Theater, Zeitung, Kino, Museen, Ausstellungen, all dies sind Angelegenheiten, die die Eltern aufs stärkste interessieren sollen und deren Welt den Kindern im richtigen Maß bekannt gemacht werden soll. Im richtigen Maß und zur richtigen Zeit: wenn im Theaterstück Rossows der Fall erläutert wird, wo ein Buch der Weltliteratur — es handelt sich um Flauberts «Madame Bovary» — zu früh in die Hände der Tochter gerät und der Vater vermeint, das sei doch beste, klassische Lektüre, er aber von der Schulvorsteherin eine Lektion erhält mit dem Motto: alles zu seiner Zeit, so ist hier die Sowjeterziehung als äußerst verantwortliche Handlung vor Augen geführt. Kultur ja, aber sinnvolle Kultur und vor allem sinnvoll dargebracht — denn aufs engste ist diese Kultur mit dem sowjetischen Ethos verbunden. Vergeblich sucht man in der ganzen weiten Sowjetunion schlechte Bücher und dumme Zeitschriften, üble Filme und seichte Unterhaltungsstücke. Nicht nur das Kindertheater ist eine «moralische Anstalt» im Sinne Schillers, sondern die ganze Nation ist es, angefangen mit der Familie über Schule und Gemeinschaftsorganisationen, Theater, Literatur und Kunst, Fabrik und Kolchos bis zur Partei der Bolschewiki und der Staatsführung.

So steht auch der Komsomol, der Kommunistische Jugendverband, in diesem Schauspiel Rossows im Mittelpunkt der Handlung. Das erblindende Mädchen erfährt durch ihn die Hilfe, erhält durch ihn die Weisung; noch mehr, auch die Mitschüler, Lehrer und Eltern werden mit-

erzogen, auch die Mitglieder des Komsomol selbst lernen dazu; ja noch mehr: auch die Zuschauer werden miterzogen — alles ist Erziehung als unmittelbares, wirkliches Leben, alles ist Leben als unmittelbares, praktisches Ethos — als kommunistisches Ethos.

Diese Erziehung geht fortwährend weiter, hört nicht auf, begleitet stets das Leben, sie ist überall, sie ist das Hauptanliegen überhaupt. Noch viel stärker als im Kindertheater erfahre ich dies im Werk «Kaliber», einer Werkzeugmaschinenfabrik, die ich am nächsten Tag besuche. Hier stehe ich der sowjetischen Arbeit direkt gegenüber, hier spüre ich das Arbeitsethos ganz unmittelbar, hier ist der Werktätige an der Werkbank der Agierende selber. Wenn der Direktor dieses Großbetriebes — er ist der Sohn eines Eisenbahners und einer Bäuerin — an einem Worte richtet, wenn er die Entwicklungstendenz des Betriebes aufzeigt, so ist das Problem der Humanität kein Abstraktum, keine Schöngeisterei, sondern eine reale Angelegenheit. Immer steht der werktätige Mensch im Vordergrund, der wissende, denkende, helfende Mensch; er beherrscht die Maschine, er betreibt die Fabrik, er dirigiert die Zahlen, er erweitert den Plan, er besitzt das Werk. Er produziert nicht um des Profites willen, sondern der gesellschaftlichen Bedürfnisse wegen. Er kennt das Profitstreben im egoistischen Sinne nicht, er kennt nur die Gesellschaft als geordnete, einheitliche Volkswirtschaft.

Die ganze Belegschaft vom Lehrling bis zum Direktor ist eine einzige Schule des Lebens und alles ist in den Unterricht einbezogen, diesen Unterricht, der sich aus zwei Teilen zusammensetzt, die sich wechselseitig ergänzen und fördern: die technisch-organisatorische Erziehung und die kulturell-ethische Erziehung. «Ja», so führt Direktor Njeschto wörtlich aus: «ein guter Arbeiter muß ein guter Techniker sein und ein guter Techniker muß ein Kulturträger sein, ein Wissender, und erst ein solcher ist ein Sowjetbürger. Denn man kann eine neue Gesellschaft nicht bauen, wenn man nicht diese Gesellschaft kennt, man kann sie nicht ändern, wenn man nicht sich selber ändert.» Nur ein anderer, neuer Mensch kann eine andere, neue Produktionsweise einführen, kann eine neue Arbeitsorganisation aufbauen, die eine höhere Arbeitsproduktion ermöglicht. «Die Arbeitsproduktivität», sagt Lenin, «ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk ... Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt vereint schaffender Menschen, die sich der vorgeschrittenen Technik bedienen ... Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, unter Überwindung harter Arbeit sich Sorgen machen um die Erhöhung der

Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht ihnen ‚Nahestehenden' zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden', das heißt der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, den Dutzenden und Hunderten Millionen von Menschen, die zunächst in *einem* sozialistischen Staat vereinigt sind und später in einem Bund von Sowjetrepubliken vereinigt sein werden.»

Das ist das innerste Anliegen des sozialistischen Wettbewerbs, das ist der letzte Hintergrund der Stachanowbewegung: Hebung der Produktivität nicht um des Profites und persönlichen Vorteils willen, sondern um der — entschuldigen Sie das allzu viel gebrauchte und mißbrauchte Wort, aber es ist hier tatsächlich gerechtfertigt — um der Menschheit willen.

Der sowjetische sozialistische Wettbewerb und die sowjetische Stachanowbewegung sind ethischen Motiven entsprungen. Es ist charakteristisch, daß hiebei nicht die Muskelkraft es ist, die fördert und gefördert wird, sondern die geistige Kraft der Intelligenz, das klare Denken und rationale Handeln, das den Sieg davonträgt. Ein Stachanowist verläßt sich ganz zuletzt auf seine Muskeln, auf körperliche Schwerarbeit, er mobilisiert und befreit seine schöpferischen Kräfte, er triumphiert durch Anwendung neuer rationeller Methoden, neuer Vorrichtungen, neuer Handgriffe, neuer Werkzeuge.

Und wie das schöpferische, werktätige Individuum somit immer mehr die Bedeutung der Körperkraft mindert, so tritt in der produzierenden sowjetischen Gesamtgesellschaft immer mehr die Maschinenkraft anstelle der Menschenkraft. «Der Mensch wird», sagt Makarenko, «immer mehr zum Beherrscher gewaltiger, organisierter Kräfte, von ihm werden daher jetzt höhere geistige Kräfte verlangt: Dispositionsgabe, Aufmerksamkeit, Berechnung, Erfindungsgabe, Findigkeit, Geschicklichkeit.»

Diese technisch-organisatorische Erziehung wird somit zu einer wissenschaftlichen und kulturellen und zuletzt zu einer ethischen Erziehung. So ist es nicht verwunderlich, wenn das Werk «Kaliber» kulturelle Abmachungen trifft mit Theatern, mit der Akademie der Künste, mit der Direktion des Botanischen Gartens, mit sechs verschiedenen Instituten der Akademie der Wissenschaften, und zwar nicht nur der Metallurgie oder der Energetik, sondern auch der Nationalökonomie und sogar der Philosophie. «Es ist ein beidseitiges Nehmen und Geben», sagt Njeschto, «die Rechnung geht gegenseitig auf», teilt er lächelnd mit. «Die Bürger vermeinen, daß nur die Konkurrenz und der Profit, der direkte materielle Gewinn den Fortschritt bewerkstellige, wir aber glauben, daß die ethisch und moralisch getragene Arbeit die Initiative entwickelt.»

Und es ist tatsächlich diese Arbeit als kommunistisches Ethos, die den Sowjetmenschen bewegt, ihn verändert, ihn zum Lernenden und Lehrenden macht, ihn festigt, ihn neu und sauber kleidet und der schmutzigen Wäsche entledigen läßt. Es ist diese Arbeit, die die unzähligen Stacha-

nowisten hervorbringt, all die Bykow und Rossiski, Seminski und Korolew, völlig neuartige Menschen als Werktätige.

Njeschto macht mich jetzt mit Nikolaj Rossiski persönlich bekannt, und ich gestatte mir, werte Freunde, Rossiski auch Ihnen vorzustellen. Ich folge meinen Tagebuch-Aufzeichnungen: «... Vor bald zwanzig Jahren kommt er in den Betrieb, als sich dieser noch im Bau befindet: er ist Handlanger eines Maurers und Komsomolze. Dann besucht er die Werkschule und beendet sie mit Erfolg, wird Dreher und später Brigadeleiter (das heißt Leiter einer organisatorischen Arbeitseinheit); er absolviert Kurse für ‚Meister der sozialistischen Arbeit', weiter das Abendtechnikum und die Bezirksparteischule; er wird ein vorbildlicher Arbeiter und ein vorbildlicher Kommunist, wie ja das letztere das erstere voraussetzt. Es gelingt ihm, im ‚Kaliber' die Stachanow-Bewegung einzuleiten, er festigt die Arbeitsdisziplin und fördert die exakte Arbeitsvorbereitung, er beobachtet sorgfältig die verschiedenen Fähigkeiten der Kollegen und sorgt für deren gute Anwendung, er aktiviert die kollektive Kritik und Selbstkritik, er erzieht nachlässige Mitarbeiter, er organisiert unter Mithilfe von Ingenieuren und Technikern einen ausgeglichenen Produktionsrhythmus und die gleichzeitige Bedienung mehrerer Werkzeugmaschinen, er übernimmt freiwillig sozialistische Verpflichtungen und verwirklicht sie, und zuletzt gelingt ihm die schrittweise Einführung der Fließbandproduktion, mit andern Worten: es gelingt dem Werk ‚Kaliber', im Meßgerätebau Mikrometer, Stangenzirkel und andere empfindliche Meßinstrumente auf Fließbandabfertigung umzustellen. Mit Njeschto zusammen koordiniert Rossiski den gesamten Betrieb und verwirklicht einen Stachanowschen Gesamtplan. Und zuletzt hält er als Arbeiter Vorlesungen an der Hochschule, Vorträge am Institut für Werkzeugmaschinenbau, doziert er vor Professoren und Studenten — eine sowjetische Angelegenheit typischer Prägung ... Das ist Nikolaj Rossiski, seit 1937 Stachanowist und im Jahre 1947 der beste Stachanowarbeiter der ganzen weiten Sowjetunion; das ist Rossiski, einfacher Obermeister im Betrieb. Ein einfacher Meister, jawohl, und dazu noch Stalinpreisträger, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Mitglied des sowjetischen Friedenskomitees, kurz, das Vorbild aller Mitarbeiter, der Jugend, der Partei. Ein einfacher Meister? Ja, ein einfacher Mensch, eben im Sinne Njeschtos ein guter Sowjetbürger ...» — Und was macht Rossiski heute? Er lernt in den Volksdemokratien und im Neuen China mit zahlreichen andern Stachanowisten Werktätige an, er teilt ihnen seine Arbeitsmethoden mit, seine Erfahrungen, sein Wissen. Das ist der tiefste Sinn seines Lebens, das ist die Wirklichkeit des Kommunismus als Ethos.

Und wenn ich an Rossiski denke, so steht mir immer Buglejew vor Augen, der alte Stahlschmelzer, der vor Studenten Vorlesungen hält und nun auf dem Podium einen wackeligen Katheder antrifft: «Mir ist gar nicht wohl zumute, Genossen Studenten», sagte Buglejew nach der Schilderung Nicolaj Jowdokimows nachdenklich und leise. «Es scheint eine

Kleinigkeit: der Katheder wackelt. Trotzdem fühlt man sich mit einemmal nicht wohl ... Er wackelt, und außerdem hat ihn jemand mit Bleistift vollgekritzelt — das taugt ganz und gar nichts. Freilich, wenn es zu arg geworden ist, dann holt die Verwaltung einen Mann und der richtet das wieder her. Aber ist das wirtschaftlich gehandelt? Ein guter, sorgsamer Hauswirt hätte längst einen Nagel eingeschlagen. In zwei Minuten wäre die Sache in Ordnung. Und der Hauswirt, das seid doch ihr selber. Wie werdet ihr im Werk die Wirtschaft führen, wenn ihr solche Kleinigkeiten nicht seht? Ihr habt euch wohl schon daran gewöhnt: er wackelt, nun, dann laßt ihn wackeln. Einer kritzelt mit dem Bleistift darauf herum, und die andern hindern ihn gar nicht daran. Das ist Gleichgültigkeit — das Schrecklichste für jeden Menschen. Wenn ich meinen Arbeitsplatz im Werk nicht besser in Ordnung hielte, würde man mich unverzüglich hinausschmeißen. Und euer Arbeitsplatz ist hier. Aber ihr ... Einen solchen Katheder, einen solchen Lehrstuhl gibt's keinen zweiten auf der Welt. Die Professoren lehren euch von hier aus ihre Wissenschaft, die beste der Welt, die Wissenschaft, die den Kommunismus erbaut.» Unmutig schüttelte er den Kopf. «Nun werdet ihr sagen, der Alte will uns wohl politischen Elementarunterricht erteilen. Aber ich will durchaus keine Propagandarede halten, ich gebe nur wieder, was ich fühle. Vielleicht ist das wirklich nur eine Kleinigkeit, aber das Leben besteht doch aus Kleinigkeiten. Man hat mich eingeladen, heute von meiner Arbeit zu erzählen. Ich habe aber nichts Besonderes zu berichten und werde lediglich von solchen Kleinigkeiten reden. In erster Linie eben über den Arbeitsplatz ... Und zwar in aller Offenheit: ich sage, was ich auf dem Herzen habe und was ich denke. Manchmal tut mir davon der Kopf weh, das ist ein wahres Wort. Es liegt am Alter — man überdenkt das ganze Leben: was man geleistet hat. Ja, die Nächte der Alten — sie sind lang; und die Gedanken haben weiten Raum — man liegt und denkt an dies und das. Und auch an seinen Arbeitsplatz. Denn wenn man's überlegt, ist der Arbeitsplatz bei uns kein gewöhnliches Ding. Das ist nicht einfach ein Schmelzofen, eine Werkbank oder euer Katheder.» Er verstummte, sein Gesicht nahm einen strengen, fast feierlichen Ausdruck an, und seine Augen blickten über die im Saale sitzenden Menschen hinweg in die Ferne. «Ich schmelze an meinem Arbeitsplatz nicht einfach Stahl — ich, weil wir schon darauf zu sprechen gekommen sind, ich baue auch an meinem Arbeitsplatz den Kommunismus. So fasse ich es auf. Der Arbeitsplatz ist meine Tribüne, und ich betrete sie, um zur Welt zu sprechen. Die ganze Welt schaut auf mich: die Freunde und auch die Feinde. Sie warten darauf, was ich sagen werde. Die einen wollen daraus fürs Leben lernen, während die andern mich ängstigen und meine Stimme ersticken möchten. Da ich aber nun einmal auf der Tribüne stehe, muß ich mir vor Augen halten, in wessen Namen ich rede, muß ich Worte sagen, die den Freunden das Leben erleichtern und den Feinden kundtun, daß meine Kraft wächst. Ich habe die Pflicht, meinem Heimatland

zu zeigen, in wessen Händen seine Zukunft liegt und wie er beschaffen ist, der Sowjetmensch. Ja, ich habe eine verantwortungsvolle, eine hohe Pflicht zu erfüllen ... Wie könnte ich da, entschuldigt den Ausdruck, in schmutziger Wäsche oder in lehmigen Stiefeln diese Tribüne betreten!»

In diesen einfachen und klaren Worten Buglejews ist das ganze kommunistische Ethos enthalten; durch Buglejew spricht Njeschto und spricht Rossiski, spricht das ganze Volk. Durch Buglejew spricht auch die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Partei der Bolschewiki, die Partei, die wahrlich eine einzigartige Legierung von Härte und Biegsamkeit darstellt, die Partei, die ungeheuer viel von ihren Mitgliedern verlangt: man muß Vorbild sein als Genosse und Werktätiger, als Bürger und Mensch, man muß stets lernen und lehren, stets denken und handeln.

Einige Tage nach dem Besuch des «Kaliber-Werkes» stehe ich im Direktionszimmer der «Prawda», dem Hauptorgan dieser Partei. Meine Frage geht unter anderm auch dahin: Was ist und will diese Partei, was spielt sie für eine Rolle, was ist ihr geistiger Motor? Die Antwort ist klar und einfach: «Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist ein freiwilliger Kampfbund von Gleichgesinnten, von Kommunisten; er vereinigt Menschen der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz. — Indem die Kommunistische Partei der Sowjetunion das Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft organisierte, erreichte sie im Ergebnis der Oktoberrevolution von 1917 den Sturz der Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer, die Errichtung der Diktatur der Proletariates, die Liquidierung des Kapitalismus, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gewährleistete den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. — Jetzt bestehen die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion darin, durch den allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus die kommunistische Gesellschaft aufzubauen, das materielle und kulturelle Niveau der Gesellschaft ständig zu heben, die Mitglieder der Gesellschaft im Geiste des Internationalismus und der Herstellung brüderlicher Beziehungen zu den Werktätigen aller Länder zu erziehen und die aktive Verteidigung der Sowjetheimat gegen die aggressiven Handlungen ihrer Feinde zu festigen.»

Die Partei ist also eine Vereinigung der Elite. Aber diese Elite rekrutiert sich fortwährend aus dem Volk, sie ist mit dem Volk aufs engste verbunden. Sie kennt daher die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes — des gesamten Volkes, nicht nur einer Klasse oder einer Schicht. Sie ist also einerseits nichts anderes als die Stimme des Volkes. Aber anderseits ist sie in stetiger Wechselwirkung zugleich die Erzieherin des Volkes. Es ist ihr Anliegen, daß im Laufe der Zeit möglichst viele Sowjetbürger Menschen im Sinne der Partei werden; es ist ihre Aufgabe, möglichst viele Menschen, die nicht Mitglieder der Partei sind, zu verantwortlichen, ethisch hochstehenden Menschen zu machen, sie zur

wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Tätigkeit als einheitlicher, menschlicher Tätigkeit heranzuziehen.

Anläßlich dieser Worte sehe ich vor mir die unzähligen ähnlich lautenden Parteiprogramme, die im Laufe der Geschichte formuliert, die Tausende von Aufrufen, die an das Volk gerichtet worden sind, all die Traktate zur Erziehung eines edlen Menschengeschlechts. Was ist nun das Besondere dieses bolschewistischen Programms? Warum gibt es jetzt tatsächlich die vielen Rossiskis und Buglejews? Warum verändern diese Bolschewiki tatsächlich die Welt, bauen sie Städte und bewässern sie Wüsten und geben ganzen Völkern Alphabete, warum ist das Verlangen dieses Zweihundertmillionenvolkes nach Kultur und Schönheit so allgemein und riesengroß? Was ist das Neue an diesem kommunistischen Ethos?

Meine fragenden Blicke fordern die Antwort heraus: Ja, das alles ist keine abstrakte Denkaufgabe, sondern eine Sache des tätigen Lebens. Unser Tun ist keine philosophische Spekulation und keine schöngeistige Abhandlung. Ganz im Gegenteil: es ist die ungemein schwere und harte Arbeit des Alltags. Es ist die Sache des wirklichen und teilweise schmutzigen Lebens, es ist zudem die Sache des ganzen Volkes, eine Sache der unermüdlichen Erziehung. Es ist eine Sache der direkten, diesseitigen Geschichte, der Geschichte, die allein durch die Menschen getätigt wird und immer mehr durch den wissenden Menschen gelenkt wird. Dieses Geschichtsbewußtsein, das ist der geistige Motor der Partei. Aber dieses Bewußtsein ist nicht die Konstruktion eines Weltgeistes, die Offenbarung eines Gottes, sondern reale menschliche Überlegung als Verbindung von konkreter Theorie und konkreter Praxis. Es ist stetig verbunden mit der Aktion. Die Arbeit der Partei ist nichts anderes als ein realer geschichtlicher Prozeß der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Darum steht die Partei mit ihrem Ethos nicht im luftleeren Raum, sondern sie verbindet fortwährend das Leben mit der Arbeit und diese mit der Kultur als Gegebenheiten. Die Partei weitet sich durch Selbsterziehung und Erziehung des ganzen Volkes selber aus, sie identifiziert sich zuletzt mit dem Volk, richtiger, das ganze Volk identifiziert sich zuletzt mit der Partei. Dadurch hebt sich die Partei allmählich selber auf, denn sie ist nicht als Selbstzweck gedacht und sie ist keine Kirche. — Das ist das innerste Anliegen der Kommunistischen Partei.

So lauten ungefähr die Worte des Genossen im Direktionszimmer der «Prawda». Mir kommt das Gleichnis Stalins in den Sinn, wo er die Partei der Bolschewiki mit Antäus vergleicht und das Volk mit Gäa, der Göttin der Erde. Die Erdverbundenheit als Volksverbundenheit, die diesseitige menschliche und umfassende Wirklichkeit, sie ist denn auch das Alpha und Omega des kommunistischen Ethos.

Es mag Zufall sein, zumindest ist es ein Zufall mit innerem Sinn, daß ich gleichen Tages vom Patriarchen Alexius empfangen werde. Voller Spannung sehe ich den Antworten auf meine Fragen entgegen: Was

sagt die christliche Kirche zur sowjetischen Umwandlung des Menschen und der Gesellschaft? Wie steht die christliche Kirche zur Kommunistischen Partei und deren Ethos? Was sagt der Christ zu den Vorwürfen des Kommunisten und was antwortet der Kommunist darauf?

Zweifellos stehen heute das Christentum und damit die Kirche vor einer gewaltigen Entscheidung, vielleicht der gewaltigsten in der gesamten Geschichte des Christentums. Es wäre töricht, zu bestreiten, daß in der Sowjetunion Mensch und Gesellschaft in noch nie erlebtem Ausmaß verändert worden sind und weiter fortwährend verändert werden. Es entspricht der Tatsache, daß hier in der Sowjetunion, wie Karl Barth sagt, eine konstruktive Lösung all der drängenden und bedrängenden Fragen der Gegenwart in Angriff genommen wird. Die soziale Problematik, ein zentrales Anliegen der abendländischen Christenheit, existiert aber als Frage heute für die östliche Kirche nicht mehr, weil die sowjetische Gesellschaft unter Führung der Kommunistischen Partei die Sache selbst an die Hand genommen hat und direkt löst. Die Kirche muß hier nicht das soziale Gewissen des Christenmenschen fortwährend aufrütteln, sie muß nicht stetige Mahnerin sein, sogar Hüterin und Verkünderin der sozialen Gerechtigkeit. Im Gegenteil, da diese im weitgehenden Maße gewährleistet und auch verwirklicht ist, kann die Kirche auf dieser Voraussetzung, auf diesem diesseitigen Baugrund weiter bauen. Die Kirche kann sich daher dem christologischen Anliegen voll und ganz widmen. Sie begrüßt darum die gesellschaftliche Veränderung, ja sie findet diese völlig gerechtfertigt, denn diese steht mit dem Christentum nicht in Widerspruch, ja sie ist nach unserm Dafürhalten Teil davon.

So ist auch die Moral der Kommunistischen Partei der Moral der christlichen Kirche nicht gegensätzlich. «Beide, Partei und Kirche, wünschen und suchen den gerechten, aufrichtigen und guten Menschen, den arbeitenden Menschen, der sich als positives Glied der Gesellschaft erweist, also gemeinnützig ist, der den Schwachen hilft und eine gerechte Ordnung erstrebt. Hier also, was die diesseitige Welt anbetrifft, stehen sich Partei und Kirche nicht diametral gegenüber, sie besitzen aber verschiedene Aspekte, sie haben verschiedene menschliche Ebenen vor sich.»

Und Patriarch Alexius fährt weiter: «Was jedoch die letzte Zielsetzung anbetrifft, so ist selbstverständlich die Gegensätzlichkeit eindeutig vorhanden und sie wird auch nicht bestritten. Für die Kirche gibt es ein Jenseits, wie es eine unsterbliche Seele des Menschen gibt und einen Gott-Schöpfer und Gott-Richter; für die Kommunistische Partei existieren diese Begriffe als Realitäten nicht ... Die ethischen Normen sind nach christlicher Auffassung Teil der göttlichen Offenbarung und Ordnung, also Ewigkeitsgesetze, nach marxistischer Auffassung besitzen sie ihre Quelle allein in der menschlichen Gesellschaft, sind sie historisch entstanden. Das ist ein prinzipieller, man möchte sagen abstrakter Gegensatz. Aber die Ethik als Realität, als wirkliches, getätigtes und erlebtes Ethos des Menschen, als Praxis des Diesseits, diese Ethik der Kommunisten steht

der Ethik der Christen nicht feindlich gegenüber. Im Gegenteil, man ist versucht zu sagen: die kommunistische Ethik, auch wenn sie jeder religiösen Idee bar ist und erst noch die christliche Eschatologie gänzlich negiert, konkretisiert wichtige Grundsätze der christlichen Ethik. Sie besitzt zwar die elementare christliche Hoffnung nicht, wonach Christus sich überall, also auch im persönlichen und gesellschaftlichen Ethos kundgibt; aber sie besitzt gleichwohl eine humane Tiefendimension, die als geschichtliche Wirkung in solch positivem Ausmaß völlig neu ist. Das zu bestreiten, wäre grobe Fälschung oder dumme Lüge.»

«Die Vorwürfe jedoch, die wir Christen von den Kommunisten zu hören bekommen, sind so alt wie das Christentum selber, und es sind auch immer wieder Christen, die am besten darum wissen, seit den Aposteln, seit den Kirchenvätern. Es stimmt, das Christentum und die Kirchen haben seit bald zweitausend Jahren Reiche errichtet, materielle und geistige, aber sie haben diese Reiche nicht oder viel zuwenig mit Christlichkeit ausgefüllt. Und nun steht der Schuldenberg riesig groß vor uns, und die Kommunisten unternehmen heute den gewaltigen Versuch, diese Schulden auf ihre Art und auf ihre Weise zu tilgen. Sollen wir Zuschauer sein, sogar Spötter oder Verleumder? Es wäre töricht, zu bestreiten, daß nicht unzählige Christen sich nicht ebenfalls ehrlich bemühen, eine gerechte, menschliche Ordnung der Gesellschaft herbeizuführen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu eliminieren, den Mammonskult zu verdammen, die soziale Not zu vernichten, den Frieden zu sichern. All das wurde von christlichen Denkern und auch von einfachen Christenmenschen immer wieder postuliert und versucht, seit der Bergpredigt über alle Jahrhunderte bis auf unsere Tage.»

Warum aber das Versagen?

Der Kommunist antwortet daraufhin, daß die Schuld nicht am Christentum an sich liege, sondern daß diese große Aufgabe eine konkrete Aufgabe der menschlichen Gesellschaft ist, eine Sache der wirklichen, der diesseitigen Geschichte. Er antwortet, daß diese Aufgabe nicht gelöst werden kann durch geforderte Postulate, durch abstrakte Traktate, nicht durch «moralische Aufrüstung» und durch Buße, auch nicht durch religiöse Spekulation. Sie kann auch nicht gelöst werden sozusagen zeitlos, plötzlich, nach dem guten Willen und den frommen Wünschen einzelner oder von Gruppen. Der Kommunist antwortet, daß diese Aufgabe nicht nur eine kulturelle und ethische, sondern auch eine politische und ökonomische Aufgabe ist und daß deren Lösung erst in Angriff genommen werden kann, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen dazu vorhanden sind. «Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen», sagt Marx. «Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der herausgestellt werden soll, ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten habe. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, die den jetzigen

Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.»

Der Kommunist antwortet weiter, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu dieser Änderung erst heute vorhanden sind; da sie aber jetzt tatsächlich vorhanden sind, kann und soll geändert werden. Die technologisch-wissenschaftliche Situation ist heute so weit fortgeschritten, die gesellschaftlichen Produktionskräfte sind heute so weit entwickelt, die gesellschaftliche Produktionsweise ist heute so weit gefördert, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln notwendig ist, daß somit in deren Gefolge die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eliminiert werden kann, daß die antagonistischen Klassen mit ihren gegensätzlichen Interessen als Ausdruck des Besitzes und Nichtbesitzes an Produktionsmitteln verschwinden und daß dann der Weg geebnet ist für die Entwicklung einer kulturell und ethisch hochstehenden Gesamtgesellschaft. Aber auch erst dann — also erst *heute!* Darum steht auch heute das Christentum vor der gewaltigsten Frage im Laufe seiner zweitausendjährigen Geschichte.

Diese neue Gesellschaft erfaßt alle Menschen als gleichberechtigte und gleichgeachtete Wesen, sie ist also humanistisch fundiert; diese Gesellschaft erzieht sich selbst fortwährend und arbeitet aus innerer freier Autorität heraus, sie ist also ethisch zentriert. Diese Gesellschaft vermag daher den bis anhin unlösbaren Widerspruch von Individualethik und Gemeinschaftsethik und von theoretischer Ethik und praktischer Ethik aufzuheben. Das Ethos bezieht alles ein, es ist keine Sonderheit mehr, es ist selbstverständlich als Leben. — Das ist Kommunismus als Ethos, nein, mehr und einfacher: das ist Kommunismus. *Konrad Farner.*

Kommunismus und religiöser Sozialismus

I. Kommunismus

In meinem Referat über «Unsere Stellung zur Politik», «Neue Wege», Januar 1953, S. 1 bis 14, habe ich darauf hingewiesen, daß wir uns als Christen nicht in den Ostblock einschalten lassen dürfen und zwar sowohl wegen der kommunistischen Ideologie als auch wegen der Mittel, mit denen das gesteckte Ziel erreicht werden soll.

Ich muß gleich hinzufügen, daß wir auf keinerlei Weise dem Antikommunismus, dem die westlich-bürgerliche Welt frönt, Nahrung geben wollen. An uns soll es nicht liegen, wenn man sich kein vollkommen deutliches Bild von dem Abstand macht, der uns vor dem Antikommunismus trennt und von dem Widerstand, den wir ihm bieten. Vielleicht können wir darum am besten sagen, daß wir Anti-Antikommunisten

sind, und dem hinzufügen, daß das eine wesentliche, konstruktive, rettende Selbständigkeit einschließt, und zwar sowohl hinsichtlich des Westens wie auch hinsichtlich des Ostens.

Wenn Sowjetrußland zur Diskussion steht und es sich darum handelt, über die dortigen Geschehnisse ein christlich zu verantwortendes Urteil auszusprechen, dann müssen wir als erstes eine verstehende Haltung einnehmen. Viel von dem, was wir ablehnen müssen, hat seinen Grund in der Geschichte und in der Psyche des russischen Volkes. Auf diese Weise ist zum Beispiel die Angst gegenüber dem Westen zu erklären.

Bei unserer Haltung dem russischen Kommunismus gegenüber müssen wir uns auch immer des Wortes von Paulus erinnern: «Worin man den anderen verurteilt, verurteilt man sich auch selbst.» Jedes Urteil über Rußland ist auch eine Selbstverurteilung des Westens (vergleiche meinen Artikel in «Neue Wege», August 1952).

Jeder vorurteilsfreie Beurteiler muß hinsichtlich Sowjetrußland zugeben, daß auf verschiedensten Gebieten enorm viel erreicht worden ist. Alexander Werth hat kürzlich in «The New Statesman and Nation» wieder einmal darauf hingewiesen. In Rußland findet eine unaufhörliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen statt. Werth hat das mit deutlichen Ziffern gezeigt. Der neue, fünfte Fünfjahresplan will dieser Verbesserung in energischer Weise dienen. Viel muß die Sowjetunion allerdings noch vollenden, bevor ein Wohlfahrtsstand wie der amerikanische erreicht ist. Aber man hat den Willen dazu, und man darf hoffen, daß viel verwirklicht werden wird, wenn man die Ergebnisse der vorigen Fünfjahrespläne berücksichtigt.

Die regelmäßige Herabsetzung der Ladenpreise für Verbrauchsgegenstände steht unter anderem auf dem Programm. Das ist eine der wichtigsten Methoden für die systematische Erhöhung des wirklichen Lohnes der Arbeiter und Angestellten und des Einkommens der Bauern. Einer der wichtigsten Punkte des laufenden Fünfjahresplanes ist außerdem die Erhöhung des schulpflichtigen Alters.

Sogar jemand wie Edward Crankshaw, der in dem unabhängig-konservativen «Observer» im allgemeinen sehr kritisch über die russische Politik schreibt, sagt, daß dieser Plan die «Volkswohlfahrt» zum Endziel hat. Crankshaw schreibt: «Es ist unverkennbar kein Kriegsplan. Man findet darin bestimmt nichts, was den Eindruck erwecken kann, als bereite Stalin einen Überfall vor. Er zeigt auch keine heftige Reaktion auf die westliche Wiederbewaffnung ... Während die Entwicklung der Schwerindustrie und ihrer Ausrüstung unvermindert weitergeführt werden muß, ist weitaus der wichtigste Aspekt dieses Planes die geplante Ausdehnung auf dem Gebiete von Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern ... Die beständige Verbesserung des Lebensstandards, die sich hauptsächlich in den großen Städten auswirkt, kann man jetzt als einen Teil eines bestimmten festgesetzten Planes erkennen.»

Wir brauchen auf diese Weise unsere Bewunderung für die in der Sowjetunion vollbrachten Leistungen nicht zu verbergen: Innerhalb einer Generation ist die Sowjetunion die zweitmächtigste Großmacht der Erde geworden.

Und trotzdem können wir als Christen, die wir uns durch Jesus Christus, durch die Botschaft der alttestamentlichen Propheten, durch den Aufruf zum Reiche Gottes in unserem politischen Leben und Denken leiten lassen wollen, nicht die Seite des Kommunismus wählen. Ich will nun probieren, deutlich auseinanderzusetzen, warum uns das nicht möglich ist.

«‚Leninismus' und Stalinismus' sind nichts anderes als Marxismus in Weiterentwicklung.» (Konrad Farner: «Weltanschauung und Geschichtsauffassung des Marxismus», Seite 72.) Für viele erhebt sich aber die Frage, ob man in diesem weiterentwickelten Marxismus noch etwas von dem erkennen kann, was Marx ursprünglich gemeint und erstrebt hat. Berdiajew hat gesagt: «L'histoire est la tragédie de l'esprit.» Er wollte damit sagen, daß in der geschichtlichen Entwicklung sich ein ursprünglich guter Gedanke so sehr verändern kann, daß von dem Guten nicht viel übrigbleibt. Von dem ursprünglichen Evangelium ist in der Kirchengeschichte oft nur noch wenig zu spüren. Im Franziskanerorden kann man den Heiligen Franziskus nicht mehr erkennen; Luther ist im viel späteren Lutheranertum nicht mehr zu finden; und so, sagt Berdiajew, kann man auch Marx nicht mehr in der historischen Objektivierung des Marxismus, wie wir ihn im Leninismus und Stalinismus vor uns sehen, wiedererkennen.

Dr. Konrad Farner hat in seiner «Weltanschauung und Geschichtsauffassung des Marxismus» mit Recht darauf hingewiesen, daß der Marxismus keine ökonomische, mechanische und fatalistische Geschichtsdeutung sei (58). Ich will gerne zugeben, daß oft über das Verhältnis des Überbaues zum Unterbau karikaturistische Darstellungen gegeben werden; ich glaube jedoch, daß im Marxismus letzten Endes das ökonomische Element doch der ausschlaggebende Faktor bleibt.

Ich denke hierbei an den bekannten Brief von Engels an J. Bloch (London, 21. September 1890). Engels richtet sich darin gegen diejenigen, die den Standpunkt von Marx wie folgt wiedergeben: «Das ökonomische Element ist das einzige Bestimmende.» Wer das sagt, «spricht eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase aus». Aber unumwunden spricht Engels danach aus, daß «die ökonomischen Bedingungen letzten Endes die entscheidenden sind». Die politische, juristische, philosophische, literarische und ästhetische Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Sie reagieren auf einander und auf die ökonomische Basis. Es besteht eine Wechselwirkung, aber — so sagt Engels in einem anderen Brief — «auf der Grundlage der sich in letzter Instanz immer durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit».

Ich bin der letzte, der den enormen Einfluß, der von dem ökono-

misch-sozialen Unterbau auf den Überbau ausgeht, in Abrede stellt. Die Wahrheit in Marx' Entdeckung liegt darin, daß eine sehr starke Beziehung besteht zwischen der ökonomisch-sozialen Lage, worin der Mensch lebt, *und* den Auffassungen, welche er hinsichtlich Recht, Sittlichkeit, Politik und Religion vertritt. Trotzdem aber bleiben wir der Überzeugung, daß der Einfluß der ökonomischen Kräfte nicht zuletzt bestimmend, ausschlaggebend ist. Wenn Marx zum Beispiel über «Ausbeutung» spricht, dann hören wir hier zuerst eine von der Klassenzugehörigkeit unabhängige sittliche Überzeugung.

Als Christen müssen wir im Marxismus ablehnen, was Berdiajew in seinem letzten Buch, «Royaume de l'Esprit et Royaume de César», die Unterworfenheit des Marxismus an den Ökonomismus der kapitalistischen Epoche genannt hat (46).[1]

Was den *Materialismus* im Marxismus betrifft, so kann sich derjenige, der sich in die Aussprache von Lenin über dieses Thema vertieft, nicht des Eindrucks erwehren, daß Marx und Lenin die Eigenschaften des Geistes dem Stofflichen eingeimpft haben. Sie dichten der Materie Vernunft, Freiheit, Bewegungsspontaneität, schöpferische Tatkraft an. Die Materie wird hiedurch in hohem Maße vergeistigt. Dadurch ist es, glaube ich, auch möglich, daß Marx daran festhält, nicht einen mechanischen, sondern einen dynamischen Materialismus zu vertreten.

In seiner bündigen, klaren und gut dokumentierten Übersicht des Leninismus-Stalinismus hat Dr. Konrad Farner auch über das *Proletariat* gesprochen. Er sagt: «Der Proletarier ist im marxistischen Geschichtsbild nicht moralisch auserwählt, er ist *historisch* auserwählt, und die Wahl liegt bei ihm selber; der Proletarier der modernen kapitalistischen Welt ist kein besonderer Tugendheld, kein Engel, er ist als Teil einer mehr als fragwürdigen Gesellschaft mit all den Fragwürdigkeiten belastet, denn er steht nicht außerhalb der Gesellschaft.» (68).

Ich bin ohne weiteres bereit, diese korrigierende Darstellung zu akzeptieren. Wenn ich aber in der kommunistischen Praxis sehe, daß das Proletariat als die Klasse betrachtet wird, die eine messianische Aufgabe zu erfüllen hat, wenn ich sehe, daß die proletarische Wahrheit immer die nicht getrübte Wahrheit ist (wohingegen die bürgerliche Wahrheit, die Wahrheit des Gegners, immer Lüge ist), wenn ich sehe, daß im kommunistischen Urteil das Proletariat immer etwas von der Unantastbarkeit des auserwählten Volkes an sich hat, dann wird dieses «Historisch-Auserwähltsein» in der Praxis mit einem viel schwereren Inhalt beladen, als man von der Theorie aus annehmen könnte.

Wenn wir über den russischen Kommunismus sprechen, dürfen wir nicht verschweigen, daß es sich dabei um eine *totalitäre Ideologie* handelt, also eine Ideologie, die auf allen Gebieten des Lebens das ausschlaggebende Wort sprechen will. Um gleich ein starkes Beispiel zu nen-

[1] Jetzt deutsch erschienen: N. Berdiajew: «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar» (Holle-Verlag).

nen, denke ich hierbei an Mitschurin, den russischen Biologen. Mitschurin entwickelte eine neue Theorie, die wesentlich von der Erblichkeitslehre von Mendel, Morgan und anderen abwich. Mendel sagt: Bei der Erblichkeit üben nicht nur Milieufaktoren Einfluß aus; es gibt auch andere Faktoren, die ihren Einfluß geltend machen. Diese Behauptung steht aber in Widerspruch zu dem dialektischen Materialismus, der den Milieufaktor als den ausschlaggebenden erkennt. Mitschurins materialistische Richtung in der Biologie wurde nun als die einzig annehmbare Theorie in dieser Wissenschaft erklärt. Plötzlich nannte das Präsidium der Akademie der Wissenschaften die Mendel-Morgan-Theorie «unwissenschaftlich», unter Hinzufügung, daß es diese Lehre war, worauf Hitler seine Rassentheorie begründete und daß diese Lehre auch gebraucht wird, um «die Verfolgung der Neger in Amerika, die Unterdrückung der kolonisierten Völker und die amerikanischen Weltherrschaftspläne zu rechtfertigen». (Auszug aus dem Brief der Sowjetakademie der Wissenschaften an Professor Henry Dale, Vorsitzender der British Royal Society.)

Unter das eine Dogma, nämlich das des leninistisch-stalinistisch interpretierten Marxismus, muß sich die ganze Wirklichkeit fügen. Auch die Literatur, auch das Theater, auch die Geschichtsschreibung, der Unterricht und natürlich die Aufklärung über die Welt außerhalb Sowjetrußlands.

Ein Beispiel über letzteres: Die große Sowjet-Enzyklopädie, von der kürzlich der siebente von den 60 Bänden erschienen ist, behauptet, daß die Arbeiter in England ihrer politischen Rechte und Freiheiten, welche ihnen von Rechts wegen zustehen sollten, beraubt seien. Über das Unterrichtsgesetz aus dem Jahre 1944 in England wird gesagt, daß dieses Gesetz den imperialistischen Zielen des Monopolkapitals diene und gegen die Arbeiter gerichtet sei.

Natürlich kann man behaupten, daß auch wir oft ganz falsch und krumm über die Sowjetunion unterrichtet werden; bei uns aber besteht immer noch die Möglichkeit, via anderer, zum Beispiel prorussischer Quellen, zu einem anderen Bild zu kommen. Eine solche Möglichkeit ist in Sowjetrußland prinzipiell ausgeschlossen.

Der Leninismus-Stalinismus ist ein totalitärer *Glaube*. Dr. Farner hat das sehr gut begriffen. Er beendet sein Buch mit den folgenden Worten: «Ja, wir Marxisten-Kommunisten besitzen heute jene starke, die Hindernisse überwindende Gewißheit, die die ersten Christen inmitten des gewaltigen und doch morschen Römerreiches besaßen. Je brutaler und verleumderischer damals die Christenverfolgung war, um so stärker und umfangreicher wurde die Christenheit; je brutaler und verleumderischer heute die Kommunistenverfolgung ist, um so stärker und umfangreicher wird der Kommunismus. Nur daß die Kommunisten nicht das nahende Reich Gottes erwarten, sondern das nahende Reich des Menschen.» (85.)

Hieraus ist deutlich zu ersehen, daß der Marxismus aus der säkula-

risierten Eschatalogie lebt, aus einem Glauben an das verweltlichte Reich Gottes.

Dieser marxistische Glaube richtet sich gegen den christlichen Glauben. Lenin kritisiert, wenn er über Religion spricht, nicht nur die ungesunde Religion, sondern auch die gesunde. Ja, in einem Brief an Maxim Gorki im Jahre 1913 schrieb er unumwunden, daß er die gesunde Religion eigentlich viel gefährlicher finde als die ungesunde.

Ebenso wie Marx und Engels glaubt auch Lenin, daß der Einfluß der Religion mit der Zeit verschwinden wird: «wenn die wirtschaftliche Entwicklung bloß fortschreitet, dann wird man die Religion bald in die Rumpelkammer werfen.»

Von dieser Ideologie aus, die ihrer Struktur, ihrem Gehalte und ihrer Kraft nach totalitär auftritt, kann man auch verstehen, daß einer christlichen Kirche nicht erlaubt wird, auf prophetische Weise gewisse Äußerungen von Unrecht, Lüge und Gewalt, wie diese mit jedem Staatssystem, also auch dem sowjetrussischen, zusammenhängen, öffentlich zu tadeln oder gar zu verwerfen. Karl Barth hat in seinem bekannten Brief an Albert Bereczky, Bischof der ungarischen Reformierten Kirche, gesagt, daß der ungarische kirchliche Pressedienst in seiner Berichterstattung den offiziellen Berichten über die Sowjetunion ähnelt: Ungarn ist ein Paradies geworden.

Die Kirche in Sowjetrußland und auch in seinen Satellitenstaaten kann nur so weit frei sein, als sie nicht öffentlich gegen gewisse Taten von Unrecht, Lüge und Gewalt auftritt. Wenn sich die Kirche diese Freiheit nimmt (und das *muß* sie als Kirche tun, nicht aus bürgerlich-konservativen Überlegungen, sondern aus christlichem Gehorsam), dann folgen die großen Schwierigkeiten. — Die orthodoxe Kirche ist nie eine prophetische Kirche gewesen — die Liturgie steht im Zentrum —, deshalb braucht diese Kirche auch jetzt, unter dem Sowjetsystem, ihren Charakter nicht zu verleugnen. Aber: von der Botschaft und der Wirklichkeit des Reiches Gottes aus gesehen, müssen wir diese Vernachlässigung des prophetischen Elementes als Schuld ansehen.

Von sehr großer Wichtigkeit bei der christlichen Beurteilung des Kommunismus, sowohl nach seiner ideologischen wie auch nach seiner empirischen Seite ist der Punkt: *der Zweck und die Mittel.*

In einer Rede an die Jugend am 2. Oktober 1920 hat Lenin gesagt: «Wir leugnen jede Sittlichkeit, die auf außermenschlichen und außer Klassebegriffen stammenden Vorstellungen beruht. Unserer Meinung nach ist die Sittlichkeit den Interessen des Klassenkampfes unterzuordnen. Sittlich ist alles, was der Vernichtung der alten Gesellschaftsordnung mit ihrem ausbeutenden Charakter und der Vereinigung des Proletariates dient.» Das bedeutet: Der Zweck heiligt die Mittel. Das ist der Wahlspruch, nach dem jedes Volk in jedem Kriege handelt. Sowjetrußland befolgt ihn auch im Klassenkrieg.

Auf Grund der marxistisch fundierten Ethik betrachtet der Kommu-

nismus jedes Mittel, das zur Verwirklichung des großen Zieles, nämlich der kommunistischen Gesellschaft, führt, als prinzipiell annehmbar. Zu diesen Mitteln gehören:

1. Die Diktatur des Proletariates, die sich in Wirklichkeit zur Diktatur der einen Partei entwickelt hat;
2. die uneingeschränkte Macht, welche Stalin und seinen allernächsten Helfern eingeräumt ist — man erinnere sich hierbei an die abgöttische Verehrung, welche Stalin bei seinem 70. Geburtstag bewiesen wurde;
3. die Macht und (vielleicht nur zeitweise) Bevorrechtung der Managers;
4. die stachanowistischen Methoden, die zur Erhöhung der Produktion führen müssen (Stücklohn, Prämien usw.);
5. die politische Unfreiheit, wodurch jede organisierte Opposition völlig unmöglich gemacht wird;
6. die Gleichschaltung von Presse, Radio und Unterricht innerhalb eines strengen Totalitarismus;
7. die Arbeitslager mit einem Heer von Zwangsarbeitern;
8. die politischen Prozesse;
9. der stets wieder neu angefachte Nationalismus;
10. der gigantische Kriegsapparat;
11. die Unterdrückung und Gleichschaltung der osteuropäischen Länder als strategische Notwendigkeit (Bildung eines starken Ostblocks gegenüber dem Westblock);
12. eine unbegrenzte Verehrung der Technik.

Können diese Mittel dem gesteckten Ziele: Verwirklichung einer gerechten kommunistischen Gesellschaft, dienen?

Was Westeuropa und Amerika betrifft: wir glauben nicht an die rettende, positive Wirkung von Mitteln, die absolut mit Gottes Reich und dem von Christus geforderten Gehorsam im Widerspruch stehen. (Das gilt auch von denen unter den zwölf genannten Mitteln, die nicht nur von Sowjetrußland, sondern auch von Amerika und dem Westen gebraucht werden.)

Auch unter Berücksichtigung der heutigen Situation in Sowjetrußland glauben wir nicht daran. Und zwar um so mehr nicht, wenn wir uns mit Schrecken bewußt werden, daß sich unter den genannten Mitteln typisch nazistische Mittel befinden: die Diktatur einer Partei, die Abgötterei des Führers, die politische Unfreiheit, die Gleichschaltung von Presse, Radio und Unterricht wie auch die Konzentrationslager.

Es klingt wie Anachronismus, hierbei von nazistischen Mitteln zu sprechen, da ja diese Mittel schon eher in Rußland gebraucht wurden. Historisch richtiger könnten wir sagen: in Deutschland wurden bolschewistische Mittel übernommen. Dennoch gebrauchen wir den Ausdruck «nazistisch», weil für uns diese Charakterisierung am plastischsten ist.

Dieses Wort hat nicht nur historische, sondern auch eine qualitative Bedeutung.

Über das Verhältnis des Kommunismus zum Nationalsozialismus möchte ich hier nur bemerken, daß man dem gebräuchlichen Fehler, beide auf eine Linie zu stellen, nicht verfallen darf. Wenn wir die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus nennen wollen, dann nennen wir am ersten: die Rasse. — Wenn wir die geistigen Wurzeln des Kommunismus nennen wollen, dann nennen wir am ersten: Gerechtigkeit. Wir müssen aber leider wohl sagen, daß Sowjetrußland in den 30 Jahren seines Bestehens typisch nazistische Mittel gebraucht hat.

Wenn man uns vorwerfen will, daß die zwölf eben genannten Mittel auch in den westlichdemokratischen Ländern gebraucht werden, dann muß unsere Antwort lauten: von einigen (3, 4, 9, 10 und 12) trifft das sicherlich ganz oder ungefähr zu — darum habe ich sie auch eben nicht als typisch nazistische Mittel genannt.

Merkt man denn in westlichdemokratischen Ländern nichts von Parteidiktatur, Führerverehrung, politischer Unfreiheit, Gleichschaltung von Presse, Radio und Unterricht sowie von politischen Prozessen? Darauf ist meine Antwort: Ja, und häufig viel zu viel. Daß die westlichen Demokratien ihr Ziel mit diesen Mitteln erreichen wollen, wird sich einmal als ihr größter Irrtum und ihre törichteste Sünde erweisen.

Es besteht aber ein sehr grundlegender Unterschied zwischen Rußland und dem Westen, wenn nazistische Mittel gebraucht werden:

Trotz allem bleibt im Westen, wenigstens bis heute, noch eine gewisse Handlungsfreiheit. Dieser Grad der Freiheit existiert in Sowjetrußland nicht. Der totalitären Ideologie wegen *kann* er dort auch nicht existieren.

Und hiermit komme ich dazu, eine Frage zu stellen, die ich nur widerwillig anschneide. Wenn man gewisse Mittel gebraucht, die mit dem ursprünglich gesteckten Ziele nichts mehr zu tun haben, dann wird oft das ursprüngliche Ziel durch ein anderes verdrängt.

Auch hinsichtlich Sowjetrußland muß man die Frage erheben, ob nicht das ursprüngliche Ziel durch ein anderes verdrängt worden ist.

Hiermit meine ich nicht die Veränderung der Weltrevolution in den Wahlspruch: Sozialismus in *einem* Lande. Zweifellos war das Endziel des «Sozialismus in einem Lande» dasselbe wie das der Weltrevolution.

Die Frage ist viel ernster:

Ist tatsächlich das Ziel des russischen Kommunismus noch zu verwirklichen? Hat man sich durch die Mittel, welche man anwandte, nicht für immer der Möglichkeit beraubt, dieses Ziel zu erreichen? Und hat man nicht darum das Ziel verändert, das Ziel verändern *müssen*, so daß nicht mehr Gerechtigkeit für die Gemeinschaft und den einzelnen, sondern Rußlands Macht in der Welt und über die Welt erstrebt wird?

Ich empfinde keine Schadenfreude, wenn ich diese Frage stelle; das geschieht ja so oft. Nichts wäre mir lieber, als wenn wir nach Sowjet-

rußland als nach dem Lande weisen könnten, worin der Gerechtigkeit mehr als sonst irgendwo gedient wird, ohne daß die Menschlichkeit durch nazistische Mittel geschändet wird.

Durch die Mittel, derer man sich in Sowjetrußland immer noch bedient, wächst in uns nicht nur die Sicherheit, daß das ursprüngliche Ziel mit diesen Mitteln nie erreicht werden kann, sondern auch noch der Zweifel, ob dieses Ziel nicht bereits durch ein anderes verdrängt worden ist. Stanley Jones schrieb schon im Jahre 1926 in seinem Buche über den Kommunismus, worin er dem Kommunismus soviel wie möglich Recht widerfahren läßt: «Der russische Kommunismus wird durch die Kriegsmethoden so stark desillusioniert werden, wie wir nach dem letzten Krieg desillusioniert worden sind.»

Die Mittel wirken selbständig; um ein einmal gestecktes Ziel kümmern sie sich nicht. Kommt das Ziel nicht mit der Autonomie der Mittel überein, dann wird es von einem anderen verdrängt, das sich den Mitteln anpaßt.

Ich will diesen Teil nicht beendigen, ohne zu konstatieren, daß dieses Urteil über den russischen Kommunismus nichts mit dem üblichen bürgerlich-westlichen Urteil zu tun haben will. Es ist in seinem Verstehen wie auch in seinem Beurteilen durch das prophetische Christentum beeinflußt.

Außerdem ist die einzige Antwort, die der Westen an Rußland geben kann und darf, eine Antwort in Taten, nämlich gesundere wirtschaftliche Zustände, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr kulturellen Aufbau, größere Freiheit, mehr Hilfe und Freiheit für die Millionen in Asien und Afrika, aktive Abweisung der militärischen Gewalt, Gehorsam gegenüber den geistigen Werten, die den Westen aus dem heutigen Verlegenheits- und Unlustgefühl befreien können. Solange *diese* Antworten von unserer Seite überhaupt nicht oder nur sehr zögernd und unvollständig erteilt werden, solange müssen wir unsere Kritik am russischen Kommunismus nur mit großer Zurückhaltung und Scheu aussprechen.

II. Religiöser Sozialismus

Wenn wir über den religiösen Sozialismus sprechen wollen, müssen wir einen Unterschied machen zwischen dem, was der religiöse Sozialismus seinem Wesen nach sein will, und dem, was er in Wirklichkeit geworden ist.

Im Sozialismus sind die leitenden Gedanken: das Erkennen des anderen Menschen als Bruder, die Solidarität mit den Mitmenschen. Darum — um der Menschlichkeit und um der Gerechtigkeit willen — soll das Kapital der Arbeit untergeordnet werden. Darum steht das Gemeinschaftsinteresse über dem persönlichen Interesse. Darum soll die Arbeiterklasse Mitbestimmungsrecht und Mitverantwortlichkeit haben. Der gemeinschaftliche Besitz der Produktionsmittel, mindestens der haupt-

sächlichsten Produktionsmittel, kann das Streben nach Gewinn, von dem nur eine kleine Gruppe oder nur gewisse Individuen profitieren, aufheben. Das ist einer der Wege, um zu einer klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

Berdiajew betont, daß der Sozialismus eine Gesellschaft schaffen will, worin jeder Mensch nicht ein Objekt, ein Ding, sondern ein Subjekt, eine Person ist. (Royaume ... 117.) Ich glaube, daß hierin die tiefste Rechtfertigung des Sozialismus liegt. Marx betont selbst immer wieder, daß sich sein Kampf gegen die Selbstentfremdung, die Entmenschung des Menschen richtet. Im Proletariat, sagt Marx, hat der Mensch sich selbst verloren.

Religiöser Sozialismus erlebt diesen Kampf für Gerechtigkeit und Menschlichkeit als Dienst im Reich Gottes. Dem Aufruf des Propheten Amos zur Gerechtigkeit müssen wir innerhalb des Kreises der evangelischen Liebe Gehorsam leisten. Die Norm für Menschlichkeit finden wir in Ihm, von Dem gesagt ist: «Sieh den Menschen!» Bei der Beurteilung der Mittel, mit denen wir die Gerechtigkeit in der Gemeinschaft verwirklichen wollen, hat diese selbe Gestalt, die wir als unseren Herrn betrachten, das letzte und entscheidende Wort.

Leider ist von diesem Sozialismus, auch von dem religiösen Sozialismus, nicht viel übriggeblieben. Er ist allzu sehr eine verbürgerlichte und verwässerte Angelegenheit geworden. Gerade während ich diesen Vortrag tippte, berichtete die hiesige Zeitung, daß der Führer des holländischen sogenannten demokratischen Sozialismus, zusammen mit den Führern der reformierten und römisch-katholischen Reaktion, auf einer Massenversammlung von «Steun Wettig Gezag» (Unterstütze die gesetzmäßige Macht!) gesprochen hat. Dies ist eine Vereinigung von einigen Tausenden Freiwilligen, die, wie sie sagen, die Freiheit aufs äußerste verteidigen wollen; aber in Wirklichkeit ist es eine Art antirussisches Hetzinstitut.

So etwas ist kennzeichnend für die ganze Situation. Mit Recht hat Dr. Hugo Kramer hierauf hingewiesen: «Jetzt wird von den sozialdemokratischen Parteien aller Länder, mit wenigen Ausnahmen, deren bedeutendste die große Sozialistische Partei Italiens ist, als Hauptgegner nicht mehr der Kapitalismus und sein Sprößling, der Imperialismus (im klassisch sozialistischen Sinn), empfunden, sondern der Kommunismus und der sogenannte Sowjetimperialismus.» («Neue Wege», März 1951, 100.)

Der demokratische Sozialismus hat sich von Anfang seines Bestehens an für den Streit für soziale Gerechtigkeit eingesetzt: radikal wurden antikapitalistische, sozialistische Forderungen gestellt, und in diesem Geiste wurde auch gearbeitet (ein sozialistisches Parteiprogramm besagt noch nichts — es kommt auf die Praxis an).

Der demokratische Sozialismus hat jedoch infolge der *Mittel*, welche er schließlich im Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung angewandt hat — in allererster Reihe denken wir hierbei an die verhängnisvolle

Schwenkung hinsichtlich des Militarismus für Holland im Jahre 1937[2] —, das *Ziel*: die soziale Gerechtigkeit, um es konkret auszudrücken, eine antikapitalistische, sozialistische Gesellschaft, aus dem Auge verloren, so daß wir nur konstatieren können: das ursprünglich gesetzte Ziel hat einem anderen weichen müssen.

Hierauf könnte man antworten, daß der militärische Kampf gegen den Nationalsozialismus als primär betrachtet werden mußte, da man hoffte, nach dessen Vernichtung den Sozialismus verwirklichen zu können; das Ziel wäre also nicht durch ein anderes ersetzt worden, man wäre nur gezwungen gewesen, einen Umweg zu wählen, um das Ziel zu erreichen.

Die Tatsachen jedoch sprechen eine ganz andere Sprache. In dem demokratischen Sozialismus der (holländischen) Partei der Arbeit steht jetzt nicht mehr der Sozialismus, sondern die «Demokratie» an erster Stelle. Und welch eine Demokratie! Im Kampf gegen den Kommunismus gilt nicht mehr ein Angriff gegen den Kapitalismus als wesentlich, sondern nur noch die Verteidigung der Freiheit. Die holländische Partei der Arbeit ist im Augenblick an erster Stelle antirussisch und erst weit an zweiter Stelle antikapitalistisch.

Ist diese Verdrängung des ursprünglichen Zieles nur vorläufig oder muß man sie als endgültig betrachten? Ich persönlich glaube eher, daß man diese Frage in dem Sinne beantworten muß, daß es eine definitive Verschiebung des Zieles bleiben wird — leider fehlt es völlig, und sicherlich bei der Hauptleitung, an Kräften, die eine radikale Umkehr bewirken könnten.

Wenn ich die Politik des holländischen demokratischen Sozialismus betrachte, muß ich oft an die scharfe Kritik denken, die Stalin an der Zweiten Internationale übte. «Statt die Partei auf Grund der eigenen begangenen Fehler zu einer wirklich revolutionären Politik zu erziehen, findet man ein sorgfältiges Vermeiden aller brennenden Fragen; am Ende werden sie vertuscht. Zum Schein war man zwar nicht abgeneigt, über schwierige Fragen zu sprechen, aber ausschließlich mit der Absicht, die Angelegenheit mit irgendeiner Kautschukentscheidung aus der Welt zu schaffen.»

Der Internationale Bund Religiöser Sozialisten, der im August dieses Jahres in Nyköping bei Stockholm zum viertenmal seinen dreijährlichen Kongreß abhielt, zeigte dieselben Schwächen. Von dieser Art religiösem Sozialismus können wir — leider — sicherlich kein Wiedererwachen, kein Wiederaufleben für den Sozialismus erwarten.

Dr. Ruitenberg aus Holland schrieb in der Zeitschrift der holländischen religiössozialen Bewegung «Tijd en Taak» (Zeit und Aufgabe): «Aus den Nachbesprechungen wurde nicht viel ... Dadurch kam die Diskussion, die die Schweizer Kramer-Gruppe über die Kriegsgefahr

[2] Vgl. dazu den Austritt von L. Ragaz aus der Schweizer Sozialdemokratie.

beginnen wollte, ins Gedränge. Sie fanden das doch das einzige wesentliche Problem, während die anderen lieber die Fundamente besprochen sahen.» (23. August 1952.) Wer jedoch die in Nyköping angenommenen Prinzipien, das Programm des Bundes, liest, kann nicht umhin, dem Urteil von Frau Carmen Weingartner zuzustimmen: «Ein wirkliches Christusfeuer fehlte.» Mit Recht spricht sie über «eine unbedingte Abschwächung und Verwässerung der ursprünglichen Prinzipienerklärung, welche konkrete Ziele mit Mut und Eindeutigkeit ausgesprochen hatte, während die verschiedenen Punkte der neuen Prinzipienerklärung von jedem christlichen Verein gesagt und vertreten werden könnten. Eine klare Haltung und Position wird darin verlassen . . .» («Neue Wege», Juli/August 1952, 296, 297.)

Leider hat sich so mancher religiöser Sozialismus an die bestehenden sozialistischen Parteien ketten lassen. Diese Bindung lähmt jeden Willen zu einem rettenden und stimulierenden Radikalismus. Und diese Bindung, die den schönen Namen «Solidarität» trägt, bedeutet im Grunde: Kapitulation vor der Bürgerlichkeit und Verrat an demjenigen, was wesentlich für einen wirklich religiösen Sozialismus ist und sein sollte.

Gerade weil wir in einer so schwierigen Lage sind, ist es gut, sich auf die Frage zu besinnen: Wenn wir den russischen Kommunismus nicht aus bürgerlichen, sondern aus christlichen Gründen ablehnen müssen — was ist dann der konkrete und wirkliche Inhalt unseres religiösen Sozialismus im Jahre 1952?

Ich will 5 Punkte kurz aufzählen:

1. Sozialismus

Der bekannte Amerikaner Reinhold Niebuhr sagt in seinem scharfsinnigen Buche «Moral man and immoral society» (a study in ethics and politics — 1932, 1948): «Our age is, for good or ill, immersed in the social problem» (275) [3].

Die Lage ist, wie mir scheint, die folgende:

Der Kapitalismus befindet sich in dieser Periode nicht nur in einer Krisis, sondern es hat allen Anschein, als ob er seine Rolle ausgespielt hätte.

Wir können und wollen die historische Entwicklung nicht hemmen, aber wir dürfen versuchen, sie in rechte Bahnen zu leiten.

Wir können zwar versuchen, gegen den Strom der Entwicklung zu schwimmen, aber damit erreichen wir so gut wie nichts. Wer, als die Französische Revolution einmal ausgebrochen war, zu der feudalen Gesellschaftsform hätte zurückkehren wollen, hätte unnütze Arbeit geleistet.

Wenn wir mit Hromaska sagen: «Etwas Neues ist im Entstehen», dann dürfen wir nicht versuchen, den Kapitalismus, wenn auch in gemäßigter Form, am Leben zu erhalten.

---

[3] «Unser Zeitalter ist, zum Guten oder Bösen, im sozialen Problem verankert.»

Auch ein «gebrochener» Kapitalismus bleibt Kapitalismus: die Interessen des Kapitalismus prävalieren gegenüber denen der Arbeit.

Sowohl die historische Entwicklung, in der wir uns befinden, wie auch der Glaube, zu dem wir uns bekennen, hindern uns daran, irgendeine Form des Kapitalismus zu «wählen».

Neben dem Kapitalismus in schroffer oder gemäßigter Form steht der Kommunismus.

Auch den Kommunismus, wie wir ihn in der russischen Form kennen, können wir nicht «wählen». Die Mittel, mit denen der Kampf für eine nichtkapitalistische Gesellschaft geführt wird, sind für uns unannehmbar. Die Freiheit wird so sehr geschändet, daß wir nicht daran glauben können, daß auf diese Weise Gerechtigkeit erzielt werden kann.

Was aber müssen wir dann tun?

Wir müssen als Christen einen neuen, den dritten Weg wählen.

Die aktuelle Lage zwingt uns dazu, zu wählen.

Nicht alle Gesellschaftssysteme haben für uns den gleichen Wert oder Unwert.

Bei unserer Wahl bleibt die Richtschnur bestehen, ob in dem *Ziel*, das angestrebt, und den *Mitteln*, die gebraucht werden, eine Beziehung zu Gottes Reich und dem Gehorsam besteht, den Christus von uns fordert.

Welchen Bedingungen aber muß eine solche nichtkapitalistische und nichtrussischkommunistische Gesellschaft entsprechen, wenn wir sie als Christen, von unserem Glauben aus, gutheißen können?

In der Lage, in der wir uns augenblicklich befinden, würde das bedeuten, daß die Vorherrschaft des Gewinnmotives gebrochen wird und der Vorherrschaft von Ordnung und Planung weicht; daß der Kapitalismus einer bewußt geplanten, geordneten Ökonomie Platz macht; daß die Interessen der Gemeinschaft gegenüber denen des Kapitals den Vorrang erhalten.

Die «proletarische Situation» muß aufgehoben werden. Das Recht auf Arbeit — also auch: die Unzulässigkeit der Arbeitslosigkeit — muß als ein elementares Menschenrecht stabilisiert werden. Schändung dieses Menschenrechtes muß mit derselben Bestimmtheit verurteilt und verhindert werden, wie die Schändung des Menschenrechtes auf Freiheit.

Nötig ist, daß Männer, die vom Geiste eines wirklich religiösen Sozialismus durchdrungen sind und sich technisch auf Geschäfte verstehen, sich mit denjenigen Problemen befassen, die mit der Durchführung von einschneidenden Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur verbunden sind, ohne daß hierdurch Menschlichkeit und Freiheit geschändet werden. Wenn es uns nicht (oder nicht mehr) gelingt, solche Männer und Frauen hervorzubringen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn andere Strukturveränderungen unter Schändung von Menschlichkeit und Freiheit durchführen. Das klingt zwar hart. Aber die Wirklichkeit, worin wir leben, zwingt uns zu dieser Feststellung. Denn:

«Our age is, for good or ill, immersed in the social problem.»

Die Herausforderung von Sowjetrußland müssen wir in erster Reihe auf dem Gebiet des Wirtschaftlichsozialen beantworten.

Als religiöse Sozialisten sagen wir: Wirklich demokratischer Sozialismus (das ist also etwas ganz anderes, als was uns gegenwärtig als solcher vorgesetzt wird) will der sozialen Gerechtigkeit unter Achtung der geistigen Freiheit dienen, jedoch ... das ist das größte Abenteuer, das wir wagen können. Es läßt sich aber nicht umgehen. In der heutigen Situation, glaube ich, bleibt uns keine andere Wahl.

2. Asien

Wenn wir im Inland das soziale Problem auf diese Weise anpacken, dann muß hiermit auch dieselbe selbständige und radikale Art des Anpackens in unseren ausländischen Beziehungen verbunden sein.

Die Schwäche der englischen Labour-Regierung in den Jahren nach 1945 lag gerade darin, daß sie sich nicht zu einer selbständigen, sozialistischen auswärtigen Politik entschließen konnte. Neben «*full* employment», uneingeschränkter Arbeitsmöglichkeit für alle im *Inland*, hätte man auch an «*free* employment», freier Arbeitsgelegenheit für England in *internationalen* Beziehungen festhalten müssen. Labour-England hat sich jedoch an die amerikanische Politik ketten lassen. Es trat dem Atlantischen Vertrage bei. Es nahm an dem internationalen Rüstungswettlauf teil. Labour-England hat sich der Fatalität der politischen und militärischen Entwicklung ausgeliefert. Darum hat es seine Chancen verfehlt.

Der religiöse Sozialismus muß konkrete Wege anweisen, wodurch eine Entspannung der internationalen Situation eintreten kann. In meinem vorigen Vortrag haben wir die verschiedenen konkreten Möglichkeiten betrachtet. Ich will das hier nicht wiederholen.

Ich will hier jedoch noch etwas besonders betonen: der religiöse Sozialismus muß sich immer wieder bemühen, unseren Blick von der Nur-West-Europa-Richtung loszumachen. Wir dürfen nicht müde werden, zu sagen, daß unsere Verantwortlichkeit in erster Linie darin liegt, eine deutliche und ausschlaggebende Antwort auf den Hunger in Asien zu geben. Die wirkliche Verteidigung gegen den Kommunismus liegt nicht darin, Kanonen und noch vernichtendere Mittel nach Asien zu senden — die wirkliche Verteidigung gegen den Kommunismus liegt darin, daß Nahrung und technische Hilfe nach Asien gesandt werden, und zwar in einem ebenso großen Umfang, wie jetzt Waffen dorthin gehen. Um Irrtümer zu vermeiden, will ich hier noch hinzufügen, daß wir den Millionen in Asien nicht an allererster Stelle helfen müssen, weil wir den Kommunismus schachmatt setzen wollen, sondern weil wir den inneren Drang haben, ihnen aus Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu helfen. Religiös gesprochen: Weil wir bitten: Gib *uns* heute *unser* tägliches Brot.

3. Radikal

Schon verschiedene Male habe ich in diesem und dem vorigen Vortrag das Wort «radikal» gebraucht. Dieses Wort kommt von dem lateinischen radix = Wurzel.

Religiöser Sozialismus muß immer wieder aufs neue versuchen, die Wurzel von allerlei ungerechten Zuständen aufzuspüren und bloßzulegen. Hierbei werden wir viel von Marx lernen können, ohne daß wir uns dabei durch seine Generalisierung in ökonomischer Hinsicht irreführen lassen. Hinter sehr vielen Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten verbirgt sich ein wirtschaftlicher Hintergrund. Hier nenne ich nur die abscheuliche «Apartheitspolitik» Malans in Südafrika.

Wenn wir jedoch auf diese Weise die ökonomische Wurzel gewisser Manifestationen der Unmenschlichkeit bloßgelegt haben (wobei auch der Krieg als solche zu erwähnen ist), dann müssen wir auch auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen und mit *allen* uns erlaubten Mitteln versuchen, die Mißstände zu beenden. Dabei müssen wir dann an das französische Sprichwort denken: «Aux grands maux les grands remèdes.»

Radikalismus bedeutet: die Wurzel zu suchen *und* kein erlaubtes Mittel unbenutzt zu lassen, um die bestehenden Zustände gründlich und vollkommen zu verändern.

Daß wir dabei immer wieder die Wurzel suchen werden, die unser Leben nährt, darf uns nicht verwundern. Radikalismus, der nicht durch das Evangelium genährt, begrenzt und so gerettet wird, gerät früher oder später auf einen Irrweg und schändet die Menschlichkeit, also auch Freiheit und Gerechtigkeit. Das sehen wir leider, mehr als uns lieb ist, auch in Sowjetrußland.

4. Der Antimilitarismus

Religiöser Sozialismus, der weiß, wozu er berufen und der seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, muß mit Entschiedenheit den Krieg und die Kriegsvorbereitungen abweisen. Und das nicht aus einer negativen Überzeugung heraus, die rasch geneigt ist, «nein» zu sagen, sondern aus einer positiven Überzeugung, die weiß, daß niemals und nirgends Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit mehr geschändet werden, als in Zeiten von Krieg und Kriegsvorbereitungen.

Religiöser Sozialismus, der aus den Wurzeln der prophetisch-evangelischen Botschaft seine Nahrung erhält, kann sich der von den meisten (leider auch den meisten Christen und Sozialisten) befolgten Handlungsweise nicht anschließen, derzufolge man zwar «später», aber nicht schon *jetzt*, der Kriegsgewalt ein «Nein» entgegensetzen müsse. Religiöser Sozialismus muß behaupten und mit Taten zeigen, daß man *schon jetzt*, ja, *gerade* jetzt, «nein» sagen muß. Das gehört zu unserer neuen Wehrhaftigkeit.

Und gerade hierin liegt nun die größte Schwäche des offiziellen

Christentums, des Sozialismus und auch des religiösen Sozialismus. Hierin liegt, glaube ich, auch unsere größte Schwäche gegenüber dem Kommunismus. Denn was kann wohl ein Christentum, ein (religiöser) Sozialismus, die selbst, gemäß dem Prinzip: der Zweck heiligt die Mittel, im Kriege handeln oder wenigstens zu handeln bereit sind, was können sie noch mit geistigem und moralischem Übergewicht zu einem Kommunismus sagen, der für die Erreichung *seines* guten Zweckes, nämlich einer klassenlosen Gesellschaft, nach dem selben Prinzip handelt?

Wenn man die Bücher von René Cutforth und Reginald Thompson über den Koreakrieg liest, dann fragt man sich, ob all diese Entrüstung über die Arbeitslager in Sowjetrußland wirklich so ernst gemeint sein kann. Selbst wenn ich alle Greuel, die man in der westlichen Presse über Rußland lesen kann, glauben würde, könnte ich zu keiner anderen Folgerung als dieser kommen: *Wir* tun, wenn es nötig ist, genau dieselben oder mindestens ebenso schreckliche Dinge. «Wenn es nötig ist . . .» das ist immer wieder die fatale Behauptung, der gehorcht wird. Sowohl im Osten wie auch im Westen. Wenn es sich um diese Dinge handelt, dann verkriechen sich die größten Individualisten hinter dem fatalsten Neutrum, das man sich ausdenken kann.

Wie schwach auch der religiöse Sozialismus in seiner Haltung dem Kriege gegenüber ist, ist in Nyköping wiederum deutlich geworden.

Man vergißt hiebei eines: daß man durch diese Unbestimmtheit, diese Schwäche, oder muß ich sagen: Verrat?, dem heutigen Militarismus und dem Gewaltglauben Blankovollmacht gibt.

Ein Volk, das sich dem modernen Militarismus preisgibt, mit allen Folgen, die damit verbunden sind (und diese Folgen sind unvermeidlich), schwächt seinen wirklichen Widerstand gegen allerlei totalitäre Ideologien und macht es sich selbst unmöglich, der Herausforderung der Sowjetunion auf dem Punkte zu begegnen, auf dem die Antwort gegeben werden müßte. Kriegsrüstungen *und* soziale Reformen — das ist eine Unmöglichkeit!

Immer klarer wird es, daß wir nur, wenn wir dem Kriege und den Kriegsvorbereitungen gegenüber ein entschiedenes Nein aussprechen, imstande sind, geistig, politisch und wirtschaftlichsozial eine wirklich *rettende* Antwort zu geben.

5. *Totales Christentum*

Religiöser Sozialismus ist für mich die dieser Welt zugewandte Seite des totalen Christentums.

Das Christentum ist total: es umfaßt die ganze menschliche Existenz. Das bringt an erster Stelle mancherlei Veränderung in unserm Seelenleben zustande. Das ist, sozusagen, die nach innen gerichtete Seite. Aber es besteht auch eine nach außen wirkende Seite, eine Seite, die der großen Welt zugewandt ist.

In dem Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit, der nur mit Mitteln geführt werden darf, die Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit nicht schänden, tritt etwas von dem totalen Christentum ans Licht. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß diese Äußerung des Christentums die einzige ist, die noch von unseren entchristeten Massen verstanden und begriffen werden kann. «Der Worte sind genug gewechselt; laßt uns nun endlich Taten sehen!» (Schiller). Und in der heutigen praktischen Zeit ist man nur noch auf deutlich sichtbare Taten eingestellt.

Zum religiösen Sozialismus gehört heute der Kampf für die *Gerechtigkeit* (Sozialismus), der Kampf *gegen Hunger* und *Rassendiskrimination* in Asien und anderen Ländern, der rettende *Radikalismus*, der *Antimilitarismus* als negative Kehrseite einer *lebendig neuen Wehrhaftigkeit*.

Wenn wir auf diese Weise selbständig in dieser Welt stehen, ohne daß wir dabei auf hochmütige und daher unfruchtbare Weise die Solidarität aufgeben, dann werden wir merken, daß wir allerlei Widerständen begegnen. Wir werden durch unsere Haltung, durch die Weise, wie wir sprechen und schreiben, immer wieder versuchen müssen, diese Widerstände und Mißverständnisse auf das äußerste zu beschränken. Das ist eine Forderung der christlichen Barmherzigkeit. Wir werden auch nicht ermüden dürfen, das Gespräch mit dem Nächsten immer wieder aufzunehmen.

Wir müssen eben damit rechnen, daß es nach zwei Seiten für uns schwierig wird. Wir brauchen diese Schwierigkeiten nicht zu suchen, wir werden sie wohl finden. Die Leute, die sich für den Osten entschieden haben, vertrauen uns nicht und werfen uns, wenn es ihnen in ihren Kram paßt, auf den einen großen schwarzen Haufen der Reaktionäre. Und die Leute, die sich für den Westen entschieden haben, vertrauen uns ebensowenig und werfen uns, wenn es in ihren Kram paßt, auf den einen großen roten Haufen der Kommunisten. Wenn keine radikalen Veränderungen in der internationalen Situation eintreten, dann werden wir schon bemerken, daß diese zwei Möglichkeiten sich immer mehr zu Wirklichkeiten entwickeln werden. Totales Christentum ruft die Reaktionen einer in Ost und West totalitär gewordenen oder werdenden Ideologie hervor.

Wenn wir uns von Christus beeinflussen lassen, werden wir realiter erfahren, daß eine totale Beziehung von völlig eigener Struktur und besonderem Inhalt entsteht. Hier herrschen nicht der Zwang und die Tyrannei, sondern die Liebe und die Freiheit. Hier wird nicht zu allererst ein Opfer von uns verlangt, sondern hier ist erst ein Opfer für uns gebracht worden. Hier herrscht nicht das Sklaventum des Gesetzes, sondern die Kindschaft des Evangeliums.

Religiöser Sozialismus findet vom totalen Christentum her seine endgültige Erfüllung und Bestimmung.

Dieser Ferienkurs wird seinen Zweck nicht verfehlt haben, wenn etwas von der Schau und Antriebskraft, der Vision und der Dynamik

dieses totalen Christentums in uns wachgerufen worden ist. Aber ich will es nicht so unpersönlich sagen: Dieser Ferienkurs hat seinen Zweck nicht verfehlt, wenn wir von nun an noch mehr bereit sind, uns der heilsamen Wirkung des lebendigen Christus aufzuschließen, auch da, wo es die Probleme der großen Welt betrifft.

September 1952 *Krijn Strijd*

Das Problem der Freiheit*

«Das Problem der Freiheit in Rußland ist tragisch», sagte Berdiajew zu mir. «Der offensichtliche Mangel an Freiheit hat zwei Hauptursachen. Einmal ist es eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Um den vielfältigen Problemen, die sich zur Vermeidung einer Hungersnot stellen, zu begegnen, muß man noch auf diktatorische Weise vorgehen, was begreiflich ist. Die zweite Ursache ist ideologischer Art. Um die marxistische Idee zu bewahren, besteht in der Kommunistischen Partei gegen ihre Verflachungstendenzen im Volk eine starke Reaktion. Die wirtschaftliche Diktatur wäre möglich auch ohne diese intellektuelle und geistige Diktatur, die schlecht ist . . .»

«In welcher Richtung entwickelt sich nach Ihrer Meinung Rußland?»

«Den Sowjets wird es sicherlich gelingen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, aber sie irren, wenn sie glauben, durch die Wirtschaft das Problem der Brüderlichkeit lösen zu können. Ich glaube im Gegenteil, daß, sobald die soziale Frage gelöst sein wird, die menschliche Tragödie mit größerer Schärfe in Erscheinung treten wird. Ich denke nicht, daß Rußland sich im Sinne einer Demokratie westlicher Art entwickelt. Es wird seinen eigenen Typus einer sozialen sowjetischen Demokratie entwickeln, aber es muß der Freiheit entgegengehen, einer wirklichen Freiheit . . .»

«Kann man den Westen als den Hort der Freiheit betrachten?»

«Die Verteidigung der Freiheit im Westen scheint mir falsch. Sie wird zum Kampf gegen die kommunistische Bedrohung. Meine Weltanschauung ist sehr verschieden vom dialektischen Marxismus, aber die antikommunistische Front ist mir durchaus unsympathisch . . . Die Freiheit kann ein reaktionäres Prinzip des Festhaltens am Alten werden. Eine Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur wird dann als Angriff auf die Freiheit betrachtet. Wir stehen nun aber einmal einer Veränderung gegenüber, welche die ganze Welt erschüttert. Welches wird die christliche Haltung in dieser Umwälzung sein? Feindschaft gegenüber einer solchen Veränderung wäre der falsche Standpunkt. Man muß eher versuchen, diese soziale Bewegung zu vergeistigen.»

---

* Aus einem Gespräch Nicolai Berdiajews mit Eugène Porret, der eine Biographie über Berdiajew herausgegeben hat (Delachaux & Niestlé, Neuchâtel, Paris).

«Dann ist die Freiheit also auch im Westen bedroht?»

«Sicherlich, denn man verwechselt sie oft mit individuellem Egoismus. Man muß überall für die wahre Freiheit kämpfen. Man muß die Freiheit läutern. Mit dem Liberalismus der vorausgehenden Jahrhunderte ist es aus; er ist künftighin machtlos. Und der Individualismus, der früher wohl revolutionär war, verwandelt sich in ein steriles Zurückwünschen der Vergangenheit. Der wirtschaftliche Liberalismus vor allem wird zu einer reaktionären Macht, welche den sterbenden Kapitalismus stützt. Die liberale Demokratie geht ebenfalls ihrem Ende entgegen. Man sucht sie zu stützen, aber sie verhindert die sozialen Reformen. Die Zukunft gehört der sozialen Demokratie . . .»

Es geht wieder gegen die Juden

«Was bereitet sich da vor?» fragten wir, in der Januar-Weltrundschau noch ganz schnell auf den offenbar sehr planmäßigen Feldzug gegen *jüdische «Staatsfeinde»* hinweisend, der zu Beginn des neuen Jahres in den *kommunistischen Ländern* eröffnet wurde in Weiterführung und Verschärfung einer Strategie, die schon im Slansky-Prozeß erkennbar geworden war. In der Tat: es kann unmöglich geleugnet werden, daß mit den verschiedensten Begründungen in der Sowjetunion, in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien zahlreiche Juden unter ausdrücklicher Hervorhebung ihres Judentums von der politischen Polizei verhaftet wurden und ihrer Aburteilung entgegengehen, daß auf jeden *verhafteten* Juden Hunderte, ja Tausende von verdächtigten und vielleicht «kalt» liquidierten jüdischen «Saboteuren» kommen und daß sich der jüdischen Bevölkerung in den Ländern des Sowjetblockes weitherum eine Angststimmung bemächtigt hat, die z. B. in Ostdeutschland zu einer vermehrten Abwanderung nach Westberlin und Westdeutschland geführt hat. Daß die Meldungen über judenfeindliche Maßnahmen in den Ostländern mit Vorsicht aufzunehmen sind, ist freilich sicher; ein Bericht der Agence France-Presse aus Berlin vom 27. Januar z. B., der auch in die Schweizer Presse Eingang gefunden hat und wonach «alle im Ostsektor Berlins und in der Sowjetzone lebenden jüdischen Ärzte und Anwälte im Lauf der nächsten Woche ihre Praxis aufgeben» müßten, hat sich als unwahr erwiesen. Aber eben: solche Alarmnachrichten passen allzugut ins Schema des landläufigen Antikommunismus, als daß unsere Zeitungen es sich versagen könnten, die «auffallende Übereinstimmung des kommunistischen Antisemitismus mit Hitlers und Streichers Ausrottungsmethoden» zu signalisieren. Leider macht dabei auch die sozialdemokratische Presse mit; so wurde die erwähnte AFP-Meldung aus Berlin von der «Berner Tagwacht» mit dem Untertitel «Immer tollere Hatz auch in Ost-

deutschland» versehen; eine Richtigstellung der Falschmeldung ist, soviel ich gesehen habe, in dem Blatt nie erfolgt.

Die Kommunisten ihrerseits bestreiten natürlich entrüstet, daß es so etwas wie Antisemitismus in den von ihnen regierten Ländern gebe. Antisemitismus als rassische Diskriminierung der jüdischen Menschen, so stellen sie fest, sei vielmehr in den Ländern des Sowjetblocks «ein Verbrechen gegen den Staat, das ausdrücklich in der Verfassung aufgeführt ist, ebenso wie ein Verbot jeglicher Form von Rassismus und Diskriminierung. Und was noch mehr ist: dieses Verbot des Antisemitismus und des Rassismus wird auch durchgeführt.» («Jewish Life», Neuyork, Januar 1953.) Die Kommunisten weisen ferner darauf hin, daß zahlreiche Juden in höchsten Staats- und Parteiämtern der Sowjetunion und der Volksrepubliken sitzen; in Ungarn sei sogar der Staatspräsident — Matyas Rakosi — ein Jude. «Was für eine antisemitische Regierung hat jemals Juden auf die höchsten Posten gestellt? Was für einen Sinn kann die Anklage haben, diese Regierungen seien ‚offiziell antisemitisch', oder gar, sie seien hinsichtlich des jüdischen Volkes in Hitlers Fußstapfen getreten?» («Jewish Life».) Wer auf der Anklagebank sitze, das sei vielmehr der jüdische bürgerliche Nationalismus und der sozialismus- und sowjetfeindliche Zionismus; denjenigen Juden aber, die aufrichtig dem kommunistischen Regime ergeben seien, werde kein Haar gekrümmt.

Das ist soweit ganz richtig. Die Frage ist nur — und damit berühren wir den entscheidenden Punkt —, ob nach heutiger rechtgläubig-kommunistischer Lehre *die Juden im Durchschnitt überhaupt imstande sind, aufrichtig, bedingungs- und vorbehaltlos dem kommunistischen Regime zu dienen* oder ob sie nicht vielmehr *als Juden* hierin innerlich aufs stärkste gehemmt sind, auch wenn sie ihr Judentum abzustreifen suchen und nicht mehr bewußt der jüdischen Glaubens- und Volksgemeinschaft anhangen. Wenn es, wie die Kommunisten behaupten, nicht das *Judentum* der Bedrohten, Angeklagten, Verurteilten und Verfolgten ist, das sie zu Staatsfeinden gemacht hat, sondern eine von ihrem Judentum gänzlich unabhängige reaktionäre, gegenrevolutionäre Gesinnung, die sie betätigen — warum hat dann die Staatsgewalt in der Tschechoslowakei aus den zahlreichen anderen «Verrätern» und «imperialistischen Agenten», die sie mühelos hätte vor Gericht stellen können, ausgerechnet Juden — fast nur Juden — herausgegriffen? Warum hat sie den Slansky-Prozeß als einen besonders gegen eine *jüdische* Form des Antikommunismus gerichteten Prozeß aufgezogen? Warum hat sie einen so heftigen Zionistengegner wie Slansky in Verbindung mit zionistischen Umtrieben gebracht? Warum hat die Anklage nicht peinlich jede antisemitische Mißdeutung des ganzen Verfahrens von vornherein klar zurückgewiesen? Warum sind es auch bei der angeblichen Moskauer Ärzteverschwörung wieder hauptsächlich Juden gewesen, die an den Pranger gestellt wurden? Warum hat kürzlich der Sekretär der Kommunistischen Partei der Leningrader Region, Kozlow, in der Zeitschrift «Kommunist» sogar den «Bund» als

gegenrevolutionär-bürgerliche Organisation verdächtigt — den «Bund», diese doch erklärt zionistenfeindliche, sozialistisch-jüdische Kampfgemeinschaft? (Vgl. «New Statesman», 7. Februar.) Warum durfte die Kiewer «Prawda» im Zusammenhang mit den neuen Säuberungsprozessen schreiben: «All diese Kahns und Jaroschetzkys, Grinsteins, Kaplans und Poljakows haben tiefen Haß im Volk erzeugt»? (Zitiert nach «The Nation», 31. Januar.) Warum durfte dieser ganze Feldzug gegen die «jüdischen Agenten» überhaupt unternommen werden, über dessen ausgesprochen antisemitische *Wirkung*, sowohl in den kommunistischen wie in den nichtkommunistischen Ländern, sich seine Urheber doch völlig im klaren sein mußten?

Ich finde auf solche Fragen nur *eine* Antwort: die kommunistische Partei- und Staatsführung sieht grundsätzlich *jeden* Juden als möglichen politischen Ketzer an; für sie ist der Jude an und für sich, durch Herkommen und Denkart, für die Krankheit des Nonkonformismus, des Nichtkommunismus, ja des ausgesprochenen Antikommunismus anfällig, zumal wenn er sich wirklich als Jude fühlt, sei es glaubensmäßig, sei es einfach volksmäßig. Die Anklagen gegen die neueste Gruppe von Verschwörern und Agenten des Auslands trifft, mit anderen Worten, nicht *zufällig* vor allem Juden; sie beruht vielmehr auf der Vorstellung, daß der Jude *als Jude* gefährlich sei und nur dann als guter Kommunist gelten dürfe, wenn er seine Linientreue über jeden Zweifel hinaus tätig zu beweisen vermöge. Das ist gewiß kein Rassen-Antisemitismus; es ist «nur» politisch-sozialer Antisemitismus (so wie es auch einen religiösen Antisemitismus gibt), wenn man will: *Klassen*-Antisemitismus.

Hier hat freilich schon Karl Marx gesündigt. In seiner Frühschrift «Zur Judenfrage» liest man ja Ungeheuerlichkeiten wie diese:

> «Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das *praktische* Bedürfnis, der *Eigennutz*. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der *Schacher*. Welches ist sein weltlicher Gott? Das *Geld*.
>
> ... Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines *gegenwärtiges antisoziales* Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde ... Die *Judenemanzipation* in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom *Judentum*.»

Ungeheuerlichkeiten nenne ich das, weil — bei aller Förderung, die der Mammonismus von jüdischer Seite her erfahren hat — die kapitalistische Gesellschaft eine wesentlich nichtjüdische, ja dem Geist des Judentums völlig entgegengesetzte Schöpfung ist, so daß auch der jüdische Kapitalist durchaus nicht der typische Kapitalist ist (ich sehe in ihm auch hier immer den Ketzer, den heimlich Abtrünnigen) und der natürliche Zug des Juden, ob er will oder nicht, zum Sozialismus hin geht (Marx selber hat es ja mit seiner ganzen späteren Lebensarbeit bewiesen) — was allerdings nicht hinderte, daß der nazistische Antisemitismus in seinem Scheinkampf gegen den Kapitalismus Argumente gebrauchte, die denen des jungen Marx bedenklich ähnlich sahen.

Die heutigen Kommunisten bedienen sich *dieser* Argumente nicht. Für sie ist der Jude — ich rede immer vom «Normaljuden» — aus anderen Gründen ein Klassengegner und Feind des sowjetisch-volksdemokratischen Regimes. Er ist es zunächst als *«bürgerlicher Nationalist»*, insbesondere als *Zionist*, und als *«Werkzeug des westlichen Kapitalismus und Imperialismus»*. Stalin hat schon 1913 den Zionismus als «reaktionär-nationalistische Bewegung» gekennzeichnet, die «ihre Anhänger unter der jüdischen Bourgeoisie und Intelligenz und in den rückständigsten Schichten der jüdischen Arbeiter» habe und bestrebt sei, «die jüdischen Arbeitermassen vom gemeinsamen Kampf des Proletariats zu isolieren». Und die modernste kommunistische Agitation wiederholt dieses Thema in allen möglichen Variationen, besonders mit dem Hinweis auf die amerikanisch-antikommunistische Orientierung des *Staates Israel* und die angebliche Verpflichtung der Zionisten, «in den osteuropäischen Staaten für Amerika Spionage zu treiben»; das amerikanische Joint Distribution Committee sei von den Zionisten «im Auftrag des amerikanischen Spionagedienstes gegründet worden zur Tarnung der Spionage und Sabotage in den Oststaaten mit angeblicher Wohltätigkeit». («Neue Zeit», Moskau, 21. Januar.)

In dieser Form sind die kommunistischen Behauptungen allerdings Unsinn. Der Zionismus ist — was man auch von ihm denken mag — von Haus aus keine reaktionär-bürgerliche Bewegung; er ist, wie man gut gesagt hat, einfach «die Verschiebung einer jahrtausendealten Hoffnung auf die politische Ebene», und es waren von Anfang an großenteils Revolutionäre, Gegner und Opfer absolutistischer Tyrannei und rohesten Antisemitismus, die den Weg ins Gelobte Land fanden und dort eine ausgesprochen sozialistisch ausgerichtete Gesellschaft aufzubauen unternahmen, während die westjüdische Bourgeoisie, von Ausnahmen abgesehen, der nationalen Wiedergeburt des Judentums eher feindlich gegenüberstand. Und der «Joint» ist nicht als getarnte Spionage- und Sabotageorganisation gegründet worden, sondern als *wirkliche* Hilfsorganisation für die verfolgten und notleidenden Juden, besonders in Mittel- und Osteuropa. Aber zweierlei ist dennoch richtig:

1. Daß Israel mehr und mehr - - aus Gründen, die hier nicht untersucht werden können — in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gekommen ist, wirtschaftlich wie politisch, und seinen sozialistischen Charakter mehr und mehr verliert. («Die Träume von einer neutralen Stellung Israels im Ost-West-Konflikt sind verflogen, und die westliche Orientierung ist heute, fünf Jahre nach der Staatsgründung, eine Tatsache, die nicht wegzuleugnen ist.» Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Tel Aviv, Nr. 171, 1953.)

Israel ist heute tatsächlich dem westmächtlich-antikommunistischen Lager angeschlossen, und die Staaten des Sowjetblocks bemühen sich darum lebhaft um die Freundschaft der (feudal-reaktionären!) Regierungen des Mittleren Ostens, denen sie auf jede Weise ihre Feindschaft gegen

den jüdischen Zionismus zeigen wollen. Als 1948 Israel von den arabischen Staaten angegriffen wurde, versorgte die Tschechoslowakei, sicher im Einverständnis mit der Sowjetunion, seine Armee mit Waffen; heute, da die «Linie» des Kreml anders läuft, wird rückwirkend als todeswürdiges Verbrechen bestraft, was damals unter der gleichen Regierung Gottwald als Akt der Staatsraison galt. In Israel beklagt man diese Schwenkung als arge Charakterlosigkeit; denkt man aber auch daran, daß sie gleichzeitig ein Stück Strafe für die Entartung ist, welcher der zionistische Gedanke im heutigen gänzlich verweltlichten «Judenstaat» anheimgefallen ist?

Das ist also das eine: Der kommunistische Antizionismus ist zu einem erheblichen Teil einfach die Folge des zionistischen Antikommunismus. Die andere Tatsache ist:

2. Daß die Vereinigten Staaten gewaltige Mittel aufwenden, um die Staaten des Ostblocks mit einem Netz von Agenten aller Art zu überziehen, und daß die Unterstützung jeglicher Opposition gegen das Regime in den kommunistischen Ländern ein Hauptstück der offiziellen Außenpolitik Eisenhower—Dulles geworden ist. Wenn auch der «Joint», wenigstens mit einer Anzahl seiner Vertreter, in diesen Betrieb irgendwie einbezogen worden sein sollte, so würde mich das nicht überraschen, obwohl dafür bisher keine wirklichen Beweise vorliegen, nur Behauptungen und unglaubwürdige «Geständnisse».*

Unglaubwürdig im höchsten Grad ist auch, daß neun der hervorragendsten Ärzte der Sowjetunion, wiederum meistens Juden, Männer also, die Spitzeneinkommen hatten und mit Ehren überschüttet wurden, «mit Pfund und Dollar in Versuchung geführt» worden seien (wie die Sowjetpresse sagt), die abscheulichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ihre Berufsehre zu begehen; ebenso unglaubwürdig, daß so kritisch gegen Amerika eingestellte linkssozialistische Politiker und Journalisten wie Zilliacus, Croßman, Werth usw. in Wirklichkeit Spionage- und Wühlagenten des amerikanischen Imperialismus seien, die Slansky und seine Kollegen angeworben hätten. Aber hüten wir uns dennoch vor pharisäischen Urteilen und Entrüstungsausbrüchen! Diese ganze Spionen- und Agentenhysterie, wie sie in den kommunistischen Ländern wütet, konnte nur entstehen auf dem Hintergrunde der täglichen und nach mei-

---

* Ein Korrespondent des «New Statesman» (21. Februar 1953) schreibt:

«Wenn man nicht nur die Sowjetpresse heranzieht, sondern auch eine Anzahl Indiskretionen von amerikanischer Seite, so kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß der amerikanische Nachrichtendienst die jüdischen Organisationen in Osteuropa in ziemlich großem Umfang für seine Zwecke benützte, da er eben diese Organisationen als eine der ‚weichen Stellen' am Eisernen Vorhang ansieht.» — Diese Bemerkung ist dann auf Reklamation von jüdischer Seite hin in dem Sinn eingeschränkt worden, daß sich die jüdischen Organisationen nicht *bewußt* von der amerikanischen Spionage hätten gebrauchen lassen. Der amerikanische Nachrichtendienst habe nur zuweilen versucht, seine Agenten in den «Joint» hineinzubringen und von dessen Mitarbeitern nach ihrer Rückkehr aus Osteuropa Informationen eingeholt.

ner Schätzung immer ernster werdenden Bedrohung der Oststaaten durch die amerikanische Machtpolitik. Die Vereinigten Staaten sind durch den Kommunismus *nicht* bedroht und dennoch von einer kaum weniger bösartigen Spionen- und Agentenhysterie befallen. Möge der Westen aufhören, seine «Freiheitsfront» gegen den Osten aufzubauen, und er wird bald erleben, wie mit dem allgemeinen Abwehrterror der Oststaaten auch der Feldzug gegen die «staatsgefährlichen» Juden abflaut!

*

Aber die Spannung zwischen Kommunismus und Judentum ist nicht nur eine vielleicht vorübergehende Folge der gegenwärtigen international-politischen Lage; sie hat tiefere Ursachen. Wir sehen in ihr die Antwort einerseits auf den jüdischen *Internationalismus*, anderseits auf den jüdischen *«Nationalismus»*, besser: auf das völkische und religiöse Gemeinschaftsgefühl der Juden. Alexander Werth, selber von jüdischer Herkunft und ein guter Kenner Osteuropas, stellt im «New Statesman» (24. Januar) fest, es habe in der Sowjetunion «schon seit einer ganzen Reihe von Jahren die Neigung bestanden, zwischen ‚guten Juden' und ‚schlechten Juden' zu unterscheiden — zwischen denen, die sich dem Sowjetregime völlig angepaßt haben, und denen, die es nicht getan haben». Die Assimilation der Juden, so findet er, sei in Rußland nie völlig gelungen; auf beiden Seiten habe ein gewisser Widerstand dagegen bestanden. Auf russischer Seite sei immer der Verdacht lebendig gewesen, daß, *wenn* es eine allfällige Fünfte Kolonne geben sollte, sie höchst wahrscheinlich unter den Juden zu finden sei, «von denen manche ein verstohlenes Heimweh nach Israel haben, während andere eine Denkweise haben, die gerade ein bißchen zu skeptisch und ironisch ist, um sich ganz aufrichtig und von ganzem Herzen den starren Regeln anzugleichen, die ein aus *einem* Guß geformter Staat dem Sowjetmenschen aufzwingt».

Der vor ein paar Jahren von der Sowjetführung eingeleitete Feldzug gegen den «wurzellosen Kosmopolitismus» ist nach allgemeiner Auffassung in der Tat vor allem gegen die zu wenig erdgebundene Literatur- und Kunstbetätigung der Juden gerichtet gewesen, die viel zu viel Interesse für die westliche Kultur zeigten. Politisch aber war dieser jüdische «Kosmopolitismus» eine Gefahr für den neuen Sowjetpatriotismus und -nationalismus, der keinerlei Konkurrenz irgendeiner anderen Ideologie, Glaubensgemeinschaft oder Nationalität duldet, am wenigsten in einer Zeit, da den Völkern des Sowjetblocks tagtäglich die «Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten» in den grellsten Farben vor Augen geführt werden. Das betont auch Mark Gayn, ein Mitarbeiter der Neuyorker «Nation», auf Grund seiner ausgedehnten Reisen in den kommunistischen Ländern des Ostens; die jetzt vor sich gehende große Säuberung der Oststaaten von zionistischen und bürgerlich-nationalistischen Juden sei nur ein Bestandteil der allgemeinen Ausmerzung staatsgefährlicher Elemente, die schon seit einiger Zeit im Gang sei und durchaus der Ausrottung der Fünften Kolonne in den dreißiger Jahren, im Hinblick auf

den kommenden nazistischen Angriffskrieg, verglichen werden könne. Und hier sind nun eben die Juden, wie gesagt, vermöge ihrer ganzen geistigen Struktur ein dauerndes Hindernis für die scharfe, rücksichtslose Gleichschaltung mit dem Regime, die jede Diktatur verlangen muß — wobei natürlich immer auch persönliche Rivalitäten und Gruppenmachtkämpfe innerhalb der regierenden Schicht ihre Rolle spielen, wie etwa bei den vorerst noch etwas versteckten Angriffen auf Beria, den Chef der Staatspolizei, der offiziell als Georgier gilt, tatsächlich aber, wenigstens nach einer verbreiteten Meinung, halb- oder ganzjüdischer Abstammung sein soll («Berman» oder «Behrson»).

Auf jeden Fall ist das Mißtrauen gegen das jüdische «Ketzertum» in der Sowjetunion schon recht alt. Wie «Esprit» (Januarheft 1953) berichtet, ist beispielsweise die Nachkriegsausgabe der Sowjet-Enzyklopädie, im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen, durchaus «judenrein», d. h. frei von allen Hinweisen auf das Vorhandensein von Juden in der Sowjetunion, «wie wenn mit einem Zauberschlag die zwei Millionen Juden in der UdSSR als Nationalität aufgehört hätten zu bestehen». Seit 1948 sterbe auch jede Form jüdischen Gemeinschaftslebens allmählich ab, außer daß noch ein paar alte Synagogen übrig seien. «Der Ausschuß jüdischer Schriftsteller wurde aufgelöst, und seine Mitglieder verschwanden auf geheimnisvolle Art vom öffentlichen Schauplatz. Die jiddische Presse wurde verboten, die jüdischen Schulen geschlossen.» Auch Alexander Werth erwähnt die Beseitigung der einzigen jiddischen Zeitung in Moskau, der kommunistischen «Einheit», des jüdischen Verlagshauses, des Jüdischen Antifaschistischen Ausschusses und des Jüdischen Theaters.

Wird aber von den Vertretern der kommunistischen Rechtgläubigkeit schon das verweltlichte Judentum als Fremdkörper empfunden, wieviel mehr erst das durch seinen *Glauben* zusammengehaltene Judentum! Das «Höre, Israel, Jahweh, dein Gott, ist allein Herr!» *muß* ja für jeden Diktator schlechthin unerträglich sein. Bindung an eine höhere Gewalt als an die des vergötzten Staates — das ist immer *die* Todsünde wider den Geist der Diktatur gewesen, wobei wir freilich nicht nur die offene Diktatur des Nazismus, des Kommunismus und ähnlicher Gebilde meinen, sondern auch die verschleierte Diktatur der Geldmächte und der von ihnen beherrschten Staaten. (Die Feindseligkeit unseres «christlich-demokratischen» Staates gegen die Militärdienstverweigerer und die Kriegsgegner überhaupt ist nur *ein* Beispiel für diesen Gegensatz.) Der Anspruch des kommunistischen Staates auf den *ganzen* Menschen ist so die tiefste Wurzel seines Zusammenstoßes mit dem bewußten Judentum. Jean-Marie Domenach sagt im «Esprit» (Januar 1953) ganz richtig:

«Der Antisemitismus geht nicht auf Hitler zurück. Der hitlerische Antisemitismus war nur eine dritte Verkörperung, die rassische Form des Antisemitismus in der christlichen Welt. Die christliche Welt hatte vorher schon seine religiöse und seine nationalistische Form gekannt. Und alle drei Male ist der Jude als Fremdkörper, als Zersetzungsstoff in einer Gemeinschaft hingestellt worden, die sich vollständig zu vereinheitlichen beanspruchte.»

Für den Kommunisten, so bemerkt Domenach, ist es einfach ein Anstoß, «daß Juden dem sozialistischen Staat ein anderes gelobtes Land vorziehen und die Volksdemokratien verlassen, um nach Israel auszuwandern». Wohl habe der jüdische Messianismus zunächst den Kommunismus als revolutionäre Idee erfaßt und verbreitet. Aber nachdem die Revolution sich einmal in dieser Welt eingerichtet habe, habe sie sich bald an den Juden, diesen «ewigen Widerspenstigen», gestoßen, «von denen Jahre der Verweltlichung und des Marxismus das geheimnisvolle Zeichen des Geistigen nicht genommen haben». «Jedesmal, wenn eine Gesellschaft sich auf sich selbst, auf ihr gutes Gewissen, zurückgezogen hat und keine andere Wahrheit als die ihrige anerkennen wollte, hat sie die Juden als zu ihren ersten Feinden gehörig bezeichnet.»

Das ist, wie auch wir glauben, der eigentliche Kern des Konfliktes, der sich, wie zwischen dem prophetischen Christentum und dem Kommunismus, so auch zwischen dem seines Glaubens und seines Volkstums bewußten Judentum, ja weithin auch zwischen dem angepaßten, verweltlichten Judentum einerseits und der kommunistischen Diktatur anderseits abspielt. Es hat keinen Sinn, diesen Sachverhalt irgendwie zu verschleiern oder zu verkennen. Wie und ob überhaupt der Konflikt gelöst werden kann, das sei heute gar nicht gefragt. Wir müssen ihn zunächst einmal einfach sehen, ohne andere Voreingenommenheit als diejenige für die Wahrheit, die wir so genau zu erforschen suchen, als das unseren Mitteln und Möglichkeiten entspricht. *Hugo Kramer*

WELTRUNDSCHAU

Geld und Gott Der politische Himmel hat sich in der Berichtszeit — die ja diesmal fast zwei Monate umfaßt — sichtbar verdüstert. Ein Sturmzentrum droht sich vor allem in *Amerika* zu entwickeln. Oder gibt es irgendeinen ernsthaften Beobachter der Weltwetterlage, der die Bildung der *Regierung Eisenhower* und ihre ersten Äußerungen und Handlungen nicht mit Sorge betrachtet hätte? Man hat auch bei uns soviel über die Zusammensetzung des neuen amerikanischen Kabinetts, in dem «siebzehn Millionäre und ein Spengler» säßen, gewitzelt und gewerweiset, daß es kaum nötig scheint, darauf einläßlicher zurückzukommen. Die Tatsache, daß sozusagen alle maßgebenden Posten in der Regierung Eisenhower und auch verschiedene wichtige Außenposten — in der Diplomatie vor allem — mit ausgesprochenen Vertretern des großen Industrie- und Finanzkapitals besetzt sind, und daß so (wie «The Nation» schrieb) «die wirklichen Herren der amerikanischen Wirtschaft unbestritten und unverhüllt in die Washingtoner Macht-

stellungen eingerückt sind»; diese Tatsache springt ja so brutal in die Augen, daß man sie höchstens beschönigen, nicht aber leugnen oder auch nur übersehen kann.

Eine Seite des ganzen Vorgangs muß aber doch noch besonders beleuchtet werden: die unmittelbare Einflußnahme des Großkapitals auf die amerikanische *Kriegsrüstung* und *Wehrwirtschaft*. Die Oberleitung des Wehrmachtsministeriums hat, wie bekannt, Charles E. Wilson inne, der bisherige Generaldirektor der General Motors Corporation, dieser «größten Profiterzielungsanstalt der Geschichte» (wie man sie genannt hat), die zugleich die größte Kriegslieferantin der Vereinigten Staaten ist. Sein Stellvertreter ist Robert M. Kyes, bisher einer der Direktoren derselben General Motors. Das Armeeministerium hat als neuen Chef Herrn Stevens bekommen, bis dahin Leiter einer der größten Textilkonzerne der USA, das Marineministerium Herrn Anderson, den Generaldirektor einer ungeheuren Großplantage und Petrolunternehmung in Texas, das Luftfahrtministerium Herrn Talbot, den bisherigen Präsidenten der North American Aviation. Daß diese Großfürsten im Reiche Mammons ganz naiv die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmungen und der «freien Wirtschaft» überhaupt mit dem Gemeinwohl gleichsetzen, weiß man längst; zum Überfluß hat Charles E. Wilson, als man ihm die Verquickung dieser beiden Belange vorhielt, noch den klassischen Spruch getan: «Was für General Motors gut ist, ist auch für Amerika gut.»

Anderseits wird es in Amerika immer mehr Brauch, an leitende Posten der Privatwirtschaft ehemalige hohe Militärs zu stellen, die ihre Verbindungen mit der Wehrmacht bei der Hereinholung von Staatsaufträgen spielen lassen oder doch sonst, dank ihrer früheren Tätigkeit, ihren neuen Herren nützlich sein können. Eine uns vorliegende Zusammenstellung solcher Geschäftsmilitärs weist unter anderen die Namen von General MacArthur, General Marshall, General Groves (dem früheren Leiter der Atombombenproduktion), General McNarney, Brehon B. Somervell, Levin H. Campbell auf. Der Bund von Großkapital und Militärführung, mit Exgeneral Eisenhower als oberstem Garanten, ist heute in den Vereinigten Staaten so eng und so offenkundig wie kaum in einem anderen Lande der Welt.

Auch in der *Zielsetzung* der Außenpolitik der USA muß sich das mehr und mehr geltend machen. Als eine der «bestimmten, unverrückbaren Ideen» der amerikanischen Außenpolitik hat ja Präsident Eisenhower in seiner Antrittsrede selbst verkündet: «Alle für die Regierung zulässigen Maßnahmen zur Anregung privater amerikanischer Kapitalanlagen im Ausland. Dies bedingt als erstes und deutliches Ziel unserer Außenpolitik die Ermutigung einer für solche Kapitalanlagen günstigen Atmosphäre in fremden Ländern.» Die amerikanische Geschäftswelt wird diese Ankündigung mit Befriedigung aufgenommen haben. Mehr für das große Publikum bestimmt ist die nun immer offener ausgegebene Losung: «Auf zum Kreuzzug wider die Ungläubigen im roten Osten!

Gott will es!» Wie «Le Monde» (4. Februar) schreibt: «Die Sprache, die heute Amerika gefällt, ist die Sprache des Missionars, des Gekreuzigten, der sich von Gott dazu berufen fühlt, den ganzen Planeten vom unmoralischen und gottlosen Kommunismus zu befreien.» Präsident Eisenhower hat sich nicht umsonst jetzt in aller Form taufen lassen, so wie er auch nicht ohne Absicht seine Kabinettsitzungen mit einem stillen Gebet eröffnet. Und wenn er in seiner Regierungsbotschaft, von dem Konflikt der «freien Welt» mit den kommunistischen Ländern redend, behauptet hat, daß «die Mächte Gottes und des Teufels sich bewaffnet gegenüberstehen», so glaubt ihm das unzweifelhaft die große Mehrheit des amerikanischen Volkes aufs Wort. Auch hier verschmelzen materielle Interessen und Kreuzzugideologie zu einer seltsamen Einheit; das gilt besonders auch für die Arbeiterschaft. John Cates erinnert im «New Statesman» (21. Februar) daran, daß schätzungsweise 15 Millionen Amerikaner heute ihre Arbeitsplätze den Kriegsrüstungen und Hilfsprogrammen für das Ausland verdanken: Und er fährt fort:

«Im Jahr 1932, so bemerkte Thomas Sancton, stand die große Mehrheit der Amerikaner ... politisch und geistig im Krieg mit der Hochfinanz und jeglicher Einrichtung, die, wie Wall Street, sie versinnbildlichte. Heute stehen diese selben Amerikaner, auch die Arbeiterorganisationen, in gleicher Art im Krieg mit dem russischen Kommunismus und sind einen Herzensbund mit den maßgebenden Finanzinteressen eingegangen, die für sie einstens der politische Feind waren.»

Geschäft als Kreuzzug — Kreuzzug als Geschäft, so unten wie oben.

Fernost-Dilemma Die Kreuzzugsstrategie erlaubt ihrem Wesen nach kein Paktieren mit dem Feind — nur dessen Vernichtung. So wäre die amerikanische Regierung eigentlich auch gezwungen, in *Korea* und in Ostasien überhaupt aufs Ganze zu gehen und mit den «Feinden Gottes» *um jeden Preis* Schluß zu machen, wie dies übrigens auch die Konsequenz der Mitternachtspredigt wäre, die Kardinal Spellmann von Neuyork letzte Weihnacht an der koreanischen Front gehalten hat: «Der Koreakrieg», so erklärte er da feierlich, «ist kein wirtschaftlicher und politischer Krieg, sondern ein Kreuzzug gegen die gottlosen Führer, deren Absicht ist, die Religion zu zerstören.» Und es schien denn auch zuerst, daß Präsident Eisenhower mit seinem Beschluß, die siebente amerikanische Flotte aus den Gewässern von Formosa zurückzuziehen, den Weg freimachen wollte, der Tschiang Kaisheks «nationale» Armee (600 000 Mann angeblich) aufs chinesische Festland führen solle. Diese Gebärde hat in den Vereinigten Staaten weitherum, bei Politikern wie bei Militärs, sofort begeisterten Anklang gefunden, so daß man bereits von einer bevorstehenden Blockade gegen die chinesischen Küsten und von großen Luftangriffen auf die Mandschurei sprach. Aber es wird auch in Amerika nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Der erschreckte Widerstand, den alle solchen Pläne bei den Verbündeten der USA und bei den asiatischen Völkern, vor allem

in Indien, fand, dürfte der Washingtoner Regierung bald gezeigt haben, daß sie sich mit einer förmlichen Bekriegung Chinas, die selbstverständlich auch eine Herausforderung der Sowjetunion darstellen würde, in ein Abenteuer einließe, das nur katastrophal ausgehen könnte und — nebenbei — auch zum Rückzug Amerikas aus Europa führen müßte. So haben sich sowohl Eisenhower wie Dulles beeilt, die erregten Gemüter wieder zu beruhigen mit der Versicherung, eine Ausweitung des Koreakrieges komme vorerst nicht in Frage, jedenfalls nicht ohne vorgängiges Einverständnis im Schoße der UNO; es müßten und würden andere Mittel gefunden werden, um die Koreakrise zu überwinden.

Aber was für Mittel? Will man nicht annehmen, daß der amerikanische Einsatz in Korea — etwa durch Anwendung neuer Waffen und Kampfmethoden — verstärkt oder die Heranziehung neuausgebildeter südkoreanischer Truppen beschleunigt werden soll, dann kann man nur *einen* gangbaren Ausweg aus der koreanischen Sackgasse sehen: die Schaffung eines haltbaren Friedenszustandes in Korea und in ganz Ostasien. Das haben ja die Nordkoreaner und Chinesen, und in ihrem Namen auch die Russen in der UNO, immer wieder vorgeschlagen, indem sie forderten, die Feindseligkeiten in Korea seien auf Grund der bereits erfolgten weitgehenden Einigung über die Waffenstillstandsbedingungen einzustellen und die Frage der Heimschaffung der Gefangenen — der letzte strittige Hauptpunkt — einer späteren Lösung im Rahmen allgemeiner Friedensverhandlungen zu überlassen. Darauf lief im Grund auch der vielerörterte indische Vermittlungsvorschlag hinaus, obwohl er — einer Unklarheit wegen — vom sowjetischen Delegationsführer in der UNO-Versammlung abgelehnt, von der amerikanischen Delegation aber zuletzt angenommen wurde — aus rein taktischen Gründen. Denn grundsätzlich stemmt sich ja die amerikanische Regierung mit Händen und Füßen gegen eine Regelung der Gefangenenfrage erst im Zusammenhang mit späteren Verhandlungen allgemeiner Natur; sie besteht darauf, daß diese rein politische Frage *jetzt*, bei der Vereinbarung der Waffenstillstandsbedingungen, die doch militärischer Art sind, entschieden werden müsse — und zwar in dem von ihr selbst gewünschten Sinn, also entgegen der nordkoreanisch-chinesischen Haltung [1]. Indem so die Amerikaner den Kommunisten zumuten, eine politische Niederlage einzustecken, bevor sie ihnen einen Waffenstillstand gewähren wollen, geben sie deutlich genug zu verstehen, daß ihnen an einer Beendigung des Koreakrieges unter den jetzigen Umständen gar nichts

[1] Eine englische Zeitschrift bemerkte unlängst: «Warum sind die Amerikaner in der Kriegsgefangenenfrage so hartnäckig? ... Wenn der heiße Krieg in großem Stil ausbräche und Rußland drein verwickelt würde, so bestünde eine Hauptwaffe (und zwar gewiß auf beiden Seiten! H. K.) darin, die feindlichen Soldaten zur Kapitulation und zur Desertion aufzufordern. Und bei einem Waffenstillstand dürfte man natürlich diejenigen nicht preisgeben, die kapituliert hätten, ohne daß diese Art Kriegführung unmöglich gemacht würde.» Ähnliches hat man auch in den UNO-Veröffentlichungen lesen können.

liegt. Begreiflich; denn ein Abschluß des koreanischen Krieges ohne Zerstörung des kommunistischen Regimes in Nordkorea hätte für die Vereinigten Staaten ja nur einen Sinn, wenn sie gewillt wären, ihre ganze Fernostpolitik umzustellen, das neue China anzuerkennen und auf die Wiederbewaffnung Japans als Vortrupps im Kampf gegen die soziale und nationale Revolution in Ost- und Südostasien zu verzichten. Und soweit ist man in Amerika eben noch lange nicht.

Wie soll dann aber Amerika aus seinem asiatischen Dilemma herauskommen? Den Koreakrieg nach China hin ausweiten — davor schreckt es zurück. Asien den Asiaten überlassen und sich mit der Freiheitsbewegung der «zurückgebliebenen» Völker abfinden — das will es auch nicht. Was also dann? Es ist schwer zu sagen. Und die Gefahr einer Kurzschlußhandlung in dieser verfahrenen Lage bleibt eben doch bestehen, auch wenn Eisenhower dem Drängen unbeschwerter Draufgänger zunächst noch Widerstand leistet. Er hat ja die Geister selbst gerufen, die er nun so gerne los sein möchte [2].

Europäisches Unbehagen Nicht mehr Glück als mit ihrem ostasiatischen Vorstoß hat die neue amerikanische Regierung mit ihrem ersten Versuch gehabt, die westeuropäischen Staaten zu einem *energischeren Tempo in der Aufrüstung* anzutreiben. Außenminister Dulles und sein Mitarbeiter Stassen sind auf ihrer Blitztour durch die westeuropäischen Hauptstädte frostig, wenn nicht mit verhaltener Gereiztheit empfangen worden, und ihre kaum mehr verhüllte Drohung, den Dollarstrom versiegen zu lassen, falls nicht bis Anfang April mit der Inkraftsetzung der Verträge über die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» ganz entschieden vorwärts gemacht werde, hat auch in den amerikafrömmsten Kreisen böses Blut erzeugt. «So redet man nicht mit Verbündeten; so trumpft man nur gegenüber Satelliten auf!» — das war so ziemlich überall die empörte Antwort. Überall — nur nicht um Herrn *Adenauer* herum, der so wenig wie seine Regierung ein Gefühl dafür zu haben scheint, was für eine entwürdigende Rolle den Westdeutschen im Gesamtrahmen der amerika-

[2] Das gilt auch von der ganzen dämonischen Militärmaschinerie, welche die Vereinigten Staaten aufgebaut haben. Der Abgeordnete Buffett aus Nebraska erinnerte am 22. Januar das Repräsentantenhaus daran, daß bisher noch immer hochgesteigerte Rüstungen den Krieg direkt herbeigezogen und dazu die Völker finanziell ruiniert hätten. «Unsere militärische Expansion, mit ihrem Ziel, die Welt außerhalb der russischen Grenzen zu beherrschen, wird fast sicher entweder mit wirtschaftlichem Zusammenbruch und Diktatur in Amerika enden oder aber mit einem Weltkrieg, der zum gleichen Ergebnis führen wird ... Kann ein vernünftig denkender Kopf, der auch nur ein wenig Kenntnis der Geschichte hat, annehmen, daß eine derartige Militärmaschine wesentlich abgebaut werden könne, ohne daß es vorher zum Blutvergießen kommt? ... Bereits äußern Staatsführer in Europa und andern Erdteilen die Meinung, Amerika treibe Rußland in einen Krieg hinein ... Diese Meinung wird sich nicht ändern, solange ein fieberhafter Militarismus bei uns weiterhin ungehemmt wüten darf.»

nischen Europapolitik zugedacht ist. Aber die Aussicht, mit amerikanischer Hilfe wieder zur ersten Militärmacht Westeuropas aufzusteigen und nicht allein Ostdeutschland, sondern auch die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße zurückgewinnen, ja womöglich — Hitlers Plan in neuer Form! — ganz Osteuropa bis zum Ural vom Kommunismus zu befreien — diese Aussicht ist für die «erwachenden Deutschen» so verlockend, daß sie die vorübergehende Amerikahörigkeit dafür schon in Kauf zu nehmen bereit sind. «Die Geprellten sind zuletzt ja doch die Yankees», denkt man in Bonn und Umgebung. Und: Paris ist schon eine Messe wert!

Um so weniger beeilen sich die anderen Partner der Vereinigten Staaten, ihre Aufrüstung zu beschleunigen. Die *französischen* Ergänzungsvorschläge zu dem Abkommen über die Europaarmee, die eine größere Selbständigkeit Frankreichs in der Verfügung über seine Streitkräfte und eine stärkere militärische Festlegung Großbritanniens auf dem Festland vorsehen, zeigen deutlich an, wie stark die Widerstände im französischen Parlament gegen die Verträge von Bonn und Paris in ihrer bisherigen Form sind; Aussicht auf Annahme haben sie natürlich so wenig wie die Forderung, daß eine befriedigende Lösung der Saarfrage erreicht sein müsse, bevor die Ratifikation der Deutschlandverträge möglich sei. Aber auch sonst zeigen sich ausgesprochene Unlustgefühle, sobald es an die Verwirklichung des so hochgemut beschlossenen großen Aufrüstungsprogramms geht. *Holland* hat mit der Wiedergutmachung der fürchterlichen Hochwasserkatastrophe zu tun, die es betroffen hat und die, wie es jetzt heißt, hätte vermieden werden können, wenn die seit 15 Jahren nicht recht instandgesetzten Dämme endlich einmal gründlich erneuert worden wären, statt daß alle Mittel in die Kriegsrüstungen gesteckt wurden. In *Belgien* hat die Regierung alle Mühe, die Mißstimmung gegen Deutschland zu beschwichtigen und den Pariser Vertrag ratifizieren zu lassen. In *Dänemark* ist es gar zur offenen Meuterei gegen die Verlängerung des Militärdienstes gekommen, wobei natürlich wieder die Kommunisten als Bösewichter herhalten müssen. Und in allen westeuropäischen Ländern drücken die Militärlasten allmählich derart auf Wirtschaft und Staatsfinanzen, daß man nicht recht sieht, wie lange dieser Zustand überhaupt noch ausgehalten werden kann. Der bevorstehende Abschluß eines neuen *Balkanpaktes* — zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei —, der eine geschlossene Militärfront von der Adria bis zum Schwarzen Meer schaffen soll, ist fast der einzige Trost, der Amerika in dieser ganzen Lage noch bleibt.

Und wozu das alles? Wenn der Westblock aufrüstet, so natürlich auch der Sowjetblock. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern verändert sich in absehbarer Zeit kaum sehr wesentlich, zum mindesten nicht zu Ungunsten des Ostens. Del Vayo bezweifelt darum (in der «Nation», 24. Januar) wohl mit Recht, daß der Westblock imstande sein werde, «Rußland die Bedingungen einer allgemeinen politischen Neu-

regelung zu diktieren». Denn eine solche Möglichkeit zu schaffen, das ist ja der ganze Zweck der forcierten Aufrüstung des Westens. Das wirkliche Ergebnis dieses Wettrüstens kann nur eine fortschreitende Verschlechterung des internationalen Klimas sein. «Wenn sich», so folgert Del Vayo, «das Kräfteverhältnis nicht entscheidend zugunsten des Westens verschieben wird, dann wird die zunehmende Verschärfung des Kalten Krieges nur die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens in fortschreitendem Maße verengern. Und wenn einmal diese Möglichkeit verscherzt ist, werden wir in nüchternem Ernst an die Apokalypse denken müssen.»

Der störrische Orient Während Westeuropa bereits zu altersschwach erscheint, um der ihm drohenden Gefahr, zur bloßen Kolonie Amerikas herabzusinken, noch ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen, lassen die Völker des Vorderen Orients — oder des Mittleren Ostens, wie die Angelsachsen sagen — in ihrem leidenschaftlichen Willen, sich aus ihrem unwürdigen Kolonialzustand zu nationaler und sozialer Unabhängigkeit zu erheben, in keiner Weise nach. Ihre herrschenden Klassen sind zwar mindestens ebenso heftig antikommunistisch gestimmt wie diejenigen der Westblockländer, nicht zuletzt die gesellschaftliche Oberschicht *Ägyptens*, deren gegenwärtiger Geschäftsführer, General Naguib, nunmehr die offene Militärdiktatur ausgerufen hat, mit Außerkraftsetzung der Verfassung einmal für drei Jahre. Aber in der Verfechtung des neuägyptischen Nationalismus gibt er sich so kompromißlos wie nur je. Seine Verständigung mit England über den Sudan ist nur der Form nach ein Verzicht auf den Anschluß des Sudans an Ägypten; das sachlich Entscheidende ist, daß Großbritannien seine Stellung als «Schutzmacht» des Sudans räumt und den Sudanesen die Freiheit gibt, innert dreier Jahre ihre staatliche Zukunft selber zu bestimmen — wobei es kaum zweifelhaft sein kann, daß sich der Sudan auf irgendeine Art mit Ägypten zusammenschließt. Wahrscheinlich wird England bald auch die Suezkanalzone preisgeben müssen, die freilich lange nicht mehr die Bedeutung für die Sicherung der Verbindungslinien des Britischen Weltreiches hat, die sie früher besaß, und heute vor allem ein überaus leistungsfähiges Versorgungszentrum für die westmächtlichen Streitkräfte im Vorderen Orient darstellt. Trotzdem, und obschon sich Ägypten grundsätzlich der Militärorganisation der Westmächte in Nordafrika und Westasien einzugliedern bereit ist, macht die Regierung Naguib aus der sofortigen Räumung der Kanalzone durch England eine Bedingung für Ägyptens Beteiligung an einem mittelöstlichen Militärpakt. Und da sie hierin auf Verständnis bei den Vereinigten Staaten zählen kann, mit denen ein freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen sie ihrerseits alles Interesse hat — Ägypten ist wirtschaftlich und finanziell miserabel dran und braucht dringend amerikanische Hilfe —, so wird sie ja wohl ihren Willen auch in diesem Punkt durch-

setzen. Wie aber wollen die Westmächte die arabischen Staaten mit *Israel* unter einen Hut bringen? Hier liegt so ziemlich das heikelste Problem für die Militärpolitik Englands und Amerikas im Mittleren Osten. Israel den Arabern opfern, wie das die britische Politik unter Bevin gewollt hatte — das geht heute nicht mehr; Israel ist als Militärmacht viel zu bedeutend geworden. Für Israel *gegen* die arabische Liga Partei zu nehmen, kommt aber erst recht nicht in Frage; Großbritannien und Amerika *brauchen* die Araber für ihre antisowjetische und antikommunistische Machtpolitik, obwohl oder gerade weil sie nur noch auf Jordanien und Irak als einigermaßen willfährige Satelliten bauen können.

Die Lage wird für die Westmächte dadurch noch verwickelter, daß auch die *Sowjetunion* die arabischen Staaten umwirbt. Der diplomatische Bruch Moskaus mit Israel ist zwar keineswegs in erster Linie von dem Wunsch eingegeben, in der arabischen Welt Sympathien zu gewinnen; er ist wesentlich eine Auswirkung der allgemein zionistenfeindlichen Haltung, auf die sich die Sowjetunion und der Ostblock überhaupt versteift hat (wir reden davon in einem anderen Aufsatz dieses Heftes) und ist durch den Bombenanschlag auf die sowjetische Gesandtschaft in Tel Aviv nur noch beschleunigt worden. Aber daß sich mit der kommunistischen Judenpolitik auch Spekulationen auf arabische Gefühle verbinden, scheint uns doch außer Zweifel zu stehen. Eine Versöhnung der arabischen Völker mit Israel stößt unter diesen Umständen jedenfalls auf besondere Schwierigkeiten. Sie wären nur zu beheben, wenn Amerika wie England ihre Aufgabe im Nahen Osten nicht mehr vom militärischen und machtpolitischen Standpunkt aus anfassen wollten, sondern von der wirtschaftlichen und sozialen Seite her, wenn sie also die Länder des Vorderen Orients materiell und kulturell aus ihrer Rückständigkeit und Verwahrlosung herauszureißen bereit wären, statt sich nur um deren Nutzbarmachung für ihre strategischen Pläne zu kümmern. Aber von einer solchen Umstellung ihrer ganzen Orientpolitik wollen eben die führenden Westmächte vorerst nichts wissen. *Jordanien* zum Beispiel, das wirtschaftlich und kulturell schauderhafte Zustände aufweist und dessen Bevölkerung zur Hälfte aus hungernden und obdachlosen arabischen Flüchtlingen aus Israel besteht, wird von Großbritannien mit zehn Millionen Pfund jährlich unterstützt, von denen neun Millionen an die Arabische Legion gehen. Und was *Irak* betrifft, so entwirft im «New Statesman» (31. Januar) Mohammed Hadid, der Vizepräsident der Nationaldemokratischen Partei von Irak, von dessen verrotteten, korrupten Zuständen ein derartig trostloses Bild, daß er selber zu dem Schluß kommt:

«Wenn es (Irak) der Anwendung gewöhnlicher Maßnahmen und dem üblichen Entwicklungstempo in einer kapitalistisch-feudalen Gesellschaft überlassen bleibt, dann kann es noch hundert Jahre gehen, bis Lebenshaltung und soziale Verhältnisse auf eine anständige Höhe gehoben werden ... Nur sozialistische Maßnahmen können eine politische Reform und die wirtschaftliche Entwicklung so beschleunigen, daß das Volk zufriedengestellt ist, das seine Rückständigkeit nur mit Ungeduld erträgt.»

Solche Eingriffe würden aber natürlich der Herrschaft der reaktionären Oberschicht Iraks ein Ende machen, die jede Opposition, jede fortschrittliche Bewegung gewaltsam niederhält — dieser Oberschicht, auf die sich gerade die britische Machtstellung in erster Linie stützt. Wer kann sich da noch wundern, daß gerade die am stärksten vorwärtsdrängenden Kräfte im Irak wie in den vorderasiatischen Ländern überhaupt den Glauben an die westliche Demokratie und deren Willen zu gründlichen Reformmaßnahmen allmählich verlieren?

Aus dieser Sachlage heraus ist auch der Mißerfolg der Sozialistischen Internationale an der *Konferenz von Rangun* (Burma) zu Anfang Januar zu erklären. Vergeblich wurden Clement Attlee, die jugoslawischen Parteiführer Dschilas und Bebler, Mose Sharett, der israelische Außenminister, und andere Größen des westmächtlichen Sozialismus aufgeboten, um den asiatischen Genossen klarzumachen, wie notwendig es sei, sich geistig wie organisatorisch dem Block der «freien Nationen» anzuschließen. Die Mehrheit der 14 Konferenzdelegationen lehnte den Beitritt zur Sozialistischen Internationale ab, mit der sie nur formlose Fühlung halten will. «Dieser Entscheid», so muß auch die «Neue Zürcher Zeitung» feststellen, «ist zweifellos eine schwere Schlappe für die Sozialistische Internationale und ihren Hauptsprecher in Rangun, Clement Attlee ... Der asiatische Sozialismus wird seine eigenen Wege gehen.» In der Tat: solange die arabischen Despotien die Gunst der Westmächte genießen; solange England in Malaya und Frankreich in Indochina Krieg führen; solange die Vereinigten Staaten das Regime Tschiang Kai-shek unterstützen und den japanischen Militarismus neu zu erwecken suchen — solange werden nicht einmal die asiatischen Sozialdemokraten in die gegenrevolutionäre Weltfront eingegliedert werden können. Von den hungernden, nach einem menschenwürdigen Leben verlangenden Massen der asiatischen Völker gar nicht zu reden.

Spaniens Glanz .... Gehen wir aber diesen Entwicklungen heute nicht weiter nach und wenden wir uns vielmehr, unserer Gewohnheit folgend, noch einem Einzelproblem zu, das immer wieder unsere Aufmerksamkeit erregt: der Lage der *südeuropäischen Völker*, besonders ihren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Beginnen wir mit *Spanien*. Francos Diktatur herrscht dort nun schon im fünfzehnten Jahr, anscheinend unerschüttert; ja von außen her noch kräftig gestützt. Die Vereinten Nationen haben längst der Wiederentsendung von Botschaftern der Westländer nach Madrid zugestimmt; die UNESCO hat Spanien demonstrativ in den Kreis der «Kulturvölker» aufgenommen; und solange die NATO (die nordatlantische Vertragsgemeinschaft) den Staat Francos nicht offiziell in ihrer Mitte haben will, arbeiten wenigstens die Vereinigten Staaten mit ihm zusammen, indem sie sich — gegen die übliche Wirtschafts- und Finanzhilfe, die sie dem

Bundesgenossen gewähren müssen — Spanien als große Militärbasis für die Auseinandersetzung mit dem Sowjetblock sichern. Welches ist aber die Lage des spanischen *Volkes*? Und inwieweit kann das Regime Franco auf Unterstützung von innen her zählen?

Die Kräfte, die hinter Franco stehen, sind bekannt. Es sind zunächst die alten und neuen *Autoritätsmächte*, an ihrer Spitze die römische Kirche, die übermäßig große Armee und eine starke Polizei — beide wohlgehalten und mit umfassenden Vorrechten ausgestattet —, die faschistische Falange mit ihren Unterorganisationen und nicht zuletzt eine schmarotzerhaft aufgeschossene Bürokratie, mit der auch die Armee- und Polizeiführung eng verfilzt ist. *Wie* groß diese Bürokratie ist und wie weit ins Land hinaus sich ihre Verzweigungen erstrecken, darüber kann man nur Vermutungen hegen; was aber sicher ist — so schreibt Basil Davidson in seinem «Bericht über Spanien» (herausgegeben von der britischen Union for Democratic Control), «das ist, daß sie riesenhaft und allesverzehrend ist, gewohnheitsmäßig korrupt, tüchtig nur in ihrem eigenen individuellen Interesse und allen Ideen verschlossen, die zu einer echten Wirtschaftsausweitung führen könnten. Die Hauptleistung dieser regierenden Oligarchie ist es gewesen, einen stets zunehmenden Teil des verfügbaren Reichtums in eine stets abnehmende Zahl von Händen zu leiten, und das hat, wie die Lohn-, Produktions- und Einkommensstatistik erweist, zur unfehlbaren Folge einen hohen Grad allgemeiner Verarmung.»

Neben diesen verschiedenen Gruppen einer mehr oder weniger festgegliederten Amtsoligarchie steht aber als eigentlich tragender Pfeiler der Franco-Diktatur die alte und neue *Besitzoligarchie*, die wirtschaftlich herrschende Oberklasse. Da ist einmal die klassische spanische Herrenschicht: die Großgrundbesitzer. Um Josué de Castro («Geographie des Hungers», Seite 201) zu zitieren:

> «Kein anderes europäisches Land hat den Großgrundbesitz in solchem Umfang erhalten wie Spanien, und dieser Zustand ist den biologischen und wirtschaftlichen Interessen der Volksmehrheit gerade entgegengesetzt. Bis zum Sturz der Monarchie im Jahr 1931 hatte Spanien ein typisch mittelalterliches Agrarsystem, wobei die besten anbaufähigen Böden von einer Handvoll Großgrundbesitzer monopolisiert wurden.»

Man schätzt tatsächlich, daß 50 000 Großgrundbesitzer, die kaum den fünfhundertsten Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen, etwa 51 Prozent des spanischen Bodens in Händen haben und eine Schicht reicher Großbauern weitere 35 Prozent. Neben einer Million Kleinbauern gibt es 1 250 000 Zwergbäuerlein und über zwei Millionen besitzlose Landarbeiter.

Zur althergebrachten Landaristokratie gesellt sich die jüngere industrie- und finanzkapitalistische Geldaristokratie. Spaniens Industrie ist ausgesprochen monopolistisch. Der größte Hochofenkonzern, Altos Hornos de Vizcaya, produziert rund 70 Prozent allen Roheisens und vereinigt in sich 60 Prozent der Stahlwerkanlagen des Landes. Sechs Groß-

banken stehen hinter der mehr und mehr konzentrierten spanischen Industrie, eingeschlossen die Schiffahrtsunternehmungen und die Kraftwerkkonzerne, von denen sieben mehr als die Hälfte des elektrischen Stromes erzeugen. Aber auch das «freie Unternehmertum» blüht in Spanien wie kaum in einem anderen europäischen Land. R. Fromm berichtet (in «The Nation», 5. Januar 1952) von einem Spekulanten namens Vila, der mit Lebensmittellieferungen für die Armee und die Gefängnisse ein Vermögen machte. Eines Tages wanderte er wegen irgendwelchen Schiebungen selbst ins Gefängnis:

«Unverweilt ließ er das Telephon in seiner Zelle einrichten und betrieb sein Geschäft von dort aus. ‚Hallo, hallo, ich kaufe 10 000 Liter Olivenöl.' Jetzt ist er wieder frei und kommt gut davon. Der Reichtum ist aber nicht auf Madrid beschränkt. Auch die andalusischen Grundbesitzer und die katalanischen Textilfabrikanten machen ausgezeichnete Geschäfte. Vor ein paar Jahren heiratete ein Katalane in San Sebastian. Er ließ das Philharmonische Orchester von Barcelona im Flugzeug nach San Sebastian kommen, damit es bei der Hochzeit aufspiele, gewann einen Bischof, um die Messe zu zelebrieren und gab seinen Gästen ein zweitägiges Fest. Die Braut trug Juwelen im Werte von 400 000 Dollar ... Neulich nahm ein reicher Spanier, den ich kenne, eine Dame in ein Restaurant mit, das von Hitlers früherem Koch geführt wird. Als ich ihn am andern Tag fragte, wieviel das Essen gekostet habe, erwiderte er fröhlich: ‚Oh, ein halbes Monatseinkommen.' Das war kein Spaß. Sein Essen für zwei kostete ihn genau einen halben Monatslohn für sehr viele spanische Arbeiter.»

Die reiche Oberklasse Spaniens hat freilich auch ihre Sorgen. Wie Davidson in seinem Bericht schreibt:

«Gegenüber den Vorteilen, die ihnen aus einer hohen Profitrate, niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern sowie aus der Sicherheit vor irgendwelcher Form von Sozialismus erwachsen, haben die Geldinteressen jetzt die höchst wirklichen Nachteile abzuwägen, die ihnen die erschreckende Unfähigkeit und gierige Einmischung einer düsteren und barbarischen Staatsmaschine bringt. Kein Zweifel, wonach die Geldinteressen im Grunde trachten, das ist ein vorteilhafteres Auskommen mit dieser Staatsmaschine und nicht eine neue Regierungsform. Aber es drängt sich jetzt eben die Frage auf, ob ein ‚vernünftiges' Auskommen sich überhaupt als möglich erweise ... Es ist kein Zweifel möglich, daß die Wirtschaftskrise, in welche die Diktatur das Land hineinmanövriert hat, den Bankiers ein gut Teil gedämpfter Sorge bereitet.»

... und Elend Diese Wirtschaftskrise ist, wenn auch schleichend, tatsächlich das ärgste Übel des zeitgenössischen Spaniens. Die Beherrschung des Hauptteiles der Industrie, der Schiffahrt und des Handels durch das spekulative Finanzkapital hat die spanische Wirtschaft in eine ganz einseitige Entwicklungsrichtung getrieben. Das Land schreit nach Traktoren — und die Fabriken stellen die ausgefallensten Automobilmodelle her. Der Schwerindustrie gebricht es an Kapital — und die Konsumindustrie hat Hochkonjunktur. Als die Regierung eine große moderne Stahlwerkanlage plante, weigerten sich die Stahlherren von Bilbao, auch nur eine Peseta zu zeichnen. Besonders kritisch ist die Lage der Landwirtschaft. Die Bevölkerung Spaniens nimmt jährlich um ein Prozent zu; der Landwirtschaftsertrag nimmt fortwährend ab. Nach der amtlichen Statistik selber stand der Jahresertrag der

spanischen Landwirtschaft in den Jahren 1940 bis 1949 fast ein Drittel unter demjenigen der dreißiger Jahre vor dem Bürgerkrieg. Es fehlt vor allem an Bewässerungsanlagen, Kunstdünger, Maschinen und Geräten sowie Zugtieren. Zwar ist (nach Davidson) der Anteil der Großgrundbesitzer und der Großbauern am Volkseinkommen heute höher als vor zehn Jahren. Um so elender ist aber die Lage des ländlichen Proletariates. Ich berufe mich nochmals auf Robert Fromm:

«Die kalifornischen Okies (die man aus Steinbecks «Früchten des Zornes» kennt, H. K.) sind Landaristokraten im Vergleich mit den hungernden Männern und Frauen, die ich auf den Landstraßen Andalusiens und der östlichen Provinzen gesehen habe, wie sie ihre Habseligkeiten auf dem Rücken und ihre kleinen Kinder auf den Armen trugen. Sie schleppen sich über hohe Bergpässe auf der Suche nach einer Arbeit, die ihnen eine Woche lang 30 bis 40 Cents (also etwa Fr. 1.30 bis Fr. 1.70) im Tag einbringt, um sie dann wieder auszuscheiden — bis zur nächsten Saison.»

Im ganzen genommen vollzieht sich seit der Aufrichtung der Diktatur eine fortschreitende Verarmung des spanischen Volkes, das schon vorher in seiner großen Masse zu den ärmsten Völkern Europas gehörte. Vor dem Bürgerkrieg wurden in Spanien rund 77 Kilo Weizen pro Jahr und Kopf erzeugt; heute ist es kaum noch die Hälfte. Der Staat hat in den letzten Jahren zwar große Mengen Getreide eingeführt, vor allem aus Argentinien, aber mehr als zwei Drittel der Weizenmenge von 1935 stehen dem Durchschnittsspanier dennoch kaum zur Verfügung. Kein Wunder, daß die Ernährungslage auch für spanische Verhältnisse mehr als bedenklich geworden ist. Schon in den letzten Jahren des Bürgerkrieges war sie alarmierend; de Castro erwähnt, daß damals Spanien von den gleichen Hungersnöten heimgesucht wurde wie das übrige Europa während des Ersten Weltkrieges; der Hungertod raffte kaum weniger Menschen weg als der Tod auf dem Schlachtfeld. Und heute dürfte die Lage nicht wesentlich besser sein. Die Mangelkrankheiten nehmen einen erschreckenden Umfang an; in Madrid wurden in einem einzigen Jahr etwa 30 000 Pellagrafälle festgestellt. (De Castro, Seite 203.) Davidson weist namentlich auf die Verbreitung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten hin, während die Kindersterblichkeit beträchtlich zurückgegangen sei. Anderseits wird in einem Bericht, den «España y la Paz», eine in Mexiko erscheinende spanische Emigrantenzeitung (zitiert im «New Statesman», 26. April 1952), veröffentlichte, eine Zunahme der Kinderkrankheiten infolge von Unterernährung behauptet. Die Zahl der Kinder, die an Aussatz, Kinderkrebs, Augenkrankheiten und Geistesgestörtheit litten, sei erschreckend. Nebenbei: Zweieinhalb Millionen spanische Kinder sind ohne Schulung, während 700 000 Kinder um Lohn (ungefähr 60 Rappen im Tag!) in der Landwirtschaft beschäftigt seien.

Was die Löhne der Industriearbeiter betrifft, so betragen sie — für gelernte wie für ungelernte Berufe — rund die Hälfte des Realwertes von 1936. Die Nominallöhne sind zwar zwei- bis dreimal so hoch wie

damals, aber die Lebenskosten sind gleichzeitig auf das Sechs- oder Siebenfache gestiegen. Manche Lebensmittel sind sogar zehnmal teurer als vor dem Bürgerkrieg; die Rationierung steht häufig nur auf dem Papier, so daß der Schwarze Markt mit seinen hohen Preisen eine normale Versorgungsquelle geworden ist. Doppel- und Dreifachverdienertum sind sozusagen die Regel; die nicht registrierte Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit sind gleichzeitig ungewöhnlich groß.

Besonders drückend muß die Wohnungsnot sein. Nach dem «Volksrecht» (22. Januar 1953) fehlen gegenwärtig etwa 800 000 Wohnungen. In den Arbeiterquartieren sei es

«an der Tagesordnung, daß fünf, sechs und sieben Personen jeden Alters und Geschlechts in einen einzigen Raum zusammengepfercht sind. Und doch müssen diejenigen, die eine wenn auch noch so dürftige Unterkunft in einem Hause gefunden haben, sich glücklich schätzen gegenüber den Tausenden und aber Tausenden, die in Baracken aus Holz, Blech und in Zelten aus Lumpen kampieren. Solcher *Elendshütten* gibt es allein im Umkreis von Barcelona, wie ‚El Pueblo' berichtet, an die zwölftausend. Rings um die spanische Hauptstadt haben sich die Ärmsten der Armen ihren Unterschlupf in die Erde gegraben. Der Reporter des großen Blattes ‚Madrid' schätzt die Zahl solcher *Wohnhöhlen* auf elftausend. Er schildert, wie eine Familie dieser modernen Troglodyten lebt. Sie mußte vor fünf Jahren aus dem Ruinenhaus eines Vorortes ausziehen, und seitdem hausen ihrer neun Personen, ein Ehepaar, sechs Kinder und die Großmutter, in dem Erdloch und schlafen auf dem nackten Boden und auf zwei armseligen Matratzen. Der Familienvater verdient als Maurer täglich fünfzehn Peseten, das sind nicht einmal anderthalb Schweizer Franken.»

Man darf es glauben, daß unter solchen Umständen das Regime Franco in den breiten Volksschichten nicht gerade beliebt ist — um es vorsichtig auszudrücken. An offene Auflehnung ist freilich, trotz den Streikbewegungen der letzten Jahre, vorerst nicht zu denken, zumal die amerikanische Wirtschaftshilfe der Diktatur eine neue Atempause verschafft. Aber daß im Ernstfall auf das spanische Volk so wenig Verlaß wäre wie auf das französische und italienische, das darf dennoch angenommen werden. Schon vor drei Jahren stellte C. L. Sulzberger, der wohlbekannte, maßvoll konservative amerikanische Journalist, in der «New York Times» fest, daß in Spanien «eine massive, wenn auch stille Opposition gegen das Regime» bestehe. Und er führte den Ausspruch eines hervorragenden aber ungenannten Spaniers an, der ihm gesagt habe: «Auch wenn die Mitglieder des Atlantikpaktes, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, Franco auffordern, an ihrer Seite zu kämpfen, so wird doch das spanische Volk seiner Führung nicht folgen.» Möge der Mann recht haben!

Italienische „Demokratie" Im Gegensatz zu Spanien ist das gegenwärtige *Italien* ein Demokratie. So lautet wenigstens die übliche Lesart. In Wirklichkeit ist es aber auch nach dem Sturz des Faschismus ein Land, in dem nicht das Volk regiert, sondern — in scheindemokratischen Formen — eine besitzende Oberschicht,

die ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtstellung mit großer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit verteidigt. Denn gegen Kriegsende — das vergesse man nicht — schien auch Italien reif für eine neue, eine mehr oder minder sozialistische Ordnung, und nur dem energischen Eingreifen Amerikas und Englands in den Jahren 1944 und 1945 hatten es die bisher herrschenden Klassen zu verdanken, daß es nach der politischen nicht auch zu einer sozialen Revolution kam. Die Aufgabe war nunmehr, in demokratischem Gewande die Gegenrevolution zu organisieren und die alte «Ordnung» wiederherzustellen, ja zu festigen, insbesondere das Land dem «freien Unternehmertum» zu sichern. Das besorgte und besorgt vortrefflich das Regime der sogenannten Christlichen Demokratie, mit Herrn de Gasperi an der Spitze, das durch die Wahlen von 1949 eine scheinbar sichere parlamentarische Grundlage bekommen hat. Eine *scheinbar* sichere Grundlage, sagen wir; denn obschon der Bund der Besitzaristokratie mit der römischen Kirche, aufs kräftigste gestützt durch die amerikanische Wirtschaftshilfe, eine zuverlässige Mehrheit in Kammer und Senat zustandegebracht hatte, ist die Stellung der Kommunisten und Linkssozialisten im Volk in den vergangenen Jahren ziemlich unerschüttert geblieben, und bei den inzwischen vorgenommenen Gemeinde- und Provinzialwahlen sind von der Partei de Gasperis mindestens zweieinhalb Millionen Wähler und Wählerinnen zu den Neufaschisten und Monarchisten übergelaufen, so daß es mehr als fraglich geworden ist, ob beim Fortbestand des Verhältniswahlrechtes wieder eine haltbare parlamentarische Mehrheit für das bisherige Regime herauskäme, auch wenn sich die «Demo-Cristiani» noch so eng mit Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalkonservativen zusammenschlössen.

Was tut man also, um diese Gefahr zu bannen? Man ändert einfach das Wahlsystem, wie das zum Beispiel auch Frankreich mit so viel Erfolg getan hat. Man bevorzugt künstlich diejenige Partei oder Parteiengruppierung, die mindestens 51 Prozent der Stimmen bekommen hat, teilt ihr mehr Sitze zu, als sie nach ihrer verhältnismäßigen Stärke erhalten dürfte, und sichert sich dergestalt eben doch die Mehrheit. Die Linke hat gegen dieses neue Wahlgesetz wochenlang und mit allen Mitteln parlamentarischer Taktik Obstruktion betrieben; der Erfolg ist aber natürlich zuletzt doch bei der Regierungsmehrheit geblieben, so daß die Kommunisten und Linkssozialisten sich bei den für dieses Jahr fälligen Neuwahlen mehr oder weniger an die Wand gedrückt sehen werden.

Man hat mit Recht gesagt, die Wahlreform de Gasperis sei nur unwesentlich besser als diejenige Mussolinis vom Jahre 1924, mit der sich der Duce ebenfalls eine gefügige «Volksvertretung» sicherte; gewiß ist, daß der Geschlagene bei diesem Kampf nicht der Kommunismus ist, sondern die parlamentarische Demokratie. Denn das sollte doch allmählich auch dem kurzsichtigsten Gegenrevolutionär klar sein: über den Kom-

munismus wird in Italien, wie überall, nicht politische und gesellschaftliche Unterdrückung der «Umsturzbewegung» triumphieren, sondern nur noch ein radikaler Umbau der ganzen Wirtschafts- und Staatsstruktur mit möglichst freiheitlichen Mitteln.

Aber eben — von einem Willen zu solchem Umbau ist bei den herrschenden Schichten Italiens kaum die Rede. Und doch ist vor allem die italienische *Volkswirtschaft*, wie sie heute dasteht, im höchsten Maß baufällig, ja teilweise schon im Zerbröckeln begriffen. Fast überall fehlt es an Anlage- und Betriebskapital; nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe von monopolistisch zusammengeschlossenen Industrien weist einen guten bis glänzenden Geschäftsgang auf; die übrigen Produktionszweige liegen notleidend am Boden; die Ausfuhr ist im vergangenen Jahr um 15 Prozent gesunken; die Zahl der Ganzarbeitslosen fällt selten mehr unter zwei Millionen, während die Lebenskosten eher steigen und die Löhne an Kaufkraft verlieren. Um einen unverdächtigen Zeugen anzuführen, so stellt Giulio Pastore, der Generalsekretär des Verbandes der nichtkommunistischen Gewerkschaften (wir zitieren nach den «Internationalen Arbeitsmitteilungen», einer in Westdeutschland herausgegebenen amerikanischen Veröffentlichung), über die Lage in 23 norditalienischen Provinzen auf Ende 1952 folgendes fest:

In der Textilindustrie arbeiten 89,5 Prozent der Arbeiter verkürzt; 5,4 Prozent wurden «vorübergehend» entlassen. Bekleidungsindustrie: 64 Prozent arbeiten verkürzt, 7,3 Prozent sind entlassen. Maschinenindustrie: rund 50 Prozent Kurzarbeiter, 4,4 Prozent entlassen. Chemische Industrie: 62,2 Prozent Kurzarbeiter, 8,8 Prozent entlassen. Anderseits machte eine Reihe von Industriekonzernen im Jahr 1951 (für 1952 lagen noch keine Angaben vor) sehr gute Geschäfte. 13 der größeren Elektrizitätsgesellschaften verzeichneten einen Gewinnanstieg bis zu 18 Prozent. 8 der größeren Bergwerks- und Metallkonzerne hatten Gewinne von durchschnittlich 69 Prozent. Bei den Chemieriesen erreichte der Gewinnzuwachs sogar 98 Prozent. Alles nach Pastore.

Die Not des Landvolkes Besonders zerrüttet ist die italienische Landwirtschaft — als Folge der ungerechten und unsinnigen Besitzordnung. Rund 20 000 Großgrundbesitzern gehört mehr als ein Viertel des italienischen Bodens. Das Kleinbauerntum — typisch für Italien — umfaßt über vier Millionen Betriebe, von denen die Hälfte nicht einmal drei Jucharten groß ist. Mezzadri — Pächter mit Ertragsanteil der Besitzer — sind es 500 000 und besitzlose Landarbeiter etwa zwei Millionen. Der Ertrag der italienischen Landwirtschaft ist gering. Mengenmäßig steht er pro Kopf der Bevölkerung noch heute vier Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914. Der Wert des Ertrags der Landwirtschaft ist in den letzten 40 Jahren, bei gleichbleibenden Preisen, nur um vier Prozent gestiegen, während sich die Bevölkerung um 36 Prozent vermehrt hat. In der Provinz Florenz,

wo mehr als die Hälfte des Landes 660 Großbesitzern gehört, hat nur einer von drei Betrieben mit über 250 Jucharten einen einzigen Traktor. Die mit viel Geräusch umgebene Aufteilung von Großbesitzerboden ist über Anfänge nicht hinausgekommen und soll sich in einer Atmosphäre arger Günstlingswirtschaft abspielen. Im übrigen wissen die Herrschenden keinen anderen Rat für die arme Landbevölkerung als: Auswandern! Die Zehntausende von Italienern und Italienerinnen in der Schweiz haben ihn so gut als möglich befolgt.

Wie das italienische Landproletariat lebt — oder besser: vegetiert und hinserbelt —, darüber liegt viel Material aus zuverlässigen Quellen vor. Hier nur einige wenige Hinweise. Aylmer Vallance berichtet im «New Statesman» (15. und 22. November 1952) von den Mezzadri, daß das Durchschnittseinkommen einer Familie von vier Köpfen nicht viel mehr als 1440 Franken im Jahr in den Bergen und vielleicht 2400 bis 3000 Franken in den fruchtbareren Tälern und Ebenen beträgt. Der Bracciante (Taglöhner) verdient etwa Fr. 4.20 im Tag, schätzt sich aber glücklich, wenn er jeden zweiten Tag arbeiten kann und im Jahr mehr als 850 Franken heimbringt. Wie die Taglöhnerbevölkerung zuweilen existieren muß, das schildert der englische Journalist auf Grund eines Besuches im Podelta mit seinen 300 000 meistens besitzlosen Landarbeitern. «Wir sind hier», so schreibt er, «nicht im verelendeten Süditalien mit seinen Großgütern; wir sind hier nicht einmal hundert Meilen von dem Reichtum und der Modernität Bolognas entfernt — und doch herrscht hier ein Zustand von Armut und brutalem Schmutz, der westlich von Südserbien kaum seinesgleichen haben kann.» Wenn 75 Prozent der Braccianti arbeitslos sind, so ist das noch wenig; über den Winter sind es normalerweise 90 Prozent. «Darum die müßigen Mengen auf der Straße; darum, bei genauerem Hinsehen, die herabgezogenen Backen, die zusammengepreßten Münder und die verdrießlichen Augen.»

«Weil sie nichts anderes zu tun haben», so fährt Vallance fort, «so zeugen die Bürger von Comacchio Kinder; zur Durchschnittsfamilie gehören, laut Gemeindestatistik, sechs Kinder. In der Mitte der Stadt beherbergen viele der verfallenen Backsteinhütten sechs bis sieben Personen, die ohne Unterschied von Alter oder Geschlecht in einem einzigen Raum schlafen ... Nicht einmal 30 Prozent der Kinder gehen in die Schule, und mehr als der vierte Teil der erwachsenen Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Bei einem durchschnittlichen Familieneinkommen von knapp 850 Franken im Jahr ist Unterernährung an der Tagesordnung; desgleichen Tuberkulose und Trachom (eine Augenkrankheit, H. K.). Elektrizität ist nicht viel da; die sanitären Einrichtungen sind so primitiv, daß man sie nicht beschreiben kann. Wie sozusagen das ganze Delta, hat die Stadt kein Leitungswasser; das Trinkwasser muß in Karren auf eine Entfernung von über 30 Kilometern herangeschafft werden und wird zu einem Penny für den kleinen Eimer verkauft.»

Daß es im Süden womöglich noch trauriger aussieht, ist bekannt (wir haben darüber schon früher einmal berichtet). Was ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» im vergangenen Sommer schrieb (Nr. 1864), ist freilich nur eine schamhafte Verhüllung des wirklichen Tatbestandes. Ein großer Teil des Bodens, so stellt er immerhin fest, ist in den Händen von Grundbesitzern, die in den Städten leben und ihr Land nur als Kapitalanlage betrachten, aus der sie «eine möglichst hohe Rente herausschlagen wollen».

«Oft haben die ‚*contadini*', die Bauern, einen festen Zins zu bezahlen, oft einen Teil des Ertrages abzuliefern. Meist macht die Abgabe an den Grundbesitzer die Hälfte des Ertrages aus, sie kann aber auch bis zu zwei Dritteln steigen. In der Praxis versuchen natürlich die Bauern, dieses Verhältnis etwas zu ihren Gunsten zu korrigieren. Es ist klar, daß angesichts der wenig entwickelten Landwirtschaft und der Übervölkerung diese Pächter zum größten Teil in völliger Armut leben. In bedeutend schlimmerer Lage sind die Bauern, die *im Taglohn* arbeiten. In Andria, im Norden Apuliens, verdient ein gewöhnlicher Landarbeiter im Tage 650 bis 700 Lire (etwa Fr. 4.50), wenn er vom Grundherrn über die Gemeinde angestellt wird; wird er vom Grundherrn direkt angeworben, so erhält er oft 400 Lire, weiter im Süden sogar nur 300 und weniger im Tag. Davon muß er Wohnung und Essen für die Familie bestreiten. Der große Kinderreichtum der Familien und das Fehlen einer Industrie in Süditalien, die die überflüssigen Kräfte absorbieren könnte, schaffen einen großen Überfluß an Arbeitskräften, so daß viele Landarbeiter nur 100 bis 150 Tage, ja an manchen Orten nur 50 bis 60 Tage im Jahre arbeiten können.

Diese geringen Verdienstmöglichkeiten bringen unglaubliche soziale Verhältnisse mit sich. Die Bauern, die im Taglohn arbeiten, wohnen in einzelnen Gebieten in volksreichen Orten beieinander. Dort trifft man Quartiere, in welchen sogar der Kellerraum der niedrigen Häuser von zwei bis drei Familien gemeinsam bewohnt wird. Wasser und sanitäre Einrichtungen sind in diesen Häusern natürlich nicht zu finden. Das Essen besteht im Winter am Morgen aus Brot und etwas Gemüse, am Mittag aus Teigwaren und am Abend aus Brot und Wasser. Die schlecht ernährten Kinder sind gegen Krankheiten besonders anfällig. Auch für die unerhört genügsamen Süditaliener ist damit das Existenzminimum unterschritten, und das Wort ‚Hunger' hat dort eine äußerst reale Bedeutung.»

Natürlich leidet auch das *städtische* Proletariat Italiens großenteils unvorstellbare Not. Nur ein paar Tatsachen über Neapel, das «Unvergleichliche», das Vielbesungene («O sole mio» usw.). Arrigo Jacchia schreibt in der Ostberliner «Friedenswacht» (Oktober 1952) unter anderem:

«Fuorigrotta und Vacaria, das eine am Stadtrand, das andere im Zentrum Neapels gelegen, sind übervölkerte, hoffnungslose, dem Elend geweihte Stadtteile. Die Zahl der Arbeitslosen, die dort leben, erhöht sich unaufhaltsam. Die Straßen von Neapel sind voll von abgemagerten und kranken Kindern. Viele von ihnen leiden an Trachomen und sind damit der Gefahr der Erblindung ausgesetzt. In den Elendsvierteln leben die Kinder unter hygienischen Bedingungen, die man nur als katastrophal bezeichnen kann. Die Zahl der Kinder, die vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben, erreicht in Neapel und Umgebung achtzig pro Tausend. In Rom, Mailand, Turin und Genua beträgt diese Ziffer durchschnittlich vierzig pro Tausend. Die Zahl der Trachomkranken in den Krankenhäusern von Neapel und Umgebung beträgt gegenwärtig nach offiziellen Angaben 87 600, davon mindestens 20 000 Kinder.

Zwei weitere, nicht minder folgenschwere Übel bedrohen und belasten vor allem die Kinder, nämlich das Analphabetentum und die Jugendkriminalität. In Neapel

und Umgebung sind 40 000 Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen, weil wegen Raummangels nicht genügend Schulen bestehen. Ein Viertel der Schulkinder muß regelmäßig bei Beginn des Winters dem Unterricht fernbleiben, weil sie weder Schuhe noch Mäntel, noch überhaupt Kleidungsstücke besitzen, die ausreichenden Schutz vor der Kälte bieten. Und nun die Jugendkriminalität: ist es nicht furchtbar, daß allein in den Jahren 1945 bis 1947 mindestens 20 000 Kinder von den Jugendgerichten verurteilt worden sind? Das Leben auf der Straße, das Elend und der Hunger tragen an solchen Erscheinungen die Schuld.»

«O sole mio . . .»!

Die „freien" Griechen Aber es scheint, als gäbe es noch jammervollere Daseinsbedingungen für das gewöhnliche Volk als die geschilderten. Im Pariser «Témoignage Chrétien» (17. Oktober 1952) berichtet Jacques Chégaray von einer Griechenlandreise:

«Von allen Hauptstädten Europas ist Athen ohne allen Zweifel die elendeste. Ich kann mich von Rom, Madrid, London her an keine ebenso armen Quartiere erinnern. Von einer Million Einwohner, welche die Stadt umfaßt, sind — so kann man sagen — 900 000 unterernährt . . . Man findet in Athen sehr wenig Gemüse, da es in der Nähe der Stadt kaum Handelsgärtner gibt. Das Fleisch in den Metzgereien ist von äußerst mittelmäßiger Güte. Gutes Fleisch ist unerschwinglich (2000 französische Francs das Kilo). Fische sind, außer in den Luxusrestaurants, selten frisch. Zucker ist fast nicht aufzutreiben. Die Preise steigen fortwährend. Seit einem Jahr haben sie sich verdoppelt.

Die Mieten stehen auf unerreichbarer Höhe . . . Viele Haushaltungen siedeln lieber in ein Hotel über, was eine widersinnige Lage schafft.

Um dieses Elend der kleinen Lohnverdiener zu bekämpfen, hat die Regierung eine Sozialversicherung eingeführt, Renten für die alten Arbeiter, Fürsorgedienste für niedergekommene Frauen, die dem französischen System nachgebildet sind und ziemlich normal funktionieren . . . Aber die Mehrzahl der sozialen Reformen sind noch im Entwurfsstadium. Für die Jugend ist nichts getan worden, auch nichts beispielsweise für die Pflege des Sports. Die Kredite aus dem Marshallplan sind begrenzt und übrigens vor kurzem merklich herabgesetzt worden. Nach 18 Kriegs- und Besetzungsjahren sieht es so aus, als seien noch viele Jahre Anstrengung nötig, bis Griechenland wieder ein strahlendes Gesicht bekommt.»

Daß insbesondere die Wohnungsnot auch in anderen griechischen Städten schrecklich ist, bestätigt ein Reisebericht der «Berner Tagwacht» vom 17. Januar 1953. In Saloniki hause schätzungsweise die Hälfte der Einwohner im Elend.

«Die Mietzinse sind — entsprechend den Kapitalzinsen — so ungeheuer hoch, die Wohnungen so knapp, daß zum Beispiel ein jüngerer unverheirateter kaufmännischer Angestellter mit juristischem Abschluß mit einem zweiten Untermieter ein möbliertes Zimmer teilen muß, wobei ‚möbliert' auf nichts anderes hinweist als auf Betten, Stühle, einen Tisch und Zeitungspapier als Tischdecke und Wandschoner.

Auch Schweizerfamilien, deren Eltern oder Großeltern zur Zeit der ersten Modernisierung des Vorderen Orients als Maschinen-, Eisenbahn- und Industriefachleute bessere Zeiten gekannt hatten, teilen dieses Elend, obwohl sie, die die Schweiz noch nie gesehen und keine Beziehung zur Heimat und zur heimatlichen Sprache mehr haben, von der Eidgenossenschaft unterstützt werden. Ein 78jähriges Mütterlein, das von der Tochter gepflegt wird, bemüht sich, mit der Anfertigung von Stoffpüppchen

einen Teil an ihre Existenz beizutragen. Eine andere Schweizermutter fand ich mit ihrer 43jährigen tauben Tochter in einem kleinen, ständig düsteren Souterrainzimmer, das nie einen Sonnenstrahl bekommt und nur Petroleumbeleuchtung hat. Die beiden Frauen teilen das vorhandene Bett gemeinsam. Zu dessen Füßen kochen sie auf einem Kohlenbecken. In diesem Kämmerlein essen sie, waschen sie ihre Wäsche, verbringen sie ihr Leben und bewahren sie, sorgsam in ein Tüchlein gewickelt, den Schweizer Paß auf — in welchem sie, des Schreibens nicht mächtig, nicht einmal die Unterschrift anbringen können.

Die geschilderte Wohnungsnot ist, wenn man so sagen darf, noch eine Not besserer Klasse. Von der Armenkaserne — mit gemeinsamen wasserlosen Etagenküchen und 60 kinderreichen Familien, jede in einem einzigen Zimmer — geht es hinunter über die Stein- und Lehmhütte bis zum Kellerloch und zur Behausung aus Kanisterblech. Dazwischen Hühner, Schweine, Ziegen, den ganzen Altstadthügel hinauf.»

Nach einer Denkschrift der Amerikanischen Mission für die Griechenlandhilfe, die Basil Davidson in seinem Büchlein «Im modernen Griechenland» (wie sein Spanienbericht von der Union für Demokratische Kontrolle herausgegeben) anführt, entfallen zwei Drittel der Ausgaben städtischer Familien auf Nahrungsmittel. Man sollte also meinen, die Leute äßen ordentlich gut. Und doch heißt es in der Denkschrift von einer Familie, die «eine verhältnismäßig gute Lebenshaltung» aufweise:

«Diese Familie kocht einmal im Tag eine Hauptmahlzeit. Sie besteht gewöhnlich aus Makkaroni, Fisch, Hülsenfrüchten oder Gemüsen. Reis und Fleisch sind Luxusartikel. Seit zwei Monaten haben die Leute kein Fleisch gesehen. Das Morgenessen besteht gewöhnlich aus Tee oder Milch.»

Und Davidson fügt bitter bei:

«Zweifellos hungern diese Hunderttausende, vielleicht Millionen von Menschen nicht gern. Höchst wahrscheinlich beschweren sie sich auch darüber, daß sie in Säcken auf einem Zementboden schlafen müssen. Allein der klare Tatbestand ist — ein ungeheuerlicher Tatbestand, der eine furchtbare Verdammung dieses ganzen, durch unser und das amerikanische Eingreifen dem Land aufgezwungenen Systems darstellt —, daß diese Menschen keinerlei Möglichkeit haben, sich zu schützen. Wie die Dinge heute liegen, ist die Antwort auf ihre Beschwerden ein Besuch des Gendarmen, Verhaftung wegen ‚Verdachts umstürzlerischer Anschauungen' und amtliches Schweigen.»

Gewiß, es gibt eine wohlhabende, ja reiche Oberschicht und einen Mittelstand, dem es auch nicht schlecht geht. Was nach dem Krieg zuerst als UNRRA-Hilfe und dann auf Grund des Marshallplanes an Geld und Gütern nach Griechenland floß, das wanderte in erster Linie in die Taschen dieser Kreise. Der amerikanische Schriftsteller Howard K. Smith, langjähriger Mitarbeiter einer der großen Radiogesellschaften der Vereinigten Staaten, stellt in seinem Buch «Der Zustand Europas» trocken fest, die Verwaltung der UNRRA-Waren durch die griechische Regierung sei «nichts anderes als verbrecherisch» gewesen. «Während amerikanische UNRRA-Lebensmittel über den Schwarzhandel in die reichen Restaurants und Herrschaftshäuser wanderten, litten nach Schätzung der UNRRA 75 Prozent aller griechischen Kinder an Unterernährung.»

So bestand tatsächlich — um Davidsons Worte zu gebrauchen — die Hauptleistung des britisch-amerikanischen Eingreifens in Griechenland zur Rettung der griechischen Freiheit darin, daß «ein gehorsamer und vollkommen abhängiger Satellit in einer Machtstellung von strategischer Bedeutung erhalten wurde». Die Regierungen haben in Athen sozusagen von Jahr zu Jahr gewechselt. Geblieben ist die Herrschaft der großen Kaufleute und Reeder, der Bankiers und Spekulanten, der Fabrikanten und Grundbesitzer, denen sich jeweilen ein tüchtiger General «als starker Mann» zur Verfügung stellte, wenn es auf den normalen parlamentarischen Geleisen nicht mehr weiterging. Zurzeit ist es Marschall Papagos. Howard K. Smith urteilt kaum sehr falsch, wenn er meint: «Es gibt wenige neuere Parallelen zu einer Regierung, die so schlecht ist wie diese da . . . Die Nachkriegsregierungen Griechenlands haben die Arbeiter wie die Bauern in einem Maße vernachlässigt, daß es einer eigentlichen wirtschaftlichen Verfolgung gleichkommt.»

Das ist die griechische Demokratie, die jetzt durch einen Militärpakt mit der ebenso freiheitlichen Türkei und dem immerhin noch unter einer Diktatur stehenden Jugoslawien gegen die Gefahr einer Sowjetdiktatur verteidigt werden muß. Nein — die überfällige *soziale Revolution* ist es, die, wie in Spanien und Italien, so auch in Griechenland die Nutznießer der alten Ordnung fürchten und verhindern möchten. Aber darin haben sie freilich recht: wenn die Umwälzung nicht mit «westlichen» Methoden vollzogen wird, so wird sie es eben mit «östlichen». Kommen wird sie auf jeden Fall.

3. März *Hugo Kramer*

Nachschrift. Und nun ist also unversehens *Stalin gestorben*, und die ganze Welt beschäftigt sich mit der Frage, was wohl die Folgen dieses ohne Zweifel bedeutsamen zeitgeschichtlichen Ereignisses sein werden. Wir wollen uns nicht ebenfalls auf Spekulationen einlassen, möchten aber doch sagen, daß man sich hüten muß, Stalins Einfluß auf die Sowjetpolitik der letzten Jahre zu überschätzen. Gewiß, Stalin hat Geschichte gemacht; ohne sein Eingreifen, das oft genug von grausamer, alles menschliche Mitgefühl verachtender Härte war, wäre in Rußland selbst wie in der Welt vieles anders gekommen. Er war vor allem die treibende Kraft in der Ausrichtung der sowjetischen Innenpolitik auf die «Revolution in einem einzigen Land» und der sowjetischen Außenpolitik — als notwendige Konsequenz — auf die Sicherung des gewaltigen kommunistischen Experiments vor ausländischen Angriffen. Weltrevolutionäre Pläne und gewaltsame Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches lagen ihm fern; auch die feste Eingliederung der osteuropäischen Mittelstaaten in den Sowjetblock war durchaus defensiv gemeint und übrigens durch die während des Krieges getroffenen Vereinbarungen mit den

Westmächten autorisiert. Nachdem aber einmal dieser Kurs festgelegt war, konnte es für die Sowjetunion keine andere Linie mehr geben. Es ist darum auch höchst unwahrscheinlich, daß Malenkow, Beria, Molotow, Bulganin und Kaganowitsch — das Fünfgestirn, das Rußlands Geschick jetzt lenken soll — eine neue, auf militärische Abenteuer ausgehende Politik einleiten werden. Was Stalin durchgesetzt hat, entsprach elementaren Notwendigkeiten der Sowjetunion, die auch unter anderer Staatsführung weiterwirken werden. Höchstens daß das Ansehen der neuen Männer im Volk und in der herrschenden Schicht nicht mehr groß genug ist, um die fraglose Unterwerfung unter den allerhöchsten Willen zu sichern, die unter Stalin üblich gewesen war. Die Vergottung Stalins mag sich vor allem hier rächen. Aber es wäre grundverkehrt und könnte katastrophal enden, wenn die Westmächte, wenn vor allem die Vereinigten Staaten auf eine Schwächung des inneren Zusammenhalts der Sowjetvölker rechneten und ihre Politik darauf einstellten. Die Gefahr, daß dies geschieht, ist freilich um so größer, als die amerikanische Außenpolitik unter Eisenhower und Dulles ja schon vor Stalins Tod jene Wendung von der «Eindämmungspolitik», die Truman verkündet hatte, zur «Zurückwerfungs- und Befreiungspolitik» vorgenommen hat, von der nur Illusionisten annehmen können, daß sie ohne Krieg durchzuführen sei. Die neuen Gestalter der USA-Politik *wollen* nichts von Verständigung mit dem kommunistischen Block wissen; sie *wollen* nicht über die Abgrenzung der beidseitigen Einflußgebiete verhandeln, bevor die Sowjetunion vor Amerika kapituliert habe und bereit sei, sich auf ihre «natürlichen» Grenzen zurückzuziehen; sie *wollen* so lange aufrüsten, bis Moskau überzeugt sei, daß es nachgeben müsse, wenn es nicht unter ungünstigsten Verhältnissen den Atomkrieg riskieren wolle. Für uns steht es freilich fest, daß sich die Sowjetunion nicht auf diese Art erpressen läßt — aber in Washington glaubt man eben so felsenfest an die Werte der «amerikanischen Lebensform» und der kapitalistischen Kultur, daß man den Kommunismus russischer wie chinesischer Prägung nur als widernatürliche, vorübergehende Erscheinung betrachtet und eine Weltaktion zu seiner Zurückdrängung als völlig auf der Linie der geschichtlichen Entwicklung gelegen höchst zuversichtlich ins Auge faßt. *Hier* liegt die wirkliche Gefahr für die Welt — nicht in dem, was Stalins Nachfolger tun oder lassen mögen.

9. März *H. K.*

BUCHBESPRECHUNG

Serge Radine: «Ferrero exilé.» (Pierre Cailler, éditeur, Genève, 210 pages.)

Das Buch unseres verehrten Mitarbeiters und Freundes gibt mehr, als es verspricht. Die Beschreibung von Guglielmo Ferreros, des großen italienischen Geschichtsschreibers, Wirken in seinem Genfer Exil nimmt nur einen sehr geringen Teil von Serge Radines pietätvoller Arbeit ein; ihr Hauptinhalt ist die Analyse der Lebens- und Gesellschaftsphilosophie Ferreros, wie sie sich in seinem ganzen literarischen Schaffen ausdrückt, nicht zuletzt in seinen vier ziemlich unbekannt gebliebenen Romanen, die der Verfasser einläßlich würdigt. Der Erneuerer unseres Wissens um die römische Geschichte und die in ihr tatsächlich wirkenden Kräfte war ja alles andere als ein bloßer Fachgelehrter; er war vor allem ein leidenschaftlich um die Probleme seiner eigenen Zeit bemühter Mensch und Denker, der gerade darum fähig war, uns auch die Vergangenheit wieder lebendig zu machen. So konnte es nicht fehlen, daß Ferrero in schärfsten Gegensatz zum Faschismus kam, sein Heimatland verlassen und im Ausland ein neues Tätigkeitsfeld suchen mußte; als Lehrer der neueren Geschichte an der Universität Genf beschloß er sein Leben, bevor er noch den Sturz der Diktatoren gesehen hatte. M. Radine bringt uns seinen Meister insbesondere menschlich nahe; indem er an Ferreros «Philosophie der Grenzen» — der Grenzen, die alles menschliche Streben hat, besonders das Machtstreben — jeweilen seine eigenen Betrachtungen über Geschichte und Politik, Religion und Moral, Philosophie und Psychologie, Kunst und Literatur anknüpft. In diesen Betrachtungen voll kluger Urteile und reicher Kultur sucht er zu zeigen, wie Ferreros humanistisch-liberales Denken auch in unserer Zeit fruchtbar und anregend wirken könne. Ob ihm das völlig gelungen ist, bleibe dahingestellt; er räumt selbst ein, daß Ferrero für das entscheidende Problem unseres Jahrhunderts, das soziale, wenig Verständnis aufbrachte und mit seiner Überbetonung des Prinzips der Legitimität der Staatsgewalt — dieser Leitidee seines geschichtlichen und politischen Denkens — im neunzehnten Jahrhundert stecken geblieben ist. Dennoch wird man ihm zustimmen müssen, daß es ein außergewöhnliches Verdienst des italienischen Historiker-Philosophen war, «in einer besonders ausgeprägten Epoche der Zersetzung und der Unsicherheit mit erleuchtetem Mut daran erinnert zu haben, daß wirksames Handeln nur aus rechtem, gesundem und geradem Denken hervorgehen kann und niemals umgekehrt dieses erzeugen oder zu ersetzen beanspruchen kann».

H. K.

Redaktionelle Bemerkungen

Wir bitten unsere Abonnenten und Leser um Entschuldigung, daß das Doppelheft Februar/März wegen Krankheit innerhalb des Redaktionskollegiums um eine Woche verspätet erscheint.

Aus demselben Grunde muß auch unsere geplante «Stellungnahme» zu aktuellen Geschehnissen auf das Aprilheft verschoben werden.

Aus Versehen der Redaktion wurde die in diesem Heft als Nachtrag beiliegende Seite beim Druck des Inhaltsverzeichnisses 1952 vergessen; auch hier bitten wir um gütige Nachsicht.

Auf das Problem, welches unser Mitarbeiter Dr. H. Kramer in seinem Beitrag «Es geht wieder gegen die Juden» behandelt, werden wir in unserer «Stellungnahme» zurückkommen.

Was die beiden in diesem Heft abgedruckten Referate von Dr. Farner und Pfarrer Strijd betrifft, verweisen wir auf den Bericht über den Flumserberg-Ferienkurs im Oktoberheft 1952.

Zu unserem Bedauern konnte in den letzten Nummern keine Eingangsbetrachtung gebracht werden. Dies lag zum Teil an der Zusammenstellung der Hefte. Wir möchten aber dieses Grundelement der «Neuen Wege» wieder voll zur Geltung bringen.

Allen Freunden wünschen wir Passions- und Ostertage, in denen sich Christus mit seinem Leben, Kampf und Sieg kundtut.

Das Redaktionskollegium

Wollte Gott uns in dieser Katastrophe etwas sagen?*

Text: «Die Stimme des Herrn ist über den Wassern.» (Psalm 29, 3a.)

Wenn wir mit wirklich großem Leiden in Berührung kommen, werden wir still. Jedes Wort würde wie ein eitler Klang tönen.

Das haben wir in der vergangenen Woche sehr deutlich begriffen. In meiner Gemeinde 's Hertogenbosch trafen — gleich nach der Katastrophe — Hunderte von Betroffenen ein. Viele kamen aus Onde Tonge, einem der schwerst heimgesuchten Orte.

Was diese Menschen *gesehen* haben, ist oft noch schlimmer, als was sie selber durch das Wasser gelitten haben.

Ich denke an den Mann, der über die Dächer verzweifelt zu seinem Nachbarn floh: sein Haus stürzte durch die Wucht des Wassers ein, und der Mann sah seine Frau und seine drei Kinder ertrinken.

Ich denke an die Frau, deren eigene Familie gerettet wurde, doch ihre Schwester mit Gatte und acht Kindern und noch eine Schwester mit Gatte und drei Kindern ertranken.

Und so lauteten viele Berichte — eine Häufung von Angst, Kummer und Leid.

Wie sehr haben auch die Tiere gelitten. Tausende von Kühen haben, vor Not und Angst schreiend, den Tod in den Wellen gefunden.

Wie stehen wir als Christen diesem großen Leiden gegenüber? Wir werden helfen, sicher mit Geld und Gütern, mit Gastfreundschaft und Freundlichkeit.

Aber nachher, wenn wir mit unsren Gedanken allein sind, kommen die Fragen. Gott — und diese Katastrophe — Gott . . . und dieses Leid — was sollen wir damit anfangen?

Es wurden und werden viele einfache Antworten gegeben. Man sagt dann: «Gott wollte diese Katastrophe» oder, vorsichtiger: «Gott ließ diese Katastrophe zu», oder: «Dies ist ein Urteil, ein Gericht Gottes.» Und diese Antworten werden oft ohne innerliche Spannung, ohne Bewegtheit gegeben — es paßt nun einmal in das System hinein, eine solche Antwort zu geben, und damit ist die Sache abgetan.

Das Rätsel ist, wie man sagen kann, gefangen — und was wollen wir mehr?

---

* Diese Predigt, die zum nationalen Gedenktag am 8. Februar 1953 in Amsterdam gehalten wurde, gilt wohl dem holländischen Volk, das von katastrophalem Geschick heimgesucht wurde, doch meinen wir, daß solche Worte uns alle angehen und uns zur Mahnung und Besinnung aufrufen, denn die Katastrophen häufen sich, und sie bedeuten nicht nur in ihrem Wortlaut, in der Übersetzung, auch: «Wendung», «Umkehr», sondern bedeuten dies auch im geistigen Sinne. Das wollen wir nie überhören! *D. R.*

Es ist eine abscheuliche Sache mit diesen fertigen, schön abschließenden Antworten. Viele Menschen haben ihr Leben lang wegen solcher Antworten einen Widerwillen gegen das Christentum behalten. Ich kann mir das sehr gut vorstellen.

Nein, so einfach ist das nicht. Wir werden anfangen müssen, schlechthin und unumwunden zu gestehen: Wir wissen nicht, was damit anzufangen sei. Auf die meisten Fragen, die wir hinsichtlich dieser Flutkatastrophe stellen können, bekommen wir keine Antwort. Die Rätsel bleiben bestehen.

Irgendwo im Alten Testament stehen folgende Worte: «Die verborgenen Dinge sind für den Herrn, unsern Gott.» Und der Prophet Jesaja hörte in seiner Vision die Engel singen: «Heilig, heilig, heilig ist der Herr der Heerscharen.»

Hier wird an erster Stelle das ganz andere, das Unnahbare, Furchterregende betont. Das Handeln Gottes ist nicht zu ergründen. Gott kann man nicht in ein System einfügen. Er ist der Heilige, dessen Taten unergründlich sind.

Deshalb glaube ich, daß wir von dieser Katastrophe sagen müssen: Gottes Hand ist in dieser Angelegenheit, aber wie — das können wir nicht wissen. Um Ihn herum sind Wolken und Finsternis.

Die größte Schwierigkeit ist, so glaube ich, die folgende:

Wir als Christen glauben, daß wir an Christus sehen, wie groß Gottes Barmherzigkeit hinsichtlich unsrer Welt ist. Im Kreuze sehen wir den Beweis der Liebe Gottes.

Wie kann mit dieser unermeßlichen Liebe Gottes, der in Christus vor uns steht, dieses katastrophale Geschehen zusammenstimmen? Wir wissen es nicht.

Wohl können wir, zum Kreuze hinaufblickend, folgendes den soeben geäußerten Worten hinzufügen: Gott hat etwas mit diesem Ereignis zu tun — wie, das wissen wir jedoch nicht. Fest steht aber: Gott läßt das nicht geschehen, nur um uns zu quälen, Gott ist kein Tyrann. Dies glauben wir, das wissen wir vom Kreuze her.

Wie unglücklich wären wir, wenn wir in diesen Tagen auf eine Gottesoffenbarung in der Natur angewiesen wären! Es gibt glücklicherweise eine Stimme über diese Natur hinaus: die Stimme des Herrn ist über den Wassern! Und wir können als Christen nicht an Gott den Herrn denken, ohne daß wir im Geiste das Zeichen des Kreuzes sehen.

Daher glauben wir, daß dies alles nicht geschieht, nur um uns zu quälen.

Sind aber damit alle Probleme gelöst? Nicht im geringsten. Die Fragen brennen weiter in unserer Seele; sie fliegen auf uns zu wie eine Schar böser Vögel.

Aber dieses eine halten wir fest — besser gesagt: dieses eine hält uns fest: die Stimme des Herrn ist über den Wassern.

Das heißt: Das Kreuz Christi, die feste Versicherung der Liebe Got-

tes, sagt uns auch in diesen Tagen, daß Gott kein Tyrann ist. Sein Wesen und sein Handeln sind heilig. Und wir sind gerufen, uns zu beugen, zu tragen und Gott anzubeten.

«Heilig sind, o Gott, Deine Wege; niemand widerspreche Deiner Majestät.»

Der Prophet Amos hat es zu seiner Zeit so gesehen: Es kommen Katastrophen über das Volk Israel, Hungersnot, Regen, die Pestkrankheit und noch vieles mehr. Hiemit, so sagt Amos, will Gott die Menschen streng zur Ordnung rufen. Gott will, daß das Volk Israel sich wieder zu Ihm wenden möge. Aber immer wieder muß Gott klagen: «Ihr habt euch nicht zu Mir bekehrt.» (Amos 4, 6—13.)

Gott hat Kummer um sein Volk. Auch in diesen Katastrophen, so sagt Amos, handelt Gott wie der Vater. Es geht darum, die Abkehr umzuändern in eine Zukehr.

Ich glaube, daß diese Worte von Amos für uns, in unsrer Situation, wieder aktuell werden.

«Sollte Gott uns etwas sagen wollen in dieser Katastrophe?»

Ich antworte sehr vorsichtig: Könnte es vielleicht sein, daß wir aufs neue daran erinnert werden sollen, wie heilig Gottes Handeln ist? Könnte es vielleicht folgendes sein: Daß wir jetzt wieder besser als früher von Gottes Verborgenheit wissen?

«Die Stimme des Herrn ist über den Wassern.»

Das ist uns ein Trost.

Und es ist nicht anders möglich: das Kreuz erscheint vor unsern Augen, inmitten der großen Angst, des Leidens und des Kummers.

Es kann nicht möglich sein, daß Gott uns hiemit nur quälen möchte.

Könnte es möglich sein — und jetzt denke ich an Amos —, daß Gott uns mit diesem entsetzlichen Ereignis zu sich rufen will? Wäre es möglich, daß durch dies alles ein aufweckender Ruf zu uns kommt: «Menschen, ihr gehört zu Mir, kommt zu Mir und bleibet dann bei Mir!»?

Außerdem muß ich auch noch einige andere Dinge sagen. Diese «anderen Dinge» sind nicht nebensächlich, nein, sie gehören dazu. Ich kann sie nur aussprechen, weil ich glaube, daß sie mit dem Hören auf «die Stimme des Herrn, die über den Wassern ist», zusammenhängen.

Wohl will ich vorher diese Bemerkung machen: Wenn Menschen, die durch die Katastrophe getroffen werden, diese Predigt lesen, werden sie sich vielleicht nicht interessieren für das, was folgt. Ich würde das gut verstehen können.

Nun — denken Sie dann zuerst nochmals über den ersten Teil der Predigt nach. Und versuchen Sie es zur Anbetung des Heiligen Gottes zu bringen, dessen Handeln Majestät ist. Versuchen Sie zum Geständnis zu kommen, daß *das Kreuz uns in diesen Tagen aus der Verzweiflung rettet.*

Aber zu den vielen andern, zu den Nichtgetroffenen an erster Stelle, muß ich doch auch das andere sagen, weil die Kirche versuchen soll, das

Denken des Volkes zu führen; weil die Kirche versuchen soll, auf unsere Kommentare zu achten.

Es handelt sich um drei Dinge.

Erstens: Wir vernehmen in diesen Tagen öfters die Bemerkung: Was jetzt geschehen ist, ist genau so schlimm wie ein Krieg.

Aber — laßt uns nicht vergessen, daß diese Wassersnot eine *Katastrophe* ist und daß der Krieg ein *Verbrechen* ist, ein Verbrechen, das die Menschen sich gegenseitig antun!

Wir dürfen, auch in unsren Gesprächen, diesen Unterschied nicht aus dem Auge verlieren; der Unterschied ist wesentlich!

Es wird einigermaßen anders, wenn es wahr sein sollte, daß kein Geld mehr vorhanden war für die Reparatur und die Erhöhung der Dämme, weil wir das Geld für andere Sachen, für die Verteidigung, ausgeben mußten.

Aber ich will sofort hinzufügen, daß ich nicht beurteilen kann, ob das stimmt oder nicht. Und dann: Laßt uns bestimmte Autoritäten nicht mit Schuld belasten. Sie taten ja, was wir mit unsrem Protest in Taten und Worten hätten verhindern können. Deshalb: Wirf keine Steine mit!

Viele sagen: «Welch ein Glück, daß wir ein Heer haben! Die Soldaten konnten jetzt ausgezeichnet helfen.»

Tatsächlich: die Soldaten haben enorm geholfen. Mit Ehrerbietung wollen wir an die Militärpersonen denken, die ihr Leben bei der Rettung ihrer Nächsten geopfert haben.

Aber — laßt uns ja keine falschen, für unser Denken und unser Handeln so verheerenden Schlußfolgerungen ziehen! Diese Soldaten handeln nicht als Soldaten, sondern als Menschen, die in einer bestimmten Disziplin und Ordnung gelernt hatten, zusammenzuarbeiten.

Auch wenn wir kein Heer von Militärpersonen hätten, würde unser Volk so tüchtig sein und ein Heer von jungen Männern und Frauen bilden, die während einer bestimmten Periode ihres Lebens im Dienste der Menschheit arbeiten würden. In Katastrophen- und Notzeiten würde das Heer aufgeboten werden. Dies alles hat zwar mit Disziplin, Ordnung und Dienst zu tun, aber nichts mit der typisch *militärischen* Arbeit.

Die Stimme des Herrn ist über den Wassern. Kann es vielleicht sein, daß es im Hinblick auf diese Stimme auch Menschen gab, die dachten: Wie schade — diese jungen Leute, die jetzt so tüchtig und mutig ihre Mitmenschen retten ... sie können eines Tages, «wenn es sein muß», plötzlich zu andern Taten aufgerufen werden. Taten, womit sie, «wenn es sein muß», Katastrophen über ihre Mitmenschen entfesseln müssen, schlimmer als es diese Katastrophe ist.

Verursachte die Stimme des Herrn, daß wir an diese andere Möglichkeit denken mußten? Jetzt retten sie — aber nachher müssen sie ihre Nächsten vernichten, um (so sagt man) andere Menschen und auch die westeuropäische Kultur zu retten. Und wer denkt dann noch daran, daß

durch eine solche Vernichtung die sogenannte Rettung wertlos geworden ist? Wir werden es zu spät erkennen.

Wir haben bei dieser Katastrophe auch gesehen, was die Technik in Friedenszeiten bedeuten kann. Gummiboote wurden ausgeworfen, Nahrungsabwürfe fanden statt, Sandsäcke wurden gebracht, Helikopter halfen bei der Rettung.

Niemand wurde durch diese modernen technischen Hilfsmittel vernichtet. Sie dienten völlig nur zur Rettung.

«Sollte Gott uns etwas zu sagen haben in dieser Katastrophe?»

Ich frage: Könnte es vielleicht sein, daß wir auch einmal an ein *anderes* Heer denken werden und an eine *andere* Anwendung unserer Technik? Und würde dieses «Denken» uns nicht zu einem *andern* «Handeln» anregen können?

Es gibt noch ein Zweites, was ich sagen möchte.

Es gab Leute, die meinten: Eigenartig, daß diese Katastrophe gerade jetzt kommt, in dieser Zeit der Vorbereitung des «Bürgerschutzes». Uns ist auf beschämende Art klargemacht worden, wie schrecklich wenig wir eigentlich tun können.

In bezug auf das letzte: Nach drei Tagen konnte man uns noch immer keine Übersicht der Situation geben. Tagelang saßen Menschen auf den Dachböden, in Bäumen, auf Dächern, wo sie nicht mehr zu retten waren. Und das, trotzdem jeder mitarbeitete, trotzdem wir Telephon und Rundfunk, Boote und Lastautos zur Verfügung hatten.

Natürlich — auch viele Fehler sind bei der Rettungsarbeit gemacht worden. Das wäre bei einer so umfangreichen Katastrophe auch nicht anders möglich. Wir wollen uns für die Fehler nicht entschuldigen. Ebensowenig wollen wir sie breit ausschlachten. Daß Fehler gemacht werden, ist unvermeidlich.

Dürfen wir nun sagen (wie das einmal im Rundfunk gesagt worden ist), daß diese Katastrophe wohl deutlich gezeigt hat, wie gut es ist, daß wir den «Bürgerschutz» vorbereiten?

Vergessen wir nicht die Tatsachen. In Kriegszeiten ist die Situation ganz anders als bei einer solchen Katastrophe. Im ersten Fall gibt es keinen ungestörten Gebrauch von Telephon und Radio, Lastwagen und Verbindungsstraßen, dann keine hundertprozentige Mitwirkung von allen, sondern hundertprozentiger Widerstand eines verbissenen Feindes. Und wenn Atombomben abgeworfen werden, dann muß man bei der Hilfeleistung mit den gefährlichen radioaktiven Nachwirkungen rechnen.

Sicher — wer die Realität berücksichtigen will, kann nur sagen: Das, was jetzt bei dieser Katastrophe möglich war, ist dann, in einem eventuellen Krieg, unmöglich. Was jetzt geschah (oder nicht geschah), kann nie zur Reklame für den «Bürgerschutz» ausgewertet werden.

Gerade weil wir die Gefahr eines Kriegreifmachens der Herzen zu kennen meinen, gerade weil wir um den in uns wohnenden Wunsch nach

Sicherheit gegenüber den abscheulichen modernen Waffen wissen — und dabei wollen wir uns nötigenfalls mit einem falschen Gefühl der Sicherheit begnügen —, gerade deshalb nennen wir diese Dinge.

«Sollte Gott uns etwas sagen wollen in dieser Katastrophe?»

Ich frage: Sollte Gott vielleicht hoffen, daß wir *wach* werden? Sollte Er uns vielleicht zurufen: Haben meine Menschen denn wahrhaftig nichts Besseres zu tun, als sich gegen Verbrechen zu schützen, wie sie es nennen, Verbrechen, die sie selber gegen andere zu begehen bereit sind?

Und dann schließlich der dritte Punkt, der mit dem ersten und dem zweiten eng zusammenhängt. Gerade in diesen Tagen besuchte der amerikanische Außenminister, Foster Dulles, unser Land.

Es gibt Leute, die in den Worten und Taten von Foster Dulles sehr große Gefahren für die Zukunft der Welt sehen. Sie fürchten, daß, wenn man auf den von Dulles und Eisenhower gewählten Wegen weitergehen werde, der Krieg sich ausbreiten könnte, an erster Stelle in China. Ich selber kann es auch nicht anders sehen. Das Spiel, das jetzt gespielt wird, kann, nach menschlichem Ermessen, nur Krieg zur Folge haben. Es gibt kein einziges Land, das einen vollkommen neuen Weg gehen will oder kann.

Foster Dulles in unsrem Land! Inmitten dieser Zeit der Katastrophe und des Elendes! «Sollte Gott uns etwas sagen wollen in dieser Katastrophe?»

Die kirchliche Botschaft von heute sagt: «Laßt uns unsre Schulden bekennen, und laßt uns um Gnade und Verzeihung beten.»

Tatsächlich: durch den Schock der Geschehnisse können wir dazu gebracht werden, unsre Schulden zu bekennen.

Welche? Die persönlichen? Ja, diese an erster Stelle. Aber dann doch auch die nationalen und die kirchlichen.

Sollten wir vielleicht die Sünde bekennen müssen, daß Holland sich ganz in das Spiel, das in Krieg enden kann (oder muß?), einschalten läßt?

Gott ruft, sagt Amos, durch die Katastrophen hindurch nach Bekehrung, nach Rückkehr zu Ihm.

Wird Gott von uns einmal, uns anklagend, sagen müssen — und jetzt denke ich an Amos 4, 6—13 —:

«Eure Dämme sind durchbrochen, und das Wasser hat eure Menschen weggespült — aber ihr habt euch nicht zu Mir bekehrt, spricht der Herr.»

Liegt es ganz außerhalb der biblischen Wahrheit, diese Fragen zu stellen?

Die Stimme des *Herrn* ist über den Wassern.

Dann hören wir etwas.

Dann kommen wir auch zum Schuldgeständnis.

Gott ruft uns zu: «Wendet euch zu Mir, und ihr seid gerettet. Brecht mit dem Vertrauen auf eitle Mächte.»

Wir wissen aus der Wahrheit Gottes, uns in Christus offenbart,

daß sowohl Amerika als auch Rußland — sei es aus verschiedenen Gründen — zu den «eitlen Mächten» gerechnet werden müssen.

Theoretisch behaupten wir, daß wir Amerika wirklich nicht trauen — praktisch tun wir es doch.

Könnte es auch möglich sein, daß unsre Augen durch die Erschütterung der Ereignisse geöffnet worden sind, so daß wir unsre Schuld sehen — *weil* wir uns zu dem Herrn gewendet haben?

Wenn dies der Fall ist, so wird nach dieser eine neue kirchliche Botschaft kommen, weil dann eine neue Tat entstanden ist aus der Bekehrung zu dem Herrn heraus, dessen Stimme wir über den Wassern gehört haben.

So können wir ein geistig befreites Volk werden, das auch wagen würde, schwierige Konsequenzen auf sich zu nehmen. Denn: Unabhängigkeit von Amerika — das kann bedeuten, daß nach dieser Wassersnot eine Zeit kommen könnte, die an Hungersnot grenzt.

Und doch — wenn ein geistig befreites Volk (wozu die Christen aller Kirchen an erster Stelle gehören müßten) die Wahl hätte zwischen Unrechtleiden und Unrechttun, so wird es das erste dem zweiten vorziehen.

Der aufweckende Ruf zur Umkehr, auch wo es sich um unsre Stellung inmitten der heutigen internationalen Situation handelt, kommt zuerst zu uns *persönlich*. Und wir sind davon überzeugt, daß die, welche diesem Ruf zur Umkehr folgen, unsrem Volke, der Kirche, der Welt, der Menschheit am besten dienen.

«Sollte Gott uns etwas zu sagen haben in dieser Katastrophe?»

«Die Stimme des Herrn ist über den Wassern.» Und wir wissen, daß das Handeln Gottes Heiligkeit ist. Und durch das Kreuz glauben wir, daß Gott diese Dinge nicht geschehen läßt, nur um uns zu quälen.

Ist diese Katastrophe ein Urteil, ein Gericht? In bestimmter Hinsicht kann man — wenn wir nur vorsichtig sind mit diesen Ausdrücken und sie nicht als Bestandteile eines gewissen Systems gebrauchen — Urteil und Gericht darin erkennen.

Vielleicht — ich kann mich nur vorsichtig ausdrücken — müssen wir an erster Stelle durch das ängstigende Getöse dieser Katastrophe hindurch den Weckruf Gottes vernehmen — den *Ruf, uns zu Gott zu* wenden, zu dem Herrn; dies bedeutet auch: zu unserm wahren Heil und unsrer wirklichen Rettung umzukehren. Dieser Weckruf bewirkt außerdem, daß wir uns von selbst vom Vertrauen in die Mächte, die nichts mehr mit dem Herrn zu tun haben, abwenden.

Ja, die Stimme des Herrn ist über den Wassern. Wenn wir nur hören wollen.

Wir werden versuchen, menschlich mit den Evakuierten zu verkehren, auch wenn es sich zeigt, daß sie lange bleiben müssen.

Und wir werden persönlich die Stimme, die über den Wassern tönt, ernst nehmen — und so Volk, Kirche und Welt dienen.

Auf daß Gott sich über uns nicht zu beklagen hat, daß wir uns nicht zu Ihm bekehrt hätten.

Ja — Gott hat uns etwas in dieser Katastrophe zu sagen.

Zu uns persönlich.

Zu Kirche und Volk.

Die Stimme des Herrn ist über den Wassern. Amen.

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Jesus Christus und die Politik*

Die Politik ist heute unser Schicksal. Sie ist als Handeln im Staat, in der Wirtschaft, in der Kirche der Erhaltung dieser weltlichen Einrichtungen gewidmet. Macht ist ein wesentlicher Faktor dieses Handelns. Diese Macht hat sich zunehmend gesteigert im Lauf der Weltgeschichte. Heute leben Millionen von ihrem Staat. Sie erhalten das tägliche Brot, aber auch die Arbeit, die Wohnung und Kleidung vom Staat oder von öffentlichen Einrichtungen. Oft genug erhalten wir heute auch unsere Gesinnung und Denkweise, jedenfalls aber die Bahnen, in denen sich unsere Gedanken in einem mehr oder weniger großen Spielraum bewegen, vom Staat zugewiesen. Schule, Presse und Propaganda arbeiten. Der Staat ist überaus mächtig. *Wie* er gelenkt wird, das ist für uns schicksalhaft. Das haben wir erlebt, als der Staat uns nicht nur schützte, wie das in anderen Staaten Europas der Fall war, sondern als er die Mehrzahl seiner Bürger um ihr Hab und Gut brachte, viele um ihr Leben und mehr noch um ihre Gesundheit. Der Staat beschränkt die Freiheit und maßt sich Einfluß über Familie und Erziehung an. So überschattet die Macht des modernen Staates — auch in einer Demokratie — das gesamte Leben. Darum Schicksal und darum die Kunst, diesen Staat zu lenken, schicksalschwer. Das alles nennt man Politik.

Was hat Jesus Christus damit zu tun? Diese Frage wird uns wohl in jedem der vorgesehenen Vorträge irgendwie begegnen. Wir sprechen als Christen, die im Bannkreis der Politik um ihre Haltung ringen.

Das heutige Thema kann zweifach verstanden werden: Jesus Christus und die Politik grundsätzlich oder Jesus Christus und die Politik zu seiner Zeit. Das erste Thema ist das Thema der ganzen Tagung, denn Jesus Christus ist das Reich Gottes. Das zweite Thema würde uns eine Hilfe zum Gesamtthema zu geben versuchen und die Frage stellen:

* Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die neue Schrift «Jesus im politischen Zeitgeschehen» von Pfarrer Wilhelm Mensching (Selbstverlag, Freundschaftsheim, Bückeburg, Deutschland). D. R.

Daraus folgt von selbst eine Wegweisung für heute. Hatte die Politik zu Jesu Zeiten eine ähnlich beherrschende Stellung wie heute? Grundsätzlich war auch damals die Politik das Schicksal der Menschen. Im einzelnen aber durchdrang sie das Leben noch nicht so intensiv wie heute. Sie ließ Räume des Daseins frei, in denen sie keine Macht übte. Das Leben der Stillen im Lande, aus deren Reihen Jesus kam, und seine und des Johannes des Täufers Tätigkeit zeigen das.

Aber das öffentliche Handeln setzte auch Grenzen, die nicht überschritten werden durften. So wurde Johannes dem Täufer und Jesus die Politik schließlich zum Schicksal. Beide sind auf dem Boden des politischen Handelns umgebracht worden. Waren sie unpolitisch, dann wäre ihr Tod eigentlich ein Versehen der Politik, oder waren sie politisch, aber der herrschenden Richtung feind?

Bei Johannes dem Täufer, der die Ausschweifungen im Privatleben und wohl auch in der Regentschaft des Vierfürsten Herodes geißelte, ist es klar. Er bejaht die Politik im Sinne der Propheten des Alten Bundes und weiß sich von Gott gesandt, ins Gewissen zu reden und zu strafen. Er vertritt Gottes Gesetz als Richtschnur für das Handeln der Politiker, straft und mahnt. Er bleibt seiner prophetischen Mission treu, handelt nicht genuin politisch, wirkt aber durch sein Wort in die politische Sphäre hinein, weil er den Menschen beurteilt und straft, mahnt und anspricht, die politische Höchstverantwortung tragen.

1. In diesem Sinne hat auch Jesus politisch gewirkt.
2. Im Sinne eigentlichen politischen Handelns hat sich Jesus nicht betätigt.
3. Seine Reichsbotschaft und seine Gemeindegründung bedeuten das Ende der Politik und die Erwartung von etwas Neuem.

1.

Die politischen Verhältnisse zur Zeit Jesu sind gekennzeichnet durch die Tatsache der römischen Besetzung des Landes und verbliebenen Resten einheimischer Autorität.

Die *staatliche Autorität* des alten Israels bestand zu Jesu Zeiten nicht mehr. Der Wiederaufbau des staatlichen Lebens nach dem Exil vollzog sich unter fremder Oberherrschaft. Im 2. Jahrhundert v. Chr. gründeten die Makkabäer, im Anschluß an die Empörung gegen den syrischen König Antiochus IV. Epiphanes und seine Hellenisierungspolitik, noch einmal eine relativ selbständige Königsherrschaft. Thronstreitigkeiten und das Eingreifen der Römer beendeten die Existenz des Judentums als Staat. Im Jahre 63 v. Chr. erobert Pompejus Jerusalem.

Die Herrschaft der landfremden Familie des Herodes war von Roms Gnaden, das gilt schon vom sogenannten «Großen» Herodes, der in den

Kämpfen zwischen Antonius und Oktavian sehr geschickt zum Sieger, dem künftigen Kaiser Augustus, hinüberwechselte. Das gilt erst recht von seinen Söhnen, unter die das Reich des Herodes nach seinem Tode geteilt wurde. (M. Dibelius, «Jesus», S. 530.)

W. Mensching weist in seinem Hefte «Jesus im politischen Zeitgeschehen» darauf hin, daß das jüdische Volk die Abschaffung des Königtums forderte, als Herodes I. im Jahre 4 v. Chr. starb. Fünfzig Abgeordnete seien nach Rom gereist, um dort, von 8000 Juden der Weltstadt unterstützt, Augustus zu bitten, daß er keinen neuen König bestätige, vor allem keinen Sohn oder Angehörigen aus dem Haus des Herodes. Die Petitionen blieben ohne Erfolg; denn es brachen in Palästina da und dort blutige Revolten aus, die der römische Feldherr Varus niederschlug. Augustus verteilte daraufhin Palästina an die Söhne des alten Herodes: Samaria und Judäa fielen an Archilaus, Galiläa und das südliche Ostjordanland Peräa fielen an Herodes Antipas, die nördlichen Gebiete an Philippus. 6 n. Chr. wurde Archilaus abgesetzt, und Judäa und Samaria wurden unmittelbar römisches Gebiet. Ein Prokurator des Kaisers zog in Cäsarea auf. Römische Besetzungstruppen zogen dort wie in der Königsburg in Jerusalem ein.

So war das Land, in dem Jesus wirkte, Galiläa, und erst recht Judäa von einer fremden Macht beherrscht. Wenn Jesus der Autorität des Staates begegnete, waren es meist fremde Herren, die sie vertreten mußten. Auch die Hilfstruppen, die in Palästina standen, waren nicht Juden. Die Zollunterpächter aber, die dem Generalpächter möglichst viel an indirekten Steuern, zum Beispiel an Wegegeld für eingeführte Waren, einzutreiben hatten, waren zwar Juden, aber wegen ihrer unehrlichen Praxis und wegen ihrer Bindung an die Römer so verhaßt und verachtet, daß man sie nicht zur jüdischen Gemeinde rechnete und den Verkehr mit ihnen mied.

Die eigentliche Innenpolitik überließ der kaiserliche Statthalter weitgehend dem Synedrium. Luther sagt: dem Hohen Rat. Das waren 70 Mitglieder, Hohepriester und Schriftgelehrte, Sadduzäer und Pharisäer. Sie hatten in Judäa Machtbefugnis. Todesurteile — das wissen wir aus dem Prozeß Jesu — mußte der Prokurator bestätigen. Das war der höchste jüdische Gerichtshof. Die führenden Männer dieses Rates greift Jesus an, wenn er sagt, auf dem Stuhl des Moses hätten sich die Schriftgelehrten und Pharisäer gesetzt. (Matth. 23, 3.) «Alles nun, was sie euch zu tun gebieten, das tut und befolgt. Aber nach ihren Werken richtet euch nicht; denn sie sagen es wohl, tun es aber nicht.» Damit kommen wir zu Jesu Angriff auf die politischen Führer; er ist unbestreitbar.

Freilich ist es kein Angriff, der die falsche Politik dieser Politiker zum Ziel hat, wie es einst von Propheten geschehen ist. Jesus äußert sich über das Verhältnis des Hohen Rates zu den Römern, soviel ich sehe, nicht kritisch, beziehungsweise überhaupt nicht. Aber er stößt mit der Unmoral der politischen Führer zusammen und geißelt sie. Vielleicht haben Hörer

schon damals gesagt: Er wird politisch, als er seine Jünger warnte: «Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.» (Matth. 6, 15.)

Wir wissen aus der Gegenwart, daß das Zitat dieses Herrenwortes politisch Aufsehen erregen kann. Aber Jesus wurde deutlicher. Er scheute sich nicht, die Führer seines Volkes als Heuchler zu entlarven. Die Pharisäer waren ja in gewissem Sinne eine politische Partei der damaligen Zeit, das heißt eine Partei, die vor allem religiöse und theologische Belange hatte, aber die religiösen Belange waren damals eben politische, jedenfalls innenpolitische Belange. Die Partei der Pharisäer verlangte strengste Beobachtung des jüdischen Gesetzes. Sie forderte dazu notwendige Schriftgelehrsamkeit, und ihre Anhänger wurden darum oft zusammen als Pharisäer und Schriftgelehrte benannt und bekämpft. Sozial gesehen waren sie, im Unterschied zu den Sadduzäern, den minderbemittelten Schichten angehörend. Ihre Stellung zu den Römern war kühl, im Gegensatz zu den Sadduzäern, die als höhergestellte Regierende mehr Berührungspunkte mit der Besetzungsmacht hatten. Sie lehnten jeden Eingriff der Römer in das jüdische Leben ab, verurteilten auch die Steuerzahlungen an die Römer. Im Volk galten sie als die Musterfrommen und wahren Patrioten.

Der Gegensatz, in welchen Jesus zu diesen Volksführern hineinkommt, muß politisch beurteilt werden. Wenn heute ähnlich starke Vorwürfe gegen Regierende laut würden, würde man die politische Seite dieser Stimme ohne weiteres erkennen. Daß man von Jesus sagen konnte, er habe mit Politik nichts zu tun, ist wohl politisch ein sehr geschickter Schachzug des Gegenspielers. Inwiefern er eine relative Begründung in Tatsachen hat, wird noch zu zeigen sein.

Zunächst einmal stellen wir fest: Jesus gerät im Verlauf seines Wirkens sehr bald in Gegensatz, ja in schärfsten Kampf mit den innenpolitischen Führern seines Volkes. Er zieht sich nun nicht grundsätzlich zurück, wiewohl er zeitweise ausgewichen ist. Er nimmt kein Blatt vor den Mund, sondern redet ihnen offen ins Gewissen. Darin sehe ich eine prophetische Linie seines Handelns.

Mit dem Kaiser in Rom kam Jesus nicht in Berührung. Seinem Statthalter sagt er beim Verhör frei: «Du hättest keine Macht über mich, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre.» (Joh. 19, 11.) Auch damit spricht er ein politisches Wort der Belehrung und Ermahnung für einen politischen Machtträger aus. Mit seinem eigentlichen Landesherrn, Herodes Antipas (4 v. Chr. bis 39 n. Chr. König in Galiläa und Peräa [Tetrarch]), hat Jesus nie gesprochen. Beim Verhör hat er ihm kein Wort gesagt. Nach Lukas 13, 32, erfahren wir, daß Herodes Jesu nachstellen wollte, wahrscheinlich weil er in ihm einen neuen Johannes den Täufer, den er hingerichtet hatte, vermutete. Jesus läßt ihm ausrichten: «Sagt diesem Fuchs, daß ein Prophet in Jerusalem sterben muß nach der Schrift.»

Mit diesen zwei Stellen sind Jesu Worte zu den politischen Gestalten des Prokurators und des Tetrarchen erschöpft.

Um so zahlreicher aber sind die Stellen, in denen er den Volksführern, die er in Jerusalem täglich vor Augen sah, ins Gewissen redet. Dieses prophetisch-politische Wort möchte ich einmal nach fünf Seiten hin beleuchten:

Jesus ruft die Pharisäer und Priester zur Barmherzigkeit.
Jesus warnt sie vor unsozialer Haltung, vor Üppigkeit und Luxus.
Jesus mahnt sie, sich der Ausgestoßenen und Niedrigen anzunehmen.
Jesus straft ihre Unwahrhaftigkeit.
Jesus spricht ihnen das Recht und die Fähigkeit zur Führung ab.

a) Der Mann, welcher Jesus versuchte mit der Frage, was er tun müsse, um das ewige Leben zu erlangen, war ein Gesetzeskundiger, also ein Parteigänger der Pharisäer. Jesus erzählt ihm das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Die politische Spitze darin ist die Gestalt des Priesters. Er geht vorüber und übt die Barmherzigkeit, welche ihm das Gesetz vorschreibt, gerade nicht. Das tut ein Ungläubiger, ein Samariter. «Tue desgleichen!» Das sagt Jesus dem Schriftgelehrten und zugleich allen seinen Freunden. Später tadelt er sie, daß sie die Hauptsache im Gesetz außer acht lassen: nämlich die Rechtspflege, die Barmherzigkeit und die Treue (Matth. 23, 23).

b) Eng damit zusammen hängt die Warnung vor dem Geiz und der Härte gegenüber den sozial Schwachen. Im Lukas 16, 14, wird ausdrücklich berichtet: «Dies alles hörten die Pharisäer mit an, die geldgierig waren, und rümpften die Nase über ihn.» Er wendet sich also bewußt an die Volksführer mit den Mahnungen, die im Gleichnis vom reichen Mann und armen Lazarus stecken (Lukas 16, 19—34). In der unsozialen Haltung, dem Geiz und der Üppigkeit dieser Volksführer sieht er einen großen Schaden. Er verheißt ihnen die Hölle. Matth. 23, 14: «Wehe euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler! Ihr bringt die Häuser der Witwen gierig an euch und verrichtet zum Schein lange Gebete. Darum werdet ihr ein um so strengeres Gericht erleiden!»

c) Schließlich ist Jesu Haltung den Zöllnern und Sündern gegenüber ein dauernder Anstoß der Volksführer. Jesus mildert diesen Anstoß nicht, sondern er verschärft ihn, weil durch seine Haltung das Gewissen der Pharisäer wachgerufen werden soll. Beim Gastmahl im Hause eines Pharisäers, als eine übel beleumdete Sünderin Jesus salbst, wird der Tadel vom Herrn offen ausgesprochen. Im Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner wird der Hochmut und Stolz gegenüber den andern gegeißelt. Und damit trifft er schließlich die schlimmste innere Haltung der Volksführer: die Heuchelei.

d) Der Name Pharisäer ist durch die Heilige Geschichte einseitig mit diesem Makel behaftet und belastet. Jesus macht den Pharisäern und Schriftgelehrten zum Vorwurf, daß sie Gottes Gebot übertreten. Sie tun

das scheinheiligen menschlichen Satzungen zulieb. Er spricht (Mt. 15, 7) sehr deutlich: «Ihr Heuchler! Treffend hat Jesaias von euch geweissagt mit den Worten (Jes. 29, 13) ‚Dies Volk ehrt mich mit den Lippen, aber ihr Herz ist weit entfernt von mir.'» Die Jünger berichten von diesen Worten ausdrücklich, die Pharisäer hätten daran Anstoß genommen. Jesus vernimmt das und hört nicht auf, weiterhin die Heuchelei dieser Volksführer zu geißeln. «Ihr schließt das Himmelreich den Menschen zu. Ihr selbst geht ja nicht hinein; aber ihr laßt auch die nicht hinein, die hineingehen wollen.» (Matth. 23, 13.) «Ihr haltet die Außenseite des Bechers und der Schüssel rein, innen aber sind sie voll von dem, was ihr durch Raub und Unenthaltsamkeit an euch gerissen habt!» (Matth. 23, 25.) Schärfer konnte kaum gesprochen werden.

e) Und damit kam Jesus zum schärfsten politischen Schluß: diese Leute sind zur Führung des Volkes ungeeignet. Innenpolitische und religiöse Führung fielen damals zusammen. Dies religiöse Urteil war also ein politisches: dem warnenden Wort der Jünger, die Pharisäer würden sich über Jesu strenge Warnungen ärgern, antwortet Jesus: «Laß sie nur: sie sind blinde Blindenführer.» Er spricht ihnen also die Fähigkeit, auf Mose Stuhl zu sitzen, ab. Sie können das Volk nicht führen, wenn aber, dann nur ins Verderben. Im Gleichnis von den ungetreuen Weingärtnern wird ihnen die Führereigenschaft am offenkundigsten abgesprochen. Sie empören sich auch und wollen ihn verhaften. Denn er hatte ihnen das göttliche Recht zur Volksführung aberkannt. «Das Reich Gottes wird von euch genommen werden und einem Volke gegeben werden, das dessen Früchte bringt.» (Matth. 21.) Das Wehe über die Pharisäer steigert sich (Matth. 23). Sie werden übertünchte Gräber genannt. «So erscheint ihr den Menschen von außen gerecht, inwendig aber seid ihr voll Heuchelei und Gesetzesbruch.»

«Ihr seid Söhne der Mörder der Propheten. So macht denn ihr das Maß der Schuld eurer Väter voll. Ihr Schlangen und Otternbrut! Wie wollt ihr dem Strafgericht der Hölle entgehen?»

Wenn in unseren Tagen nur halb so stark an politischen Führern Kritik geübt würde, dann würde niemand auf den Gedanken kommen, daß das keine politische Sache sei. Bei Jesus hat die Kirchengeschichte und ihre mancherlei Irrwege die klare Sicht seines Bildes und seiner Haltung zur Politik verwischt. Denn die Tatsache ist unbestreitbar, daß der Herr den Führern seines Volkes ins Gewissen geredet hat wie niemand zuvor und daß er Ablehnung getroffen hat und seine Mahnungen darum in Gerichtsdrohungen übergeführt hat, die an Schärfe einzig dastehen. Er verlangt von politischen und religiösen Führern Barmherzigkeit, Herz und Verständnis für die Armen und sozial Schwachen, Witwen und Waisen, er verlangt sinnvolle Erfüllung des Gesetzes Mose, bekämpft Einseitigkeit, fordert innere Wahrhaftigkeit, Recht und Treue zum Gesetz und Geist der Schrift.

Dieser Prophetenaufgabe opfert er sein Leben.

Trotzdem kann man sagen, Jesus habe eigentlich keine politischen Motive gehabt. Er hat die Pharisäer und Sadduzäer nicht bei politischen Entschließungen beraten, und er hat vor allem keine eigentlichen politischen Schritte unternommen. Jesus hätte, wenn er wesentlich politisch hätte handeln wollen, in Galiläa, am Sitz des Tetrarchen, auftreten müssen und eine politische Bewegung entfachen. Herodes Antipas hätte dann gegen Jesus Stellung genommen. Jesus hätte dann aber vor allem die wichtigste und modernste Stadt Galiläas damals ergreifen müssen: Tiberias am See Genezareth. Tiberias hat schon den Namen des Kaisers und lebte vom Ruhm des Tetrarchen und in der Sonne seines Hoflebens. Jesus aber scheint Tiberias gemieden zu haben. Mittelpunkt seiner Wanderwege ist Kapernaum, und weder die Wahl dieses Ortes noch der Aufenthalt in anderen Gegenden (meint Martin Dibelius) können im Sinn einer politischen Tendenz gedeutet werden. Die einzige Reise Jesu, deren Ziel berichtet wird und deren Absicht erschlossen werden kann, ist die am Ende seiner Wirksamkeit nach Jerusalem. In Jerusalem stellt sich Jesus den entscheidenden Gewalten des Landes und führt die religiöse Entscheidung herbei.

Etwaige politische Absichten seiner Anhänger und Jünger lehnt er ab. Johannes erzählt (Kap. 6, 15): «Da Jesus nun merkt, daß sie kommen und sich seiner mit Gewalt bemächtigen würden, um ihn zum König zu machen, zog er sich wieder auf den Berg zurück, er ganz allein.» Hier hatte Jesus die Faktoren zu politischem Handeln in der Hand: Massen und Macht. Er aber spielt sie nicht aus, sondern legt sie ab. Er fällt auf das Angebot des Satans nicht herein, der ihm alle Reiche der Welt angeboten hat für einen Fußfall. Hätte er dieses Angebot angenommen, wäre er Politiker größten Stils und gewissesten Erfolges geworden. Nur das, was er in seiner Kritik an den Pharisäern grundsätzlich geißelte, wäre Conditio sine qua non dieser Politik geworden: die Ausschaltung des Gesetzes Gottes, des Unbedingtheitanspruches, der alleinigen Anbetung und des alleinigen Gehorsams zu Gott. Heute sagt man, die Politik trägt die Gesetze ihres Handelns in sich selbst und merkt nicht, daß das nicht eigene Gesetze, sondern Gesetze des Teufels sind. Ihr Wesen ist Gewalttat. Die Jünger mußten erst durch Enttäuschung und Versagen hindurch gehen, um von ihren politischen Ambitionen loszukommen. Noch auf dem Wege nach Jerusalem, als ihnen die Samariter keine Herberge anweisen wollen, wollen sie Feuer vom Himmel regnen lassen nach Elias Vorbild. Jesus weist diese politische Haltung schroff ab: «Wisset ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid? Der Menschensohn ist gekommen, Seelen zu retten . . .» (Luk. 9, 55.)

Die Bezeichnung «Menschensohn» ist in den synoptischen Evangelien vorherrschend. Sie steht da dreimal mehr zu lesen als «Messias». Man kann auch darin eine Ablehnung politischer Zielsetzungen sehen. Die Namen Davidssohn und Messias lassen viel eher eine politische Deutung

seiner Sendung zu. Menschensohn aber heißt der Gesandte Gottes an die Welt, nicht der Erbe des Davidschen Thrones und der Befreier von der Römerherrschaft. Dibelius sagt in seinem Buch «Jesus»: «Wer behaupten will, daß Jesus einen Angriff auf die römische Behörde geplant habe, muß der gesamten Überlieferung widersprechen: nicht nur den Worten vom Schlag auf die Backe oder vom Dienen, sondern auch den Verheißungen vom Reiche Gottes, das Gott den Demütigen, von der Welt Geschiedenen und Einsamen geben will. Wollte Jesus politisch vorgehen, so mußte er auch seine Anhänger anders auswählen, mußte er mehr auf Massengewinnung und öffentlichen Erfolg bedacht sein, mußte in den Hauptstädten des Landes auftreten und mußte in Wort und Tat Aktionswillen und Kampfeslust seiner Jünger wider das Bestehende richten. Getan hat er von dem allem das Gegenteil. Und wenn er sich den Messiastitel gefallen ließ, das Wort Menschensohn aber — mit und ohne Beziehung auf sich — selber gebrauchte, so ist das eine Bestätigung seiner unpolitischen Haltung.»

(Schluß folgt)

Das Weltfriedensjahr

Vorbemerkung: Wir haben den bedeutsamen Friedensbeitrag von Dr. A. Jacobus leider nur verkürzt aufnehmen können. Der Verfasser gründet seinen Vorschlag für ein Weltfriedensjahr auf das mosaische Gesetz, welches die Einrichtungen des Schmitta- und des Jobeljahres sowie den Sabbath hervorgebracht hat. Das *Schmittagesetz* schreibt, wie es Dr. Jacobus schildert, vor, daß in jedem siebenten Jahr alles Privateigentum am Boden des Landes aufgehoben sei (3. Buch Mosis, Kap. 25, 1—7; 2. Buch M., Kap. 23, 11). Der Sinn und Zweck des Schmittajahres ist das Recht auf den Ertrag der allen Nahrung spendenden Natur. Das *Jobeljahr* führt einen völligen Umsturz der wirtschaftlichen Verhältnisse herbei, denn nach sieben mal sieben Jahren kehren alle ursprünglichen Besitzer des nach der Einnahme Kanaans zu gleichen Teilen aufgeteilten Landes zu ihrem Besitz zurück (3. Buch M., Kap. 25). Am Sabbath, der ausdrücklich um der Sklaven willen eingesetzt worden ist, hat jede Woche das ganze wirtschaftliche Leben stille zu stehen. Dieser Tag ist Gott geweiht (5. Buch M., Kap. 5, V, 14, und 2. Buch M., Kap. 31, V, 16). Der Gedanke des Sabbaths wurde von einem großen Teil der Welt in der Schaffung des Sonntags als allgemeinem Ruhetag übernommen. Vielleicht ist es uns möglich, uns mit diesen drei segensreichen jüdischen Gesetzeseinrichtungen an Hand von Dr. Jacobus' Ausführungen einmal eingehender zu befassen und die darin zum Ausdruck gebrachten Probleme, die uns alle heute mehr denn je angehen, durch eine Schau von Christus her zu neuer Beleuchtung zu bringen und weiterzuführen. Auf jeden Fall verdient der vorliegende Vorschlag des Verfassers, ein Weltfriedensjahr zu schaffen, größte Beachtung aller verantwortungsbewußten Menschen. Dag Hammarskjöld, der neue Generalsekretär der UNO, erklärte, die Hauptaufgabe der UNO sei heute die «Reorganisation der Welt». Deshalb sollten Vorschläge wie der vorliegende heute in jedem einzelnen schöpferisch weiterwirken, damit der totalen Vernichtung unserer Erde im allerletzten Augenblick noch Einhalt geboten werden kann. *D. R.*

In einer Botschaft vom März dieses Jahres (1952) ersuchte Präsident Truman den amerikanischen Kongreß, den mit den USA verbündeten

Staaten im Rahmen des Budgets 1952/53 Subventionen in der Höhe von 7,9 Milliarden Dollar zu bewilligen. Nach diesem Plan sollen 90 Prozent der Subventionen für militärische Zwecke und nur 10 Prozent für wirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Der Kongreß hat inzwischen seine Zustimmung zur Ausgabe von 6,4 Milliarden Dollar für diese Zwecke gegeben. In Korea stehen seit zwei Jahren die Truppen der UNO im Kampf gegen das von Rußland geführte andere Lager der Menschheit. Im vorigen Jahre hat die Vollversammlung der UNO in Paris versucht, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen. Der Versuch mißlang. Ebenso vergeblich blieben bisher die Bemühungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes. Der Schatten eines neuen Weltkrieges liegt über der Menschheit.

Unsere Generation ist müde aller Kriege und aller Vereinbarungen nach ihnen, von denen jede den Keim neuer Kriege in sich trägt. An Stelle relativer Vereinbarungen begrenzter Geltung fordert unsere Zeit, internationale Konflikte durch eine prinzipielle Lösung der die Menschheit beunruhigenden Probleme a priori unmöglich zu machen. Es besteht allerdings keine Hoffnung, des Problems des Krieges Herr zu werden, solange die Menschheit an den bisherigen Methoden zu seiner Meisterung festhält und nicht bereit sein wird, neue Wege zu beschreiten. Als am Ende des Ersten Weltkrieges der Völkerbund gegründet wurde, keimte die Hoffnung auf, daß von nun ab ein neuer Weltkonflikt verhütet werden würde. Noch waren nicht 20 Jahre vergangen, da brach der Zweite Weltkrieg aus. An seinem Ende wurde die UNO gegründet, und wieder stehen wir vor der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Ist es richtig, die Ursachen dieses Versagens beider Völkerbünde außerhalb derselben zu suchen? Diese Ursachen können nur in ihnen selbst liegen, in den Prinzipien, auf die sie gegründet sind, deutlicher ausgedrückt: in Mängeln, die ihnen anhaften und die mit Notwendigkeit dazu führen mußten, daß sie die ihnen gestellte hohe Aufgabe nicht erfüllten.

Zwei Mängel sind es, die, zum Schaden der ihre Einigung anstrebenden Menschheit, den beiden Völkerbünden gemeinsam sind: ein organisatorischer und ein systematischer.

Der organisatorische Mangel

Wie der Völkerbund, so ist auch die UNO auf demokratischen Grundlagen aufgebaut. Es ist rühmend hervorzuheben, daß das «Recht der Minderheiten» in weitem Umfange gewährleistet ist. Vertreter der kleinen Staaten sitzen in den verschiedenen Organen der UNO mit gleichen Rechten neben den Vertretern der Großmächte. Aber einen andern Mangel hat die UNO, wie vormals der Völkerbund. In den demokratischen Staaten der Welt liegt die Führung des Staates und seiner Politik in der Hand zweier Faktoren: in der Hand der Regierung und des oder der Parlamente. Anders ist die Sachlage in der UNO. In den Organen

der UNO sitzen nicht Vertreter der Völker, sondern der Regierungen der der UNO angeschlossenen Staaten. Die Vertreter der Regierungen aber sind Vertreter von Interessen privater oder nationaler Natur. Hier liegt ein organisatorischer Mangel vor, der den klaren Absichten der Gründer der beiden Völkerbünde entgegenwirkt, denen gemäß diese Institutionen über alle privaten und nationalen Interessen hinaus das Interesse der gesamten Menschheit zu vertreten haben. So lange in den Gremien der UNO neben den Vertretern der Regierungen nicht Vertreter der Völker Sitz und Stimme haben und beide Gruppen von Repräsentanten der Menschheit wetteifern werden, die Objektivität aller Entscheidungen in internationalen Fragen sicherzustellen, wird die UNO nicht die Autorität erlangen, die sie innerhalb der Menschheit beansprucht.

Der systematische Mangel

Das Fundament, auf dem, wie der Völkerbund, auch die UNO steht, ist das Prinzip der kollektiven Sicherheit, das ist das Recht, im Falle eines Angriffskrieges gegen den Angreifer mit wirtschaftlichen, finanziellen und, wenn notwendig, auch mit militärischen Maßnahmen vorzugehen. Die organisierte Menschheit nimmt also in dieser Sache das Recht einer obersten Souveränität über alle Souveränität der einzelnen Staaten für sich in Anspruch. Es ist kein Zweifel daran, daß die UNO dieses Recht besitzt, mehr als dies: daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, in jedem Konflikt, der zu kriegerischen Handlungen zu führen droht, als warnende, richtende oder schlichtende Instanz aufzutreten, kriegerischen Handlungen vorzubeugen oder sie in ihren Anfängen selbst mit militärischen Maßnahmen zu unterdrücken. Allerdings muß verstanden werden, daß die Machtmittel, die der UNO zur Verfügung stehen oder zur Verfügung gestellt werden können, nur in einem Konflikt kleiner oder einzelner Völker ausreichen werden und daß, abgesehen von der Unzulänglichkeit ihrer Machtmittel, auch dem Recht der UNO, als Arbiter mundi aufzutreten, Grenzen gesetzt sind.

Ein klassisches Beispiel hierfür bietet der Krieg in Korea. Die UNO hat ihr Vorgehen in Korea damit begründet, daß es ihre Pflicht sei, der Aggressivität von Mächten Einhalt zu gebieten, deren Absicht dahin gehe, ganz Korea zu erobern und sich in stürmischem Vorwärtsstoßen schließlich ganz Asien zu unterwerfen. Die Gegenseite ist der UNO die Antwort auf diese Begründung ihres Vorgehens in Korea nicht schuldig geblieben. Nicht wir, so lautet die Antwort, sind die Angreifer, sondern die imperialistischen Mächte, die seit Jahrhunderten die Völker Asiens und andere Völker in allen Teilen der Erde unterjocht und versklavt haben. Die Gegenseite hat damit eines der schwersten und heikelsten Kapitel der Weltpolitik aufgerollt: die Kolonialpolitik der Großmächte. Kann man annehmen, daß es möglich ist, dieses Weltproblem mit diplomatischen, wirtschaftlichen oder militärischen Sanktionen zu lösen? Die

Erhebung der Völker Asiens und Afrikas gegen die Westmächte ist nicht mehr durch eine Politik der starken Hand zu unterdrücken.

Die Wurzeln dieses Weltproblems liegen aber viel tiefer. Die Unterdrückung der Völker Asiens und Afrikas hängt mit dem Siegeszuge zusammen, den der Kapitalismus unternommen hat, um den ganzen Erdball unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Es ist unmöglich, die Bedeutung dieser weltumspannenden Bewegung zu verkleinern. Es läge auch kein Grund vor, diese Bewegung einzudämmen — wofern Garantien dafür geschaffen würden, daß die mit ihr bisher verbundene Unterdrückung von Menschen und Völker aufhörte. Allein, wie kann die Macht dieser dynamischen Bewegung in ihrer Ungehemmtheit gebändigt werden? Sie zu bändigen, hat in unserer Zeit Rußland einen Machtstaat auf dem Fundament des Kommunismus errichtet, der es sich zum Ziel gesetzt hat, den Kapitalismus mit der Wurzel auszuroden. Eine zweite Bewegung weltumspannender Größe hat sich gegen den Kapitalismus erhoben. In Korea stehen sich die beiden Lager der Menschheit gegenüber. Kann sinnvoll behauptet werden, daß die UNO und ihre Truppen die Kraft besitzen, in diesem Weltkonflikt eine Entscheidung herbeizuführen? Dort in Korea tobt kein Kampf zwischen Volk und Volk oder zwischen zwei Völkergruppen, sondern das ist ein Ringen zwischen zwei Weltanschauungen, von denen jede danach strebt, zur absoluten Herrschaft innerhalb der Menschheit zu gelangen. Die Schwere dieses Weltproblems übersteigt nicht nur die Kraft der UNO, sondern auch ihre Kompetenz. Das Prinzip der starken Hand kann in einer Diskussion zwischen Volk und Volk zur Anwendung kommen. Es muß notwendig versagen in einer Weltdiskussion, deren Gegenstand ein ideologisches Problem ist. Hier liegt ein Mangel in den systematischen Grundlagen vor, auf denen die UNO ruht, ein sachlicher Irrtum, der die Eignung der UNO als Vertreterin der gesamten Menschheit und ihren Fortbestand in Frage stellt. In Korea überschreitet die UNO ihre Grenzen: dies erkennen, bedeutet einsehen, daß für Sanktionen auf diesem Kampffelde kein Platz ist; dies nicht erkennen, bedeutet sich mehr und mehr in den Netzen eines verhängnisvollen Irrtums verfangen, der die Menschheit in den Strudel eines dritten Weltkrieges zu ziehen droht.

Worum geht in Wahrheit der Kampf in Korea?

Soweit geschichtliche Erinnerung zurückreicht, entstand überall im Zusammenleben der Menschen, in ihrem bürgerlichen Verkehr, der Gegensatz von arm und reich, von Luxus und Elend. Der letzte Grund dieses die Welt erfüllenden, nicht nur Volksgenossen, sondern die Menschheit gegeneinander aufhetzenden Zustandes ist das Privateigentum. Nur dadurch, daß der Mensch sich das Recht anmaßt oder der Staat es ihm einräumt, Besitz zu haben und zu mehren, bringt es der wirtschaftlich Tüchtige dazu, immer mehr von den Gütern eines Landes an sich zu reißen

und den wirtschaftlich Untüchtigen aus ursprünglichem Besitz zu drängen, bis jener Zustand der Wirtschaft des Landes eintritt, in dem, wie es im Verlauf der Geschichte immer wieder geschehen ist, seine Güter in der Hand weniger vereinigt sind und die Masse des Volkes vom Mitgenuß der Güter, insbesondere vom Bodenbesitz, abgedrängt ist. Die größten Staaten der Erde sind innerlich zerfallen und zugrunde gegangen, weil sie kein Mittel fanden, eine solche Entwicklung zu hemmen, zu beschwören, unmöglich zu machen.

Im Laufe der Zeiten wurden mancherlei Versuche gemacht, das Übel durch eine Neuordnung der Dinge zu beseitigen. Alle diese Versuche sind mißlungen. Unsere Epoche ringt um eine prinzipielle Lösung des Problems. In diesem Kampfe haben sich jene beiden Weltanschauungen herausgebildet, die die Menschheit unserer Tage in zwei Lager spalten. Das kapitalistische Lager lehnt jede Antastung des Privateigentums ab; es besteht darauf, daß die vollen Rechte des Privateigentums und der Privatinitiative gewahrt werden. Demgegenüber fordert das kommunistische Lager Aufhebung des Privateigentums und der Privatinitiative. Dieses geistige Ringen hat in unserer Generation seinen Höhepunkt erreicht.

Gibt es keine Vermittlung zwischen den beiden Weltanschauungen?

«Hoover-Plan»

Um der als eine Folge des Ersten Weltkrieges auf den Völkern lastenden Finanzkrise Einhalt zu tun, proklamierte Herbert Hoover, Präsident der USA, im Juli 1931 ein «Weltstundungsjahr». Am 20. Juli 1931 erklärte der damalige englische Ministerpräsident MacDonald vor der in London tagenden Siebenmächtekonferenz: «Am 18. Juni erschien die Situation Deutschlands beinahe hoffnungslos, als im Laufe einer halben Stunde das Gesicht der ganzen Welt durch die Verkündigung des Hoover-Plans verändert wurde. Die spätere Geschichte wird diesen Schritt Hoovers als einen Akt seltenen Mutes und staatsmännischer Größe verzeichnen.»

Aber Frankreich, in seinem Haß gegen Deutschland, sabotierte den Hoover-Plan. Es hat damit den Boden für den Zweiten Weltkrieg vorbereitet. Im selben Jahre wurde Hoover der Vorschlag unterbreitet, das Weltstundungsjahr zu einem «Weltfriedensjahr» auszugestalten, in dem alle Völker der Erde sich zu dem Zwecke versammeln sollten, über die friedliche Lösung aller schwebenden internationalen Konflikte zu beraten. Hoover und seine Ratgeber vermochten jedoch diesem Plan nicht zuzustimmen. Die Stunde war der Ausführung eines solchen Planes nicht günstig. So konnten sie den Weg nicht zu Ende gehen, den sie zu beschreiten begonnen hatten.

Ein Vorschlag zur Vereinbarung der die Menschheit in zwei Lager spaltenden Weltanschauungen

Unter den Gütern des Erdballs gibt es zwei Güter, um die sich letzten Endes der Disput zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Lager dreht: der nahrungspendende Boden und die Bodenschätze. Es wird für den Fortschritt der Menschheit von entscheidender Bedeutung sein, ob man unter allen Völkern begreifen wird, daß diese beiden Güter ihrem Wesen nach von allen übrigen Gütern unterschieden sind und jedes für sich ein besonderes Problem ausmacht. Was den nahrungspendenden Boden anbetrifft, so geben heute weite Kreise im kapitalistischen Lager zu, daß auf ihn die reine Theorie des Kapitalismus nicht anwendbar ist. Man hat eingesehen, daß in ungeheuren Gebieten der Erde ein Bodenproblem existiert, das notwendig gelöst werden muß und nicht anders gelöst werden kann, als daß man über die Rechte des Privateigentums und insbesondere über das Recht der ungehemmten individualistischen Ausbeutung hinweg zur Aufteilung der Latifundien zugunsten der landhungrigen Massen schreitet.

Eine andere Lösung als das Problem des nahrungspendenden Bodens fordert das Problem der Bodenschätze, das heißt der sogenannten Rohstoffe. Während das Bodenproblem und seine Lösung eine innere Angelegenheit bestimmter Staaten ist, berührt das Problem der Rohstoffe nicht nur die Staaten, in deren Bereich sie sich befinden, sondern die ganze Menschheit. Das Ringen um den Besitz der Rohstoffe ist eine der größten Bedrohungen des Weltfriedens. Um den Besitz der Rohstoffe wurden in der Vergangenheit Kriege geführt. Ihr Besitz ist aber auch eines der Ziele des gegenwärtigen Völkerringens. Darum muß die Menschheit einen Weg suchen, diese Bedrohung ihres Fortbestandes, dieses Damoklesschwert, das über allen Völkern schwebt, aus der Welt zu schaffen. Die UNO ist nicht in der Lage und nach ihrer Verfassung nicht befugt, an die Lösung dieses beide Lager der Menschheit in gleichem Maße berührenden Problems heranzugehen.

Die drohende Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges fordert gebieterisch von unserer Generation, hinsichtlich der Rohstoffe ein Weltgesetz zu stabilisieren. Ein Weltgesetz muß vor allem hinsichtlich der Rohstoffe stabilisiert werden, die zur Kriegsführung unerläßlich sind, wie Erze, Kohle, Erdöl usw. Diese Rohstoffe sind unter die Kontrolle der Menschheit zu stellen.

Nur eine Versammlung aller Völker hat die Macht und ist zuständig, dieses große Werk durchzusetzen. Darum ist es ein Gebot dieser Schicksalsstunde, ein

Weltfriedensjahr

auszurufen, in dem Vertreter der gesamten Menschheit zur Beratung über Krieg und Frieden und vor allem über das Problem der Rohstoffe zusammentreten. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Völkerver-

sammlung des Weltfriedensjahres zu der Überzeugung kommen wird, daß es keinen anderen Weg gibt, zu einem dauernden Weltfrieden zu gelangen, als die Rohstoffe unter die Oberhoheit und Kontrolle der organisierten Menschheit zu stellen.

Sollte in der Völkerversammlung des Weltfriedensjahres eine internationale Verständigung hinsichtlich der Rohstoffe erreicht werden, so würde damit ein schweres Hemmnis der wirtschaftlichen und geistigen Zusammenarbeit der beiden Lager der Menschheit aus dem Wege geräumt sein. In der Internationalisierung der Rohstoffe liegt der Schlüssel zu einer Teillösung des Weltkonfliktes zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Auch die strengsten Verfechter der kapitalistischen Theorie könnten dieser teilweisen Vereinbarung zwischen den Forderungen des Kapitalismus und des Kommunismus zustimmen. Nur die volle Durchführung der kommunistischen Theorie ist es, die die Rechte des Privateigentums und der Privatinitiative bedroht. Die Internationalisierung der Rohstoffe — und vorzüglich solcher Rohstoffe, deren Besitz die Führung von Kriegen ermöglicht oder um deretwillen Kriege entfesselt werden — würde die Freiheit der individuellen Betätigung auf allen anderen Gebieten der Weltwirtschaft nicht beeinträchtigen.

Die Rohstoffe sollten nicht enteignet werden. Ihre gegenwärtigen Besitzer sollten entsprechende Entschädigungen erhalten. Es wäre möglich, die bisherigen Besitzer der Rohstoffe mit ihrer weiteren Verwaltung zu betrauen — allerdings müßte ihre Ausbeutung und Nutzbarmachung zugunsten aller Völker unter internationaler Kontrolle erfolgen und gemäß den Weisungen einer im Weltfriedensjahr zu errichtenden

obersten Weltwirtschaftsinstanz.

Es bestehen in unserem Zeitalter keine Schwierigkeiten, die Internationalisierung der Rohstoffe durchzuführen. Wenn Präsident Truman dem amerikanischen Kongreß vorschlagen konnte, 7,9 Milliarden Dollar Welthilfe für *ein* Etatsjahr zu bewilligen, so ist klar, daß die USA allein imstande sein würden, die Transaktion der Internationalisierung der Rohstoffe durchzuführen, und erst recht mit Unterstützung der übrigen Nationen. Ist es erlaubt, angesichts der näherkommenden Gefahr eines neuen Weltkrieges zu zögern, diese Transaktion ins Werk zu setzen?

Paragraph 4 des Atlantic Charter

Die Verfassung der UNO ist auf den Grundlinien aufgebaut, die die USA und Großbritannien im Jahre 1941 als ihre Kriegsziele niedergelegt hatten. In Paragraph 4 des Atlantic Charter heißt es:

"... They will endeavour, with due respect for their existing obligations, to further the enjoyment by all states, great or small, victor or vanquished, of access on equal terms to the trade and to the raw materials of the world which are needed or their economic prosperity."

Dieses von den USA und Großbritannien gegebene Versprechen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Staaten ohne Unterschied den einem jeden von ihnen notwendigen Anteil an den Rohstoffen haben sollen, ist bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden. Ungeachtet des Hinweises auf bestehende Verpflichtungen hat diese internationale Vereinbarung nicht nur die Beschränkung der Rechte der derzeitigen Besitzer der Rohstoffe zur Voraussetzung, sondern die Übertragung der Oberhoheitsrechte über die Rohstoffe an die organisierte Menschheit. Von hier bis zur Proklamierung der Internationalisierung der Rohstoffe ist nur ein kleiner Schritt. Es ist jedoch einleuchtend, daß nur die durch keine Einschränkungen geschmälerte, durch ein Weltgesetz gesicherte Internationalisierung der Rohstoffe geeignet ist, die Angst vor dem Kriege von unserer Generation und von allen Generationen, die nach uns kommen werden, zu nehmen.

Um den Mißbrauch der Rohstoffe und aller Naturkräfte für Kriegszwecke gänzlich auszuschließen, wird es Sache der Völkerversammlung des Weltfriedensjahres sein, der Weltwirtschaftsinstanz einen

Beirat zur Sicherung des Weltfriedens

anzugliedern. Die Aufgabe dieses Rates wird es sein, über etwa vorhandene oder im Entstehen begriffene Kriegsgefahr in der Welt zu wachen. Er wird vor allem seine Aufmerksamkeit auf die durch Rüstungen oder wirtschaftliche Rivalität unter den Völkern hervorgerufene Kriegsgefahr richten müssen, aber ebenso auf die geistigen Faktoren, die an der Entfesselung von Kriegen im bisherigen Verlauf der Geschichte mitschuldig gewesen sind. Der Beirat zur Sicherung des Friedens soll gleichwohl nicht eine Art Weltzensurbehörde sein. Seine eigentliche Aufgabe soll er darin erblicken, alle Bestrebungen und Bewegungen in der Welt zu unterstützen, deren Ziel das solidarische Zusammenwirken der Völker auf allen Gebieten der Kultur ist.

Zur Stärkung der Solidarität unter den Völkern sollte die Versammlung des Weltfriedensjahres der Weltwirtschaftsinstanz einen zweiten Beirat angliedern: den

Beirat für wirtschaftlichen Ausgleich.

Die Aufgabe dieses Rates wird es sein, jedem Lande, dem eine Wirtschaftskatastrophe droht, zu Hilfe zu kommen. Es ist ein der Menschheit unwürdiger Zustand, daß in einem Lande oder in einem Kontinent wegen Überproduktion Getreide vernichtet werden muß, während in einem anderen Lande oder in einem anderen Kontinent Millionen Hungers sterben. Die Vernunft erträgt es ebensowenig, daß infolge hoher Zölle die Lebenshaltung so verteuert wird, daß die Bevölkerung in manchen Ländern immer mehr verarmt und nicht mehr in der Lage ist, lebensnotwendige Dinge zu erstehen.

Es wird Aufgabe des Weltausgleichsrates sein, Überschüsse der Pro-

duktion irgendeines Territoriums in produktionsarme Länder zu leiten und die Initiative dazu zu ergreifen, daß landwirtschaftliche Erzeugnisse gegen Industrieprodukte ausgetauscht werden und daß überhaupt ein Ausgleich durch Gegenleistungen irgendwelcher Art stattfindet. Die Tätigkeit des Weltausgleichsrates wird Wirtschaftskatastrophen vorbeugen und das wirtschaftliche Gleichgewicht dort, wo es erschüttert ist, wieder herstellen. Künstliche Schranken zwischen Land und Land und Kontinent und Kontinent, deren Aufrichtung eine Quelle ständiger Verbitterung war, werden fallen, und statt Verbitterung werden freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern entstehen und ein Geist der Solidarität alle erfassen.

Außer der Weltwirtschaftsinstanz, dem Beirat zur Sicherung des Friedens und dem Beirat für Wirtschaftsausgleich sollte die Völkerversammlung des Weltfriedensjahres eine

Instanz für Verteilung der Weltbevölkerung

errichten.

Diese Instanz wird die Aufgabe haben, eine vernünftige Weltbevölkerungspolitik zu inaugurieren und durchzuführen.

Auf kleinen Territorien drängen sich Millionen von Menschen und mißgönnen einander kärglichen Lebensraum. Auf der anderen Seite liegen ungeheure Strecken der Erdoberfläche brach und harren des Menschen, der sie bearbeitet und auf ihnen sein Leben aufbaut. Es wird Aufgabe der Instanz für Verteilung der Weltbevölkerung sein, dieses Mißverhältnis dadurch zu beseitigen, daß sie einen Ausgleich zwischen übervölkerten und nicht oder wenig bevölkerten Gebieten schafft. In früheren Jahrhunderten fanden Völkerwanderungen statt, die eine Änderung der ethnographischen Karte der Erde gewaltsam herbeiführten. In unserer Epoche wird durch Übervölkerung gewisser Gebiete der Erde ein Expansionsbedürfnis erzeugt, das eine dauernde Kriegsgefahr bedeutet. Die neue Menschheit wird nicht zulassen, daß dieses Expansionsbedürfnis sich wie in der Vergangenheit gewaltsam Raum schaffe, sondern wird es in Erkenntnis und Würdigung seiner Ursachen durch eine großzügige Weltbevölkerungspolitik zu befriedigen suchen.

Das ist der Weg, auf dem die Menschheit dazu gelangen wird, das Problem der *Kolonialpolitik* der Mächte zu lösen. Einen wichtigen Schritt vorwärts zur Lösung dieses schwierigen Problems taten die Initianten des Völkerbundes, als sie in Paragraph 22 seiner Satzung den Begriff der Mandatsländer festlegten, demgemäß bestimmte Territorien der Souveränität ihrer bisherigen Eigner entzogen und unter der Kontrolle des Völkerbundes durch sogenannte Vormünder verwaltet wurden. Seitdem hat sich ein großer Wandel in der Welt vollzogen. Die Bevölkerung der Kolonialländer, aber auch der Mandatsländer, will weder unter Kolonialmächten noch unter Mandataren stehen. Sie fordert volles Selbstbestim-

mungsrecht in ihren Gebieten. Die sich neu organisierende Menschheit wird diesem Drängen nachgeben müssen. Das Problem der Kolonialpolitik sollte in Zukunft nicht mehr als ein Problem der allgemeinen Weltpolitik betrachtet werden, sondern als eine Aufgabe der *Organisation der Menschheit*, und seine Lösung in die Hände der Instanz für Verteilung der Weltbevölkerung gelegt werden. Diese Instanz wird an den Kolonialbesitz der Völker vom Gesichtspunkt der Ausnutzung unbewohnter oder unentwickelter Teile der Erde zugunsten expansionsbedürftiger oder landhungriger Teile der Menschheit herangehen. Ein weiter Weg liegt vor der Menschheit, eine technische Aufgabe im Weltmaßstab. Vor eine ungeheure Anstrengung ist die Kulturwelt gestellt. An der Völkerversammlung des Weltfriedensjahres ist es, den Anfang des großen Werkes zu machen: durch Einsetzung einer Instanz für Verteilung der Weltbevölkerung.

Zur Behebung des organisatorischen Mangels der UNO

Vor einigen Jahren erklärte Dr. M. Wittenberg, ein Kenner des internationalen Rechts, es bestehe keine Hoffnung, die die Menschheit beunruhigenden Konflikte zu lösen, solange die Entscheidung über die der UNO vorliegenden Fragen Vertretern von Regierungen, das heißt von Interessen, überantwortet sei. Dr. Wittenberg forderte, die Entscheidung in all diesen Fragen nach dem Vorbild des Haager Weltgerichtshofes in die Händer zünftiger Richter zu legen.

Es scheint, daß nicht notwendig Politiker und Diplomaten aus der Arbeit der UNO ausgeschaltet werden müssen und an ihre Stelle Richter eingesetzt werden sollen, die das internationale Recht und die Gesetze vieler Länder kennen. Es wäre möglich, vorzuschlagen, daß die UNO in Zukunft einerseits in alle ihre Gremien wohlerfahrene Richter sendet und auf der anderen Seite jede einzelne von zwei Parteien, die ihre Sache vor die UNO bringen, bevollmächtigt, ihre Auffassung durch Männer ihres Vertrauens — als Friedensrichter neben den zünftigen Richtern — vertreten zu lassen. Keine der beiden Gruppen von Richtern darf jedoch im Dienste der widerstreitenden Interessen, sei es privater, sei es nationaler, stehen. In der wirtschaftlichen Situation, in der sich jeder der Richter befindet, sowie in seinem Charakter muß die Bürgschaft für seine gänzliche Unabhängigkeit von irgendeinem Gremium, irgendeiner Partei oder Nation gegeben sein.

Eine ähnliche Regelung sollte in dem Weltkonflikt getroffen werden, der die Menschheit heute in zwei Lager scheidet. In ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und mit ihren Methoden hat die UNO nicht die Fähigkeit, zwischen den beiden Lagern der Menschheit zu entscheiden. Es besteht jedoch Hoffnung, daß eine Lösung oder daß Lösungen für die unsere Tage beherrschenden Weltprobleme gefunden werden, wenn einerseits die Regierungen, andererseits die Völker in die zu diesem Zweck zu bil-

denden Friedenskommissionen unabhängige Richter senden. Der gemeinsamen Bemühung beider Gruppen von Richtern wird es gelingen, zwischen den beiden innerhalb der Menschheit miteinander ringenden Weltanschauungen zu vermitteln. Die Vertreter der Völker sollten durch ein Volksreferendum gewählt werden, das in jedem Volk und in jeder Zone veranstaltet wird. Dieses Weltreferendum wird zur Gründung eines von unserer Epoche geforderten *Weltparlaments*[1] führen.

Die Abgesandten der Regierungen werden gemeinsam mit den Abgesandten der Völker aus ihrer Mitte das Präsidium der geeinten Menschheit ernennen. Dieses Präsidium sollte aus sieben Persönlichkeiten bestehen. In seine Hand sollte die letzte Entscheidung über alle die gesamte Menschheit betreffenden Fragen gelegt werden.

Zeitpunkt und Ort der Völkerversammlung des ersten Weltfriedensjahres

Zwischen zwei Wegen hat die Menschheit zu wählen: weiterzurüsten, Millionen und Milliarden für Aufrüstung auszugeben, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern und zum Schluß in ihn verstrickt zu werden, oder — zu versuchen, zu einem wahren Frieden zu gelangen, bevor der Kampf, der in Korea begonnen hat, stärker und stärker wird und sich über die Grenzen Koreas ausdehnt.

Im Jahre 1928 unterzeichneten neun Mächte den Kellogg-Pakt, das ist der Kriegsächtungspakt, der aus einem Notenwechsel zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg und dem französischen Außenminister Briand hervorgegangen ist. In diesem Vertrage erklärten die vertragsschließenden Parteien «im Namen ihrer Völker» feierlich,

> «daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.

Die Entwicklung der Dinge hat gelehrt, daß diese aus edelsten Motiven geborene feierliche Erklärung von neun Mächten nicht die Kraft gehabt hat, den Weltfrieden zu sichern. Die Entwicklung der Dinge lehrt ferner, daß auch die Unterschriften, die über 50 Völker unter den UNO-Pakt gesetzt haben, nicht ausreichen, einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Es gilt

---

[1] Dieses Parlament wird ein einzigartiges Gremium darstellen. Es wird nicht eine Auslese von Mitgliedern der bestehenden Parlamente sein. Das Weltparlament wird aus direkten Wahlen hervorgehen, die in allen Ländern veranstaltet werden. Seine Mitglieder werden die erleuchtetsten Persönlichkeiten sein, die in sich die Bürgschaft tragen, daß sie die Interessen der Menschheit über alle privaten oder nationalen Interessen stellen werden. Im Weltparlament soll die Elite der Menschheit sitzen. — Einen Anfang zur Verwirklichung dieses Gedankens machte der Völkerbund, als er im Jahre 1922 die «Kommission für geistige Zusammenarbeit» gründete. Die Mitglieder dieser Kommission waren hervorragende Gelehrte, die nicht an die Weisungen der Regierungen ihrer Herkunftsländer gebunden waren. Der einzige Vertreter Deutschlands in dieser Kommission war seinerzeit Professor Albert Einstein.

neue Methoden zu finden, um den Weltfrieden zu organisieren. Diese Methoden herauszuarbeiten, soll Aufgabe des Weltfriedensjahres sein.

Die Proklamation eines Weltfriedensjahres und der Errichtung eines Weltparlamentes wird neue Hoffnung in den Herzen aller Völker wekken. Sie werden von einem Weltgefühl erfüllt werden, wie es bisher nur in Auserwählten lebendig gewesen ist. In beiden Lagern der Menschheit werden die Massen geneigt gefunden werden, Persönlichkeiten, die ihr Vertrauen besitzen, in die Völkerversammlung des Weltfriedensjahres zu senden.

An der UNO ist es, die Initiative zu ergreifen, das Weltfriedensjahr auszurufen und beide Lager der Menschheit einzuladen, zum Zwecke der Errichtung eines Weltparlamentes ein Weltreferendum in die Wege zu leiten. Die Proklamation eines Weltfriedensjahres durch die UNO wird unter *einer* Bedingung zum Erfolge führen: daß die UNO gleichzeitig mit der Proklamation eines Weltfriedensjahres ihre Bereitschaft erklärt, alle kriegerischen Handlungen in Korea in dem Augenblick abzubrechen, in dem das kommunistische Lager seine Zustimmung zur Ausrufung des Weltfriedensjahres und zur Errichtung des Weltparlamentes gibt.

Sollten beide Lager der Menschheit der Einsetzung eines Weltfriedensjahres zustimmen und sich ein Weltparlament konstituieren, so wird den beiden Gruppen der Abgeordneten der Menschheit, den Vertretern der Regierungen und den Vertretern der Völker, im ersten Weltfriedensjahre die Aufgabe zufallen, die Menschheit zu reorganisieren. Sie werden die Institutionen, Kommissionen und Gremien einsetzen, die sie für notwendig erachten werden. Das Weltfriedensjahr sollte alle sieben Jahre wiederkehren. Im Verlaufe von sechs Jahren können die UNO und das Weltparlament getrennt tagen, im siebenten Jahre sollen sie als oberste Repräsentanz der Menschheit zu gemeinsamer Beratung zusammentreten.

Kein Ort auf Erden wird würdiger sein, die Abgeordneten der Menschheit aufzunehmen, als Jerusalem. Alle Völker dürften dem Plane zustimmen, im Weltfriedensjahre zur Wiege der Menschheit zurückzukehren und hier, auf heiligem Boden, die methodischen Voraussetzungen für die Einigung der Menschheit zu schaffen. *Dr. A. Jacobus*

Stellungnahme

Das Chaos der Welt soll zu Christus drängen. Das ist der Sinn des heutigen Geschehens, und darin liegt die gewaltige Aufgabe der Gemeinde Christi. *Leonhard Ragaz*

Wir empfanden schon seit geraumer Zeit die Verpflichtung, noch *direkter*, als das etwa in der Weltrundschau oder in einer «Betrachtung» geschehen kann, zu den entscheidenden Fragen der heutigen Lage von

unserm Glauben aus Stellung zu nehmen. Denn diese Lage fordert ja wirklich «Stellungnahme». Sie fordert Entscheidung, Dienst an einem Weg und Hinweis auf diesen Weg. Wir suchen diese Entscheidung und diesen Weg für uns und für die Welt. Denn vor Gott, vor Christus, dem lebendigen Herrn, können wir nicht anders stehen als in der *Verantwortung*, wie für uns, so für die Welt, für die Völker. Wenn wir das «Unser Vater» sprechen: «Dein Name werde geheiligt, Dein Reich komme, Dein Wille geschehe auf Erden wie im Himmel», wenn wir das ganze «Unser Vater» von Herzen sprechen, dann stehen wir in der Welt *vor* Gott und *für* die Welt vor Gott. Dann wird unser Sinnen und Denken an dem mitarbeiten, was Gott will in der Welt.

Wir glauben, daß wir durch Christus zur richtigen Haltung geleitet werden, welche eine Stellungnahme in der Verantwortung vor ihm, im Aufblick zu ihm ermöglicht. Sein Anliegen aber ist immer das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, der Wille und die Kraft Gottes zur Erlösung und Neuschöpfung der Welt. Lernen wir darauf achten und daran glauben, und das heißt immer auch gehorchen, so kommen wir zur Stellungnahme, so öffnet sich der Weg. Es kommt zu dem Zeugnis, daß Christus *der Herr* ist und werden will in allen Dingen, auch in allen Dingen der Welt: der Herr in der Politik, der Herr im Wirtschaftsleben, der wahre Herr und Retter der Völker, und daß er darum auch der Weg ist. Der Weg für uns und durch uns auch für die Völker. Das muß heute hinausgerufen werden, vor allem in die Christenheit. Die *Christenheit* wird kein Zeugnis mehr haben vor der Welt, es sei denn das Zeugnis des lebendigen Herrn und seines Wirkens für das Reich des Vaters. Und die *Völker* werden keine Rettung aus Chaos und höllischer Vernichtung finden, es sei denn, sie vernehmen den Ruf *Christi*, sie anerkennen in ihm den Mann, der zu retten und zu führen vermag. Entweder wir strecken unsere Hände aus nach dem Geiste Christi und lernen ihm dienen, oder wir gehen am Geist des Bösen, dem wir immer mehr verfallen, zugrunde.

Mit dem «wir» meinen wir jeden Menschen heute, den einfachen Mann in der Fabrik oder hinter dem Pflug und im Büro ebenso wie den Präsidenten des «mächtigsten Staates der Welt», vor allem auch die Frauen. Denn in der Welt leben und handeln können Menschen, die heute Menschen sein und werden möchten und die keine Verderber sein wollen, nur in der persönlichen Verantwortung vor Gott und seinem Willen für die Welt und für alle menschlichen Dinge in ihr. *Wir sind alle behaftet mit dieser Verantwortung*, ob wir sie sehen und anerkennen wollen oder nicht. Sie wird uns erreichen und richten, wenn wir sie nicht tragen wollen.

Leonhard Ragaz hat kurz vor seinem Hinschied zur Atombombe Stellung genommen. (Vergleiche «Neue Wege» vom September 1945.) An diese Stellungnahme wollen wir anknüpfen, wenn wir heute *zur Atombombenrüstung*, die ein Ausdruck der *totalen Kriegsrüstung* ist, Stellung beziehen.

Es war kurz nach dem Abwurf der beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki — die Welt hielt einen Augenblick den Atem an, nicht nur vor Schreck, sondern aufgerüttelt zur Besinnung. Es war der Augenblick des «Wortes Gottes», der Augenblick unserer unaufhebbaren Verantwortung vor Gott.

Gott sprach damals sein Wort über den Krieg und über die *Abschaffung des Krieges*. Es war *sein Ruf zur Umkehr*, und er galt allen Völkern. Denn es war nun deutlich: *vor Gott kann keinerlei Krieg mehr bestehen*. Der Krieg ist nur noch teuflische Vernichtung, bestialische Grausamkeit, Verbrechen. Der Krieg *ist* Teufelsdienst geworden. Er ist die Absage an den Menschen- und Gottesdienst, der als das ewige Licht über der Menschenwelt steht.

Wurde dieses Wort Gottes nicht gehört, so ist ein anderes ebenfalls nicht gehört worden: der Ruf zur gegenseitigen Bereinigung der Schuld der Völker vor Gott, die den Weg zum Dienst an der Gerechtigkeit und am Frieden und zu einem echten Völkerbund geöffnet hätte. Diese Erkenntnis hat in der Seele eines Roosevelts gearbeitet, und deswegen war sein Verlust so furchtbar.

Die Spaltung der Welt ist entscheidend durch dieses Überhören entstanden. Die Russen allein dafür haftbar zu machen, ist billig und hat nur in die Lüge, den Kalten Krieg und die Kriegsrüstung geführt. Gerade den Russen gegenüber stehen wir in einem Verhältnis der Verantwortung vor Gott. «Alles in der Welt berührt sich.» (Dostojewskji.) Hätte nicht ein wirklich zu Gott gewendeter «Westen» mit den Jahren eine ungeheure Wirkung im guten Sinne auf den Osten ausgeübt? «Was aus eigener Buße fließt, wirkt wieder Buße.» (Blumhardt Vater.) Man nenne uns den Staatsmann und die Völker, die mit ganzem Willen und mit vollem Ernst wirklich gehört, aufgemerkt und diese Entscheidung nicht nur gespürt, sondern auch angenommen hätten! Nein, es wurde weiter «Politik» getrieben, die alte «Kunst» der Macht, der Diplomatie, der Interessen, gepaart mit Mißtrauen, Haß und Angst. Als ob die Welt nicht wirklich vor einer Entscheidung gestanden wäre, in die auch der «Gegner», der «Feind» einzubeziehen war! Menschenwille und Menschentorheit haben wieder einmal über die Gottesfurcht gesiegt.

Wir sagen darum und werden es immer wieder sagen, denn diese Jahre haben es dem um die Sache Gottes Ringenden in steigendem Maße bestätigt: Kein Mensch, kein Staatsmann, kein Volk, kein Politiker kann sich mit der Berufung auf die Schuld und den schlechten Willen anderer Menschen, anderer Staatsmänner, anderer Völker der eigenen Verantwortung entziehen und den Zynismus rechtfertigen, mit dem er sich in Tat und Gedanken des radikalen Menschen- und Völkermordens und der Zerstörung der Natur schuldig macht. Diese Verbrechen enthüllen sich schon jetzt in ihrer Vorbereitung in Atombombenfabriken, in Bakterien- und Giftgaslaboratorien als Fluch und als auswegloser Wahnsinn. Auf diesem nihilistischen Wege wird es keine Rettung mehr geben,

auch keine wirkliche Verteidigung irgendeines Wertes, irgendeines Rechtes. Die Beschreitung solchen Weges ist *die* Verantwortungslosigkeit, ist *die* Gottlosigkeit.

Das Telegramm, das wir an den damaligen Präsidenten Truman in der Sache des wegen Spionage zum Tode verurteilten Ehepaares Rosenberg sandten, wollte Ausdruck dieser Stellungnahme sein. Es lautete ursprünglich: «Die Hinrichtung von Julius und Ethel Rosenberg ist nicht vor der Wahrheit und Liebe Christi zu verantworten. In der Atombombe selbst liegt das eigentliche Verbrechen!» (Wegen des letzten Wortes wäre es aber nicht befördert worden!) Spionage ist verabscheuungswürdig, und erst recht, wenn sogar Staaten nicht davor zurückscheuen. Treiben heute nicht viele Staaten bewußt und mit riesigem Aufwand Spionage und umgeben sich und den Gegner mit einem Netz von Spionen? Von der geistigen Mitschuld an *dieser* Art der Kriegszurüstung, die schon in ihrer Wurzel das Verbrechen und die Verführung zum Verbrechen in sich trägt, kann niemand losgesprochen werden, der sich eines solchen Mittels und seiner Werkzeuge bedient. Wer trägt die größere Verantwortung vor Gott, die Werkzeuge oder ihre Auftraggeber, mögen diese sich tarnen oder sichern, wie sie wollen?

Bundeskanzler Adenauer schenkte Präsident Eisenhower das Gemälde eines unbekannten deutschen Malers aus dem sechzehnten Jahrhundert, «Die Anbetung Christi». Wenn dieses Geschenk nur eine äußerliche Geste sein sollte, wäre irgendein Gegenstand passender gewesen als eine Darstellung des Heiligsten, dessen Schöpfer ganz gewiß diesem Heiligen damit dienen wollte. Wenn dieses Geschenk aber im Ernst und mit tieferer Bedeutung überreicht und empfangen wurde, müssen dann in Zukunft die beiden Herren und gegenwärtigen Leiter ihrer Völker nicht dabei behaftet werden? *D. R.*

BUCHBESPRECHUNG

Politik der Verantwortung

Zu Hermann *Rauschnings* neuem Buch *«Ist Friede noch möglich?»* Kurt Vowinckel-Verlag, Heidelberg, 331 Seiten, Leinen DM 16.—.

«Es gibt keinen Krieg mehr, der Krieg ist überholt. Es gibt nur noch Tod und Vernichtung. Das ist die Botschaft von Korea. Zwei Millionen tote Koreaner, heute vielleicht schon drei, Hunderttausende heimatlos herumirrend, zerstörte Dörfer und Städte, vernichtete alte Kultur, all das ohne Atombomben. So sieht der ‚Schutz', so die ‚Befreiung' aus? Rechtfertigt selbst das Prinzip der Freiheit solche Opfer? fragt Reynold Thomson in seinem erschütternden Buch ‚Weine, Korea!' ... Wenn die militärisch Verantwortlichen den Mut zur Ehrlichkeit hätten, so müßten sie vor ihre politischen Auftraggeber

hintreten, ihren Auftrag zurückgeben und sagen: Wir können Freiheit und Leben der Nation mit *unseren* Mitteln nicht mehr sichern, unsere militärischen Pläne der Verteidigung führen unweigerlich zum Kriege, und der Krieg endet mit Tod und Unfreiheit ... Keiner will den Krieg, keiner kann ihn verantworten. Alles in uns wehrt sich gegen den Krieg bis in die tiefsten Schichten des Unterbewußtseins hinab. Aber der Krieg ist unvermeidlich, weil die Welt in eine Lage geraten ist, aus der es keinen andern Ausweg gibt als den der Verzweiflung.»

Mit diesen Sätzen zeichnet Hermann Rauschning, der frühere Danziger Senatspräsident, der heute als Bauer im Westen der Vereinigten Staaten lebt, in seinem neuesten Buche «Ist Friede noch möglich?» die Situation, in welcher die Menschheit sich heute befindet. In der klassischen Zeit war der Krieg Episode, Unterbrechung zweier mehr oder weniger langer Friedensperioden. Er war wirklich, wie die bekannte Clausewitzsche Definition besagte, «die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln» und hatte den Zweck, nachdem alle Bemühungen der Diplomatie um einen Modus vivendi erschöpft waren, den allzu eigensüchtigen Partnerwillen dadurch zu brechen, daß die feindliche Heeresmacht niedergerungen wurde, um daraufhin aufs neue an den Verhandlungstisch zu gelangen und einen Frieden auszuhandeln.

Wie anders heute! Der Krieg beginnt nicht mehr wie früher mit der ritterlichen Kriegserklärung, sondern schon lange vorher mit dem sogenannten «Kalten Krieg», einem Zwitter zwischen Politik und militärischer Aktion. Aber weiter: Wenn der Krieg dann vom kalten in das heiße Stadium übergegangen ist, haben es nicht mehr nur die feindlichen Heere miteinander zu tun, der Krieg wird vielmehr total (wir hören noch das heisere Geschrei: «Der totalste Krieg ist uns gerade total genug») und erfaßt auch die gesamte Zivilbevölkerung. Er wird geführt bis zum «unconditional surrender», zur «bedingungslosen Kapitulation». Zum Friedensschluß kommt es gar nicht mehr oder nur unter sehr erschwerten Umständen, weil die Staatsmänner keine klaren Kriegsziele mehr haben.

Wie ist es zu dieser Entartung des Krieges und der Politik gekommen? Mir erscheint, abgesehen vom allgemeinen Kulturzerfall, doch *ein* Umstand besonders bemerkenswert, den auch Rauschning hervorhebt: die Kreuzzugsidee! In den USA ist sie aufgekommen, zuerst gegen Hitler und jetzt gegen Moskau. Und Rauschning stellt fest: «Die Kreuzzugsidee hat die Kriege unerbittlicher und die Friedensbedingungen härter gemacht, als es der nationale Egoismus und der Imperialismus im 19. Jahrhundert sich je haben träumen lassen; sie hat die Atmosphäre geschaffen, in der die Vernichtung eines ganzen Volkes gerechtfertigt erscheint.» In der Tat, calvinischer Geist ist es, der in der maßlosen Übersteigerung einer Tugend, nämlich der Verantwortung, zu der Vorstellung geführt hat: Die Vereinigten Staaten, «Gods own Country», hätten die ihnen von Gott auferlegte Mission, die stärkste Nation der Welt zu sein und als solche den Frieden in der Welt zu sichern [1]. Aber das Bestreben, die stärkste Nation der Welt zu sein, führt — das hat Rauschning unwiderleglich dargetan — zwangsläufig zu all jenen Maßlosigkeiten, die man totale Kriegsvorbereitung nennen kann: daß man nicht nur den Gegner militärisch einkreist, sondern auch alle unbeteiligten Staaten um den mutmaßlichen Gegner herum in ein Satellitenverhältnis hineinpreßt, ja daß man schon in Friedenszeiten die kriegswichtigen Rohstoffe der Welt *sich* zu sichern, *dem Gegner* aber wegzunehmen bestrebt ist, Kriegsvorbereitungen, bei denen jedes, auch das sittlich verwerflichste Mittel erlaubt, ja geheiligt erscheint. Wenn man sich erinnert, wie grausam die Kirche im Mittelalter die Glaubenskriege, die Ketzerverfolgungen, die Ausrottung, der Albigenser etwa, mit Schwert und Schwefel, ausgeführt hat, wird man verstehen, daß an der heutigen Entartung des Kalten wie des Heißen Krieges die Übersteigerung und Überspitzung politischer Gegensätze zu Glaubens- und Weltanschauungsgegensätzen schuld sind. Dieser untergründig wie oberschwellig geführte Weltanschauungs-

[1] Wir bezweifeln, daß calvinischer Geist im Sinne einer sittlichen Verantwortung vor Gott in der heutigen amerikanischen Politik noch irgendwie wirksam ist; gerade *diese* sittliche Verantwortung ist vielmehr mit Roosevelt zum großen Verhängnis Amerikas und der Welt gestorben. D. R.

krieg ist ja auch der Grund, daß man heute nichts mehr von Neutralität wissen will. Gewiß, Rauschning führt das auch an, ein leidenschaftlicher Kampf der Weltanschauungen besteht. Aber ist es nicht eine heillose, diabolische Verkürzung, diesen Kampf mit Pech und Napalm entscheiden zu wollen? Rudolf Steiner sagte einmal, der dritte Orden des heiligen Franziskus habe Dschingis-Khan aus Europa vertrieben; sollte das Abendland an sittlicher Substanz so bar geworden sein, daß ihm nur noch die Erfindung des Mönches Berthold Schwarz übrigblieb?

Rauschning stellt nun dieser Entartung der Politik, die auch in der Überordnung des militärischen Denkens über das politische Denken ihren Ausdruck findet — er stellt der Kreuzzugsidee die klare Erkenntnis entgegen: *Nicht das Machtübergewicht eines noch so friedliebenden Staates, sondern einzig und allein das Machtgleichgewicht in der Welt kann den Frieden sichern.*

Ein Machtgleichgewicht, das auf der freiwilligen Selbstbegrenzung der Macht beruht und von dem wahrhaft christlichen Geiste beseelt ist, dem anderen, dem Gegner, und selbst dem erklärten Feind Lebensrecht und Lebensraum zu gönnen. Wie stark sich Rauschning hier mit dem Gedanken des Nauheimer Kreises berührt, geht übrigens aus der überragenden Stellung hervor, die Rauschning dem Prinzip der *Neutralität*[2] *in* seinem Weltgleichgewichtssystem einräumt. Etwas anders zwar als Professor Noack unterscheidet Rauschning drei Weltzonen: den eurasischen Kern auf der einen Seite, den ozeanischen Rand auf der andern Seite. Der erstere würde in der Hauptsache Rußland-China, der zweite die USA und das britische Commonwealth umfassen. Dazwischen nun sieht Rauschning die «Mitte» etwa aus Westeuropa, den Mittelmeerstaaten, der arabischen Welt, Indien und Japan bestehend. Diese Mitte ist nach Rauschnings Meinung zur Neutralität prädestiniert, wobei er mit Nachdruck hervorhebt, daß es völlig verfehlt sei, die Neutralität dadurch entwerten zu wollen, daß man vorhersage, sie werde im Kriegsfall doch nicht standhalten: die *erste* Funktion der Neutralität ist es nämlich, einen Krieg überhaupt nicht *entstehen* zu lassen. Rauschning spricht in diesem Zusammenhang sehr bedeutsam von einem «Aufbruch der Mitte» und versteht darunter eine gerade in der arabischen Welt und Indien immer stärker sich hervorwagende Tendenz, eine neutrale «dritte» Kraft zu bilden. Er zitiert eine iranische Verlautbarung, die besagt, daß Iran sowohl wie die andern Länder des Mittleren Ostens nicht länger bereit sei, bloßes Objekt der Politik der imperialistischen Staaten zu sein. «Wie will der Westen eine Interessengemeinschaft dieser Völker und ihre unabhängige Politik verhindern? Mit welchen Sanktionen will er gegen Japan oder gegen Westdeutschland vorgehen, wenn sie die Bestimmungen des Friedensvertrages oder der Bonner Abmachungen nicht einhalten, was eines Tages unvermeidlich sein wird?» fragt Rauschning. Die USA dürfen den Druck — weder den militärischen noch den moralischen — auf die von ihren Interessen auf Neutralität verwiesenen Staaten nicht übersteigern, ohne daß die Gefahr besteht, sie in das gegnerische Lager zu drängen. Er selber zitiert nach dem Buch Fischers, «Masterplan USA», eine sehr beachtliche französische Stimme. Ein Schriftsteller sagt: Er habe keine Illusionen über Moskau und seine Wege. Wenn die Sowjets siegten, würden Freiheit und Kultur für ein Jahrhundert verschwinden. *Aber:* die Kommunisten böten immerhin einen Weg aus den mörderischen Streitigkeiten und Eifersüchteleien, aus dem sinnlosen Haß Europas heraus, und das sei seinen Preis wert, selbst den der Freiheit. Es ist frappierend, wie fast wörtlich diese Auffassung eines französischen Schriftstellers mit der Stellungnahme Jung-Chinas übereinstimmt, von der der deutsche Schriftsteller Gedat in einem seiner vor 1939 erschienenen Reisebücher berichtet. Rauschning mahnt die USA, auf den Weg der «Gründerväter», der Hamilton und Madison, zurückzukehren, die zwar die Macht des Staates nicht «abschaffen», aber sie begrenzen wollten, weil sie sich der Gefahren des Machtstrebens bewußt waren. Rauschning läßt in diesem seinem neuen Werk nicht so deutlich wie in

[2] Der Begriff «Neutralität» ist hier doch wohl irreführend. Es handelt sich u. E. nicht um Nichteinmischung oder Beiseitestehen, sondern um die Bildung einer starken und *unabhängigen* dritten Kraft im Ringen um die Föderation der Völker und im Kampf um den Frieden. D. R.

dem vor drei Jahren erschienenen Werke «Deutschland zwischen West und Ost» durchblicken, daß eine stille, unsichtbare *Revolution* in der Welt vorgeht, bei der es sich um eine neue Ordnung jenseits von Kapitalismus und Kollektivismus handle. «Dieses Umdenken», so lesen wir in der früheren Rauschningschen Schrift, «betrifft die Grenzen der Wirksamkeit des Staates und die Konzeption eines neuartigen pluralistischen Gemeinwesens an Stelle des Staates und seiner Staatsraison aus der absolutistischen Barockzeit, eine Konzeption, die aus der fruchtbaren Erkenntnis des ‚subsidiären' Charakters der einzelnen Lebenssphären der Menschen geschöpft ist und kein Dominieren einer einzelnen Sphäre, der staatlichen oder der ökonomischen, gestattet. Dieses Umdenken beinhaltet ein umfassendes System von Gegengewichten und Kontrollen (‚Checks' und ‚Balances'). Es führt zu der Überlegung, daß eine aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Volksvertretung nicht ausreicht, sondern der Korrektur und Ergänzung durch eine Vertretung bedarf, welche auf den organischen Gliederungen und Funktionen der Gesellschaft aufgebaut ist.» Das ist das klare Bekenntnis zu Karl Christian Plancks «Berufsstaat», das klare Bekenntnis zum Föderalismus als dem einzigen Prinzip, das aus dem Wirrwarr der Gegenwart heraus und in eine lichtere Zukunft führt. Daß «der Föderalismus die politische Form der Menschheit» sei, diese überragende Erkenntnis, die der Franzose *Proudhon* schon vor hundert Jahren ausgesprochen hat, beginnt sich heute endlich durchzusetzen; sie hat in Rauschning einen überzeugten Vertreter gefunden. «Ordnung des Rechts» gegen die «Ordnung der Gewalt». Das ist der Inhalt der heute an allen Ecken und Enden hervorbrechenden «Stillen Revolution». «Eine Revolution» aber, sagt Rauschning, «ist nicht durch eine Reaktion zu überwinden, wie dies der Westen in Europa, besonders auch in Deutschland, versucht. Die proletarische Revolution ist nur durch eine andere revolutionäre Lösung zu überwinden, die Revolution unserer Zeit aber heißt Sinngebung des sinnlos Gewordenen. Diese Revolution ist Europas eigenste Angelegenheit.» Europa ist vom Kommunismus «herausgefordert», wie Toynbee sagt, «Rußland ist das Ultimatum Gottes an die Christenheit», wie es der Heidelberger Professor Kütemeyer ausdrückt. «Wenn Europa eine Antwort auf diese Herausforderung — und es kann sich nur um eine revolutionäre Antwort handeln — nicht findet, dann», so meint Rauschning, «ist es im Grunde, geschichtlich gesehen, gleichgültig, ob seine Völker einem Ostreich oder einem Westreich eingegliedert werden.»

Wie notwendig dieser Umbruch ist, ergibt sich auch aus einer Zahl, die Rauschning in seinem Buche beiläufig mitteilt: In den USA leben 6 Prozent der Bevölkerung der Erde mit einem Einkommen von 50 Prozent des Welteinkommens, in einem andern Teil der Erde — vermutlich Indien-China — leben 50 Prozent der Bevölkerung mit 16 Prozent des Welteinkommens. Das ist ein Verhältnis von 1:26. Daß solche Zustände, solche aufreizende Verschiedenheit in einer Zeit vollkommener Kommunikation nicht Bestand haben kann, liegt auf der Hand. Das sollten insbesondere die christlichen Kirchen einsehen — ich komme immer wieder auf sie zurück, weil sie doch das Gewissen der Völker zu sein vorgeben, es aber leider so gar nicht sind!

Rauschning unterzieht natürlich in seinem Buch auch die *Sowjetunion* einer sehr eingehenden Analyse. Er legt in überzeugender Weise dar, daß Moskau auf dem Standpunkt steht, seine Ziele besser mit friedlichen als mit militärischen Mitteln zu erreichen; auch könne kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kommunismus in dem großen Armutsgürtel der Welt von Kleinasien bis Japan sich leichter und vollständiger verwirklichen lassen werde als in den Industrieländern der Alten Welt, wo die Instinkte des Besitzbürgertums, mindestens im Unterbewußtsein, noch ungebrochen ruhen. Stalin soll denn einmal erklärt haben, drei Ländern würde er den Kommunismus niemals gestatten, den USA, England und Deutschland. Das mag im Blick auf die Führungsschicht zutreffen; was Deutschland anbelangt, so sollte nicht verkannt werden, daß die Arbeiterschaft trotz aller Stimmzetteltreue von einem tiefen Mißtrauen gegen alle Parteien einschließlich der SPD erfüllt ist, also schon ein leichtes Umschlagen des Windes wahrscheinlich genügt, eine Lawine auszulösen. Rauschning macht übrigens auf gewisse «Wandlungen im Gefüge» der Sowjetherrschaft aufmerksam, die einer gewandelten amerikanischen Politik sehr wohl Ansatzpunkte für aussichtsreiche Verhandlungen zu bieten vermöchten.

Den deutschen Verteidigungsbeitrag und die ganze Westintegrierung lehnt Rauschning in der denkbar schärfsten Form ab. Die Spaltung Deutschlands in zwei Teile stelle eine Bewußtseinsspaltung dar, die Bonner Konzeption sei quasi also schizophren. Es läuft im Grunde auf Dr. Schumachers erbarmungsloses Verdikt hinaus, wenn Rauschning erklärt: die Westverträge anzunehmen, komme einem Verrat an der ureigensten deutschen Bestimmung und also dem *nationalen Selbstmord* gleich. Rauschning sagte das schon in seinem früheren Werke; es sei aber hier wiederholt, weil Presse und Rundfunk — und Buchhandel — es verstanden haben, jenes grundlegende Buch, wie Schopenhauer sagte: zu «sekretieren», das heißt ihm lautlos den Kragen umzudrehen. Ob es mit dem neuen Werke auch gelingt?

Einer vielleicht nicht ganz richtig gedeuteten Alternative muß ich zum Schluß noch entgegentreten: In «Deutschland zwischen West und Ost» meinte Rauschning an einer Stelle, unsere Zeit sei eine Zeit der Entscheidung *auch* zwischen Atheismus und Gottgläubigkeit. Ich möchte gerade dies für einen völlig falschen Gegensatz halten. Der wirkliche Schnitt geht ganz anders hindurch; er geht — nach Jesus — hindurch zwischen der Echtheit und der Heuchelei, zwischen der Wahrhaftigkeit und dem Sophistentum, zwischen dem nein sagenden, aber ja sagenden und dem ja sagenden, aber nein tuenden Sohne. Daß das christliche Abendland der ja sagende Neintuende ist, das hat schon jener Bibelabschreiber des frühen Altertums gewußt, der dieses gefährlichste Gleichnis Jesu in sein direktes Gegenteil verkehrte.

Es gibt atheistische Jesusjünger, wie es — en masse sogar — christliche Heiden, zum Beispiel Mammonsanbeter, gibt.

Rauschning hat sein neues Buch um einige Grade realistisch-nüchterner gehalten als das frühere. Das mag ihm bei den Alltagsmenschen, die ja immer noch genug an dem Inhalt des Werkes zu verdauen haben, seinen Weg erleichtern. Wir hingegen freuen uns der prachtvollen Unbedingtheit und Unbekümmertheit des früheren Buches, das mit den Sätzen schließt: «Europa kann nur als eine heilige Gemeinschaft entstehen, begründet auf dem Primat geistiger und sittlicher Normen vor dem Utilitarismus von Ökonomie und Machtpolitik ... Die Menschheit ist an einem Wendepunkt angelangt. Jeder fühlt es ... Das Hergebrachte und Gebräuchliche, die gewohnten Mittel und Methoden reichen nicht mehr aus: Das Ungewöhnliche, das Ungemeine, die äußerste Anstrengung über sich und das alltägliche Maß hinaus ist notwendig. Nicht was im bürgerlichen Sinne als recht und billig, klug und nützlich erscheint, hilft, sondern allein der rettende, tragisch-tödliche Sprung in das verzehrende göttliche Feuer, in das der Verzweifelnde sich stürzt wie Empedokles einst in den Ätna.

So allein, untergehend, erfahren Mensch wie Volk *die Wiedergeburt.*» *Daniel*

WELTRUNDSCHAU

Wendung im Kalten Krieg! Wir haben unsere letzte Rundschau mit der Feststellung beginnen müssen, daß sich der weltpolitische Horizont infolge des Regierungswechsels in Amerika sichtbar verdüstert habe. Dürfen wir heute sagen, daß er sich infolge des Regierungswechsels in der *Sowjetunion* wieder aufzuhellen scheine? Wir möchten es nur zu gern — und doch ist Vorsicht im Urteil geboten. Nicht etwa darum, weil wir zu den Neunmalklugen gehörten, die in jeder «Friedensoffensive» der kommunistisch regierten Staaten nur ein hinterlistiges Täuschungsmanöver sehen, dazu bestimmt, den «freien

Nationen» Sand in die Augen zu streuen und ihre Wachsamkeit gegenüber den angeblichen Kriegsplänen Moskaus und seiner Verbündeten einzuschläfern, sondern darum, weil wir die Reaktion der *Westmächte*, und vor allem der Vereinigten Staaten, auf die neuen Friedensfühler der Ostblockregierungen für gänzlich unzulänglich, ja verfehlt halten.

Was ist denn geschehen? So ziemlich das Gegenteil dessen, was viele vermeintlich gewitzigte Beobachter als Folge von Stalins Tod und des Übergangs der Regierungsmacht in der Sowjetunion auf jüngere, angeblich tatendurstige und kriegslüsterne Männer prophezeit haben. Um nur *ein* Beispiel anzuführen: Der frühere langjährige Sekretär der Kommunistischen Partei Amerikas, Earl Browder, der jetzt aus seiner Bekehrung, wie so viele andere, ein Geschäft macht, schrieb noch am 14. März in der Neuyorker «Nation»:

«Die Kriegsgefahr wird durch den Hinschied Stalins verschärft werden ... Die zweite Führergarnitur, die sich vielleicht zu lang darauf verlassen hat, daß ja Stalin alles originale Denken besorge, scheint unfähig zu sein, mit Amerika anders als im Ton hysterischer Beschimpfung zu verkehren ... Es wäre deshalb utopisch, zu erwarten, daß die neue Führung in Rußland in ihrer ersten Zeit auf innen- wie außenpolitischem Gebiet eine erleuchtetere Politik verfolgen werde. Sie dürfte im Gegenteil in ihrer Haltung und Stimmung eine Zeitlang noch unduldsamer sein.»

Umgekehrt ist auch gefahren! In Wahrheit bekunden die ersten Äußerungen und Handlungen der sowjetischen Innen- wie Außenpolitik nach Stalins Tod ein Maß von Duldsamkeit und Verständigungsbereitschaft gegenüber den Westmächten, wie man es kaum mehr erwartet hatte. Die russische Diplomatie setzt sich vor allem — um nur die wichtigsten Tatsachen zu erwähnen — vorbehaltlos für eine rasche Einstellung des Koreakrieges ein, und zwar durch die Lösung der Gefangenenfrage, dieses letzten Hindernisses für den Abschluß eines Waffenstillstands, auf Grund einer Formel, der auch die Amerikaner sollten zustimmen können. Sie hat die Hand zu einer, wie man hoffen darf, glücklichen Überwindung der Krise im Generalsekretariat der UNO geboten. Sie sucht einen Weg, um die unglückseligen Zwischenfälle im Flugverkehr mit Berlin nach Möglichkeit auszuschalten. In der Innenpolitik aber stellen die große Amnestie für politische Verbrechen, eine weitere, starke Preisherabsetzung und die Freilassung der zu Unrecht des Mordes und Mordversuchs bezichtigten jüdischen Ärzte Handlungen dar, die unverkennbar von einem versöhnlichen und vernünftigen Geist eingegeben sind. Insbesondere der offene Widerruf der Anklage gegen die jüdischen Ärzte ist geradezu eine sensationelle Neuheit in der sowjetischen Justizpraxis, und es bleibt nur zu hoffen, daß das hier gegebene Beispiel auch bei anderen «Verräterprozessen», die auf gleich morscher Grundlage ruhen, befolgt werde[1].

[1] Wichtig ist besonders, daß auch nach der amtlichen Moskauer Mitteilung die Geständnisse der angeklagten Ärzte «mit unzulässigen Methoden» herbeigeführt worden sind. Sollte das wirklich der einzige Fall dieser Art in all den kommunistischen Staatsprozessen sein? Muß man nicht vermuten, daß ähnliche Methoden zum Beispiel

Welcher Art auch immer die Kräfte sein mögen, die die jüngsten Initiativen Moskaus ausgelöst haben — soviel steht für uns fest, daß die neuen Männer im Kreml aufrichtig bestrebt sind, eine *bessere internationale Atmosphäre* und die entsprechenden innenpolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Um so mehr muß man die Reaktion bedauern, die im *westmächtlichen* Lager auf diese Vorstöße erfolgt ist. Die vorherrschende Meinung ist, die innenpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung verrieten nur die Schwäche ihrer ganzen Stellung gegenüber dem eigenen Volk, seien also ein Beweis für die Richtigkeit der «Befreiungspolitik» der Westmächte. Bei ihren außenpolitischen Schritten aber handle es sich einfach um «ein Vernebelungsmanöver mit dem Zweck, den Westen in Optimismus einzulullen, bis neue Vorstöße in Asien vorbereitet sind, oder um eine großangelegte Täuschung, um den neuen Herren im Kreml Muße für innere Auseinandersetzungen zu geben». (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 732, aus London.) Die amtlichen Kreise sind in ihren Äußerungen eine Schattierung gutartiger, wenn auch zum Beispiel Staatssekretär Dulles erklärte, «die Moskauer diplomatische Offensive ändere nichts an der internationalen Lage, die durch ihre Gefährlichkeit charakterisiert sei». Präsident Eisenhower selbst will abwarten, ob sich die russichen Avancen wirklich als ernstgemeint herausstellten (und als ernstgemeint will man sie natürlich erst gelten lassen, wenn sie zu einem bedingungslosen Einschwenken auf die Linie der amerikanischen «Friedenspolitik» führen), warnt jedoch davor, die schlechten Erfahrungen zu vergessen, die man bisher mit den Russen gemacht habe. Einig aber ist man im westlichen Lager darin, daß keine Rede davon sein könne, die Politik der forcierten Kriegsrüstungen, der Eingliederung eines wiederbewaffneten Westdeutschlands in die Europafront und des Neuaufbaues der japanischen Wehrmacht aufzugeben oder abzuschwächen. Man redet sich gegenteils ein, daß die Schwenkung Moskaus — wenn es eine sei — gerade die Wirkung dieser Rüstungspolitik sei und daß man nur recht konsequent fortfahren müsse, die Sowjets unter Druck zu setzen, um noch viel bessere Ergebnisse zu erzielen[2]. Kurz, man nimmt als völlig selbstverständlich an, daß die von den Vereinigten Staa-

---

auch im Slanskyprozeß angewandt wurden? Und wenn die angeblich so «einwandfreien» Beweise für eine Agententätigkeit der Moskauer Ärzte im Dienste der Westmächte jetzt als gefälscht und völlig haltlos erklärt werden, hat man dann nicht das Recht zu der Vermutung, daß das Beweismaterial auch in gewissen anderen Prozessen genau so willkürlich und gewissenlos fabriziert wurde? Die Wahrheit wird schon noch einmal ans Licht kommen!

[2] So zum Beispiel im Zürcher «Volksrecht». Noch mehr in der amerikanischen Presse. «Nach der in der UNO herrschenden Meinung sind die Roten zur Änderung ihrer Taktik gezwungen worden durch die UNO-Verteidigung von Korea, die Organisation der NATO, die tatsächliche Setzung der amerikanischen Industrie auf Kriegsfuß und die angekündigte Absicht der Regierung Eisenhower, die Offensive zu ergreifen, um den Kommunismus zu besiegen. Wenn diese Theorie richtig ist, so hat der Westen bereits einen bedeutenden strategischen Sieg errungen, indem er Moskau zwang, sich von der Offensive auf die Defensive umzustellen.» («Detroit News», 3. April.)

ten beherrschte und finanzierte Politik der Westmächte durchaus auf dem rechten Weg sei und daß es einzig von der Sowjetunion und ihren Verbündeten abhänge, ob es zu einem dauerhaften Friedenszustand in der Welt komme.

Und das ist vom Standpunkt der Westmächte aus soweit auch ganz begreiflich, droht doch die Sowjetunion einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen. Ihnen, vor allem der neuen amerikanischen Regierung, ist es ja vor allem darum zu tun, den kalten Krieg so lange weiterzuführen, bis die Sowjetunion derart in die Enge getrieben sei, daß sie entweder kapitulieren oder aber einen Verzweiflungskrieg auf sich nehmen müsse. Auf diese methodische Scharfmacherpolitik antwortet nun die Sowjetunion, im Einvernehmen mit China und Nordkorea, mit einer anscheinend ebenso planmäßigen Entspannungspolitik, in der Überzeugung, daß eine Fortsetzung des amerikanisch-westmächtlichen Kurses in absehbarer Zeit zur Katastrophe führen müsse. Die Verlegenheit der «freien Nationen», die ihre «Befreiungspolitik» gegenüber dem Ostblock gefährdet sehen und vor dem Ausbruch des Friedens in *diesem* Augenblick Angst haben, ist offenbar. Was liegt da näher, als wieder einmal sich selbst als die von lauterstem Friedenswillen beseelten Vorkämpfer von Freiheit und Recht zu preisen, die Russen (und Chinesen) aber als die ewigen Störenfriede und hinterhältigen Welteroberer zu brandmarken und von ihnen eindeutige «Taten» — das heißt Annahme der amerikanischen Bedingungen — zu verlangen, wenn man ihre Friedensschalmeien nicht als bloße Rattenfängerei bewerten solle[3]?

Gefährliche Kräfte Genauer gesagt: Man verlangt und erwartet eigentlich im westmächtlichen Lager nicht, daß der Ostblock, so wie er heute dasteht, eine Wendung zu einer unzweideutigen Friedenspolitik vornehme, wie sie der Westblock seit jeher verfolge; man erklärt vielmehr, die Existenz eines Ostblocks *an und für sich*, mit den 800 Millionen Menschen, die er umfasse, sei mit der Schaffung eines wirklichen Friedenszustandes auf die Länge unvereinbar. Das ist auf jeden Fall, seit Eisenhower und Dulles ans Ruder gekommen sind, die Grundthese der amerikanischen Außenpolitik, im Gegensatz zu Trumans «Ein-

[3] Das ist auch die Taktik Präsident Eisenhowers in seiner Rede vom 16. April, die von Winston Churchill ausdrücklich gebilligt worden ist. Er stellt an die Sowjetunion sehr weitgehende Forderungen: Rückzug aus Österreich, Preisgabe Ostdeutschlands und der osteuropäischen Volksrepubliken an die Westmächte (das ist natürlich gemeint mit der Formel: «Recht des freien Zusammenschlusses der Nationen Osteuropas mit andern Nationen in einer weltumspannenden Gemeinschaft des Gesetzes»), Beseitigung des kommunistischen Nordkoreas (das allein versteht Amerika unter einer Wiedervereinigung Koreas auf Grund freier Wahlen), Herstellung eines «echten Friedens» in ganz Asien (das heißt Abrücken der Sowjetunion und Chinas von den revolutionären Freiheitsbewegungen der asiatischen Völker) und so fort. Von entsprechenden Gegenleistungen der Westmächte ist bei Eisenhower keine Rede; daß Amerika etwa das neue China anerkennen, von

dämmungspolitik», die sich damit begnügen wollte, ein weiteres Umsichgreifen des Kommunismus in der Welt zu verhindern. James Burnham, der die jetzt offiziell zur Geltung gelangte «Befreiungspolitik» schon längst gepredigt hat, spricht es denn auch in der Neuyorker Sonntagszeitung «This Week Magazine» (vom 8. Februar 1953) rückhaltlos aus:

«Ich bin der Meinung, daß Moskau in der nächsten Zukunft nicht vorsätzlich einen allgemeinen Krieg anfangen wird.» Die Gefahr für die Vereinigten Staaten und die anderen freien Länder liege nicht hier, sondern ganz wo anders. «Diese Gefahr kann in einem einzigen Satz ausgedrückt werden: Wenn es den Kommunisten gelingt, das festzuhalten, was sie schon erobert *haben*, dann ist ihr vollkommener Weltsieg eine Gewißheit. Dies ist die einfache und schreckliche Tatsache: wenn die Dinge lediglich so bleiben, wie sie sind, dann haben wir schon verloren.»

Man weiß in den Vereinigten Staaten tatsächlich genau, daß die Sowjetunion in einem neuen Krieg nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hätte. Strategisch und wehrwirtschaftlich dem Westblock klar unterlegen, *darf* sie es nicht auf einen Krieg ankommen lassen; eine lange Friedenszeit hingegen, davon ist sie überzeugt, werde ihr nicht nur erlauben, ihr riesiges wirtschaftliches und kulturelles Um- und Aufbauwerk entscheidend weiterzuführen und zu sichern, sondern auch die Überlegenheit des kommunistischen über das kapitalistische und feudalistische Regime derart eindrücklich zu beweisen, daß die übrige Welt mit der Zeit ganz von selbst ebenfalls kommunistisch werde.

Das aber ist's gerade, was man in Amerika mit allen Kräften zu verhindern strebt. Die Welt des «freien Unternehmertums», so sagt man sich, darf nicht ruhig zusehen, wie sich das kommunistische Drittel der Erde immer mehr befestigt; man muß dieser tödlichen Gefahr *zuvorkommen* — nicht notwendigerweise durch einen eigentlichen Präventivkrieg, wie ihn sehr hochgestellte Politiker und Militärs in den USA immer wieder gefordert haben, aber auf alle Fälle durch Ausübung eines wachsenden militärischen Druckes auf die kommunistischen Staaten, die, unbarmherzig in die Zange genommen und zugleich von innen ausgehöhlt, früher oder später unfehlbar zusammenbrechen würden. Nicht untätig abwarten, sondern höchste Aktivität auf ein festes Ziel hin entfalten und notfalls mit aller Macht zuschlagen — das ist jetzt die Losung. Und Präsident Eisenhower meinte kaum etwas anderes, wenn er in seiner Botschaft über die Lage der Vereinigten Staaten vom vergangenen Januar sagte:

Tschiang Kai-shek abrücken und seine Stellungen in Japan räumen wolle, deutet er mit keiner Silbe an. Erst wenn die Sowjetunion seine Bedingungen erfüllt habe, seien die Vereinigten Staaten bereit, an die Abrüstung heranzugehen, insbesondere an die internationale Kontrolle der Atomkraft und das Verbot atomischer Waffen — wobei angenommen werden muß, daß das wieder auf der Linie des ehemaligen Baruch-Lilienthal-Acheson-Planes erfolgen würde, der nach sachverständigem Urteil die Sowjetunion wirtschaftlich wie militärisch den Vereinigten Staaten in die Hand gegeben hätte, wenn er von den Russen angenommen worden wäre. So stellt man der Sowjetunion aufs neue Bedingungen, deren Erfüllung nur bei größter Selbstverleugnung möglich wäre, um dann bei deren Ablehnung ihre Friedensliebe als reine Heuchelei «entlarven» zu können. (18. April.)

«Wir haben gelernt, daß die freie Welt nicht unbegrenzt in einem Zustand lähmender Spannung verharren kann, der dem Angreifer dauernd die Wahl von Zeit, Ort und Mitteln überläßt, uns den größten Schaden mit den geringsten eigenen Kosten zuzufügen.»

Vorerst wird — neben der massiven Aufrüstung — der Kalte Krieg gegen die kommunistischen Staaten freilich erst mit sogenannten *psychologischen Mitteln* geführt — mit Propaganda aller Art, Untergrundarbeit in den Ostländern und großangelegter Spionage. Die vielgenannten hundert Millionen Dollar, die auf Grund des Gesetzes über gegenseitige Hilfeleistung im September 1951 von der amerikanischen Bundesversammlung bewilligt wurden, um in den Ostländern die Tätigkeit von Einzelpersonen und ganzen Gruppen im Sinne der Westpolitik zu finanzieren, diese hundert Millionen stellen selbstverständlich nur einen geringfügigen Bruchteil der Gesamtaufwendungen der USA für die Auslösung einer «Befreiungsbewegung» im Sowjetraum dar. Die «New York Herald Tribune» (29. Januar 1953), die mit Freude Eisenhowers jüngste Maßnahmen zur Vereinheitlichung der psychologischen Kriegführung gegen den Ostblock begrüßte, meinte durchaus zutreffend:

«Ihrer Natur gemäß ist ein Hauptteil der psychologischen Kriegführung geheim und unterirdisch und geschieht in einer Form, die es der Regierung erlaubt, davon nach außen hin abzurücken.»

Ein anderer Teil vollzieht sich indessen in Formen, die möglichst «überirdisch» und offen sein *müssen*. So die Radiopropaganda, wie sie etwa von der «Stimme Amerikas», vom Berliner RIAS-Sender und von Radio Frei Europa in München mit einem Aufwand an Personal und Mitteln betrieben wird, dem die Sowjetunion nicht entfernt etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen hat. Auch die zahlreichen Komitees, Verbände und sonstigen Gruppierungen von Antikommunisten aus den Oststaaten, die in Westeuropa und Amerika arbeiten, und nicht zuletzt die weitverzweigte Organisation zur Beeinflussung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder im Sinne der amerikanischen «Freiheitspolitik» entfalten ihre Propaganda großenteils in voller Öffentlichkeit und leisten der amerikanischen Weltmachtpolitik wertvolle Dienste. Darüber hinaus verfolgen die Leiter des ganzen «Befreiungs»-Feldzuges aber Ziele, denen Ehrgeiz so wenig abzusprechen ist wie vollendete Skrupellosigkeit. Im «Wall Street Journal», also einem Organ der großen Neuyorker Geschäftswelt, entwickelte noch vor dem Amtsantritt von John Foster Dulles ein Mitarbeiter (am 17. Dezember 1952) ohne falsche Scheu ein wirklich erbauliches Programm für den neuen Außenminister. Er weist auf die prächtigen Möglichkeiten hin, die Säuberungsprozesse in den Ostländern zur vermehrten Aufputschung des Antikommunismus auszunützen, und fährt dann fort:

«Wenn Dulles einmal diese zusätzliche antikommunistische Stimmung gefördert hat (das Staatsdepartement bemüht sich bereits darum), wird er eine Reihe weiterer Methoden zur Unruhestiftung entwickeln können, mit denen die Regierung schon experimentiert hat. Die folgenden Maßnahmen könnte Dulles, wie hiesige Sachver-

ständige sagen, in großem Stil ergreifen (einige davon werden gegenwärtig in begrenztem Umfang durchgeführt):

Einschmuggelung von leichten Druckmaschinen und Papier für antikommunistische Untergrundzeitungen. Falsche Pässe und Ausweiskarten für Antikommunisten einschmuggeln .. Billige leichte Radioapparate einschmuggeln .. Sabotagemaßnahmen in roten Waffenfabriken und strategischen Bergwerken durchführen ... Man spielt sogar ein wenig mit dem Gedanken, Extra-Rationierungscoupons und nachgemachtes Geld einzuschmuggeln, um in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang weitere Verwirrung zu schaffen. Das Ziel wäre nicht, jetzt schon eine Revolution zu entfachen ... Aber man ist im Staatsdepartement mehr und mehr der Auffassung, daß, *wenn* die Satelliten rebellieren, die Vereinigten Staaten wie in Korea mit Waffen (und vielleicht mit Truppen) eingreifen sollten, um die Rebellen zu unterstützen. Man kennt zwar bereits die Meinung von Herrn Dulles über die Unterstützung lokaler Revolutionen, aber hier liegt doch ein Problem, das er wird sorgfältig studieren müssen, wenn er sein Amt übernimmt.»

Man darf sicher sein: Mr. Dulles studiert es — und es bleibt nicht beim Studieren. Oder glaubt man wirklich, er und seine Kollegen seien jetzt, da die Russen gut Wetter machen wollen, bereit, den ganzen riesigen Apparat, den sie aufgebaut haben, wieder abzumontieren, bevor er seine Arbeit getan — oder sich als Fehlkonstruktion erwiesen hat? Und glaubt man gar, Amerika denke daran, den noch ungleich gewaltigeren Apparat seiner Rüstungsindustrie, an dem solch ungeheure wirtschaftliche Interessen hängen, abzubauen, auch wenn der Wille der kommunistischen Welt, in Frieden neben der kapitalistischen Welt zu leben, noch so klar und ehrlich zum Ausdruck komme[4]? Das Gegenteil trifft zu: Je stärker die kommunistischen Staaten danach streben, in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus *ihr* System zu entwickeln und zu erproben, desto grimmiger wird im kapitalistischen Lager die Entschlossenheit, *diese* Art Konkurrenz um jeden Preis zu verhindern und die Kraftprobe auf demjenigen Gebiet zu suchen, auf dem man sich einwandfrei überlegen glaubt. Die zum Krieg treibenden Weltkräfte sind vor allem *hier* zu Hause; werden sie noch zu bändigen sein, bevor sie allverheerend ausbrechen?

Etwas über Gewalt In Amerika selbst, aber weithin auch in Westeuropa, weigert man sich freilich immer noch beharrlich, die tödliche Gefahr zu sehen, die aus der geschilderten Sachlage droht. Man sucht den Fehler und die Gefahr immer auf der Gegenseite, in der Gewaltlehre und Gewaltpraxis des Kommunismus, so wie das jüngst auch wieder Staatssekretär Dulles (in seiner Pressekonferenz

[4] Schon die bloße Ankündigung Präsident Eisenhowers, die Militärausgaben müßten etwas herabgesetzt werden, damit das Budget ins Gleichgewicht komme und die Steuern herabgesetzt werden könnten, hat nach der Aussage des Senators Ferguson dazu geführt, daß der Senatsausschuß für Militärkredite unter Druck gesetzt wird. «Dieser Druck wird nicht von Generälen oder Militärführern selbst ausgeübt, alles geschieht indirekt. Der Druck stammt von Industriellen mit Militäraufträgen, die behaupten, es seien Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsstörungen zu erwarten, wenn die Militäraufträge gekürzt werden sollten.» (Reutermeldung vom 8. April.)

vom 3. April) getan hat, als er, vor der «Friedensoffensive» Moskaus warnend, sagte:

«Die Sowjetführer kennen keine moralischen Hemmungen gegen den Gebrauch von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele. Das bedeutet eine große Gefahr für den Rest der Welt.»

Im Mund eines höchstgestellten Vertreters der Nation, die Hiroshima und Nagasaki auf dem Gewissen hat und in Korea vor keiner Scheußlichkeit zurückgeschreckt ist, um ihre Ziele zu erreichen, nimmt sich ein solcher Vorwurf allerdings mehr als nur pharisäerhaft aus. Und wenn wir auch vollauf anerkennen, daß es ganz wesentliche Unterschiede in der Art und Weise gibt, wie diese oder jene Staatsform, dieses oder jenes Wirtschaftssystem Gewalt übt, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, wie irreführend es ist, wenn man den Vorwurf einer besonders unmenschlichen und unsittlichen Gewalttätigkeit immer nur gegen die *politischen* Diktatursysteme erhebt, nicht oder doch viel weniger aber gegen die Formen *wirtschaftlicher* und *sozialer* Diktatur, wie sie den Kapitalismus kennzeichnen. Konkret gesprochen: Wenn ich abwäge, was an Gewalttätigkeit, Schändung des Menschentums und Freiheitsberaubung in den Ländern der kapitalistischen Demokratien geschehen ist und weiter geschieht, und was anderseits in dieser Hinsicht in den kommunistisch regierten Ländern gesündigt wurde und wird, so fühle ich mich ganz außerstande, in das Verdammungsurteil einzustimmen, das im westlichen Kulturkreis so einseitig über den kommunistischen Osten gefällt wird. Ja, ich bin längst überzeugt und habe es immer wieder ausgesprochen, daß die Gewalttätigkeit und Unmenschlichkeit, die in den kommunistischen Ländern mit den Mitteln der *Staatsgewalt* verübt wird, ganz entscheidend die Folge der Gewalttätigkeiten und Unmenschlichkeiten ist, die der von der Christenheit und der bürgerlichen Demokratie geduldete und gestützte Kapitalismus und Feudalismus verübt hat und immer noch weiter verübt.

In diesem Sinne fragen wir mit der amerikanischen Zeitschrift «Monthly Review», die sich in ihrer Märznummer in interessanter Weise über die «Verräterprozesse» in den Ostländern äußert:

«Wissen Sie von einem Regime in der Geschichte, das sich *nicht* auf Betrug und Gewalt gründete? Müssen wir Sie an die Grundlagen des gegenwärtigen Regimes in Großbritannien erinnern, das wir, wie so viele unserer Landsleute, in wesentlichen Dingen als das demokratischste in der Welt ansehen? Brauchen wir Sie an die Kolonialsklaverei Hunderter von Millionen Menschen zu erinnern? An die Entvölkerung Irlands? An die Verkümmerung ganzer Generationen freigeborener britischer Arbeiter? An die Dutzende von Kriegen, große und kleine, die die herrschende Klasse Englands in ihrem Sonderinteresse und um den Preis ungezählter Menschenleben geführt hat?

Sollen wir Sie an die Grundlagen des Regimes erinnern, das sein Hauptquartier in Washington aufgeschlagen hat und das einen Kreuzzug führt, um die Welt von allen Spuren der sozialistischen Ketzerei zu befreien? An die Art und Weise, wie die eingeborenen Indianer erst durch Lug und Trug von ihrem Boden vertrieben und dann wie wilde Tiere herumgejagt wurden? An die Art und Weise, wie die afrikanischen Neger entführt und versklavt wurden, um Baumwolle zu pflücken, die einer dünnen Minder-

heit Reichtümer einbrachte? An die Revolution und den Bürgerkrieg und die beiden Weltkriege, in denen wir uns als gelehrige Schüler der Kunst des Massenmordes — an Brüdern und an anderen Menschen — erwiesen haben?

... In dem Monat nach der Prozessierung und Hinrichtung von elf kommunistischen Führern in der Tschechoslowakei haben französische Gendarmen mehr als fünfzig Marokkaner niedergemetzelt, die gegen die französische Herrschaft demonstrierten ... Wieviele *gänzlich unschuldige* Nordkoreaner wurden während des Slanskyprozesses von amerikanischen Fliegern auf amtlichen Befehl der amerikanischen Regierung verbrannt oder durch Sprengbomben getötet? Niemand kann es genau sagen, aber die Zahl beläuft sich ganz sicher auf ein Mehrfaches von elf. Was für ein Regime gibt alljährlich Milliarden Dollar aus, um Bomben herzustellen, die, wie es heißt, die Bombe, welche 248 000 Japaner getötet hat, vergleichsweise als harmlosen Feuerwerkskörper erscheinen lassen wird?»

Man könne natürlich, so fährt der Redaktor der erwähnten Zeitschrift fort, ein Regime nach der *Masse* von Gewalttätigkeit beurteilen, die es verübt. Aber auch an diesem Maßstab gemessen, schneide das kommunistische Regime nicht schlechter ab als seine Gegner:

«Griechenland hat seit dem Zweiten Weltkrieg sicher mehr Regimefeinde hingerichtet als zwei beliebige seiner Nachbarn im Sowjetblock. Daß elf Tschechen im Dezember hingerichtet wurden, das bekam man in ganz Amerika in Riesenlettern zu lesen, aber auch die ‚New York Times' (5. Februar) widmete nur sechs Zeilen auf einer Innenseite der folgenden AP-Meldung aus Formosa: ‚Sieben Männer, die als kommunistische Agenten verurteilt worden waren, wurden heute hingerichtet. Das erhöht die Zahl der seit dem 26. November Hingerichteten auf 97.' Und was die leitenden Männer der beiden Lager betrifft, so ist es gewiß, daß in den letzten acht Jahren die Vereinigten Staaten für die Tötung einer weit größeren Zahl von menschlichen Wesen verantwortlich gewesen sind als die Sowjetunion.»

Der Verfasser des Aufsatzes schließt aus all dem, daß man den Kommunismus nur angreifen könne, wenn man *grundsätzlich* alle Gewaltanwendung ablehne, nicht aber, wenn man *für die eigenen Zwecke* unbedenklich ebenfalls zur Gewalt greife, sobald es einem passe. Nicht, daß man deswegen nun alles gutheißen müsse, was in den kommunistischen Ländern geschehe. Es gebe dort genug Dummheiten, Fehler und Ausschreitungen. Aber *wenn* man in der heutigen Weltlage Gewalt noch für unentbehrlich halte — und die Westmächte und ihre Parteigänger stehen ja durchaus auf diesem Boden —, dann sei Gewaltanwendung im Dienste der sozialen Revolution der Gewaltanwendung im Dienste des Kapitalismus und der Gegenrevolution unendlich überlegen. Wir selbst lehnen — das brauchen wir hier nicht mehr weiter auszuführen — Gewaltanwendung auch in Form der sozialen Revolution und des nationalen und sozialen Verteidigungskrieges ab, heute, im Zeitalter des totalen Weltkrieges und der Massenvernichtungswaffen entschiedener als je. Aber das ist eben *nicht* der Standpunkt der Westmächte und ihrer Anhänger, auch nicht jener seltsamen Pazifisten, die Kriegsrüstung und Kriegführung (als «Polizeiaktion» getarnt) ebenfalls gutzuheißen geneigt sind, wenn es gegen die Kommunisten geht. Von *ihrem* Standpunkt aus gibt es grundsätzlich gegen kommunistische Gewaltanwendung nichts einzuwenden;

alles kommt dann auf den Zweck an, der mit der Gewaltanwendung erreicht werden soll. Und dann gibt es mindestens für Gegner des kapitalistischen Unrechts keinen anderen Schluß als denjenigen, den auch die «Monthly Review» zieht:

«Unser Land rüstet sich zur Anwendung von Gewalt in einem bisher unerhörten Ausmaß, um eine Gesellschaftsordnung zu erhalten, die im Zeitraum von vier Jahrzehnten bereits die größte Gewaltorgie entfesselt hat, die das Menschengeschlecht in seiner langen, gewaltsamen Geschichte gesehen hat. Der Kapitalismus, die Organisation der Gesellschaft nach dem barbarischen Grundsatz des privaten Gewinnes, ist die Geißel der Menschheit; und Gewalt, die dazu dienen soll, ihn zu erhalten, ist doppelt verurteilt: um ihrer selbst wie um ihres Zweckes willen.»

Das Grab der Freiheit Es gehört zu den erstaunlichsten Leistungen des Lügengeistes, der jetzt die Menschen im Bann hält wie noch nie zuvor, daß dieser so offen daliegende Tatbestand den meisten unserer Zeitgenossen im Westen durch eine planmäßig erzeugte Kommunistenangst fast völlig vernebelt worden ist. Vor allem in den Vereinigten Staaten, wo — nach einer Schätzung des dortigen Gestapochefs — nicht mehr als 0,05 Prozent der Bevölkerung Kommunisten sind, also von je 40 000 Menschen ganze 20 (unbewaffnete) Männer und Frauen, die der Polizei alle bekannt sind und von ihr ständig überwacht werden. Es ist fast ein Rätsel, wie das, was man in Amerika McCarthyismus heißt, also der bösartigste, ausgesprochen hysterische Antikommunismus, solch große Volksmassen mit eigentlicher Suggestivgewalt packen konnte, und zwar bis tief in die Arbeiterschaft hinein. Ein Mitarbeiter des «New Statesman» berichtete letzthin (4. April) von einem Gewerkschaftsführer in Philadelphia, der ihm gesagt habe: «Ich hasse McCarthy und alles, was er tut. Aber 40 Prozent meiner Mitglieder stehen hinter ihm.» Man könne das, so meint er, nur verstehen, wenn man wisse, daß dank einer jahrelangen Propaganda der Republikanischen Partei (die jetzt an der Regierung ist) zahllose Amerikaner davon überzeugt seien, kommunistischer Einfluß im Außenministerium habe China den Bolschewiki in die Hände gespielt und drohe auch in der übrigen Welt die Sache Amerikas zu ruinieren. Also . . .

Mag sein, daß solche Vorstellungen mitgeholfen haben, McCarthy zu dem Nationalhelden und Freiheitsretter zu machen, als der dieser gerissene, aber bieder und gewinnend auftretende Demagoge Millionen von Amerikanern und Amerikanerinnen erscheint. Auf jeden Fall ist es ihm und seinesgleichen gelungen, das amerikanische Volk, seine Parteien und Parlamente, seine Regierungen und seine Gerichtshöfe zu überzeugen, daß der große Feind der Menschheit und namentlich aller Freiheit und Demokratie der Kommunismus sei — wo es doch mit Händen zu greifen ist, daß es nicht der Kommunismus, sondern der *Antikommunismus* ist, von dem die wirkliche Gefahr für Freiheit und Menschenrecht, ja für das Leben der Völker selbst, ausgeht.

In den Vereinigten Staaten ist jedenfalls, wie Tausende von Tatsachen

bezeugen, von dem, was wir unter Freiheit der Rede, der Forschung, der Presse, der Versammlung und Vereinigung verstehen, nicht mehr viel übrig. Moralischer Terror und politische Willkür haben das meiste davon getötet. Unter Beamten und öffentlichen Angestellten aller Grade, unter Schriftstellern und Journalisten, unter Schauspielern und Filmautoren, unter Radio- und Fernsehmitarbeitern ist längst gründlich aufgeräumt; nötigenfalls wurden Widerstrebende in den Selbstmord getrieben. Jetzt geht es vor allem an die noch nicht ganz «gesäuberten» Lehrer und Professoren; auch den Kirchen wurde bereits deutlich genug gedroht. Die Justiz ist eingeschüchtert und prostituiert; Steve Nelson, einer der vielen, die als des Kommunismus verdächtig vor Gericht gestellt wurden, fand keinen Verteidiger — 700 Anwälte weigerten sich, einer nach dem andern, sich für ihn einzusetzen —, und die Rosenbergs werden dem elektrischen Stuhl kaum mehr entrinnen.

Kurz, Rechtsstaat und politische Demokratie sind in Amerika aufs schwerste erschüttert. Gleichzeitig gewinnen die Geldmächte immer mehr Herrschaft nicht allein über die Wirtschaft, sondern auch über den Staat und das öffentliche Leben, dies besonders im Zusammenhang mit den Kriegsrüstungen und der dadurch begünstigten fortschreitenden Konzentration des Industrie- und Finanzkapitals. In der Außenpolitik aber triumphiert ein Geist, der mit der Verteidigung der Freiheit in der Welt nichts mehr zu tun hat, sehr viel aber mit ihrem Gegenteil. Die Vereinigten Staaten stehen ja in enger, aber höchst unheiliger Allianz mit einigen der brutalsten und korruptesten Regierungssysteme, die es überhaupt gibt — Spanien, Griechenland, Türkei, Tschiangs Rumpfchina, Rhees Südkorea, Bao Dais Indochina usw., nicht zu vergessen de Gasperis klerikal-reaktionäres Italien und Adenauers dito Westdeutschland. Gerade jetzt, während ich schreibe, wird Herr Adenauer in Amerika auf die plumpeste Art umschmeichelt und als Bannerträger des europäischen Antikommunismus gefeiert — des gleichen Antikommunismus, der Deutschland Hitler in die Arme getrieben und Hitler selbst in seinen Kreuzzug gegen die Sowjetunion gejagt hat. Keine andere Rolle spielt der deutsche Kanzler *heute* im Spiel des westlichen Imperialismus, der in der Maske des idealgesinnten Vorkämpfers der Freiheit tatsächlich deren zynischer Totengräber ist. Kann man sich einen ärgeren Betrug an den Völkern, eine schuldhaftere Verblendung der Geister — das sichere Zeichen nahenden Verderbens — denken?

Und doch Hoffnung! In diesem ganzen Rahmen, so glauben wir, muß man die Reaktion der Westmächte auf die Verständigungsbemühungen des Ostblocks sehen. Nicht, daß diese Reaktion auf der ganzen Linie einfach negativ sein müsse. In *Korea* ist es bereits zu einer Abmachung über die Heimschaffung der verwundeten und kranken Gefangenen gekommen und das, obschon die Amerikaner die bedingungslose Unterwerfung der Nordkoreaner und Chinesen un-

ter ihre Forderungen verlangten. Ähnlich mag es auch mit der Lösung der Kriegsgefangenenfrage überhaupt gehen, so daß dann einem Waffenstillstand kein Hindernis mehr im Wege stünde. Nordkorea und China müssen schon sehr starke Gründe für diese Hinnahme eines für ihr Ansehen in Asien nicht ungefährlichen amerikanischen Triumphes haben; aber über alle Prestigerücksichten hinweg wäre es doch die Hauptsache, daß einmal in Korea wenigstens nicht mehr Krieg geführt würde. Ob daraus auch ein wirklicher Friedenszustand wird, steht auf einem anderen Blatt. Es müßte schon ein gänzlicher Umschwung der amerikanischen Ostasienpolitik eintreten, wenn es dahin kommen soll, und das ist nach allem, was wir gerade von der jetzigen, auf ein richtiges Scharfmachertum gegen die revolutionäre Bewegung in Asien eingeschworenen Regierung der Vereinigten Staaten wissen, äußerst unwahrscheinlich. Was aber, wenn nicht unmittelbar wahrscheinlich, so doch mindestens möglich ist, das ist ein wachsender Widerstand der *Verbündeten und Satelliten* Amerikas gegen die Folgen der militärischen Großaufrüstung und gegen die «Befreiungspolitik» der Eisenhower-Dulles-Regierung überhaupt.

Frankreich vor allem schliddert immer unaufhaltsamer in wirtschaftliche Auflösung und finanziellen Bankerott hinein, wenn es mit der heimischen Aufrüstung und dem Krieg in Indochina so weitermacht; daran vermögen alle Wallfahrten seiner Politiker nach Washington nicht viel zu ändern. Aber auch *England* seufzt unter der Last der «Verteidigung der freien Welt» gegen eine imaginäre Angriffsdrohung aus Osten. Im «New Statesman» konnte man unlängst (28. März) lesen:

«Es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten, so erstaunlich sie ist, ruht auf sehr unbeständigen Grundlagen ... Das Heranrücken einer Krise wird ohne Zweifel von der jetzigen wie von jeder anderen Regierung kräftig bekämpft werden. Aber es wäre töricht, wollte man hoffen, daß Washington eine Politik entwickeln werde, die entschlossen genug, biegsam genug oder rasch genug in der Ausführung wäre, um zu verhindern, daß *unsere* Lage im Fall eines auch nur mäßigen Rückschlags in Amerika verzweifelt würde ... Wir können uns vielleicht noch eine Zeitlang in einem Zustand halber Krise weiterschleppen; wenn wir aber mit unseren Rüstungsausgaben im gegenwärtigen Maßstab weiterfahren, werden wir zuletzt entdecken, daß wir uns zutode gerüstet haben.»

Das ist deutlich gesprochen. Und es ist nicht der einzige Beschwerdepunkt, den England und Westeuropa überhaupt gegen Amerika haben. Es sind derer eine ganze Reihe — wirtschaftliche, politische, stimmungsmäßige Beschwerden, die man in der Alten Welt gegen die Vettern jenseits des Meeres hat, nicht zuletzt deren herrenmäßiges Auftreten gegenüber den armen Verwandten und Unterstützungsempfängern. Wir halten zwar die besonders auch von Stalin in seiner letzten Zeit entwickelte These, daß die Konflikte im Schoß der kapitalistischen Welt selbst sich zu einer ernsten Kriegsgefahr steigern werden, für ungebührlich zugespitzt. Aber daß solche Konflikte längst glimmen, daran kann dennoch kein Zweifel sein, und wer weiß, ob sie nicht unter bestimmten Voraussetzungen einmal offen auflodern — so offen, daß *sich die europäischen Völker*

Der lebendige Herr

Den ersten Bericht habe ich, o Theophilus, über alles verfaßt (gemeint ist das Evangelium D. R.), was Jesus zu tun und zu lehren begann bis zu dem Tage, an dem er die Boten, die er erwählt hatte, durch den Heiligen Geist beauftragte und darauf hinaufgenommen wurde, denen er sich auch lebendig erwies, nachdem er gelitten hatte, durch viele Beweise, da er sich während vierzig Tagen ihnen zeigte und über die Sache des Reiches Gottes mit ihnen redete. Und als er mit ihnen aß, befahl er ihnen, sich nicht von Jerusalem zu entfernen, sondern auf die Verheißung des Vaters zu warten, die ihr, sprach er, von mir gehört habt. Denn Johannes taufte mit Wasser; ihr aber werdet nicht lange nach diesen Tagen mit Heiligem Geist getauft werden.

Sie kamen nun zusammen und fragten ihn und sagten: Herr, stellst du in dieser Zeit das Königtum für Israel wieder her? Er sagte zu ihnen: Es ist nicht eure Sache, Zeiten oder Fristen zu erkennen, die der Vater in seiner eigenen Macht festgesetzt hat. Ihr aber werdet Kraft empfangen, wenn der Heilige Geist auf euch kommt, und ihr werdet meine Zeugen sein in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde. Apostelgeschichte 1, 1–8

Die Botschaft von dem auferstandenen Jesus, der als der lebendige Herr in der Welt bezeugt sein will und der auch heute zu seiner Nachfolge mitten in dieser Welt ruft — in der wirklichen Welt mit all ihren Fragen, Konflikten und Kämpfen — ist vielen heutigen Menschen vielleicht noch mehr als anderes, was als biblische Botschaft unter uns vertreten wird, fremd. Auch unter den Lesern der «Neuen Wege» sind nicht wenige, die mit diesem vorderen «religiösen» Teil wenig anzufangen wissen. Es ist schwer für sie, eine Beziehung zu diesem Religiösen zu finden. Die Sache und die Sprache scheint ihnen fremd und weltfern, um die es da geht.

Was die «Neuen Wege» politisch vertreten, wie sie sich zu den *politischen Dingen* in der heutigen Welt stellen, das wird verstanden und als Ringen um Wahrheit, um eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens begrüßt. *Der innere Zusammenhang aber mit der zentralen Botschaft der «Neuen Wege»* (der ausgesprochen oder unausgesprochen auch in der Weltrundschau vorliegt) *wird nicht gefunden oder gar nicht gesucht, vielleicht auch von vorneherein abgelehnt.* Da, wo dieser Zusammenhang gar nicht oder nur zögernd gesucht wird — ein zweifelndes Ringen mit dieser Sache wäre schon mehr! — handelt es sich meistens um eine mehr oder weniger unterstrichene *sozialistisch-marxistische Einstellung* gegenüber den religiösen Dingen. Deren Sinn und Bedeutung scheint «wissenschaftlich» erklärt, veraltet und vor allem unwirksam in der Welt. «Die Kritik der Religion», aller Religion, ist doch nach dieser Meinung mit Marx oder auch mit Lenin abgeschlossen. Die Religion ist abgetan, so wie sie seither in den kommunistischen Ländern als abgetan gilt und in ihrer kirchlichen Organisation entsprechend praktisch behandelt wird.

Ob diese in ihren philosophiegeschichtlichen Zusammenhängen und mit ihren gesellschaftlichen Ursachen durchaus verständliche Stellung-

nahme mit dem lebendigen Kern, der auch heute in ihr steckt, genügt? Wird sie nicht je länger je mehr zu einem Irrwege, einem Verfehlen der Wahrheit und wahrer Erkenntnis der menschlichen Dinge und der Welt im Denken und im Handeln? Ist denn wirklich mit der Zurückführung des Religiösen (das Christentum inbegriffen) auf den in seinen geschichtlichen Bedingungen lebenden Menschen mit seiner Abhängigkeit von den materiellen Verhältnissen wirklich schon der Glaube an Gott und an Christus als gesellschaftsbedingte menschliche Ideologie erwiesen und abgetan? Mit dieser Konstruktion kann man zwar einen im menschlichen Denken begründeten Gottesgedanken töten und auslöschen, aber man erreicht nicht den wirklichen Gott. Wie aber sollte es auf die Dauer für die Sache des Menschen einen verheißungsvollen Weg geben ohne Gott?

Wenn es eine «Religion» gibt, die «das Opium des Volkes» ist (eine Kennzeichnung, die schon vor Marx von Charles Kingsley, dem Verkünder eines radikalen Christentums geprägt wurde), gibt es nicht außer dieser «Religion» und vor ihr einen Gottesglauben und einen Christusglauben, welche die stärkste verändernde Kraft in der Welt waren und zu sein vermögen, von denen letztlich auch aller Sozialismus und Kommunismus zehren und worin sie allein ihre völlige und wahre Begründung und Verwirklichung finden werden?

Wo ein unmenschliches Prinzip eine Gesellschaft mit allen ihren sittlichen und höheren Werten regiert, wie das in der bürgerlichen Klassengesellschaft und Geschichtsepoche der Fall ist, da ist auch die Religion eine Verfälschung und ein Ersatz des Glaubens. Das kann immer wieder erkannt werden, und Marx hat dazu seinen Wahrheitsbeitrag geleistet, auch wenn er meinte mit der «Religion an sich» fertig geworden zu sein. Viel schwerwiegender ist die Tatsache, daß die Kirche als Vermittlerin des Glaubens den prophetischen Protest gegen seine Verfälschung bis heute nicht ernst genug genommen hat und darum mit ihrem Zeugnis vor der Welt ein fragwürdiges Gebilde bleibt.

Der wirkliche Gott wie ihn die Propheten verkünden, Christus und seine Botschaft vom Reiche Gottes sind etwas vollkommen anderes als das, was die bürgerliche wie die marxistische Welt unter «Religion» verstehen, beschützen oder bekämpfen. Die marxistische Welt insbesondere lebt aus dem fragwürdigsten und unheilvollsten Erbe der bürgerlichen Welt, wenn sie im wesentlichen deren Religionsanschauung und Religionskritik unternommen und die falsche Voraussetzung zu einer falschen letzten Schlußfolgerung fortgeführt hat. Die bürgerliche Welt endete in ihrer Philosophie und Praxis mit dem selbstgewissen Menschen- und Menschengeist, der nichts mehr außer sich kennen und anerkennen wollte, der Mensch allein wurde zum ersten und letzten Gedanken des Menschen und dieser Mensch gründete sein Leben und die Beziehungen seines Lebens auf die unmenschliche Macht des Geldes. *Demgegenüber stehen wir zu dem Glauben, daß weder der Mensch ohne Gott Mensch*

ist und werden kann, noch die Welt, getrennt von Gott Welt, das heißt ein dem Menschen zugeordnetes lebensvolles Ganzes sein kann, das zur Stätte der Verwirklichung eines Lebens in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit würde.

Diesen Sinn und diese Wirklichkeit wollen aber doch alle wirklich die Wahrheit und das Leben suchenden Menschen. *Diesen Sinn und seine Verwirklichung suchte gerade auch Marx, wenn er das wirklich menschliche Leben der Menschen für einander suchte und für den Bau einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft kämpfte:* Eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nicht auf dem Fetisch Geld und dem Profit aufgebaut, sondern auf der Arbeit des Menschen für den Menschen und um aller guten menschlichen Ziele willen. Mit all seiner Kritik auf dieser Linie rührt Marx an ein zentrales Stück der Botschaft der Propheten und Christi, die er verkannte, weil die Welt, in der er lebte und die er mit seinen tiefdringenden Augen und seinem nach Gerechtigkeit dürstenden Herzen durchschaute, der stärkste Ausdruck dieser Verkennung Christi war. Er fand keinen wahren Gottesdienst mehr, weil dieser abgelöst und verhüllt war durch den Mammonsdienst. Mammonsdienst aber ist ein Fetischismus. Marx selbst hat das auf das deutlichste erkannt und es auch ausgesprochen, daß das Grundprinzip der bürgerlichen Welt der Egoismus ist, der allem Mammonsdienst zugrunde liegt. Nicht erkannt aber hat er, daß darum die «Religion» dieser Welt eine ebensolche Verfälschung war und ist. Wo der Gottesdienst verfälscht wird, tritt auch die Verfinsterung der menschlichen Gedanken und Erkenntnisse ein. Welch ungeheure Folgen haben sich daraus ergeben! Folgen, die freilich unsere, der Christen Schuld, umso größer werden lassen.

Es ist an der Zeit, daß die geistige Erstarrung, die hier eingesetzt hat, überwunden werde. Wo Verfälschungen sind, gibt es immer auch Erstarrungen. Wo die Wahrheit nicht wirksam sein kann, wirken Lüge und Heuchelei. Wo die Götzen sind, kann der wirkliche Gott nicht sein.

Jesus aber ist da, wo der wirkliche Gott ist. Für die Sache Gottes, welche die Sache der Erlösung und Neuschöpfung des Menschen ist, hat er gekämpft und sein Leben gegeben, durch Gott wurde er auferweckt, für Gottes Sache unter den Menschen ist er der ewige Bürge und Vorkämpfer geworden. Glaube, lebendiger, wirksamer Glaube entspringt da, wo uns dieser Jesus ergreift und so tief verändert und verwandelt, daß wir der Sache des Reiches Gottes in der Welt zu dienen vermögen. Wenn Marx und Lenin, die doch in ihren Gräbern ruhen, mit ihren Gedanken heute für zahllose Menschen, ja Millionen eine solche Wirkung haben, so wollen und müssen wir es wieder bezeugen lernen, wieviel mehr Leben und Gerechtigkeit da entspringt, wo der uns begegnet, der auferstanden ist von den Toten und die Sache Gottes fortführt zu ihrem Sieg und Ziel.

Das sagt uns auch der einleitende Bericht der Apostelgeschichte, den

wir als neutestamentliches Zeugnis vorangestellt haben. Es ist schade, daß wir in der deutschen Übersetzung nicht die ursprüngliche griechische Überschrift über diesem Bericht haben, die soviel kennzeichnender ist als die jetzige. Diese heißt: «Taten der Apostel». Es handelt sich um die Taten der von Jesus, dem lebendigen Herren, mit einem Auftrag in die Welt gesandten Boten. Denn Jesus ist nicht abgetreten, so wie bedeutende oder mächtige Menschen vom Schauplatz der Geschichte «abtreten» müssen. Sein Sieg über den Tod ist der Beginn einer neuen Geschichte mit den Menschen und mit der Welt. Sein irdisches Wirken ist ein Beginn, ein Anfang, er setzt es von Gott her fort. Darum ist auch das Evangelium ein Anfang und hat ein Ziel. Es zielt auf die Vollendung. Darum ist die Welt die Stätte der Einwirkung Jesu bis zu seinem vollen Sieg. Das ist der Sinn seiner Königsherrschaft.

Ohne diesen lebendigen, für die Sache Gottes weiterwirkenden Jesus ist all unser Christentum tot, hat unser Glaube keine Kraft. Die Apostel erfuhren diesen Lebendigen und bezeugen seine Kraft in ihrem Wort und in ihren Taten. «Ihnen erwies er sich auch lebendig, nachdem er gelitten hatte, durch viele Beweise, da er sich während 40 Tagen ihnen zeigte und über die Sache des Reiches Gottes mit ihnen redete.» Das sind Worte von unendlicher Bedeutung für die Sache Gottes in der Welt. Das Reich Gottes ist des lebendigen Herrn Anliegen und Sache. Darüber spricht er mit seinen Jüngern auch als der Auferstandene, für dessen Dienst in der Welt rüstet er sie aus und gibt er ihnen seine «Gebote».

Zeigt uns nicht die ganze Geschichte der Sache Christi, daß diese lebendig und wirksam ist in der Welt — das Salz der Erde — wo sie diesen Zusammenhang mit dem lebendigen Herrn hat, daß sie tot und fade wird, ein Spülicht, ein Opium, eine «Ideologie», wo sie diesen lebendigen Zusammenhang verliert und wo wir «Christen» von dem lebendigen Herrn und seinem Gebot, von seinem Wirken für das Reich des Vaters unter den Menschen abgekommen sind? «Was suchet ihr den Lebendigen bei den Toten?» Mit diesem himmlischen Ruf müssen wir uns immer wieder wecken lassen. Daraus wird auch die Erweckung der Sache Christi in der Welt fließen.

Es geht nicht ohne den, der sich lebendig erweist. Daß sich doch das einmal tief, vielmehr immer tiefer einprägte in unser Leben, unser Denken und Tun, daß es unser ganzes Wesen immer völliger erfaßte! Wir würden ebenfalls lebendige, von ewiger Kraft und Wahrheit ergriffene Menschen. Gottes Reich und Gerechtigkeit würde unser Zeugnis und Anliegen in der Welt. Gottes Erbarmen und Liebe in Christus würde unsere Augen und Ohren öffnen für das Antlitz und den Schrei der Not, des Elends und des Jammers auf dieser Erde. Sie würden uns wach und erkennend machen für die Verstörung des Menschen und der Welt durch Sünde und Schuld, durch all das Böse, das von Menschen gegen

den Menschen geschieht. Sie würde uns fragen lassen nach der wirklichen Hilfe.

Die Hilfe ist da, weil der Helfer lebt und sich lebendig erweisen will und kann. Er *hat* ein Wort zu den Lebensfragen der Völker. Wir müssen nur darauf achten und ihm gehorchen. Er *ist* das Wort des Lebens für die Völker ebenso wie für die einzelnen Menschen. Von ihm geht die wirkliche Veränderung der Welt aus, ihre Überwindung, der Sieg über die Welt des Todes, des Krieges, der Ungerechtigkeit, der Lüge, der Unmenschlichkeit aller Art und an allen Orten der Erde. Nur wenn er dieser Lebendige ist, wird er auch der «Richter» der Völker sein können, an den wir glauben und auf den wir warten. Das sollten jene bedenken, die statt des lebendigen Herrn nur eine christliche «Religion» haben und kennen. Es wird dann freilich an denen, die auf ihn hören und ihm nachfolgen, nicht ausbleiben, was an ihm selbst nicht ausgeblieben ist: Verfolgung um der Gerechtigkeit willen, Leiden um der Wahrheit willen und auch das höchste nicht: Sterben um der Sache Gottes willen!

Es geht aber auch nicht ohne den verheißenen Geist des Vaters, der auch der Geist Christi ist. Er — keine Theologie oder Dogmatik, keine Kirche, Gemeinschaft oder Sekte — führt in die Wahrheit, ist der Beistand und Wegweiser. Er ist der Wegbahner. Er ist die Kraft. Das Kommen dieses Geistes, das Ausgegossenwerden dieses Geistes aus der Höhe, die Geistmitteilung durch den lebendigen Herrn war nicht umsonst das große Gebetsanliegen der beiden Blumhardt. Sie wußten aus lebendigem Kampf und lebendiger Erfahrung heraus, daß es ohne diese «Taufe des Geistes» nicht geht, von der in unserem Texte die Rede ist. Es ist die größte «Schwärmerei», wenn wir meinen, es gehe doch ohne diesen Geist, ohne diese Kraft Gottes. Wir haben nichts Dringlicheres und nichts Wichtigers zu erbitten als ihn. Er ist das Angeld Gottes und Christi an den Glauben. Durch ihn allein, der die lebendige Verbindung mit dem Vater und dem Herrn ist, vermögen wir, ob wir schwach, ohnmächtig, ja ein Nichts in dieser Welt sind, ein Salz und ein Licht der Erde zu werden, wie es die Jünger und alle Zeugen des lebendigen Christus geworden sind. Er allein vermag die Gemeinde wieder zusammenzubringen als Körper Christi zum Dienst des Reiches. Von diesem Geist wird auch die Erweckung der Geister ausgehen zu einer neuen Erkenntnis Gottes und seines Reiches, die kein Opium mehr sein wird, sondern Leben, Wahrheit und Kraft. Durch ihn wird jene neue Gemeinschaft unter den Menschen sich bilden, von der es heißt: «Sie hatten alles gemein» und «sie waren ein Herz und eine Seele».

Darin liegt unsere Hoffnung für die Welt. Darum wollen wir im Ringen mit ihrer Not und ihrer Finsternis bitten lernen. So bitten, daß der Geist uns zur reinigenden Wahrheit und Kraft wird, daß wir durch ihn glauben, arbeiten und kämpfen lernen im Gehorsam gegen den lebendigen Herrn.

Herr Jesus, sende die Verheißung des Vaters, den heiligen Geist, der über alles Fleisch ausgegossen werden soll, der in allem Seufzen der Kreatur vor Gott wirkt, der alle Wehen der Schöpfung durchzieht. Komm, heiliger Geist! *Albert Böhler.*

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Jesus Christus und die Politik*

(Schluß)

In dieselbe Richtung weisen noch einige markante Handlungen im Leben Jesu. Im Matthäus 11 hört Johannes im Gefängnis von den Taten Jesu. Er zweifelt im Gefängnis, ob Jesus wirklich der erwartete Messias sei. Dann erhoffte Johannes gewiß eine politische Tat zu seiner Befreiung. Was Jesus Johannes aber vorweisen kann, sind lediglich Zeichen und Botschaft vom Reich Gottes. «Und selig ist, wer sich nicht an mir ärgert.» Wer daran keinen Anstoß nimmt, daß ich nicht auf dem Boden politischen Handelns kämpfe, sondern lediglich meinen Auftrag von Gott ausrichte: den Namen Gottes den Menschen offenbar zu machen (Jh. 17, 6). Johannes dem Täufer zeigt sich Jesu Indifferenz gegenüber der Politik am krassesten. Er lehnt den Weg der Politik ab, auch einer gerechten, anständigen, gewaltlosen Politik, die es zweifellos gibt. Sonst hätte er den Fall des Täufers ganz anders ausgeschlachtet und die Menschen dadurch aufgerüttelt, um sie desto leichter führen zu können. Aber jede politische Erwägung ist ihm fremd.

Schließlich ist das geistige Ringen zu nennen, das Jesus mit seinen Jüngern führen muß, seit diese wissen, daß er leiden will. Sie haben ein politisches Messiasbild vor sich. Nach diesem üben sie Kritik an Jesu. Wahrscheinlich war Judas ein an diesem Bild Enttäuschter und Gestrandeter. Die Evangelien berichten frank und frei von den Kontroversen, die über dieser Frage entbrannt sind. Die Frage (Matth. 18, 1) «Wer ist doch der Größte im Reich Gottes?» ist von den Jüngern politisch gestellt und gedacht. Jesus beschämt die Frager, indem er ein Kind in ihre Mitte stellt und den Weg der Umkehr und Erniedrigung zeigt.

Auch die Bitte der Jünger Jakobus und Johannes (Mc. 10, 37): «Gib uns, daß wir sitzen einer zu deiner Rechten und einer zu deiner Linken in deiner Herrlichkeit», ist im Sinne menschlicher Politik gestellt, der Kunst des Sichbehauptens und Sich-Macht-Verschaffens. Jesus lehnt dieses politische Denken ab: «Ihr wisset nicht, was ihr bittet.» Er verweist

* Siehe Aprilheft Nr. 4.

sie auf seinen Opfertod. Die übrigen Jünger empören sich über ihre zwei vorwitzigen Kollegen. Wohl auch aus politischem Denken. Jesus sagt ihnen nun das bekannte Wort: «Ihr wisset, daß die weltlichen Fürsten herrschen, und die Mächtigen unter ihnen haben Gewalt.» (So Luther — ähnlich wie Römer 13 voll wohlwollendster Untertanenempfindung.) Der Bibelübersetzer Menge übersetzt ganz anders: «Ihr wißt, daß die, welche als Herrscher der Völker gelten, sie unterjochen und daß ihre Großen sie vergewaltigen. Bei euch aber darf es nicht so sein.» Jesus lehnt auch das Denken in diesen politisch üblichen Kategorien ab.

Zu politischen Überlegungen würde gehört haben, daß er sich um die Wirkung auf die Massen kümmerte. Nun stehen aber in den Evangelien eine Menge Stellen, wo Jesus den Geheilten verbietet, die Tatsache ihrer Heilung weiterzuverbreiten. Nach der Erzählung der Heilung des Töchterleins des Jairus berichtet Markus (Markus 5, 43): «Und er verbot ihnen hart, daß es niemand wissen sollte.» Nach der Heilung eines Taubstummen das selbe Verbot (Markus 7, 36). Vor allem aber verbietet er den Jüngern, weiterzusagen, daß er der Messias sei (Matthäus 16, 20): «Da verbot er seinen Jüngern, daß sie niemand sagen sollen, daß er Jesus, der Christus, wäre.» Dieser Satz ist auch bei Markus und Lukas zu lesen. Die Evangelisten haben diesem Verbot also Bedeutung beigelegt. Auch nach der Erscheinung auf dem Berg der Verklärung verbot Jesus nach Markus (9, 9) seinen drei erwählten Jüngern, dieses Erlebnis weiterzusagen, bis er von den Toten auferstanden sei.

Das sind Maßnahmen, die jedem politischen Denken und Handeln zuwiderlaufen.

Selbst die Taten, welche sich sehr eigneten, politisch ausgewertet zu werden, etwa die Tempelreinigung oder die Speisung der vier- beziehungsweise fünftausend hat Jesus nicht in diesem Sinne verwertet. Er ließ das Volk gehen (Matthäus 15, 39), stieg in das Boot und kam in die Gegend von Magadon.

Zeichen werden Jesu Wunder und Taten genannt, das ist bezeichnend. Politische Aktionen sind überlegt und zweckbedingt. Zeichen sind Einbrüche einer andern Wirklichkeit, Wirkungen eines andern Geistes als des, der im politischen Handeln der Menschen sich ausdrückt.

Insofern kann man sagen: Jesus hat nichts mit Politik zu tun. Aber nur in diesem begrenzten Sinn sei das behauptet.

Wenn man die Frage «Jesus und die Politik» im Gespräch mit einem üblichen Christen der Gegenwart anschneidet, dann wird er uns in diesem Punkt zustimmen, daß Jesus eigentlich mit Politik nichts zu tun habe, um dann aber hinzuzufügen, daß wir dem Staat gehorsam sein müßten als Christen. Denn unser Thema beschränkt sich für viele auf die Erzählung vom Zinsgroschen, wie Luther übersetzt hat, genauer auf das Streitgespräch mit den Pharisäern und Sadduzäern wegen der Steuerfrage. (Matthäus 22, 15 ff., Markus 12, 13 ff., und Lukas 20, 20 ff.) Aus diesem Gespräch wie der Satz «So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist,

und Gott, was Gottes ist» als der Schlüssel zu Jesu Stellung zur Politik angesehen und gelehrt. Unter diesem Motto haben Generationen von Christen dem Kaiser nicht nur Steuern bezahlt, sondern geopfert, sich selbst und andere. Die Mahnungen des letzten Buches der Bibel, den Kaiser nicht anzubeten, wurden überhört, weil sich mit Luther der Geist vieler Christen in dieses Buch der Weissagungen nicht schicken wollte. Die Macht der Obrigkeit, die sich des Christentums seit Konstantin bemächtigt hat, hat an dieser Schriftstelle ihre lähmenden Lehren verankert und aus der dynamischen Kraft der frohen Botschaft vom Reich Gottes eine Salbe zur Erhaltung und Förderung sogenannter christlicher Obrigkeiten gemacht bis auf diesen Tag.

Jesu Ablehnung eines politischen Weges für sich selbst wird nun falscherweise mit völligem Untertanengehorsam gepaart.

Was aber sagt dieses Steuergespräch eigentlich? Zunächst darf nicht vergessen werden, daß, nach den Berichten aller drei Synoptiker, Jesu Antwort eine Antwort auf eine bösartig gestellte Falle war. Die Pharisäer wollten Jesus mit seinen eigenen Worten fangen. Darum fragten sie ihn: «Ist es recht, daß man dem römischen Kaiser Steuer zahle oder nicht?» Viele Pharisäer haben das verneint, weil das Volk Gottes nur Gott Steuer schuldig sei, das heißt nur Tempelsteuer zahlen solle. Würde Jesus so frei geantwortet haben, so hätten sie ihn beim Prokurator verklagt und des Hochverrates überführt. Um ihn gefügiger zu einer Antwort zu machen, schmeicheln sie ihm: «Wir wissen, daß du wahrhaftig bist und den Weg Gottes mit Wahrheit lehrst. Du nimmst auf niemand Rücksicht, denn du siehst die Person nicht an.» Nun erst stellen sie die Frage: «Ist es recht, daß man dem Kaiser Steuer zahle oder nicht?»

Ragaz weist darauf hin, welch warmen Klang das Wort Kaiser für uns Abendländer hat. Da schwingen Klänge eines christlichen Kaisertums mit, die damals unbekannt waren. Wir müßten Kaiser mit Cäsar übersetzen und an die Grausamkeiten denken, die römische Cäsaren sich je und je haben zuschulden kommen lassen. Der römische Denar trug das Bild des Kaisers. Wenn Jesus gesagt hat: «Gebt dem Cäsaren, was dem Cäsaren zusteht», so hat er damit gewiß eine Regel für das unter römischer Besetzungsmacht seufzende Israel aufgestellt. Er lehnte Aufruhr und Gehorsamsverweigerung bei der Steuerfrage ab. Mehr aber läßt sich aus diesem Wort nicht entnehmen, um so weniger, als es ja gar nicht als Verkündigung einer christlichen Staatslehre ausgesprochen ist, sondern von Jesus gesagt wurde, um sich aus der Schlinge zu ziehen, die ihm die Feinde zu legen versucht haben. Diese Wirkung hatte denn Jesu Auskunft auch gehabt. Seine Widersacher wenden sich ab und verstummen. Eine Trennung der Welt in ein Bereich, das dem Cäsaren gehört und ein anderes, das Gott gehört, ein Verzicht dann gewissermaßen auf Einflußnahme vom Reich Gottes her auf das Reich des Cäsaren und was immer staatschristliche Theologie aus diesem kurzen Wort herauszulesen — besser hineinzulesen — sich mühte, kann man unbefangenerweise nicht

feststellen. Vielmehr sagt uns auch dieses Wort lediglich, daß Jesus es ablehnte, gegen die Römerherrschaft politisch vorzugehen. Daß seine ganze Botschaft dem Menschen zeigt, was er Gott schuldig ist, nämlich sich selbst ganz, seinen Leib und sein Leben, das muß beachtet werden, und darauf liegt auch der Ton, und zwar der übertönend starke und entscheidende Ton: Gebet Gott, was ihr Gott schuldig seid.

Im Gespräch mit Pilatus hat sich Jesus ähnlich reserviert der Römerherrschaft gegenüber verhalten. Hoftheologen wollen in jenem Gespräch eine Anerkennung der römischen Obrigkeit sehen. Matthäus aber schreibt: Jesus habe dem Statthalter nur die Frage «Bist du der König der Juden?» mit Ja beantwortet, sonst aber auf die Fragen der Juden kein Wort gesagt. Bei Johannes frägt Pilatus Jesus: «Weißt du nicht, daß ich Macht habe, dich kreuzigen zu lassen, und auch die Macht, dich freizugeben?» Jesus antwortete ihm: «Du hättest keinerlei Macht über mich, wenn sie dir nicht von oben her verliehen wäre; darum hat der, welcher mich dir überliefert hat, um so größere Schuld.» (Joh. 19, 11.) Calvin erinnert daran, daß in dem Wort «von oben her» eine Mahnung an Pilatus steckt, daß er als Richter einem höheren Richter verantwortlich sei. Andere Ausleger gehen noch weiter und sehen darin die Staatsmacht grundsätzlich von Jesus als gottgegeben anerkannt. Dem Juden fällt die größere Schuld zu, weil sie die römische Rechtsprechung für ihre Zwecke mißbrauchen.

«Mein Reich ist nicht von dieser Welt» — das ist Jesu Ablehnung des politischen Weges für sich und seinen Auftrag. Ist es nicht grotesk, zu denken, daß im Augenblick, wo dieser Auftrag am Menschen und seiner Politik scheitert, der Herr diese Politik in ihrem Rahmen sanktioniert habe?

3.

Damit kommen wir zu einer dritten Überlegung zu dem Thema «Jesus und die Politik». Wir sagten: Im Geiste der Propheten des Alten Bundes hat Jesus den Führern seines Volkes ins Gewissen geredet.

Zweitens aber stellten wir fest, daß er selbst keinerlei politische Ziele anerkennt oder verfolgt. Nun aber wäre es falsch, dabei unsere Überlegungen abzuschließen. Denn gerade aus der letztgenannten Tatsache resultieren jene furchtbaren Verirrungen, die den Christen zum kritiklosen, gehorsamen Untertanen machen und ihn auf dem Umweg einer Theologie dahin bringen, daß er den Fußfall vor dem Satan aus Gehorsam gegen die Schrift (wie man meint) tut, den der Herr mit den Worten «Hebe dich weg, Satan» abgelehnt hat. Das Scheitern einer landläufigen Theologie dem Neuen, das Jesus auch für die Politik bringt, gegenüber ist vorgezeichnet im Ausgang des Gespräches zwischen Jesus und Nikodemus. (Johannes 3, 1—21.) Man kann dieses Gespräch ein politisches Gespräch nennen, denn Nikodemus wird ausdrücklich als Vertreter des Hohen Rates eingeführt. Als solcher informiert er sich einmal über Jesus,

dessen prophetische Sendung Nikodemus anerkennt. Die Bewegung im Volk zugunsten des neuen Propheten mag das Mitglied der Führung beunruhigt haben. Persönliches Heilsverlangen sehen wir kaum bei diesem Politiker. Jesu Zeichen haben im Raum des öffentlichen Lebens Aufsehen erregt, darum kommt Nikodemus nur bei Nacht zu ihm.

Wie verläuft nun das Gespräch? Es wird schon überraschend eröffnet. Jesus setzt seinen Besucher mit zwei Zügen schachmatt. Das Reich, das er bringt, ist dem üblichen Sinn unverständlich. Es ist nur für Wiedergeborene sichtbar und erreichbar. Der Politiker Nikodemus steht hier genau so vor Jesus wie später der Politiker Pilatus. Seine Kunst ist am Ende.

Die neue Staatskunst des Reiches Gottes ist nur neuen Menschen zugänglich, Menschen, die aus der Wahrheit sind. Sie nur können Jesu Stimme hören, verstehen. Politik ist menschliches Tun. Bei einer Geburt handelt es sich um eine Schöpfung Gottes. Neugeborene Menschen gehören dem Reich Gottes an. Diese Neugeburt gründet im Opfertod Jesu. Darum führt Jesus das Gespräch mit Nikodemus auf die Schlange, die Moses in der Wüste erhöht hat. Hier ist das Zeichen des Opfertodes aufgerichtet und wird aufgerichtet im Kreuz. Der Neugeborene erfüllt seine Berufung durch die Hingabe an den Herrn des Reiches Gottes. Taufe und Führung des Heiligen Geistes sind dafür Kennzeichen.

Dem alten, nicht wiedergeborenen Menschen als Träger einer alten Politik galten Jesu prophetische Wehe- und Gerichtsworte. Der neue, wiedergeborene Mensch wird allein der Sache des Reiches Gottes dienen können. Nur durch diesen Dienst — den Licht- und Salzdienst — wird die Welt gerettet, die durch Politik an den Rand des Verderbens gebracht wird.

Der Opfertod Jesu ist darum bei der Aufhebung der Politik ausschlaggebend. Unter Politik verstand man Klugheit, Selbsterhaltung. Der Fuchs oder der Wolf und auch der Löwe sind Symbole der Politik. Das geschlachtete Lamm ist das Symbol des Reiches Gottes. Die ganze Offenbarung des Johannes bezeugt den Sieg des geopferten Lammes. Auch hier ist gezeigt, wie Jesus alles neu macht. Die neue Staatskunst des Reiches Gottes, wenn man so sagen darf, ist Hingabe, wie der Menschensohn sich dem Vater geopfert hat in völligem Gehorsam. Im Reich Gottes ist also die Nachfolge Jesu, die Bereitschaft zum Opfertod, die entscheidende «Politik». Auch das ist von Johannes in seiner Offenbarung klar erkannt. «Sei getreu bis in den Tod . . .» (Apc. 2, 10.)

Durch das Lamm wird die Politik der Gewalttat aufgehoben. Jesus hat in der Bergpredigt darauf hin seine Jünger unterwiesen. Er hätte das wohl nicht getan, wenn es nicht sein Wille gewesen wäre, in dieser Weltzeit schon für diese Erde die neue Haltung des Reiches Gottes zu begründen. Darum seine zusammenfassende Mahnung: «Ihr sollt vollkommen sein wie euer Vater im Himmel», und die paulinische Fassung des Hauptinhaltes der Bergpredigt: «Laß dich nicht das Böse überwinden,

sondern überwinde das Böse mit Gutem!» (Römer 12, 2.) Hier wird nun die Tat des Menschen aufgerufen. Nachdem Gottes entscheidende Tat in der Gründung des Reiches Gottes — Opfertod Jesu und Wiedergeburt durch den Geist — festgelegt ist, wird der Mensch zur Liebe, Versöhnung, Feindesliebe, Sorglosigkeit, zum Verzicht auf Reichtum, zur Ablehnung der Selbstbehauptung oder gar Gewalt gerufen.

Wenn Truman seine Politik als auf die Bergpredigt gegründet bezeichnet hat, so ist das als Ausdruck dessen, was dieser Mann als Christ offenbar will und für wünschenswert hält, bezeichnend. In den Vereinigten Staaten ist die Ansicht vieler Christen die, daß die Bergpredigt entscheidend zur Staatskunst herangezogen werden sollte. Im Lande der Lutherischen Reformation dagegen geht die Meinung mehr dahin, daß man mit der Bergpredigt nicht regieren kann. Daran ist richtig, was auch für Truman gilt, daß man mit der Bergpredigt tatsächlich so nicht regieren kann, wie es heute geschieht. Tut man es doch, so unterliegt man einer schlimmen Täuschung.

Daß Jesus die neue Politik, oder besser: die Haltung des Reiches Gottes, für die Menschheit wirksam machen will, bekundet sich in der Gründung der Gemeinde und in der Berufung einer Jüngerschaft. Nun tritt an Stelle der Masse – dieses Instrumentes der menschlichen Politik – die Gemeinde, an Stelle der Propaganda die Wirkung des Heiligen Geistes. Darum hütet sich der Herr so sehr, menschlich-politische Mittel anzuwenden, wo Gemeinde werden soll. Er läßt seine Anhänger gehen, wenn sie innerlich nicht gewonnen sind. «Niemand kann zu mir kommen, wenn es ihm nicht vom Vater gegeben ist.» (Joh. 6, 65.) Da sich viele von ihm abwandten, hält er sie mit keinem Wort. Er wendet sich nur an die Verbleibenden mit der Frage: «Wollt ihr auch weggehen?» Der entscheidende Faktor, welcher die Jünger zusammenhält, ist Jesu Geist. Dieser rein innerliche Zusammenhalt ist nun krisenfest. Auf diese Weise erhält der Herr eine Gemeinde, mit der er die Politik der Welt aus den Angeln hebt. Beispiele dafür sind die neue soziale Ordnung der Urgemeinde, der Sieg des Christentums dank dem Märtyrertod seiner Zeugen und die Kriegsdienstverweigerung der ersten Christen im Römischen Reich.

Mit der Verkündigung des Reiches Gottes verbindet Jesus die Mahnung zur Buße. Wir sahen an Jesu Gerichtsworten über die Volksführer, daß er die Mahnung, Buße zu tun, die Gesinnung zu ändern, nicht nur auf die private Sphäre des menschlichen Lebens beschränkt wissen will. Änderung des Denkens ist auch eine Forderung für die Politik und für die Politiker. Er verlangt eine Änderung auf das Reich Gottes hin, das er verkörpert. Pilatus und der Hohe Rat scheiterten an ihrem Unvermögen, umzukehren und Buße zu tun. Über die Unbußfertigkeit Jerusalems bricht Jesus in Tränen aus.

Durch Buße aber wird Jesus als der Herr des Reiches Gottes bekannt und geehrt. Diesen Weg des Bekennens weist der Herr seine Jünger. Politische Überlegungen im üblichen Sinn sind ihm für das Werden des

Reiches Gottes verwehrt. Das *Bekennen* seines Herrn und dessen Reiches ist aber in gewissem Sinne auch eine politische Tat, die den Weg der Liebe, den Weg des Opfers, der Gemeinde, der Achtung vor dem Geringsten, den Weg der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit weist. Die Staatskunst im eigentlichen Sinne wird vom *Herrn* des Reiches gemacht. Die alte Politik ist aufgehoben. «Siehe, ich mache alles neu», sagt der erhöhte Herr. Die Seinen sind gerufen, sich durch Wort und Tat zu diesem Neuen zu bekennen. Dann sind auch die alten politischen Forderungen der Propheten erfüllt, und Jesus kann sagen: «Heute ist in mir die Schrift erfüllt.» Der Weg zu einem neuen Himmel und einer neuen Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt, ist offen. *Ludwig Simon*

Ignace Lepp, ein Wegweiser des heutigen Frankreichs

Jüngst hat Henri Clouart in einem in den «Nouvelles Littéraires» veröffentlichten Artikel mit Recht bedauert, daß die breite literarische Öffentlichkeit Frankreichs anläßlich des Todes von Louis Lavelle, dessen adelige Erscheinung wir seinerzeit hier heraufbeschworen haben, dem Werk dieses Philosophen, der ein großer Weiser war und der die Literatur ehrte, indem er der Philosophie diente, nicht die Bedeutung zuteil werden ließ, die es verdiente. Leider war er ein bescheidener Mensch, der keinen Nutzen aus dem Snobismus zog, der mit gutem oder schlechtem Vorbedacht (zum Beispiel im Falle Bergsons voll und ganz gerechtfertigt) heute allein geeignet ist, den literarischen Ruhm zu begründen. Denn in einer Zeit, wo immer mehr die Gaukler und die lärmend überschätzten Ruhmesgrößen den Vordergrund der Szene behaupten, darf man sich mit Recht fragen, welcher Platz wohl für die treuesten und ernstesten Diener des Geistes übrigbleibt, die uns eine Botschaft zu verkünden haben.

Neben diesen letzteren, und nach dem schmerzlichen Verlust, den die echteste französische Geistigkeit mit dem Hinscheiden eines Louis Lavelle erlitten hatte, einem Verlust, der dem Emmanuel Mouniers in kurzem Abstand folgte, geziemt es sich, einen anderen französischen zeitgenössischen Denker vorzustellen, dessen wesentliches und befruchtendes Schaffen bisher noch nicht richtig gewertet erscheint. Diese Tatsache ist um so unverzeihlicher, als Ignace Lepp, der im Innersten und im besten Sinne des Wortes ein kämpfender Schriftsteller (écrivain engagé) ist, niemals die Absicht hatte, sich in seinen elfenbeinernen Turm einzuschließen, sich nur an die Spezialisten in der Philosophie zu wenden, weil diese, wie er meint, heutzutage schon genügend nur für sie bestimmte Bücher besitzen. Aber neben diesen Spezialisten gibt es die unzählige Schar der andern, die, von der quälenden Angst unserer Zeit erdrückt, nach den vielen auf-

sehenerregenden Mißerfolgen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, in seinen ehrgeizigsten wie seinen alltäglichsten Aspekten, voll Unruhe nach dem Sinn fragen und nach der Richtung ihres eigenen Lebens, nach der Bestimmung der Menschheit und der ganzen Schöpfung. Gerade an diese wenden sich die Werke von Ignace Lepp, die er selbst treffend als «Bücher des Kampfes» definiert.

In dieser Hinsicht erscheint uns die Tatsache in hohem Maße aufschlußreich, daß unter anderem der Verfasser des Buches «L'Existence authentique» — schon vor Jahren bei den Editions de la Colombe in Paris erschienen und als sein Hauptwerk zu betrachten — *die Existenz, das leidenschaftliche Denken*, und mit welchem Feuer, welcher Flamme, rehabilitiert hat, für welche die Moralisten nur allzusehr Neigung zeigten, sie zu Unrecht in Mißkredit zu bringen, wobei sie sich in den meisten Fällen auf Doppelsinnigkeiten stützten. Die Intelligenz, proklamiert Ignace Lepp, kann im Gegensatz hierzu erst dann wirklich menschlich und schöpferisch werden, wenn der Mensch imstande sein wird, *leidenschaftlich zu denken*. Und von dieser Perspektive aus gesehen, ist nicht zu leugnen, daß es gerade die leidenschaftlichen Schriftsteller und Denker waren, die seit jeher den greifbarsten und wirksamsten Einfluß auf den Gang der Menschheit ausgeübt haben. Wer vermag abzuschätzen, was wir Menschen wie Sankt Augustinus, Pascal, Kierkegaard, Nietzsche, Dostojewskij, um nur einige zu nennen, verdanken? Man kann sogar, ohne eine Übertreibung zu riskieren, so weit gehen zu behaupten, daß durch sie und nur durch sie die Geschichte vorwärts schreiten konnte. Kant und Hegel werden wahrlich nur mehr von den Spezialisten der Philosophie gelesen oder von den unglücklichen jungen Leuten, die sie kennen müssen, wenn sie ihre Examen bestehen wollen. Obschon Augustin seit 1500 Jahren tot ist und Pascal seit 400 Jahren nicht mehr unter den Lebenden weilt, sind die «Confessionen» und die «Pensées» immer und unverändert aktuell, denn sie werden noch gelesen, aber nicht wie Dokumente, die der Vergangenheit, der Geschichte angehören, sondern wie Zeugenaussagen, von denen man für sich selber etwas erwartet. Und tatsächlich kann nur das kämpferische und leidenschaftliche Denken die andern dahin führen, ihre eigenen Ideen fallen zu lassen und dem, der führt, Gefolgschaft zu leisten.

Da jedoch Ignace Lepp vor allem im Sinne seines bedeutendsten Werkes der Lehrer der authentischen Existenz ist, ist es wichtig zu wissen, was diese Existenz im wesentlichen für ihn darstellt. In erster Linie kann in seinen Augen nur der Mensch sich auf diese Definition berufen, der Persönlichkeit wird, indem er es ablehnt, sich dem Druck aller Determinismen, die ihn überall einschließen, zu überlassen, und der bewußt und aus freiem Willen seiner Berufung lebt, der Berufung, für die er geschaffen wurde und die ihm erlaubt, sich in den großen Plan einzuordnen, den Gott für alle Glieder unserer Gattung vorgesehen hat und dessen zahlreiche und geheimnisvolle Fäden er in Händen hält. Aber unsere Berufung selbst vollzieht sich auf einer doppelten Stufenleiter. Zunächst kommt

es darauf an, daß wir entdecken, welches das höchste Ziel unserer Existenz ist. Um dieses zu erreichen, müssen wir zu einer inneren Harmonie gelangen, die uns erlaubt, die verschiedenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, aus welchen sich unsere menschliche Persönlichkeit zusammensetzt, zu beherrschen und in Übereinstimmung zu bringen. Jeder Mensch hier auf Erden hat seine eigene Berufung, und darin beruht ja gerade der Reichtum und die unübertreffliche Vielfalt der Schöpfung. Doch all diese anscheinend so verschiedenen Wege führen in den nämlichen Hafen, in das Haus des Vaters. Die beste Straße für jeden Menschen ist jene, die es ihm ermöglicht, auf die authentischste Weise zu existieren, was von ihm den größten Edelmut und höchstes Übersichhinausschreiten erfordert.

Jean-Paul Sartre hat in «Etre et le Néant» geschrieben: «Es ist absurd, daß wir geboren werden, und absurd, daß wir sterben.» Verharrt man in dieser Perspektive, die der auf diese Welt beschränkten Immanenz gleichkommt und die die Transzendenz leugnet, so ist es klar, daß der Tod die Bestätigung des radikalen Nonsens der menschlichen Bestimmung ist und daß es infolgedessen keine Existenz gibt, die als authentisch gewürdigt zu werden verdient. Eine solche Vision des Lebens ist völlig von der Alltäglichkeit erfüllt, und diese bietet uns nichts anderes als das trügerische Schauspiel der Korruption, der Auflösung, des Mordes und schließlich des Todes. Die meisten unserer Zeitgenossen leben dieses Leben, und sie gelangen demnach nicht zu einer «authentischen Existenz». Der Tod des Mitmenschen erscheint ihnen nur als eine Banalität, kaum tragischer als der Tod eines Tieres und das Fallen der Blätter im Herbst. Wenn es sich jedoch um ihren eigenen Tod handelt, empfinden sie eine furchtbare Angst, denn der Tod bedeutet Vernichtung aller ihrer Projekte, aller ihrer Unternehmungen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre das menschliche Handeln nicht mehr eine schöpferische Tat, die einen tiefen Sinn in sich birgt, der sie rechtfertigt, sondern ein simples Vergnügen, dem es gelingen muß, zu verhindern, daß der Mensch an den unausbleiblichen Tod gemahnt wird, gleich dem Gefangenen, dem es vergönnt ist, für kurze Augenblicke seine Haft zu vergessen, wie Pascal es in einem ergreifenden und unvergeßlichen Bild uns dargestellt hat. Darum kann für Ignace Lepp einzig die im höchsten Sinne des Wortes wahrgenommene religiöse Perspektive dem Tod die Bedeutung des Absurden entziehen; sie allein vermag die uns umgebenden Mauern niederzureißen, in welchen wir immer mehr zu ersticken drohen, so daß es dem Menschen möglich sein wird, tatsächlich seine Freiheit zu gewinnen. Darum, weil der Mensch in seiner Substanz sterblich ist, erweist sich der Glaube nicht nur als eines der konstitutiven Elemente, sondern als die Conditio sine qua non der «authentischen Existenz». Und selbst, wenn so manche in der Theorie irreligiöse Meinungen vertreten, im Praktischen schaffen und wirken und das klare Bewußtsein haben, daß sie etwas Positives nicht allein für die kommende Generation, sondern für sich selbst leisten, bedeutet das, wie Ignace Lepp mit Nachdruck bestätigt, daß sie im Innersten

die Überzeugung besitzen, daß der Tod für sie nicht die totale Vernichtung darstellt, weil im menschlichen Wesen unergründlichere und unerschütterlichere Gewißheiten vorhanden sind als die durch Vernunftschlüsse und abstrakte zerebrale Logik erworbenen.

Als vollendeter und alle Gebiete zusammenfassender Denker verfällt der Philosoph der «authentischen Existenz» nicht in die Fehler der allzu zahlreichen Gläubigen, die die primordiale Wichtigkeit der sozialen Frage in der heutigen Welt unterschätzen. Seine zahlreichen Texte beweisen, daß sein kurzer Aufenthalt bei den Kommunisten gewisse unauslöschliche Spuren hinterlassen hat. So schreibt er unter anderem: «Die Denkfreiheit ist für den einfachen, ungeschulten Menschen eine Täuschung; er ist kaum fähig anders zu denken, als die Zeitung denkt, die er liest, oder das soziale Milieu, in dem er lebt. Die berühmte politische Freiheit mit allgemeinem Wahlrecht und parlamentarischer Demokratie ist für ihn nur eine Mystifikation, die ihn auf Gnade und Ungnade der Propaganda und den Demagogen ausliefert. Lepp sieht kein anderes Mittel, seine persönliche Freiheit zu bejahen und zu erobern, als mit allen seinen Kräften für die Abschaffung der sozialen Zerrüttung zu arbeiten. Der authentisch Existierende kann nicht eine Welt dulden, wo die materiellen Sorgen bei weitem überwiegen, wo die totale Unsicherheit, der Mangel aller Möglichkeiten einer Initiative sogar im eigenen Dasein die Freiheit einer ganzen sozialen Klasse illusorisch machen. Die modernen Proletarier sind kaum viel freier als die einstigen Sklaven.»

Und noch folgende Zeilen, bei denen man gewiß die Kühnheit des Gedankens eines geistigen Philosophen bewundern wird: «Unter den gegenwärtigen Daseinsbedingungen der Menschheit haben die, die aufrichtig den Fortschritt des Menschen wünschen — ob es sich nun um geistigen, moralischen oder wirtschaftlichen Fortschritt handeln möge —, die strenge Pflicht, Revolutionäre zu sein. Sie müssen für die Abschaffung einer rückschrittlichen oder erstarrten sozialen Ordnung wirken, die nur einer geringen Zahl von Ausnahmemenschen die ‚authentische Existenz' ermöglicht. Die Authentizität muß gewiß auf der Ebene des persönlichen Lebens existieren, aber auch auf der Ebene des kollektiven Daseins. Die Nichtauthentizität ist ein Übel, das hier wie dort auszurotten ist. Die Welt wird wirklich nicht eher auf den vom Schöpfer für sie gewollten Weg gelangen, als wenn die Heiligen Revolutionäre und die Revolutionäre Heilige sein werden.»

Auf allen Gebieten ist Ignace Lepps Denken das kühne Denken eines Anhängers der Gütergemeinschaft, der Gemeinsame. Für ihn verwirklicht sich das persönliche Heil immer innerhalb des kollektiven Heils. Sogar die Verstorbenen wissen sich mit denen solidarisch, die sich noch auf der Erde mühen.

In dieser Hinsicht hat Ignace Lepp in klaren und präzisen Worten seine Ansicht definiert: «Man betrachtet das ewige Leben», so schreibt er, «als eine rein individuelle Beziehung zwischen Gott und Mensch.» Jeder

wäre dort für sich, und das Vaterunser hätte keinen Sinn mehr. Es würde dort keinerlei Spur mehr vorhanden sein vom Reich der Verbrüderung, dessen Errichtung das höchste Ideal dem Menschen in der Zeit ist. Diese individuelle Vision des Himmels stimmt durchaus nicht mit der christlichen Realität überein. Nach der Aussage des Evangeliums und der Überlieferung ist das individuelle Heil nur eine Schimäre. Die Trennung zwischen Mensch und Mensch, zwischen Mensch und Universum, ist wie die Trennung zwischen Mensch und Gott das Wirken der Sünde. Nun ist die Ewigkeit der Triumph Christi über die Sünde. Der Begriff selbst der Ewigkeit schließt die Aufhebung jeglicher Trennung in sich ein. Dort wird sich die vollkommene Vereinigung erfüllen, die Christus in seinem priesterlichen Gebet seinen Freunden als das höchste Ideal auf dieser Erde hingestellt hat. Mein Heil und meine Verklärung sind nicht nur an das Heil und die Verklärung aller übrigen Menschen geknüpft, sondern auch an das der Tiere und Pflanzen, der Atome und Elektronen, die die Welt bilden. Letzten Endes gibt es nur ein kosmisches Heil. Über diese Wahrheit ist die Apokalypse des hl. Johannes sehr aufschlußreich. Sie spricht von einer neuen Erde und einem neuen Himmel, die in dem Augenblick erscheinen werden, in dem alles Zeitliche vom Ewigen getragen sein wird.

Über die Freundschaft, der Ignace Lepp den allerersten Platz in seiner Vision einräumt, äußert er auch originelle und wahre Dinge. So sagt er, mit gutem Recht, wie uns scheint, daß die treuesten Freundschaften aus gemeinsamer Arbeit erstehen, aus gemeinsamem Kampf im Dienste einer gemeinsamen Sache. Wenn die Wege der einen oder andern zu sehr auseinandergehen, wenn die schöpferische Gemeinschaft und Tat nicht mehr existiert, dann widersteht — wie die Erfahrung beweist — auch die bestbewährte Freundschaft nicht länger der Prüfung einer Trennung. Man wird sich vielleicht noch Freund nennen, man wird noch freundschaftliche Gesten tun, aber das Band, das einte, ist die für immer tote Vergangenheit; die wahre, echte Freundschaft existiert nicht mehr, und es besteht die Gefahr, daß sie niemals wieder aus der Asche aufersteht.

Erst vor kurzem hat Ignace Lepp, gleichfalls bei den Editions de la Colombe, unter dem Titel «La Communication des existences» ein neues und, wie die früheren, strenges Buch herausgebracht, dessen Lektüre durch den direkten, lebendigen Stil wesentlich erleichtert wird. Im Gegensatz zu den meisten Denkern und Künstlern der Jetztzeit, die die menschliche Lage als unabwendbar tragisch empfunden haben, weil sie die Verbundenheit zwischen den Menschen als unmöglich erachten, wodurch sie diese der Einsamkeit überantworten, zeigt unser Verfasser hier, daß diese Verbundenheit durch die Freundschaft und die Liebe verwirklicht werden kann. Manchmal an Platon erinnernd, schließt er mit folgenden Worten: «Die Freundschaft führt das Ich geradenwegs zum andern und damit zu einer Verbundenheit, durch die tatsächlich die geistige Persönlichkeit des andern durch unsere eigene geistige Persönlichkeit berührt wird.» Was ist die «Authentizität» einer Existenz, die nur kurz dauern würde,

für einen Menschen, der in seinem tiefsten Innern nach ewiger Dauer strebt? Das ist zweifellos der Kernpunkt der Botschaft, die uns dieser Denker vermittelt. Beim Schriftsteller Ignace Lepp ist uns immer auch der Mensch gegenwärtig, der sich harmonisch in aktives und besinnliches Leben teilt und der um die Dinge und die Menschen weiß. Darauf beruht die geheime Ausstrahlung, die von seinem ganzen Werk ausgeht.

Serge Radine

Stellungnahme

Wir wollten ursprünglich die Stellungnahme im letzten Heft zusammen mit einer Stellungnahme zu dem Vorgehen gegenüber den Juden in Rußland und andern Oststaaten bringen, nicht um das Gleichgewicht zwischen einer Kritik am Westen und am Osten herzustellen, sondern aus der Verantwortung heraus, die wir gegenüber allem Geschehen in der Welt haben.

Es drängt sich uns seit Jahren angesichts der unheilvollen Vorgänge das Zusammenwirken der beiden «Lager» am Unheil auf. Die Schuld wird jeweils von einem Lager dem andern zugeschoben und als Propagandamittel im kalten Krieg benutzt. Eine solche sinnlose Grundhaltung führt aus dem Teufelskreise von Lüge und Heuchelei nie heraus. Sie widerspricht auch jedem intellektuellen Ernst und jeder politischen Verantwortlichkeit, welche der Verankerung in der Wahrheit und in allen sittlichen Werten in keinem Fall entbehren können. Politik wird zu einem frevelhaften Spiel, wenn sie sich nicht ihrer sittlichen Verantwortung vor den Völkern bewußt ist. Politik ist kein Spiel, keine Kunst (auch nicht die «Kunst des Möglichen»), kein Metier, sondern eine sittliche Aufgabe der Menschen für die Menschen. Und zwar hat diese Aufgabe ihren Bereich auf allen Gebieten des Zusammenlebens der Völker und der Menschen. Nur so kann der Mensch dem Menschen Mensch sein und wird nicht zum Gewaltmenschen, zum Unterdrücker und Peiniger.

Auf dieser sittlichen Grundlage beruht auch alles Recht, durch das der Mensch vor der Gewalt und dem Zugriff des Menschen geschützt und von den politisch Verantwortlichen nicht willkürlich angetastet und mißbraucht werden kann.

So verstehen wir den Sinn einer echten Demokratie. Diktatur ist dagegen überall da, wo durch irgendwelche Instanzen, seien sie politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art, dem Menschen kein Lebensrecht und keine geistige Selbständigkeit mehr eingeräumt wird. Revolution und Reaktion führen leicht zur Schmälerung und Antastung dieses Lebensrechtes und der Gewissensfreiheit, wie wir es seit vielen Jahren in so verschiedener teils offener, teils verborgener Weise mit immer neuem Entsetzen erleben. Begründet und gerechtfertigt wird diese Ver-

stümmelung des Lebensrechtes stets mit «Notwendigkeit», mit Verschulden des «Andern» und mit einem «heiligen» Ziel.

Die Anklage gegen die jüdischen Ärzte in Rußland und ihre Inhaftierung war ein Beispiel dafür. Sowohl diese Maßnahmen als dann ihre Aufhebung scheinen einem uns nicht völlig durchschaubaren, aber jedenfalls nicht sittlichen und rechtlichen Beweggrund entsprungen zu sein. Diese und andere Vorgänge in Rußland im Zusammenhang mit der russischen Politik zeigen deutlich, daß es keine sozialistische oder kommunistische Politik und Gesellschaft geben kann, ohne Anerkennung einer, *jede* menschliche Gesellschaft verpflichtenden sittlichen Wahrheit und ein aus ihr stammendes Recht.

Diktatur, Gewaltakte, Terror, Deportationen und Vertreibungen, Zwangsarbeitslager, politische Überwachung und kalte Revolution lassen jede um des Menschen willen aufgebrochene revolutionäre Bewegung ihr Ziel verfehlen. Die entscheidende Besinnung und Umkehr, die uns allen aufgegeben ist — und im Westen kann uns keine Schuld des Ostens davon dispensieren — würde Rußland den tiefsten Sinn seiner Sendung wieder erkennen und in menschlicher Weise verwirklichen lassen. Diese ist nur in Menschlichkeit und nicht mit Unmenschlichkeit (auch nicht mit einer «vorläufigen») zu verwirklichen.

Und die Juden? Und der Aufstand der jüdischen Welt (die Zweckpropaganda des Westens wollen wir hier beiseite lassen) gegen den kommunistischen «Antisemitismus»? Hat nicht Israel Grund, sich auf das Höchste zu besinnen, was ihm in seiner Geschichte gegeben wurde, auf Zion, das dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit dient? Davor würde die Anklage von Marx gegen das Judentum verstummen, die in der Auseinandersetzung um den Ärzteprozeß eine Rolle gespielt hat. Der Kampf Marxens und des Marxismus gegen «Judentum» und «Christentum» ist berechtigt, wo er das Gericht des Reiches Gottes über die bürgerliche Religion des geistigen und materiellen Egoismus vertritt. Er wird hingegen ein Hohn, wenn er nur das Werkzeug einer abscheulichen Willkürherrschaft und einer nihilistischen Machtpolitik verführter oder verführender Menschen und eines allmächtigen Polizeiapparates sowie einer vergötterten Partei und Religion geworden ist, die ihr Regime fälschlicherweise «Diktatur des Proletariates» bezeichnet. D. R.

Roosevelt-Worte

Es ist meine Überzeugung, daß das Leben in kommenden Jahrhunderten auf positiven und dauernden Werten aufgebaut werden muß.

Der Wert der Liebe wird immer größer sein als der Wert des Hasses, da jede Nation oder Nationengruppe, die dem Haß frönt, schließlich von Haß im Innern zerrissen wird. Der Wert des Glaubens an

Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist in jedem Lande stets stärker als der Wert des Glaubens an Gewalt, denn Gewalt wendet sich letzten Endes nach innen, und dieser Vorgang zwingt jedermann oder jede Gruppe, seine Kraft schließlich am eigenen Bruder zu messen.

Der Wert der Wahrheit und Aufrichtigkeit ist stets größer als der Wert der Lüge und Schamlosigkeit. Noch ist kein Prozeß erfunden worden, der den Menschen von seinem eigenen Herzen und Gewissen trennen oder ihn hindern könnte, die Ergebnisse seiner falschen Auffassungen schließlich einzusehen. Man kann Menschen nicht von dem Wert einer Lebensordnung überzeugen, die Armut, Elend, Krankheit und Tod im Gefolge führt. Nur freie Menschen bleiben ihrer Gesinnung auf die Dauer treu.

In der Nachkriegszeit darf für soziale Vorrechte Einzelner oder bestimmter Völker kein Raum sein.

Eine lange Wegstrecke liegt hinter uns. Aber wir haben noch einen weiten Weg zurückzulegen. *Eine* Grenze ist noch nicht erobert, *ein* Amerika noch nicht bezwungen. Das ist die große, unser Volk umspannende Grenze der Unsicherheit, Not und Furcht. Das ist die Grenze, das Amerika, das zu erobern unser Ziel ist.

Unsere Republik entstand und erwuchs zu ihrer gegenwärtigen Kraft unter dem Schutze gewisser unveräußerlicher politischer Rechte — des Rechtes auf Freiheit der Rede, der Presse, der Religionsausübung, auf gerichtliches Verhör vor Geschworenen, auf Freiheit von ungerechtfertigten Durchsuchungen und Verhaftungen. Dies waren unsere Rechte auf Leben und Freiheit.

Da unser Land an Größe und Bedeutung wuchs und unsere Industrie sich ausbreitete, erwiesen sich diese politischen Rechte als unzulänglich, uns Gleichberechtigung und Streben nach Glück zu sichern.

Es ist uns klar geworden, daß die wahre Freiheit des Einzelnen von wirtschaftlicher Sicherheit und Selbständigkeit abhängig ist. «Bedürftige Menschen sind keine freien Menschen». Hungrige und Arbeitslose fördern Diktaturen.

Die Neue Welt hat sich von der größten und einfachsten Kriegsursache dadurch befreit, daß jede Nation eingewilligt hat, die Integrität und Unabhängigkeit der andern Nationen zu achten. Selbstbeschränkung und Anerkennung der Gleichberechtigung aller Nachbarnationen als Ausdruck tatsächlichen guten Willens haben uns Frieden gebracht und werden uns den Frieden so lange erhalten, wie wir diesem endgültigen sittlichen Gesetz folgen.

Was diese müde Welt am meisten braucht, ist die Wiedergeburt religiösen Geistes. Möchte doch den Völkern heute solch eine Wiedergeburt gegeben werden und die Herzen der Männer und Frauen aller religiösen Überzeugungen zu einem Neubekenntnis ihres Glaubens an die Vorsehung Gottes und die Bruderschaft der Menschen bewegen. Ich zweifle, daß es in der Welt ein einziges soziales, politisches oder wirtschaftliches Problem gibt, das nicht leicht lösbar wäre, wenn Menschen und Nationen ihr Leben in Einklang mit der schlichten Lehre der Bergpredigt bringen würden.

Trotz aller neuen Staffage und Schlagworte bleibt die Tyrannei die älteste und verrufenste Herrschaftsform der Geschichte. Und wann immer die Tyrannei an die Stelle einer menschlichen Regierungsform trat, lagen die Ursachen mehr in inneren als äußeren Umständen. Demokratie kann sich entfalten, wenn es ihr gelingt, sich der Hingabe jener zu vergewissern, die Lincoln die «gewöhnlichen Leute» nannte. Die Demokratie kann sich diese Hingabe nur erhalten, wenn sie die der Würde dieser Menschen gebührende Achtung durch eine Gesellschaftsordnung zu gewährleisten versteht, die den Massen — Männern wie Frauen — ein vernünftiges Maß von Sicherheit und Hoffnung für sich und ihre Kinder garantiert.

Wir wollen in Zukunft eine Welt sichern, die auf vier Grundfreiheiten aufgebaut ist.

Die erste ist Rede- und Ausdrucksfreiheit — überall in der Welt.

Die zweite ist Religionsfreiheit — überall in der Welt.

Die dritte ist Freiheit von Not — was allgemein verständlich bedeutet, daß Wirtschaftsabmachungen getroffen werden müssen, die allen Angehörigen jedes Volkes der Welt ein gesundes, friedliches Leben zusichern.

Die vierte ist Freiheit von Furcht, was allgemein verständlich eine so umfassende und so gründliche, weltweite Rüstungsbeschränkung bedeutet, daß kein Staat wo immer in der Welt in der Lage sein wird, einen Nachbarn physisch anzugreifen.

Dies ist kein Traumbild eines fernen tausendjährigen Reiches. Es ist die endgültige Grundlage für eine in unserer Zeit und in unserm Geschlecht erreichbare Welt. Diese Welt ist die ganze Antithese der sogenannten «Neuen Ordnung» der Tyrannei, die von den Diktatoren mit Bombenkrach geschaffen werden soll.

Wir stellen dieser «Neuen Ordnung» den höheren Begriff einer sittlichen Ordnung entgegen. Eine sittliche, starke Gesellschaft kann Weltherrschafts- und ausländischen Revolutionsplänen furchtlos gegenübertreten.

Der Unterschied zwischen Feudalsystem und Faschismus ist im Grunde gering. Vertritt man das eine, neigt man auch zum andern.

Die Macht, das Wirtschaftsleben des Staates zu lenken, muß aus dem Bereich einiger weniger auf viele übertragen oder öffentlich und mit Hilfe der demokratischen Regierung verwaltet werden.

Militärische Siege sind nicht genug. Wir werden die Verteidigung unserer Lebensweise nur zu Ende führen, wenn wir auch die zweite Aufgabe lösen: den Aufbau der Wirtschaft, in der jeder Arbeitswillige einen Platz im Arbeitsprozeß finden kann. Selbst wenn der Feind auf den Schlachtfeldern geschlagen ist, kann er sich mitten unter uns erheben, falls wir die Aufgabe des Wiederaufbaues nicht zu lösen wissen.

Wir können uns mit keiner Gesellschaftsform zufrieden geben, in der die menschliche Persönlichkeit nicht bestehen kann.

Nicht die Völker der Welt, sondern ihre politischen Führer haben die Gefährdung des Weltfriedens auf dem Gewissen.

Ewige Wahrheiten sind weder wahr noch ewig, wenn sie nicht für jedes neue soziale Geschehen einen neuen Sinn erschließen.

Allzu vielen, die von der Rettung der Demokratie schwatzen, liegt eigentlich nur daran, die Dinge in dem Zustand zu erhalten, wie sie waren. Die Demokratie sollte sich auch damit befassen, wie die Dinge sein sollten.

Die Freiheit der Rede ist ohne Bedeutung für einen Menschen, der nichts zu sagen hat.

Die Religionsfreiheit hat keinen Sinn für den, der seinen Gott verloren hat.

Wenn sie eine treibende Kraft sein will, muß die Demokratie ihren Bürgern nicht nur Freiheit, sondern auch die Möglichkeit geistiger Entwicklung bieten.

Der Friede kann nur durch den gemeinsamen Entschluß friedliebender Völker geschaffen und aufrecht erhalten werden, solange sie willens sind, zusammenzuarbeiten, einander zu helfen, zu achten und zu dulden und des andern Anschauungen und Gefühle zu verstehen.

Je näher wir dem Sieg über unsere Feinde kommen, desto klarer zeichnen sich die Meinungsverschiedenheiten unter den Siegern ab.

Diese Differenzen dürfen uns jedoch nicht trennen; sie dürfen uns nicht blind machen für die Tatsache, daß unser gemeinsames Interesse an der siegreichen Beendigung des Krieges und dem Aufbau des Friedens bestehen bleibt und viel wichtiger ist.

Internationale Zusammenarbeit, die Voraussetzung für einen beständigen Frieden, ist keine Einbahnstraße.

Wie die einzelnen Menschen, haben auch die Nationen nicht immer die gleiche Einstellung zu bestimmten Dingen, und es trägt nicht zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des internationalen Fortschrittes bei, wenn eine einzelne Nation das Monopol auf Weisheit und Tugend für sich allein in Anspruch nimmt.

Für den Mißbrauch der Macht als entscheidend bestimmenden Faktor in den internationalen Beziehungen der Nationen — für «Machtpolitik» also — ist in der Welt der Zukunft kein Platz. Das ist der innere Kern der Leitsätze, denen wir uns verpflichtet haben. Wir können die Macht als Faktor in der Weltpolitik ebensowenig leugnen wie sein Vorhandensein in der Politik unserer eigenen Nation. Aber in einer demokratischen Welt wie in einer demokratischen Nation muß Macht mit Verantwortungsbewußtsein gepaart sein und im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrt der Verpflichtung unterliegen, sich auszuweisen und Rechenschaft abzulegen.

Der Wunsch nach Vollkommenheit kann den Weg zu internationalem Frieden ebenso versperren wie Isolationismus, Imperialismus oder Machtpolitik.

Die Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn die, die sich zu entscheiden haben, eine weise Wahl treffen. Darum ist Erziehung die wirkliche Sicherung der Demokratie. Jemand hat gesagt, daß kein Regierungssystem dem einzelnen Menschen soviel gibt oder soviele Anforderungen an ihn stellt, wie die Demokratie. Der Bestand der Einrichtungen, auf denen unsere Freiheit und Sicherheit beruhen, hängt großenteils von unserem Erziehungswesen ab. Die wichtigste Aufgabe der Schulen in einer Demokratie ist also, in jedem Bürger die Fähigkeit zu entwickeln, sich weise und frei zu entscheiden.

Aus: *Franklin D. Roosevelt «Amerikas Weg»*
Steinberg-Verlag, Zürich.

Im Osten nichts Neues! Die Ereignisse auf dem großen Welttheater sind in der Berichtszeit weniger dramatisch verlaufen — bis zur Stunde wenigstens — als in den vorangegangenen Monaten. Ihre *Tendenz* ist aber dennoch im ganzen die gleiche geblieben wie bisher. Vor allem die Westmächte verharren steif und starr auf der Linie, die sie vor wie nach dem jüngsten Entspannungsversuch der Oststaaten verfolgt haben[1]. Ihre Losung ist immer dieselbe: «Es wird weitergerüstet!» Weitergerüstet — bis die kommunistischen Länder klein beigeben und sich den Idealen der «freien Welt» wohl oder übel öffnen, wie die einen zu hoffen vorgeben; bis der Widerstand des Ostblocks gegen solche Selbstaufgabe und Selbstauflösung die Westmächte dazu treiben wird, im offenen «Befreiungskrieg» seine gewaltsame Zerschlagung zu versuchen, wie die andern fürchten. Wir stehen auf jeden Fall in einem Abschnitt des Kalten Krieges, der ebenso große Hoffnungen wie Gefahren in sich birgt; Grund genug, seinen Verlauf mit gespannter Wachsamkeit zu beobachten.

Das gilt zunächst von den Vorgängen in *Korea*, die eher enttäuschend sind. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die nach dem Austausch schwerkranker und verwundeter Gefangener aufs neue in Gang gekommen sind, drohen schon wieder in eine Sackgasse zu geraten. Der Stein des Anstoßes ist noch immer die Frage, was mit den Gefangenen geschehen soll, die — nach entsprechender Behandlung durch die Amerikaner — nicht in ihre Heimat, sei es Nordkorea, sei es China, zurückkehren zu wollen erklärt haben. Was immer die Gegenseite zur Überwindung dieses Hindernisses vorgeschlagen hat, ist bisher vom amerikanischen Verhandlungsführer fast stets als «unvernünftig» und «unkonstruktiv» abgelehnt worden. Das herrische Auftreten dieses Generals, der — wie so ziemlich die ganze obere Führung im amerikanischen Hauptquartier — der MacArthur-Schule nahesteht und zweifellos auch stärkstem Druck von südkoreanischer Seite ausgesetzt ist, erweckt immer wieder den fatalen Eindruck, daß man auf amerikanischer Seite weder für den Waffenstillstand noch für den Frieden, der ihm folgen müßte, einen *Kompromiß* will, sondern einfach die Unterwerfung der kommunistischen Staaten unter die USA-Politik im Fernen Osten erstrebt — die Pax Americana, den amerikanischen «Frieden», oder wie anders soll man sich die amerikanische Reaktion auf die jüngsten nordkoreanischen und chinesischen Vorschläge erklären? Diese Vorschläge waren sicher nicht unvernünftig und bewiesen jedenfalls ein Entgegenkommen der Nordkoreaner und Chinesen, die nicht mehr auf der Verbringung der «heim-

[1] Siehe die Nachschrift.

kehrwilligen» Gefangenen in ein neutrales Land beharrten, sondern nur noch die Übergabe in die Obhut einer Fünf-Länder-Kommission wünschten, damit ihre Heimatstaaten Gelegenheit bekämen, sie im Sinn einer Rückkehr in ihr Ursprungsland zu bearbeiten — als Gegengewicht gegen die Bearbeitung im entgegengesetzten Sinn, der sie in den amerikanischen Lagern unterworfen worden waren. Die Amerikaner trieben diesem Plan gegenüber nicht nur Obstruktion, indem sie immer neue Einzelfragen über die praktische Verwirklichung des kommunistischen Vorschlags auftischten und so seine Undurchführbarkeit beweisen wollten; sie rückten auch mit einem Gegenvorschlag auf, der die Frist für die Bearbeitung der nicht heimkehrwilligen chinesischen Gefangenen von vier auf zwei Monate verkürzen wollte (worüber sich reden ließe), aber alle *nordkoreanischen* Gefangenen *sofort* freizulassen empfahl — was die Nordkoreaner nicht annehmen konnten, da dann die jetzt in Südkorea befindlichen nordkoreanischen Gefangenen, die nicht nach Hause zu gehen wünschen, unfehlbar in die südkoreanische Armee gesteckt würden. Die Amerikaner wissen das natürlich genau; wenn sie trotzdem einen solchen Vorschlag machten, so offenkundig in der Absicht, die Waffenstillstandsverhandlungen neuerdings zu sabotieren und ihr Pulver für die Wiederaufnahme — und womöglich Ausweitung und Verschärfung — des Krieges trocken zu halten. Dazu würden ausgezeichnet Dinge passen wie die schamlose öffentliche Aussetzung einer hohen Belohnung, die das amerikanische Kommando gegnerischen Fliegern für die Überbringung eines unversehrten Flugzeuges von dem berühmten russischen MIG-Typus versprochen hat. Aber gibt man sich in Washington wirklich keine Rechenschaft darüber, daß mit solchen Verhandlungs- und Propagandamethoden — bald die Peitsche, bald ein Zuckerbrot — auf die Länge nicht weiterzukommen ist und nur ein ehrlicher, ungebrochener Friedenswille über die ihm entgegenwirkenden Kräfte Herr werden kann? Hoffentlich sind die Nordkoreaner und Chinesen gescheiter als die Amerikaner und sind bereit, *Opfer* zu bringen, um wenigstens einmal ein Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen. Es wäre auf weitere Sicht gewiß nicht zu ihrem Nachteil.

Der Kampf um Indochina In Korea darf dann freilich nicht bloß darum Ende Feuer erklärt werden, damit der Krieg nachher um so heftiger in *Indochina* geführt werden kann. Denn offenbar bestehen in den Vereinigen Staaten starke Neigungen, aus Indochina ein zweites Korea zu machen. Mit wachsendem Nachdruck wird jetzt dort von höchster amtlicher Stelle aus erklärt, der Krieg in Indochina sei mit demjenigen in Korea innerlich eng verbunden, und Amerika, das schon bisher den Franzosen annähernd einen Drittel ihrer Kriegskosten in Vietnam bezahlt hat, schickt sich auch bereits an, seine

Hilfeleistung, vor allem durch Material- und Waffenlieferungen, noch beträchtlich weiter zu verstärken[2].

Man bedenke, was das heißt. Es ist nichts anderes als das amerikanische Eingeständnis, daß auch das als «Kollektivaktion zur Bestrafung eines Friedensbrechers» aufgezogene Eingreifen in Korea nichts anderes darstellte als den Versuch, die nationale und soziale Revolution der asiatischen Völker unter einem billigen Vorwand an dieser kritischen Stelle gewaltsam niederzuschlagen, so wie das in Indochina von Anfang an ganz unzweideutig unternommen wurde. Indem sich Amerika jetzt immer offener und mit immer größeren Leistungen an die Seite der herrschenden Klasse Frankreichs stellt, um die Freiheitsbewegung des indochinesischen Volkes zu ersticken, bekundet es selber vor aller Welt, was mit dem Schlagwort von der Abwehr des kommunistischen Eroberungsdranges durch die «freien Nationen» tatsächlich gemeint ist: die kapitalistisch-reaktionäre Gegenrevolution im internationalen Maßstab.

Denn daß das offizielle Frankreich in Indochina einen regelrechten Kolonialkrieg zur Erhaltung seiner Herrschafts- und Ausbeutungsstellungen führt, wird im Ernst nicht bestritten werden können. Die «Unabhängigkeit» der drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha im Rahmen einer französischen Reichsgemeinschaft, die Frankreich großmütig zugestanden haben will, ist wirklich nur Schein; in Wahrheit beherrscht Frankreich — so weit eben seine Machtmittel reichen — Indochina in neuen Formen mit den alten Methoden. Unabhängig geworden ist bis jetzt einzig das vom *Vietminh* beherrschte Gebiet, in dem die Bauern Land bekommen haben, ihre Kinder in die Schule schicken können und die Vorteile umfassender Reformen verschiedenster Art — besonders in bezug auf Volksbildung, Gesundheitspflege und Ackerbau — genießen. Schon gleich nach dem Ende der japanischen Besetzung hatte sich eine

---

[2] Neuerdings haben die Vereinigten Staaten an Frankreich auch eine namhafte Geldunterstützung — etwa 250 Millionen Schweizer Franken — als «Spezialhilfe» für Indochina ausgerichtet. Freilich war damit die Bedingung verknüpft, daß der seit Monaten andauernde Skandal der Devisenschiebungen zwischen Indochina und Frankreich einigermaßen abgestellt würde. Die durch eine künstliche Differenz zwischen dem französischen Franc und dem indochinesischen Piaster ermöglichten Zwischengewinne hatten in der Tat eine Korruption ermöglicht, die die ganze französische Militär- und Zivilverwaltung in Indochina zerfraß und eine besonders anstößige Form der Bereicherung darstellte, die Frankreichs Kolonialherrschaft einer nicht ganz kleinen Schicht von Profiteuren im Mutterland erlaubt.

Auch die neue amerikanische Extrasubvention vermag freilich Frankreich nicht aus der hoffnungslosen Lage zu befreien, in die es sich mit seinem indochinesischen Krieg selbst hineinmanövriert hat. Der Aderlaß am französischen Volk geht unvermindert weiter; zu den 16 Milliarden Schweizer Franken, die dieses Abenteuer bisher gekostet hat, werden neue Milliarden kommen, den 30 000 Kriegstoten werden neue Tausende Gefallener folgen — das französische Offizierskorps opfert über die Hälfte seines jährlichen Nachwuchses in Indochina! —, und gleichzeitig verfällt Frankreich in eine immer beschämendere Abhängigkeit von Amerika, das den Krieg in Indochina schon beinahe als seinen eigenen betrachtet, — nur daß es selbstverständlich nicht seine eigenen «Boys» auf die Schlachtbank zu schicken bereit ist... (16. Mai.)

Republik Vietnam gebildet mit Ho Chi-minh als Präsidenten, der so tatsächlich an die Stelle des abgedankten Kaisers Bao Dai trat. Erst die anfangs mindestens zweideutige Haltung Frankreichs und dann die offene Bildung einer vietnamischen Gegenregierung, der die Rückberufung Bao Dais folgte, führte zum Ausbruch der sich nun seit über fünf Jahren hinziehenden erbitterten Feindseligkeiten, die vom Vietminh als revolutionärer Befreiungskrieg, von Frankreich als gegenrevolutionärer Kolonialkrieg unterhalten werden.

Ja, die Freiheitsbewegung des indochinesischen Volkes hat nun auch auf das Land *Laos* übergegriffen, in das die Vietminh-Truppen eingedrungen sind, ohne von seiten der Bevölkerung Widerstand zu finden. In Laos ist im Gegenteil schon seit 1945 eine volkstümliche Widerstandsbewegung gegen Frankreich im Gang, die sich unter der Führung des Fürsten Suphanuwong als Nationalregierung konstituiert hat, mehr als ein Drittel des Landes beherrscht und nun auch die Nationalversammlung auf ihrer Seite hat. Dagegen wird alle französische Abwehr nicht aufkommen, auch wenn sie noch so umfassend von Amerika unterstützt wird. Und ähnlich «droht» es auch in *Kambodscha* zu gehen; sein König hat erst vor wenigen Wochen in Neuyork, wo er sich aufhielt, gesagt, in Indochina wolle eben niemand «für Frankreich sterben», das seine Kolonialherrschaft um jeden Preis festzuhalten entschlossen scheine, und die Zeit ist sicher nicht fern, da sich die Vereinigten Staaten auch Kambodscha gegenüber vor die Frage gestellt sehen werden, ob sie mit militärischer Macht gegen den «kommunistischen Umsturz» einschreiten und die «freie Welt» an dieser neuen Front ebenso hochgesinnt «verteidigen» wollen, wie sie es, immer noch durch die UNO gedeckt, in Korea tun.

Und China! Daß die Verbündeten und Satelliten Amerikas nicht mehr so bedenkenlos wie früher die asiatische Politik der Vereinigten Staaten mitmachen, lehrt immerhin — neben anderem — die Annahme einer Resolution durch die Generalversammlung der UNO, die, wenn auch in schonendster Form, den Abzug der 12 000 Mann «nationalchinesischer» Truppen aus *Burma fordert*, wo sie mit inoffizieller Unterstützung durch Amerika eine Operationsbasis zum Kampf gegen den Kommunismus schaffen sollten. Die Hauptprobe auf die Haltung der Mitläufer Amerikas wird aber mit *China* gemacht werden.

In den Vereinigten Staaten ist — doppelt seit der Machtübernahme durch Eisenhower, Dulles und ihre Mannschaft — die Neigung groß, Chinas Entgegenkommen in der koreanischen Frage als Zeichen der Schwäche zu deuten und als Aufforderung, das kommunistische Regime in China durch gesteigerte Anwendung militärischer und wirtschaftlicher Gewalt zu stürzen. Aber das heißt nun wirklich mit dem Feuer spielen. Daß ein Tschiang Kai-schek solche Pläne wälzt, ist an sich begreiflich;

er weiß, daß er höchstens durch einen amerikanischen Krieg gegen die Chinesische Volksrepublik wieder zur Herrschaft über «sein» Land kommen könnte, und treibt konsequent auf dieses Ziel hin, selbst wenn es einen dritten Weltkrieg kosten sollte. Daß man aber auch in Washington — und im UNO-Hauptquartier in Tokio — dem Gedanken einer Zerschmetterung des Kommunismus in China durch militärische Gewalt von außen her immer noch ernstlich nachhängt, ist sträfliche Verblendung. Nicht nur daß Tschiang Kai-scheks Armee nach glaubhaften Berichten der Aufgabe einer Rückeroberung Chinas nicht gewachsen wäre, auch mit amerikanischer Hilfe nicht; nicht nur daß (wie sogar eine Meldung der North American Newspaper Alliance in der amerikanischen Tagespresse vom 8. April besagt) die große Mehrheit des Volkes von Formosa selber lieber heute als morgen Tschiang los wäre. Entscheidend ist vielmehr, daß jeder Versuch, in China das alte Regime wiederaufzurichten, auf den erbittertsten Widerstand der erdrückenden Überzahl aller Chinesen stoßen müßte, auch wenn ein solcher Versuch mit den schönsten Parolen von Freiheit und Menschenrecht verklärt würde. Wie der australische Professor W. MacMahon Ball, früherer Botschafter seines Landes in Japan, in der Neuyorker «Nation» nüchtern feststellt:

«Die Volksmassen in Ostasien lassen sich nicht so leicht für eine Verteidigung der demokratischen Freiheiten gegen kommunistische Tyrannei begeistern. Sie wollen nur Brot, Obdach und Frieden. Und das ist vielleicht das Allerwichtigste: Für viele Millionen in Asien und Europa ist die Furcht vor dem Krieg stärker als die Furcht vor dem Kommunismus, während für viele Amerikaner die Furcht vor dem Kommunismus größer ist als die Furcht vor einem Krieg. Die Asiaten und Europäer haben kein Interesse für die Verheißung einer Befreiung nach dem nächsten Krieg; sie haben nur ein Interesse für die Abwendung eines Krieges.»

Und auch ein so regierungsfrommes Blatt wie die «Detroit News» läßt sich (am 14. April) aus Washington bestätigen, «daß die Völker Südostasiens die militärische Aufrüstung der Formosa-Chinesen und Japaner durch die Amerikaner nie gern gesehen haben. Die Asiaten betrachten das einfach als eine neue Form des westlichen Imperialismus, die auf die schließliche Beherrschung des ganzen Ostens durch Amerika abziele.»

Wenn das schon jetzt so ist, was würde erst die Antwort der Völker Asiens auf einen offenen Krieg der Vereinigten Staaten (oder der UNO) gegen China sein! Der Kommunismus würde in Asien vollends allbeherrschend werden, die Sowjetunion wäre über kurz oder lang zum Eingreifen gezwungen — und ein dritter Weltkrieg wäre fertige Tatsache. Wobei auch *Japan* auf die Seite Chinas gedrängt würde, mit dessen Wirtschaft es tausend lebenswichtige Bande ebenso eng verknüpfen wie mit seiner Kultur und Lebensform.

Je eher die verhängnisschwere Vorstellung verschwindet, die Westmächte könnten durch äußeren Druck auf China dessen inneres Regime stürzen — so wie sie früher ein paar Kanonenboote oder Bataillone ins

Reich der Mitte schickten, um die Regierung ihrem Willen gefügig zu machen oder «fremdenfeindliche» Bewegungen zu unterdrücken —, desto besser für beide Teile. Heute kann man von China nur mehr etwas erreichen, wenn man mit ihm als gleichberechtigter Großmacht verhandelt und sein neues Regime als Ausdruck einer Revolution anerkennt, die schon längst fällig war und in ihrem Sinn und Wesen Dauerbestand hat.

Das ist auch der dringende Rat, den Aneurin Bevan, von einer Ostasienreise zurückgekehrt, in der «Nation» (18. April) seinen amerikanischen Freunden gibt. «Eine unerläßliche Bedingung für die Festigung des Friedens im Fernen Osten», so schreibt er da,

«ist die unverzügliche Auflösung von Tschiang Kai-scheks Armee auf Formosa. Und Formosa selbst muß der chinesischen Regierung zurückgegeben werden, der es gehört. ... Als ich in Indien, Pakistan und Burma war, sprach ich mit einer sehr großen Zahl von Menschen aus allen Lebensgebieten. Ich traf aber nicht einen einzigen, der mit der amerikanischen Politik (gegenüber China) sympathisiert hätte ... Man sagt im Fernen Osten: ‚Was hat Amerika vor? Ist das Bekundung eines Kollektivfriedens oder aber Vorbereitung der Gegenrevolution?' Ist es das letztere, dann sieht man darin im ganzen Fernen Osten nur einen neuen Versuch, den weißen Imperialismus in jedem asiatischen Land aufzurichten.»

Bevan selbst kommt zu dem Schluß: «Was wir in unserem zwanzigsten Jahrhundert lernen müssen, das ist, wie man den kollektiven Frieden in der Welt aufrechterhalten und doch die Menschen instand setzen kann, ihre Regierungsform zu ändern.»

Die Gegenrevolution Aber das ist es ja gerade: die Westmächte, voran die Vereinigten Staaten, *wollen* gar nicht, daß die Völker ihre Regierungsform (und Wirtschaftsverfassung) ändern, wenigstens nicht grundstürzend, radikal, revolutionär. Sie verteidigen den Status quo, die bestehende Ordnung, die sie «Demokratie» heißen, und verpönen die Schaffung einer neuen, einer sozialistischen Ordnung mit der Begründung, das sei abscheuliche Despotie. Und unsere braven, hoffnungslos verbürgerlichten Sozialdemokraten stoßen ins gleiche Horn, gleich dem alten Fritz Ebert, der schon 1918, angesichts des «drohenden» Sturzes der Monarchie, ausrief: «Ich hasse die Revolution wie die Sünde!» Bevan erinnert demgegenüber in seinem Artikel an die wohlbekannte Tatsache, die unsere westlichen «Freiheitskämpfer» beharrlich übersehen, daß der Vollzug der sozialen Revolution mit den Mitteln der Diktatur wesentlich die unvermeidliche Folge des schuldhaften Versagens der politischen Demokratie gegenüber dem sozialen Problem ist. Wenn der Westen — so stellt er vollkommen zutreffend fest — die russische Revolution nicht von Anfang an bekämpft, sondern tatkräftig unterstützt hätte, so hätte er heute keinen Grund, sich über die bolschewistische Diktatur zu beklagen:

«Wir forderten damals — gemeint ist: ums Jahr 1918 herum — England solle Rußland Kredite geben, der russischen Revolution helfen, den Russen bei der Indu-

strialisierung helfen. In einem Punkt hatten wir Erfolg: wir hinderten Winston Churchill, die russische Revolution zu ermorden. Keinen Erfolg hatten wir mit unserem Versuch, ihn und seine Freunde zu hindern, die Revolution *auszuhungern*. Wir müssen immer daran denken, daß eine der Hauptursachen der meisten Fehler der Kommunisten in Rußland direkt darin liegt, daß die Russen ihre Wirtschaft aus eigenen Mitteln industrialisieren mußten, ohne Unterstützung aus dem bereits industrialisierten Westen.

Die bedeutsamste Entdeckung, die ich bei meinem Aufenthalt in Südostasien vor ein paar Wochen machte, war, daß eine rasche Wandlung von agrarischen zu modernen Lebensverhältnissen ohne Hilfe von außen Diktatur im Innern bedingt. Es ist darum vollkommener Unsinn, dem Fernen Osten Demokratie zu predigen und ihn gleichzeitig auszuhungern.»

Anerkennung der chinesischen Revolution und möglichst ungehinderter Wirtschaftsverkehr zwischen China und der übrigen Welt sei darum eine Hauptvoraussetzung für die Befriedung Ostasiens. Nur steht das eben, wie gesagt, in völligem Gegensatz zu den Zielen der kapitalistisch-imperialistisch ausgerichteten Politik der Westmächte und ihrer Mitläufer. Die amerikanische Chinapolitik insbesondere ist, wie Del Vayo in der «Nation» (4. April) schreibt, «von der Überzeugung mächtiger Gruppen in unserem Land eingegeben, daß der dritte Weltkrieg auf den Schlachtfeldern Asiens gewonnen oder verloren werden wird, und daß ohne den Sturz des kommunistischen Regimes in China der Rest des asiatischen Kontinents unfehlbar früher oder später ebenfalls kommunistisch wird.»

Die gleiche Vorstellung beherrscht die amerikanische und allgemein westmächtliche Politik gegenüber der *Sowjetunion*. Wenn wir nicht die jetzt unter kommunistischem Joch schmachtenden Völker Osteuropas rechtzeitig befreien — so wird gefolgert —, dann wird früher oder später ganz Europa, und mehr als Europa, kommunistisch. Daher die — soll man sagen naiven oder besser nicht ernst gemeinten?, auf jeden Fall unerfüllbaren — Forderungen Präsident Eisenhowers in seiner so viel bewunderten Rede vom 16. April, die von seinem Außenminister Dulles ein paar Tage darauf noch weiter verdeutlicht worden ist. «Ihr könnt», so sagen die Leiter der westmächtlichen Politik den Männern im Kreml, «sofort Frieden haben, wenn ihr bereit seid — und es durch die Tat beweist —, euer Militär aus den osteuropäischen Volksrepubliken, eingeschlossen Ostdeutschland, zurückzuziehen — also euer ganzes Wehrsystem abzubrechen — und die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO), die Europaarmee sowie ein geeinigtes, aufgerüstetes und dem westlichen Wehrsystem angeschlossenes Deutschland anzuerkennen. Ist das einmal sichergestellt, dann wollen auch wir uns die Abrüstung überlegen, wobei wir natürlich Sorge tragen würden, daß unsere Lebensinteressen unbedingt gewahrt bleiben.»

Die «Prawda» hat in einem langen Aufsatz, dessen höfliche, gar nicht im alten kommunistischen Jargon gehaltene Sprache allgemein auffiel,

diese Zumutungen rundweg abgelehnt[3]. Und wenn man in Washington, wo Eisenhower seine Kabinettssitzungen regelmäßig mit einem stillen Gebet eröffnet, wirklich der Goldenen Regel nachlebte, daß man dem andern nichts zumuten darf, was man sich selbst nicht gefallen ließe, so *müßte* man Verständnis dafür haben, daß die Sowjetunion weder auf ihre militärischen Machtstellungen in ihrer osteuropäischen Interessenzone verzichten will — in dieser Zone, *die ihr während des Zweiten Weltkrieges die Westmächte selber zugesprochen haben!* —, noch von den Freiheitsbewegungen der «zurückgebliebenen» Völker abrücken kann, in Asien so wenig wie in Osteuropa, wo ein Desinteressement der Sowjetunion unweigerlich die Wiederaufrichtung der alten, reaktionär-faschistischen Herrschaftsformen mit großzügigster Unterstützung durch Amerika und seine Verbündeten zur Folge hätte.

Aber diese Folge eines russischen Rückzugs und Desinteressements *will* man eben im westlichen Lager gerade, in Osteuropa wie in Asien. Und da man nicht hoffen darf, die Sowjetunion zur *freiwilligen* Räumung ihrer Stellungen veranlassen zu können, so fährt man konsequenterweise fort, den militärisch-machtmäßigen Druck auf sie zu verstärken. Darum hat auch die jüngste Tagung der vierzehn Nordatlantikstaaten, deren Bereich sich, der Geographie zum Trotz, bis Griechenland und zur Türkei erstreckt, beschlossen, die Kriegsrüstungen unentwegt weiterzutreiben, die Schlagkraft der bisherigen 25 stehenden und 25 Reserve-Divisionen der Europaarmee zu erhöhen und namentlich die «Bodenanlagen» — Flugplätze, Flottenstützpunkte, Hafeneinrichtungen usw. — planmäßig auszubauen. Alles mit der ausdrücklichen Begründung, die «große und ständig vermehrte Militärkraft» des Ostblocks stelle eine «dauernde Bedrohung» der «freien Welt» dar[4] ... Die Vereinigten Staaten haben zwar inzwischen beschlossen, ihr Rüstungsbudget um etliche Milliarden herabzusetzen, ihre Landstreitkräfte um 200 000 Mann zu verringern und auch die Subventionen an das Ausland zu kürzen; aber es wird dabei energisch betont, daß diese Maßnahmen — die vor allem eine erste Steuerermäßigung in Amerika ermöglichen sollen — in keiner Weise die

[3] Der neue Ton, den das amtliche Sprachrohr des Kremls hier anschlug, sticht besonders scharf von den Reden der Eisenhower, Dulles usw. ab, die heute erst recht laut in der alten Tonart reden. Denn wenn man so bombastisch wie sie die eigene Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion beteuert, dann darf man dieser nicht immer die gröbsten (und dazu unwahrsten) Anklagen an den Kopf werfen, unerfüllbare Forderungen an den andern stellen und selbst jedes wirkliche Entgegenkommen verweigern. Mich dünkt, solch ältestem Pharisäismus gegenüber sei eine Kundgebung wie diejenige der «Prawda» bereits eine Friedenstat, auch wenn es sich zunächst nur um die Tonart handelt, in der man miteinander redet. C'est le ton qui fait le son!

[4] Auch die sogenannte Liberale Weltunion — die von der «Neuen Zürcher Zeitung» aufs angelegentlichste begönnert wird, womit eigentlich schon alles über ihren Charakter gesagt ist — hat an ihrer Sitzung vom 21. April in Manchester dringend die Fortsetzung der Aufrüstungspolitik des Westens verlangt und sich das Programm Eisenhower-Dulles vollumfänglich zu eigen gemacht.

Kriegsbereitschaft der Westmächte antasten und durch «überlegene Ausbildung und überlegene Waffen» (Atom- und Wasserstoffbomben, chemische, physikalische und biologische Waffen usw.) wettgemacht würden. Von einseitiger Abrüstung zu reden, wäre darum verfehlt; die Regierung Eisenhower will lediglich Amerika etwas entlasten und seine Bundesgenossen und Satelliten stärker belasten: in Asien die Südkoreaner, die bereits zwei Drittel der UNO-Truppen stellen, die «Nationalchinesen» Tschiangs und die Japaner, in Europa die Westdeutschen. *Sie* sollen mehr Opfer bringen, damit Amerika sein Gut und Blut mehr schonen kann ...

Der deutsche Vulkan Darum tut Amerika auch alles, um *Westdeutschland* mit seinem gewaltigen Militär- und Wirtschaftspotential in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» hineinzubekommen. Der Bundestag — die Volksvertretung — der Bonner Republik hat ja auch die umstrittenen Vertragswerke bereits angenommen, und nur der Bundesrat — die Ländervertretung — macht noch Schwierigkeiten, wenigstens solange die Verfassungsmäßigkeit der Verträge vom zuständigen Gericht nicht bejaht sei. (Diese Anklammerung an die rechtliche *Form* hat schon einmal, bei Hitlers Aufstieg, den Widerstand gegen die *Sache* verhängnisvoll gelähmt; soll es nun wieder so kommen? Wenn man den Deutschen nur einen Paragraphen anführen kann, so gehorchen sie ja der Obrigkeit immer freudig!) Mit amerikanischer Nachhilfe wird es aber schon gehen[5]. Denn Washington und Bonn, Eisenhower und Adenauer, sind über die Art und Weise, wie mit dem Kommunismus aufgeräumt werden soll, grundsätzlich schon längst einig. Adenauer hatte es darum auch kaum nötig, bei seiner Amerikareise die Regierenden noch besonders vor einem Eingehen auf die russischen Entspannungsbemühungen zu warnen. Er ist der rückhaltlosen Unterstützung seiner eigenen «Befreiungspolitik» gegenüber dem Osten durch die Vereinigten Staaten von vornherein sicher. Und so konnte er denn auch — besonders in seinen Hamburger Reden, gleich nach der Rückkehr aus Amerika — begeistert verkünden, «Deutschland stehe jetzt im Mittelpunkt des Weltgeschehens; die Sternstunden der Menschheit träten nur einmal ein. (Vgl. «NZZ» Nr. 917.) Dem «Spuk von der

[5] In der westdeutschen Presse las man unlängst folgende DPA-Meldung: «Der ‚Kommunistenjäger' Senator McCarthy hat sich in einem Schreiben an Außenminister Dulles gegen Subventionen an deutsche Zeitungen ausgesprochen, die kritisch zur amerikanischen Regierungspolitik Stellung nehmen.» Als ob die Subventionierung der *anderen* westdeutschen Zeitungen — der absolut unkritischen also — nicht schon skandalös genüg wäre! — Inzwischen hat auch der westdeutsche Bundesrat die beiden Verträge gutgeheißen, nach einem höchst widerlichen Intrigenspiel — darin ist ja Adenauer Meister —, das mit einem Kuhhandel zwischen dem Bundeskanzler und dem württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Maier geendet hat. Alles im Dienste der höchsten Menschheitsideale! (16. Mai.)

Neutralisierung Deutschlands» sei ein für allemal ein Ende gesetzt worden; Ostdeutschland müsse an ein militärisch gerüstetes, mit der freien Welt verbundenes Westdeutschland angeschlossen werden, und die Oder-Neiße-Grenze müsse auch einmal fallen — natürlich durch «friedliche Verständigung mit Polen», wie er sich, ohne Augenzwinkern, beizufügen beeilte. Sein Spezialminister «für gesamtdeutsche Fragen», Jakob Kaiser, meldete den deutschen Anspruch auf die verlorenen Ostprovinzen noch deutlicher an.

Nur glaubt in Deutschland kaum ein halbwegs realistisch denkender Mensch wirklich daran, daß diese Begehren — wenn überhaupt — ohne Krieg oder Kriegsdrohung erfüllt werden könnten. Auch in pazifistischen Kreisen nicht. «Es ist naiv und unrealistisch», so schrieb in ihrer Aprilnummer die Hamburger «Friedensrundschau», «zu glauben, daß Rußland die Deutsche Demokratische Republik einer feindlich gesinnten Bundesrepublik abtreten wird, um dadurch das feindliche Lager zu verstärken.» Eine bedingungslose Räumung Ostdeutschlands durch die Sowjetunion mit nachfolgenden gesamtdeutschen Wahlen, die selbstverständlich eine überwältigende westlich orientierte Mehrheit ergäben, kommt daher, wie wir schon wiederholt dargetan haben, für die russische Politik nicht in Frage; zuerst muß die unbedingte Neutralität Deutschlands auch gegenüber dem Westen gesichert sein.

Auf die Gegner der Politik Adenauers kommt es freilich — auch hier muß man völlig nüchtern urteilen — längst nicht mehr an. Auch auf die Sozialdemokraten nicht, deren Opposition nur taktischer und formalistischer Art und keineswegs grundsätzlich gegen die Eingliederung Deutschlands in die Westfront gerichtet ist. Man kann deshalb nur mit Sorge lesen, was der englische Labourabgeordnete Crossman nach einem Besuch in Westdeutschland im «New Statesman» (18. April) über die dortige Lage schreibt. Er stellt zunächst fest, daß die kapitalistische Restauration in der Deutschen Bundesrepublik erstaunlich weit vorgeschritten ist — bei gleichzeitiger Verelendung «eines großen Ausschnittes der Bevölkerung» —, und daß im Gefolge davon auch die nationalistische Bewegung immer mehr erstarkt. Man läßt allerdings auch in den rechtsradikalen Kreisen Adenauer vorderhand gewähren:

«Weil demokratisches Gebaren eben noch nötig ist, um die Amerikaner bei Stimmung zu erhalten und die Dollar zu bekommen, ist Adenauer der Mann der Stunde, genau wie Stresemann in den zwanziger Jahren der Mann der Stunde war. Wenn aber einmal die Macht Deutschlands wieder aufgerichtet und die zwölf Divisionen aufgestellt sind, wird dieses demokratische Gebaren überflüssig werden. Dann wird das Regime Adenauer einem erheblich schärferen Platz machen.»

Dann fährt Crossman fort:

«Das einzige, was dieses zweite Stadium der ‚Restauration' vereiteln oder mindestens unterbrechen könnte, wäre der Ausbruch des Friedens ... Ohne den Kalten Krieg wären die Regierung in Bonn und die Industriellen in Düsseldorf sehr bös dran. Das wissen sie auch und haben darum den erforderlichen Schluß gezogen: Der Kalte Krieg darf nicht auftauen.

... Die Mindestforderung der Bonner Regierung ist der bedingungslose Rückzug der Russen aus Ostdeutschland; und bereits gibt sie zu verstehen, daß die nächste Forderung, falls die Russen so verrückt wären, die erste zu erfüllen, die Rückgabe derjenigen Teile von Preußen und Schlesien wäre, die jetzt Polen einverleibt sind.

... Das Bezeichnende ist, daß er (Adenauer) sich jetzt stark genug fühlt, um so aufzutreten — eine Entspannung zu verbieten, auch wenn England und Frankreich eine solche wünschten ... Die Deutschen haben ein materielles Interesse am Kalten Krieg, und je größer ihre industrielle und militärische Stärke wird, desto größer werden auch ihr nationaler Ehrgeiz und ihre Verhandlungsstellung. Sie sind überzeugt, daß die Wiederaufrüstung — wenn nur eine friedliche Regelung verhindert werden könne — in Bälde eine Lage schaffen werde, die die Russen zum Rückzug zwinge, und zwar nicht nur aus der Ostzone, sondern auch aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Sei einmal die Bundesrepublik wieder aufgerüstet, so würden sie — darauf bauen sie fest — mit Hilfe von Dulles die schlotternden Franzosen und Engländer schon zwingen, eine wirkliche Befreiungspolitik anzunehmen.»

Was Crossman hier sagt, entspricht genau unserer eigenen, hier oft genug vertretenen Auffassung. Wer von der deutschen «Volksseele» etwas weiß, der macht sich über diese Dinge wirklich keine Illusionen. Er fragt sich nur immer wieder, was eigentlich noch geschehen muß, bis die Umwelt des deutschen Vulkans aus ihrem Halbschlummer aufwacht. Auch die Schweiz, deren öffentliche Meinung ja gegen die deutsche Aufrüstung nicht viel einzuwenden hat, wenn sie nicht noch direkt dazu treibt! Es geht ja gegen den Kommunismus!

Gewiß, der neue Ausbruch des deutschen Dranges nach Osten braucht nicht morgen und nicht übermorgen zu erfolgen. «Aber», so fragen wir mit Crossman, «was wird 1956 sein, wenn ein arrogant nationalistisches Deutschland die Hauptmacht der Landstreitkräfte des Westens und eine mächtige Rüstungsindustrie in der Hand hat?»

Vom Reich der Mitte Die Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß wir zu Beginn unserer Rundschau *China* und Ostasien überhaupt in den Vordergrund rücken mußten. China tritt in der Tat mehr und mehr ins volle Rampenlicht der zeitgenössischen Geschichte, und die Stellung zu ihm kann auch für die westliche Welt entscheidende, lebenswichtige Bedeutung gewinnen. Aber auch über die politische Aktualität hinaus gewinnt das alte «Reich der Mitte» immer mehr an Schwergewicht innerhalb der Völkergemeinschaft. Josué *de Castro* sagt nicht ohne Grund in seinem Buch «Geographie des Hungers», das hier schon früher zitiert wurde:

«Nie zuvor ist die Welt derart von den Geschehnissen in China abhängig gewesen. Wenn diese riesenhafte Gemeinschaft menschlicher Wesen einen Weg findet, um ihren Weiterbestand zu sichern und ihr Lebensniveau zu heben, dann wird der Druck auf die Weltwirtschaft für eine lange Zukunft nachlassen. Geht aber China in einer Katastrophe von Elend und Zerstörung unter, so ist es wohl möglich, daß es die ganze übrige Welt mit sich zieht.»

Sehen wir uns also, an Hand einiger zuverlässiger Quellen, dieses China noch etwas genauer an. Zunächst das *alte*, vorrevolutionäre

China. Seine Wirtschaft und Lebensform waren vor allem durch eine verhältnismäßige Knappheit des anbaufähigen Bodens gekennzeichnet. Große Gebiete waren — und sind immer noch — zu kalt oder zu trocken, zu bergig oder zu unfruchtbar, so daß bis vor kurzem nur 10 bis 15 Prozent der Gesamtbodenfläche angebaut waren. Die Vereinigten Staaten haben vergleichsweise bei rund 150 Millionen Einwohnern 365 Millionen Jucharten Ackerland zur Verfügung, China nur 217 Millionen Jucharten für eine mehr als dreimal so große Bevölkerung (etwa 500 Millionen). Dieses Mißverhältnis hatte zwei schwerwiegende Folgen: Übervölkerung gewisser Landesteile und ungeheure, ganz unwirtschaftliche Zersplitterung des Bodenbesitzes. Das zweite Übel wurde dadurch noch besonders verschärft, daß weite Strecken anbaufähigen Landes in den Händen einer habgierigen, unfähigen Schicht von Mittel- und Großgrundbesitzern waren. In den mittelsüdlichen Provinzen besaßen zum Beispiel drei Prozent Grundherren volle 45 Prozent des kulturfähigen Bodens.

Die Übervölkerung war — und ist — am fürchterlichsten in den großen Zentren des Ostens und Südostens, die eigentliche «menschliche Ameisenhaufen» geworden sind. Neuyork mit seinen sieben Millionen Einwohnern, so sagte jemand, scheine fast verödet im Vergleich zu Schanghai, das nur drei Millionen Menschen beherbergt. Die Ursache solcher gräßlicher Überfüllung ist, daß China bisher der Masse seiner Bevölkerung auf dem Land keine Existenzmöglichkeit bot und sie entweder zum Verhungern oder zur Abwanderung nach den Städten zwang. Es fehlte in einer wahrhaft verheerenden Weise an Beschäftigungs- und Lebensmöglichkeiten für den Großteil der Landeskinder. Chronische Unterernährung, sowohl was die Menge als was besonders die Zusammensetzung der Nahrung betrifft, war unter diesen Umständen selbstverständlich. Die regelmäßig auftretenden Hungersnöte rafften die längst körperlich geschwächten Menschen jeweilen zu Hundertausenden, ja Millionen weg. Und die körperliche Dauerschwäche hielt ihrerseits die Leistungsfähigkeit des Volkes und seine wirtschaftliche Produktionskraft auf einem ganz außerordentlich niedrigen Stand. China wurde ein ausgesprochen «rückständiges» Land, dessen Bevölkerung körperlich und geistig verkümmerte. Dazu kam dann noch seit etwa hundert Jahren die Ausbeutung des Volkes durch den westlichen Kapitalismus und Imperialismus, der jeden Versuch Chinas, zu einem menschlichen, freien und würdigen Leben aufzusteigen, meist schon im Keim erstickte.

Professor de Castro betont darum mit Nachdruck, daß nicht die große Volkszahl Chinas an und für sich die Ursache seiner Not sei, sondern eine falsche Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft:

«Die 500 Millionen Chinesen könnten ein unbedingt hungerfreies Leben haben, wenn sie körperlich arbeitsfähig wären, wenn ihre Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse ihnen die Ausnützung der geographischen Möglichkeiten ihres Landes erlaubten ... Die Chinesen hungern nicht, weil zu viele Menschen da sind, sondern weil es zuwenig Produktion gibt.»

Neue Wirtschaft *Mehr* Produktionsmöglichkeiten zu schaffen, die Wirtschaftskräfte zu vermehren, die materiellen Grundlagen für ein gedeihliches Volksleben aufzubauen — das war und ist deshalb das erste große Ziel des neuen, des revolutionären Chinas. Es ist wirklich eine kindische Geschichtsbetrachtung, wenn im Westen und besonders in Amerika die chinesische Revolution als das Werk des russischen Bolschewismus und als Beweis für den unersättlichen, heute sozialistisch getarnten Ausdehnungs- und Eroberungswillen des «russischen Imperialismus» angesehen wird. Schon der Umstand, daß — nach einem kurzen Zwischenspiel — die Sowjetunion für lange Jahre von der chinesischen Revolutionsbewegung abrückte, mit Tschiang Kai-schek zusammenarbeitete und den chinesischen Kommunisten eine Verständigung mit Tschiang sowie die Auflösung ihrer Armee anriet, schon diese Tatsache sollte all die plumpen Versuche, den Umsturz in China mit dem «Imperialismus des Kremls» zu erklären, ein für allemal erledigen[6]. Die wahren Ursachen der chinesischen Revolution liegen in den vorhin umrissenen sozialen Mißständen, und die Revolution blieb siegreich nicht dank russischer Hilfe, sondern trotz dem Ausbleiben jeglicher russischen Hilfe. Um noch einmal de Castro anzuführen:

«Die kommunistische Revolution siegt in China, obwohl Tschiang Kai-schek in den Vereinigten Staaten einen mächtigen Verbündeten besitzt. Die Anhänger Mao Tse-tungs haben eben einen noch mächtigeren Verbündeten: das ist der Hunger. Die Furcht vor Hungersnot ist der große Werber für Mao Tses Armeen gewesen; der entscheidende Faktor im chinesischen Bürgerkrieg war die Strategie des Hungers.»

Die chinesische Revolution war so vor allem eine *Agrarrevolution*. Der britische Labourabgeordnete Donnelly, ein offenbar ziemlich weit rechts stehender Politiker, unterstrich es, nach einer Reise in China, letzthin sehr stark:

«Ehedem lebten und starben die Bauern von den Nahrungsmitteln, die sie auf Gütchen von durchschnittlich einer Neuntelsjuchart erzeugten. Ein Streich des Wetters konnte Tod bedeuten. Aber manche Grundherren besaßen viele Jucharten. Mao beabsichtigte darum, den Boden einzuziehen und ihn gleichmäßig an alle zu verteilen. Jetzt hat er es getan und den Umfang der Heimwesen mehr als verdreifacht. Auch 40 Millionen Pächtern mit Ertragsbeteiligung hat er ein starkes materielles Interesse an seinem Regime gegeben.»

Das Leben einer Bauernbevölkerung von 420 Millionen Menschen ist so in wenigen Jahren freier, reicher, hoffnungsvoller — überhaupt erst lebenswert und lebensfähig geworden. Die landwirtschaftliche Produktion ist schon jetzt merklich gehoben worden. Nimmt man die besten Erträge vor dem Krieg mit 100 an, so war — nach Anna Louise Strong

[6] Stalin selbst hat (nach dem Buch «Tito speaks») von den Ratschlägen des Kreml an die chinesischen Kommunisten gesagt: «Die chinesischen Genossen waren hier in Moskau mit der Auffassung der sowjetischen Genossen einverstanden, gingen dann aber nach China zurück und handelten ganz anders. ... Wir müssen jetzt zugeben, daß wir im Fall Chinas im Unrecht waren.»

«Drei Jahre neues China» — im Jahre 1952 der Ertrag bei Getreide 109, Reis 114 (es konnte sogar nach Indien und Ceylon geliefert werden), Baumwolle 155, Tabak 294, Hanf 559.

Für *Industriegüter* war die Produktion (höchstes Vorkriegsergebnis = 100) im letzten Jahr: Kohle 90 (vor der Revolution 45), Roheisen 104 (vor drei Jahren noch erst 11), Stahlbarren 155, Zement 148, Baumwolltuch 161, Papier 234 (vor drei Jahren erst 90).

Chinas *Außenhandel* war schon 1951 der Menge und dem Gehalt nach der intensivste in seiner ganzen Geschichte; 1952 hat er an Umfang und Wert weiter zugenommen. Infolge der Boykottierung Chinas durch die Westmächte vollzieht sich Chinas Handel gegenwärtig zu etwa 70 Prozent mit dem Sowjetblock.

Die *Löhne* der gewerblichen und industriellen Arbeiter stehen heute rund 120 Prozent höher als 1949. Die Gewerkschaften zählen etwa 7 300 000 Mitglieder und stellen eine Macht im Wirtschaftsleben des Landes dar. Ihnen unterstehen Fabrikinspektion, Sozialversicherung, Arbeiterwohnungsbau und dergleichen; in der Regierung sind sie direkt vertreten.

Die *Kaufkraft* der Einkommen steigt jährlich um 25 Prozent. Im Jahr 1952 wurden um 159 Prozent mehr landwirtschaftliche Geräte gekauft als im Jahr zuvor; Baumwollwaren in der Mandschurei elfmal so viel als im Jahr 1947.

Besonders wichtig ist die umfassende *Stromregulierung*, haben doch die alljährlichen Überschwemmungen seit zweieinhalb Jahrtausenden jedesmal Opfer gefordert und Verheerungen angerichtet, denen gegenüber sich die jüngsten schweren Wasserschäden in Holland und England wie unbeträchtliche Kleinigkeiten ausnehmen. 20 Millionen Menschen haben in den letzten drei Jahren in China am Gewässerschutz gearbeitet und Erdbewegungen vorgenommen, die der Aushebung von zehn Panamakanälen oder 23 Suezkanälen gleichkommen. Die Verbauungen am Huaifluß allein sichern ein Gebiet mit 60 Millionen Einwohnern vor neuen Katastrophen[7].

[7] In einer für westeuropäische Gewerkschafter bestimmten Veröffentlichung der amerikanischen Propagandadienste in Deutschland lasen wir kürzlich: «In dem von Mao regierten China gehört die Sklavenarbeit ebenso zum Grundbestandteil des Regimes, wie es in Sowjetrußland der Fall ist. Nach Schätzungen der dem IBFG angeschlossenen Freien Chinesischen Gewerkschaftsvereinigung (die natürlich nicht in China selbst ihren Sitz haben kann. H. K.) befinden sich 18 Millionen chinesischer Zwangsarbeiter in mehr als 5000 besonderen Zwangsarbeitslagern.» Insbesondere seien die großen Kanal-, Straßen- und Dammbauten ganz oder zum größten Teil durch Sklavenarbeit geschaffen worden. Die Quellen, aus denen diese Angaben geschöpft sind, darunter Nachrichtenagenturen auf Formosa und im britischen Hongkong, sowie Mitteilungen aus der «Untergrundbewegung auf dem Festland», erscheinen aber derart unzuverlässig, daß ich die erwähnten Behauptungen, bessere Belehrung vorbehalten, nicht als Tatsachen nehmen kann. Sie stehen auch im Widerspruch mit dem, was man sonst, und zwar von glaubwürdigen Zeugen, über das neue China erfährt.

Auch die *Eisenbahnen* werden planmäßig ausgebaut. Bemerkenswert ist hier, daß (nach Owen Lattimore in der «Nation» vom 6. 12 1952) in absehbarer Zeit zu der einen jetzt bestehenden Bahnverbindung mit der Sowjetunion zwei weitere kommen sollen: durch die Mongolei und Zentralasien. Das wird das Wirtschaftsleben Chinas vielleicht entscheidend landeinwärts verlagern und Chinas Anschluß an den hochindustrialisierten Sowjetblock vorbereiten.

Wohlfahrtsstaat und Diktatur Allzu bekannt, als daß wir es hier weiter belegen möchten, ist der gewaltige Aufschwung der *Volksbildung* im neuen China. 49 Millionen Kinder gehen jetzt in Primarschulen, mehr als doppelt soviel wie unter Tschiang Kai-schek. Die Mittelschulen zählen drei Millionen Schüler, die Hochschulen 218 000 Studenten (70 Prozent mehr als vor der Revolution). 35 Millionen Bauern und zwei Millionen Arbeiter haben im letzten Jahr Bildungskurse genommen.

Die *Volksgesundheit* wird womöglich noch stärker gefördert. 91 Prozent aller Bezirke haben jetzt Krankenstationen. Ein populärer «Gesundheitsfeldzug» hat erstaunliche Erfolge gebracht. Volkskrankheiten und Seuchen gehen rasch zurück. Die Typhustodesfälle haben sich um 60 Prozent vermindert; Pocken und Pest sind sozusagen verschwunden; kein Cholerafall ist seit drei Jahren gemeldet worden. Die Säuglingssterblichkeit ist um zwei Drittel zurückgegangen. Der Kampf gegen Infektionen, Fliegen und dergleichen wird mit beispielloser Leidenschaft geführt; Donnelly berichtet, wie es ihn zuerst amüsiert habe, als er einmal drei Chinesen einer einzigen Fliege nachlaufen sah. Liegt vielleicht hier ein Teil Erklärung für die Heftigkeit des Kampfes gegen den «Bakterienkrieg»? In den Rahmen des großen «Reinlichkeitsfeldzuges» paßt er jedenfalls ausgezeichnet hinein.

Aber sind nicht all diese wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge des neuen Chinas mit dem *Diktaturregiment* zu teuer erkauft? Es wäre mehr als oberflächlich, das anzunehmen. Zunächst: Die Regierung Tschiang Kai-scheks war — *ohne* die großen Leistungen des neuen Regimes — *auch* eine Diktatur, und wahrlich keine mildere; sie hat — im Bürgerkrieg, den sie verschuldete — jedenfalls unvergleichlich mehr Opfer gefordert als die Revolution in den drei Jahren ihres Bestandes. Sodann aber: In China fehlten — und fehlen weiter — die geistigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Demokratie westlichen Stils. Und auch Westeuropa hat ja ein paar Jahrhunderte gebraucht, um seine bürgerlich-kapitalistische Demokratie zu entwickeln. Noch mehr: Westeuropa und Amerika, die ein Jahrhundert lang China ausgebeutet und niedergehalten haben, tragen eine Hauptschuld daran, daß nicht rechtzeitig Verhältnisse in China geschaffen wurden, die das Aufkommen einer Demokratie im westlichen Sinn ermöglichten. Sie

haben darum kein Recht, sich jetzt zu beklagen, daß die Revolution in China mit den Mitteln der Diktatur vollzogen wird. Wir erinnern auch an das, was wir in dieser Rundschau von Bevan zitiert haben: Boykottierung Chinas durch das Ausland *muß* zu Diktatur im Innern führen — wie es auch in Rußland geschah.

Tatsache ist ferner, was schon vor zwei Jahren Sir Benegal Rau, der Vertreter Indiens bei den Vereinten Nationen, sagte: «Die derzeitige Pekinger Regierung ist die beste, die China seit Jahrhunderten gehabt hat.» («Time», Mai 1951.) Wie nie zuvor, herrschen nun *Sicherheit und Ordnung* im Reich der Mitte. Das mit dem alten Regime engstens verbundene Räuberunwesen ist verschwunden. Auch der bewaffnete Widerstand der Anhänger Tschiang Kai-Scheks ist gebrochen. Und zwar nicht durch die Erschießung von Millionen Antikommunisten, wie die westliche Propaganda behauptet; die Zahl der Hinrichtungen ist unvergleichlich niedriger. Der Amerikaner Hugh Hardyman, der am Asiatischen Friedenskongreß in Peking teilnahm, schätzt sie auf nicht mehr als 2000.

Daß die eingefleischte, fast selbstverständlich gewordene tiefe Korruption in Regierung und Verwaltung, Justiz und Militär durch die diktatorisch gescholtene neue Regierung ausgerottet worden ist, bestätigen jedenfalls alle auch nur halbwegs sachlich urteilenden Zeugen der jüngsten Entwicklung in China. Und gleicherweise herrscht auch im privaten und wirtschaftlichen Leben eine *Ehrlichkeit*, wie sie nur in wenigen unserer gerühmten westlichen Demokratien zu finden ist. Daß Hotelgäste ihre Zimmer, Schränke und Koffer abschließen, das gibt es gar nicht mehr; und keinem Angestellten oder Fremden fällt es ein, zu stehlen oder zu schwindeln. Nicht die geringste Leistung der Regierung ist auch, daß sie Ordnung und Sauberkeit in die *Staatsfinanzen* gebracht hat; die chronische Defizitwirtschaft ist trotz dem Koreakrieg verschwunden.

Tatsache ist ferner — und sie ist für das neue China besonders kennzeichnend —, daß sehr im Gegenteil zum alten Regime das *Volk* in weitestem Maße zur Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten herangezogen wird und die Revolution recht eigentlich trägt. Gewiß ist mit dem ungeheuren Lerneifer, der die chinesischen Massen erfaßt hat, und namentlich mit den zahllosen Bildungs- und Schulungskursen, die in allen Teilen des Reiches ständig durchgeführt werden, auch viel freiwillige und unfreiwillige Gleichschaltung verbunden; das ist in dieser ganzen revolutionären Lage gar nicht anders möglich. Allein das chinesische Volk wächst eben dennoch in ein Selbstbewußtsein, einen Bürgersinn, eine Fähigkeit zur eigenen Initiative hinein, die vordem fast unbekannt waren. Und das ist ein wesentliches Stück jeder echten Demokratie — trotz Diktatur an zentraler Stelle. Die weitgehende Selbstverwaltung, die sich im neuen China entwickelt hat, vollzieht sich im übrigen auf allen Stufen des Gemeinschaftslebens, von den Straßenausschüssen über die Gemeinde- und Bezirksräte bis zu den Provinzialparlamen-

ten und hinauf zum Volkskongreß, der auf Grund des allgemeinen Wahl- und Stimmrechts gewählt wird. Daraus ziehen nicht zuletzt auch die *nationalen Minderheiten* Nutzen, die, 40 Millionen Menschen umfassend, in etwa 130 autonomen Gebieten organisiert sind und ihre Angelegenheiten selbst ordnen.

Neuer Geist Es ist wirklich ein neuer Geist in den wimmelnden Millionenmassen verelendeter Landproletarier und Kulis erwacht, die dem alten China sein Gepräge gegeben haben. Die feudale Gesellschaft hatte das Volk auch seelisch und sittlich verkümmern lassen. Dann pfropfte sich darauf der westliche Kapitalismus und Imperialismus, der das Übel voll machte und dem besten Geiste Chinas fremd, ja feind war. Und nun hat die *Befreiung* eingesetzt, die *Menschwerdung* des chinesischen Halbmilliardenvolkes. Nicht nur die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit Chinas wird mit Riesenschritten aufgeholt; noch gewaltiger ist das Werk der Emporhebung des chinesischen Menschen zu einem selbsttätigen, würdigen Persönlichkeitsleben, das jetzt im Gang ist.

Ganz gewiß ist der Kommunismus nicht das letzte Wort für China — so wenig wie für die anderen verkümmerten, vernachlässigten, von eigenen und fremden Herren ausgenützten Länder und Völker. Aber er ist durch die Schuld der «fortgeschrittenen» Völker auch in China unvermeidlich geworden. Er ist ein erster Durchbruch durch eine völlig unerträglich gewordene Starre des Gemeinschaftslebens, ein *notwendiger* Durchbruch, zu dem wir trotz allem freudig ja sagen müssen. Wir sind nicht blind für die Gefahren und Übel, die mit dieser Art Durchbruch verbunden sind, für die Gefahren und Übel der gewaltmäßigen Revolution so wenig wie für diejenigen der Industrialisierung, Technisierung, «Zivilisierung» und Modernisierung. Wir haben gerade genug von diesen «Greueln der Verwüstung» in unserem dekadenten Westen, um nicht innigst zu wünschen, daß ein Volk mit so alter und tiefer Kultur wie das chinesische davon so wenig wie nur möglich berührt werde. Aber es ist, so glauben wir sehen zu können, in China doch eine Kraft am Werke, die bewirken wird, daß sein Ausbruch aus dem Mittelalter nicht wie in Westeuropa zu jener kapitalistischen Vermassung, Materialisierung und Entseelung führt, die in dem Amerika unserer Tage ihren Höhepunkt erreicht hat. Chinas Revolution erfolgt aus dem Geist eines *Sozialismus*, der in seiner eigenen Volkskultur stärkste Antriebskräfte und Verbündete findet, ja der sich in wesentlichen Stücken mit dem Geiste der christlichen Botschaft berührt. Ein früherer baptistischer Missionar in Westchina, Dryden Phelps, hatte vielleicht nicht so unrecht, wenn er meinte: «Sie — die Revolutionäre des neuen Chinas — haben ohne Entschädigung das christliche Ideal enteignet, das wir seit Generationen gepredigt haben; im Westen will man davon eben meistens nichts wissen.»

Damit steht nicht im Widerspruch, daß die offizielle Philosophie der chinesischen Volksrepublik ein materialistischer Marxismus ist und die christlichen Gemeinden und die christliche Verkündigung in China jetzt schwere Zeiten haben. Denn auch das halten wir für erwiesen, daß, wie in anderen kommunistisch regierten Ländern, das christliche Bekenntnis nicht nur dann verfolgt wird, wenn es zur Stützung einer falschen, konservativen und gegenrevolutionären Gesellschaftsform mißbraucht wird, sondern auch aus Grundsatz, wegen seiner Unvereinbarkeit mit einem wenn auch noch so idealistisch und humanistisch gefärbten Diesseitigkeitsglauben. Aber so beklagenswert das ist und so sehr sich damit auch die Revolution in China ihres gewaltigsten Bundesgenossen beraubt, so klar müssen wir verstehen, daß die Verantwortung dafür vor allem auf jenes Pseudochristentum fällt, das die «Heidenvölker», trotz so vieler treuer und echter Missionsarbeit, eben bis heute fast allein kennengelernt haben. «An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Jeder Baum, der nicht gute Frucht bringt, wird umgehauen und ins Feuer geworfen.» Aufgabe der Christen kann darum nicht die moralische oder materielle Unterstützung einer Chinapolitik sein, wie sie ein John Foster Dulles, dieser leitende Mann des amerikanischen Kirchenchristentums, und mit ihm noch ein so großer Teil der «freien Welt» vertritt; unsere Aufgabe kann nur sein, nach Kräften wiedergutzumachen, was vom Westen an China gesündigt worden ist, und dadurch der chinesischen Revolution die stärksten und lebendigsten Kräfte zuführen zu helfen, die sie sich überhaupt wünschen kann. Emil Fuchs sagt es in seinem jüngsten Buch «Marxismus und Christentum» deutlich:

> «Wir Christen müssen spüren, daß es eine schwere Schuld des Christentums gewesen ist, sich dem Ruf seines Gottes versagt zu haben, und daß es dafür von diesem Gott nun in die Ecke geschoben worden ist. Unchristliche Menschen treten das Erbe an und führen den göttlichen Auftrag weiter.
>
> So gibt es nur einen Weg für uns, wenn wir die Wahrheit der neutestamentlichen Botschaft nicht gänzlich verleugnen wollen: Wir haben in einer bereitwilligen und demütigen Mithilfe an der Neugestaltung der Gesellschaft, die sich unter marxistischer Führung vollzieht, diese Schuld gutzumachen und den Beweis der Kraft zu führen, bis er wieder überzeugend wird.»

Dann mag auch in China ein neuer Durchbruch erfolgen, der über den jetzt geschehenen noch weit hinaus führt — der Durchbruch nicht nur zu einem unbewußt, halb und sogar falsch einen Auftrag Christi erfüllenden marxistischen Sozialismus, sondern zu einem bewußt erstrittenen mächtigen Sieg der Sache Christi und Gottes selber.

Nachschrift Seitdem unsere Weltrundschau abgeschlossen wurde, hat sich — entgegen unserer einleitenden Bemerkung — etwas ereignet, das, ohne gerade dramatische Form zu haben, die Politik der Westmächte vielleicht doch in eine andere Richtung lenken könnte. Wir meinen die Unterhausrede Winston *Churchills* (Sir Winston muß

man jetzt sagen) vom 11. Mai. Seine Kritik an der amerikanischen Verhandlungstaktik in Panmunjom, an der französischen Kriegführung in Indochina, an der «Befreiungspolitik» der Regierung Eisenhower-Dulles, am politischen Betrieb in den Vereinigten Staaten und besonders sein Vorschlag, in Bälde eine Konferenz der obersten Führer der Westmächte mit denen des Ostblocks abzuhalten mit dem Ziel eines «neuen Locarno», das heißt wohl einer Gewährleistung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland durch die beiden angelsächsischen Mächte — all das war zwar sehr vorsichtig formuliert und teilweise auch noch reichlich nebelhaft und widerspruchsvoll. Aber es hat genügt, um im amtlichen Amerika und in Adenauers Westdeutschland, aber auch in Frankreich und auf Formosa, viel böses Blut zu machen und eine Art Vertrauenskrise im Verhältnis zwischen London einerseits und Washington, Paris und Bonn anderseits heraufzubeschwören. Und wirklich: *wenn* Churchills Rede Folgen hat, *wenn* Großbritannien entschlossen und hellsichtig genug ist, um der amerikanischen Katastrophenpolitik in die Zügel zu fallen, *wenn* es zu einem Einschwenken der Westmächte auf die Linie der sowjetischen Entspannungspolitik kommen sollte — dann haben allerdings die Dulles' und McCarthy, die Adenauer, Tschiang Kai-Schek und Syngman Rhee ausgespielt. Dann ist es mit dem Kalten Krieg grundsätzlich zu Ende. Dann bricht der Friede aus.

Kein Wunder, daß namentlich die westdeutschen Revanchepolitiker ihre Kreise roh gestört sehen und das Schlimmste für ihre Ostpolitik fürchten — obschon Churchill, vielleicht zu ihrer Besänftigung, der deutschen Wiederaufrüstung und der Einbeziehung Westdeutschlands in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» seine weitere Unterstützung zugesagt hat. Hitler hat einmal in kritischer Lage — es war am 22. August 1939 — gesagt: «Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.» Hat nicht Adenauer heute die gleiche Angst? Und mit ihm die ganze Bruderschaft der antikommunistischen Kreuzfahrer?

Sehr wahrscheinlich ist vorerst diese Angst unbegründet. Churchills Einsicht in die Lebensgefährlichkeit der amerikanischen Weltpolitik ist noch viel zu unklar, sein Wille, dieser Politik entgegenzutreten, noch viel zu schwach und halbherzig, um dem zu allem entschlossenen Draufgängertum der andern Seite und all den mächtigen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen, die dahinter stehen, eine Niederlage bereiten zu können. Aber es heißt dennoch schon etwas, daß sich ein Churchill, wenn auch mit noch so viel Vorbehalten, die Kritik zu eigen zu machen begonnen hat, die bisher nur von einer im ganzen Westen — nicht zuletzt in unserer Schweiz — verfemten kleinen Minderheit an der offiziellen Politik der Westmächte geübt worden ist. Wir fangen an, hoffähig zu werden!

Churchill ist schwerlich der Mann — wenn er es auch vielleicht sein möchte —, der der Los-von-Amerika-Bewegung in Westeuropa zum

Durchbruch verhelfen wird. Das müssen viel stärkere, viel entschlossenere Kräfte tun; das müssen — wir sagen es immer und immer wieder — *die Völker Westeuropas selber tun.* Aber daß das Licht, das den über der Welt lagernden Lügennebel durchbrechen muß, mit seinen ersten Strahlen nun bereits die höchste Stelle des konservativen Englands erreicht hat, das ist uns eine rechte Genugtuung und Freude. Es ist ein Hoffnungsschimmer in dunkler Nacht. Die Wahrheits- und Friedensmacht, die die Weltgeschichte lenkt, ist sichtbarlich am Werk. Aber sie braucht auch *Menschen,* die mit ihr arbeiten und ihr gehorchen!

16. Mai. *Hugo Kramer.*

Muß der Westen seinen Lebensstandard senken?*

Des öfteren habe ich schon die sozialen Verbrechen geschildert, die im Laufe der Industrialisierung der Wirtschaft von den westlichen Völkern begangen wurden. Dieser Wirtschaftsform und den damit verbundenen Verbrechen für immer ein Ende zu bereiten: das wird eine der größten Aufgaben der nächsten Jahrzehnte sein. Mit der fortschreitenden Befriedung aller Völker muß jeder Nation der Anspruch auf eine eigene unabhängige Wirtschaftsführung gesichert werden und das Recht, eine selbstverantwortliche, organische Gesellschaft auf der Grundlage lebendiger Beziehungen und schöpferischer Wirkungsmöglichkeiten zu gestalten.

Diese Entwicklung muß der Ausgangspunkt für eine weitgehende soziale und geistige Revolution werden, in deren Verlauf eine tiefgreifende Änderung in den persönlichen und nationalen Ansprüchen auf Güter und Märkte Platz greifen muß. Erst als Folge können wir ein allmähliches Auflösen jener Spannungen erwarten, die immer wieder zum Krieg führen.

Die Erhebung der unterdrückten Völker gegen die industrialisierte Wirtschaft des Westens ist heute überall in vollem Gange, und selbst Afrika hat erkannt, daß eine unabhängige Wirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche und nationale Freiheit ist, ja daß es für jedes Volk eine tiefe Befriedigung und Quelle innerer Kraft bedeutet, wenn es für die lebensnotwendigen Güter selbst aufkommen kann.

Herabsetzung des westlichen Lebensstandards?

Die unvermeidliche Entwicklung führt notwendig zu einer Auseinandersetzung mit den neuen Wirtschaftsformen der Zukunft. Wir sollten

* Der Beitrag ist erstmals in dem indischen Blatte «Harijan» und dann in der Zeitschrift «Der Christ in der Welt», Wien 1952/53, Folge 4, erschienen. *D. R.*

diese mit selbstloser innerer Bereitschaft aufnehmen, auch wenn sie für die Nationen des Westens zunächst eine Herabsetzung des *materiellen* Lebensstandards bedeutet. Da jedoch hohe geistige Werte an die Stelle der verlorenen materiellen Privilegien treten, wird dieser Verzicht eine unermeßliche Bereicherung an innerer Lebenskraft für uns bringen. Denn die Werte schöpferischen Lebens und lebendiger sozialer Bindungen stehen ihrer Rangordnung nach um vieles höher als Überfluß und Genußsucht, so daß die neue Wirtschaftsform mit ihren Triebkräften ständig wachsende Kreise erobern wird.

Leider wird die wirkliche Tragweite der gegenwärtigen Situation vom Westen meist nicht erkannt. Trotz den gewaltigen Umwälzungen, die im Gange sind, hofft er noch immer, seine einseitig egoistische Wirtschaftsform aufrechterhalten zu können, und übersieht dabei die ständig steigenden Ansprüche einer rapid anwachsenden Erdbevölkerung auf einen höheren Lebensstandard. Noch immer steht die Frage zur Lösung: *Wer wird die Rohstoffvorräte der Erde erhalten — die Völker mit der besten Währung oder jene, die in größter Not leben?*

Eine neue Lebensphilosophie

Eines ist offensichtlich: wollen wir den Schrecken eines neuen und noch furchtbareren Kampfes um Märkte und Rohstoffe, einem dritten Weltkrieg entgehen, so müssen wir eine neue Auffassung vom Begriff «Güter» annehmen, die höher einzuschätzen sind als der «Höchstverbrauch von Gütern und Diensten», d. h. wir müssen uns einer neuen Lebensphilosophie unterwerfen, die sowohl den geistigen als den physischen Bedürfnissen des Menschen Rechnung trägt.

Über ein Jahrhundert lang war die materialistische Auffassung des Kapitalismus auf deren Urheber, d. h. auf die besitzenden Stände des Westens beschränkt; der lange Kampf der Arbeiter um wirtschaftliche Gerechtigkeit hat jedoch dazu geführt, daß sie vieles von der kapitalistischen Lebensweise angenommen und die geistigen Ziele der Pioniere des Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung aus den Augen verloren haben. *Heute besteht die große Gefahr, daß der Materialismus, der den Westen überflutet hat, auf den Osten übergreift, um auch dort das geistig-sittliche Ringen um soziale Gerechtigkeit zu ersticken.*

Ist das amerikanische Wirtschaftssystem das richtige?

Die Mehrzahl der westlichen Nationen sieht in Amerika eine romantische Wunderwelt des Überflusses und der Maschinentechnik. Dieses System würde jedoch bekanntlich eine ständig wachsende Überbeanspruchung der Rohstoffquellen der Erde sowie immer neue, verbesserte Auswertungsmethoden erfordern; denn nur so wäre es möglich, den amerikanischen Lebensstandard zu heben oder wenigstens zu erhalten und zugleich die schon längst fällige Besserung der Lebenshaltung im Osten

herbeizuführen. — Fragen wir uns nun, ob das amerikanische System wirklich das beste für die Menschheit ist. Wir müssen auf diese schwerwiegende Frage in aller Offenheit eine klare Antwort finden. In Wahrheit haben gerade ernsthaft denkende Amerikaner selbst zugegeben, daß das Leben ihrer Nation zu fieberhaft-gespannt, sinnlos und vom Verfall bedroht ist, um den Menschen wirklich zu befriedigen; daß Amerika heute im Gegenteil eines der ruhelosesten Völker der Erde ist!

Am Wendepunkt unserer Zivilisation?

Soll aber das Leben die tiefere «Sehnsucht» der menschlichen Seele, den ganzen Menschen, befriedigen, so muß es schöpferisch und auf friedliches Zusammenwirken hingeordnet sein, d. h. *«sozial» in seinen Zielen und in seinen Mitteln.* In letzter Auswirkung offenbart sich ein wahrhaft soziales Leben in einer allumfassenden Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele, in der Bereicherung des Gemeinschaftslebens, in das der einzelne hineingestellt ist. Wieder einmal ist unsere Zivilisation vor die entscheidende Frage gestellt: ob das Gesamtwohl in Überfluß und Reichtum zu suchen ist oder in der geistigen Selbstbeherrschung, ob die physischen Bedürfnisse des Körpers von der Macht des Geistes beherrscht werden sollen oder umgekehrt!

Die neue Lebensweise

Diese neue Lebensweise kann nur durch eine geistig-revolutionäre Bewegung kommen, *durch die Anerkennung einer neuen Wertordnung und einer neuen Erziehungsweise.* Das Ergebnis wird eine neue persönliche und staatliche Wirtschaftsordnung sein, deren Grundforderungen etwa wie folgt zusammengefaßt werden können: *Eine weitgehend unabhängige, sich selbst versorgende Wirtschaft,* beruhend auf dem Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie. Diese wird die internationale Spannung auf ein Mindestmaß herabsetzen und das Streben nach einer qualitativ hochstehenden Zivilisation stärken.

Die kleinen Gemeinschaften, d. h. Dörfer und Kleinstädte sollen der Zusammenballung der Massen in großen Zentren vorgezogen werden. Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, mit dem gesamten Leben dieser Gemeinschaft, ihren führenden Persönlichkeiten sowie ihren Unternehmungen vertraut zu sein und daran selbst schöpferisch mitzugestalten. Sein Leben muß getragen werden von dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft und von seiner Verantwortlichkeit für das Wohlergehen aller.

Engeres Zusammenwirken von Landwirtschaft und Industrie (Auflockern der Industriezentren), um den einzelnen Menschen wieder in direkte Verbindung mit der Natur zu bringen und den Geist wahrer Nachbarschaft neu zu wecken. Eine völlige Dezentralisierung der Industrie kann heute nicht mehr erreicht werden; doch bieten sich hiezu zahl-

reiche, noch nicht ausgewertete Möglichkeiten. Die Erfahrungen, die sich aus der Arbeit mit kleinen Werkanlagen und kleinen Arbeitsteams ergeben, werden eine Ausbreitung dieser Arbeitsmethode begünstigen. Qualität, Formschönheit, Abwechslung und Dauerhaftigkeit werden an Stelle standardisierter Massenprodukte treten. *Hausindustrie und Handwerk* aller Art können die Zusammenarbeit der dort Beschäftigten stärken; sie heben das Selbstvertrauen und die Individualität und fördern das Familien- und Gemeinschaftsleben. *Schaffung einer neuen Kultur*, die auf ein lebendiges Sozialbewußtsein und eine höhere Wertschätzung der schöpferischen sozialen Kräfte aufgebaut ist. Es gehört zu den großen Aufgaben unserer Zeit, *die Kunst des Geldverdienens durch die Kunst der wahren Lebensführung zu ersetzen*. Diese Umformung des Menschen wird nur durch eine neue Erziehung ermöglicht. Jede Erziehung muß künftig darauf ausgerichtet sein, den Menschen zu einer sinnvollen Lebensführung, zur rechten Unterscheidung der Lebenswerte heranzubilden, so daß er ein Leben in Einfachheit und Wahrhaftigkeit führen kann. Kirche, Schule und Arbeitsstätte müßten hier zusammenwirken, um den Menschen zur Einheit seiner Persönlichkeit und die Gemeinschaft zu gemeinsamer Zielsetzung in allen ihren Unternehmungen führen.

Verwirklichung der Demokratie

Erst in einer derart umgestalteten sozialen und politischen Ordnung könnte die Idee der Demokratie verwirklicht werden und zu einem Ausgleich politischer und wirtschaftlicher Spannungen führen. Die im modernen Staat zentralisierte Macht würde wieder auf die untergeordneten kleineren Gemeinschaften verteilt werden, während es die Hauptaufgabe des Staates bliebe, ein ungestörtes Wirken der regionalen und lokalen Institutionen sicherzustellen.

Diese Änderungen bedeuten in vieler Hinsicht geradezu eine Umkehr der durch die kapitalistische Großindustrie verursachten Revolution, ihres sozialen und politischen Lebens und ihrer Kultur. Die Völker würden dann erkennen, *daß der Weltfriede weder durch die Diplomatie geschaffen wird, noch durch ein machtpolitisches Übereinkommen, sondern daß er eine Schöpfung des Geistes ist, die Frucht des Lebens in Wahrhaftigkeit, in der Tat eine neue Lebensweise!* *Wilfred Wellock.*

Worte aus Amerika

Laßt uns Gott bitten, uns vor dem Hochmut des Reichtums zu bewahren. Unsere Pflicht ist es, seine Segnungen zu verdienen, indem wir keinen Mißbrauch mit ihnen treiben, sondern sie vielmehr mit der ganzen Menschheit zu teilen suchen. *George Washington, 1775*

Überlieferung ist wertvoll, wenn sie als Ruder dient, aber außerordentlich schädigend, wenn sie als Anker gebraucht wird.
William E. Stevenson

Friede und Freiheit sind die Früchte einer gerechten Gesellschaftsordnung, nicht ihre Basis. *Scott Nearing*

Ein Wort von Vinet

«Trennet den Gedanken der Freiheit von dem an ihr Ziel, das in unserer sittlichen Vervollkommnung, im Wohl der Gesellschaft und in der Ehre Gottes besteht; was bleibt euch von diesem Namen übrig? Nichts als ein wilder Instinkt.» *Alexandre Vinet*

Redaktionelle Bemerkungen

Wir beklagen den Tod von Herrn Jean Schnellmann, Kriens, eines unserer ältesten und treuesten Mitglieder und Leser der «Neuen Wege», dem wir ein dankbares Andenken bewahren werden.

Eben erst erfahren wir vom Hinschiede von Herrn Arnold Lüscher, Lehrer in Dänikon. Unsere Leser seien an den lebendigen und wertvollen Beitrag im Juli-/August-Heft 1952, «Eine christliche Auffassung über die Entstehung und das Wesen der Eidgenossenschaft», erinnert, der uns viel gab und uns hoffen ließ, Herrn Lüscher als regelmäßigen Mitarbeiter, wie er es in früheren Zeiten gewesen war, zu gewinnen. Wir werden des tapferen Kämpfers (er war auch Dienstverweigerer) im nächsten Heft gedenken. *Das Redaktionskollegium.*

An unsere Mitglieder, Abonnenten, Leser und Freunde!

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß wir vom 3. bis 10. Oktober 1953 einen

Ferienkurs auf dem Flumserberg

veranstalten. Das Grundthema wird der heutige Kampf um den Frieden sein. Wir werden uns bemühen, Referenten des In- und Auslandes zu gewinnen, die zu dieser brennenden Frage Gewichtiges zu sagen haben und uns konkrete Wege weisen können.

Bitte denken Sie bei Ihren Ferienplänen an diesen Kurs! D. R.

Bericht über die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge

Oerlikonerstraße 95, Zürich-Oerlikon

vom 1. Januar bis 31. Dezember 1952

Die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge verlief in den gewohnten Bahnen der Fürsorge für die uns anvertrauten Emigranten und Flüchtlinge. Einzelne — vier Personen — vermochten sich durch Arbeitsübernahme oder Verbesserung ihres Einkommens von unserer Unterstützung frei zu machen, während eine andere durch Krankheit gezwungen war, unsere finanzielle Hilfe erneut in Anspruch zu nehmen. Trotz einem bemerkenswerten Wechsel in der Zahl der von uns Betreuten blieb sich die Gesamtzahl ungefähr gleich wie das letzte Jahr, nämlich 69 Personen. Zwei Personen vermochten nach Brasilien, zwei nach Australien und eine Person nach den USA auszureisen, was unsere finanzielle Lage etwas verbesserte. Zwei Familien und fünf Einzelpersonen nahmen wir neu in unsere Betreuung auf, so daß wir zum Jahresende 54 Erwachsene und 15 Kinder betreuten, von denen 16 das Dauerasyl genießen. Heute unterstützen wir noch vier Familien und fünf Einzelpersonen mit einem ordentlichen durchschnittlichen Monatsaufwand von rund 2500 Franken. Dieser Betrag kann sich manchmal nicht unwesentlich erhöhen, wenn zusätzlicherweise Ausgaben für Gesundheitspflege oder Anschaffungen zu decken sind.

Wie sehr das schweizerisch-deutsche Fürsorgeabkommen, das während des Berichtsjahres in Kraft trat, zu begrüßen ist, so hat dieses uns nicht nur eitel Freude gebracht. Von seiten der Behörden sind einzelne unserer Betreuten unter Druck gesetzt worden, sich als deutsche Bürger zu erklären, damit sie schließlich von Deutschland unterstützt werden könnten. In Anbetracht der besonders gelagerten Fälle haben wir uns für unsere Betreuten eingesetzt und Rekurse gegen entsprechende Verfügungen eingereicht, die jetzt noch nicht erledigt sind, obwohl ein Fall schon seit Juli 1952 läuft.

Unsere Finanzlage hat sich etwas gebessert, weil wir durch Unterstützungsrückgang eine fühlbare Entlastung erfuhren. Allerdings dürfen wir nicht zu früh frohlocken in dem Sinne, daß wir nun über alle Schwierigkeiten hinaus wären. Wenn wir uns eine gewisse Reserve anlegen konnten, so kann dieselbe recht bald dahingeschmolzen sein wie der Schnee an der Sonne, wenn wir uns gezwungen sähen, neue Unterstützungsbedürftige in unsere Betreuung aufzunehmen, was jeden Tag geschehen kann. Deshalb sind wir unsern Spendern besonders verbunden, wenn sie unserer weiterhin treu gedenken, wobei wir ihnen für ihren bisherigen finanziellen Beistand recht herzlich danken. Trotz dem Flüchtlingselend in der weiten Welt draußen, dürfen wir nicht vergessen,

daß wir auch in der Schweiz noch eine ganze Anzahl von Hilfsbedürftigen zu betreuen, welche auch auf unsere Hilfe Anspruch haben. Darum bitten wir Sie mit diesem Bericht: *Helft uns helfen!*

Auskunftsstelle für Flüchtlinge: Willi Kobe, Pfarrer, Esther Kober, Vera Oberli, Clara Ragaz.

Zu weiterer Auskunft ist jederzeit gerne bereit: W. Kobe, Pfarrer, Oerlikonerstraße 95, Zürich-Oerlikon.

Abrechnung der Auskunftsstelle für Flüchtlinge, Zürich
(1. Januar bis 31. Dezember 1952)

Einnahmen	Fr.	Fr.
Saldovortrag vom 1. Januar 1952:		
Kassa	398.20	
Postscheck	18 159.90	
Vorschüsse	56.85	18 614.95
1. Sparheft	4 500.—	
2. Sparheft	4 500.—	9 000.—
Spenden		1 872.75
Rückvergütungen der Schweiz. Zentralstelle		
für Flüchtlingshilfe	18 076.25	
durch den Bund	14 751.90	
durch den Kanton Zürich	3 607.30	
durch den Kanton Tessin	1 311.—	
durch Diverse	1 736.—	39 482.45
Reparationsfonds		5 400.—
		74 370.15
Ausgaben		
Unterstützungen		40 879.05
Reparationsfonds		11 416.75
Unkosten		571.20
Saldo 31. Dezember 1952*:		
Kassa	274.50	
Postscheck	5 517.35	
Vorschüsse	413.20	6 205.05
		59 072.05
Sparhefte (4 584.40, 4 584.40, 3 064.65, 3064.65)		15 298.10
		74 370.15

* Inklusive Saldo Reparationsfonds . . 7 390.41
und Vorschuß vom Bund . . . . 1 500.—

Man muß das Evangelium lieben . . .

«Man muß das Evangelium lieben gegen die Sünde, man muß es lieben gegen die Torheiten der Menschen, man muß es lieben gegen die Feindseligkeiten der Menschen, man muß es lieben gegen ihre Roheit und Barbarei, man muß es lieben gegen so vieles, vieles Ungereimtes. Man muß das Evangelium lieben auch gegen die Finsternis des Todes, gegen die Nacht des Geistes, gegen die törichten Empfindungen unserer Seele, unseres Gemütes und gegen alle unsere irdischen und leiblichen Gebrechen. Man muß das Evangelium lieben bis in die Hölle hinunter, daß es durch alle Kreise der Menschen dringe. Dann bete oder beteilige dich an der Erwartung des Geistes der Wahrheit. Es geht nicht mit menschlichem Geist — auch nicht mit frommem, auch nicht mit hochweisem — es geht mit Gottes Geist allein, denn so, wie die Sachen stehen unter uns, muß etwas Neues geschaffen werden.

Wenn der Herr Jesus den Geist der Wahrheit erwartet für seine Jünger zunächst, daß sie in die Welt dringen und alles schließlich umfaßt werden soll von diesem Geist der Wahrheit, so gibt er damit zu erkennen, daß wir einstweilen die Leute gar nicht sind, die das Evangelium verstehen können und namentlich durch das Evangelium lebendig werden können. Das geht nicht so leicht — du mußt ganz wesentlich ein anderer werden, in der Wahrheit leben aus der Tiefe heraus, daß alles, was du bist, eine Wahrheit wird.»

Chr. Blumhardt: «Gottes Reich kommt!» Seite 204.

Der Weg zum Leben

Wie mein Weltbild umgestaltet wurde

Auf meiner Suche nach Wahrheit kam ich mit den verschiedensten religiösen Richtungen zusammen. In allen fand ich Menschen, die ich bejahen mußte. Wo steckt denn auch die Wahrheit? Glücklicherweise half mir das Leben, diese bange Frage lösen.

Von früh auf litt ich viel. Ach, ich war zum Leiden gleichsam veranlagt. Um leben zu können, mußte ich im Leiden einen Sinn suchen. Das war besonders damals der Fall, als nach meiner entschiedenen Hinwendung zu Gott ich nicht, wie ich erwartet hatte, von ihm von meinen Schwächen befreit wurde. Da sagte ich mir: Entweder hat das Leiden für unser Leben Bedeutung, oder dann muß ich an Gott und seinen Verheißungen irre werden. So grübelte und las ich viel über das Leiden und fing nach und nach an, durch Adele Kamm, Lhotzky und andere angeregt, tiefen Sinn in ihm zu sehen. Dadurch wurde mein Weltbild

verändert. Was mir bis jetzt als groß erschien, wurde nun klein, und das Kleine, fast Unbeachtete, wurde mir groß. In den Pflanzen sah ich plötzlich verwandte Wesen, die hart arbeiten müssen. Ich wußte ja längst, daß sie in ihren Blattgrünkörperchen anorganische Stoffe zu organischen verwandeln. Ja, ich wußte es — es war ein Wissen. Mehr nicht. Jetzt aber wurde mir dieses Wissen zu einem Erleben. Jetzt kamen sie mir vor wie die Reinsten und Tiefsten unter uns Menschen, die ihre schwere Pflicht still im Verborgenen tun, ihre Leiden mit Gott allein tragen und vor der Welt ein freundliches, lächelndes Antlitz zeigen. Nur Freunde hören von ihrem Heiligsten, ihrem Leiden, und nur Leidende sehen in ihren vergeistigten Zügen kristallisiertes Leid. Die andern sind der Meinung, diese Leute hätten es gut, sie könnten immer fröhlich sein. Ja, so erschienen mir nun die Pflanzen. Wie schön und friedlich standen sie da, grad, wie wenn sie zu ihrem Vergnügen, zu ihrer Freude dastehen würden. Wer ahnt ihre Arbeit? Und wie ruhig verrichten sie ihre schwere Aufgabe, wie selbstverständlich! Und wir stolzen Menschen, die wir ganz und gar durch ihre Arbeit leben, zertreten, brechen und schneiden sie, ohne daß uns nur ein Gedanke an das kommt, was diese Lebewesen geschafft und geleistet haben. Wir denken nur an uns, nur an unsere Freude. Wenn auch ein höheres Wesen, als wir Menschen sind, mit uns so verfahren würde? Würden wir es nicht oft mehr verdienen als die Pflanzen, denn sie erfüllen wenigstens ihre Pflicht? Sie müssen sie erfüllen.

Wie oft stieg mir doch schon der Wunsch auf — der einzige große Wunsch: O, daß ich doch meine Pflicht erfüllen würde, wie ihr Pflanzen sie erfüllt! Ihr müßt sie erfüllen, wir Menschen können auch anders, darin liegt unsere Größe, aber auch unsere Verantwortung.

Die Heiligung des Essens

Tiefe Ehrfurcht erfüllte mich nun vor den Lebewesen, die unter mir zu stehen scheinen. Und durch dieses Mitgefühl mit Pflanzen und Tieren wurde mir das Essen in gewissem Sinne zu einer heiligen Handlung. Unwillkürlich dachte ich dabei, daß diese für mich arbeiten, ja sogar sterben müssen, damit ich leben kann. Welcher Ernst, welche Verantwortung erfüllte mich da! Habe ich ein Recht, Tiere und Pflanzen zu opfern, damit ich essen kann? «Ja, gewiß, so leben wir Pflanzen und Tiere in höherer Form weiter», hieß es in mir, «besser, wir werden geopfert, als daß wir verdorren und verfaulen und wieder Erde werden, nur so dienen wir der Entwicklung. Du aber tue deine Pflicht, opfere dich auch und so dienst auch du der Weiterentwicklung der Welt.» Ich merkte, wie wir ganz von Opfern leben, und mir wurde klar, daß ich nicht zum Genießen existiere, sondern um das Leben, um die große Entwicklung zu fördern. Wie Pflanzen und Tiere geopfert werden, so habe ich mich selbstbewußt zu opfern, das heißt, ich habe nicht mir zu

leben, sondern etwas Höherem. Und in diesem existiere ich in vollkommenerer Form weiter.

Jesus und der Opfergedanke

Jetzt begriff ich, daß Jesu so betonte: Wer sich selbst lebt, verliert sein Leben, wer es für mich dahingibt, findet es. (Matth. 10, 39; Luk. 17, 33; Joh. 12, 25.) Jesus kam mir nun nicht mehr weltfremd vor. Nein, er war der Offenbarer der tiefsten Weltgesetze. Er lebte nach diesen, erfüllte sie und ließ sie uns durch seine Erfüllung erkennen. Wie gut verstand ich jetzt auch das, was man die Einsetzung des heiligen Abendmahles nennt. Wie muß ihm bei dem letzten Mahle vor seinem freiwilligen Tode zu Mute gewesen sein! So ganz unverstanden zu sterben, von niemand begriffen, gebrochen zu werden! Wie soll ich es meinen Jüngern verständlich machen? Und wie er nun das Brot nahm und in seiner heiligen, ehrfurchtsvollen Art brach, die auf die Leute so großen Eindruck machte, daß ihn die Jünger von Emmaus an diesem Brotbrechen erkannten, sah er in diesem Brechen ein Gleichnis, das seine unbegreifliche Dahingabe verständlich machen konnte: «So wie dieses Brot gebrochen werden muß, damit es Leben schaffen hilft, so wird mein Leib gebrochen, damit Neues entstehen kann ... Bedenket das immer, wenn ihr esset.» War das nicht die Heiligung des Essens? Sollten wir uns nicht bei jedem Essen fragen: «Darf ich essen? Erfülle ich meine Pflicht, wie die Lebewesen, die ich nun verzehre, sie erfüllten? Opfere ich mich auf? Und dann die Bitte, der Wunsch, daß ich es tun möchte. Wäre das nicht das richtige Tischgebet? Wenn überall mit dieser heiligen Gesinnung gegessen würde, so hätten wir ja den Himmel auf Erden. Sie sollte darum recht früh den Menschen eingepflanzt werden.

Aufgabe des Naturkundeunterrichts

Es wäre vor allem die Aufgabe des Naturkundeunterrichts, diese Gesinnung in den Kindern zu wecken. Ein paar Pflanzen und Tiere kennenzulernen, hat sicher seinen Wert. Wir werden dadurch in der Natur heimischer und lernen sie lieben, denn was wir nicht kennen, können wir auch nicht lieben. Und schön und interessant ist auch zu sehen, wie die Lebewesen ganz der Örtlichkeit angepaßt sind, in der sie vorkommen. Wenn aber dabei das Wissen die Hauptsache ist, so erfüllt dieser Unterricht seine Aufgabe doch nicht, denn welchen Wert hat es schließlich, die Zahl der Staubgefäße oder Zähne zu wissen, oder zu begreifen, daß der Storch hohe Stelzbeine und einen langen Schnabel hat, weil er seine Nahrung in Sümpfen sucht. Nein, der Naturkundeunterricht hat eine viel höhere Aufgabe zu erfüllen. Er soll in den Kindern Ehrfurcht vor der Natur wecken. Er muß sie ihnen heilig zu machen versuchen. Dazu müssen wir ihnen die Geheimnisse und Wunder der Natur zeigen, sie vor die letzten Fragen führen, so daß sie zu staunen

beginnen. So wecken wir in ihnen jenes große Wundern, das die Wurzel aller Religion und aller Philosophie ist, und ohne welches die Religion nur Wissenssache ist und an der Oberfläche klebt.

Meine Erkenntnis

Wir Menschen leben durch Opfer, das ist meine große Erkenntnis. Opfer ist das Gegenteil von Genießen. Es ist das, was dem natürlichen Menschen zuwider ist. Es ist Arbeit, Entsagen und Leiden. Unter Genießen verstehe ich das Ausleben, wie es einem gerade paßt, unbekümmert darum, ob jemand darunter Schaden leidet, wenn es einem nur Genuß, Erfolg, Ehre oder Macht einträgt. Wo seine Grenze ist, und wo also das andere, das Opfer beginnt, ist schwer zu sagen. Die Gesinnung ist ausschlaggebend.

Nachdem ich nun wußte, wodurch wir leben, suchte ich den Menschen und die Geschichte von den beiden Grundkräften Opfer und Genuß aus zu begreifen. Überall sah ich, wie jede Aufwärtsentwicklung durch Opfer und jede Abwärtsentwicklung durch Genuß bedingt ist. Jede Mutter weiß, wieviel Schmerzen ausgestanden werden müssen, bis ein Kind nur das Licht der Welt erblickt hat und wieviel Arbeit und Entsagung es erfordert, bis es springen kann. Ist die Erziehung der Kinder nicht ein beständiges Entsagen für die Eltern? Ja, das Kind lebt und wird erzogen durch die Opfer der Eltern. Und wenn es schließlich seine Weitererziehung selbst an die Hand nimmt, so geht diese nur vorwärts, wenn es auf vieles verzichtet, und dies ist ein Opferbringen für sich selbst.

Ich wage zu sagen, daß die Größe eines Menschen und seines Werkes im geraden Verhältnis steht zu den für ihn (durch sich oder durch andere) gebrachten Opfern. Wenn die Welt einen großen Mann haben soll, so werden unwillkürlich auch die Opfer vergrößert. Wie oft wird doch der Vater weggenommen! Wer zählt die Leiden der Mutter Pestalozzis oder derjenigen James Garfields und anderer mehr. Es heißt, daß alle großen Männer große Mütter, das heißt aufopferungsfähige Mütter gehabt hätten. Wer die Bedeutung des Opfers erkennt, der bekommt einen Sinn für das stille Heldentum so vieler Frauen und merkt, daß die eigentlichen Siege ganz anderswo als auf Schlachtfeldern und in Redeschlachten erkämpft werden, und deshalb wird ihm klar, daß im Buche des Fortschrittes, im Buche des Lebens andere Namen stehen als in den Chroniken.

Große Männer erscheinen mir wie Früchte, für die gelitten und gearbeitet wurde. Ja, damit sich an den Zweigen Früchte bilden können, muß unendlich viel Arbeit geleistet werden, von der niemand etwas sieht. Und bei uns Menschen ist's ähnlich. Das vergessen wir so leicht. Wir sehen, was unsere Reformatoren leisteten, vergessen aber gern, was sie dabei litten, wie sie, besonders Calvin, als Leidende ihr Werk

vollbrachten. Wir bestaunen Kants Werk; seine Entsagung, seine Selbstbeherrschung dürfen wir aber nicht vergessen, denn ohne diese hätte er sein Werk nicht geschaffen.

Wenn uns einmal die Augen für die Bedeutung des Opfers geöffnet sind, so werden wir überall sehen, daß aller Fortschritt auf ihm beruht. Daß etwas an der Sache sein muß, wird uns schon jetzt ein Blick auf eine verwahrloste Familie beweisen; denn sofort denken wir, wenn nur der Vater auf seinen Alkohol verzichten könnte, wenn er nur seine Zeit der Familie widmen würde usw. Lauter große und kleine Opfertaten wünschen wir von ihm.

Einwendung

Man wird mir entgegnen, daß es doch Menschen gibt, die von Natur edel und tief sind. Sicher. Aber die sind eben die Früchte der Opfertaten früherer Geschlechter. Wenn ich solche edle Naturwesen finde, so frage ich sofort nach den Eltern und Großeltern. Das ist für mich das Merkwürdigste, daß wir einerseits wohl selbständige Wesen sind, andererseits aber doch auch ein Glied in einer Kette und darum das Erbe der Vorfahren, sei es guter oder böser Art, übernehmen und weiterführen. So leben solch edle Menschen vom Segen ihrer Vorfahren. Es ist mir furchtbar wichtig, daß das klar bewußt wird. Es gibt unter den ausgesprochenen «Auslebern» feine Menschen, feinere als unter denen, die den Opferweg gehen. Sie sind, was sie sind durch die Opfer früherer Geschlechter. Diese litten, darum können sie nun genießen. Statt die Entwicklung fortzusetzen, sich zu opfern, leben sie sich aus. Das sind die Menschen mit dem Weltglück. Sie kommen mir vor wie Transformatoren, durch die Segen in Geld, Ehre und Macht umgewandelt wird. Da in ihnen Kräfte aufgespeichert sind, werden sie zu Taten gedrängt. Ihre Arbeit ist aber egoistisch. Sie wollen sich durch diese genießen. Zu diesen tätigen Selbstgenießern gehören viele Dichter und Künstler. Sie bilden einen wichtigen Hemmschuh in der Weiterentwicklung der Menschheit. Sie verklären und vergolden das Gemeine, das Genießen, und stellen es als das Höchste hin. So verführen sie die Menschen. Sie haben einen reichen Segensfonds, sie können genießen; denn der Abstieg geht ähnlich langsam wie die Aufwärtsentwicklung. Sie mögen aber noch so geehrt sein, ihre Namen stehen dennoch nicht im Buche des Lebens.

Was das Opfer für die Kunst bedeutet

Die echten und wahren Kunstwerke sind, wie alles Große, aus Leid und Entsagung herausgewachsen. Es ahnen wenige, was Künstler, die unsterbliche Werke schaffen, auf unserer unvollkommenen Erde leiden. Ihre Schöpfungen sind gleichsam Taten, durch die sie sich über das Leid erheben und es so überwinden. Kein Geringerer als Nietzsche meint in seiner «Geburt der Tragödie», daß die Griechen aus großem Leid, aus

innerer Nötigung heraus die «glänzende Traumwelt des Olympischen» vor sich hingestellt hätten, daß dieses Volk, das wie kein anderes «die Schrecken und Entsetzlichkeiten des Daseins» empfand, seine Kunst schuf, um überhaupt leben zu können. So soll das Volk, das wir so gern als ein glückliches und fröhliches betrachten, weil es uns eben eine lichte Kunst hinterließ, ein tief leidendes gewesen sein. Ja, das Leiden ist von den tiefsten Menschen immer als das angesehen worden, woraus das Höchste erwächst. «Wer nicht leiden will, verzichtet auf die größten Gaben Gottes und begnügt sich ohne Notwendigkeit mit Geringerem» (Hilty). «Das Leid ist der Pflug, den Gottes Hand führt, um die Wege der Zukunft zu bahnen» (Isabelle Kaiser). «Wer sind diese mit den weißen Kleidern angetan, und woher sind sie kommen? Diese sind kommen aus großer Trübsal . . . » (Off. 7, 13, 14.)

So liegt im Opfer die größte Selbstbejahung. Es führt zur echten Freude, zum wahren Genuß. Mit dem Genuß ist's eine eigene Sache. Er darf nicht gesucht werden. Er stellt sich bei richtigem Verhalten von selbst ein, er ist einfach die Folge des Opfers und bedeutet dann eine Selbstbejahung seltener Art, die die gewöhnlichen Genießer weder kennen noch ahnen.

Der Weg der Erlösung

Die Natur arbeitet streng gesetzmäßig. Bei ihr gibt's keine Sündenvergebung. Das härteste Wort der Bibel scheint mir zu sein: «Ich . . . bin ein eifriger Gott, der da heimsucht der Väter Missetat an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied.» Es ist tief wahr. Aber eine Erlösung von Schuld gibt's. Sie liegt im Opfer. Jesus zeigte sie uns.

Klar und bewußt ging er als erster — als Erstling — den Weg der Erlösung, den Weg der Selbstaufopferung. Er ging ihn als Gott, um uns ein Vorbild zu geben und den Bann zu brechen, der uns lähmte. Immer hat er betont, daß seine Jünger denselben Weg zu gehen hätten. Sich selbst verleugnen — sein Kreuz auf sich nehmen — sich hassen und verfolgen lassen, das verlangte er von ihnen, lauter Opfertaten sollten es sein. Jeder sollte wiederum ein Erlöser werden. Das wollte er. Wenige haben ihn verstanden und wenige sind seinen Weg gegangen. Er erschien zu schwer, darum ist auch bis jetzt die Welt nicht in dem Maße umgestaltet worden, wie es der Fall sein könnte. Ich habe mich lange darüber gewundert, daß das Böse so mächtig ist. Heute wundert es mich nicht mehr. Das wahre Gute ist: sich opfern. Und das ist selten. Seit ich sehe, was ein Sichopfernder für die Welt bedeutet, welche Kraft er ausübt, staune ich. Ja, vom Opfer aus wird die Weltentwicklung beeinflußt. Darum ist keiner zu gering, um die Welt fördern zu können, und deshalb möchte ich allen Verzagten und Trostlosen Mut machen, den Opferweg einzuschlagen, denn er führt höhenwärts.

Nun haben wir eine Idee, die uns bei aller Erziehung leiten kann. Zunächst erkennen wir, wie falsch heute erzogen wird. Da jedermann soviel als möglich zu genießen sucht, so werden die Kinder so abgerichtet, daß ihnen ihr späteres Fortkommen gestattet, das Leben möglichst zu genießen. Daß sie dabei leer und öd bleiben und in diesem tierischen Behagen nie wahre Befriedigung und einen uns Menschen würdigen Sinn des Lebens finden können, erkennt man nicht oder dann zu spät.

Der Mensch mag Erfindungen über Erfindungen machen, um den Kampf ums Dasein besser zu bestehen und ein angenehmes Leben führen zu können — er bleibt dennoch ein Tier, wenn auch ein sehr hoch entwickeltes, solange er nur sein Behagen sucht. Erst die Hingabe, das selbstbewußte Opfer macht ihn zum Menschen. Erst durch die Selbstaufopferung findet er den Weg zum Leben. So konnte der sagen, dessen ganzes Leben ein großes Opfer war: «Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben, niemand kommt zum Vater, denn durch mich.»

Zu allen Zeiten galt derjenige, der sich zu opfern wagte, als Held. Die Sehnsucht nach dem Helden steckt in jedem Menschen, besonders in den Kindern. Es ist die Sehnsucht nach unserm tiefsten Wesen, nach unserer höchsten Vollkommenheit. Nicht umsonst verlangt jedermann nach Heldenverehrung. Besonders sind es wieder die Kinder, die dem Idealen noch näher stehen als die Erwachsenen, die nach großen Vorbildern verlangen und ihnen, wenn sie die Kraft hätten, auch nacheifern möchten. Erst dann fühlen sie sich wahrhaft glücklich, wenn sie etwas geleistet haben, das gleichsam über ihre Kräfte ging. Und diesem Triebe, Großes zu schaffen, sich selbst zu überwinden, muß die Erziehung entgegenkommen. Sich selbst überlassen, greift das Kind zum ersten besten Genuß; es tut, was ihm im Augenblick gerade Vergnügen bereitet. Es kann sich aus eigener Kraft noch nicht überwinden. Da muß ihm ein Führer, der sich selbst überwunden hat und in dem darum sittliche Kraft lebendig ist, helfend zur Seite treten. Nach ihm richtet es sich unwillkürlich, nach ihm beurteilt es sich selbst. Kurz, er wird ihm lebendiges Gesetz. Unbewußt fließt seine Kraft auf das Kind über und hilft ihm zu verzichten, sich zu überwinden. Durch andauernde Uebungen in solchen Selbstüberwindungen, unter dem Einflusse seines Führers (Vaters) entstehen Gewohnheiten, die ihm so in Fleisch und Blut übergehen, daß sie ihm zu Selbstverständlichkeiten werden und es sie nicht mehr entbehren möchte (zum Beispiel die Arbeit).

Es ist wohl in der Erziehung nichts so bedeutsam wie das, daß das Kind in der Umgebung eines Menschen aufwächst, der sich selbst überwunden hat, daß ihm also im «Strahlkreis» eines Sichopfernden die Kraft zur Selbstüberwindung gestählt wird. Das ist die Hauptaufgabe des Erziehers, dem noch schwachen Kinde einen Halt zu bieten, an dem es zum Helden heranwachsen kann. Damit er das kann, ist Selbsterzie-

hung nötig. Die ist viel wichtiger als alles sogenannte «Erziehen» der Kinder; denn die wahre Erziehung besteht in einem unbewußten Ueberfließen der Kräfte der Erwachsenen, die sich überwunden haben, auf die Kinder. Damit ist klar, daß Lehrer- und Pfarrerberuf nur von Sich-Opfernden ausgeübt werden können. Diese zwei Berufe können mit keinem Gelde bezahlt werden. Sie sind ein Sich-Aufzehren für andere, sie sind Opferberufe im wahren Sinne des Wortes.

Geschichts- und Religionsunterricht

Wir sahen, wie alle echte Erziehung Heldenerziehung ist. Neben das lebendige Beispiel der Erziehenden haben Beispiele aus dem Leben anderer zu treten.

Da hat nun der Geschichtsunterricht in Verbindung mit dem Religionsunterricht seine Aufgabe zu erfüllen. Er soll den Kindern zeigen, daß die, welche sich opfern, erst wahrhaft leben, daß sie die Träger der Kultur und somit die eigentlichen Fortschrittsmenschen sind. In der Geschichte sollen sie sehen, daß in unserer Welt alles Große durch Opfer errungen werden muß. Dann sollen sie merken, wie jeder Abstieg durch Genuß verursacht wird, und wie dieser einsetzt, wenn ein Volk auf der «Höhe» zu stehen scheint. So lernen die Kinder die Wellenbewegung der Geschichte begreifen. Sie sehen, wie Tiefstand zu Opfern zwingt, denen dann der Aufstieg folgt. Sobald ein gewisser Segensfonds vorhanden ist, verleitet er zum Genuß, der eine Dekadenz bedingt.

Selbstredend ist damit nicht gesagt, daß jedem Tiefstand ein Aufstieg folgt, denn sowohl Völker wie einzelne Menschen können durch Leiden auch gelähmt und damit zugrunde gerichtet werden. An sich ist das Leiden weder gut noch böse. Es wird erst durch uns zu einem Fluch oder Segen. Durch Tragen ist das härteste Schicksal zu überwinden. Und den Mut und die Kraft zu einem männlichen Tragen gewinnen wir aus dem Glauben an einen liebenden Gott, der uns nichts zukommen läßt, das uns nicht zum Besten dienen kann. Da sehen wir, wie das Leiden erst durch einen lebendigen Glauben zu dem «schnellsten Rosse wird, das uns zur Vollkommenheit trägt» (Eckhardt).

Zugleich wird uns die ungeheure Bedeutung des Religionsunterrichtes bewußt, von dem erst die Kräfte ausgehen, die die Opfergesinnung tragen und lebendig erhalten werden.

Da aber alles Leben sich nur am Lebendigen entfacht und das Religiöse erst das eigentliche Leben des Menschen ist, so bedarf gerade dieser Unterricht eines lebendigen Lehrers. Nichts wirkt so ertötend, wie wenn hier intellektualistisch und dogmatisch gelehrt und blödsinnig memoriert wird. Tausendmal besser kein Religionsunterricht als ein solcher. Wie in den primitiven Religionen mit Worten, Sprüchen und

Formeln «gebannt» wird, so wird das Leben mit Liederversen und Bibelsprüchen, die bloß Wortschall bleiben, ertötet.

Daß auch der Geschichtsunterricht umgestaltet werden muß, sahen wir bereits. Es ist dies keine leichte Sache, weil der neue Unterricht das braucht, was die Chronik- und Geschichtsschreiber gewöhnlich nicht beachten, die Opfer, die im Stillen gebracht werden. Die sind so verborgen wie das Fadengeflecht — das Myzelium — der Pilze, das dennoch die eigentliche Pflanze ist. Wir müssen meist aus dem, was in die Erscheinung tritt, auf dieses verborgene, bestimmende Leben schließen.

Treffen wir auf ein solch tüchtiges Volk, wie die Römer waren, so dürfen wir auf große sittliche Kräfte schließen. Daß die in diesem vor dem Höhepunkt ihres Reiches vorhanden waren, zeigt uns in herrlicher Weise Salust in seiner Vorrede zur Verschwörung Catilinas, die ich jedem zum Lesen empfehlen möchte (Reclam Nr. 889). Den Schlüssel zur amerikanischen Geschichte bilden die Opfer all der Ansiedler, die um ihres Glaubens willen in der neuen Welt eine Heimat suchten. Und der Aufstieg Deutschlands vor hundert Jahren ist nur zu begreifen, wenn wir die Opferwilligkeit, die damals dort herrschte, und die mich staunen macht, genügend kennen und würdigen.

Lösung der sozialen Frage

Wie bald wäre die soziale Frage gelöst, wenn die einfache Grundwahrheit der Welt verstanden würde. Wie herrlich, wenn der Kapitalist einsehen könnte, daß er nur dadurch wahrhaft lebt, daß er sich opfert, daß seine Geldmittel erst dadurch Ewigkeitswert für ihn bekommen, wenn er sie als Opfermittel braucht. Welchen Segen würden da seine Kinder erben! Und welche Befreiung würde er selbst erleben! Dann würde ihn sein Geld nicht mehr morden können, was es sonst unfehlbar tut.

Ich bin überzeugt, daß dann der Arbeiter auch wieder lieber seine Pflicht tun würde. Der Opfersinn seines Vorgesetzten würde auch ihn ergreifen. Frei und bewußt finge er an, seine Arbeit zu verrichten. Als eine Opfertat würde er sie ansehen und so innerlich durch seine Arbeit reich werden. Welch herrliches Verhältnis könnte dabei zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen. Die Schranken zwischen ihnen würden fallen und sie verständen sich wieder.

Das ist doch das Wunderbarste in unserer Welt, daß das, was zu unserem Besten dient, auch die Menschheitsentwicklung fördert. So ist der Streit zwischen Individualismus und Sozialismus ein Wortstreit und bloß dazu angetan, Menschen, die einander nahe stehen, zu entzweien. Wer wahrhaft für sich sorgt, fördert damit auch seine Mitmenschen, denn er kann sich nur dienen, indem er sich opfert und so seinen Mitmenschen dient. Und wer wahrhaft soziale Arbeit leistet, findet durch diese sich aufopfernde Tätigkeit sich selbst.

Aenderung der Verhältnisse

Wie einfach doch im Grunde die Wahrheit ist! Aber viele werden den Kopf schütteln und sagen: «Dein Weg geht zu langsam und führt für die Gesamtheit nie ans Ziel. Die Verhältnisse müssen geändert werden, dann kommt's besser.» Eine kleine Ueberlegung mag uns zeigen, wie oberflächlich dieser Einwand ist. Die Art, wie sich die Menschen verhalten, bilden diese Verhältnisse. Weil sich in den einzelnen Epochen die überwiegende Mehrzahl der Leute ähnlich verhält, entsteht eben ein Gesamtverhalten, entstehen die sogenannten Verhältnisse, die alles zu beherrschen scheinen, die den Zeitgeist bestimmen und denen heute alles in die Schuhe geschoben wird, als ob sie etwas Selbständiges, von uns Unabhängiges, ja uns sogar ganz Bestimmendes wären. Müssen sich die Verhältnisse ändern, so muß zunächst unser Verhalten ein anderes werden und dies setzt eine Aenderung der Gesinnung voraus. Damit diese kommt, müssen einzelne vorausgehen, den Weg bahnen und die Idee fest begründen. Nein, es soll mir niemand einwenden, der hier gezeigte Weg führe zu langsam zum Ziele. Es ist nicht nur der schnellste, sondern der einzige, der dazu führt; denn er ist der Weg des Lebens. Man möchte doch einmal ein bißchen über die Wirkung von Menschen nachdenken, die sich wirklich aufopferten. Man denke an Paulus, Augustin, Franz von Assisi usw. Wie gewaltig ist doch der Einfluß dieser Menschen. Reicht er nicht bis in unsere Zeit? Ich behaupte, daß die Wirkung eines Sich-Opfernden unbegrenzt ist. Du entgegnest mir, aber diese Leute hätten doch die Welt nicht umgestalten können. O, denke, wieviel tausend Menschen vom Segen einer solchen Größe leben und ihn so zum Fluche umgestalten, statt ihn zu vergrößern. Ja, dieser Weg würde schnell zum Ziel führen, er sollte nur von vielen begangen werden.

Ich weiß schon, warum man ihn nicht gehen will. Man sucht Ehre. Man will etwas leisten, das gesehen wird und Anerkennung findet. Viele streben nach Macht, dieser gefährlichsten Genußform. Sie bieten deshalb den Menschen das, wodurch man sie beherrschen kann. Sie wollen den Magen befriedigen und der Eitelkeit frönen. Man erkennt diese falschen Reformatoren leicht; sie verlangen von andern große Opfer, ohne sich selbst zu opfern. Der Weg des Lebens ist eben der Weg der Selbstverleugnung. Und dann ist's vor allem die Sorge, die uns hindert, den Weg des Opfers zu gehen. Sie ist das erste Kind des Unglaubens. Sobald der Glaube an unsern uns liebenden Vater im Himmel größer ist, als der Glaube an die nächstliegenden, sichtbaren Dinge, so ist die Macht der Sorge gebrochen.

Zweierlei Opfer

Ich habe bis jetzt so allgemein vom Opfer gesprochen. Mit Recht wendet man mir ein, daß längst nicht alle Opfer aufbauend wirken.

Die Dirne opfert sich auch und tut damit sicher nichts Gutes. Die vielen, die ihre Gesundheit und ihren Geist dem Spiele oder Sporte opfern, helfen der Welt auch nicht. Ja, man kann sagen, daß schließlich jeder Mensch zum Opfer wird. Der eine sucht Genuß. Er findet ihn, kommt aber ganz in seine Macht. Ein anderer trachtet nach Geld und unvermerkt wird er sein Diener. Ein dritter sucht Ansehen. Er dient den Menschen, um ihr Ansehen, ihre Achtung zu gewinnen. Dabei wird er ihr Sklave, wie es heute soviele Parteiführer sind. So entsteht überall Unfreiheit und durch diese wird sein Innerstes etwas Fremdem zum Opfer gebracht. Das wirkt natürlich nicht weltfördernd. Alle Mächte, die sich in dieser Weise den Menschen zu ihrem Diener machen, entstammen einer Welt, über die wir hinauswachsen sollen. Und alle Opfer dieser Art bauen und stärken natürlich die niedere Welt und ihr werden unendlich mehr Opfer gebracht als der guten; darum hat sie ihre gewaltige Macht.

Was die Welt fördern, was sie emporheben kann, muß ihr überlegen sein. Die Macht, welche das ist, nennen wir Gott. Das wahre Opfer besteht nun darin, daß wir uns Gott hingeben. Soweit ich wahrhaft religiöse Menschen kennen lernte, fand ich immer das eine übereinstimmende Erlebnis: Sie kamen auf einen Punkt, wo sie sich sagen mußten: So, ich bin am Ende meiner Kraft oder Weisheit, ich brauche etwas, das mehr ist als ich. Es ist dies der Zustand, von dem Jesus sagte: «Selig sind die, die geistig arm sind; denn ihrer ist das Himmelreich.» So gaben sie sich hin, ließen also Gott durch sich wirken.

Das wahre Opfer

Das wahre Opfer ist die bewußte Hingabe eines Menschen an Gott. Durch diese ist der Weg offen, daß Gottesgeist in ihn hineinströmen und so auf Erden wohnhaft werden kann. Durch das Opfer wird damit der Mensch Schöpfer, ein göttliches Wesen. Die Ausstrahlung dieses innewohnenden Göttlichen ist die Liebe. Ohne Opfer gibt es keine selbstlose Liebe. Diese ist gleichsam der Duft des Opfers. Die Harmonie, die durch die Befolgung des Grundgesetzes der Welt entsteht, ist jener Friede, den einem das, was man so Welt nennt, nicht geben kann.

Es ist uns nun klar, daß das eigentliche, das wahre Opfer nicht einfach darin besteht, daß man ein bißchen «Gutes» tut oder bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung mithilft. Ja, ich glaube, daß der heutige Wohltätigkeitsdusel zum großen Teil ein Sich-selbst-Genießen ist und darum wenig Wert hat. Es ist auch mehr als ein Arbeiten für andere, wiewohl das alles Opfertaten sein können, wenn die richtige Gesinnung dahinter steht. Das große, bewußte Opfer besteht darin, daß man sich von Gott als Werkzeug brauchen läßt. Das Schwerste, das ich kenne, ist das Stillehalten vor Gott. Das verhält sich zur Arbeit, wie sich diese zum Spiel verhält. Für die, welche dieses Stillehalten lernten, ist Arbeit Spiel

geworden. Gutes tun, Arbeit für andere ist für sie Wonne. Vor nichts aber fürchtet man sich so wie vor diesem Stillehalten. Wieviel Arbeit, wieviel Gutestun, wieviel Genußsucht ist Flucht vor ihm, ist Flucht vor Gott.

Um aber den großen Opferweg, also Gottes Weg gehen zu können, muß man ein unbedingtes Vertrauen zu ihm haben. Man muß überzeugt sein, daß er nur das Beste des Menschen will. Gott erscheint uns oft furchtbar hart und es wird uns schwer, an seine Liebe zu glauben. Halten wir aber aus, so erfahren wir, wie diese frei und groß macht. Seine Wege sind keine ausgetretenen Bahnen. Sie führen in Neuland. Wie oft hat man Richtungen einzuschlagen, die einem unklar, ja unbegreiflich sind. Wie oft meint man, gelernt zu haben, wie man zu gehen, sich zu verhalten habe; aber schon die nächste Prüfung ist so anderer Art, daß man sich nur schwer zurechtfindet. Da merkt man, daß sich das Leben nicht wiederholt und daß ein jeder seinen besondern Weg zu gehen hat, bei dem es immer wieder heißt: Nicht mein, sondern dein Wille geschehe. Dies ist wohl das einzige Merkmal, an dem man die sich bewußt Opfernden erkennt. Es ist der Ausdruck der tiefsten Opferwilligkeit. Merkwürdig aber ist, wie man bei diesem Sich-Opfern das Gefühl bekommt, als fände man sich selbst. So bedeutet das Opfer ein Auferstehen, ein Finden seiner selbst.

Die alten Völker fühlten die große Bedeutung des Opfers. Nicht umsonst wurde überall geopfert. Unsere Aufgabe ist es nun, klar seine Bedeutung zu erkennen und bewußt den Opferweg zu gehen. Tun wir es, so wird man bald statt des «Unterganges» vom «Aufstieg des Abendlandes» reden können. *Arnold Lüscher*

Arnold Lüscher †

Am 7. Mai ist Arnold Lüscher nach schwerer Krankheit im 62. Altersjahr in die Ewigkeit hinübergegangen. Er war ein treuer Leser und gelegentlicher Mitarbeiter der «Neuen Wege», ein nie wankender Gesinnungsfreund. — Im Herbst 1913 wurde er an die Primarschule Dänikon-Hüttikon gewählt. Als begnadeter Lehrer sich mit allen pädagogischen Fragen intensiv beschäftigend, suchte er seine Schüler zu geistig lebendigen und wahrhaft christlichen Menschen zu erziehen. Ein Kollege nannte ihn mit Recht das pädagogische Gewissen des Schulkapitels. Als Leiter der pädagogischen Arbeitsgemeinschaft und durch viele Referate und Artikel suchte er auch die Kollegen für seine hohen Ziele zu begeistern. Seit dem Bestehen des kantonalen Oberseminars führte er, zusammen mit seiner Kollegin, Fräulein Hedwig Staub, viele Praktikanten in geschickter, verständnisvoller Art in den Schuldienst

ein. Mit Fräulein Staub lebte er 35 Jahre lang in gemeinsamem Haushalt in dem einsamen, mitten zwischen den beiden Dörfern stehenden Schulhaus, dessen hohe Pappeln schon von weitem grüßen. Die beiden waren in tiefster Gesinnungsgemeinschaft miteinander verbunden, und die treue, hingebende Freundin ist aus dem reichen Lebenswerk nicht wegzudenken.

40 Jahre lang hat Arnold Lüscher seiner Landschule die Treue gehalten. In seltener Treue stellte sich seine Gemeinde aber auch hinter ihn, als er als Bürger andere und ungewohnte Wege ging, aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigerte und eine Gefängnisstrafe absitzen mußte. — Als wahrer Jünger Pestalozzis hat er sich ebensosehr auch mit der Bildung der Erwachsenen und des ganzen Volkes aufs tiefste beschäftigt. Er empfing stärkste Anregungen von Leo Tolstoj und von Leonhard Ragaz. Die Betätigung in der Friedensbewegung war ihm innerstes Bedürfnis. Wenn er sich auch nicht direkt am politischen Leben beteiligte, so suchte er doch unablässig durch Referate, Artikel, Schriften oder auch in der Volkshochschule (zum Beispiel in Langenthal) im Sinne der religiös-sozialen Bewegung zu wirken. 1924 erschien in den «Neuen Wegen» der Artikel «Der Weg zum Leben», eine tiefgründige Betrachtung über den Opfergedanken. «Das große, bewußte Opfer besteht darin, daß man sich von Gott als Werkzeug brauchen läßt», schrieb er damals. Dies war der Weg von Arnold Lüscher. Erkennen, Reden und Tun waren bei ihm eins. Persönlich überaus anspruchslos, war er stets zu opferfreudiger Hilfe an Bedürftige bereit. Er ließ sich nicht dadurch beirren, daß seine Güte gelegentlich auch von Unwürdigen mißbraucht wurde. — Großes Interesse brachte er der bildenden Kunst entgegen, und manchem Künstler hat er durch Ankauf eines Gemäldes die materielle Lage zu erleichtern gesucht. — Neben pädagogischen Abhandlungen, zum Beispiel «Evangelische Schulreform» oder «Das dialogische Verhalten», beschäftigte Arnold Lüscher vor allem auch eine lebendige und fruchtbare Betrachtung der Geschichte. Für einen gläubigen Christen mußte doch das Walten und Wirken Gottes auch in der Geschichte der Völker sichtbar werden. Er schrieb die Broschüre «Die christliche Sendung der Schweiz», und im Juli/August-Heft der «Neuen Wege» erschien letztes Jahr «Eine christliche Auffassung über die Entstehung und das Wesen der Eidgenossenschaft». Seit 1941 gab er die «Eidgenössischen Blätter» heraus und suchte damit auf weitere Kreise einzuwirken.

Durch weite Studienreisen im Ausland (zum Beispiel in Griechenland, Ägypten und Palästina) wollte er vor allem auch mit Menschen anderer Länder in lebendige Beziehung treten. Einem weiten Bekannten- und Freundeskreis in der engeren Heimat gab er immer wieder Anregung und Ermutigung. Mochten auch viele über seinen Weg und seine Gedanken den Kopf schütteln, sie als zu ideal für diese Welt oder gar als Ärgernis erregend empfinden — Professor Nigg bezeichnete

ihn in seiner tiefgründigen Abdankungsrede als einen «Narren in Christo» —, so machte sicher allen die bei ihm auffallende Übereinstimmung von Lehre und Leben großen Eindruck. Auf die Ehe hatte er bewußt verzichtet, um ungehemmter in der Nachfolge Christi leben zu können. Als mutig, wenn auch in aller Schwachheit Kämpfender ist Arnold Lüscher mit Aufbietung seiner ganzen Energie diesen Weg gegangen, uns durch sein Beispiel ermutigend und oft beschämend. Er hat in seiner Bescheidenheit und Demut und noch mehr in Zeiten tiefer Niedergeschlagenheit über die Fruchtlosigkeit alles Tuns und Lassens wohl kaum geahnt, welche Wirkung von ihm ausging. Die außergewöhnlich zahlreiche Beteiligung von verschiedensten Menschen aus nah und fern anläßlich der Kremation in Zürich und der Gedenkfeier in der Kirche Dällikon hat gezeigt, daß dieses opfervolle und kampfreiche Leben in vielen Herzen tiefe Spuren hinterlassen hat.

Otto Herrmann

Dem Gedächtnis von Pfr. Arnold Bovet, dem Freund der Trinkerwelt*

Am 11. Mai jährte sich zum 50. Male der Todestag dieses großen Vorkämpfers gegen den Volksfeind Trunksucht. Durch langjähriges körperliches Leiden gereift und durch den Dienst der geistesmächtigen Dorothea Trudel in Männedorf gesund geworden, war er das rechte Werkzeug, das Gott zu diesem Rettungswerk gebrauchen konnte. Zuerst als Pfarrer in Sonvilier im St.-Immer-Tal, dann seit 1875 an der Freien Gemeinde in Bern, drängte die Not der Scharen von alkoholgebundenen Menschen und ihrer Familien sich ihm unabweisbar auf. Bis tief in kirchliche Kreise hinein galt es damals als unumstößliche Wahrheit, daß es für Menschen, die einmal mit Leib und Seele der Trunksucht verfallen sind, keine Befreiung von ihren Ketten mehr gebe. Aber wie Louis Lucien Rochat in Genf, so wurde es auch Arnold Bovet zur Gewißheit: Unmöglich, daß der Herr Christus, den Gott uns gegeben hat als Erlöser von allen Verderbensmächten, vor diesem Feinde kapitulieren sollte! Sein Glaube hat recht behalten. Mächtig waren freilich die Widerstände. Der altböse Feind zeigte sich grimmig entschlossen, eine solche Hauptposition seiner Herrschaft nicht leichten Kaufes preiszugeben. In die Spenglerwerkstätte an einer Hintergasse, wo der kleine Verein sich versammelte, kam manch einer mit verbundenem Auge und Beulen am

* Wir hoffen, über das Thema «Alkohol» nächstens einen Beitrag bringen zu können.

Kopf, mehr als einmal klirrten die Scheiben von hereinfliegenden Steinen. Aber die gute Sache wurde nicht erschlagen unter Steinen und nicht erstickt unter Spott. Bovet, unterstützt von seiner hochgesinnten Gattin, war ein Genie der Liebe; Liebe zu den Verlorenen und Zertretenen war sozusagen das Zentralfeuer seines Wesens. Sie ließ ihn glauben, hoffen, dulden, wo andere es längst aufgegeben hatten. Fast durch einen Zufall kam die junge, mutig sich ausbreitende Bewegung zu ihrem Namen. Auf einer eidgenössischen Tagung in Neuenburg äußerte einer der Teilnehmer zu Pfarrer Bovet: Wie das Rote Kreuz sich der Opfer des Schlachtfeldes annimmt, so bildet ihr ein Feldlazarett für die Opfer der Trunksucht. Durch dieses Gespräch entstand neben dem Roten das Blaue Kreuz. Bovet war ihm ein begeisternder Führer, dazu ein trefflicher Organisator. Unermüdlich trug er die Fackel der Bewegung durch Wort und Schrift, durch Reisen und Vorträge in andere Gegenden unseres Landes und über seine Grenzen hinaus. Hatte er einmal einen Mann ins Auge gefaßt, der ihm als Mitarbeiter tauglich schien, dann mochte der eine Menge von Bedenken und Einwänden erheben, aber fast jedesmal mußte sein Widerstand vor Bovets ungestümem Liebeswerben kapitulieren. Und welche jubelnde Freude war es jedesmal, wenn wieder ein armer Gebundener, von den Leuten verachtet und sich selber verächtlich, mit zitternder Hand das Enthaltsamkeitsgelübde unterschrieb, Befreiung aus dem Jammer von Trinkleidenschaft und Sünde erlebte und dann die Befreiung durch Christus auch andern bezeugen und anpreisen durfte! Das wachsende Werk schuf sich einen festen organisatorischen Rahmen. Aus den kantonalen Verbänden wuchs es heran zum schweizerischen und internationalen Verbande. Den Stammvereinen gliederten sich blühende Jugendwerke an. Fürsorgestellen, Heilstätten für alkoholkranke Männer und Frauen, Kaffeehallen, Arbeitersäle, Musikkorps, eine ausgedehnte Literatur wurden geschaffen. Aber Hauptsache blieb für Bovet stets die Rettung des einzelnen Menschen durch Evangelium und Abstinenz. — Müde und krank kehrte er im Frühling 1903 vom Internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus aus Bremen zurück, und dann hat eine rasch verlaufende Lungenentzündung sein Leben dahingerafft. Scharen zogen an seinem Sarge vorbei, manche laut weinend. Lange blickte das Kind eines geretteten Trinkers in das stille Totenantlitz. Eine endlose Schar trauernder Menschen gab das Geleite vom Münster zum Friedhof. Weithin im Lande spürte man: Hier hat Gott sich wieder einmal einen Mann auserwählt zu einem besonderen Werk und einen Strom von Segen von seinem Wirken ausgehen lassen. Dieser Segen wirkt weiter bis in unsere Tage. *S. Oe.*

Die geistigen Grundlagen des Friedens

Kein Friede ohne Freiheit

Es ist selbstverständlich, daß der Friede, der auf die Weltkatastrophe folgen und eine weitere dieser Art verhindern soll, nicht möglich ist ohne eine tiefgreifende geistige Umwandlung der Menschen. Man könnte sich freilich eine Art von Friedensordnung denken, welche auf der Grundlage der Gewalt durch eine Diktatur den Völkern auferlegt würde, etwa nach dem Beispiel der Pax Romana*, die jahrhundertelang den Völkern um das Mittelmeer herum eine gewisse Ruhe und Ordnung sicherte. Aber diese Ruhe und Ordnung beruhte auf der Voraussetzung der Unfreiheit all dieser Völker außer dem herrschenden einen, das selbst auch zu einer Diktatur entartet war. Immerhin war diese Pax Romana doch mit einer klassisch gewordenen Rechtsordnung wenigstens für das private Leben, dazu mit gewissen sittlichen und religiösen Voraussetzungen verbunden, welche dem Völkerleben, wie der ganzen Gesellschaft, eine Grundlage und den Elementen des menschlichen Lebens doch eine gewisse Heiligkeit und Unantastbarkeit verliehen. Heute aber stehen wir vor dem durch den Nihilismus geschaffenen Chaos, worin mit allen Grundlagen der Menschlichkeit sich auch das Recht völlig aufgelöst hat. Dieses Chaos durch Gewalt zu bändigen, dürfte sich als unmöglich erweisen. Jedenfalls wäre der dadurch geschaffene Zustand nicht wert, Friede zu heißen, es gälte von ihm vielmehr das Wort, das schon über jene Pax Romana gesagt worden ist: «Solitudinem faciunt, pacem appellant — sie schaffen eine Öde und nennen es Frieden.» Der Friede, den wir meinen, ist eine Sache des Geistes, nicht der bloßen Ordnung. Er ist eine Sache des heiligen Rechts, nicht des bloßen Zwanges. Er ist ein Ausdruck echter Menschlichkeit, nicht bloß die zeitweilige Ruhe einer Menagerie. Der Friede, den wir meinen, ist darum nicht möglich ohne Freiheit. Er kann nicht ein Name für die vollendete Sklaverei einer Gleichschaltung sein, nicht bloß die Aufschrift über ein weltweites Konzentrationslager. Der Friede, den wir allein meinen können, ist darum nicht möglich ohne eine Wiederherstellung der geistigen Werte.

Das Fundament des Friedens

Es ist eine Reihe von solchen geistigen Werten, ohne die Friede nicht sein kann. Sie fassen sich in einen Grundwert zusammen: die Heiligkeit des Menschen, die sich in dem unbedingten Wert der menschlichen Persönlichkeit ausdrückt. Über dieser aber muß ein aus der Unbedingtheit und Unendlichkeit stammendes heiliges Recht walten. Durch

* Pax Romana heißt: Römischer Friede.

dieses Recht wird der Mensch nach Leib und Seele unantastbar. Dieses Recht ist, weil aus dem Heiligen und Unbedingten stammend, von Ehrfurcht umgeben. Das bedeutet auch Freiheit — hier liegt deren tiefste Wurzel. Das «Du sollst nicht töten» ist eine wesentliche Forderung, die sich aus diesem heiligen Recht ergibt. Ohne die ehrfürchtige Scheu vor der Heiligkeit und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens gibt es keinen tief wurzelnden Frieden. Das ist der Eckstein aller Friedensordnung und Friedensschaffung: Der Friede ruht auf der Anerkennung des heiligen Rechts, das über uns ist.

Und nicht nur über den Einzelnen, sondern auch über den Völkern. Auch über ihnen waltet ein heiliges Recht, über den kleinen so gut wie über den großen, über den schwachen so gut wie über den starken, ja erst recht über den kleinen und schwachen; denn das Recht ist nach seinem tiefsten Sinn der Schutz der Kleinen und Schwachen. Aus dieser Voraussetzung allein entsteht ein Völkerrecht, das diesen Namen verdient und sich als höchste Sicherheit über die Völker breitet. Nur in dem Maße, als die starke Empfindung dieses heiligen Rechts zu der Atmosphäre wird, worin die Völkerwelt lebt, wird die Forderung «Du sollst nicht töten» auch den Völkern gegenüber gültig, und zwar auch im geistigen Sinne, werden die Unantastbarkeit und der berechtigte Anspruch jedes Volkes auf Freiheit und Leben (der sich sehr von dem unterscheidet, was man heute «Lebensraum» nennt!) zur Selbstverständlichkeit und der Völkerfriede zur beglückenden Wirklichkeit.

Darf wohl noch besonders betont werden, daß diese geistigen Werte, auf denen ein Friede ruhen muß, der diesen Namen verdient, selbst schließlich auf einen Grundwert zurückgehen, auf eine ewige, unbedingte und heilige Welt der Wahrheit hinweisen, die ihnen ihre eigene Unbedingtheit und Heiligkeit verleiht? Wir dürfen heute wohl im Namen nicht nur aller tiefsten, sondern auch aller freiesten Geister reden, wenn wir erklären, daß aller echte Menschenfriede auf dem Gottesfrieden ruht: auf einer Welt der Wahrheit und Heiligkeit, aus der das heilige Recht des Einzelnen und der Völker strömt, die das wahrhaft menschliche Wesen im tiefsten begründet und es mit Heiligkeit und Ehrfurcht umgibt.

Die Wiedergewinnung dieser Welt des Geistes muß darum das Herzstück des Kampfes um den Frieden sein. Der totale Krieg, der die Menschenwelt in eine Hölle verwandelt, ist eine Frucht der totalen Zerstörung dieser Welt, wie sie sich in einzelnen Völkern besonders auswirkt, aber überall mehr oder weniger eingetreten ist. Es hat sich infolge schwerer geschichtlicher Irrwege des Geistes und verhängnisvollen Abkommens von den Quellen der Wahrheit ein Naturalismus entfaltet, der zuletzt zu jenem Nihilismus wurde, vor dem schon einem Dostojewskij, wie einem Nietzsche, so bange gewesen ist.

Diese Entwicklung begann, wenn wir uns vorwiegend an ihre politische Linie halten wollen, in der neueren Zeit mit einem Machiavelli und einem Hobbes (von dem das Wort stammt: «Homo homini lupus» — der Mensch in dem Menschen ein Wolf, wie auch die Bezeichnung der menschlichen Gesellschaft als eines «bellum omnium contra omnes» — eines Krieges aller gegen alle) und stellte sich dar als eine Loslösung der Politik von jeder sittlichen Bindung, besonders von der bisher als selbstverständlich geltenden, wenn auch keineswegs immer praktisch verwirklichten Bindung an die Normen des Christentums. Sie wurde abgelöst durch die auf eine sublime geistige Spekulation begründete Erhebung des Staates zur irdischen Gottheit bei einem Hegel. Darauf folgte wieder eine Periode des Naturalismus. Aus dem, übrigens gegen den Sinn seines Begründers verstandenen, Darwinismus stammte das Wort vom «Kampf ums Dasein» als der Grundordnung alles Lebens. Es wurde mehr oder weniger bewußt, da und dort (wie zum Beispiel bei Bismarck) mit aus der Welt der Religion, besonders aus dem Luthertum, stammenden Motiven (es ist besonders an die theologische Losung von der «Eigengesetzlichkeit» der politischen und sozialen Dinge zu denken) verbunden, die Grundlage der sogenannten Realpolitik, machte diese gleichsam zu einer Forderung der Weltordnung und verlieh ihr eine Art von verkehrter Heiligkeit. In Verbindung damit wurde der sogenannten naturwissenschaftlichen Weltanschauung der Begriff einer «Gesetzlichkeit» nicht nur aller physischen, sondern auch aller sozialen, ja sogar aller geistig-menschlichen Vorgänge entnommen, die man mechanisch und fatalistisch deutete, so daß sie auch zu einer Rechtfertigung der Gewalt und Gewaltpolitik nach innen und außen wurde. Die Freiheit, ohne die es auch kein wirkliches Recht, keine wirkliche Einheit, keine wirkliche Ordnung und darum auch keinen wirklichen Frieden gibt, fand in einer solchen Welt keinen Platz.

Endlich nahm man, als diese Motive von der Philosophie und Wissenschaft her ihren Glanz etwas verloren hatten, mehr oder weniger mißverstandene Losungen Nietzsches auf, vor allem die vom «Jenseits von Gut und Böse», «vom Willen zur Macht» und von der «blonden Bestie», durch einen Schimmer vom «Übermenschen» her verklärt. Auch der im tiefsten Grunde antinaturalistischen Philosophie Bergsons entlehnte man, sie mißdeutend und mißbrauchend, ein Motiv: das des «Lebens», das sich schrankenlos, bloß nach seinem eigenen Gesetz, das wieder zur Gewalt wird, austobt. Der Begriff des «Lebensraumes» hängt damit zusammen. Der Naturalismus aber erhob in neuer Gestalt sein Haupt als Lehre von «Blut und Boden» und als Rassetheorie. Und endlich wurde eine Philosophie des Nichts und des Todes, wie sie besonders in Deutschland verkündet wird, zur Wegbereiterin des Höllenchaos, das in dem neuen Weltkrieg ausgebrochen ist.

Durch diese Entwicklung, auf die hier bloß hingedeutet werden konnte, wurde der Mensch zuerst theoretisch und nun auch sehr praktisch zu einem Raubtier (das ist bekanntlich Oswald Spenglers auf geistlose Weise von Nietzsche übernommene Losung), besser: zu einem Teufel (denn wir wollen den Raubtieren nicht unrecht tun) oder auch, was man fast noch schlimmer finden kann, zum Material für einen Moloch, der ungeheuer sich aus dem Chaos und Nichts erhebt und ihn zum Opfer fordert. Denn an Stelle des verlorenen heiligen und lebendigen Gottes, der den *Menschen* und sein Recht ersetzt, erheben sich *Götter*, die rasch zu *Götzen* entarten; an Stelle der *echten* Absolutheit der geistigen und sittlichen Werte treten die falschen Absolutheiten, die das Chaos bändigen sollen und doch selbst nur Ausgeburten des Chaos sind. Der Mensch wird von dem absoluten Staat, dem absoluten Volk, der absoluten Gesellschaft aufgesogen und verzehrt. Menschliche Freiheit und Würde, menschlicher Eigenwert, menschliches Recht, der unbedingte Wert der Persönlichkeit werden ein Hohn für Kinder, der Gottesmensch des Evangeliums wird, wie Kierkegaards und Vinets Einzelner, zum Phantom und Nietzsches Übermensch, wie gesagt, zur «blonden Bestie». Das heilige Recht des Einzelnen wie der Völker versinkt in dem Meer von Blut und Tränen, das die gottlose und menschenmordende Gewalt erzeugt.

Hier muß, wenn die Welt nicht verloren sein soll, die völlige *Umkehr* einsetzen: die Wiedergewinnung des Geistes und der geistigen Werte mit all ihren Voraussetzungen und Folgerungen. Das ist die fundamentale Vorbedingung und auch die wichtigste Form allen Friedenskampfes und aller Friedensarbeit.

Wie aber ist diese Wiedergewinnung der allein tragfähigen Grundlage des Friedens möglich? Wir antworten zunächst bloß: Durch eine tiefe *Besinnung* — eine Besinnung, wie sie die Not unserer Tage gebieterisch verlangt; durch eine zu den Quellen dieser Not wie zu denen der Rettung vordringende Erkenntnis der Wahrheit. Darauf hinzuweisen, darauf hinzuarbeiten, muß Kern und Stern alles Ringens um den Frieden werden.

Das einigende Band

Es ist uns das geistige Fundament verlorengegangen, auf dem allein eine Freiheitswelt aufgebaut werden kann. Dieses Fundament muß wieder gewonnen werden. Wir haben es nicht zu *legen*, sondern bloß zu *entdecken*.

Dazu gesellt sich ein zweites, ebenso wesentliches Moment. Es hängt damit zusammen und bedeutet nur seine Ergänzung: es ist uns jene geistige *Einheit*, die allein die Welt im Frieden zusammenfassen kann, verlorengegangen, und sie muß wieder gefunden werden.

Bevor wir dieses Problem darstellen und seine Lösung versuchen

wollen, müssen wir zunächst uns noch einmal darauf besinnen, was denn der Friede ist, worin er besteht und worin seine Zerstörung.

Friede, können wir sagen, ist da, *wo die rechte Ordnung der Dinge ist*. Freilich ist zu wiederholen: nicht bloß die äußere Ordnung, wie zur Not die Gewalt aufstellen kann, sondern die *innere* Ordnung der Dinge, die Ordnung nach ihrem göttlichen Sinn, sagen wir: nach dem heiligen Recht, das in ihnen und über ihnen ist.

Wir dürfen in diesem Sinne wohl sagen: Friede ist, wo die Dinge *recht* sind. Wo sie recht sind, da sind sie auch in der rechten Ordnung. Die rechte Ordnung aber ist der Friede. Zum Frieden gehört also auch eine rechte politische und soziale Ordnung. Aber es gehört dazu auch eine rechte sittliche Ordnung, die aus einer rechten geistigen Ordnung, im tieferen Sinne des Wortes, fließt. Der Friede muß total sein, nur so wird er den Krieg überwinden, der im totalen Kriege gipfelt.

Diese Ordnung wird, wie in den drei ersten Teilen dieses Programmes gezeigt worden ist, zerstört durch politische und soziale Zustände, welche nicht recht sind, welche auf Unrecht und Gewalt, auf Mißachtung der Menschen, auf Ausbeutung und Versklavung und daneben auch Verkennung und Verleugnung aller politischen und sozialen Wahrheit beruhen. Aber sie wird auch dadurch zerstört — und diese Zerstörung ist der tiefste Grund von allen andern —, daß die oberste Ordnung der Dinge umgekehrt wird. Die oberste Ordnung der Dinge ist, daß der *Geist* herrscht und die Natur *dient*. Soweit dies der Fall ist, entsteht Friede; denn dieser Geist schafft Sinn und heiliges Recht. Wo aber diese Ordnung umgekehrt wird, da entsteht das Chaos der Gewalt und des Nichts und damit der Krieg, sein furchtbarer Sohn.

Hier möchten wir mit der Fortführung unserer Untersuchung der letzten Gründe unserer Not und unserer Rettung einsetzen.

Die Auflösung der Welt in das Chaos hat nur stattfinden können, weil das einigende Band weggefallen ist, das die Welt zusammengehalten hat.

Wie ist das geschehen?

Ein solches einigendes Band war einst vorhanden. Es war der *christliche* Gedanke, der im Mittelalter das Abendland zur Einheit zusammenfaßte, indem er es in das Sacerdotium, das geistliche Reich, und das Regnum, das weltliche Reich, gliederte, und zwar so, daß das weltliche grundsätzlich dem geistlichen untergeordnet war, auch wenn über die Art, wie das zu geschehen habe, gewaltiger Streit entbrannte; denn auch dieser Streit fand innerhalb der Einheit statt. Auch nachdem die kirchliche Einheit des Abendlandes zerbrochen war, galt immer noch das gemeinsame christliche Bekenntnis. Nachdem auch dieses durch die sogenannte Aufklärung und die ihr folgenden Entwicklungen problematisch geworden war, wurde doch das Ideal der *Humanität* noch allgemein anerkannt, wenn auch, was ja auch von den früheren Perio-

den gilt, nicht immer in der Praxis, so doch im Prinzip. Auf diesem Boden war immer noch ein Völkerrecht möglich. Man konnte es theoretisch auf ein sogenanntes Naturrecht gründen, das selbst in dem Glauben an ein von Gott gesetztes heiliges Recht wurzelte. Dieses einigende Band schaffte eine Ordnung und damit einen Frieden. Wenn dieser auch immer wieder durch Krieg zerstört wurde, so artete derselbe doch nicht in den totalen Krieg aus, in den Raubtierkrieg, den Vernichtungskrieg des Nihilismus. Es hielt die Welt doch im heiligen Recht zusammen.

Nun ist dieses Band völlig aufgelöst. Auch hier wäre eine lange Entwicklung darzustellen, die jener andern zum Chaos führenden parallel ging. Zuerst lösten sich aus dem Verband der Christenheit die einzelnen Nationen los und machten sich selbständig: aber sie anerkannten doch noch eine gemeinsame Norm, sei's im christlichen, sei's im humanen Ideal. Sie anerkannten jenes gottgegebene, im sogenannten Naturrecht ruhende Völkerrecht. Aber in dem Maße, als jene geschilderte Entwicklung fortschritt, welche zur Auflösung der geistigen Werte führte und im Chaos endete, vollzog sich auch die Auflösung der *Gemeinschaft*, und zwar der Gemeinschaft der Völker untereinander wie der Gemeinschaft innerhalb der Völker selbst. Wenn diese Entwicklung ihr Ziel erreicht hat, dann ist wieder das Chaos da. Nun gilt bloß noch die unerlöste *Natur*. Diese aber ist das Chaos. Wenn das einigende, erlösende und verbindende Element, Geist und Wahrheit, verschwindet, dann bleiben nur noch Egoismus und Gewalt übrig, dann löst alles Recht sich auf, und das übrig bleibende Scheinrecht wird Diener des Egoismus und der Gewalt. «Recht ist, was meinem Volke nützt.» Dann stürzen sich die vom Ganzen losgelösten Teile in der Wut eines falschen Unendlichkeitsdranges, der zur sich vergottenden Selbstsucht wird, im Kampf aller gegen alle aufeinander — in *allem* Leben, im politischen, im wirtschaftlichen, im seelischen. Denn die nicht durch den Geist erlöste Natur kennt keinen Zaum und Zügel. Der Individualismus wird zum Atomismus. Wie die unerlöste Seele des Einzelnen nur sich selbst sucht, sich selbst zum Gotte macht, sei es in feineren, sei es in gröberen Formen, so auch die Gemeinschaften, so auch die Völker und Rassen. Es entsteht der *Nationalismus* und *Rassismus*. Weil aber doch irgendwie ein Zusammenhalt sein muß, wenn menschliches Zusammenleben auch nur einigermaßen möglich sein soll, so tritt die *Gewalt* an Stelle von Geist und Recht. Es entsteht im Innern der Völker irgendeine Form von Diktatur, auf die Vergottung des Blutes, des Staates oder der Gesellschaft gestützt, und im gemeinsamen Völkerleben das Imperium. Aber dieser Zustand wird zum Krieg und zuletzt zum totalen Krieg — nach einem Gesetz, mit Notwendigkeit.

Das ist unser Zustand. Er bedroht das Abendland, ja die ganze Welt, mit Untergang.

Wie kann die Rettung geschehen?

Die Antwort ist zunächst einfach: Das einigende geistige Band muß wieder hergestellt werden.

Aber wie denn?

Die fundamentale Antwort lautet: *Wir müssen wieder eine Wahrheit finden, die für alle gilt.* Der Auflösungsprozeß, den wir erlebt haben und weiter erleben werden, läßt sich auch so charakterisieren: Es ist uns der Halt einer absoluten und daher allgemeingültigen Wahrheit verlorengegangen. Wir sind infolge davon in einen Relativismus verfallen, der mit Notwendigkeit zum Opportunismus wurde und der zuletzt zur Auflösung alles Rechtes führte. Recht wurde, wie gesagt, Gewalt. Der Unbedingtheit beraubt, zerfiel die Persönlichkeit und damit auch ihr Anspruch auf Würde und Freiheit. Diktatur und Gleichschaltung werden das letzte Wort auch dieser Entwicklung. Wir bekommen statt einer auf Recht und Würde der Persönlichkeit gegründeten Ordnung, die eine organische *Gemeinschaft* bildete, eine bloß aus seelenlosen Atomen bestehende *Gesellschaft*. Deren zusammenhaltendes Band soll der totale *Gewaltstaat* sein, der aber keine wirkliche Einheit schafft, die geistig begründet sein muß, und damit auch keinen Frieden, sondern seinem Wesen nach Chaos und Krieg ist.

In alledem offenbart sich die sich im Politischen und Sozialen auswirkende *mechanistische Weltanschauung*, die, sich das Gewand der strengen Naturwissenschaft umwerfend, immer mehr das Geistesleben beherrscht hatte, Gott, Seele, Freiheit, Menschentum erwürgend und an ihre Stelle einen gröbern oder feinern Fatalismus setzend. Sie wird zuletzt zum Maschinismus und zum Götzendienst der Technik, die nun im totalen Krieg ihre Molochnatur offenbart. Denn wo Gott fehlt, stellt sich immer der Götze ein.

Der Weg der Rettung ist darum die Wiedergewinnung der *absoluten* Wahrheit, welche einigt, indem sie die rechte Ordnung schafft.

Wir dürfen diesen Sachverhalt wohl auch so ausdrücken: an Stelle einer Molochnatur muß wieder Gott treten, an Stelle der Maschine die Seele, an Stelle der Sache der Mensch. Das allein ist der Weg zum Frieden.

Daraus ergeben sich auch jene *politischen Friedensgestaltungen*, wovon anderwärts die Rede ist. Wenn die Vergottung der Sache, besonders in Form des Mammons, zum Kapitalismus führt, so die Anerkennung des Menschen zum rechten Sozialismus, im weiteren Sinne des Wortes; wenn der Mechanismus zur Diktatur und zum Imperialismus wird, so der Glaube an Geist und Wahrheit zur Demokratie und zum Föderalismus. Um bei diesen einen Augenblick zu verweilen, so besteht ja eben sein Grundwesen darin, daß er nicht von einem zentralistischen Gewaltstreben, sei es gröberer, sei es feinerer Art, sondern

von dem Recht und der Freiheit des Einzelnen, sowohl des einzelnen Volkes als des einzelnen Menschen, allgemein ausgedrückt: der kleinen Einheiten ausgeht, daß er nicht vergewaltigt, sondern verbindet. Das ist aber nur möglich, dann allerdings aber auch notwendig, wenn man etwas von Seele und Freiheit weiß, wenn man im Geschöpfe Gott ehrt. Das «Soli Deo gloria» (Gott allein die Ehre) wird zum ersten und letzten Wort, wie der Freiheit, so auch des Friedens. Auf dieser Grundlage allein ist ein wirklicher Völkerbund möglich. Er kann nur leben und gedeihen, wenn die Völker sich unter jenem heiligen Rechte wissen, es ehren und ihm gehorchen. Auf dieser Grundlage allein werden wieder Pakte gehalten werden. Sie sind alle in jenem obersten Pakt befestigt, der den Menschen an das höchste Gesetz und seinen Urheber bindet. Es ist der Sachverhalt, den das prophetische Wort in gewaltigen Bildern ausdrückt:

«Und es wird geschehen in den letzten Tagen, da wird der Berg mit dem Hause des Herrn festgegründet stehen an der Spitze der Berge und die Hügel überragen, und Völker werden zu ihm hin strömen und viele Nationen werden sich aufmachen und sprechen: ‚Kommt, lasset uns hinaufziehen zum Berge des Herrn, zu dem Hause des Gottes Jakobs, daß der uns seine Wege lehre und wir wandeln auf seinen Pfaden; denn von Zion wird Weisung ausgehen und das Wort des Herrn von Jerusalem. Und er wird Recht sprechen zwischen vielen Völkern und Weisung geben starken Nationen bis in die Ferne, und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Spieße zu Rebmessern. Kein Volk wird wider das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr lernen. Sie werden ein jeder unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum sitzen, ohne daß einer sie aufschreckt. Denn der Mund des Herrn der Heerscharen hat es geredet.» (Micha 4, 1—4.)

Auf welchem Wege gewinnen wir dieses einigende Band wieder?

Die Antwort ist zunächst die gleiche wie vorher: durch eine *tiefe Besinnung*, wie die Not unserer Tage sie erzeugen muß. Diese Besinnung muß zur *Erkenntnis* führen, und diese Erkenntnis wird die rettende *Umkehr* schaffen. Mit der Erkenntnis der Not und der Rettung ist schon die halbe Rettung geschehen.

Nur einen fundamental wichtigen Punkt müssen wir, im Anschluß an jenes prophetische Bild, hervorheben. Wir haben auf die Einheit in einem gemeinsamen *Glauben* hingewiesen, welche einst die abendländische Menschheit zusammenfaßte. Läßt sich diese wieder gewinnen? Läßt sich die tiefste und höchste Einheit finden ohne dieses Fundament und diese Krönung? Wir glauben es nicht.

Aber es erhebt sich auch die Frage, warum denn *diese* Kraft *versagt* hat, warum diese tiefste und höchste Einheit zerfallen ist. Offenbar muß auch hier etwas Wesentliches verlorengegangen sein. Wir können diesen katastrophalen Vorgang so bezeichnen: Es ist das *Ökumenische*,

das Universelle, das Umfassende, das *Totale* dieses Glaubens, mit andern Worten: des Christentums, oder noch besser: der Sache Christi, des Reiches Christi, verlorengegangen. Sie hat ihren Anspruch auf die Ordnung und Gestaltung der *Welt* zum großen Teil aufgegeben und sich namentlich von dem Felde des politischen und sozialen Lebens zurückgezogen, dieses, wie man sagte, seiner «Eigengesetzlichkeit» überlassend. Die Sache Christi wurde zu einer Privatsache ohne richtende und bindende Kraft. In diese Leere setzte sich eine andere Totalität: die des totalen Staates mit seinem Anspruch an Leib und Seele des Menschen. Die «Eigengesetzlichkeit» entfaltete sich als Egoismus und Gewalt.

Wenn diese tiefste und höchste Einheit wiedergewonnen werden soll, so muß darum an dieser Stelle selbst eine zentrale Umkehr stattfinden, die eine Rückkehr zu dem wahren Sinn dieser Sache ist. Diese ist in ihrem Wesen das tiefste und höchste Einheits- und Ordnungsprinzip: *die Botschaft von dem Reiche Gottes mit seiner Gerechtigkeit*, das von Gott her in die Welt kommen soll. Darin werden alle Völker, alle Rassen, alle Religionen und Konfessionen zusammengefaßt und geeint durch den richtenden und erlösenden Willen des Einen Gottes, der die Eine Wahrheit und *das* einigende Band ist, die Ordnung aller Wirklichkeit, damit aber auch *der* Friede. Die Friedensfrage wird, gerade auch weil sie größte Menschenfrage ist, zuletzt zur Gottesfrage.

Diese letzte und höchste Orientierung des Friedens will aber gerade ihrer eigensten Art nach nichts Ausschließendes haben. Sie umfaßt nicht nur, neben dem Christentum, auch Israel, sondern auch alle andern wesentlichen Religionen und überhaupt alle Menschen, welche an den Einen Gott und an die Eine Wahrheit glauben.

Die Kräfte, die wir brauchen

Wir haben bisher vorwiegend auf den neuen Geist hingewiesen, der allein eine neue Ordnung des Völkerlebens, wie des Lebens überhaupt, welche Frieden bedeute, tragen könne, und haben dies mehr im Sinne eines neuen *Denkens* gemeint. Aber noch wichtiger ist eine neue *Gesinnung*. Die neue politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung, die wir erstreben, damit Friede sein kann, erfordert nicht nur neue Gedanken, sondern noch viel mehr eine neue Art des Fühlens und Wollens. Wir brauchen dafür besonders die Überwindung des stärksten Widerstandes, welcher allem Werden dieser neuen Welt entgegensteht: des individuellen wie des kollektiven Egoismus. Wir haben für die Verwirklichung dieser *wirklichen* neuen Ordnung nicht nur die Anerkennung des heiligen *Rechtes* nötig, das dem andern eignet, der Gemeinschaft wie dem Einzelnen, sondern auch Kräfte der *Liebe*, des Dienens, der Selbstverleugnung, des Opfers. Wir haben dafür eine neue Verbindung von kraftvoller Behauptung der Freiheit und Würde

der Individualität und freudiger Einordnung in die Kollektivität nötig. Eine tragische Erfahrung hat uns gezeigt, wohin alle idealsten menschlichen Bestrebungen führen, denen nicht diese heiligen Kräfte zufließen: Kräfte des Glaubens und der Hoffnung, Kräfte der richtenden, einigenden und erlösenden Wahrheit. Diese Kräfte aber fließen selbst aus einer letzten heiligen Quelle.

Es gilt also, soweit Menschenkraft dafür reicht, diese letzte und wichtigste Voraussetzung aller Arbeit am Aufbau einer Friedenswelt zu schaffen. Es ist dazu eine neue *Erziehung* nötig, eine Erziehung, die freilich am besten *in* den neuen Ordnungen und *durch* sie stattfindet, die aber auch auf sie vorbereiten muß. Diese Erziehung wird vor allem jene Grundlagen einer Friedenswelt im Auge haben: die Würde der Persönlichkeit und die Solidarität der Menschenwelt, die Eine höchste Wahrheit und die aus ihr stammende letzte und tiefste Einheit; sie wird die Quelle jener helfenden und tragenden Kräfte suchen und diese pflegen und wahren.

Aber es ist für das alles eine so fundamentale Wendung nötig, daß wir von einer völligen *Revolution* oder, wenn man das Wort vorzieht: einer völligen *Bekehrung*, im Sinne von Umkehr, reden müssen.

Haben wir Hoffnung?

Wir kommen damit freilich auf die Frage, die sich aufdrängt: «Das alles mag richtig sein und *ist* wohl richtig, aber besteht denn irgendeine Aussicht, daß diese Umkehr möglich, daß diese Wiedergewinnung der geistigen Werte und Wiederherstellung des einigenden Bandes geschehen wird?»

Unsere Antwort ist dreifach.

1. Die geistige Umwälzung, welche die Voraussetzung aller Arbeit und alles Kampfes für den Frieden ist, *muß* möglich sein, weil sie *notwendig* ist. Alles Große und Größte wird aus der Not geboren. Die gewaltigen Katastrophen der Geschichte sind die Geburtszeiten neuer und besserer Ordnungen geworden. Gerade das furchtbare Sichausleben und Sichaustoben falscher Mächte kann zu ihrem Zusammenbruch und zum Siege überlegener Wahrheit führen. Wir dürfen dies mit Grund für *die* Wahrheit hoffen, die dem Frieden zugrunde liegt. Wir dürfen mit Grund hoffen, daß die furchtbare Offenbarung ungezügelter Mächte der Natur und des Chaos einer neuen Herrschaft des Geistes vorangehe, der im Nationalismus und Rassismus verkörperte Götzendienst einer neuen Herrschaft des wahren Gottes, der Triumph der Gewalt in Diktatur und Imperialismus einem neuen Siege von Recht und Freiheit. Die Menschheit wird in den Schrecken des drohenden Unterganges erkennen, was allein sie retten kann. Das ist nicht Phantastik und Utopie, sondern *Glaube* im großen und männlichen Sinne. Dieser aber hat von jeher Recht behalten; er trägt seine Bürgschaft in sich selbst.

Es sind aber auch schon viele *Zeichen* dieser Wendung vorhanden. Jene naturalistische, mechanische, atomistische Weltauffassung, welche dem Zerfall der Welt ins Chaos vorausging, ist in der Philosophie und sogar in der exakten Wissenschaft erledigt. Das Schlagwort vom «Kampf ums Dasein» ist in seiner Einseitigkeit enthüllt, die neue Entwicklungslehre gibt, wie dem Geiste, so auch der «gegenseitigen Hilfe» Raum. Geist, Seele, Freiheit, Gott brechen in allem Denken wieder siegreich durch. Wie einst jene Irrtümer aus der Welt des Geistes (der freilich zum Ungeist geworden war) in die Welt der Praxis heruntergestiegen sind, so dürfen wir hoffen, daß diese neue Wahrheit das ebenfalls tun werde. Der Umschwung des Denkens ist auf der ganzen Linie deutlich. Die Einsicht in die schweren geistigen Verirrungen einer ganzen Epoche ist in raschem Wachsen. Wir dürfen glauben, daß der große Zusammenbruch diese Entwicklung aufs stärkste beschleunigen wird.

2. Wenn sich diese Wendung mehr im Gebiete dessen vollzieht, was wir Weltanschauung nennen, so geht eine ähnliche in dem des Glaubens vor sich. Es zeigt sich im Schoße der Religionen eine Unruhe, die wir wohl eine heilige nennen dürfen, ein Ungenügen an bestehenden Formen, ein Schmerz über den Mangel an Kraft und Leben, ein wachsendes Gefühl der Verpflichtung des Glaubens gegen die Welt, ein Erwachen des ökumenischen Bewußtseins, eine Sehnsucht nach Wahrheit und Einheit in der Wahrheit. Man darf für weite und entscheidende Teile der Christenheit sagen, daß die Botschaft vom Reiche Gottes für die Erde als zentrale Wahrheit der Bibel wieder mächtig auflebt. Sie ist aber die gewaltigste und revolutionärste Stromquelle auch des Friedens. Diese Botschaft bringt im Namen Gottes den *Menschen* zu Ehren. Sie verleiht ihm sein heiliges Recht. Sie macht sein Leben heilig. Sie ist gegen jede Gewalt. Sie überwindet Egoismus und Mammonismus, Nationalismus und Rassismus durch die Botschaft von dem Einen Herrn und Einen Vater. Sie ist die höchste Befreiung und die tiefste Bindung. Sie schafft jene Ordnung einer neuen Welt, welche Frieden ist. Wir dürfen wohl so kühn sein und mit andern Worten das gleiche ausdrückend erklären: ein Erwachen des Menschen, ein Erwachen Christi, ein Erwachen Gottes geht in der Katastrophe der Welt vor sich, und das ist der stärkste Grund unserer Hoffnung.

Wir dürfen hoffen!

Was sollen wir tun? Anfassen!

Nachdem wir in einigen Zügen, die wir für die wichtigsten halten — wie unendlich viel wäre aber noch zu sagen! — die geistigen Voraussetzungen des Friedens mehr angedeutet als entwickelt haben, hören wir noch die Frage: «Wie nun — sollen wir mit der *konkreten* Friedensforderung und dem konkreten Friedenskampf warten, bis jene

geistigen Voraussetzungen erfüllt sind, weil sonst doch die ganze Friedensarbeit illusorisch wäre?»

Das schiene uns eine ganz irrige Meinung. Dieses «Zuerst dies tun und dann das andere» ist in solchen Dingen immer eine falsche Methode. Nein, es gilt *beides* gleichermaßen zu tun: wir müssen, von der Not der Welt getrieben, jetzt, sofort, in Friedenskampf und Friedensarbeit hinein, falls wir das nicht schon bisher getan haben. Aber in diesem Kampf, in dieser Arbeit werden wir erkennen, falls wir dies nicht schon bisher getan, und auch dann nur immer klarer, daß sie keinen rechten Grund haben ohne jene geistigen Voraussetzungen, und werden es zu unserem tiefsten Anliegen machen, um die Schaffung derselben zu ringen. Das ist die rechte Methode.

Auf diesem Wege werden wir auch eine Erfahrung machen, die wir außerhalb von Arbeit und Kampf nicht machen können: wir werden fester an den Erfolg unserer Arbeit und den schließlichen Sieg unseres Kampfes glauben lernen. Das ist ja der tiefere Sinn der Losung: «Arbeiten und nicht verzweifeln.» *Leonhard Ragaz*

BUCHBESPRECHUNG

Margarete Susmann: *Aus sich wandelnder Zeit.* Diana-Verlag, Zürich.

Margarete Susmann, unsere verehrte Mitarbeiterin, hat dem feinsinnigen, aus einem tiefen Verstehen und Erkennen heraus geschriebenen Werke «Deutung einer großen Liebe» (Goethe und Charlotte von Stein[1]) nun einen Band eigener Gedichte folgen lassen.

Unsere Freunde und die Leser der «Neuen Wege», die dann und wann — vor allem in schweren Zeiten — ein kostbares Wort aus der Begegnung und dem Ringen Margarete Susmanns mit der Zeit und ihren Bewegungen lesen durften, finden in diesem Band den zusammengefaßten (wenn auch sicher nicht vollständigen) Ertrag dieses Ringens.

Es ist in all diesen Gedichten ein *Ringen mit der Zeit,* mit dem Geist und den Bewegungen dieser Zeit, wie es nur einer Menschenseele eignen kann, die um den Ruf des lebendigen Einen, des Ewigen, und seine Anrufung weiß, die das Wort vernehmen und es zu verantworten sucht. Darum wird der Leser (vielmehr der Hörer — denn diese Worte müssen gehört, vernommen werden!) mit hineingenommen, ja hineingerissen in die Welt und Zeit, für welche dieses Wort gesucht wird.

Diese Welt aber ist und bleibt für Margarete Susmann «Schöpfung». Das als Motto vorangestellte Lutherwort soll das wohl gegenüber einer Zeit unterstreichen, in der das zerstörende Menschenwerk atemberaubend um sich greift, so daß der Welt und dem Menschen vom Menschen her Vernichtung und Untergang droht.

Trotzdem oder gerade deswegen strahlt bei Margarete Susmann die Schöpfung auf in ihrer Schönheit und ihrem Glanz, und auch noch in der Vergänglichkeit ihres Glanzes und ihrem Verwehen sucht die Dichterin ihren Grundsinn, der durch das Wort in Natur und Geschichte wirkt. Es klagen in diesen Gedichten aber auch all die Leiden dieser Zeit, ihre Schmerzen und Wehen, und wie im Zucken des Blitzes wird ihre Finsternis mit ihrem Grauen und ihrer abgründigen Dämonie offenbar.

[1] Artemis-Verlag, Zürich.

Doch nie kann die Schöpfung aufgegeben werden. Das Vergehen, das Nichts, das Chaos, der Tod in ihr, die leidvollsten Dinge im persönlichen Leben und im Leben der menschlichen Gemeinschaft treten erlebt und erlitten hervor und werden emporgehalten vor das Angesicht des Einen, Unsichtbaren, des Herrn über allem. «Denn aus ihm und durch ihn und zu ihm ist alles; sein ist die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.» (Römer 11,36.) So bekennen auch diese Gedichte. Das geschieht aber nicht im Sinne einer dichterischen Verklärung, sondern als Anrufung Gottes, als Hilferuf und Aufschrei. Es sind in ihnen die zitternde Erwartung der Gnade und die staunende Erkenntnis ihrer überraschenden Gegenwart.

«Aus sich wandelnder Zeit» — dieses bestimmende Vorzeichen zieht sich durch den ganzen Gedichtband. Uebermächtig muß gerade für die Seele, der das Licht des Einen aufgeleuchtet ist, der der Ewige ist, der Strudel und das Brausen und Stürmen einer Zeit sein, die, wie die unsrige, sich zu tiefst wandelt, in die der Mensch wie in einem dunklen, unentwirrbaren Schicksal und Geschick verstrickt ist und mit seinem Rasen und Dahinstürzen der stärkste Ausdruck dieser sich wandelnden Zeit wird. Das Los des Menschen wird einmal wieder von der Zeit entschieden, und allmächtig scheint ihre Gewalt. Ist das Menschenleben und das Menschenschicksal so nichtig, daß die Zeit und ihre Gewalten es so verwandeln, ja verbrennen und vernichten können, wie es in den letzten Jahrzehnten geschah? Auch dieser Frage weicht Margarete Susmann nicht aus. Wie sollte das aber geschehen können, ohne daß diese Gedichte von der Verfasserin eigenem Schicksal und eigener Verstrickung reden müßten?

Besonders bedeutsam scheint dem Schreibenden gerade in diesem Zusammenhang das Ringen um Israel und um Christus. Es steigt auf aus dem rasenden Geschehen dieser Zeit, wird zu einem Ruf zur Heimkehr und Umkehr, zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer neuen Begegnung der Seele, des Menschen in der Welt mit Gott und seinem Reiche. Wie abgründig tief und wie unerträglich leidvoll diese Zeit ist, gerade daraus erhebt sich die Frage nach dem lebendigen Gott und seinem Reich. Und so auch die Frage nach Christus. Alle diese Gedichte formen sich entweder zum Gebet, zur Frage oder zum Anruf. Sie sind ein Stück des Ringens mit Gott in einer sich wandelnden Zeit. Sie sind die Frage nach der richtenden und rettenden Hand des Höchsten.

Diese Gedichte sind im ganzen Bereich ihres Inhaltes Konfessionen einer Seele, tiefste Anteilnahme dieser Seele an der Welt und ihrem Gewande: der Zeit. Auch in diesem Ringen im Reiche des Selbst und seiner Beziehung zu den Menschen wird die tiefe Erschütterung und Wandlung unserer Zeit offenbar. Sie werden zum Schmerz. Das letzte Wort der Dichterin scheint hier das Wort vom Schicksal. Ist dies aber wirklich das Wort des Lebendigen, das Wort zwischen dem Ich und dem Du, das Nicht-Ich ist? Leuchtet hier nicht strahlend und befreiend die Wirklichkeit Christi auf, von dem Margarete Susmann wie mit verhaltenem Atem redet und jenes letzte Wort aus den Gedichten selbst:

«O Brüder; gleiches Lieben, Weinen, Beten,
Auch wo die Bilder uns im Sturm verwehten —
Und quer durch aller Erdenwelten Krachen
Der leise, übergroße Klang vom Reich!»

Albert Böhler

WELTRUNDSCHAU

Der Kampf gegen den Frieden Wir haben in unserer Mai-Rundschau den *Vorstoß Churchills* zugunsten einer friedlichen Lösung der West-Ost-Spannung mit Genugtuung begrüßt. Wohlweislich haben wir aber gleich bemerkt,

der Erfolg dieses Vorstoßes sei an die Bedingung geknüpft, daß Großbritannien entschlossen und hellsichtig genug sei, um der amerikanischen Katastrophenpolitik in die Zügel zu fallen, und bezweifelt, ob Churchill der Mann sei, einer entsprechenden Aktion Westeuropas als Führer zu dienen. Denn daß die *Gegenaktion der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten* nicht auf sich warten lassen würde, stand ja von vornherein fest, und die Frage war von Anfang an, wieviel Kraft und Klarblick Churchill und seine offenen und stillen Verbündeten für die Weiterverfolgung ihres Plans aufbringen würden.

Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß außerhalb Amerikas der Großteil auch der nichtkommunistischen Welt, in Europa ebenso wie in Asien, die Absicht des britischen Ministerpräsidenten *grundsätzlich* lebhaft unterstützt und ihr sehnlichst Erfolg wünscht. Das Gefühl, daß eine längere Fortsetzung des Kalten Krieges gegen den Ostblock, namentlich in der Form der Eisenhower-Dullesschen «Befreiungspolitik», unausweichlich zum Heißen Krieg führen müsse, ist hier allmählich so stark und so beunruhigend geworden, daß der Wille offenkundig wächst, auch um den Preis von Opfern die mindestens für Europa tödliche Gefahr noch rechtzeitig abzuwenden. In Amerika — genauer gesagt: in den wirtschaftlich und politisch herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten, die nun auch die Regierungsverantwortung tragen – denkt man anders. Und zögert nicht, auch demgemäß zu handeln. Was sollte ein Krieg auch dem durch zwei Meere und ein vollkommenes Radarsystem geschützten Amerika anhaben können? Von den bisherigen zwei Weltkriegen hat es ja nur profitiert, im höchsten Maße sogar, sowohl wirtschaftlich wie politisch. Also nur immer forsch drauflos! Und Präsident Eisenhower, der vielleicht persönlich eher verständigungsbereit wäre, aber schon im Wahlkampf vom letzten Jahr bewiesen hat, daß er am liebsten auf der Linie des geringsten Widerstandes vorgeht, ist ja immer bereit, dem Drängen und Drücken der «Harten» nachzugeben, die, oft in massivster Form, jede Regung der Vernunft und des guten Willens als abscheulichen Verrat an der «freien Welt» brandmarken und mehr als je darauf bestehen, daß den Kommunisten die gepanzerte Faust unter die Nase gehalten werde — und nicht nur *unter* die Nase. So hat er sich denn auch jetzt unverzüglich ans Telephon gehängt und Churchill eine *Konferenz auf den Bermudainseln* vorgeschlagen, an der er dem britischen Premier wohl möglichst unter vier Augen den amerikanischen Standpunkt klarzumachen beabsichtigt. Auch der französische Ministerpräsident ist höflichkeitshalber eingeladen worden; aber man weiß ja vorerst wieder einmal nicht, wer das sein wird. Zu sagen hat er ohnehin nichts, außer daß er natürlich ganz und gar zu Amerika halte, von dessen Dollars sich Frankreich hoffnungslos abhängig gemacht hat. Darüber später noch einiges.

Moskau hat seinerseits in einem wieder bemerkenswert sachlichen und vernünftigen Artikel der «Prawda» Churchills Konferenzanregung

unterstützt, aber es entschieden abgelehnt, in der Rolle des reuigen Sünders durch «Vorleistungen» (Korea, Deutschland, Österreich usw.) seine Aufrichtigkeit zu beweisen und dann an einer «Konferenz auf höchster Ebene» einem Westblock gegenüberzutreten, der mit fertigen Bedingungen, die à prendre ou à laisser wären, aufrücken würde. Wenn man in Washington wirklich annehmen sollte, die Russen ließen sich auf ein solches Spiel ein, bei dem sie von vornherein kapitulieren müßten, wenn sie nicht wieder als hinterhältige Friedensfeinde denunziert werden wollten, dann versteht man dort von der «psychologischen Kriegführung», auf die sich die Amerikaner so viel zugute tun, noch nicht einmal die Anfangsgründe. Mit solch totalitären Methoden kommt der Westen gerade auch der Sowjetunion (und China!) gegenüber nicht weiter; das sind die Methoden der *Kriegführung* — bei der es darauf ankommt, den Gegner so gründlich wie möglich zusammenzuschlagen und dem eigenen Willen zu unterwerfen —, nicht diejenigen des Friedeschaffens! Es ist darum auch durchaus verfehlt, die sowjetische «Friedensoffensive» und neuerdings wieder den Artikel der «Prawda» als mehr oder weniger plumpen Versuch, zur Förderung der angeblichen Kriegspläne der Russen einen Keil zwischen die Westmächte zu treiben, abtun zu wollen.

Der Fall liegt doch genau umgekehrt: die Russen haben jeglichen Grund, mit ganzem Ernst die Einstellung des Kalten Krieges zu erstreben, bevor er in den Heißen umschlägt, und es ist heute offenkundig Amerika, das den «Ausbruch» des Friedens fürchtet und um jeden Preis zu hintertreiben strebt. Wobei Herr Adenauer, sein europäischer Geschäftsführer, zusammen mit Syngman Rhee und Tschiang Kai-Shek, kräftiglich mithilft, Churchills Initiative zum Scheitern zu bringen, deren Erfolg, wie der «New Statesman» (23. Mai) schreibt, nichts anderes bedeuten würde als «den Zusammenbruch der westeuropäischen Union, die Adenauer zu beherrschen hofft, das Ende der Aufrüstung, die jetzt von den westdeutschen Industriellen zur Stützung der Wirtschaftskonjunktur gefordert wird, und vor allem den Zusammenbruch der Stellung, die er selbst als Amerikas bevorzugter und meistbegünstigter Europäer errungen hat . . . Wenn man einmal Dr. Adenauer seinen Willen läßt und ihm erlaubt, Viermächteverhandlungen sowie eine friedliche Lösung des deutschen Problems zu durchkreuzen, dann kann Europa recht wohl ein größeres und grauenhafteres Korea werden.»

Was auf dem Spiel steht Amerika und seine Sekundanten haben in der Tat alle Ursache, sich ihr Konzept durch die Sowjetunion nicht verderben zu lassen. Es sieht ja ganz darnach aus, daß die ebenso geduldig und geschmeidig wie entschlossen geführte diplomatische Offensive Moskaus von der Ueberzeugung ausgeht, der psychologische Augenblick sei gekommen, um durch *Isolierung der Kriegskräfte* den Frieden für unsere Generation zu retten. Schon Stalin hat in seinem «Testament» (wir meinen seinen letzten Auf-

satz «Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion») davon gesprochen, daß die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze der kapitalistischen Welt im Zunehmen begriffen und die Gefahr eines kriegerischen Austrags des West-Ost-Konfliktes zu verringern geeignet seien. Seine Nachfolger scheinen zielbewußt darauf auszugehen, aus dieser Möglichkeit eine Wirklichkeit zu machen und sich mit den eher verständigungswilligen Kreisen der nichtkommunistischen Welt zu verbünden, um die einer kriegerischen Kraftprobe zustrebenden Mächte, die ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten haben, zu neutralisieren[1]. Daß diese Mächte aber ihr Letztes einsetzen, um ihren großen Plan — die Zerschlagung der kommunistisch regierten Staaten in Osteuropa und Ostasien und damit der weltweiten revolutionären Bewegung unserer Zeit — nicht durchkreuzen zu lassen, ist selbstverständlich.

Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Vorstellung von einer militärischen Bedrohung der «freien» Welt durch die Sowjetunion, die mit allen Mitteln moderner Propagandatechnik so mühsam aufgebaut werden mußte, in den nichtkommunistischen Ländern um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die Organisatoren des «großen Planes» wissen natürlich so gut wie jeder wohlunterrichtete Beobachter der Zeitereignisse, daß diese Vorstellung den Tatsachen widerspricht. Die *wirkliche* Gefahr, die der kapitalistischen Welt von der Sowjetunion her droht, ist — wie hier schon manchesmal gezeigt wurde — ganz anderer Art. Der Oxforder Professor Tom Balogh spricht es in der ersten Nummer einer verheißungsvollen jungen Zweimonatsschrift, der «Tribune des Peuples», die als Organ eines Kreises englischer und französischer demokratischer Linkssozialisten in Paris erscheint, neuerdings aus:

«Während sich die westeuropäische Produktion im Jahre 1952 nicht weiterentwickelt hat, schreitet die Sowjetunion ständig vorwärts . . . Es ist nicht wenig erschreckend, wenn man feststellen muß, mit welcher Schnelligkeit die laufende Erzeugung von Verbrauchsgütern in Rußland im Begriffe steht, diejenige des Westens einzuholen, besonders wenn man an das elende Lebensniveau denkt, von dem die Russen ausgegangen sind . . . Der westeuropäische Verbrauch je Kopf der Bevölkerung hat sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren nicht merklich gehoben . . . Diese Stockung sticht von den raschen Fortschritten in Rußland sehr ungünstig ab. Die Fortschritte in Amerika sind während der gleichen Zeit zwar noch größer gewesen, aber Amerika war seit 1890 immer das industriell am weitesten vorgeschrittene Land und ist auch nicht zweimal durch Kriege verheert worden.»

Im gleichen Heft stellt Georges Suffert fest, es sei vorauszusehen, daß «unter Berücksichtigung des Wachstumstempos in Frankreich beziehungsweise in der Sowjetunion zwischen 1955 und 1960 die durch-

[1] In diesen Zusammenhang gehören auch der sowjetische Friedensschritt gegenüber der Türkei, die Erleichterungen in der russisch besetzten Zone Österreichs und die Umstellung der Innenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Jammervoll, aber durchaus nicht überraschend ist nur, daß die Westmächte und ihre geistigen Satelliten (auch in der Schweiz) nichts anderes zu tun wissen, als mit konsequenten Verdächtigungen und Gehässigkeiten gegenüber den «heimtückischen» Plänen der Sowjetunion darauf zu reagieren. (12. Juni.)

schnittliche Lebenshaltung der Sowjetbürger diejenige der Franzosen erreicht haben wird».

Professor Balogh warnt davor, durch übertriebene Kriegsrüstungen die westeuropäische Produktionskraft noch weiter zu schwächen:

«Die Verminderung der Kapitalanlagen in Westeuropa, besonders in Großbritannien und Frankreich, zu der uns die Aufrüstung gezwungen hat, scheint in den wichtigsten Wirtschaftszweigen die Sowjets bald in den gleichen Rang wie Europa zu bringen. Sicher wird die Raschheit der sowjetischen Fortschritte eine verhängnisvolle Anziehungskraft auf all die Länder ausüben, deren natürliche Wirtschaftskräfte aus Kapitalmangel noch wenig entwickelt sind und in denen — nebenbei gesagt — die Bevölkerung selten die Wohltaten der Demokratie genießt.»

In der Tat: *diese* Aussicht ist es, die die Nutznießer und Gläubigen der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung in steigendem Maße beunruhigt und sie antreibt, den Kommunismus — worunter man vor allem seine revolutionär-sozialistische Seite versteht — gewaltsam zu liquidieren. Nur darf man das eben nicht so offen sagen. «Dem Volke muß die Religion erhalten werden» — hier: der Glaube an den drohenden Angriffskrieg der Sowjetunion. Wird in der außerkommunistischen Welt dieser Glaube erschüttert, dann droht das ganze politisch-militärische Machtgebäude der Westalliierten mitsamt der so schön aufgeputzten Befreiungsideologie zusammenzustürzen. Und das muß unter allen Umständen verhindert werden. Darum die stereotype Kennzeichnung aller russischen (und chinesischen) Friedensbemühungen als bloß getarntes Kriegsmanöver. Und darum — hier liegt die große Gefahr — die ständigen Versuche, die Sowjetunion wie das neue China *zu militärischen Aktionen zu reizen*, die dann als Beweis für ihre Angriffsabsichten gelten könnten. Darum aber auch für die Sowjetunion wie für die Chinesische Volksrepublik die unbedingte Pflicht, solchen Herausforderungen zu *widerstehen*. Darauf legt besonders nachdrücklich die Neuyorker «Monthly Review» (Maiheft) den Finger:

«Es hätte keinen Wert, die Tatsache verschleiern zu wollen, daß der Sowjetblock in der Vergangenheit solchen Herausforderungen nicht konsequent und erfolgreich widerstanden hat. Die Blockade von Berlin war eine Antwort auf die irritierendste Herausforderung — die Errichtung eines westdeutschen Staates dem Potsdamer Abkommen zum Trotz —, aber ihr Schlußergebnis war keine Begünstigung der Interessen des Sowjetblockes, sondern eine solche der Interessen der deutschen Reaktionäre und der amerikanischen Antreiber des Kalten Krieges. Ebenso war — gleichgültig wie der Koreakrieg losging — der nordkoreanische Versuch, Südkorea zu besetzen, offenkundig durch die planmäßigen Machenschaften Syngman Rhees und seiner Komplizen, darunter Dulles, provoziert; wer daran zweifelt, sollte I. F. Stone's ‚Geheimgeschichte des Koreakrieges' lesen. Was aber dabei herauskam, war nicht die Einigung Koreas, sondern die Militarisierung Amerikas.»

Beispiele von *Widerstand* gegen die Versuchung zu militärischem Losschlagen waren anderseits — das sei doch beigefügt — die Weigerung der Sowjetunion, in den Koreakrieg einzugreifen, und die gleiche Zurückhaltung Chinas — bis zu dem Augenblick, da MacArthur direkt auf die Mandschurei losmarschierte.

Die «Monthly Review» hat zweifellos recht, wenn sie befürchtet, daß solche Provokationen auch in Zukunft zu erwarten seien und «verzweifelte, listenreiche Charaktere wie Tschiang Kai-Shek und Syngman Rhee, wie Konrad Adenauer und John Foster Dulles» vollkommen imstande wären, sie zu organisieren. Die nächste Zukunft sei jedenfalls voller Gefahren, und alles komme darauf an, daß die Leiter des Sowjetblockes sich unter keinen Umständen herausfordern ließen:

«Wenn sie standhaft den Provokationen widerstehen und sie erfolgreich als Bestandteile der aggressiven Absichten der herrschenden Klasse Amerikas bloßstellen, dann mögen die Tschiang, Rhee, Adenauer und Dulles ihre größte Niederlage erleiden. Dann sähe sich die Friedensoffensive tatsächlich ihrem Ziel nahe, und die herrschende Klasse Amerikas stände vor der Wahl, entweder ‚es allein zu machen', mit Aussicht auf eine fast sichere Niederlage, oder aber eine echte Gesamtregelung erstreben zu müssen, die den Grund für eine ausgedehnte Periode friedlichen Zusammenlebens legen könnte.»

An der asiatisch-afrikanischen Front Inzwischen stehen die Führer der Welt des «freien Unternehmertums» unschlüssig vor dem Problem, wie der steigenden Flut des Kommunismus in den unterentwickelten Ländern farbiger Rasse zu wehren sei. «U. S. News and World Report» (15. Mai) entwirft ein düsteres Bild von der Lage: «Ein von oben bis unten kommunistisches *Südostasien* ist eine immer aussichtsreichere Wette.» Kennzeichnend sei der kommunistische Einfall in *Laos*, ein kombiniertes militärisch-politisches Unternehmen, für das sich dessen Leiter jahrelang Zeit lassen könnten. Bereits zeichne sich auch die Gefahr eines kommunistischen *Thailand* (Siam) ab, von dem aus *Burma* wie *Malaia* bedroht werden könnten. Eine wirksamere Gegenoffensive der Westalliierten stehe nicht in Aussicht. Frankreich könne keine weiteren Verstärkungen nach *Indochina* schicken und würde die ganze Last seines dortigen Krieges am liebsten auf Amerika abwälzen. Großbritannien denke überhaupt nicht daran, Truppen oder Flugzeuge in die bedrohten Gebiete zu entsenden, und ein Eingreifen der Vereinten Nationen nach koreanischem Muster komme ebenfalls nicht in Frage. «Kurz: die Aussichten für die Kommunisten in Asien sind günstig. Die kommunistischen Methoden sind wirksam. Die Alliierten haben sich noch nicht ausgedacht, wie sie ihnen entgegentreten könnten.»

Oder sie können sich doch nur vorstellen, daß hier eben wieder *Gewalt angewendet* werden müsse. General Clark, der UNO-Oberbefehlshaber in Korea, hat («New York Times», 27. 3.) nach einer Rundreise auf den Philippinen, in Indochina, Hongkong und auf Formosa eine Gesamtplanung für die Verteidigung dieser vorgeschobenen Stellungen des westlichen Imperialismus befürwortet. «Wir können», sagte er, «die Kriege in Korea und Indochina und die Lage in Japan, in Hongkong, auf den Philippinen und an anderen Orten nicht voneinander trennen. All das steht in engem Zusammenhang. Die Aktionen

in Ost- und Südostasien sollten unbedingt koordiniert werden, und ich glaube auch, das ist bereits im Gang.» Natürlich unterstützten die sogenannten Nationalchinesen diese «Koordination» lebhaft. T. F. Tsiang, der Vertreter der Formosa-Regierung bei den Vereinten Nationen, warnte im Neuyorker «New Leader» (16. 2.) dringend vor jeder Verständigung mit der Chinesischen Volksrepublik und verlangt für Tschiang Kai-Shek genügend alliierte Unterstützung, damit «das freie China selbständig das Festland angreifen und befreien könne.» Chinas Stellung im Fernen Osten sei derjenigen Deutschlands in Europa zu vergleichen. «Man überlasse Deutschland den Kommunisten, und wir werden Europa verlieren. Man nehme das kommunistische Regime in China als fertige Tatsache hin, und wir geben unvermeidlicherweise den ganzen Fernen Osten preis, einerlei wieviel wir in Korea, Indochina und Malaia zu tun suchen. Ohne die Zurückgewinnung des chinesischen Festlandes ist eine Zurückdrängung des Kommunismus in Asien unmöglich[2].

Das ist auch die vorherrschende Auffassung in Amerika — und zwar nicht allein bei den Scharfmachern der «asiatischen Schule» und den Rechtsrepublikanern, sondern grundsätzlich auch diejenige des Präsidenten und seines Außenministers, ja sogar Adlai Stevensons, des demokratischen Parteikandidaten bei den Präsidentschaftswahlen des letzten Herbstes.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in *Korea* scheinen zwar im Augenblick, da wir schreiben, dank nordkoreanisch-chinesischem Einlenken auf die jüngsten, als ultimativ bezeichneten alliierten Vorschläge, einem guten Ende entgegenzugehen[3]. Aber daß die Vereinigten Staaten nun auf die Weiterführung ihres Planes, das kommunistische Regime

---

[2] Wenn von «Rotchina» die Rede ist, so wird dies häufig als Satellit der Sowjetunion hingestellt. Dem widerspricht nicht nur die ganze Geschichte der chinesischen Revolution, die eine selbständige, ohne russische Hilfe, ja anfangs gegen russischen Willen durchgeführte Bewegung ist, mag auch ihre Ideologie noch so sehr kommunistisch sein. Auch der im vergangenen März abgeschlossene sowjetisch-chinesische Handelsvertrag redet eine ganz andere Sprache. China liefert danach der Sowjetunion Rohstoffe, Nahrungsmittel und Fertigwaren, während die Sowjetunion vor allem Kapitalgüter ausführt: Maschinen, Werkzeuge, Apparate und sonstige Hilfsmittel für die Anlage von Kraftwerken, Fabriken, Bergwerken usw. Scott Nearing, der in seinen «World Events» (jetzt als Bestandteil der «Monthly Review» allmonatlich erscheinend) darauf aufmerksam macht, bemerkt mit Recht: «Statt China fabrizierte Verbrauchsgüter zu liefern, was der typische kolonial-imperialistische Güteraustausch ist, versorgt die Sowjetunion China mit Hilfsmitteln für die Industrialisierung und macht dieses Land so zum Selbstversorger mit Fertigwaren. Das steht völlig im Gegensatz zu der typisch kolonial-imperialistischen Politik.»

[3] Bereits ist das Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen, nach vielmonatigem zähem Ringen um diesen letzten Streitpunkt, fertig unterzeichnet — Gott sei Dank! Aber welch bemühende Rolle hat dabei unser Bundesrat gespielt! Ohne sich die Mühe zu nehmen, die tatsächliche Lage in Korea zu erforschen, beeilte er sich in dünkelhafter Pedanterie, der Welt eine Gratislektion in wahrer Neutralität zu geben, indem er die Mitwirkung schweizerischer Vertreter beim Gefangenenaustausch davon

in Nordkorea und China gewaltsam zu liquidieren, irgendwie verzichten würden, davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Es braucht gar nicht erst den theatralischen Widerstand der südkoreanischen Regierung gegen einen Waffenstillstandsvertrag, um Washington daran zu erinnern, daß es in Korea eingegriffen hat, um das «rote» Nordkorea auszulöschen und damit eine Operationsbasis für den Sturz des revolutionären Regimes auch in China zu gewinnen. Was MacArthur begonnen hat, wird Eisenhower nicht fahren lassen; höchstens daß Amerika seine gegenrevolutionäre Ostasienaktion in Zukunft weniger mit eigenen Streitkräften als mit denjenigen Südkoreas und Japans zu führen gedenkt[4].

Das säbelrasselnde Scharfmachertum der südkoreanischen Regierung ist übrigens doppelt bemühend angesichts der Tatsache, daß nach einem Bericht von Dr. Elfan Rees, dem Sachverständigen des Weltrates der Kirchen für Flüchtlingsfragen, die Lebensbedingungen in Korea die schlechtesten in der ganzen Welt sind. Die ganze Nation lebe in bitterster Armut. Besondere Not litten die 125 000 Waisen und verlassenen Kinder; dazu kämen 70 000 Taube und Verkrüppelte, eine unbekannte Anzahl von Kriegskrüppeln, etwa 15 000 herumschweifende Jugendliche und 300 000 mittellose Witwen und Kinder. (Nach der in der «Neuen Zürcher Zeitung» veröffentlichten Zusammenfassung des

---

abhängig machen wollte, daß auch die südkoreanische Regierung ihre ausdrückliche Zustimmung gebe. Dies ausgerechnet in dem Augenblick, da Syngman Rhee und seine Leute alles taten, um einen Waffenstillstand zu hintertreiben! Es brauchte schon ein höchst deutliches Abwinken aus Washington, um Herrn Petitpierre klarzumachen, daß er nur das elende Spiel der südkoreanischen Machthaber begünstige, wenn er auf seinem «Vorbehalt» bestehe. Der Bundesrat hat denn auch schleunigst den Rückzug angetreten, mit der Entschuldigung, daß er eben nicht genügend informiert gewesen sei...

Die ganze Sache ist recht blamabel für unsere weisen Regierer, die damit dem Rufe der Schweiz unendlich mehr geschadet haben als der Kommunist Emil Arnold, der jetzt wegen seiner vor zwei Jahren (!) gehaltenen Budapester Rede für acht Monate ins Gefängnis muß. Aber es wird für unsere Diplomatie noch ganz andere Niederlagen geben, wenn wir nicht endlich einmal den selbstgerechten, krankhaften Neutralismus ablegen, der so bösartig ausschlägt, wenn man ihm irgendwie zu nahe tritt! (12. Juni.)

[4] Mit dem in Aussicht stehenden Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea fällt vorderhand auch die Forderung Senator Tafts und anderer «Isolationisten» dahin, die Vereinigten Staaten müßten, wenn die Nordkoreaner und Chinesen nicht nachgäben, eben den Koreakrieg auf eigene Faust weiterführen. Es verdient aber festgehalten zu werden (weil unsere Presse darüber nur sehr nebenbei berichtet hat), daß Taft gleichzeitig auch wieder einmal mit dem Austritt Amerikas aus der UNO gespielt hat, die im Widerspruch zum Geist und zum Buchstaben ihrer Satzung zu einer bloßen Militärallianz für die Bekämpfung des Kommunismus herabgesunken und praktisch durch die Nordatlantikpakt-Organisation, dieses «Militärbündnis alten Stils», ersetzt worden sei. Entweder müsse jetzt die Satzung der UNO neu gefaßt werden, oder aber müsse Amerika die Organisation der Vereinten Nationen verlassen. Auf jeden Fall sei die Aufrechterhaltung einer Weltallianz zur Bekämpfung des Kommunismus kaum lange möglich, da Amerika die Kosten dafür ja doch nicht bezahlen werde und seine Verbündeten keine Lust hätten, das nötige Menschenmaterial zu liefern.

Berichtes handelt es sich offenbar immer um Südkorea.) Wie bei solchen Zuständen lebendige, fühlende und denkende Menschen noch weiter den Irrweg einer militärischen Zerschlagung der asiatischen Freiheitsbewegung gehen können, die ja nur infolge des fürchterlichen Versagens der europäisch-amerikanischen Völker gegenüber dem Problem der «zurückgebliebenen» Rassen mehr und mehr unter kommunistische Führung gerät — das ist eines der großen Rätsel unserer Zeit, für die es keine verstandesmäßige Lösung gibt.

Jedenfalls denkt man in der Zentrale der westlichen Welt — in Washington — im Ernst nicht daran, diesen verhängnisvollen Weg zu verlassen, zum mindesten nicht in Ostasien. Aber vielleicht im *Vorderen Orient*? Außenminister Dulles hat tatsächlich nach seiner Blitztour durch den Mittleren Osten und nach Indien erklärt, Amerika werde eine «neue» Mittelostpolitik einleiten, unter Preisgabe des Planes für eine vorderasiatische Militärorganisation, mit einer beschränkten technischen Hilfe für die Länder dieser Weltgegend und mit Eingliederung Israels in das politische System des Mittleren Ostens. Allein man hat das Recht, dieses Versprechen nicht allzu extensiv auszulegen. In Einzelfragen mag Amerika gewiß eine bessere Rolle im Orient spielen können als bisher, beispielsweise in *Persien*, wo es sich durch seine (wirkliche oder nur scheinbare) Unterstützung der britischen Erdölpolitik fast ebenso verhaßt gemacht hat wie England selbst, oder auch in *Ägypten*, wo die Sturheit der Regierung Naguib und der Rückfall Churchills in die alten britischen Kolonialmethoden den Konflikt um die Räumung der Suezkanalzone aufs neue verhängnisvoll zu verschärfen drohen. Wenn die Vereinigten Staaten hier einen vorläufigen Kompromiß vermitteln könnten — und Ägypten hat allen Grund, sich die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe nicht zu verscherzen —, so wäre wenigstens eine Besinnungspause gewonnen, der dann später eine endgültige Lösung des Streitfalles folgen könnte. Aber über solche begrenzte Aktionen hinaus ist eine grundsätzliche und tiefgreifende Änderung der amerikanischen Orientpolitik aufs höchste unwahrscheinlich, solange die Vereinigten Staaten im Fernen Osten auf dem imperialistischen Gewaltweg bleiben und hinter der ganzen amerikanischen Weltpolitik die verhängnisvollen kapitalistischen Kräfte wirken, die mit Eisenhower vollends ganz Oberwasser bekommen haben. Wie soll sich Amerika in Vorderasien mit wirklichem Ernst für die soziale und nationale Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker einsetzen, wenn es gleichzeitig in Ostasien im Bunde mit den korruptesten Feudalmächten die dort schon im Gang befindliche Revolution zu ersticken sucht? Der Umschwung zu einer *wirklich* neuen amerikanischen Außenpolitik muß in *ganz* Asien (und dazu in Europa, selbstverständlich) kommen — oder er kommt überhaupt nicht.

Von Douglas zu McCarthy Das wird einem besonders klar, wenn man das Buch des amerikanischen Bundesrichters *Douglas* «Strange lands and friendly people» («Fremde Länder — gute Menschen») liest, das diesen Herbst auch in deutscher Übersetzung (im Diana-Verlag, Zürich) herauskommen soll. Bundesrichter Douglas ist heftiger Antikommunist im üblichen Sinn; aber auf Grund wiederholter Reisen in Vorder- und Südostasien, die ihn während Monaten in enge Berührung mit allen Schichten der Bevölkerung gebracht haben, sieht er klar ein, daß die bisherige amerikanisch-westmächtliche Art, den Kommunismus zu bekämpfen, von Grund auf verfehlt ist. «Wir müssen», so sagt er im Schlußkapitel seines aufschlußreichen Buches,

«die Vorstellung aufgeben, die Welt könne oder solle nach amerikanischen Normen standardisiert werden. Mit Kugeln ist der Kommunismus nicht umzubringen... Die neue Welt, wie die Asiaten sie ersehnen, wird nicht dem Bauplan entsprechen, den wir uns für uns selbst aussuchen würden.» «Die Vereinigten Staaten wie die anderen Demokratien werden Sicherheit nicht in einem Gleichgewicht der bewaffneten Streitkräfte finden, sondern nur in einem Gleichgewicht der politischen Kräfte... Darum ist es so ungeheuer wichtig und dringlich, daß wir für Asien ein *politisches* und nicht ein militärisches Programm bereit haben.

... Politische Allianzen, die von Dauer sein sollen, lassen sich nicht auf die Macht von Waffen oder Dollars gründen, sondern nur auf ein Gefühl innerer Zusammengehörigkeit... Mit andern Worten: wir müssen mit Wärme und Verständnis an den Osten herangehen. Die Vergeltung wird bitter sein, wenn wir es weiterhin anders machen. Wer Asiens Dörfer bereist hat, dem ist es klar, daß die dort lebenden Menschen — falls wir die gleiche Rolle weiterspielen wie in den letzten fünf Jahren — sich zu einem großen Kreuzzug zusammenschließen werden: einem Kreuzzug wider Amerika. Nichts wäre unnötiger, nichts tragischer. Und doch steigt die amerikafeindliche Welle in Asien weiter; denn in den Augen der Asiaten ist Amerika zu mächtig, um mit ihnen zusammenzuarbeiten, und zu reich, um sie zu verstehen.»

Das ist nur zu wahr — wahrer, als Douglas selber glaubt. Denn eine Wendung der amerikanischen Außenpolitik in dem Sinne, wie er es meint, setzt eine *grundsätzliche Wendung der ganzen amerikanischen Lebensauffassung* voraus — eine Abkehr namentlich von jenem Reichtumsstreben und materialistischen Zivilisationsideal, das den Großteil des amerikanischen Volkes mit solch hypnotischer Gewalt beherrscht. Die Amerikaner rühmen andauernd — und ihre falschen Freunde beten es auch bei uns nach — den glänzenden, beispiellosen Erfolg der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Lebensform in ihrem Lande. Und wirklich: der Kapitalismus *hat* in Amerika, dank besonderen Umständen, unerhörten Erfolg gehabt; er hat das amerikanische Volk — oder doch seine Ober- und Mittelschicht, wozu auch die besserbezahlten Arbeiter gehören — märchenhaft reich und mächtig gemacht. Amerika ist wirklich zur reichsten und mächtigsten Nation der Erde geworden. Aber um welchen Preis! Es hat dabei seine Seele verloren! Wenn irgend einmal, so trifft heute auf Amerika Jesu Wort zu, daß es dem Menschen nichts nütze, wenn er auch die ganze Welt gewinne, sofern er sein wirk-

liches Leben darob verliere. Und was uns in diesem Zusammenhang besonders klar wird: ihr Reichtum und ihr Reichtumsstreben hat die Amerikaner unfähig gemacht, anders als in kapitalistischen Begriffen zu denken und Menschen, Klassen und Völker zu verstehen, die *nicht* in diesen Begriffen denken, deren Lebensideal *nicht* der amerikanische «way of life» ist, die vielmehr in einer Revolution gegen alles, was Kapitalismus und Imperialismus heißt, begriffen sind. Und das ist ja in Asien und Afrika wie in Ost- und Südeuropa nicht mehr die bürgerlich-demokratische Revolution, aus der auch Amerika hervorgegangen ist; es ist die soziale, ja die sozialistische Revolution, die nur dann nicht in kommunistisch-gewaltsamen Formen geschehen könnte, wenn die «demokratischen» und «christlichen» Völker den «zurückgebliebenen» Nationen eine bessere, höhere Art Revolution zeigen und vorleben könnten. Es ist die verdiente Strafe für sein Sichverlieren an den Geist des Kapitalismus, daß das moderne Amerika diese weltweite Revolution nicht nur nicht versteht, sondern sich auch in eine hysterische Angst vor ihrem Übergreifen auf Amerika selbst hineingesteigert hat und sich durch sie auf einen Weg hat treiben lassen, der deutlicher und deutlicher in einem dritten Weltkrieg zu enden droht. Wird Amerika noch beizeiten von diesem Weg abkommen? Wird sich Douglas durchsetzen oder McCarthy? Roosevelt oder Eisenhower? Christus oder Mammon?

Treibende Kräfte Im Anfang unseres Jahrhunderts — und auch schon vorher — erlebten die Vereinigten Staaten eine verheißungsvolle sozialistische Bewegung. Der tapfere Eugen Debs, der wiederholt für die Präsidentschaft kandidierte, erhielt noch 1912 fast eine Million Stimmen (was heute etwa drei Millionen Wählern entspricht), obwohl oder gerade weil er ein klar sozialistisches Programm verfocht. Und radikal-sozialistische Literatur überschwemmte geradezu ganz Amerika; das kleine Wochenblatt «Appeal to Reason» («Ruf zur Vernunft») hatte jahrelang eine Auflage von über 300 000. Henry George, Bellamy, Upton Sinclair und Jack London gehörten zu den am meisten gelesenen Schriftstellern. Heute ist das «freie Unternehmertum», ist Antikommunismus und MacCarthyismus Trumpf; Sozialismus ist zu einem richtigen Schimpfwort geworden, ja alles auch nur zahm Liberale wird als Landesverrat, als unamerikanisch verfemt und verfolgt.

Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Lage ist die Tatsache, daß Produktion und Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten von Jahrfünft zu Jahrfünft sprunghaft gestiegen sind. Allein zwischen 1929 und 1952 hat sich die Industrieproduktion verdoppelt; der Rohertrag der amerikanischen Gesamtwirtschaft hat sich zwischen 1941 und 1952 sogar verdreifacht, desgleichen das sogenannte Volkseinkommen; die Kapitalgewinne sind im gleichen Zeitraum sogar fünfmal höher geworden. Grund genug für die Nutznießer dieses Aufschwungs, für seine Dauer zu fürchten und aus Angst vor dem Kommunismus, der mit dem

ganzen Kapitalismus Schluß zu machen droht, fast den Verstand zu verlieren! Dies um so mehr, als der Güter*verbrauch* mit der Güter*erzeugung* bei weitem nicht Schritt gehalten hat, das heißt Absatzstockung und Krise immer eine Gefahr bleiben, und die Erinnerung an den großen Zusammenbruch zu Beginn der dreißiger Jahre und an Roosevelts «Sozialismus» den Normalamerikaner noch immer tief erschreckt. Forcierung der Ausfuhr von Waren und Kapital ist *ein* Mittel, um Absatz und Produktion in Einklang zu bringen; massive Rüstungsproduktion ein anderes, ja das als entscheidend erachtete. Und beide treiben zu einer expansionistischen, gewalttätigen Außenpolitik, insbesondere zum rücksichtslosen Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, der vor nichts zurückschrecken darf.

Ein kleines Beispiel. In *Guatemala* ist jetzt eine gewisse Bodenbesitzreform im Gang. Bisher waren 70 Prozent des anbaufähigen Landes in den Händen von nur 2,2 Prozent der Bodenbesitzer; einige davon besitzen bis zu 1 302 000 Jucharten. Die kleinen Bauern und Pächter haben demgegenüber Gütchen im durchschnittlichen Umfang von ganzen dreieinhalb Jucharten. Daran sollen jetzt sehr maßvolle Änderungen erfolgen, vor allem durch die Nationalisierung von *unbebautem*, aber anbaufähigem Land. Aber schon das ist in amerikanischen Augen Kommunismus, und die von amerikanischem Kapital beherrschte United Fruit Company (Obstbau- und Verwertungsgesellschaft), die mächtigste Wirtschaftskraft in Guatemala und den kleinen mittelamerikanischen, den Vereinigten Staaten hörigen Republiken überhaupt, hat eine große Propaganda gegen die geplante Reform entfesselt, eine — allerdings mißglückte — Revolution dagegen angezettelt und Schritte getan, um ein Eingreifen der Nachbarstaaten Guatemalas gegen die «kommunistische» Regierung Arbenz herbeizuführen. Wieviel gewaltigere Mittel muß der amerikanische Kapitalismus erst einsetzen, um nicht das verhältnismäßig kleine Guatemala (es ist immerhin fast so groß wie England, zählt aber nur 2,7 Millionen Einwohner) zu bodigen, sondern die riesige Sowjetunion und das noch riesigere China mit ihren zusammen 600 Millionen Menschen!

Die Mobilisierung dieser gewaltigen Mittel für die radikale Zerstörung der Revolutionsherde ist ja auch schon seit Kriegsende planmäßig im Gang. Aber vielen Amerikanern geht es damit noch immer zu langsam, vor allem auch was die Ausrottung des Kommunismus (oder was sie dafür ansehen) in den Vereinigten Staaten selber anbelangt. Darum sind in den letzten Jahren Mc*Carthy* und sein Anhang eine Macht geworden, gegen die die Regierung und die offiziellen Kreise schon heute Mühe haben, sich zu behaupten, und die nach dem Urteil nicht weniger Amerikaner ernsthaft Aussichten haben, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen unmittelbar ans Ruder zu kommen. (Ein McCarthy nahestehender Demagog, Nixon, ist ja bereits Vizepräsident der Vereinigten Staaten.) Die McCarthy-Bewegung wird gewiß aus sehr ver-

schiedenartigen Quellen gespeist. Man vereinfacht aber die Dinge doch kaum, wenn man sie auf drei miteinander eng verbundene Grundströmungen zurückführt. McCarthy — um die Gesamtbewegung nach ihrem bekanntesten Träger und Agitator zu nennen — ist erstens Ausdruck des schlechten Gewissens, das die Besitzenden und ihre Mitläufer gegenüber der sozialen Revolution haben; zweitens Ausdruck der — oft nur halbbewußten — Empfindung, daß der Kampf gegen den Kommunismus, im bisherigen Stil weitergeführt, national und international mit einem völligen Mißerfolg enden werde; und darum drittens der fast verzweifelte Versuch, den drohenden Mißerfolg durch die schärfsten Mittel doch noch in einen Erfolg zu verwandeln. Dadurch wird sich McCarthy aber nur endgültig selbst enthüllen und derart übersteigern, daß sein Zusammenbruch unvermeidlich wird und mit ihm der ganze Antikommunismus einen tödlichen Schlag empfängt.

Der Vergleich mit Hitler drängt sich ja förmlich auf, bei allen Unterschieden, die zwischen den beiden Vorkämpfern eines aggressiven, verlogenen Antikommunismus und ihren respektiven Bewegungen selbstverständlich bestehen. Der «New Statesman» hat darum recht, wenn er vor der oberflächlichen, bagatellisierenden und etwas hochmütigen Beurteilung des McCarthyismus warnt, wie sie auch bei uns zulande üblich ist, wo man gern sagt: «Dieser McCarthy — das ist doch nur ein wüster Hetzer, der nicht weiter ernstzunehmen ist, weil hinter ihm keine reale Macht steht, ein häßlicher Auswuchs am amerikanischen Volkskörper, dessen *gemäßigter* Antikommunismus im übrigen durchaus gesund und richtig ist.» Nein, McCarthy offenbart nur, was das eigentliche *Wesen* des Antikommunismus ist und wohin er unvermeidlich führen wird, wenn er nicht radikal aus dem öffentlichen Leben Amerikas wie der anderen westlichen Länder ausgeschieden wird. McCarthy ist tatsächlich, wie das erwähnte Labourorgan sagt, «ein soziales Phänomen in dem Amerika des Kalten Krieges». Auch Adolf Hitler, der Schicklgruber der Variétés, sei zuerst als bloßer komischer Abenteurer abgetan worden — bis die Ruhrindustriellen und die preußischen Militärs ihn zum Werkzeug ihrer Pläne gemacht hätten. Ähnlich sammelten sich um McCarthy jetzt mächtige Interessen und einflußreiche Organisationen: römische Katholiken, viele Unternehmer und ihre Vertreter in beiden großen Parteien, die halbfaschistischen «Demokraten» der Südstaaten und ein Haufen höriger Druckgruppen, von der Amerikanischen Legion bis zu den Hearst-Blättern. «Es ist der Antikommunismus, der diese sozialen Gruppen zusammenbindet — ein tiefes soziales Unbehagen, das im Antikommunismus das gleiche Ventil findet, das so viele Deutsche im Antisemitismus fanden.»

Die Regierung und die sie stützenden Mächte können und wollen vorerst nicht ernsthaft gegen McCarthy vorgehen, obwohl es ihnen ein leichtes wäre, auf Grund des bei der Bundespolizei liegenden Materials McCarthy als Korruptionist ebenso schnell zu erledigen, wie das mit

einem seiner Vorgänger im Präsidium des Ausschusses zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe, Thomas, geschehen ist. Aber zunächst *braucht* die Regierung ihn noch. Wie die «Monthly Review» schreibt:

«Das ganze Gebäude der Regierungspolitik, im Innern wie nach außen, ruht auf der Rotenhetze, und McCarthy ist der Champion der Rotenhetzer. Es wäre unmöglich, McCarthy zu diskreditieren, ohne die Kommunistenhetze als den schmutzigen Betrug bloßzustellen, der sie tatsächlich ist. Und nichts wäre gefährlicher als dies für eine Politik, die nach außen auf Welteroberung ausgeht und im Innern auf zunehmende Militarisierung.»

Und doch wird Eisenhower um die offene Auseinandersetzung mit McCarthy und seiner Partei auf die Länge so wenig herumkommen, wie Truman um die Kraftprobe mit MacArthur und seiner Partei herumgekommen ist. Ob aber bis dahin nicht Unheil geschehen sein wird, das nur schwer wiedergutzumachen ist? Auf alle Fälle ist die McCarthy-Bewegung noch immer im Aufstieg begriffen, und es wäre — bei aller Notwendigkeit des tapfersten Kampfes gegen sie — unrealistisch, auf einen baldigen Sieg des *anderen* Amerikas über McCarthy und den ganzen brutal-reaktionären Kapitalismus zu hoffen, der hinter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten stärker und zielbewußter am Werk ist als je. Der Umschwung muß wohl von anderswoher kommen[5].»

Wird England unabhängig? Wir werden damit neuerdings auf die Notwendigkeit gestoßen, die amerikanischen Kriegskräfte *von außen her* unwirksam zu machen. Denn man kann es nicht oft genug wiederholen: Amerika ist nicht imstande, einen Krieg von größerem Ausmaß zu führen, weder in Asien noch in Europa, wenn es nicht auf das Militär- und Wirtschaftspotential Westeuropas zählen kann. Eine *europäische Unabhängigkeitsbewegung*, die sich bis zu den entscheidenden Kommandostellen hinauf durchsetzen würde, vermöchte darum die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen

[5] Wie fest sich das gegenrevolutionäre Amerika im Sattel fühlt, ersieht man auch aus der Ablehnung aller Bemühungen, das Ehepaar *Rosenberg* vor dem elektrischen Stuhl zu retten. Mögen auch Julius und Ethel Rosenberg nicht so unschuldig sein, wie sie standhaft behauptet haben (diese ihre Standhaftigkeit im Angesicht des Todes scheint freilich doch für ihr gutes Gewissen zu sprechen), so haben sie doch ganz gewiß kein todeswürdiges Verbrechen begangen. Sie sind einfach Opfer des bösartigen Antikommunismus geworden. Schmach über ein Amerika, das diesen Justizmord begeht!

Ein schlechtes Zeichen ist auch, daß Präsident Eisenhower kürzlich die höchsten Wehrmachtsposten mit ausgesprochenen Scharfmachern besetzt hat. Insbesondere der neue Vorsitzende des Rates der Stabschefs, Admiral Radford, wird als «glänzender, aber ungeduldiger Anwalt der ‚Macht's-allein'-Schule» beschrieben, der noch unlängst verlangt habe, die Vereinigten Staaten müßten nötigenfalls auf eigene Faust eine Flottenblockade über China verhängen. Sein Vorgänger, General Bradley, übte gerade in der Frage der Ausdehnung des Koreakrieges auf China einen mäßigenden Einfluß aus; er war der Hauptgegner MacArthurs innerhalb der Militärhierarchie. Auch der neue Chef der Militärorganisation der Nordatlantikstaaten, General Grünther, ist als Draufgänger bekannt.

dem Sowjetblock und dem amerikanischen Weltreich auf alle absehbare Zeit zu bannen. Stimmungsmäßig, von den Völkern her, ist eine solche Unabhängigkeitsbewegung ja schon längst im Gang[6]. Westeuropa fühlt sich mehr und mehr als bloßer Gegenstand amerikanischen Herrschaftsstrebens. Es hat Mühe, auch nur die nötigsten Rohstoffe für seine Industrie zu finden; Amerika stapelt alles Erreichbare für sich selber auf. Das Einströmen amerikanischen Kapitals und amerikanischer Waren engt die wirtschaftliche Selbständigkeit der westeuropäischen Länder mehr und mehr ein, und zwar um so empfindlicher, als auch die neue deutsche und japanische Konkurrenz, die von den Vereinigten Staaten planmäßig aktiviert wird, von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird. Dazu kommt die Stationierung erheblicher amerikanischer Streitkräfte in den west- und südeuropäischen Ländern, die kaum mehr viel anderes sind als große amerikanische Wehrmachts- und Operationsbasen. Nicht zu reden von dem oft so anmaßenden und rohen Auftreten der amerikanischen Besatzungstruppen, das weitherum böses Blut in der Bevölkerung macht.

Aber dieser mehr gefühlsmäßige Widerstand gegen die amerikanische Oberherrschaft muß sich eben auch in einer klaren *politischen* Haltung ausdrücken. Vor diese Aufgabe sieht sich vor allem *England* gestellt. Denn England geht ja seit Kriegsende recht eigentlich an amerikanischen Wirtschaftskrücken. Das war vielleicht anfangs nicht zu vermeiden oder doch nur dann, wenn sich das britische Volk noch viel härtere Einschränkungen auferlegt hätte, als es ohnehin tun mußte. Aber so kann das nicht weitergehen. Nicht nur weil die wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika auch eine weitgehende politische Bindung an die Vereinigten Staaten mit sich gebracht hat, die in England als immer lebensgefährlicher erkannt wird, sondern auch aus rein wirt-

---

[6] Das beweisen neuerdings die *italienischen Parlamentswahlen*. Die klerikale Regierungspartei mit ihren Anhängseln, eingeschlossen die Sozialdemokratie, hat sicherlich alles getan, was sie nur konnte, um sich eine zuverlässige Mehrheit im neuen Parlament zu sichern. Vor allem hat sie fast im letzten Augenblick noch jenes betrügerische Wahlgesetz durchgedrückt, das der von de Gasperi beherrschten Koalition ein paar Dutzend Extramandate zugeschanzt hätte, wenn sie nur wenigstens 50,1 Prozent der Stimmen bei den Kammerwahlen bekommen hätte; sie ließ die neue amerikanische Botschafterin, Frau Luce, mit Entzug der USA-Hilfe drohen, falls die Linke gewinnen sollte; sie hat natürlich auch, wie vor fünf Jahren, Kanzel und Beichtstuhl ausgiebig in ihren Dienst stellen lassen. Es half aber alles nichts. Im Senat bekam die Regierungskoalition zwar noch einmal eine knappe Mehrheit, aber in der Kammer reichte es ihr nicht einmal zu den 50 Prozent Stimmen — es sei denn, sie korrigiere durch nachträgliche Schiebungen das Wahlglück doch noch zu ihren Gunsten. Die sogenannten Christlichdemokraten haben gegen 1948 zwei Millionen Stimmen verloren, und ihre kleinen Verbündeten sind sogar fast erledigt, während die Monarchisten und Faschisten auf 3,4 Millionen Stimmen hinaufgeschnellt sind und die Linkssozialisten und Kommunisten auch 1,4 Millionen Stimmen gewonnen haben. Mit ihrer alten Mehrheit werden so die Parteien der Mitte nicht mehr weit kommen; vielleicht, daß der konservative Klerikalismus jetzt mit der extremen Rechten ins Geschäft zu kommen sucht, um die drohende soziale Revolution abzuwenden. Was diese natürlich nur beschleunigen könnte. Amerika hat auf jeden Fall eine Schlacht verloren. Die Völker West- und Südeuropas erwachen! (12. Juni.)

schaftlichen Gründen. Schon ein verhältnismäßig schwacher wirtschaftlicher Rückschlag in Amerika müßte England zum Verhängnis werden. Nach John Strachey, dem früheren Labourminister, hätte eine Verminderung des Güterverbrauches in Amerika auch nur um 4 Prozent einen Rückgang der Ausfuhr des Sterlingblocks nach den Vereinigten Staaten um einen Drittel zur Folge. («New Statesman» 23. 5.) Aber auch abgesehen davon empfindet man es in England als unwürdig und verkehrt, auf die Länge ein Kostgänger Amerikas zu sein und so allmählich zum bloßen Dienstmann der amerikanischen Wirtschaftsmacht herabzusinken. Professor Cole bezeichnet es daher in der «Tribune des Peuples» (Nr. 1) als die zentrale Aufgabe der englischen Politik, «Großbritannien wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen, damit es wieder Herr seiner Geschicke wird und imstand ist, ohne jemanden anzubetteln, nicht nur seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auch seinen Beitrag an die wirtschaftliche Entwicklung der am wenigsten fortgeschrittenen Teile der Welt zu leisten.»

Wir können hier nicht im einzelnen auf den Weg eintreten, den Cole zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt, und der vor allem die Aufrichtung einer durchgreifenden Planwirtschaft mit weiteren Sozialisierungen einschließt. Es genüge, zu sagen, daß dieser Weg *hart* sein und dem britischen Volk neue, langdauernde Entbehrungen nicht ersparen wird, also nicht populär sein kann; und sodann, daß nach Cole die Folge der neuen Wirtschaftspolitik eine Neueinstellung auch der britischen Außenpolitik sein müßte:

«Die Aufrechterhaltung einer starken Aufrüstung ist gänzlich unvereinbar mit der Ingangsetzung der Maßnahmen, die für die Wiederherstellung der britischen Wirtschaft nötig sind... Eine solche Orientierung wird wenn nicht den Bruch mit den Amerikanern zur Folge haben, so doch die Weigerung, ihrer Führung zu folgen. Es wird von ihnen abhängen, ob sie bei der neuen Sachlage mit uns brechen oder die Logik der Tatsachen annehmen und ihre Politik danach einrichten wollen. Brechen sie mit uns, so werden sie um so weniger imstande sein, ohne unsere Hilfe einen Krieg auszulösen; nehmen sie die Lage als gegeben hin, dann werden sie den Gedanken aufgeben müssen, den Westen zu einem antikommunistischen Kreuzzug zusammenzuschließen, und gezwungen sein, die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens mit der Sowjetunion zu prüfen.»

Unabhängigkeit von Amerika also nicht nur als selbständiges Ziel der britischen *Politik*, sondern auch als unerläßliches Mittel der Wiedergesundung der britischen *Wirtschaft*.

„Frankreich stirbt sachte ab" Die Lage Frankreichs ähnelt derjenigen Englands und ist doch wieder davon sehr verschieden. Auch Frankreich lebt seit 1945 wirtschaftlich von amerikanischer Unterstützung. Aber, wie Claude Bourdet in der «Tribune des Peuples» schreibt: «In Großbritannien war sie (die amerikanische Unterstützung) der Rettungsgürtel, der einem mutigen Kauf-

mann in schwieriger Lage zugeworfen wurde, damit er gegen die Strömung aufkommen könne. In Frankreich war sie der Vorschuß, den ein bedürftiger und jammernder Unternehmer erpreßt hat, weil er unbedingt entschlossen war, seinen Riemen nicht enger zu schnallen. In Großbritannien sollte die amerikanische Hilfe dazu dienen, neue Anstrengungen zu machen; in Frankreich dazu, solche Anstrengungen zu vermeiden.»

Es ist darum nur natürlich, daß Frankreich wirtschaftlich nicht gesunden konnte. «La France aussi meurt doucement» ist der Titel eines Artikels von Georges Suffert in der erwähnten Pariser Zeitschrift. Frankreich stirbt langsam ab; es serbelt sowohl wirtschaftlich als politisch dahin. Sein Volkseinkommen betrug im Jahre 1950 nur 493 Dollar je Kopf der Bevölkerung, gegen 635 in England und 1573 in den Vereinigten Staaten. Die Industrieproduktion ist völlig ungenügend; in der Sowjetunion beträgt zum Beispiel die jährliche Zunahme der Kohlenförderung 24 Millionen Tonnen oder 40 Prozent der französischen *Gesamtförderung*. Der Verbrauch elektrischer Kraft entspricht in den Vereinigten Staaten dem Verbrauch von neun Tonnen Kohle je Kopf; in England sind es fünf Tonnen, in Frankreich nur 2,35 Tonnen. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren es 2,14 Tonnen — ein Fortschritt von wenigen Dezimalen. Die französische Landwirtschaft ist krank; die mittlere Getreideerzeugung beträgt zwar jetzt etwa 18 Zentner je Hektare gegen 15 vor dem Krieg, aber eine Reihe von Departementen weist eine Abnahme der Getreideproduktion auf, während andere auf einem außerordentlich niedrigen Stand verharren.

«Bei alldem», sagt Suffert, «geht es nicht einmal bloß um die Unabhängigkeit; es geht ums Weiterleben. Wenn wir nicht die notwendige Anstrengung fertigbringen, werden wir morgen ein Land wie Italien sein und ein paar Jahre nachher auf der Stufe von Spanien stehen. Der Kampf um die Demokratie wird auf diesem Boden ausgefochten; ein rückständiges Land kann nicht demokratisch sein. Die Demokratie hängt mit der Produktion zusammen, mit Maschinen, Fabriken, modernen Ackerbaustationen usw. Auch das Schicksal der Revolution der Arbeiterschaft steht hier auf dem Spiel; denn was hülfe uns ein Erfolg der Revolution, wenn wir ganz einfach eine Kolonie geworden wären?»

Frankreich ist tatsächlich auf den Rang einer amerikanischen Kolonie heruntergesunken, wirtschaftlich und namentlich politisch. Es hat, so stellt Bourdet fest, die amerikanische Hilfe nur bekommen, indem es die Kommunisten aus der Regierung entfernte. Es drohte mit dem kommunistischen Gespenst immer wieder, wenn es Dollars brauchte. Es konnte und kann seinen indochinesischen Krieg nur mit amerikanischer Unterstützung führen. Es paßte sich mehr und mehr dem System der «freien Wirtschaft» an, das in Amerika Alleingeltung hat, nachdem bei Kriegsende der Weg zum Sozialismus offengestanden hatte:

«Im Gefühl, die Vereinigten Staaten im Rücken zu haben, faßte das französische Bürgertum wieder Mut und ging sehr rasch daran, sich mit seinen Gegnern zu messen — und dann sie zu liquidieren. Von diesem Augenblick nahm die französische Politik ein täglich reaktionäreres Tempo an.

...Da die Rückkehr zu der Dreiparteienkoalition (mit den Kommunisten) infolge des Marshallplanes unmöglich geworden war, konnte die Rechte die Republikanische Volksbewegung und die Sozialisten auf äußerst wirksame Art erpressen mit der Drohung, sich aus der Koalition zurückzuziehen; die Sozialisten gerieten so auf die Bahn einer Politik, die allen Interessen der Arbeiterschaft zuwider war. Das wirtschaftliche Ergebnis war eine Preissteigerung, die viel rapider vor sich ging als die Lohnerhöhung, trotz der Steigerung der Produktion; das politische Ergebnis aber waren die Festigung der Kommunistischen Partei und die Abkehr des Arbeiterelements und der besten Vertrauensleute von der Sozialistischen Partei. Also genau das Gegenteil dessen, was man theoretisch mit Hilfe des Marshallplanes hatte erreichen wollen.»

Dieser ganze Tatbestand steht hinter der politischen Dauerkrise, von der Frankreich erfaßt ist, steht auch hinter der jüngsten Regierungskrise, die schon mehr eine eigentliche Krise des ganzen Regimes ist, unter dem Frankreich leidet. Wird Frankreich bald wieder gesunden? Wird es die Vormundschaft Amerikas abzuschütteln die Kraft finden? Wird es der Wiederaufrüstung Westdeutschlands doch noch die Zustimmung verweigern? Es ist zum mindesten fraglich. Ein hoffnungsvoll stimmendes Zeichen ist immerhin das Wiedererwachen der französischen Arbeiterschaft, deren jüngste Streikbewegungen keineswegs nur eine Antwort auf die zunehmende Senkung der Lebenshaltung sind, sondern auch ein Protest gegen die soziale Reaktion, gegen die Unfähigkeit und Korruption in Regierung und Verwaltung, gegen den katastrophalen Krieg in Indochina und gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Und es ist Del Vayo zuzustimmen, wenn er (in der «Nation», 16. Mai) glaubt, die neue Regsamkeit der französischen Arbeiter könne einen tiefen Einfluß auf die künftige politische Entwicklung in Europa haben. «Wir stehen erst am Anfang einer neuen Wegrichtung, und ich wäre sehr überrascht, wenn die alterprobte Taktik einer Vorspiegelung der Gefahr einer russischen Invasion, an die jeden Tag weniger Franzosen glauben, die Arbeiter wieder in Schlaf zu versetzen vermöchte.»

Deutsche Neuorientierung! Je unsicherer England und Frankreich werden, desto mehr verläßt sich Amerika auf *Westdeutschland*, dessen Ostpolitik mit derjenigen der Vereinigten Staaten parallel läuft. Das ist ja der schwere Albdruck der Russen: daß ein mit amerikanischem Geld wieder aufgerüstetes und von der amerikanischen Atomluftwaffe unterstütztes Westdeutschland aufs neue losschlagen und wenn nicht die Sowjetunion zerstören, so doch ihr Schäden und Verluste zufügen könnte, die, wenn überhaupt, auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr heilbar wären. Darum die wiederholten russischen Friedensinitiativen und besonders das sowjetische Bemühen, den endgültigen Anschluß Westdeutschlands an das atlantische Militärsystem zu verhindern. Bisher hat die Sowjetunion, über gewisse moralische Wirkungen hinaus, damit noch keinen Erfolg gehabt. Aber sie hat auch noch nicht ihre letzte Karte ausgespielt. Wohl hat sie, an die eigenen nationalen Bestrebungen der Deutschen anknüpfend, im Frühjahr 1952

den Westmächten eine Lösung der deutschen Frage in dem Sinne vorgeschlagen, daß die beiden jetzt getrennten Hälften Deutschlands auf Grund gemeinsamer Wahlen wiedervereinigt und sogar eine eigene Armee bekommen sollten, wenn zuvor sichergestellt sei, daß sich Deutschland keinem der bestehenden Bündnissysteme anschließe. Allein die Westmächte haben gerade diese Bedingung immer schroff abgelehnt — von ihrem und namentlich vom amerikanischen Standpunkt aus ganz selbstverständlich, da ja sonst die ganze «Eindämmungs-» und «Befreiungspolitik» gegenüber Osteuropa zusammenbräche. Aber was geschähe, wenn nun die Sowjetunion ein ähnliches Angebot *direkt an Deutschland* richtete? Wenn es ihm Einheit und eine nationale Armee anböte und als Gegenleistung den Abschluß eines deutsch-russischen Nichtangriffvertrags forderte, der all die Abmachungen mit dem Westblock unnötig machte, Abmachungen, die in Westdeutschland selbst weithin mit größtem Widerstreben eingegangen werden, weil damit die Abspaltung des Ostens verewigt und dazu die Gefahr eines allverheerenden Krieges mit dem Sowjetblock heraufbeschworen würde?

Die Wirkung eines solchen Angebots auf Deutschland wäre um so stärker, als die Sowjetunion der deutschen Industrie auch einen gewaltigen Absatzmarkt in Aussicht zu stellen vermöchte, der von Albanien bis China reichte. Auch wenn die im September fälligen Neuwahlen zum westdeutschen Bundestag davon nicht entscheidend beeinflußt würden, so könnte doch die weitere Entwicklung in Westdeutschland dadurch in erheblichem Maße mitbestimmt werden, einerlei ob es schließlich zur endgültigen Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kommt oder nicht. Die Sowjetunion könnte jedenfalls darauf zählen, daß bei gesamtdeutschen Wahlen die Sozialdemokraten, sei es allein, sei es zusammen mit den Kommunisten (die in Ostdeutschland eine nicht unbedeutende, an der neuen Ordnung unmittelbar interessierte Anhängerschaft behalten werden), eine feste Mehrheit gewinnen würden. Und dann würden die Sozialdemokraten, wie ihre Führer immer wiederholen, unzweifelhaft den Pariser Vertrag aufkünden und durch ein neues Abkommen ersetzen, das Deutschlands Bindung an den Westen so lockern würde, daß die Russen kaum mehr viel dagegen einzuwenden hätten. Kurz, die Sowjetunion hätte kaum irgend welche Hemmungen, Ostdeutschland preiszugeben, wenn sie davor gesichert wäre, daß ein neugeeinigtes Deutschland als Sturmbock gegen den Ostblock mißbraucht würde. Ja, man könnte sich sogar vorstellen, daß sich allfällige Ausdehnungsbestrebungen des «neuen» Deutschland eher nach Westen richten würden, vor allem auf die Saar hin, wenn nicht gar auf das Elsaß, das man in Deutschland noch lange nicht abgeschrieben hat.

Was aber würde aus Deutschlands Ostgrenze? Wäre die Sowjetunion imstande, Polen ein weiteres Mal teilen zu lassen und Deutschland seine verlorenen Ostprovinzen zurückzuerstatten? Würde sie

riskieren, daß im Schoße der Tschechoslowakei ein neuer sudetendeutscher Unruheherd entstünde? Und wäre sie bereit, selber Ostpreußen zu opfern, aus dem sie jetzt eine so formidable militärische Operationsbasis gemacht hat? Oder wären alle Beteiligten weitsichtig genug, um auf neue Grenzverschiebungen ein für allemal zu verzichten, dafür aber den politischen Grenzen ihre sachliche Bedeutung zu nehmen und wirtschaftliche wie persönliche Freizügigkeit zwischen Deutschland einerseits, Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei anderseits herzustellen? Die Frage der deutschen Ostgrenze muß jedenfalls irgendwie gelöst werden, wenn eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und dem Sowjetblock erreicht werden soll. Sonst schneiden sich die Russen ins eigene Fleisch, wenn sie die Hand zu einer Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht bieten.

Aber wäre mit einer deutsch-russischen Verständigung auf breiter Grundlage nicht die Kriegsgefahr für Europa so entscheidend vermindert, daß nun *allgemein* abgerüstet werden könnte und somit auch eine neue deutsche Armee, auf die Rolle eines bloßen Grenzschutzes polizeilicher Art beschränkt, keine Bedrohung für Deutschlands Nachbarn mehr darstellte, weder für die östlichen noch für die westlichen? Wie dem auch sei: eine deutsche Abrüstung ist auf die Dauer nur im Rahmen einer allgemein-europäischen Abrüstung möglich. Das eine bedingt das andere; das deutsche Problem wird nur gelöst werden, wenn auch das europäische Problem gelöst wird, und umgekehrt hängt die Befriedung Europas davon ab, daß die deutsche Frage eine friedliche Lösung findet. Durch die Zurückgewinnung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Amerika könnten sowohl England wie Frankreich entscheidend dazu beitragen, daß auch Westdeutschland von dem gefährlichen Weg abgedrängt wird, auf den es sich mit seiner Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten begeben hat, und auf einen neuen, verheißungsvollen Weg gewiesen wird; anderseits müßte eine Wendung in Deutschland auch eine Umkehr der britischen und französischen Politik bewirken und einem neuen, selbständigen, mit dem amerikanischen wie dem sowjetischen Raum in friedlichem Austausch stehenden Westeuropa den Boden bereiten. Wo der Durchbruch zu diesem Europa geschieht, ob zuerst in der Mitte oder am Rand, das ist nicht so sehr wichtig; wichtig ist allein, daß er noch geschieht, bevor die im amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus zur Entladung drängenden Zerstörungskräfte ihre endgültige, volle Auswirkung auf unseren alten Erdteil gefunden haben. Für Amerika selbst wäre das der größte Segen.

5. Juni. *Hugo Kramer*

Redaktionelle Bemerkungen

Arnold Lüscher, dessen wir in diesem Hefte gedenken, wäre es lieb gewesen (wie er kurz vor seinem Tode einem Freunde gegenüber äußerte), wenn sein im Jahre 1924 in den «Neuen Wegen» erschienener Beitrag in dieser Zeitschrift wieder abgedruckt würde. Wir erfüllen gerne seinen Wunsch und lassen den zu früh Verstorbenen selber noch einmal das Bekenntnis seines Lebens aussprechen, nach welchem er sein Handeln richtete.

Als grundlegenden Beitrag zur Friedensfrage bringen wir unsern Lesern einen Abdruck aus der 1941 erschienenen Broschüre der damaligen RUP (Weltaktion für den Frieden), und zwar Leonhard Ragaz' Aufsatz: «Die geistigen Grundlagen des Friedens». Die Schaffung des Friedens, des echten Friedens, ist ja nicht nur eine politische und keine oberflächliche Angelegenheit, sondern eine geistige Frage, die in alle Tiefen des menschlichen Lebens dringen soll. Leonhard Ragaz hat mit seinem Beitrag in diesem Sinne Pionierarbeit geleistet, und zu dem, was er sagt, bekennen wir uns in unserm Kampf um den Frieden. Wir möchten alle unsere Freunde bitten, an unsern

Ferienkurs auf dem Flumserberg

(3. bis 10. Oktober)

zu denken und dort mitzuhelfen, die Wege zu finden und zu beschreiten, die aus dem Todeszirkel der Gewalt hinausführen. Das Hauptthema dieses Kurses lautet: «Die Welt vor der Friedensfrage — Der Sinn des Friedenskampfes für die Völker und den einzelnen Menschen.» Alles Nähere über diesen Ferienkurs erfahren unsere Leser im Juli-/August-Heft. In diesem Heft wollen wir versuchen, uns mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. Diese Bemühungen gehören wesentlich zum Friedenskampf.

D. R.

Berichtigung

Im Mai-Heft der «Neuen Wege» muß es auf Seite 158 in der 8. Zeile von unten heißen: «übernommen» (statt «unternommen»). Auf Seite 174 des gleichen Heftes muß es in der letzten Zeile heißen: «die ihr Regime fälschlicherweise *als* ‚Diktatur des Proletariates' bezeichnet.»

D. R.

Erklärung württembergischer Theologen

Als Christen, die das Evangelium zu bezeugen haben, fühlen wir uns vor Gott im Gewissen verpflichtet, noch einmal unsere Stimme zum politischen Weg unseres Volkes zu erheben.

Wir warnen vor dem Wahn, es könnten heute noch politische Probleme durch Waffengewalt gelöst werden. Ein Krieg — Korea hat das wiederum aufs eindringlichste bewiesen — führt nur in neue, noch größere Schwierigkeiten hinein, die doch einmal auf friedlichem Wege überwunden werden müssen.

Wir warnen vor der Versuchung, Heeres- und Kriegswesen unserer heranwachsenden Jugend gegenüber schon wieder zu verharmlosen oder gar zu verherrlichen. Das unsägliche Leid und Elend, das ein moderner Krieg mit sich bringt, die sittlichen und materiellen Zerstörungen, die er anrichtet, machen es uns unmöglich, eine Politik gutzuheißen, die bewußt das Risiko eines neuen Weltkrieges auf sich nimmt.

Wir warnen vor dem Wahn, als könnte man durch Aufrüstung eine kriegerische Auseinandersetzung auf die Dauer verhindern. Unsere politische Wirksamkeit kann nur auf Verständigung und fortschreitende allgemeine Abrüstung gerichtet sein.

Wir warnen vor dem Wahn, unser Vaterland durch den Aufbau einer Wehrmacht und deren Anschluß an andere Mächte einigen zu können. Man vertieft dadurch nur die Spaltung und reizt die andere Seite zu entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Wir warnen vor dem Wahn, die Ankurbelung der Rüstungsindustrie bedeute eine Blüte der Wirtschaft. Jede Aufrüstung ist unproduktiv und bringt nur scheinbare Mehrung des Einkommens. Sie verhindert eine wahre Gesundung und Besserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes; sie führt fast zwangsläufig dazu, daß man das aufgestapelte Kriegsmaterial erproben will, und endet früher oder später in einer inneren und äußeren Katastrophe.

Wir bitten alle Verantwortlichen in Regierung und Volk, jede Möglichkeit einer Entspannung und friedlichen Verständigung zwischen Ost und West ehrlich und geduldig zu nützen.

Wir bitten, nicht immer nur von der andern Seite Beweise aufrichtigen Friedenswillens zu fordern, sondern sie auch selbst zu geben.

Wir bitten mitzuhelfen, daß im Westen wie im Osten der Verhetzung und den Verdächtigungen Einhalt geboten werde.

Wir bitten, der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht, über die das Volk niemals befragt worden ist, entschieden und unbeirrbar zu widersprechen. Wir waren lange genug zu unserem Unheil ein «Volk in Waffen».

Wir bitten insbesondere, die persönliche Entscheidung des einzelnen zu achten und niemand zu einem Tun zu nötigen, das seinem Gewissen widerspricht. Gegen das Gewissen erzwungener Kriegsdienst bedeutet — zum mindesten für den Betroffenen selbst — befohlener Mord.

Wir bitten die Kirche um ein klares und praktisches Friedenszeugnis, um ein freudiges Bekenntnis zu dem Wege Jesu, der nicht der Weg der Cäsaren, aber der

einzige Weg zur Überwindung der Spannungen zwischen den Völkern wie zwischen den einzelnen Menschen ist. Der Ruf der Synoden und Kirchentage von Eisenach, Essen und Berlin-Weißensee fordert mehr, als was wir bisher getan haben. Wer diesen Ruf vergessen läßt, macht das Zeugnis der Kirche vor der Welt unglaubwürdig.

Pfarrer Rudolf Daur, Stuttgart
Pfarrer Helmut Goes, Uhlbach
Pfarrer Eberhard Lempp, Nellingen

Ihre Zustimmung haben weiter erklärt:

Pfarrer Andreas Bötsch, Illingen
Studienrätin Marie Breit, Stuttgart
Repetent Eberhard Buder, Tübingen
Schriftleiter Willy Collmer, Stuttgart
Pfarrer Theo Daur, Stuttgart-Hedelfingen
Pfarrer D. Diem, Ebersbach
Pfarrer Karl Dieterich, Jesingen/Teck
Pfarrverweser H. Martin Freudenreich, Sulz/N.
Robert Hartkäse, Tübingen
Pfarrer Rudolf Hauser, Magstadt
Pfarrer W. Heintzeler, Honhardt
Pfarrer Dr. Hermann Heisler, Königsfeld
Pfarrer Gebhard Kleinknecht, Nassau
Pfarrer Otto Krauß, Owen/Teck
Pfarrer Dr. Manfred Mezger, Pfäffingen
Pfarrer Otto Müllerschön, Stuttgart-Bad Cannstatt
Studienrat Gottfried Rieger, Tuttlingen
Jugendpfleger Hrch. Roesinger, Mannheim
Pfarrer Gottfried Roller, Sulz/N.
Pfarrer Hans Rücker, Schwäbisch-Hall
Pfarrer Ludwig Simon, Mannheim
Pfarrer Hermann Schäufele, Schlaitdorf
Studienrat Paul Schempp, Kirchheim/Teck
Pfarrer E. Straub, Gründelhardt
Pfarrer Konrad Volz, Zell unter Aichelberg
Pfarrer Kurt Wagner, Gnadental
Dekan Gotthilf Weber, Stuttgart-Bad Cannstatt
Pfarrer H. Weber, Eislingen/Fils
Studienrat Rolf Weber, Bad Boll
Pfarrer Heiner Weitbrecht, Stubersheim
Pfarrer Paul Weitbrecht, Urspring-Ulm
Pfarrer R. Widmann, Eglesheim
Pfarrer Otto Witt, Widdern
Pfarrer Otto Wolfart, Egolsheim
Repetent Jörg Zink, Tübingen

Der Ruf der Stunde*

Gedanken zur Königsteiner Tagung

Das Leben des Christen ist unteilbar wie seine Verantwortung. Er kann nicht unterscheiden zwischen persönlichem, politischem oder wirtschaftlichem Leben; zwischen der Verantwortung für die Gläubigen oder die Nichtglaubenden. Er kann nur trachten, aus der einen Wahrheit dazusein und zu wirken; kein Argument kann ihn verpflichten, das ihn zwingt, gegen diese Wahrheit zu sein. Das ruft ihn in der gegenwärtigen Welt auf einen einsamen Weg. Es ist nicht unmöglich, diesen Weg zu gehen; aber diese Möglichkeit kann nur als ein Unbegreifliches, unter der Gnade und in der Bereitschaft zum totalen Opfer erfahren werden. Es ist nicht der Menschen Sache, auf einen solchen Weg zu schicken; die Göttlichkeit des Christentums erweist sich gerade an dem unheilbaren Widerspruch, in dem es zu Welt und Geschichte, auch zu den Möglichkeiten des Begreifens steht. Auf dieses Göttliche ist die Welt angewiesen; es hat sich herabgeneigt, um alles zu retten. Aber es gehört zum Wesen des Christentums, daß das Leben der ihm Angehörenden im irdischen Sinne ein durchaus vergebliches sein kann. Je deutlicher sich die Macht des Bösen auf Welt und Zeit abzeichnet — diese Macht, der das Ende der Geschichte gehört, denn nur von dem über dem Gerichte stehenden Herrn wird sie besiegt werden —, um so mehr müssen sich die Christen entschließen, dieser Vergeblichkeit ins Antlitz zu blicken; erst dies wird sie unbesieglich machen. Der ist der Stärkste, der leidenschaftlich wirkt und Zeugnis ablegt, der die Verantwortung für seine Feinde zu ergreifen wagt, ohne Irdisches zu hoffen. Das Christentum ist ein reines Soll und als solches Leben und Friede. Aber dieser Friede ist Streit mit der Welt. So scheint die Stunde Übermenschliches zu fordern, aber was gefordert wird, ist nur das Ursprünglich-Christliche. Die einzelnsten, die voneinander wissen und betend einander helfen, die an die Gewissen rühren, ohne nach Antwort zu fragen, die statt zu richten sich opfern: sie werden das Nötigste tun, das heißt Zeugnis ablegen für die Gegenwart des Reiches, das dasein wird bis zum Ende. Das Reich bedeutet die unbedingte Freiheit in Christus; ob wir uns auch unablässig an ihr versündigen, so ist sie doch da in den verfliegenden Augenblicken unserer Hingabe. In dieser Freiheit ist eingeschlossen die Achtung vor den Gegnern, die ihre Entscheidungen vor ihrem Gewissen errungen haben. Überzeugen wird der Christ nur durch den Entschluß, zu dienen statt zu herrschen; durch das leidenschaftliche Trachten nach Stellvertretung für die von zeitlichem und ewigem Tode maßlos bedrohte Welt.

Am Feste Johannes des Täufers 1953 *Reinhold Schneider*

---

* Mit freundlicher Erlaubnis der Zeitschrift «Der Christ in der Welt» drucken wir diesen Ruf ab. Die Königsteiner Tagung wurde vom 15. bis 18. August abgehalten, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft der Katholiken im Internationalen Versöhnungsbund. Wir berichten darüber im Septemberheft. *D. R.*

Marxismus und Christentum im Kampf um die geistige Weltvormachtstellung

In den Jahren der Hitlerherrschaft, ganz besonders während des Hitlerkrieges, in der ersten Hälfte seiner (Schein-) Erfolge, wurde ich von seelischer Erschütterung derart heimgesucht, daß ich einmal — es war in Hamburg, wohl 1940 oder 1941 — in einer vielleicht jugendlich-unreifen Aufwallung mein ewiges Seelenheil gegen den Triumph des Bösen in der Welt setzte und in mein Tagebuch aus Conrad Ferdinand Meyers «Jürg Jenatsch» mir den Satz notierte: «Sprechers Brief endete mit der schwarzsichtigen, dem Tacitus entnommenen Bemerkung: In dieser Zeit, da den Guten jede Macht genommen sei, bleibe die Bestrafung des Bösen das einzige Zeichen einer waltenden Vorsehung.» Als dann Hitlers Kriegsglück sich endlich wandte, schien Tacitus recht zu bekommen: die Depression wich der Hoffnung und es kam — 1945 — der sogenannte Umschwung. Aber allzu früh zeigte sich, daß auch jetzt nicht Gerechtigkeit die Herrschaft angetreten, sondern nur ein Schandbube den andern abgelöst hatte. Die Depression war wieder da und mit ihr die Frage: «Herr, wie lange noch?», eine Frage, auf die es offenbar keine Antwort gibt. «Jésus sera en agonie jusqu'à la fin du monde» schrieb Pascal auf einen seiner vielen Notizzettel — «der Gott hängt am Kreuz bis an das Ende der Welt». Soll dieser Pascalsatz das *letzte* Wort der Menschheitsgeschichte sein? — das ist eigentlich die Frage, die antwortheischend hinter unserem Thema steht.

1.

Daß unsere Zeit eine Zeit der Verlorenheit des Menschen ist, das müssen wohl gerade diejenigen zugeben, die ihr Lob in den höchsten Tönen zu singen pflegen. Denn Kulturfortschritt (Höchstentwicklung der Ratio auf allen Gebieten) und geistige Dissoziation, Zerfall des Menschenbildes, sind offensichtlich notwendige Entsprechungen. Mit Rousseau vor 200 Jahren hob diese Erkenntnis an, lang ehe die Symptome selber sichtbar waren. Schiller-Hölderlin-Kleist bemühen sich bereits um die Heilung. «Die Kultur selbst war es, welche der Menschheit diese Wunde schlug», heißt es in Schillers staatspolitischer Erziehungsgrundschrift von 1794, den Briefen «Über die ästhetische Erziehung des Menschen»: «Wieviel auch für das Ganze der Welt durch diese getrennte Ausbildung der menschlichen Kräfte (gemeint ist die Spezialisierung!) gewonnen werden mag, so ist nicht zu leugnen, daß die Individuen, welche sie trifft, unter dem Fluche dieses Weltzweckes (ergänze: der Arbeitsteilung) leiden . . . Kann aber wohl der Mensch dazu bestimmt sein, über irgendeinem Zwecke sich selbst zu versäumen? Es muß falsch sein, daß die Ausbildung der einzelnen Kräfte das Opfer ihrer Totalität notwendig

macht. Selbst wenn auch das Gesetz der Natur noch so sehr dahin strebte, muß es bei uns stehen, die Totalität unserer Natur, welche die Kunst zerstört hat, durch höhere Kunst wieder herzustellen.» Hegel, von Schiller stärker beeinflußt als gemeinhin bekannt, stellte in seiner «Phänomenologie» die ganze Menschheitsentwicklung unter den Aspekt einer «Odyssee des Geistes», das heißt der Heimkehr des Menschen aus seiner Selbstentfremdung zur Freiheit des an und für sich seienden Geistes. Von seinem Lehrer Hegel hat dann der junge *Marx* sich das Thema weiterreichen lassen, und seine Frühzeit mindestens, bis etwa zum Jahre 1844, war von der Frage bestimmt, auf welchem Wege der sich selbst entfremdete Mensch wieder die Totalität erlange.

Aber: Dreht es sich bei der Heimkehr des «Verlorenen Sohnes», bei der Metanoia Jesu um etwas wesentlich anderes? Und hat nicht 500 Jahre vor Hegel schon Dante es als das Ziel seiner beiden großen Werke, der «Monarchia» und der «Göttlichen Komödie», bezeichnet, «den Menschen aus dem Zustande des Elends herauszuführen und ihn *schon in diesem Leben* glücklich zu machen»?

Bei flüchtigem Hinsehen hat es freilich den Anschein, als hätte das Thema von der Umkehr und Heimkehr des Verlorenen auf dem langen Wege durch die Jahrhunderte einen beträchtlichen «Gestaltwandel» durchgemacht: bei Jesus' Metanoia noch ganz innerlich, bei Marx: Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, also ganz äußerlich. Aber dies *scheint* nur so. In Wahrheit will alle Religion — und das Thema der Heimkehr des Verlorenen ist ein, wenn nicht *das* Thema der Religion! — die Übereinstimmung des Innen und des Außen. «Dein Wille geschehe wie im Himmel, also auch auf Erden» — so betet Jesus; «die Bestimmung des Menschengeschlechtes ist es, alle Geistesvermögen zu betätigen, zuerst im Dienste der Erkenntnis, sodann im Dienste der Tat», so heißt es in der «Monarchia» Dantes; und auch bei Marx findet sich ein bedeutsames Wort von der prästabilierten Harmonie des Innern und des Äußern. Es lautet: «Die Wirklichkeit muß sich ebenso zum Gedanken, wie der Gedanke sich zur Wirklichkeit drängen.» Für die Ganzgroßen des Geistes, die immer aus der Ganzheit kommen und in die Ganzheit gehen, stimmt es also nicht, was Marx einst gegen alle Philosophie einwenden zu können glaubte: sie habe bisher die Welt nur verschieden interpretiert, es komme aber darauf an, sie zu verändern. Marx hat dabei übersehen, daß es am Menschen nicht nur zwei Dimensionen, das Innen und das Außen, sondern deren drei, nämlich außer jenen beiden noch das Kollektiv-Unbewußte, den Tungu, den Vater, gibt, und daß dieses Dritte, die schöpferische Phantasie, die Genialität des Herzens, gewissermaßen ein Innen-Außen ist, das nichts mit Interpretation (vom Kopfe her), wohl aber alles mit Veränderung der Wirklichkeit zu tun hat. Das Nähere wäre in der gewaltigen Vorrede Schillers zur «Braut von Messina» nachzulesen, die in ein paar Sätzen Schillers (und wohl auch Kants) letzte Höhe aufgedeckt hat.

Hinsichtlich *einer* Voraussetzung der Wandlung des Menschen sind sich glücklicherweise alle Denker einig. Nietzsche hat es so formuliert: «Nur durch Wahrhaftigkeit wird die Not und das innere Elend des modernen Menschen an den Tag kommen.» In der Tat: Mit der Ehrlichkeit vor sich selber fängt alle Umkehr an. Zugleich wird uns aber wohl auch klar, daß gerade hierin die besondere Not unserer Zeit ruht: daß ihr keine Eigenschaft mehr abgeht als eben diese Wachheit und Wachsamkeit, verbunden mit Sauberkeit und Leidenschaft des Geistes, die alle zusammen die Wahrhaftigkeit ausmachen, ohne die es keine Selbsterkenntnis geben kann. So wach nämlich Wille und Verstand des heutigen Menschen sind, so schlaftrunken und der Zerstreuung hingegeben ist derselbe Mensch mit seiner Gemütsseite. Es ist, wie wenn das zur Verfügung stehende Quantum Wille und Verstand für das Ökonomische restlos aufgebraucht würde, so daß für das eigentlich Menschliche nichts mehr übrig bleibt. So allein läßt sich die befremdliche, ja im Grunde erschreckende Tatsache erklären, daß es der leidenden Menschheit bis heute nicht gelungen ist, sich ihrer Peiniger zu entledigen und eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung einzurichten. Wir stoßen hier auf einen elementaren Tatbestand alles gesellschaftlichen Lebens, und wir werden zu beobachten haben, wie sich Marxismus und Christentum zu ihm stellen. Man kann diesen Tatbestand mit dem lateinischen Sprichwort umschreiben: «Mundus vult decipi, ergo decipiatur.» («Die Welt will betrogen sein, also wird sie betrogen.») Intellekt und Wille des Menschen gehen eine kleine Strecke auf dem Wege zur Reinigung und Erneuerung der Verhältnisse mit, sie sind schließlich zu Aufständen, Ausbrüchen, Erhebungen, sogar zu Revolutionen zu bringen. Aber dann, fast plötzlich, legen sich die Menschen aufs Ohr, um ihren Gemütsschlaf fortzusetzen. Eben auf der einen Seite aufs Pferd hinaufgehoben, lassen sie die Zügel arglos ihren Händen entgleiten und sinken auf der andern Seite vom Pferderücken wieder herab. Hier stehen dann die cäsarischen (oder je nachdem auch katilinarischen) Naturen bereit, sich an Stelle der Herabgesunkenen in den Sattel zu schwingen und — die Tragikomödie hebt von vorne an. Vom Politischen her entwirft Max Weber folgendes Bild: «In allen irgendwie umfangreichen, das heißt über den Aufgabenkreis kleiner ländlicher Bezirke hinausgehenden politischen Verbänden mit periodischen Wahlen der Gewalthaber ist der politische Betrieb notwendig Interessenbetrieb: Eine relativ kleine Zahl primär am politischen Leben Interessierter verschafft sich Gefolgschaft durch freie Werbung, präsentiert sich oder ihre Schutzbefohlenen als Wahlkandidaten, sammelt Geldmittel und geht auf Stimmenfang. Praktisch bedeutet dieser Betrieb die Spaltung der wahlberechtigten Staatsbürger in politisch aktive und politisch passive Elemente, und da dieser Unterschied auf Freiwilligkeit beruht, so kann er durch keinerlei Maßregeln, wie Wahlpflicht oder berufsständische Vertretung oder dergleichen, beseitigt werden.»

Nun, in der Kirche kennen wir diese Spaltung, diese Zweiteilung seit

alters: es ist die Trennung der Gemeinde in Priesterschaft und Laien. Und ist sie, nur etwas verschleierter, nicht auch in der Gesellschaft und in der Wirtschaft vorhanden im Unterschied zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Produktiven und Unproduktiven (Beamten und Händlern?) Eine ordentliche Portion Sarkasmus klingt mit, wenn die Griechen die Elite mit «Aristoi» = «die Besten», den gemeinen Mann aus dem Volke aber mit «idiotes» = «die Gewöhnlichen» titulierten. Mir scheint übrigens, daß uns die Griechen für die schlauen Ausbeuter der idiotes eine noch treffendere Bezeichnung geliefert haben, mit dem Begriffe des *Sophisten*, jenes mit allen Wassern Gewaschenen, der gewissenlos genug ist, aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen, wo immer ein in Geld ausdrückbares Interesse dies zweckmäßig erscheinen läßt. *Nicht mehr der Machiavellist, der einem noch offeneren und darum auch tapfereren Zeitalter angehört, sondern seine moderne Steigerungsform, der Sophist, ist diejenige Menschenart, an der die menschliche Gesellschaft krankt und zugrunde geht, wenn es ihr nicht gelingt, den Schmarotzer eines Tages doch noch mit Stumpf und Stiel auszurotten.* «Das schlaue Tier muß vernichtet werden», sagt Nietzsche. Und daß dies ein echt christlicher Impuls ist, ergibt sich nicht nur aus der Seligpreisung der «Praeis», der Geschäftsuntüchtigen, sondern auch aus einem tiefen Kierkegaardwort: «Wenn die Menschen nicht lernen, das Klughandeln ebenso tief zu verachten wie das Stehlen und das Falschzeugnisablegen, schaffen sie das Ewige und damit alles, was heilig und ehrenwert ist, zuletzt ganz ab.»

Der Sophist tritt uns in hundert Erscheinungsformen entgegen: er ist Priester, Advokat, Journalist, Funktionär, Hochschullehrer, Manager und Beamter. Aber er hat stets und überall die gleiche Aufgabe: Geld- oder Machtinteressen diskret aber raffiniert zu vertreten, sich selber dabei im Interesse des besseren Gelingens möglichst mit Idealismus zu tarnen, daß das Volk dabei je nach Bedarf eingeseift, vernebelt, eingelullt, süchtig gemacht, verkasparhausert wird, nun, das gehört ebenso zum «vult decipi» wie das gute Gewissen des Sophisten unter das «ergo decipiatur» fällt; vollführt doch der Sophist nur gewissermaßen — und in dieser Rechtfertigung liegt ja seine maßlose Frechheit — den Willen der Vorsehung oder der Natur, die für den Ochsen den Stock und für das Schaf die Schippe geschaffen hat.

2.

Im Jahre 494 v. Chr. veranstalteten die römischen Plebejer, nachdem sie einmal wieder von der Führung durch die Patrizier genug hatten, die berühmte «secessio in montem sacrum»*, das Urbild aller Klassenkampfaktionen. Die Patrizier ließen sie ruhig ausziehen, sie hatten etwas mehr Humor und etwas mehr Selbstsicherheit als unsere heutigen Innenminister. Aber nach schicklicher Zeit, und vielleicht nach Befragung der Ein-

* «Auszug auf den heiligen Berg».

geweide der Opfertiere oder des Vogelfluges, ging in Gestalt des Konsuls Menenius Agrippa ein Sophist zu ihnen hinaus und hielt den Murrenden einen Vortrag, wobei er das Gleichnis vom «Volkskörper», in dem jeder einzelne Teil auf den andern angewiesen sei, geschickt an den Mann zu bringen wußte. Die von ihrer Notwendigkeit für die Gemeinschaft Geschmeichelten begannen einer nach dem anderen mit dem Kopfe zu nikken und schließlich zogen sie — Herr Menenius voraus in die Stadt und — die Plebejer — auch in den Pferch zurück. Zweieinhalb Jahrtausende später, nachdem der gleiche Vorgang sich so und so oft — bisweilen allerdings auch, wie in den Bauernkriegen am Anfang des 16. Jahrhunderts, unter blutigen Exzessen — wiederholt hatte, brachte der französische Arzt Le Bon ihn wissenschaftlich zur Darstellung in seinem Werke «Die Psychologie der Massen» (dem einzigen Buche, das der Staatsmann Hitler außer Karl Mays Gesammelten Werken seines Studiums für würdig befand).

Einige Jahrzehnte vorher war aber etwas anderes geschehen: in unheilig-heiligem Prophetenzorn kam da einer vom Berge herab, zerschmetterte das Zwölftafelgesetz der Volksgemeinschaft und der wissenschaftlichen Uninteressiertheit am Felsen der Zeit und rief sein gellendes «Genug dieses Treibens!» in die aufgescheuchte Bürgerwelt hinein: Karl Marx! Nicht die Französische Revolution, die bei allem Umsturz und Getöse schließlich doch in die alte Peripetie der «secessio in montem sacrum» einmündete, sondern erst das Kommunistische Manifest des Jahres 1848 brachte den radikalen Umschwung: Hier erst trat die Leidenschaft hervor, deren Auswirkung nie mehr von dieser Erde verschwinden kann. *Diese Leidenschaft,* nicht die Gedankenstartbahn, von der aus sich jene gewißermaßen nur abstieß, um sich in die Luft zu erheben, *ist das Entscheidende!* Darum kann man den Marxismus noch so tiefgründig widerlegen — widerlegt doch den Vogel, der fliegt! Vom alten Ford gibt es eine niedliche Anekdote: Einmal habe er die Ingenieure seines Werkes vor einen Tisch mit Zeichnungen einer Neukonstruktion geführt und ihr sachverständiges Urteil erbeten. «Eine völlige Unmöglichkeit», war ihr einmütiges Urteil. «Nun», habe Ford erwidert, «dann darf ich die Herren bitten, sich die Unmöglichkeit draußen auf dem Fabrikhof anzusehen!»

So ist das mit dem Marxismus! Das Christentum hat 1900 Jahre Zeit gehabt, seine Idee zu realisieren und *wenigstens* das Salz der Erde zu sein, das heißt die Völker des Abendlandes dergestalt mit dem Geist der Liebe, der Barmherzigkeit und der Brüderlichkeit zu durchtränken, daß sie wirklich und wahrhaftig und ohne den Hang, rückfällig zu werden, auf eine höhere Menschheitsstufe hinaufgeschoben worden wären — *das Christentum hat diese Leistung nicht vollbracht; diese entscheidende Frucht ist ausgeblieben.* Statt dessen hat in Karl Marx der geknechtete Mensch sich erhoben und mit einer Entschlossenheit, die nichts mehr zu brechen vermag, seinen Peinigern erklärt: «Genug und Schluß! Eure Uhr ist abgelaufen.» Das Kommunistische Manifest war der Tubaton vor

den Mauern Jerichos: Eine Epoche ist zu Ende, eine neue beginnt: Der leidende Mensch hat sein Geschick selber in die Hand genommen — komme, was da mag!

Man hat den Prophetenzorn im Auftreten von Karl Marx auf sein Judentum zurückführen wollen. Mag sein! Daß seine Leidenschaft zunächst in Deutschland zündete, kann mit dem wilden Kampfgeist der Germanen in Zusammenhang gebracht werden, mit der unbändigen Entschlossenheit eines Hagen Tronje, der, einmal enttäuscht, sich nie mehr zum Kompromiß verlocken läßt und niemals mehr vergißt. Wir müssen endlich begreifen, daß sich im Auftritt von Marx etwas ereignet hat, was — ich wage der Verdeutlichung halber einmal die Blasphemie — mit dem Erscheinen Christi auf dieser Erde verglichen werden muß: Hohe Erkenntnis — Kant, und nicht Hegel, ist der eigentliche Johannes des Marxismus — paarte sich mit höchster Leidenschaft: wieder einmal konnte das Wort Fleisch werden! Marx war das Große gelungen, ein Wortsymbol zu prägen und unter diesem Wortsymbol einen großen Teil der leidenden Menschheit zu einen. Das Wortsymbol heißt: *Klassenbewußte Arbeiterschaft* — «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» Die Geistesbewegung, die um 1750 begann, um 1850 einen ersten Höhepunkt erreichte, scheint 1950 in ihr entscheidendes Stadium getreten zu sein. Es ist durchaus möglich, daß auch der Marxismus noch nicht das letzte Wort ist, das der Genius der Geschichte in diesen Jahrhunderten der Zeitalterwende von den «Fischen» zum «Wassermann» zu sagen hat — *der erste Abschnitt* dieser Wende ist unzweifelhaft an den Namen Karl Marx geknüpft, und es würde ein Zeichen von Kleinmut sein, das Elementare der Geschichtsereignisse der letzten 100 Jahre übersehen oder verharmlosen zu wollen. (Dem Christentum wäre freilich zu wünschen, daß ihm prophetische Geister erstehen möchten — es könnte gerne von seinen Apologeten einige Hundertschaften dafür drangeben! —, prophetische Geister, die ihm den Mantel Gottes, wenn er durch die Geschichte rauscht, zeigten!)

*

Es ist wohl nicht zufällig, daß der Marxsche Logos, der lange nach einer Krippe gesucht hat, sich schließlich auf dem Gotträgervolk der Russen niedergelassen hat. In einem Artikel seiner in den siebziger Jahren herausgegebenen politischen Zeitschrift hat Dostojewskij hellseherisch geschrieben: «Der Geist der Empörung, der böse Geist, ist reiner als der Geist Roms. Dieser neue Geist kommt, die neue Gesellschaft wird zweifellos triumphieren als das E i n z i g e (von D. gesperrt!), das eine neue positive Idee bringt, als der *einzige* ganz Europa vorherbestimmte Ausweg, als das *einzige* Heil. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Welt aber wird erst nach ihrer Heimsuchung durch den bösen Geist gerettet werden. Der böse Geist ist nahe, unsere Kinder werden ihn vielleicht schon sehen.» Wir haben Grund, jedes einzelne dieser

Worte Dostojewskijs für volle und bare Münze zu nehmen; daran, daß er von seiner Schau aus den Marxismus den bösen Geist nennt, brauchen wir uns nicht zu stoßen: An mehr als einer Stelle seiner großen Romane kommt es zu erschütterndem Ausdruck, daß Atheismus und Gottesglaube sich fast brüderlich berühren. Hat doch auch Jesus keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zöllner und Huren eher ins Reich eingehen denn die — Sophisten!

Aber neben dem Zeugnis Dostojewkijs, eines einzelnen, wenn auch eines einzelnen von säkularem Ausmaße, haben wir auch ein Völkerzeugnis von weltgeschichtlich nicht geringerem Gewicht: die Entscheidung Chinas für den Marxismus! Es war ein Deutscher — seinen Namen als den eines Eitlen und später vom Hitlerbazillus Angesteckten will ich lieber verschweigen —, der als «Christlicher Junger Mann» nach dem Ersten Weltkrieg China bereist und uns einen aufschlußreichen Bericht von den Überlegungen gegeben hat, die China, damals auf einem völkischen Tiefstand angelangt, anstellte, um den Weg der Rettung zu finden: «Das Junge China erklärte sich bereit, das Christentum als seine Weltanschauung anzunehmen, wenn das Christentum China ein Programm geben könne, mit dessen Hilfe es seine politische und wirtschaftliche Zerrissenheit überwinde. Kann uns das Christentum dieses Programm nicht geben, so sagen die jungen Chinesen, dann wollen wir das Programm von Moskau wählen. Das ist zwar nicht vollkommen, aber immerhin ein Versuch, bei dem man menschliche Erfahrungen gesammelt hat. Wir schwanken zwischen dem Christentum und dem Bolschewismus.» So China um etwa 1920 herum. Der fromme Deutsche gab sich alle Mühe, in seinem Buch China von der turmhohen Überlegenheit des Christentums zu überzeugen — wir wissen, daß China kurz darauf sich für den Bolschewismus entschied. Warum? Aus Leichtsinn, aus Torheit, aus einer Marotte? Nein! Es verfuhr ganz nach den Worten des Stifters der christlichen Religion, der seinen Jüngern die Weisung gab: «An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!» Welch ein vernichtendes Urteil liegt allein schon in dem einen kleinen Sätzchen des Berichtes: das Moskausystem sei zwar unvollkommen, aber man habe mit ihm wenigstens menschliche Erfahrungen gemacht. Mit dem Christentum hat man also nach dem Urteil der Chinesen keine oder schlechte Erfahrungen gemacht? Wir wissen heute, daß Chiang Kai-Shek, der sich bekanntlich als Christ ausgab, an der moralischen Fäulnis seines Systems scheiterte und daß China seinem Rivalen Mao Tse-tung zufiel, weil dieser dem Christen Chiang Kai-Shek offenbar sittlich überlegen war. Das christliche Abendland liegt nicht am Boden, sondern es ist gespalten, weil es seinen Charakter verloren hat, weil es auf beiden Seiten hinkt. «Europa», sagte Gandhi, «ist nur dem Scheine nach christlich, in Wahrheit betet es den Mammon an.» Der Mammon aber kittet nicht, er spaltet. Mammon von innen: die Spannungen der ungelösten sozialen Frage, und Mammon von außen: die Bestechungsgelder der getarnten und ungetarnten Großmächte

zum Zweck der Bildung fünfter Kolonnen — sie spalten die Nationen auf. *Und das Christentum sieht diesem infernalischen Treiben zu: es ist mit dem Mammon nicht fertig geworden!*

3.

Die christliche Kirche, wenigstens die katholische, weiß das. Durch den Mund des französischen Neothomisten Jacques *Maritain* hat sie in dessen 1950 deutsch erschienenem Buche «Der christliche Humanismus» ein sehr scharfes, aber natürlich doch für sie noch erträgliches Gericht an sich vollzogen. Das Buch Maritains könnte ebensogut den Titel unseres Aufsatzes tragen; es handelt sich in Wahrheit um eine groß und tief angelegte Auseinandersetzung des Christentums mit dem Marxismus, speziell in seiner russischen Erscheinungsform. Mit diesem Buche müssen wir uns daher eingehend befassen.

Maritain ist ein ritterlicher Streiter; er erweist sich als ein guter Feldherr, weil er von vornherein dem Gegner alles Terrain, das nicht zu halten ist, preisgibt. Das ist bei Maritain wahrlich nicht wenig. Wir lesen: «Der Sozialismus des 19. Jahrhunderts war . . . ein Protest des menschlichen Gewissens und seiner edelsten Antriebe gegen die zum Himmel schreienden Übelstände. Es war ein großes Unterfangen, der kapitalistischen Zivilisation den Prozeß zu machen und den Sinn für Gerechtigkeit und für die Würde der Arbeit Mächten gegenüber wachzurufen, die keinerlei Rücksicht kennen.» — «Marx hat recht mit der Behauptung, daß die kapitalistische Gesellschaft eine anarchische Gesellschaft ist, in der sich das Leben ausschließlich als ein Spiel partikularer Interessen bestimmen läßt.» — «Das Bemühen von Marx war auf die Entlarvung eines verlogenen und falschen Bewußtseins gerichtet; es verbirgt in Wahrheit unbewußte Tiefenströmungen und betrifft nicht nur wirtschaftliche und Klasseninteressen, sondern auch jene Welt des Begehrens und der Eigenliebe, des Irrationalen und Dämonischen, das die bürgerliche Aufklärung weithin hat leugnen wollen.» Maritain ist geneigt, die Marxsche Lehre vom «Überbau», ja vielleicht sogar den Satz, daß «Religion Opium fürs Volk sei», bis zu einem gewissen Grade zuzugeben, nämlich eingeschränkt auf die bürgerliche Entartungsform des Christentums, die Maritain schonungslos aufdeckt und preisgibt. «Wenn der Bürger sich auf metaphysische Werte beruft, so ist das in der Tat leerer Überbau.» Vom russischen Kommunismus meint M.: «Es ist da irgend etwas im Werden, dessen Bedeutung für die Entwicklung der menschlichen Existenzbedingungen nicht geleugnet werden kann» und einige Seiten weiter: «Es ist wohl möglich, daß der Mensch in einem Experiment wie dem des kommunistischen Rußlands gewisse elementare Ausgangspunkte seiner ontologischen Wirklichkeit findet.»

Maritain rühmt dann (im Anschluß an die Erlebnisberichte des englischen Fabierehepaares Webb über Rußland) die starken *proudhonistischen* Ansätze im Sowjetsystem, indem er von der Errichtung einer «viel-

förmigen Demokratie» spricht, in der sich die Massen des Volkes zum sozialen, politischen und kulturellen Leben der Gemeinschaft integrieren und sagt dann etwa zusammenfassend: «Marx hat eine tiefe Erkenntnis der Entfremdung gehabt, welcher die Arbeit des Menschen und der Mensch selber unterliegt, eine Kenntnis der Entmenschlichung, von der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise betroffen sind. Diese Erkenntnis halte ich für das große Licht der Wahrheit, das Marx' ganzes Werk durchstrahlt . . . Marx hat dem Proletariat ein neues Selbstbewußtsein gegeben.»

Wie durch ein Blitzlicht wird Maritains geheimste Einstellung zum Marxismus durch den ihm so nebenbei entschlüpfenden Satz erhellt: «Die Tragödie unserer Zeit besteht darin, daß ein überragend geistiger Gewinn von einem atheistischen System erreicht wurde.» Das also ist schließlich der einzig übrigbleibende, der entscheidende Einwand, den Maritain gegen Marx vorbringt: «Alles schön und gut, *aber* dein Atheismus!» Der so gescheite Maritain vergißt hier ganz, zu fragen, *welchen* Gott Marx denn verneint habe? Den alten Jehova des «Ich bin, der ich bin», der das ägyptische Ausbeutervolk oder wenigstens dessen Jungmannschaft mit dem König an der Spitze im Roten Meer ersäufte, die «Goldenen-Kalb»-Anbeter mit Seuchen schlug und die Sophisten am Bache Kison niedermetzeln ließ, den Gott Jesu, der die Wechsler und Preistreiber aus dem Tempel hinauspeitschte und die Sophisten als Otternbrut und Schlangengezücht brandmarkte — *oder* nicht vielmehr den «Katun»-Gott des bürgerlichen Christentums, der sich mit den Kapitalisten zu einer Profitgemeinschaft zusammengetan hat und 50 Jahre nach der Großen Revolution bereit war, das kaum errungene bißchen Menschenrecht wieder einzusargen?!

Aber nein! Maritain sieht sehr wohl ein, daß Marx *diesen* Gott verneint hat und verneinen mußte, verneint er ihn doch selbst! Maritain sieht sogar, daß auch heute noch der Fall so steht, daß zuerst das Christentum seine es so heillos kompromittierende Verbindung mit einem widergöttlichen Wirtschaftssystem lösen muß, ehe eine Revision des Atheismus auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Laßt uns, so könnte Marx sprechen, das behebbare Leid, das ihr Christen aus Herzensträgheit oder wegen Versippteit mit der Nutznießerkaste bisher als «gottgewollt» hinstelltet, erst einmal aus eigener Kraft bis an die Grenze des Möglichen beseitigen, dann wollen wir uns bezüglich des nicht behebbaren Leides, das dann noch übrig bleibt, gerne weiter unterhalten.

Gegen eine solche Rede Marx' ließe sich um so weniger etwas einwenden, als die Versuche der Sophisten, zu denen in einem Winkel seines Herzens leider doch auch Maritain noch zählt, nicht aufhören, dem kleinen Mann sein Klassenbewußtsein insgeheim wieder zu entwenden, indem man ihm die Überlegenheit des Christentums philosophisch vor Augen stellt. Aber: Noch steht das Proletariat in schwerem Kampf, in einem schwereren als je in den vergangenen hundert Jahren. Denn das

Proletariat ist heute gespalten und korrumpiert. Nicht schöne Reden zwar oder weniger schöne Reden als vielmehr die primitivste Form der Bestechung, der Appell an die niedrigen Instinkte des Genußtriebes haben es dahin gebracht, daß große Teile der Arbeiterschaft sich mit dem Kapitalismus abgefunden haben. Nun, den letzten beißen eben die Hunde, sehe jeder, wo er bleibe!

Niemand kann vom Arbeiter erwarten, daß er den Werktagsrock ausziehe und in die Kirche gehe, während von den geborstenen Deichen her die Wasser sein Ackerland überschwemmen. In dieser Situation ist Wasserwehr Gottesdienst! Auch will Maritain offensichtlich nichts von dem Gleichnis Jesu «Ein Mann hatte zwei Söhne» wissen, wonach der neinsagende, aber jatuende Sohn nicht nur entschuldigt, sondern dem gleisnerischen jasagenden, neintuenden anderen Sohne sogar sittlich überlegen ist. Maritain ist dieser Erkenntnis zwar einmal sehr nahe, dort, wo er vom «Hilfsmittel der Gnade» auch für den die Gnade mit dem Munde ablehnenden spricht. Aber er kann — und gerade darin zeigt sich eine Art Hochmut der Heilsgewißheit — es sich gar nicht anders vorstellen, als daß — Gottes Gnade gewissermaßen ergänzend — der «Gläubige» doch den «Ungläubigen» zum Glaubensbewußtsein hinführt (— aber *wer* hat hier *wen* eigentlich zu lehren?!).

Trotz aller Hochleistungen, die Maritain dem Marxismus zugesteht, will er die gegenwärtige Epoche, die er dem Marxismus nicht streitig macht, als eine Verfallsepoche gewertet wissen. Maritain sieht das Christentum vielleicht noch auf eine lange Zeit vom Marxismus in den Hintergrund gedrängt. Darum will er nur kleine christliche Gemeinschaften, welche die Notwendigkeit der Umschmelzung christlichen Wesens bis in die Substanz hinab erkannt haben, sich bilden lassen in der Hoffnung, daß eines Tages die Fluten sinken, die Zerfallszeit enden und eine neue christliche Hochzeit anheben werde. Maritain sieht also trotz allem nicht, oder will es von der Höhe des alten römischen Weltherrschaftsanspruchs aus nicht zugeben, *daß mit dem Marxismus eine nicht mehr zurücknehmbare Zeitalterwende eingetreten ist.* Daß der Marxismus eine Frucht der Hegelschen Philosophie darstellt, hebt Maritain hervor, daß aber — vielleicht vergröbert und sogar nach Jacob Burkhardt «schrecklich simplifiziert» (um nämlich die Massen erfassen zu können) — auch Kant, Schiller, Lessing, der ganze deutsche Idealismus, hinter ihnen, weiterhin nicht nur die Aufklärung, sondern auch Renaissance und Reformation, also Luther, im Marxismus ihre Stellvertretung finden, das übersieht er geflissentlich. Er übersieht, daß sich gegen das Herrschaftsprinzip (auch das geistige, ja gerade das geistige) *der Autonomiegedanke* sieghaft erhoben hat und daß also Marx wie Luther durch den Propheten (Jer. 31, 31) gedeckt sind. Trägt doch Maritain selber einen verspäteten Baustein zum Autonomiegebäude herzu, indem er den Satz des Thomas von Aquino anführt: «defectus gratiae causa prima est ex nobis = die primäre Ursache des Fehlens der Gnade liegt im Menschen selber». Nun,

wenn das richtig ist, dann kommt dem Menschen doch wohl eine mit der göttlichen Gnade mindestens konkurrierende Autonomie zu!

Mit dem Autonomiegedanken ist aber *der Gemeindegedanke* untrennbar verbunden. Und Gemeindegedanke — das heißt nicht nur, daß die Spaltung zwischen Autorität und Gehorsam, Priesterschaft und Laientum, Herrschaft und Gefolgschaft aufhört, es bedeutet auch, daß die andere, ebenso verhängnisvolle Spaltung, die Spaltung in weltliche und religiöse Gemeinden aufgehoben wird. Der alte Streit der beiden Schwerter ist endlich geschlichtet: weder der Cäsar, noch der Papst, sondern der in die Gemeinde hinaufintegrierte, mündig gesprochene Einzelne, der Paraklet, der Engel der Gemeinde, führt das Schwert:

> Nun bist Du so weit, weißt das Maß zu finden,
> Bist frei und stark, um auch Dich selbst zu binden,
> Nun spielt die Waage: des zum Zeichen
> Darf ich Dir Krone jetzt und Mitra reichen.
>
> Dante, Purg. 27

Und damit hat dann auch das schwierige Kapitel von der *Gewalt* seinen überraschenden Abschluß gefunden: Was wir den Latrozinien (Staat *und* Kirche!) verweigern — der vom Parakleten geleiteten Gemeinde kommt es zu. Denn wenn gleich der Paraklet in der Gestalt des Erzengels Michael wohl das Schwert führt, so macht er doch keinen unmittelbaren Gebrauch davon. Die Geistgemeinde zwingt auf feinere Art und Weise als durch das Schwert, sie zwingt durch die Sitte und den Klang der Leier, durch die Kunst. Das muß eine — 2000 Jahre nach dem Erscheinen des Friedefürsten Christus noch immer an die Gewalt der Waffen appellierende Christenheit, das müssen die Napalmchristen, die vielleicht eher die Überführung ins Kuriositätenkabinett der Folterwerkzeuge als unsere Verachtung verdienen, von einem Heiden, dem alten Chinesen Konfuzius, lernen, der die Gewalt unter der verlangsamenden Zeitlupe «Erziehung» in ein sanftes Wachsen, Knospen, Blühen und Fruchttragen sich verwandeln läßt.

*

Und nun noch ein Wort zum *Atheismus*: die Kirche soll Gott offenbar machen. Schlecht ist ihr dies (zu vielen Zeiten ihrer Geschichte, nicht erst in der Phase der Verbürgerlichung, wie Maritain will) gelungen. Aber nicht genug damit, daß sie Gott nicht offenbart — sie verdeckt Gott auch. Indem sie ein falsches Bild von ihm vor uns hinstellt: «Ihr selbst», sagt Jesus zu den Schriftgelehrten, «kommt nicht ins Reich und die hinein wollen, die laßt ihr nicht hinein.» Übrigens scheint die Bibel, wie aus vielen Stellen hervorgeht, der Auffassung zu sein, daß keineswegs etwa Christen allein im Endgericht bestehen, daß vielmehr Gott auch aus den Heiden, also aus solchen, die ihn nicht nennen und nicht kennen, sich sein Volk zubereitet. Ja, das Alte Testament quillt geradezu über von der

Versicherung, daß das nichtausgewählte Volk, die Nichtjuden und Heiden zur Herrlichkeit des Reiches berufen seien. Jesus hat diese Auffassung noch gesteigert durch das ungeheuerliche Wort, daß Zöllner und Huren eher ins Reich kommen als die sich gereift dünkenden Söhne Abrahams.

Aber noch ein anderes ist in der Heiligen Schrift zum Ausdruck gekommen. Im Propheten Jeremias (3, 16) heißt es: «Zur selben Zeit soll man nicht mehr sagen von der Bundeslade des Herrn, auch ihrer nicht mehr gedenken, noch davon predigen, noch nach ihr fragen, und sie wird nicht wiedergemacht werden.» Diese Stelle wird bestätigt durch Offenbarung 21, 22, wo der Seher von Patmos es ausspricht, daß er keinen Tempel im neuen Jerusalem sieht. Also: die Kirche wird am Ende nicht mehr sein und sie wird schon in der Zeit abgebaut; dafür spricht das 21. Johanniskapitel, welches unverkennbar die Petrinische Epoche, das heißt die Epoche der Kirche, von einer Johanneischen des freien Geistes abgelöst werden läßt (siehe auch Joh. 4, 23!). Freilich: «die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen.» Aber Gott *selber* kann sie doch wohl abbauen, sie, die auf geistiger Herrschaft und Bevormundung ruht, und damit dem Programm Gottes widerspricht: «Ich will mein Gesetz in ihr Herz geben und in ihren Sinn schreiben, und wird keiner den anderen, noch ein Bruder den anderen lehren und sagen: Erkenne den Herrn!, sondern sie sollen mich alle kennen, beide, klein und groß.»

*

Ehemals leitete die kirchliche Obrigkeit — schlecht und recht — die Gewissen der Gläubigen. Wer leitet sie heute? Die Presse, das Kino, der Rundfunk, öffentliche Meinungsfabriken, in denen Er, der Klumpfuß, die 51prozentige und manchmal auch die 99prozentige Aktienmehrheit besitzt. In entscheidenden, das Gewissen bis ins tiefste aufrührenden Fragen nicht nur der Politik, sondern auch der Sittlichkeit und der öffentlichen Moral wird den Völkern die Wahrheit verschleiert oder vorenthalten. Wir wissen zum Beispiel heute nicht, wer in Korea den Krieg begonnen hat, wir wissen nicht, ob dort nicht außer den schon teuflischen Napalmwaffen nicht auch Seuchenbakterien als Kampfmittel benützt werden, wir wissen nicht, ob der Atlantikpakt der Verteidigung oder dem Angriff dient. Dennoch nötigt uns eine Propaganda, die innerlich um kein Haar sauberer ist als die Josef Göbbels, das sittliche Urteil ab: morgens, mittags und abends, wo wir Gott anrufen sollten, daß er uns *unsere* Schlechtigkeit vergibt, hetzen wir gegen Rußland, oft in der primitivsten und niederträchtigsten Weise. Und alles das im Zeichen des Christentums! Die Staatsmänner bereiten den dritten Weltkrieg vor; sie heucheln Unschuld und bloße *Notwehr*, aber die Völker kennen nachgerade den Trick. Die Kirche mahnt und warnt, gewiß, aber *gleichzeitig* macht sie auch den einzelnen in den Knien weich. Wir sehen, wie mit oberhirtlichem Segen das deutsche Volk gegen seinen Willen und gegen

sein Gewissen wieder zu den Waffen getrieben wird. Die es tun, sind angebliche Christen; ja einige brüsten sich sogar, daß sie Christentum und Wiederaufrüstung in ihrem Gewissen so gut vereinbaren können.

Und da sollen die Gepeinigten nicht mit Atheismus, mit leidenschaftlicher Gottesleugnung antworten? Sie sollten einem Gott nicht fluchen, der eine so verbrecherische Obrigkeit über sie setzt?

> «O über Euch Pharisäer, Euch Falschmünzer der Wahrheit, Euch Affen der Gottheit! Ihr scheut Euch nicht, vor Kreuz und Altären zu knieen, zerfleischt Eure Rücken mit Riemen und foltert Euer Fleisch mit Fasten, Ihr redet von Sanftmut und Duldung und bringt dem Gotte der Liebe Menschenopfer wie einem feuerarmigen Moloch.» Schiller: «Die Räuber», II., 3

Wer unvoreingenommen die Vorgänge auf der politischen Bühne betrachtet, dem ist klar, daß die Mächte von gestern, die Besitzmächte mit dem schlechten Gewissen, nicht ruhig schlafen können, solange es in den Völkern gärt. Den Herd der Gärung aber sehen sie in Rußland. Darum muß Rußland ausgelöscht werden: dieses «Ceterum Censeo» wird heute unablässig in Washington gesprochen. Nicht klar sehen das die Völker, sie ahnen es nur. Die Kirche hätte die Pflicht, ihnen volle Klarheit in einer Frage zu geben, von der eine Gewissensentscheidung abhängt. Sie tut es nicht, oder nur mit halbem Herzen und mit halber Kraft, weil sie selbst sich in der baylonischen Gefangenschaft befindet. *Die Befreiung des Gewissens erfolgt heute ohne die Kirche, ja gegen die Kirche.* Wer Christus nachfolgen will muß nach dessen eigenen Worten Vater und Mutter, das heißt Staat und Kirche *hassen* und sich allein der Wahrheit verschreiben. Und zwar nicht der lahmen allgemeinen Allerweltswahrheit, zu der auch Bibelworte herabsinken, wenn man sie lediglich zur Einschläferung, zur Täuschung und zum Betrug verwendet, sondern immer gerade die eine, konkrete Wahrheit, die heute, jetzt und hier, beleidigt wird. Zum Beispiel: In Essen hat die Polizei im Frühjahr 1952 einen jungen Deutschen erschossen, weil er gegen den Generalvertrag und die Bonner Politik demonstrieren wollte. Die Polizei, in feiger Beschönigung ihrer Schandtat, hat die Lüge ausgestreut, die Demonstranten hätten zuerst geschossen, und eilfertig, wie die Zeitungen nun einmal sind, haben sie diese Lüge schleunigst an die Hunderttausenden und Millionen weiterverbreitet, ja sogar, wie zum Beispiel eine allerdings reichlich unbedeutende südwürttembergische Zeitung, noch Kommentare daran geknüpft. Dann, nach einigen Tagen, kam die Wahrheit zum Vorschein, nachdem die Lüge ihren Zweck erfüllt hatte. Aber *die Presse*, jedenfalls ein Teil derselben, *hielt es nicht für notwendig, die Lüge offen zu widerrufen.* Ich sage: Solange nicht im ganzen Lande in jeder Gemeinde wenigstens zwei oder drei Menschen vorhanden sind, die den Kampf gegen diese Lügenpropaganda aufnehmen, solange halte ich das christliche Lippenbekennt-

nis, den frommen Augenaufschlag und das Laufen in die Kirche für Heuchelei und für Verrat an der Wahrheit.

Darin allerdings bin ich mit Maritain einig: Auch ich sehe in dieser Zeit des Zerfalls (eines christlichen und sittlichen Zerfalls) kleine Gruppen sich bilden, die nichts als Gott im Geiste und in der Wahrheit anbeten wollen und darum den Kampf gegen die Lüge, gegen die Heuchelei und die Barbarei des Krieges auf ihre Fahne geschrieben haben.

Die junge Generation mißtraut heute allen, die geheim oder offen mit den unheiligen Mächten unserer Zeit konspirieren, sie sucht ein Neues und Echteres. Ohne es zu wissen, vertraut sie dem Parakleten, der die Verheißung hat, in alle Wahrheit zu leiten. Sie folgt der Weisung des Herrn:

Seid tapfer und kämpfet gegen die alte Schlange!

Alfred Daniel

Unsere Schuld am Kommunismus

Professor *Emil Fuchs* in Leipzig, unser verehrter Gesinnungsgenosse, hat Ende letzten Jahres ein kleines Buch «*Marxismus und Christentum*» erscheinen lassen, dessen Wichtigkeit für unsere Auseinandersetzung mit dem Kommunismus kaum übertrieben werden kann. (Verlag Köhler & Amelung, Leipzig, 213 Seiten. Die erste Auflage ist vergriffen; eine zweite wird demnächst herauskommen.) Es berührt sich in seiner Grundhaltung, bei aller Selbständigkeit auf beiden Seiten, stark mit dem Werk von Krijn Strijd über den Kommunismus, das wir seinerzeit hier besprochen haben, und mit der Linie, die wir selbst in den «Neuen Wegen» verfolgen. Etwas vereinfacht mögen seine Hauptsätze wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die Christenheit und ihre Kirchen haben gegenüber der sozialen Frage und gegenüber dem Kriegsproblem im ganzen genommen schwer versagt.

2. Die weltweite Lösung der sozialen Frage und die radikale Neugestaltung der Gesellschaft mußte deshalb von einem nichtchristlich orientierten Marxismus an die Hand genommen werden.

3. Den Christen bleibt nichts anderes übrig, als von ihrem Glaubensboden aus in Demut an der Neuordnung von Wirtschaft und Politik, wie sie sich unter marxistischer Führung vollzieht, mitzuarbeiten und so ihre Schuld durch den tätigen Beweis ihrer Kraft nach Möglichkeit gutzumachen.

Man sieht: Hier spricht eine ganz andere Gesinnung, als sie im landläufigen Christentum (eingeschlossen ein gewisses «soziales», ja «sozialistisches» Christentum) und in seiner Stellung zum Kommunismus zum

Ausdruck kommt. Hier steht nicht die eifernde und geifernde, aber ach, so billige Kritik an der Religionsfeindlichkeit, der Gottlosigkeit, der Gewaltgläubigkeit des Kommunismus im Vordergrund; hier wird nicht übersehen, daß all die Anklagen, die man gegen den Kommunismus schleudert, mindestens im gleichen Maß auch gegen den zeitgenössischen Kapitalismus, gegen den Imperialismus und Militarismus westlicher Prägung erhoben werden müssen. Hier wird darum auch nicht dem antikommunistischen, gegenrevolutionären Kreuzzug, der von einem heidnischen Besitzbürgertum auf weltweiter Front geführt wird, «christliche», «geistliche» Munition zugebracht. Hier wird in erster Linie gefragt: *Warum* ist der Kommunismus aufgekommen? Warum *mußte* er aufkommen? Warum übt er auf die getretenen, ihres Menschentums beraubten Völkermassen in aller Welt einen so faszinierenden Einfluß aus? Und die Antwort lautet auch bei Fuchs nicht anders als diejenige, die Leonhard Ragaz einmal einem amerikanischen Besucher gegeben hat: «Marx (und Lenin) mußte kommen, weil wir Christus nicht angenommen haben.»

Emil Fuchs geht vor allem vom deutschen evangelischen Christentum lutherischer Prägung aus. Aber das Bild würde, bei allen Abtönungen, die es erfahren müßte, nicht sehr wesentlich anders ausfallen, wenn auch andere Hauptrichtungen christlicher Lehre und Betätigung in die Betrachtung einbezogen würden. Die einfache Tatsache ist ja doch fast überall die, daß das herrschende Christentum in seiner Verkündigung und seiner Praxis *klassenmäßig gebunden* war und ist, daß das Evangelium zwar für das Privatleben der Menschen als bindend anerkannt wurde — bis zu einem gewissen Grad; denn wo hört das Privatleben auf und fängt das Gemeinschaftsleben an? —, aber von der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Ordnungen weithin ausgeschlossen wurde und wird. Fuchs zeigt wieder sehr klar, wie das die Tragödie im Leben Luthers war, wie er «die Flucht vor der Revolution seiner Zeit» ergriff, wie er zum Steigbügelhalter einer reaktionären «Obrigkeit» wurde und dadurch der ganzen deutschen Geschichte seit dem Bauernkrieg und dem Aufkommen des modernen Bürgertums eine verhängnisvolle Wendung gab. Auf dieser Linie blieb im großen ganzen auch das nachlutherische und außerlutherische Christentum, selbst in seinen sozial angehauchten Formen (in Deutschland zum Beispiel die Kreise um Wichern, Stöcker und Naumann). Hier, bei Luther, begann «der Weg zu einem Pfarrhaus, in dem es das Heroentum und das Opfer, das eventuell auch die eigene Existenz in sich schließen konnte, nicht mehr gibt, sondern in dem das Mitgehen mit demjenigen, was gerade herrscht und gilt, als wahrer Gottesdienst empfunden wird». «Das Christentum hat in Deutschland bis heute nicht mehr die Kraft gefunden, den zerdrückten Menschen wegweisende Ziele von befreiender Mächtigkeit zu zeigen.» Und nicht nur in Deutschland!

In der Tat: Was hätte ein solches Christentum dem ausgebeuteten, erniedrigten, geschändeten Proletariat noch bieten können? Was könnte es *heute* den verelendeten, in untermenschlichen Verhältnissen dahinlebenden Volksmassen der südeuropäischen und südamerikanischen Länder und der ungeheuren Räume Asiens und Afrikas, ja auch den unter den Kriegsfolgen so schwer leidenden Arbeitern Deutschlands und Frankreichs bieten? Was könnte es bei uns einem Arbeiter sagen, für den man nichts übrig hat als «Vorwürfe über mangelnde Moral, nachdem man ihm die Selbstverantwortung zerstört hatte»? «Man wollte ihn», schreibt Fuchs mit nur allzuviel Recht, «mit Predigt, Unterricht und Erweckungsversammlungen wieder für die Kirche gewinnen, nachdem man in derselben Kirche den Schuldigen jener Zerstörung Ehrenplätze eingeräumt hatte ... Man forderte von ihm Respekt für das Eigentum, nachdem man ihm alles Eigentum geraubt hatte. Man verlangte von ihm Gehorsam, Treue und Liebe gegen den Staat, nachdem ihn dieser rechtlos gemacht hatte.»

Nein, so ging das wirklich nicht. Da mußten andere Führer kommen, Nichtchristen, die aber vom *Willen* Gottes und vom *Geiste* Christi trotz allem lebendiger erfaßt waren als all die Kirchenmänner und Obrigkeitsdiener, und mußten den Armen und Gedrückten zurufen: «Wenn diese ganze gewaltige Macht der bestehenden Staaten, dieser Monarchien und Demokratien und was sie alles sind, den Menschen nur zertreten und nur immer wieder Zerstörungen innerer und äußerer Güter über ihn bringen kann, dann müssen — um des Menschen willen — diese Gewalten überwunden und durch andere Gestaltungen ersetzt werden» (Fuchs, Seite 13). «So entstand durch Karl Marx eine vorwärtsdrängende Bewegung, vergleichbar den in der Geschichte der Menschheit bisher nur von religiösen Ideen gebildeten.» Wenn die Christen die harten Tatsachen der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes (von oben!) geflissentlich übersahen — die Marxisten öffneten dem Arbeiter dafür die Augen, erlebte er doch diese Tatsachen tagtäglich in Not und Druck und Verkümmerung des Besten in ihm. Und wer wollte behaupten, daß das kapitalistische Unrecht heute verschwunden oder doch erträglich geworden sei, weil in den von den zwei Weltkriegen nicht verheerten Ländern Nord- und (teilweise) Westeuropas sowie Nordamerikas ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung so richtig verbürgerlicht ist?

Man hat wenig Ursache, sich zu verwundern oder gar sich zu empören, daß die marxistische Bewegung, besonders seit Lenin, auch den Glauben an die bürgerliche Demokratie, ja an *alle* Demokratie mehr und mehr über Bord geworfen und nach dem Versagen dieser Demokratie gegenüber der sozialen Not zur Selbsthilfe, zur *Gewalt* gegriffen hat. «Es geschah», so sagt Fuchs, «weil die Christenheit, behaglich ruhend im Besitz und in der Macht, nicht den Ruf hörte, der ihr deutlich

machte, wie die sie einbettende Gesellschaft in den Augen des Unterdrückten aussah und was sie dem geringsten seiner Brüder tat. So kam es, daß Lenin keinen andern Weg sah und um der geringsten seiner Brüder willen sich verpflichtet fühlte, das Tor der Freiheit mit Gewalt zu brechen.»

Hat er wirklich das Tor der *Freiheit* aufgebrochen? Hier muß unsere Kritik am Kommunismus einsetzen, der um der *sozialen* Befreiung willen die rechtliche und politische Freiheit zurückstellt, ja opfert. Und im Zusammenhang damit muß auch grundsätzliche Kritik an den philosophischen Grundlagen des Marxismus und Kommunismus geübt werden — unbeschadet des Wahrheitsgehaltes, der, wie gerade Fuchs sehr gut zeigt, in seiner positivistisch-materialistischen Einkleidung steckt. Fuchs verzichtet nicht einfach auf Kritik an Theorie und Praxis des Kommunismus, aber er mildert sie doch allzusehr. Das «Von Christus zu Marx» ist bei ihm scharf und klar herausgearbeitet; sein notwendiges Gegenstück «Von Marx zu Christus» kommt zu kurz. Das war vielleicht unvermeidlich, weil ihm vor allen Dingen daran lag, aufzuzeigen, wie der Marxismus und Leninismus in nichtchristlichem Gewand Erkenntnisse brachte und Forderungen erhob, die das *Christentum* hätte vertreten müssen, aber eben nicht vertreten hat. Und in der Tat: das muß man in allererster Linie einmal ganz deutlich sehen. Man muß im Kommunismus — wenn man nicht in den Jahrmarktslärm über den gottlosen und unmenschlichen Bolschewismus einstimmen will — vor allem einmal den weltgeschichtlichen Gewissenswecker erkennen, der die Christenheit vor eine Aufgabe stellt, die sie schuldhaft versäumt, die sie furchtbar verraten hat. Erst dann hat man das Recht, an ihm Kritik zu üben, so scharf als man nur will.

Aber freilich, dann ist es einem eben gar nicht mehr so sehr darum zu tun, Kritik zu üben, Anklagen zu schleudern, Verdammungsurteile zu fällen. Dann hat man viel zu sehr damit zu tun, an die eigene Brust zu schlagen und die Schuld wiedergutzumachen, die auf der Christenheit lastet. «Wir Christen müssen spüren, daß es eine schwere Schuld des Christentums gewesen ist, sich dem Ruf seines Gottes versagt zu haben, und daß es dafür von diesem Gott nun in die Ecke geschoben ist. Unchristliche Menschen treten das Erbe an und führen den göttlichen Auftrag weiter. So gibt es nur einen Weg für uns, wenn wir die Wahrheit der neutestamentlichen Botschaft nicht gänzlich verleugnen wollen: Wir haben in einer bereitwilligen und demütigen Mithilfe an der Neugestaltung der Gesellschaft, die sich unter marxistischer Führung vollzieht, diese Schuld gutzumachen und den Beweis der Kraft zu führen, bis er wieder überzeugend wird» (Seite 212).

Wie das im einzelnen geschehen soll, wieweit die Mitarbeit der Christen an der marxistisch geführten sozialen Revolution gehen soll und kann, darüber kann man in guten Treuen verschiedener Meinung

sein. Gerade der prophetische, revolutionäre Charakter der Botschaft Jesu macht es, wie *wir* finden, notwendig, auch ein Nein zu vielem zu sagen, was im Namen des Neuen geschieht. Aber freilich — um es zu wiederholen — immer nur auf dem Hintergrunde des festen Ja, das wir zur Revolutionierung der wirtschaftlichen und politischen Ordnungen sagen müssen und das die Christen in den Ländern der Revolution zu einer grundsätzlich positiven Haltung dem umwälzenden Geschehen gegenüber zwingen muß. Das unterstreicht auch Professor J. L. Hromadka, der Prager protestantische Theologe, wenn er in einer Botschaft an die westeuropäischen Christen schreibt: «Ich weiß sehr gut, was für Verantwortlichkeiten das in sich schließt, und bin von jeder Selbstzufriedenheit weit entfernt. Aber wenn wir scheitern sollten, so geschähe das nicht wegen der kommunistischen Versuche, uns zu vernichten, sondern vielmehr infolge unserer inneren Schwäche und unseres Mangels an lebendigem Glauben. Ich bin fast sicher, daß in vielen Beziehungen der entscheidende Kampf für die Kirche der ganzen Welt gerade da ausgetragen wird, wo wir hingestellt sind, in unseren Ländern, die jetzt eine Revolution durchmachen. Tut nur die selbstzufriedene Vorstellung von euch, daß die Kirche Christi unter dem Schutze des sogenannten christlichen Westens und seiner Militärmacht leben müsse ... Keine Form des Antikommunismus wird euch helfen können, und nur wenn ihr den Völkern Europas, Asiens und Afrikas (und der anderen Erdteile) etwas Besseres, etwas geschichtlich Aufbauenderes, etwas Hilfreicheres zu bieten habt, werdet ihr eure Probleme ohne den Sowjetkommunismus zu lösen imstande sein.»

Emil Fuchs kämpft in der gleichen Front — der grundsätzlich einzig möglichen, wie wir glauben. Und deswegen sind wir ihm für sein Buch, das auch uns helfen möge, so dankbar. *Hugo Kramer*

Zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Kommunismus

I.

Karl Kupisch: «Vom Pietismus zum Kommunismus.»
(Lettner-Verlag, Berlin)

Dieses Buch bringt «historische Gestalten, Szenen und Probleme» aus der deutschen Geschichte. Es beginnt mit der *Jugendentwicklung* von *Friedrich Engels*, dessen geistiger Werdegang «vom Pietismus zum Kommunismus» als Leitmotiv den historischen Betrachtungen des ganzen Buches vorangestellt worden ist.

In diesem Aufsatz wird an dem persönlichen Schicksal von Friedrich Engels, dem aus Barmer pietistischen Kreisen stammenden Fabrikantensohn, an Hand einer rein historischen Betrachtungsweise gut aufgezeigt, wie der Protestantismus jener Zeit, dessen lebendigste Form der Pietismus war, einen Gott suchenden Menschen wie Engels ohne Antwort, Weg und Ziel lassen mußte. Dieser Pietismus hatte keine Antwort für den ganzen Menschen und dessen Stellung in der Welt, keine Antwort auf die Fragen, die aus der geistigen und materiellen Not und Lage jener Zeit aufstiegen, der Glaube war zur religiösen Bewußtseinsform zusammengeschrumpft.

Der Pietismus steht hier durchaus für den Protestantismus, denn um die Orthodoxie oder das aufkommende liberale Christentum war es nicht besser bestellt. Sie alle mündeten in die zweimalige Katastrophe des deutschen Staates, und es bleibt fraglich, ob diese geschichtlich gewordene Form des Protestantismus eine sowohl für das deutsche Volk wie für die Sache Christi gültige Antwort zu geben hat, die einen *heilvollen* Weg zu erschließen vermag. Engels hat seine Antwort bei *Marx* und nicht bei *Luther* gefunden, dessen evangelische Sache (von ihrer inneren Problematik abgesehen) von Anfang an allzu sehr an die «Obrigkeit» und die feudalistisch-bürgerliche Gesellschaft gebunden war. Deutlich wird das im zweiten Beitrag über «Protestantismus und sozialrevolutionäre Bewegung». Marx ist das späte Gericht über den Luther, dessen «Evangelium» im Grunde schon im Bauernkrieg scheiterte und seine erste Katastrophe erlebte. Sein machtmäßiger Erfolg schließt ja gerade die innere Katastrophe nicht aus. *Es ist die Katastrophe eines Protestantismus, der zwar das Heil der Einzelseele, aber nicht die Sache Gottes in der Welt, die Gerechtigkeit Gottes* (die auch zu einer sozialen wird!) *und das kommende Reich Gottes im Auge hat. Ein Christentum aber, dem die prophetisch-messianische Botschaft in zentraler Weise fehlt, muß an den Bewegungen und Wandlungen der Zeit scheitern.* Es vermag nicht Träger der in die Geschichte hinein wirkenden Kraft des Evangeliums, der Hoffnung, Verheißung und Forderung zu sein, die in ihm in die Völkerwelt richtend und rettend hinein wirken sollen und können. Darum scheitern auf diesem Boden alle Versuche, zu einer positiven Auseinandersetzung mit der sozialrevolutionären Bewegung zu kommen. Wichern, Stöcker, Naumann vermögen das Volk nicht zu erfassen. Von dem Mann, der, auf dem Boden des Protestantismus gewachsen, die entscheidende Antwort in Vollmacht gab — wir meinen *Christoph Blumhardt* —, weiß das Buch nichts zu berichten. Von ihm aber sagte ein späterer Gesinnungsgenosse von Engels, August Bebel, in Berlin: «Wenn ich bei Blumhardt in Bad Boll bin, ist es mir ein leichtes, an Jesum zu glauben.»[1]

Das Buch von Kupisch endet in einer Betrachtung über «Schuld und

[1] (Vgl. Hans Friedrich Lavater: «Bad Boll durch 350 Jahre, und beide Blumhardt.» Brunnenverlag Gießen und Basel.

Schicksal», die bewußt die Schuldfrage ruhen lassen will. *Wie aber soll Umkehr, ja Wandel geschehen ohne Schulderkenntnis?*

Gegenüber dem modernen Nihilismus, «der jeden Augenblick in eine öde Militärdiktatur umschlagen kann», erhebt der Verfasser den Ruf zur «Rettung des Menschen», für «den verlorenen, bedrängten, verfolgten, geschändeten Menschen», um dessentwillen das Wort Fleisch wurde. Aber dieser Mensch lebt in Deutschland wie in der ganzen Welt in einem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen Zusammenhang, er muß wirklich in der Welt leben. Sollte das Evangelium Jesu Christi keine Antwort haben für den ganzen Umfang dieses Lebens in der Welt? Und sollte diese Antwort nicht als Teilstück etwas von dem «Sozialismus» in sich tragen, von dem Kupisch in so skeptischen Worten sagt: «Geht nicht das Jahrhundert des Sozialismus seinem raschen Ende zu?» Wir glauben das nicht, trotz dem folgenschweren geschichtlichen Versagen des Sozialismus gerade auf deutschem Boden. Bestimmt aber wird es keine Sache Christi mehr geben, die das Anliegen und den Aufschrei alles Sozialismus und Kommunismus von dem fleischgewordenen Worte her nicht verstehen und verwirklichen will: Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Liebe für den Menschen und unter den Menschen in allen ihren Beziehungen und Lebensformen.

Das aber kann nur durch eine neue, *reale und nicht religiös-ideologische Verkündigung des Evangeliums vom Reiche Gottes und der Herrschaft Christi über allen Völkern geschehen.* Das ist die wahre Mission der Sache Christi in der Welt.

Kupisch selbst sagt an einer bestimmten Stelle etwas sehr Entscheidendes, bei dem angesetzt werden muß. Die moderne Religionslosigkeit und der marxistische Atheismus sind ja nur eine besondere Kennzeichnung dieser Gesamtlage:

«Man gab den revolutionären Ideen die Schuld, so wie es später eine bis heute hin immer wieder hartnäckig vertretene Auffassung wurde, daß das deutsche Volk, namentlich in seinen ärmeren Schichten, lange von einem ‚braven', ‚frommen' Sinn gewesen sei und erst unter dem Einfluß der ‚gottlosen, sozialistischen Lehren' seinen alten, schlichten Glauben verloren habe. Kenner der deutschen Volks- und Kirchengeschichte sollten diese erbaulich-patriotische Legende vom ‚frommen' deutschen Volke, das allein durch teuflische Demagogen um seine christlich-kirchliche Unschuld gebracht worden sei, nicht nachsprechen. Sie verwischt geschichtliche Tatsachen. Und eine ihrer schwerwiegenden ist, daß das deutsche Volk als Ganzes niemals im echten Sinne missioniert worden ist ... Auch die Reformation war so gesehen nicht eigentlich Missionsbewegung, obwohl ihre Botschaft von einem Missionsmotiv von unermeßlicher Fruchtbarkeit und Wirkungskraft erfüllt war. Der besondere Gang der deutschen Entwicklung ist aber in der Folgezeit auch hier hemmend gewesen.» (Seite 96 und 97.)

Das ist wirklich eine entscheidende Erkenntnis, die durch die Entwicklung der letzten hundert Jahre ja nur noch unterstrichen wurde. Hier muß eine Wendung eintreten, wenn Hoffnung werden soll. *Die Sache Christi muß neu allem Volk verkündet werden, sie muß vertreten werden in der Nachfolge und Jüngerschaft Christi,* nicht in einer bloß kirchlichen Religiosität, sie muß vertreten werden durch eine *neue* Gemeinde,

vielmehr eine *wirkliche Gemeinde Jesu Christi*, die Botin und Trägerin der Botschaft von dem in Christus gekommenen Reiche Gottes ist und seinem Kommen und seiner Herrschaft in der Welt dient.

II.

Emil Fuchs: «Marxismus und Christentum.»

(Verlag Köhler und Amelung, Leipzig)

Unser Freund Emil Fuchs geht aus von dem entscheidenden Versagen des Christentums gegenüber der sozialen Frage. Er zeigt das an Gestalten wie Friedrich Naumann und Johann Hinrich Wichern. Am eindrücklichsten freilich ist sein Nachweis, daß die Quelle dieses Versagens schon in der lutherischen Reformation, bei Luther selbst liegt[2].

Mit gründlicher Sachkenntnis zeigt er das an der Berufsethik Luthers, an seiner Stellung zum Staat und gegenüber dem «revolutionären Menschen».

«Es ist die Flucht vor der Revolution seiner Zeit, für die er doch ein so entscheidender Faktor war, die er aber nicht sah — nicht sehen und nicht anerkennen wollte; und mit dieserTatsache beginnt die Tragödie seines Lebens und Gestaltens.» (Seite 35.)

Der Hauptteil des Buches gilt dem neuen revolutionären Ruf des Marxismus. Die Wahrheit des Marxismus und sein großes geschichtliches Recht gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Welt mit ihrem Mammonismus, Nationalismus und Imperialismus werden aufgezeigt. So gesehen, bedeutet der Marxismus ja gleichzeitig ein *Gericht* über das Christentum, das wenig mehr als ein Ausdruck dieser bürgerlich-kapitalistischen Welt war und ist. Aber noch tiefer dringt Emil Fuchs. Er zeigt, wie im Marxismus etwas von dem Inkognito-Christus schafft, der über alle Religion und Weltanschauung hinweg nicht nur zu den «Gottlosen» geht, sondern auch in seiner Wahrheit und seinem Willen von diesen oft besser erkannt wird und der Wille zur Verwirklichung der Gerechtigkeit in ihnen stärker glüht als in den Religionsleuten.

Mit Recht unterstreicht Dr. Hugo Kramer in seiner Besprechung des Buches von Emil Fuchs in diesem Heft die christliche *Schuld* gegenüber dem Kommunismus. Wo man — wie das in der westlich-bürgerlichen Welt weithin der Fall ist — sich der Schulderkenntnis begibt und sich mit um so größerer Energie an das Gericht über die kommunistische Welt macht, da wird die sittliche Wahrheit und die Gewissensforschung gehemmt und heuchlerisch. Wo diese Kritik eine Ablenkung von der Wahrheitsfrage, von der Frage ist, «wo die letzte Ursache dieser Zustände zu suchen sei» (S. 117), wo sie letztlich in die Billigung von Kapitalismus, Militarismus, Krieg und Faschismus mündet oder diese begünstigt, statt mit ihnen zu brechen, wo die Losung für die «Demokratie» gegen Diktatur, Terror und Unmenschlichkeit zur Preisgabe der sozialistischen Ent-

[2] Vgl. dazu auch: Leonhard Ragaz: «Das Jahr 1952» («Neue Wege» 1925) und «Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus.»

scheidung, zum Verrat an einem radikalen Sozialismus und Antimilitarismus wird (denn nicht diese, sondern der Verrat an ihnen versagt dauernd!), wo sozialdemokratische Parteien sich der bürgerlichen Politik weithin gleichschalten und immer wieder die Arbeiterschaft und die Völker die Katastrophe dieser Politik bezahlen müssen, da kann kein lösendes menschliches und politisches Handeln eintreten. Ist aber die Alternative dazu der Marxismus-Kommunismus oder kann er es auf die Dauer sein?

Von einem lebendig und aktuell gefaßten Reichgottesglauben aus ergeben sich meines Erachtens *drei Einwände* gegen die Ausführungen von Emil Fuchs, die drei bestimmte Grundfragen betreffen.

Einmal: Wenn man die Russische Revolution und die mit ihr eng verbundene kommunistische Weltbewegung (die sich als «fertig» und «erledigt» zu denken nur solchen einfallen kann, die seit 1918 diesem Wunschtraum nachhängen) so ernst nimmt und würdigt, wie man geschichtliche Erscheinungen dieser Art nehmen muß, wenn man die Wahrheit, die in und über ihnen wirkt, erfahren und erfassen will, oder noch anders ausgedrückt, wenn man versucht diese Sache ohne Abstrich von ihrer Wirklichkeit immer wieder vor Gott zu bedenken, dem lebendigen und heiligen Gott, muß man doch viel stärker erkennen, *wie das Gericht und die Mahnung, die durch diese Mächte wirksam sind, sich auch über sie richtend erhebt.* Der lebendige und heilige Gott, der ganz gewiß auch in und über dem *Umsturz* in der Geschichte der Völker waltet — «Denn Vernichtung und Entscheidung, mein Herr, Er, der Umscharte, vollbringt's im Innern alles Erdlandes (Jesaja 10, 23) — (die Propheten und Jesus verkünden es in erschütternder, ewig gültiger Weise), *sucht und fordert von jedem geschichtlichen Werkzeug die Früchte seines Reiches.* Es waltet Gottes Entscheidung, Gottes Willen, Gottes Gericht, gerade auch über denen, die seinem Gericht bewußt oder unbewußt dienen oder gedient haben. Sie werden ebenso unbedingt nach Recht, Wahrheit und Liebe, nach Menschlichkeit gefragt, wie die schon dem Gericht Verfallenen. *Es gibt für niemand ein sittliches Moratorium, auch nicht für die «totale Revolution» des Marxismus-Kommunismus. «Der Menschensohn» ist der Richter jeder «realen Bewegung der Geschichte» und ihr verborgenes und offenbares Maß.* Diese Einsicht führt zu einer christlichen *Verantwortung,* welche *die* menschliche Verantwortung schlechthin ist, wenn sie sich recht versteht, die gerade in den Bewegungen, in denen ein Anstoß Gottes wirksam ist, nicht zu einer pharisäerhaften, aber zu einer kritischen Haltung und Stellung im Sinne dieser Verantwortung führt. (Wie vorbildlich hat sie zum Beispiel im sozialistischen Lager einst eine Rosa Luxemburg erfüllt, und wie tief hat sie immer Leonhard Ragaz empfunden!) Darein ist gewiß in erster Linie «der Erweis der Kraft» eingeschlossen — aber gerade deswegen auch der Kampf der Wahrheit und der Liebe um des Menschen willen und um der Sache willen, die im Grunde eines sind. Die «Nebenerscheinungen», von denen Emil Fuchs redet, sind doch nicht so «notwendig», wie man immer wieder zu ihrer

Erklärung oder gar Rechtfertigung sagt. Der schlechteste Anwalt einer Sache, die in menschlicher Entscheidungsmöglichkeit steht, ist die Berufung auf die «Notwendigkeit» bestimmter Taten oder Untaten, wie das im Marxismus-Kommunismus mit advokatenhafter Routine geschieht und seinem geschichtlichen Ausgangspunkt gar nicht entspricht. Denn er weiß um die unaufhebbare Wahrheit der Kritik und Selbstkritik. Deshalb muß in einem sozialistischen Gemeinwesen die *Demokratie*, das heißt das reale im Recht und im Gewissen verankerte Mitbestimmungsrecht zu ihrer Erfüllung gebracht werden und Partei und Staatsapparat wirklich bestimmen. Darin hat Rosa Luxemburg ewig recht gegen Lenin. Die Sache Christi ist von ihren *Machtgebilden* — den Kirchen und Sekten — verdorben worden, ein analoger Vorgang vollzieht sich auch im Marxismus-Kommunismus. Für uns Menschen und für einen Sozialismus oder Kommunismus, der um des Menschen willen die Menschengeschichte bestimmen will, wird unbedingt und ewig die sittliche Grundwahrheit gelten, daß das Gute sich nicht durch das Böse verwirklichen läßt und die Vergeltung des Bösen durch das Böse neues Böses erzeugt. Diese Einsicht ist doch ein wesentliches Stück unserer Kritik am Christentum und seiner «Sanktion» der Welt, worin sein Abfall von dem zum Ausdruck kommt, der von sich sagt: «Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben — niemand kommt zum Vater, denn durch mich.» Und gerade das ist die Lüge eines großen Teiles der heutigen bürgerlichen Welt, daß sie richtet, was sie selbst tut oder was in ihrem Bereich unter großer Duldung geschieht.

Die *Diktatur*, wie sie sich im Osten ausgebildet hat und wie sie der Kommunismus als «Diktatur des Proletariates» ausgibt, trägt, von ihrer Verfälschung abgesehen (ich werde mich demnächst dazu äußern), allzu sehr jenen *Gewaltglauben* in sich, dessen Überwindung allein eine echte Befreiung des Menschen und der Völker und die Verwirklichung der menschlichen Ziele verbürgt.

An diesem Punkt scheint mir ein Kampf mit dem Kommunismus ebenso unumgänglich wie derjenige mit dem westlichen Imperialismus, Militarismus und allgemeinen Gewaltglauben, der ein ebenso tief wurzelnder menschlicher Fetisch ist wie die Anbetung von Geld und Profit. Hier muß ein *Durchbruch* geschehen zu der Umkehr, die die Botschaft vom Reiche Gottes meint und die zur Revolution Christi gehört. Das mögen die Vertreter einer zur Rechten und zur Linken wirklich dem Weltbrand zueilenden Welt «Doktrinarismus» oder in verächtlichem Achselzucken «Pazifismus» nennen — wir sind überzeugt, daß es die erschütternde Forderung Gottes an unsere Welt und die dringlichste Vernunfteinsicht dieser Welt selbst ist. Es ist der ewige Weg Christi in der Geschichte, den Kirche und Christentum nur zu oft verraten haben, den eine neue Gemeinde Christi gehen lernen muß unter der richtenden Kraft des Wortes: «Nehmt mein Joch auf euch und lernt von mir, weil ich sanftmütigen und demütigen Herzens bin . . . (Matthäus 11, 29).

Zweitens: *Der Totalismus.* Im Abschnitt über den Krieg redet Emil

Fuchs auch über die christliche Stellung zum Staat. Er zeigt, wie verheerend die fälschlicherweise aus Römer 13 abgeleitete Staatsmetaphysik — oder auch Staatstheologie — gewirkt hat.

«Man hat dem Staat geradezu als Götzen der Macht und Gewalt mitten in der christlichen Theologie einen Platz gesichert, von dem aus er das ganze Christentum zerstören und wirkungslos machen kann. Als ein sehr brauchbares Mittel der Selbsttäuschung wurde dazu der Gedanke erfunden, daß es nur der ‚totalitäre' Staat sei, der Verderben hervorrufe, nicht aber der Staat, der seine Grenzen kenne und sich Gott unterstelle. Dabei sagt doch aber die Geschichte zu deutlich, daß jeder Staat diese Gestalt annimmt, sobald er sich bedroht fühlt, und bedroht wird jeder Staat; ferner sagt sie deutlich, daß gerade die bürgerlichen Demokratien es waren, die in der furchtbarsten Weise aus dem Macht- und Habsuchtsinstinkt ihrer Träger heraus Gewalt geübt und immer wieder den ‚totalitären Staat' produziert haben, sobald die Herrschaft jener den Staat als Instrument benutzenden Schicht bedroht war. So gehört es zu den großen Wohltaten, die das marxistische Erkennen der Menschheit und auch dem Christentum erweist, daß es diese Legende vom Staat, diese Vergötzung des Staates dadurch klar überwindet, indem es die Wurzeln eines solchen Denkens im Machtwillen herrschender Schichten aufdeckt und nachweist und damit zugleich deutlich macht, wie wenig der Krieg irgend etwas mit Recht und Gerechtigkeit, Schutz der Schwachen und Schutz des Friedens zu tun hat, sondern wie sehr auch er das Produkt jener Klassenspaltung ist, über die dieselben Kirchen sich so gern hinwegtäuschen, die den Krieg für berechtigt erklären.»

Das Recht dieser Ausführungen ist nicht zu verkennen, und ich weiß auch, daß die theoretische Zielsetzung des Marxismus-Kommunismus nicht auf den «Staat», sondern auf die «freie Assoziation» und das «Absterben» des Staates gerichtet ist; aber wie sehr wird doch gerade bei ihm die Staatsmacht zum Mittel der Verwirklichung. Die Zwangsmethoden, die dabei angewendet werden und die nur zu oft einem abstrakt-mechanistischen Veränderungswillen entspringen, machen den Menschen aus einer lebendigen Seele, die überzeugt und gewonnen werden muß, wozu es Zeit und Geduld braucht, zu einer Maschine, deren man sich bedient. Oder wie soll man das Opfer, diese größte und entscheidendste Macht der Geschichte, die viel größer ist als die Gewalt, auf die Länge erzwingen können? «Das Erdreich ordnen wollen mit Gewalt, es mißlingt, wie die Erfahrung zeigt», sagt Laotse. Aber wieder fällt diese Schuld, ich weiß es, schwer auf uns Christen zurück. Der Abfall von Christus zu Mars und Jupiter, der vor allem auf der kirchlichen Linie des Christentums durch die Jahrhunderte bis in die Gegenwart geht, ist nicht nur eine ungeheure Schuld gegenüber dem Friedensauftrag Christi, er ist eine der Wurzeln des totalen Staates und der sozialen Unterdrückung in der Welt, und Emil Fuchs hat recht, wenn er die christliche Verantwortung und Entscheidung für den Friedenskampf in der Welt unterstreicht:

«Es ist allerhöchste Zeit, daß die Christen und ihre Kirchen sich von der bisherigen Abhängigkeit lösen und eine eigene, nur der neutestamentlichen Botschaft entsprechende Haltung gewinnen, um somit wirksame Kräfte im Dienste des Friedens zu werden. In dem Augenblick, wo sie sich hierauf besinnen würden, wäre die große Frage der heutigen Geschichte gelöst. Die gewaltige Macht des christlichen Glaubens würde sie sofort entscheiden.» (Seite 114.)

Daraus ist aber auch eine dem kommunistischen Totalismus widersprechende Folgerung zu ziehen. Die Menschen müssen wirklich lernen, dem Gewissen, das heißt ihrer vollen persönlichen und sittlichen Verantwortung gemäß zu handeln, die Christen in der Bindung an ihren Herrn, Christus, und die Erkenntnis verwirklichen, daß nicht der Staat, sondern daß die in und mit der Gemeinschaft verantwortliche menschliche Persönlichkeit alle Fragen des menschlichen Tuns und der menschlichen Gemeinschaft zu verantworten hat. Etwas davon vermochte sich im Westen, wenn auch unter dauernder Bedrohung, durchzusetzen.

Demgegenüber liegt in der Konzeption des Marxismus-Kommunismus ein Totalismus, eine Verfügung über die menschliche Person vor, die nicht nur ihre Integrierung in die Gemeinschaft aus dem Atomismus und Egoismus heraus, sondern auch ihre Unterdrückung bewirkt. Weil Marx nur die Klassenzugehörigkeit und Bedingtheit des Menschen in der Geschichte sieht und ihn nur als Natur- und Gattungswesen kennt, kommt er zwar dazu, den «egoistischen», «abgesonderten», seinem Wesen «entfremdeten» Menschen der bürgerlichen Klassengesellschaft abzulehnen, aber er erreicht mit der Befreiung, die er meint, nicht den Kern der menschlichen Persönlichkeit, die keineswegs nur ökonomisch bestimmt und bestimmbar ist. Das Marxsche «Menschenreich» will den ganzen, unversehrten, wahren Menschen, es will wirklich, «daß der Mensch dem Menschen das höchste Wesen» sei, nicht das Geld oder das Privatinteresse wie in der bürgerlichen Gesellschaft — aber kann dies gelingen mit den Mitteln der Diktatur, der Gewalt, des Zwanges, wie es die kommunistische Theorie und Praxis will und vollzieht? Dieser «totalen Revolution» (vergleiche dazu K. Marx: «Das Elend der Philosophie») des Marxismus-Kommunismus gegenüber gibt es sicher nur den «Erweis der Kraft» des Evangeliums, aber im Sinne des Kampfes für die «Revolution Christi» (L. Ragaz), welche die wahre Revolution der Welt ist, in der die volle menschliche Befreiung ein gott-menschliches Geschehen und Zusammenwirken ist. Die Allein-Wirksamkeit des Menschen, wie sie sich in der Haltung des Marxismus-Kommunismus ausprägt, ist in vielem eine nur zu berechtigte Reaktion gegen die falsch verstandene Allein-Wirksamkeit Gottes im Christentum, das auch hier hinter seinem Herrn zurückbleibt und die Linie seines Herrn verläßt: «Mein Vater wirket bis zu diesem Augenblick, und ich wirke auch» (Johannes 5, 17). Aber die bloße menschliche Idee oder auch die reale Bewegung der Geschichte, wie der Marxismus-Kommunismus meint, gehen in das Dunkel einer Illusion ohne das befreiende Licht Gottes für das reale Leben und Handeln des Menschen.

Darum sehen wir im kommunistischen Machtbereich, wie auf etwas andere Weise in der westlichen Welt, den Kampf des Jüngers Christi in der Losung von der Überwindung des Bösen durch das Gute und in der anderen Losung: «Hier ist die Standhaftigkeit und der Glaube der Heiligen.» (Offenbarung Johannes 13, 10 und 14, 12.) Wir werden aber so lange vom kommunistischen und anderem Totalismus gerichtet und ver-

achtet werden, als wir nicht völlig nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit zu trachten lernen, das Jesus in die Welt getragen hat und wofür er ewig lebt und wirkt.

Drittens: Die Weltverantwortung des Christenmenschen vor Gott und für sein Reich, diese prophetische Botschaft, die im religiösen Sozialismus so stark aufgebrochen war, muß sich sicher ganz besonders in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Kommunismus bewähren. Der Bereich dieser Verantwortung reicht wohl von dem, was Emil Fuchs als «Mitarbeit» versteht, bis zu dem andern: «Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.» Gefährlich scheint mir die Motivierung: «Wir haben in einer bereitwilligen und demütigen Mithilfe an der Neugestaltung der Gesellschaft, die sich unter marxistischer Führung vollzieht, diese Schuld gutzumachen und den Beweis der Kraft zu führen, bis er wieder überzeugend wird.» Sicher ist solche Gutmachung in der Nachfolge Jesu auf uns gelegt, und wir kommen ihr immer wieder zu wenig nach, aber sie darf nicht zur Idee werden, welche die Verantwortung des Jetzt und Hier abschwächt oder aufhebt. Wie schwer ist sie und wie schwer zu tragen und zu erfüllen, weil die brüderliche Gemeinschaft des Mittragens und der Fürbitte unter uns so sehr fehlt!

Ist nicht dieser gesamte «Dienst» und dieses «Zeugnis» die große Herausforderung des Marxismus-Kommunismus an uns wie an alle, die sich «Christen» nennen? Steht es mit der übrigen Welt nicht weithin ebenso und wird — wie die Völker im Osten und Westen immer mehr vor ihr Schicksal und ihre Lebensentscheidung gestellt sind im Angesicht der Atombombe und des totalen Krieges — nicht auch die Christenheit endgültig vor jene Entscheidung und vor jenen Dienst gestellt, welche die eine, universelle Gemeinde Christi von Anfang an in ihrem Herrn und durch ihn als Auftrag in der Welt hat? So führt die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Kommunismus den Christen und den Sozialisten zu jener Verantwortung, die um so unbedingter und größer ist, als wir darin dauernd vor die Größe unserer Schuld ebenso wie vor die heilige Forderung des lebendigen Gottes gestellt sind. Der Marxismus-Kommunismus glaubt an die befreiende und revolutionäre Tat des Menschen zum Zwecke der Veränderung der Welt, wie viel mehr sind wir schuldig, ihm und der Welt Zeugen zu sein jener anderen Kraft, die «Nicht mit Heeresmacht und Gewalt», sondern durch den Geist und in den Gaben und Kräften der Gnade mitwirkt an den neuen Himmeln und der neuen Erde, worinnen Gerechtigkeit wohnt.

III.

Mit den letzten Ausführungen sind wir noch zu einem Vortrag gekommen, den der durch sein Buch: «— und führen, wohin du nicht willst» bekannt gewordene Professor *Helmut Gollwitzer* vor einiger Zeit gehalten hat und der unter dem Titel *«Christliche Verantwortung»* in der Nr. 12 des «Kirchenblattes für die reformierte Schweiz» abgedruckt ist.

Er verbindet mit dem Nein zum Marxismus-Kommunismus, über das man im ganzen und einzelnen in seinen geschichtlichen und grundsätzlichen Zusammenhängen etwas anders denken mag, die klare Einsicht in die Schuld und die Versäumnisse der westlichen und vor allem der christlichen Welt. Er verbindet damit ein ebenso klares Nein zu dem unter uns üblichen «Antikommunismus».

«Wir haben uns nicht bedenkenlos einzuordnen in eine antikommunistische Front; wir haben nicht die zu stützen, die uns und unser Nein mißbrauchen wollen. Wir haben immer in unseren eigenen Reihen, in unserer eigenen Mitte die Versuchungen zu sehen, denen drüben der Kommunismus zum Opfer gefallen ist. Was vorher aufzuzählen war: Masse, Technik, geistige Krise, sind nicht nur Phänomene jenseits des Eisernen Vorhanges, sondern das ist unsere Welt, das sind unsere Phänomene. Wer einseitig nur auf die Gefahr aus dem Osten starrt, dem könnte es begegnen, daß — während er mit einem großen Aufgebot an Panzern und Atombomben den östlichen Totalitarismus abwehrt — inzwischen ein westlicher Totalitarismus unter irgendwelchen anderen Vorzeichen das Haupt erhebt und sich in die Herrschaft setzt, so wie es einmal schon in Deutschland (und nicht nur in Deutschland! — Anmerkung des Schreibenden) erlebt wurde. In unserer eigenen Mitte haben wir Tendenzen, die zur Aufrichtung eines solchen Herrschaftssystems hindrängen.

Zur Verantwortung der christlichen Gemeinde in unseren Ländern gehört es deshalb, daß sie immer wieder an uns selbst als Staatsbürger, an unsere eigenen Abwehrmaßnahmen sehr kritische Fragen stellt. Die christliche Gemeinde muß den Westen fragen: Was wollt ihr eigentlich verteidigen, die Freiheit des Profits, die Willkür oder die Freiheit der Verantwortung? Wollt ihr euere Sünden verteidigen oder die Freiheit, euch zu bessern? Und sie muß weiter fragen: Wie wollt ihr euch verteidigen? Hitler begann in Deutschland mit dem Satz, daß der Bolschewismus Terror sei und daher mit Terror bekämpft werden müsse. Das war die eigentliche Kapitulation vor dem Bolschewismus. Wollt ihr euch also durch Terror gegen Terror oder durch Recht gegen Terror verteidigen? Die dritte Frage schließlich ist: Wollt ihr euch verteidigen oder wollt ihr angreifen? Wollt ihr wirklich den Frieden oder den Krieg?»

Mir scheint, daß Professor Gollwitzer die westliche «Drohung» unter Führung Amerikas und Adenauer-Deutschlands zu harmlos sieht. Es ist durchaus die Welt, die sich selbstbehaupten will in ihrer Sünde, die unter der Decke des Antikommunismus und unter dem weithin heuchlerischen Propagandamißbrauch echter Werte durch seine maßgebenden politischen und gesellschaftlichen Mächte das Chaos und jenen Totalismus fördert, der uns noch eine andere Lektion erteilen dürfte als der Marxismus-Kommunismus. Die Hauptfrage muß lauten: Hat im Westen wirklich ein entscheidendes Umdenken, eine Umkehr eingesetzt? Ist eine entscheidende Bewegung in ihm daraufhin oder eine solche zur Restauration und Reaktion aller seiner Dämonen und Götzen? Ist er wirklich auf dem Wege, den Gewaltglauben abzutun und das Recht wie eine Fackel mit dem Feuerbrand der Brüderlichkeit zu verbinden, ohne die es auf die Dauer kein Recht, keine Freiheit und keine auf diesen gegründete Ordnung gibt?

Professor Gollwitzer sieht die entscheidende Verantwortung der christlichen Gemeinde. Er sieht auch den negativen und positiven Zusammenhang zwischen dem Kommunismus und dem Reichgottesglauben dieser Gemeinde. Sollte das aber unser heutiges Christentum und Kirchentum

sein? Muß vielmehr nicht hier erst noch eine tiefgreifende Umwälzung einsetzen, die die christlichen Kirchen wirklich vom Christentum zum Reiche Gottes und der ihm entsprechenden Gemeinde Christi führt, die den Glauben an das Reich zum Kern und Stern der Sache Christi macht und aus ihm zu leben und zu zeugen lernt. Daß es hier nicht nur um ein «Warten» (das an seinem Platz als Hoffnung und Geduld nicht genug unterstrichen werden kann!) geht, sondern um eine weltüberwindende Veränderung, eine von Gott in Christus ausgehende und in diese Welt und Geschichte einbrechende Neuschöpfung, in der die Gemeinde Christi und ihre Glieder Frucht tragen können und sollen *für* das Reich Gottes, darin denken wir vielleicht doch anders als Professor Gollwitzer und seine Freunde. Für uns ist dabei der Mensch durchaus zur *Mitwirkung am Reiche Gottes* gerufen; denn das ist Christi Gebot an seine Jünger. Nicht aus eigener Kraft, sondern in der Gabe und Kraft der Gnade, unter dem Beistand und der Kraft des Geistes, in Christus und der Kraft seiner Auferstehung, «damit wir für Gott Frucht tragen» (Römer 7, 4). Sonst, wir fürchten es, könnte das Reich von uns genommen werden und anderen Völkern und anderen Menschen gegeben werden, «die seine Frucht bringen».

Albert Böhler

Widersprüche des Marxismus*

Man kann über die Rolle staunen, welche der Marxismus gegenwärtig spielt. Die marxistische Doktrin wurde vor hundert Jahren geschaffen. Sie entspricht weder der heutigen sozialen Wirklichkeit noch dem heutigen philosophischen und wissenschaftlichen Denken; in vieler Hinsicht ist sie gänzlich veraltet. Und zugleich ist diese Doktrin andauernd dynamisch, und dieser Dynamismus ist in stetem Wachsen begriffen. Besonders veraltet ist der Marxismus in seiner Wertung der Rolle der Nationalität. Zwei Weltkriege haben bewiesen, daß es kein marxistisches und internationales Proletariat gibt. Arbeiter aller Länder töteten einander. Die Marxisten-Kommunisten sind eine ungewöhnliche, fast geheimnisvolle Erscheinung. Sie leben in einer von ihnen geschaffenen, fiktiven, phantasmagorischen, mythischen, abstrakt-geometrischen Welt. Sie sehen absolut nicht die Kompliziertheit und Vielfältigkeit der menschlichen Individualität in der Wirklichkeit. Dabei sind sie sehr aktiv, und es ist ihnen gelungen, in der ganzen Welt Furcht zu erwecken sowie eine gewisse Überzeugung einzuflößen, daß sie als Sieger hervorgehen werden. Die marxistische Doktrin hat sehr an theoretischem Erkenntniswert verloren, aber große Kraft als Werkzeug demagogischer

* Mit freundlicher Erlaubnis des Holle-Verlages, Darmstadt, bringen wir ein Kapitel aus dem Buche Berdiajews: «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar».

Propagandaagitation gewonnen. Die gläubigen Adepten dieser Doktrin gehen ebensowenig auf einen Streit ein wie die gläubigen Vertreter religiöser Orthodoxien. Jede Kritik fassen sie als eine Verschwörung und einen Angriff der bösen Kräfte der kapitalistischen Reaktion auf. Die Marxisten-Kommunisten teilen, wie die Manichäer, die Welt in zwei Teile: die Welt, die sie vernichten wollen, ist für sie von einem bösen Gott regiert, und deshab sind ihr gegenüber alle Mittel erlaubt. Es gibt zwei Welten, zwei Lager, zwei Parteien. Es ist eine militärische Teilung. Es gibt keine Vielfältigkeit. Vielfältigkeit ist eine Erscheinung und eine List des Feindes. Jeder Appell an die allgemeinmenschliche, universale Moral, ob christlich oder humanistisch, ist ebenfalls eine List des Feindes, der den Kampf abschwächen will. So entsteht ein magischer Kreis, aus dem es keinen Ausweg gibt. Man muß sich von den Affekten des Hasses und der Furcht freimachen und tiefer in die marxistische Doktrin eindringen, die man sehr schlecht kennt und versteht. Die größte Schwierigkeit für eine Verständigung liegt darin, daß der Marxismus hinter der Klasse nicht den Menschen sehen will, er will hinter jedem Gedanken und jeder Wertung des Menschen die Klasse mit ihren Klasseninteressen sehen. Der Gedanke ist nur ein Ausdruck der Klasse und hat an sich überhaupt keinen Wert. Die bourgeoise, kapitalistische Vernunft und die proletarisch-kommunistische Vernunft ist nicht ein und dieselbe Vernunft. Zwischen diesen zwei Arten der Vernunft ist keine Gemeinschaft möglich, sondern nur ein Kampf auf Leben und Tod. Ich meine, daß der Marxismus recht hat, wenn er die Veränderlichkeit der Vernunft behauptet, ihre Abhängigkeit von der Existenz der Menschen, von der ganzheitlichen Einstellung seines Bewußtseins. Aber das muß ganz anders verstanden und gedeutet werden. Ich habe öfters darüber geschrieben, daß die Struktur des menschlichen Bewußtseins nicht statisch verstanden werden kann, daß sie sich ändert, enger oder weiter wird, und daß sich dementsprechend dem Menschen verschiedene Welten erschließen. Das hängt jedoch nicht von der wirtschaftlichen Lage der Klassen ab, die nur eine sekundäre Bedeutung hat. Von der Klassenzugehörigkeit des Menschen hängt nicht die Erschließung der Wahrheit ab, sondern Entstellung und Lüge. Die Wahrheit offenbart sich nur dann, wenn der Mensch seine Beschränktheit durch die Klassenzugehörigkeit überwindet, denn sie bestimmt nicht den ganzen Menschen, sondern nur einige seiner Seiten. Die marxistischen Begriffe der Klasse, des Proletariates, der Bourgeoisie usw. sind Abstraktionen, denen in der sozialen Wirklichkeit kompliziertere Phänomene entsprechen. Dem Marxismus ist der scholastische Realismus der Begriffe eigen, obgleich die Marxisten, die behaupten, Materialisten zu sein, dies nicht zugeben wollen. Das marxistische Proletariat ist eine Gedankenkonstruktion und existiert nur im Gedanken. In Wirklichkeit existieren nur verschiedenartige Gruppierungen der Arbeiter, welche gar kein einheitliches «proletarisches» Bewußtsein haben. Die Arbeiterklasse existiert real, sie wird

tatsächlich ausgebeutet, und sie kämpft für ihre vitalen Interessen. Das marxistische «Proletariat» aber ist ein Erzeugnis des mythosschaffenden Prozesses. Das bedeutet keineswegs, daß die mythosschaffende «Idee» des Proletariates keine dynamische Bedeutung im Kampfe haben kann. Im Gegenteil, Mythen sind viel dynamischer als die Realität, und so war es immer in der Geschichte. Abstrakte Gedanken, welche die Form eines Mythos annehmen, können die Geschichte umwenden, können die Gesellschaft radikal verändern. Alle Revolutionen waren auf Mythen gegründet. Auf Mythen stützte sich auch der Konservativismus, zum Beispiel die Idee der heiligen Monarchie. Sogar der so prosaische Kapitalismus war auf den Mythos der heilbringenden und über der Vernunft stehenden natürlichen Ordnung und Harmonie gegründet, welche aus dem Kampf der Interessen hervorgeht. Der Marxismus enthält zwei verschiedene Elemente, und eines davon ist vorwiegend dynamisch.

Die marxistische Philosophie ist vor allen Dingen eine Philosophie der Geschichte. Die Philosophie der Geschichte ist aber der am stärksten dynamische Teil der Philosophie. Und das ist verständlich. Die Philosophie der Geschichte schließt immer ein prophetisches und messianisches Element in sich. Das Erfassen des Sinnes der Geschichte ist immer messianisch und prophetisch. Dieser Prophetismus und Messianismus durchdringt die Geschichtsphilosophie Hegels, Marx', A. Comtes. Wenn man die Geschichte in drei Perioden teilt und in der letzten das Eintreten des Zustandes der Vollkommenheit sieht, so bedeutet das immer einen säkularisierten Messianismus. Die Geschichte ist noch nicht am Ende, wir befinden uns inmitten des historischen Prozesses, und eine wissenschaftliche Erkenntnis der Zukunft ist unmöglich. Doch ohne diese Erkenntnis ist es unmöglich, den Sinn der Geschichte zu erfassen. Nur das Licht, das von einer unsichtbaren Zukunft ausgeht, kann die Erfassung des Sinnes der Geschichte geben, aber dieses Licht ist prophetisch und messianisch. Auf dem Boden der griechischen Philosophie war eine Philosophie der Geschichte nicht möglich, sie ist nur auf hebräisch-christlichem Boden möglich, auch wenn man sich dessen nicht bewußt ist. Der Messianismus kann unbewußt sein und nicht eingestanden werden. Eben dies sehen wir im Marxismus, in welchem das messianische Element stark ist. Nicht das wissenschaftliche Bewußtsein ist im Marxismus die Quelle des revolutionären Dynamismus, sondern seine messianische Erwartung. Ökonomischer Determinismus kann keinen revolutionären Enthusiasmus hervorrufen und zum Kampf begeistern. Dieser Enthusiasmus wird durch die messianische Idee des Proletariates — die Befreiung der Menschheit — hervorgerufen. Auf das Proletariat werden alle Eigenschaften des auserwählten Volkes Gottes übertragen. Darüber habe ich schon öfters geschrieben. Die Idee des Proletariates, die gar nicht mit dem Proletariat der empirischen Wirklichkeit zusammenfällt, ist eine mystisch-messianische Idee. Gerade diese Idee des Proletariates, und nicht das empirische Proletariat, soll mit der Vollmacht der Diktatur bekleidet

werden. Es ist eine messianische Diktatur, die mit der Wissenschaft nichts zu tun hat. Marx war ein hervorragend gelehrter Ökonomist. Aber nicht dadurch wird die außerordentliche Rolle des Marxismus in der Welt bestimmt. Sie wird durch die religiös-messianische Seite des Marxismus bestimmt. Marx muß in dem Sinne verstanden werden, daß er die Bestimmbarkeit des ganzen menschlichen Lebens durch die Ökonomie eher für ein Übel der Vergangenheit als für eine Wahrheit in alle Ewigkeit hielt. In der Zukunft wird sich der Mensch der Ökonomik bemächtigen, wird sie meistern und wird frei sein. Der Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit, von dem Marx und Engels sprachen, ist ein messianischer Sprung. Unrichtig ist die rein deterministische Auslegung des Marxismus, welche Ende des 19. Jahrhunderts sowohl unter den Marxisten wie unter ihren Gegnern verbreitet war. Eine solche Auslegung steht jedenfalls in völligem Widerspruch zum revolutionären Voluntarismus der Kommunisten, für welche die Welt plastisch ist, aus der man, wie aus Wachs, beliebige Figuren formen kann. Nicht zufällig sagte Marx, daß bisher die Philosophen die Welt haben erkennen wollen, nun aber müßten sie die Welt umwandeln, eine neue Welt schaffen. Der Marxismus ist jedoch widerspruchsvoll und enthält heterogene Elemente. Zunächst wollen wir untersuchen, inwieweit Marx Materialist war.

Der Materialismus Marx' ist sehr fraglich. Nach der Veröffentlichung seines Nachlasses, besonders des Artikels «Nationalökonomie und Philosophie» wurde der humanistische und seinem Wesen nach idealistische Ausgangspunkt Marx' klarer. Marx war aus der romantischen Epoche und aus dem deutschen Idealismus hervorgegangen. In seiner Jugend war er sogar romantischer Dichter gewesen. Seine Schreibart trägt romantische Züge: Ironie, Paradoxe, Widersprüche. Der Einfluß Hegels auf ihn war tiefer, als die Marxisten dachten, die sich von seinem Ausgangspunkt entfernt hatten. Aber in Marx blieb eine Zwiespältigkeit. Marx verurteilte den Kapitalismus vor allem als eine Entäußerung der menschlichen Natur, eine Verdinglichung, eine Verwandlung des Arbeiters in eine Sache, er verurteilte die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Regimes. Das moralische Element, welches die marxistische Doktrin völlig leugnet, war in Marx sehr stark. Die Theorie des Mehrwertes, welche sich auf eine irrtümliche, Ricardo entlehnte Arbeitstheorie des Wertes stützte, trägt vor allem einen moralischen Charakter, sie ist eine Verurteilung der Ausbeutung. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Klasse durch die Klasse, war für Marx die Erbsünde. Ausbeutung ist ein moralischer und kein ökonomischer Begriff. Ein Anhänger des kapitalistischen Regimes, in welchem die Ausbeutung des Arbeiters zweifellos besteht, könnte fragen, warum die Ausbeutung eine schlechte Sache sei, sie könne zur ökonomischen Entwicklung, zum Gedeihen des Staates und der Zivilisation beitragen. Diese bourgeoisen Argumente sind oft von bourgeoisen Ideologen angeführt worden. Aber

die Ausbeutung ist vor allem ein moralisches Übel und verfällt einer moralischen Verurteilung. Und die Marxisten, im Widerspruch zu ihrer amoralischen Theorie, sind voller Entrüstungspathos den Ausbeutern gegenüber. Die fürchterlichen Beschimpfungen, deren die kommunistische Propaganda voll ist, haben den Charakter moralischer Urteile und sind außerhalb dieser moralischen Urteile jeden Sinnes bar. So die eine Seite des Marxismus, welche der Freiheit des Menschen und der moralischen Verantwortlichkeit zugewandt ist. Es besteht eine andere Seite, die nicht weniger wichtig ist; sie ist mit dem ökonomischen Determinismus verbunden. Der Kapitalismus wird nicht nur deswegen verurteilt, weil er mit dem moralischen Übel der Ausbeutung behaftet ist, sondern auch weil die kapitalistische Ökonomik aufgehört hat, produktiv zu sein, weil sie der weiteren Entwicklung der produktiven Kräfte hinderlich und durch die historische Notwendigkeit zum Tode verurteilt ist. Die Marxisten glauben fest daran, daß ihnen der Gang der Geschichte in ihrer Entwicklung den Sieg verheißt. Sie verurteilen die Formen des Sozialismus, welche sich nicht auf die historische Notwendigkeit stützen wollen. Sie haben von Hegel den Glauben übernommen, daß der historische Prozeß einen Sinn hat und daß die historische Notwendigkeit zum messianischen Reich führt. Es ist schwer zu sagen, welche Seite des Marxismus die stärkere ist. Die Argumentierung erweist sich immer als gemischt. Man muß tiefer in die Philosophie des Marxismus eindringen, welche in allem Wesentlichen im Widerspruch zum Materialismus steht. Das ganze positive Pathos Marx' war mit seinem Glauben verbunden, daß der Mensch, der soziale Mensch, die Welt, die Welt der Notwendigkeit, meistern, eine neue Gesellschaft organisieren, der entstandenen Anarchie im Namen des Wohles der Menschheit, im Namen ihrer wachsenden Kraft ein Ende setzen werde. Der Marxismus war pessimistisch in bezug auf die Vergangenheit und optimistisch in bezug auf die Zukunft. Marx war der idealistischen These Fichtes treu, laut welcher das Subjekt die Welt schafft. Nach Fichte schafft das Subjekt die Welt theoretisch, im Gedanken; bei Marx muß er die Welt in Wirklichkeit schaffen, umändern, sie radikal umwandeln. Völlig irrtümlich ist es, den Marxismus im Geiste des Objektivismus auszulegen, wie es die Marxisten oft gerne tun, und womit sie sagen wollen, daß die Geschichte für sie sei. Die marxistische Philosophie muß als eine Philosophie der Praxis, des Aktes, der Tat definiert werden, aber sie legt Wert auf die Realität der materiellen Welt, an welcher das Subjekt, der Mensch, arbeitet, sie lehnt sich gegen den Idealismus auf, wo Notwendigkeit und Macht der materiellen Welt nur im Gedanken besiegt werden. Der Materialismus Marx' muß aus der geistigen Atmosphäre der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts heraus verstanden werden als eine Reaktion gegen den abstrakten Idealismus. Marx wollte den konkreten Menschen in die philosophische Weltanschauung hineinbringen und glaubte dies zu tun, indem er den Materialismus bejahte, obgleich

der Materialismus eine abstrakte, die am wenigsten konkrete aller Philosophien ist. Die geistige Atmosphäre, in welcher der Marxismus entstand, existiert heute nicht mehr, und schon deshalb ist der Marxismus als Weltanschauung veraltet. In seiner Arbeit über Demokrit und Epikur ist Marx gegen Demokrit, welcher Anhänger des mechanischen Materialismus war und den Ursprung der Bewegung im Impuls von außen sah, und für Epikur, der Indeterminist war. In den ersten Arbeiten über Feuerbach kritisierte er scharf die Materialisten der Vergangenheit, weil sie auf dem Standpunkt des Objektes und Dinges stehen und nicht des Subjekts und der menschlichen Aktivität. Diese These ist durchaus nicht materialistisch, sondern erinnert eher an die Existentialphilosophie. Marx unterstreicht immer die Aktivität des Menschen, das heißt des Subjektes, seine Fähigkeit, die sogenannte Objektwelt zu ändern, sie zu beherrschen. Er deckt die Irrtümlichkeit des Bewußtseins auf, welches den Menschen für völlig abhängig von der Objektwelt hält. Kennzeichnend in dieser Beziehung ist seine bemerkenswerte Lehre vom Fetischismus der Ware. Dieses illusorische Bewußtsein sieht eine dingliche, objekthafte Realität dort, wo reale Menschenarbeit und Beziehungen zwischen Menschen wirken. Das Kapital ist nicht ein außerhalb des Menschen befindliches Ding, sondern die Beziehungen der Menschen innerhalb der Produktion. In ihm wirkt nicht nur der objektive Prozeß, sondern auch das aktive Subjekt. Nichts geschieht von selbst, automatisch. Es gibt keine fatale Notwendigkeit, keine unverbrüchlichen ökonomischen Gesetze; diese Gesetze haben nur eine vorübergehende historische Bedeutung. Der Marxisums hat die Tendenz, eine existentielle Nationalökonomie zu schaffen, aber er ist nicht konsequent und verwechselt zwei verschiedene Prinzipien. Der größte Widerspruch des Marxismus liegt vielleicht darin, daß er die Teleologie, den vernünftigen Charakter des historischen Prozesses anerkennt, den Sinn der Geschichte, welcher sich in der zukünftigen Gesellschaft realisieren soll. Das ist ganz offensichtlich bei Hegel entlehnt und durch die Annahme gerechtfertigt, daß der Weltgeist, die Vernunft, der Geschichte zugrunde liegt. Aber das kann absolut nicht durch die materialistische Auffassung der Geschichte gerechtfertigt werden. Warum soll die Materie in den von ihr erzeugten Prozessen zum Sieg des Sinnes und nicht der Sinnlosigkeit führen? Worauf gründet sich ein derartiger Optimismus? Das ist für den Marxismus nur deshalb möglich, weil der Materie Vernunft, Sinn, Freiheit, schöpferische Aktivität verliehen wird. Aber das bedeutet auch, daß die marxistische Philosophie kein Materialismus ist, und sie als solche zu bezeichnen, ist eine offensichtliche Vergewaltigung der Terminologie. Viel eher ist sie Hylozoismus* und sogar eine besondere Art Idealismus. Die Bezeichnung selbst «dialektischer Materialismus», welche ein Widerspruch in adjecto ist, wird für Propagandazwecke und nicht als philo-

* Hylozoismus betrachtet den Stoff an sich als belebt.

sophischer Terminus benutzt. Es kann keine Dialektik der Materie geben, sondern nur eine Dialektik der Vernunft, des Geistes, des Bewußtseins. Die Materie als solche kennt keinen Sinn, die Dialektik erschließt ihn, sie erhält ihn vom Geist. Die sowjetische Philosophie hat sogar das Wort «Selbstbewegung» erfunden, als eine Rechtfertigung dessen, daß der Ursprung der Bewegung nicht ein äußerer Impuls, sondern die der Materie innewohnende Freiheit ist. Es ist lächerlich, dies «Materialismus» zu nennen. Die Apotheose des Kampfes, die Begeisterung des revolutionären Willens ist nur bei einer solchen unmaterialistischen Philosophie möglich. Doch bleibt dabei auch das materialistische Element bestehen, welches hauptsächlich eine negative Rolle im Kampf gegen die Selbständigkeit geistiger Prinzipien und Werte spielt. In jedem Falle ist es ein Monismus, für welchen nur *eine* Ordnung des Seins existiert, das Reich des Cäsar, in welchem die dialektische Bewegung vor sich geht. Das kann leicht eine Verabsolutierung der sozialen Formen gestatten. Die marxistische Klassifizierung philosophischer Doktrinen, die besonders Engels entwickelte, in «Idealismus», welcher den Primat des Bewußtseins über das Sein anerkennt, und «Materialismus», welcher den Primat des Seins über das Bewußtsein anerkennt, ist ganz unzulänglich und mit der philosophischen Atmosphäre der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verbunden. Es ist unverständlich, warum das Sein unbedingt ein materielles Sein ist. Bei einer solchen Klassifizierung muß Thomas von Aquin als Materialist bezeichnet werden. Und auch ich muß zu den Materialisten gerechnet werden. Die marxistische Philosophie ist nicht nur widerspruchsvoll, sondern auch gänzlich veraltet, in ihr ist eine sektiererhafte Stagnation, obgleich in Marx selbst ein positives lebendiges Element wirkt, besonders auf dem Gebiete der Ökonomik.

Die Ursache des außerordentlichen Dynamismus und der Wirksamkeit des Marxismus-Kommunismus liegt darin, daß er alle Züge einer Religion in sich trägt. Die wissenschaftliche Theorie und die positive Praxis könnten niemals eine solche Rolle spielen. Man kann folgende religiösen Züge des Marxismus feststellen: ein strenges dogmatisches System, trotz praktischer Schmiegsamkeit, Trennung in Orthodoxie und Häresie, Unveränderlichkeit der Philosophie der Wissenschaft, die Heilige Schrift von Marx, Engels, Lenin und Stalin, welche nur gedeutet, aber nicht angezweifelt werden darf; Trennung der Welt in zwei Teile — der Gläubig-Getreuen und der Ungläubig-Ungetreuen; eine hierarchisch organisierte kommunistische Kirche mit Direktiven von oben; die Übertragung des Gewissens auf das oberste Organ der Kommunistischen Partei — auf das Konzil; ein Totalitarismus, der nur Religionen eigen ist; Fanatismus der Gläubigen; Exkommunikation und standrechtliche Erschießung der Häretiker; Nichtzulassen einer Säkularisierung innerhalb des Kollektivs der Gläubigen; Anerkennung der Erbsünde (Ausbeutung). Religiös ist auch die Lehre vom Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Das ist eine Erwartung der

Transfiguration und des Eintretens des Reiches Gottes. Die veraltete marxistische Zusammenbruchstheorie, nach welcher die Lage der Arbeiter sich zunehmend verschlimmert und die ganze Ökonomik unabwendbaren Katastrophen entgegengeht, erinnert an die apokalyptische Sprengung dieser Welt. Diese Theorie wurde nicht nur durch die Beobachtung des realen ökonomischen Prozesses und seine Analyse bestimmt, sondern auch durch eine eschatologische Gestimmtheit, durch die Erwartung des Kataklysmus dieser Welt. Der Widerspruch des Marxismus besteht darin, daß das Reich der Freiheit, auf welches alle Hoffnungen gerichtet sind, ein unabwendbares Resultat der Notwendigkeit sein wird. Hier ist der Einfluß des Hegelianertums sehr fühlbar. Der Marxismus versteht die Freiheit als eine anerkannte Notwendigkeit. Das ist im Grunde genommen eine Leugnung der Freiheit, die immer mit der Existenz eines geistigen Prinzips verbunden ist, welches weder durch die Natur noch durch die Gesellschaft determiniert ist. Der Marxismus als Religion ist die säkularisierte Form der Prädestinationsidee. Einen pseudoreligiösen Charakter hat auch die Trennung der Geschichte in zwei Teile. Die Zeit vor der sozialistischen oder kommunistischen Revolution ist nur eine Einführung in die Geschichte, erst nach ihr beginnt die eigentliche Geschichte.

Der marxistischen Religion liegt ein säkularisierter unbewußter Chiliasmus zugrunde, und außerhalb seiner verliert das marxistische Pathos jeden Sinn. Die Marxisten sind sehr zufrieden, wenn die marxistische Doktrin als Theologie betrachtet wird, aber es ist ihnen nie gelungen, diese Definition zu widerlegen. Die Marxisten stellen die Wissenschaft sehr hoch, verehren sie außerordentlich. Sie glauben, daß die wahre, nicht bourgeoise Wissenschaft alle Fragen lösen wird. In dieser Verehrung der Wissenschaft gehören sie dem 19. und nicht dem 20. Jahrhundert an. Das marxistische Denken ist sehr unkritisch und sogar der Kritik feindlich. Sie wenden sich ebenso von der Kritik ab, wie es orthodoxe Theologen tun. Das Widerspruchsvolle im Marxismus hängt teilweise damit zusammen, daß er nicht nur ein Kampf gegen die kapitalistische Industrie, sondern auch ihr Opfer ist, ein Opfer jener Macht der Ökonomik über das menschliche Leben, welche wir in den Gesellschaften des 19. und des 20. Jahrhunderts sehen. Darin ist der Marxismus dem sozialen Milieu gegenüber, in welchem er entstanden ist, passiv, er leistete ihm keinen geistigen Widerstand. Deshalb wird für den Marxismus der neue Mensch, der Mensch der künftigen sozialen Gesellschaft, durch Fabrikproduktion erschaffen. Er ist das Kind einer harten Notwendigkeit und nicht der Freiheit. Die Dialektik des kapitalistischen Übels soll das Gute erzeugen; die Finsternis, in welcher der Mensch entäußert und in eine Sache verwandelt ist, soll das Licht erzeugen. Das ist ein Leugnen des inneren geistigen Menschen. Das ist äußerster Antipersonalismus, von welchem der kommunistische Humanismus nicht rettet. Alle Wertungen ändern sich je nachdem, ob alles durch Ökonomik

und Klasse bestimmt wird, oder ob auch geistige, moralische und intellektuelle Kräfte wirken.

Der Marxismus will in bedeutendem Maße der Aufdeckung der Illusionen des Bewußtseins dienen, welche die ökonomische Knechtschaft des Menschen und die Klassenstruktur der Gesellschaft widerspiegeln. Er entlarvt religiöse, metaphysische, moralische und andere Illusionen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist die ganze geistige Kultur der Vergangenheit im Grunde genommen eine Illusion des Bewußtseins, welche die ökonomische Struktur der Gesellschaft widerspiegelt. Darin liegt eine formale Ähnlichkeit mit Freud und der Psychoanalyse, die Erklärung des Menschen ausschließlich von unten, aus seinen niederen Zuständen heraus. Das Niedere schafft das Höhere, und das Höhere erweist sich als Illusion. Der Marxismus ist geneigt, überall nicht nur Illusionen, sondern auch Lüge zu sehen. Die echte Realität, das echte Leben ist der Kampf des Menschen, des sozialen Menschen, mit den elementaren Kräften der Natur und der Gesellschaft, das heißt die Ökonomik. Alles andere muß nur der Ökonomik dienstbar sein, in welcher man das Ziel des Lebens erblickt; Kunst und Wissenschaft dienen dem sozialen Aufbau. Marx war ein Mensch hoher Kultur, er gehört der Kultur der Illusionen des Bewußtseins an. Aber in seinen letzten Anhängern sinkt das Kulturniveau. Dieses Niveau wird zu einem sehr niedrigen in Sowjetrußland, wo es keine eigentliche Kultur gibt, sondern nur eine elementare Aufklärung der Massen und eine technische Zivilisation. Die völlige Aufhebung der «Illusionen» des Bewußtseins, welche die Erstrealität der Ökonomik verneinen, muß zu einem völligen Zusammenbruch der geistigen Kultur führen. Der Geist erscheint als bloße Illusion einer schlecht organisierten Materie. Der unklarste Begriff in der marxistischen Doktrin ist der Begriff des «Überbaues». Niemand ist imstande gewesen, mit genügender Deutlichkeit zu erklären, was gemeint ist, wenn man sagt, daß Ideologie und geistige Kultur ein «Überbau» der Ökonomik und der Klassenordnung der Gesellschaft sei. Das ist ebenso unklar und undeutlich wie überhaupt die materialistische These, daß der Geist ein Epiphänomen der Materie sei. Der Materialismus war niemals imstande, diese Behauptung befriedigend zu erklären, und formulierte sie auf verschiedene, gleich unzulängliche Weise. Engels gestand sogar zu guter Letzt, daß sowohl er selber wie auch Marx die Bedeutung der Ökonomik überschätzt hätten. Wenn man sagen will, daß die wirtschaftliche und die Klassensituation der Menschen die Ideologie, das intellektuelle, moralische und geistige Leben beeinflussen, so kann man das gerne zugeben, ohne Marxist oder Materialist zu sein. Alles steht in Wechselwirkung. Ich sehe gar keine Schwierigkeit darin, die Existenz eines bourgeoisen Katholizismus, Protestantismus und Orthodoxismus zuzugeben sowie einer bourgeoisen Philosophie und Moral, aber daraus darf man nicht folgern, daß die Wahrheit des geistigen Schaffens in der Ökonomik liege und daß es keine geistigen

Werte gebe, die von der Ökonomik unabhängig sind. Es wurde bereits klargestellt, daß die Ökonomik zu den Mitteln und nicht zu den Zielen des Lebens gehört, und daß der ökonomische Materialismus auf einer Verwechslung der Bedingungen mit der erzeugenden Ursache und mit dem Ziel begründet ist. Auch die Ökonomik selbst ist nicht Materie. Der Begriff des «Überbaues», der so mißbraucht wird, hält keiner Kritik stand. Es bleibt unerklärt, auf welche Weise die materielle Realität in eine geistige und intellektuelle Realität, Ökonomik in Erkenntnis oder moralische Wertung übergehen kann. Man kann sagen, daß der Marxismus als intellektuelle Erscheinung mit der kapitalistischen Ökonomik des 19. Jahrhunderts verknüpft sei und ohne sie nicht existieren könnte. Er war eine Reaktion gegen die kapitalistische Ökonomik. Aber zwischen der kapitalistischen Produktion mit ihrer Ausbeutung des Proletariates und dem Denken Marx' liegt eine Kluft, ein Sprung über einen Abgrund. Die Marxisten lieben es, mit Eindringlichkeit zu wiederholen, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, was sie für «Materialismus» halten, während diese Behauptung mit noch größerer Konsequenz von den extremen Spiritualisten aufgestellt werden kann. Die Marxisten halten an einem ganz veralteten Standpunkt fest, indem sie das psychische und geistige Leben mit dem Bewußtsein identifizieren. Die Hauptsache ist aber, daß sie es niemals versucht haben, zu erklären, auf welche Weise das materielle Sein in Bewußtsein, in Denken übergehen kann. Darum hat sich der philosophische Gedanke Jahrtausende hindurch gemüht, und seine größten Vertreter stimmten nicht für den Materialismus, der nur von durchaus unbedeutenden, mittelmäßigen Philosophen verteidigt wurde. Das Dogma des materiellen Seins aber, welches das Bewußtsein völlig auf den toten Punkt setzt, kann nur ein Glaube und kein Wissen sein. Dem Subjekt gehört der Primat über die Gesellschaft, aber das Bewußtsein des Subjektes setzt von Gott ersterschaffene Urideen voraus, welche nicht vor dem Subjekt, sondern hinter ihm, in der Tiefe, liegen. Den Marxisten kann hier ein Zugeständnis gemacht werden. Wenn die Annahme der Existenz einer Klassenwahrheit und eines Klassenguten eine Sinnlosigkeit ist, so kann man durchaus die Existenz einer Klassenlüge und -ungerechtigkeit zugeben. Der Marxismus hatte recht in seiner Kritik des Kapitalismus und der Klassenökonomik, in der Entlarvung der Lüge des Klassenbewußtseins. Aber Marx verlieh Tatsachen eine universale Bedeutung, die er in den kapitalistischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts, hauptsächlich in England, beobachtete. Und das ist ein schwerer Irrtum, der den Marxismus zu unüberwindbaren Widersprüchen geführt hat.

Vor allen Dingen enthält der Marxismus eine fundamentale Unklarheit, welche mit einem logischen Widerspruch verknüpft ist. Was ist die marxistische Theorie selbst? Ist sie, wie alle Theorien und Ideologien, eine Widerspiegelung der ökonomischen Wirklichkeit ihrer Zeit und des in ihr vor sich gehenden Klassenkampfes, das heißt ein «Über-

bau», welcher der gewöhnlichen marxistischen Erklärung unterliegt? Oder ist sie die endlich offenbarte lautere Wahrheit? Im zweiten Falle hat sich ein wahres Wunder ereignet; in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich zum erstenmal die echte Wahrheit über den historischen Prozeß offenbart, welche nicht nur ein «Überbau» und eine Widerspiegelung der Ökonomik ist. Beide Antworten bieten Schwierigkeiten. Die erste Antwort macht den Marxismus zu einer vergänglichen und relativen Theorie, die nützlich im Klassenkampf ist, aber keinen Anspruch auf Wahrheit erheben kann, sie stellt den Marxismus allen übrigen Theorien und Ideologien gleich. Die zweite Antwort, die den Marxismus als Offenbarung der lauteren Wahrheit anerkennt, widerspricht der marxistischen Theorie selbst, welche die Möglichkeit einer solchen Offenbarung nicht zuläßt. Die Antwort der Marxisten wird wahrscheinlich eine dialektische Rechtfertigung des Relativismus sein. Sie werden entgegnen, daß die marxistische Theorie eine relative Wahrheit sei wie alle Wahrheiten und zugleich eine im sozialen Kampf sehr nützliche Wahrheit. Aber abgesehen von der logischen Schwäche einer solchen Antwort rechtfertigt und erklärt sie keineswegs die außerordentliche Bedeutung des Marxismus, die ihn aus der Reihe aller anderen relativen Wahrheiten heraushebt. Es ist ganz klar, daß diese außerordentliche Rolle des Marxismus durch den Glauben zu erklären ist und auf keinerlei wissenschaftliche Bedeutung Anspruch erheben kann. Der Marxismus-Kommunismus ist eine religiöse Sekte, für welche die Hauptsache nicht der Wohlstand der Arbeiter, sondern das Bekenntnis des wahren Glaubens ist. Es besteht ein auffallender Widerspruch zwischen dem Materialismus und dem logischen Realismus der Begriffe, der die Echtheit der Realität des Allgemeinen anerkennt; so zum Beispiel ist die Klasse realer als der konkrete Mensch, die Idee des Proletariates wichtiger als das Proletariat selbst. Die Marxisten nehmen naiv und unkritisch die Objektivierungen der primären Realitäten für die primäre Realität selbst. Durch besondere Naivität zeichnet sich das einzige philosophische Buch Lenins aus, welches ein polemisches Ziel hatte. Für ihn spiegeln sich in der Erkenntnis objektive Realitäten. Er nimmt naiv die realistische Vermutung an, welche vor dem Entstehen der philosophischen Kritik möglich gewesen wäre. Lenins Standpunkt, der sogar die absolute Wahrheit behauptet, unterscheidet sich auf sehr ungünstige Weise von dem Standpunkt Engels', der der Meinung ist, daß das Kriterium der Wahrheit ein praktisches sei, das heißt der sich zur Philosophie der Tat bekennt. Lenin hat nicht einmal die Idee, daß die Wahrheit vorzugsweise dem Proletariat offenbart ist. Diesen Gedanken findet man eher bei A. Bogdanow, der eine rein soziale Philosophie aufbauen wollte. Lenin ist ein naiver Realist, er versteht den Materialismus gerade auf diese Weise. Das steht in völligem Widerspruch zu den anderen Seiten des Marxismus. Der Marxismus kennt keine wirkliche Gnoseologie. In ihm überwiegt der Glaube das Wissen.

Aber der Marxismus enthält einen moralischen Widerspruch, der nicht geringer ist als der logische Widerspruch. Der Marxismus legt großen Wert auf den amoralischen oder außermoralischen Charakter seiner Lehre. Marx war dem ethischen Sozialismus sehr abgeneigt, er hielt die moralische Begründung des Sozialismus für reaktionär. Und gleichzeitig fällen die Marxisten ständig moralische Urteile und besonders Verurteilungen. Alle Verurteilungen der Bourgeoisie und der Kapitalisten sowie aller derer, die man Sozialverräter nennt — und das ist ein sehr bedeutender Teil der Menschheit —, haben einen moralischen Charakter. Die Verurteilung der Exploitatoren trägt einen moralischen Charakter und ist außerhalb moralischer Wertungen jeden Sinnes bar. Selbst die Unterscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat hat einen axiologischen Charakter, ist die Unterscheidung von Gut und Böse, von Licht und Finsternis, eine fast manichäische Trennung der Welt in zwei Teile, in das Reich der Finsternis und in das Reich des Lichtes. Der revolutionäre Marxismus enthält wahrlich ein starkes Element moralischer Wertung und moralischer Verurteilung. Dieser moralischen Verurteilung verfällt eigentlich die ganze Welt, mit Ausnahme der treuen Anhänger des marxistisch-kommunistischen Glaubens. Ganz unrichtig ist die verbreitete Beschuldigung, daß die Marxisten-Kommunisten die Moral leugneten. Richtiger ist es, zu sagen, daß sie eine andere Moral haben. Und vom Standpunkte dieser anderen Moral müssen sie durchaus als Moralisten anerkannt werden. Die marxistische Moral ist doppelsinnig, und das muß man ergründen. Der Marxismus neigt in der Tat zur Leugnung dessen, was man die universale, allgemeinmenschliche Moral nennt, er leugnet die moralische Einheit der Menschheit. Das entspringt dem Klassenstandpunkt. Die marxistische Moral ist weder eine christliche noch eine humanistische Moral im alten Sinne des Wortes. Die allgemeinmenschliche Moral hält der Marxismus für eine List der herrschenden Klassen, welche den revolutionären Klassenkampf abschwächen wollen, indem sie sich auf absolute moralische Normen berufen. Der revolutionäre Marxist (ich spreche nicht vom evolutionistischen und reformistischen Sozialdemokraten) ist überzeugt, daß er in einer unerträglichen Welt des Bösen lebt, und im Kampf gegen diese Welt des Bösen und der Finsternis hält er alle Mittel für erlaubt. Mit dem Satan und seinem Reich braucht man keine Umstände zu machen, der Satan muß vernichtet werden. Es wäre unrichtig, zu sagen, daß die revolutionären Marxisten alles für erlaubt halten, aber sie halten alles für erlaubt in bezug auf den Feind, der das Reich des Satans, der Ausbeutung, der Ungerechtigkeit, der Finsternis und der Reaktion vorstellt. In bezug auf ihr eigenes Reich des Lichtes, der Gerechtigkeit, des Fortschrittes behaupten sie hingegen die alte Moral der Pflicht und des Opfers. In Sowjetrußland herrscht neben der Anwendung von Mitteln, welche im Widerspruch zur christlichen und humanistischen Moral stehen, ein Moralismus, ein Wunsch, die Tugend zwangsweise einzu-

impfen. Das marxistische moralische Bewußtsein ist zerrissen durch den Widerspruch zwischen dem Verhalten zur Vergangenheit und Gegenwart einerseits und zur Zukunft anderseits. Es gibt noch keine einige Menschheit, es sind Klassen entstanden mit den Rechten und Interessen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten, und deshalb ist keine einheitliche Moral möglich. Aber in der Zukunft, nach der sozialen Revolution, wenn die Klassen verschwunden sein werden, wird es eine einheitliche Menschheit und eine einheitliche, allgemeinmenschliche Moral geben. Die Marxisten leugnen nicht so sehr die allgemeinmenschliche Moral, als daß sie sie in die Zukunft verlegen. Und von dem Standpunkt dieser künftigen, allgemeinmenschlichen Moral urteilen sie über Vergangenheit und Gegenwart, urteilen sie moralisch. Der moralische Widerspruch bestand darin, daß Marx die kapitalistische Ordnung für ihre Unmenschlichkeit, für die Verwandlung des Menschen in eine Sache vom Standpunkt der allgemeinmenschlichen, universalen Moral verurteilte. Hierin wendet Marx dieselbe allgemeinmenschliche Moral an, die er zu leugnen sucht. Das Licht der künftigen, allgemeinmenschlichen Moral fällt auf die Bewertung der Gegenwart. Der Marxismus kann sich ebensowenig jenseits des moralischen Universums versetzen, wie er nicht jenseits des logischen Universums stehen kann. Der Dualismus der marxistischen Moral macht sich am stärksten im Dualismus des marxistischen Humanismus geltend. Der Ursprung des Marxismus ist human, und Sowjetrußland strebt den Humanismus im Prozeß der Realisierung des Marxismus an. Aber im Namen des Menschen wird der Mensch unterdrückt, seine Lebensmöglichkeiten werden eingeengt. Der Prozeß der Humanisierung des Lebens, besonders in der sozialen Organisation, wird von Prozessen der Enthumanisierung begleitet. Das hängt damit zusammen, daß die Gegenwart ausschließlich als ein Mittel der Zukunft betrachtet wird. Der Selbstwert des menschlichen Lebens wird in der Gegenwart geleugnet. Die Einengung des marxistischen Bewußtseins war mit der ausschließlichen Konzentrierung auf den Kampf mit dem sozialen Übel verbunden. Der Mensch kann nur schwer die Fülle und Vielfältigkeit des Lebens umfassen, er neigt immer dazu, vieles zu verdrängen. Marx' Atheismus, der authentischer zu sein scheint als sein Materialismus, war ein Verdrängen von sehr wichtigen Seiten des Menschen als eines geistigen Wesens. Marx folgte Feuerbach nach, fügte aber ein neues Argument gegen den religiösen Glauben hinzu. Er erklärte ihn als ein Erzeugnis sozialer Unorganisiertheit und der Abhängigkeit des Menschen von den elementaren Kräften der Natur und der Gesellschaft. Ihm war Religion Opium für das Volk, weil er in ihr eines der Haupthindernisse im Kampfe für eine bessere soziale Ordnung sah, schuld daran waren die falschen Ideen von Gott, welche den Menschen erniedrigten.

Die Vernichtung der Bewußtseinsillusionen, welche der Marxismus anstrebt, muß nicht nur zur Herabsetzung des Niveaus der geistigen

Kultur führen, sondern letzten Endes — wegen ihrer Entbehrlichkeit — zum völligen Verschwinden. Die große geistige Kultur der Vergangenheit, der große schöpferische Aufschwung, die großen schöpferischen Genies — das alles wird für ein Produkt der Ausbeutung zugunsten der privilegierten Kulturschicht erklärt, die auf Ungerechtigkeit gegründet ist. Mit Dostojewskijs Helden wird man sagen — und man tut es schon: «Wir werden jedes Genie in der Wiege ersticken.» Die Höhepunkte geistigen Schaffens waren immer mit der Anerkennung der Existenz einer jenseitigen Welt verbunden, gleichviel, in welcher Form diese Anerkennung geschah. Eine ausschließliche Diesseitigkeit macht das Leben flach. Die Einschließung im immanenten Kreise dieser Welt ist eine Festlegung der Endlichkeit, ein Verschließen der Unendlichkeit. Der schöpferische Akt des Menschen aber ist ein Hinstreben zur Unendlichkeit, zum Transzendenten, welches paradoxerweise als immanent erklärt werden muß. Mir ist das Transzendente oder das Transzendieren immanent. In meinem endlichen und begrenzten Bewußtsein ist die Hinwendung auf das Unendliche und Unbegrenzte gegeben. Die ausschließliche Anerkennung des Reiches des Cäsar ist ein Verschließen im Endlichen. Schließlich führt das zur Verneinung des menschlichen Schaffens. Im Marxismus liegt die Gefahr der Anerkennung des bloßen ökonomischen und technischen Schaffens: alles müsse nur dem sozialen Aufbau dienstbar sein. Der Marxismus hat recht, wenn er behauptet, daß der Mensch die Welt verwandeln und beherrschen könne. Anderseits will der Marxismus, daß man sich der historischen Notwendigkeit fügen und sie sogar vergöttern solle. Am unverständlichsten ist am Marxismus dieser grenzenlose Optimismus in bezug auf die historische Notwendigkeit, der grenzenlose Glaube an die Gültigkeit und den Sinn des historischen Prozesses. Das ist bei Hegel verständlich, bei dem die Weltvernunft oder der Weltgeist wirkt und den Sinn des Geschehenden bestimmt. Aber warum kann die Materie und der materielle Prozeß ein solches Wunder bewirken? Auch Hegels historischer Optimismus ist nicht annehmbar und nicht gerechtfertigt als eine extreme Form des universalen Determinismus, der das Wirken der menschlichen Freiheit in der Geschichte leugnet. Noch weniger gerechtfertigt ist er im Marxismus und widerspricht dem marxistischen Glauben an die Möglichkeit der Veränderung der Welt durch den Menschen. Der marxistische historische Optimismus ist eine säkularisierte Form des messianischen Glaubens. So ist der Glaube an ein notwendiges Fortschreiten immer. Die Wahrheit liegt aber jenseits von Optimismus und Pessimismus. Der historische Prozeß ist tragisch, in ihm wirken mehrere Prinzipien. Der marxistische Glaube an die Gültigkeit des historischen Prozesses ist ein säkularisiertes Erleben des Glaubens an die Vorsehung. Aber auch der alte Glaube an die Vorsehung benötigt Umwertungen, er war mit Optimismus und einer untragischen Auffassung dieser phänomenalen, notwendigen, kausalen Zusammenhängen unterworfenen Welt verbunden. Der Marxismus ent-

hält eine Teilwahrheit, besonders die der Kritik, und diese muß anerkannt werden. Man muß die Notwendigkeit einer sozialen Revolution in der Welt anerkennen. Man kann nur wünschen, daß diese Revolution weniger gewaltsam und grausam sein möge. Doch der Marxismus in seiner historischen Form setzt das Reich des Geistes der Gefahr aus, welche übrigens im Verlauf der Geschichte verschiedenen Formen drohte. Intellektuell hat der Marxismus gar keinen schöpferischen Charakter. Der marxistische Gedanke ist sehr armselig. Der Marxismus-Kommunismus lehnt die Vielfältigkeit ab und erzeugt graue Langeweile. Der marxistische Gedanke steht keineswegs auf dem Niveau von Marx selbst. Aber das hindert ihn nicht, eine sehr aktive Rolle zu spielen, es verhilft eher dazu. Diese Stärke des Marxismus hängt teilweise mit der Schwäche der Christen zusammen, mit dem Mangel an Ausgeprägtheit des Reiches des Geistes, welches überall vor dem Reiche des Cäsar zurückweicht. *Nikolai Berdiajew*

Russische Heiligenlegenden

Herausgegeben und eingeleitet von Ernst Benz, Verlag «Die Waage», Zürich

Eine Besprechung dieses außergewöhnlichen, in Text und Abbildungen gleich wertvollen, ja kostbaren Buches fügt sich dem Anliegen dieses Doppelheftes der «Neuen Wege» gut ein.

Zunächst freilich mag es befremden, daß ausgerechnet «Russische Heiligenlegenden» in den Rahmen dieses Heftes passen sollen. Und doch ist es so! Denn was hier mit viel äußerer Mühe und noch größerer innerer Hingabe, wie man es am ganzen Werke spürt, vom Herausgeber und seinen Mitarbeitern zusammengetragen, gesichtet, übersetzt und mit trefflichen Einleitungen versehen worden ist, das ist nicht einfach nur die historisch-literarische Ausgrabung eines vielleicht wertvollen, aber doch der Vergangenheit angehörigen Geistesschatzes. Es ist vielmehr Zeugnis von einer Welt, die Auferstehungskraft genug in sich trägt, um zu ihrer Zeit neue Früchte für das Reich Gottes zu tragen.

Das Buch reiht sich in würdiger Weise einer Reihe von Veröffentlichungen über das «östliche Christentum» an, welches in einer zukünftigen Ökumene mit seiner Wahrheit und seiner inneren Kraft voll zur Geltung kommen wird. Es sei in diesem Zusammenhang etwa an die zweibändige Sammlung von Ehrenberg: «Östliches Christentum», erinnert sowie an Igor Smolitsch: «Leben und Lehren der Starzen». Und natürlich tauchen die uns allen bekannteren, lebendigen und zukunftsträchtigen Geister dieser ganzen Welt auf: Dostojewskij, Tolstoj, Solowjeff und in unseren Tagen N. Berdiajew.

Ein bedeutsames Element aus dieser Welt stellen diese Heiligenlegenden dar.

Es ist eine *Christuswelt*, die uns in diesen aus einem geschichtlichen Kern gewobenen «Legenden», in einzelnen ihrer Vertreter besonders hell aufstrahlend, entgegentritt. Diese Gestalten sind ihrem ganzen «Typus» nach nicht eigentlich Vertreter der offiziellen Kirche, sondern wirklich «Heilige», das heißt gottbegnadete, eigentümliche und tiefe Züge der Nachfolge Christi aufweisende Gestalten christlichen Lebens in Rußland. Die biblische Welt als «Urbild», die Welt der «Gemeinschaft der Heiligen», des «gemeinsamen Lebens» und des mehr in die Einsamkeit führenden Gotteskämpfertums tritt uns in ihnen entgegen.

Der Herausgeber, Ernst Benz, der in unseren Kreisen auch durch das schöne Buch über die Franziskanerspiritualen — «Ecclesia spiritualis» — bekannt ist, macht zum Verständnis dieser Heiligenlegenden auf zwei besonders wichtige Merkmale aufmerksam: Diese Legenden «stehen in einer Abfolge christlicher Überlieferung, die «bestimmt ist durch den Gedanken von *Urbild und Abbild*». Dieser Gedanke prägt ja auch die kirchliche Bildkunst des östlichen Christentums, von der das vorliegende Werk eine reichhaltige und sehr schöne Auswahl enthält. Urbild und Abbild aber stehen nicht etwa im Verhältnis einer schematischen, modellhaften Wiederholung, sondern in lebendiger *Wechselbeziehung und Fortführung*. Diese Gestalten sind durch den lebendigen Gott, den lebendigen Christus geprägt, deren Knechte sie sind.

Das zweite Merkmal, das, wie Ernst Benz sicher mit Recht betont, nicht einfach aus der «östlichen Seele» stammt, sondern *pneumatischer* Art ist, *ist die charismatische, von der Gnade und den Gnadenkräften Gottes getragene Prägung* dieser «Heiligen», worinnen sie sich wieder den biblischen, den evangelischen Urbildern zugesellen. Sie sind Glieder im ewigen Christusleib, der gerade darum auch als lebendige Christusgemeinde in die Welt und Zeit hineinwirkt.

Die meisten dieser Heiligen wirken willentlich, etwa auch einmal gegen ihre eigene ursprüngliche Absicht gemeinschaftsstiftend und missionierend, als «Bauleute» in die Welt hinein, trotzdem des öftern die «Weltflucht» der Ausgangspunkt ihres Wirkens ist.

Sehr aufschlußreich ist der Abschnitt, in welchem sich Ernst Benz über *«die spezifisch russischen Elemente der russischen Heiligenlegenden» äußert*. Ein Element sei hier besonders hervorgehoben: das des *Verhältnisses dieser Heiligen zum Staate*. Ernst Benz faßt es folgendermaßen zusammen:

«Besonders eigentümlich und für die russische Geschichte bedeutsam ist das Verhältnis der russischen Heiligen zu den Trägern der staatlichen Macht, zu den Fürsten und Zaren. Hier ist ein grundlegender Unterschied zu der westlichen Entwicklung aufzuweisen. Während sich im Westen das Papsttum selbst zur politischen Macht entwickelte und dem Kaisertum mit politischen Machtmitteln entgegentrat, ist in Rußland der Widerstand gegen den Absolutismus und die Willkürherrschaft der Fürsten

und Zaren immer nur die freie Tat des einzelnen Heiligen gewesen, die mit dem sicheren Martyrium der Heiligen endete und die, wie im Falle des Maxim Grek, auch den Widerstand der Vertreter der Staatskirche und der staatskirchlichen Doktrin gegen den Heiligen hervorrief. Die russischen Heiligenlegenden widerlegen aufs eindrucksvollste das landläufige Vorurteil, als sei das russische Christentum identisch mit dem ‚servilen' Staatskirchentum, wie es der russische Josefinismus ausgebildet hat. Bereits die Heiligen der Kiewer Zeit werden nicht nur als die Ratgeber und Seelsorger ihrer Fürsten geschildert, die mit ihrem Gebet und Segen die Geschichte des Volkes begleiten und die Fürsten von Akten der Willkür und der Ungerechtigkeit abhalten, sondern auch als die Bußprediger, die im Namen Gottes, Christi und seiner Heiligen den Fürsten mannhaft entgegentreten und unter Berufung auf das Wort: ‚Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen', die Verfolgung und das Martyrium auf sich nehmen. Dies gilt noch mehr für die Moskauer Zeit in der Epoche, in der der Absolutismus bereits eine eigene Staatsphilosophie entwickelt hatte, die auch von den staatskirchlichen Kreisen gebilligt wurde. Das Leben des heiligen Metropoliten Filip ist ein hervorragendes Zeugnis von einer auf den Glauben an die göttliche Gerechtigkeit gegründeten Mannhaftigkeit eines Kirchenfürsten und Asketen, der dem Schreckensregiment Iwans IV. und seiner Opritschina in christlichem Verantwortungsbewußtsein entgegentritt und als Märtyrer und Opfer der Willkürherrschaft des Zaren das Banner christlicher Freiheit aufpflanzt. Im Gespräch Filips mit dem Zaren hat der Gegensatz der im christlichen Glauben begründeten Freiheit und Menschenwürde zu dem entarteten Machtprinzip einer gottlosen Willkür einen unvergleichlichen Ausdruck gefunden. Dieses Gespräch stellt auch sprachlich einen wundervollen idealen Dialog zwischen dem heiligen Bischof und dem gottlosen Herrscher dar, wie ihn das religiöse Bewußtsein der russischen Gläubigen des 16. Jahrhunderts unter dem Eindruck der Schreckensherrschaft Iwans formuliert hat.

Aber auch die Vita Maxim Greks eröffnet Einblicke in einen Strom christlicher Freiheit, der wohl manchmal in der russischen Geschichte längere Zeit im Verborgenen floß, aber niemals aufgehört hat zu fließen, Einblicke, die zeigen, daß das Bild des offiziellen russischen Staatskirchentums, das sich allen Launen und Willkürmaßnahmen der russischen Selbstherrscher beugte, nur die Vorderseite der wahren Geschichte des russischen Christentums darstellt und daß sich hinter dieser offiziellen Kulisse eine Frömmigkeitshaltung verbirgt und immer wieder in einzelnen hervorragenden Charismatikern in Erscheinung tritt, die niemals die ihnen als Lohn ihres geistlichen Ringens zuteil gewordene Freiheit der Kinder Gottes preisgegeben haben. Kein Wunder, daß die Legende Maxim Greks gerade in den Kreisen der Altgläubigen besonders beliebt war, die in der nachnikonischen Zeit den schweren Druck der Verfolgung von seiten des Staates und der Staatskirche auszuhalten hatten.

Die Idee christlicher Freiheit erhebt sich in der russischen Vita Maxim Greks sogar bis zu einer ausdrücklichen Polemik gegen den russischen Nationalismus, dessen kirchliche Vertreter den ausländischen Heiligen als Landesverräter beim Zaren denunzierten. ‚Vergessen hatten die rechtgläubigen Christen das Wort des Apostels: ‚Hier ist nicht Jude noch Grieche noch Barbar noch Skythe, sondern wir alle sind Christi, sind eins.' Die Legende scheut sich auch nicht, dem Zaren die persönliche Schuld und die Verantwortung für die grausame Bestrafung Maxim Greks auf Grund der Verleumdungen durch den nationalen Klerus zuzuschreiben und die Mitschuld des Klerus an der Verfolgung Maxim Greks aufs stärkste zu unterstreichen.»

Hier taucht jene Linie auf, die einer wahren *Gemeinde Christi*, einer wirklichen *Nachfolge* des Herrn entspricht. Sie zeigt sich auch deutlich in dem schon genannten Buch von Igor Smolitsch: «Leben und Lehre der Starzen». Es ist die prophetisch-apostolische Glaubenshaltung, in der sich die *Weltüberlegenheit des Reiches Gottes* nicht wie im Westen zur irdischen Macht verfälscht oder wie im Westen und Osten

zur «Symphonie» mit dem Staat (auch dem heillosesten und widerchristlichsten) ausbildet, sondern die sich in der *Reichsunmittelbarkeit, im Gehorsam gegen den Herrn,* in Wort und Tat für die Sache Gottes, für Gottes Recht und Wahrheit unter den Menschen einsetzt und das «Kreuz der Nachfolge» nicht scheut.

Ist dieser zuzeiten verborgene, zuzeiten sichtbar fließende Strom versiegt? War er nur geschichtlich, «ökonomisch» bedingt, wie die Marxisten sagen? Darauf ist schon oben mit dem Hinweis auf das weltüberlegene und übergeschichtliche Wesen des Christus- und Reichgottesglaubens geantwortet worden. Muß diesem Glauben durch westliche Atombomben und Kreuzzugsheere zur «Freiheit» verholfen werden? Gottloser Gedanke und gottloses Beginnen, das seit Jahren unter dem Deckmantel der «Verteidigung des christlichen Abendlandes» alle Kräfte der Reaktion, des Kapitalismus, Militarismus, Nazismus und Faschismus «aufrüstet». Diese Kräfte werden sich noch mehr als der Kommunismus als die Totengräber der Demokratie und der Freiheit erweisen. Sie waren es immer, sie sind es auch jetzt. Gegen Kreuzzugsheere aber steht Gott. Christus läßt sich sein Reich unter den Menschen und seine Herrschaft über die Erde und die Völker nicht durch das Schwert erobern. Kreuzzugsheere schaffen dem Unglauben Raum. Alle Geschichte bis auf unsere Tage beweist es.

Die «Dämonen», auch die des Kommunismus, aber besiegen endgültig und wirklich nur «der Heilige Gottes» und die «Gemeinde der Heiligen», die ihm dient. Diese Gemeinde aber vertritt in der Welt und gegen die Welt die Gerechtigkeit des Reiches Gottes auf Erden — für den Osten wie für den Westen. Das ist der einzige Weg der Sache Christi, der Bestand haben wird. Das «östliche Christentum» aber, das uns in diesen russischen Heiligenlegenden entgegengetreten ist, wird einen zentralen Beitrag leisten mit der Botschaft der Auferstehung und des Lebens, des Sieges über den Tod, die ihm in besonderem Maße eignet.

Albert Böhler

Stellungnahme

zu einem Aufsatz in der «Neuen Zürcher Zeitung»

Pfarrer Max Schoch hat unter dem Titel «Gewissen ohne Verstand» in Nr. 1303 der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 6. Juni 1953 einen Aufsatz veröffentlicht, auf dessen Thema «Gewissen ohne Verstand» (er geht dabei vom Fall des «Atomverräters» Klaus Fuchs aus und bezieht sich auf die Erziehungsrichtlinie von dessen Vater, Prof. Emil Fuchs) wir in unserer Septembernummer einzugehen versuchen werden. Dies um so mehr, als auch im Israelischen Mitteilungsblatt «MB» vom 17. Juli

1953 Kurt Loewenstein unter dem Titel «Zwiespalt des Menschen in unserer Zeit» neben andern Fragen das Problem von Klaus Fuchs und Prof. Emil Fuchs erörtert und ebenso mit dem Begriff «Gewissen ohne Vernunft» zu lösen glaubt. Beide Artikelschreiber erwähnen das Buch des englischen Schriftstellers Alan Moorhead «Verratenes Atomgeheimnis», welches Buch wir in diesem Zusammenhang auch besprechen werden.

In das Problem: «Gutes Gewissen» und «Irrendes Gewissen» einzudringen, tut heute wahrhaft not. Weder intellektuell noch rein emotional aber wird man diese Frage erfassen, geschweige denn beantworten können. Sie bedarf der Durchleuchtung von Gott her, und wir dürfen sie an sich schon nur in größter Demut, in aller Sachlichkeit und mit Ehrfurcht behandeln. Wenn wir aber einzelne Menschen beurteilen oder gar richten zu müssen meinen, kommt das Gebot der Achtung vor der Persönlichkeit und ihrem Wirken hinzu.

In diesem Sinne müssen wir Pfarrer Schoch den Vorwurf machen, daß er Demut, Sachlichkeit, Ehrfurcht und Achtung vor der Persönlichkeit geringer achtet als sein Vorhaben, sowohl Prof. Emil Fuchs als die «von Hugo Kramer betreuten» «Neuen Wege» und einen «sehr achtbaren und sehr gewissenhaften christlichen Vertreter dieser Liebe zur äußersten Linken», von dem er ein Zitat aus einem persönlichen Gespräch völlig aus dem Zusammenhang reißt, als «Dummgute» abzustempeln und abzutun. Er bietet seinen Lesern nicht eine gründliche, seelsorgerische Arbeit der Klärung der aufgeworfenen Fragen, eine Arbeit, die man sich nicht so leicht machen darf und bei der man Gott mitsprechen lassen sollte, sondern lediglich der *Wahrheit fernliegende Belehrungen*, die wir, auch vom intellektuellen Standpunkt aus, als unklar und irreführend betrachten. Von den «Neuen Wegen» behauptet Pfarrer Schoch: «Auch da findet sich die Rechtfertigung des Kommunismus aus Gewissensgründen.» Es ist demokratische Gepflogenheit, Behauptungen zu beweisen und zu belegen. Selbstverständlich stehen Pfarrer Schoch die «Neuen Wege» für diese Beweise offen, und es wird uns «Dummguten» eine Ehre sein, die Stimme eines *Ganzgescheiten* zu vernehmen.

Wir möchten heute die Worte, mit denen sich Dr. John Mackay, der kürzlich zum Moderator der Presbyterianischen Kirche in den USA gewählt wurde, an die Öffentlichkeit wendet, aus dem Ökumenischen Pressedienst, Genf, hier abdrucken in der Meinung, daß sie auch in der Schweiz von den «Vernünftigen» und «Klugen» zu beherzigen sind:

Es geschieht heute etwas, schreibt Dr. Mackay, worüber sich jeder Amerikaner und namentlich jeder wahre Christ klar werden sollte. Eine neue Form des Götzendienstes, eine inbrünstige Hinwendung nicht zu Gott und Seinem Reich, sondern zu etwas ganz anderem bemächtigt sich der Volksmeinung in den Vereinigten Staaten. Der Abscheu vor dem Kommunismus hat in gewissen Kreisen einen religiösen Eifer ausgelöst, der seinerseits einen Religionsersatz schafft. Die leidenschaftliche, hemmungslose Auflehnung gegen den kommunistischen Dämon wird als der einzige, wahre Ausdruck des amerikanischen Lebensverständnisses, ja sogar des christlichen Lebensverständnisses hingestellt.

Es ist schon richtig, den Kommunismus zu verabscheuen, denn der Kommunismus ist zweifellos ein Übel. Aber der Geist, den ich meine, dieser neue Kultus der Verneinung, ist noch von ganz anderer Art. Er ist eine Form des Götzendienstes, der, wie es bei jedem götzendienerischen Tun nicht anders sein kann, zum Fanatismus führt. Der Fanatismus aber ist eine Gemütsverfassung, die dem Gefühl freie Bahn läßt. Er lähmt das Denken. Er will nichts wissen von einer Fragestellung, die ein ruhiges Überlegen voraussetzt, und dies aus einleuchtenden Gründen. Jeder Appell an die Besonnenheit könnte ja die Weißgut der Leidenschaft vermindern, mit der die Eiferer des neuen Kultus ihr Leben ausfüllen wollen.

Dieser Götzendienst, der seine Anhänger lehrt, daß das Absolute, dem ihr Leben heute gilt, der Kampf gegen den Kommunismus, die Bloßstellung von Kommunisten und die Verdächtigung aller derer ist, die nicht der Parteilinie dieser Eiferer folgen, zwingt uns, folgende Überlegungen anzustellen:

Es ist dem Menschen gefährlich, in einer bloßen Negation zu verharren. Niemand kann sein Leben, im absoluten Sinn des Wortes, einem Kampf widmen, solange er nicht in seinem eigenen Dasein die positiven Werte verkörpert und verkündigt, für die die Menschen sich einsetzen müssen. Zwei Gefahrenpunkte sind in dieser religiösen Verneinung verborgen:

1. Die fanatischen Antikommunisten lassen als Mitkämpfer in ihrem Kreuzzug nur Leute zu, die den Typus des Faschisten verkörpern. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Der Sieg politischer, sozialer oder religiöser «Faschisten» würde den USA und der ganzen Menschheit ebenso zum Unheil gereichen wie der Sieg des Kommunismus. Dieser faschistische Dämon ist nicht tot. Er wartet vielmehr den Augenblick ab, um in den USA und in anderen Ländern sein Haupt zu erheben. Er ist gerüstet, das Vakuum auszufüllen, das entstehen würde, wenn der Dämon des Kommunismus in die ihm gebührenden Schranken gewiesen ist, mit anderen Worten, wenn nicht positive Werte aufgeboten sind, dieses Vakuum auszufüllen.

2. Die zweite einem Kreuzzug der bloßen Verneinung innewohnende Gefahr ist diese: Der Eifer, Kommunisten und Gesinnungsgenossen zu entlarven und vor den Richter zu bringen, führt zu einer Mißachtung der Freiheiten, die der menschlichen Person zustehen. Es hat sich eine Untersuchungsart ergeben, die in der amerikanischen Tradition neu ist, eine Untersuchung, die zur Inquisition ausartet. Man hat es auf die Unantastbarkeit der persönlichen Meinung abgesehen, man will dem Menschen in aller Öffentlichkeit an den Kragen wegen seiner ausgesprochenen oder unausgesprochenen Überzeugung. Der Mensch kann für schuldig erklärt werden auf Grund zufälliger Beziehungen, die er im Laufe seines Lebens mit Leuten gehabt haben mag, deren Verhalten oder Denkungsart mit Recht als ketzerisch oder verräterisch angesehen werden könnten. Wenn wir ein verbissenes Festhalten an der Negation so sehen, dann begreifen wir jene Wahrheit, die der große protestantische Denker Frankreichs, André Siegfrid, in die Worte gekleidet hat. Es gibt eine größere Gefahr als der Kommunismus, und diese größere Gefahr ist der Antikommunismus.

Die christliche Kirche ist heute berufen, sich ihrer prophetischen Aufgabe wieder bewußt zu werden. Der einzige Weg, auf dem die Menschen von dem Druck falscher Absolutheitsansprüche . . . frei werden können, ist, daß sie sich auf ihre letzten Bindungen besinnen, die in der Erkenntnis des lebendigen Gottes und in Seinem Dienst wurzeln. In dieser letzten Treue müssen alle menschlichen Dinge erkannt und angewandt werden. Der Mensch ist nur dann wirklich frei, wenn er ein Gebundener Gottes ist. Nur in der Bindung an Gott, wie er uns in Christus geoffenbart ist, kann der Mensch das Gute tun und der Wahrheit dienen. *D. R.*

BUCHBESPRECHUNG

Konrad Farner: *Moskau in der Jahrhundertmitte*, Tagebuch eines Schweizers, 26. Dezember 1950 bis 16. Januar 1951, mit Register, Nachwort, Anhang (Bericht der amerikanischen Gewerkschaftsdelegation über ihren Besuch in der UdSSR im Juli 1951) und Abbildungen. (Verlag der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion 1952.)

Dieses Buch, das mit eigenen Augen Gesehenes und Erlebtes unmittelbar und offen aufzeichnet, fand seinerzeit deshalb schwer einen Drucker, weil — wie der Autor im sehr interessanten und lesenswerten Nachwort schreibt — immer wieder gesagt wurde: «Ja, ich würde dieses Tagebuch schon drucken, aber ich bin dann Repressalien von allen möglichen Seiten her ausgesetzt, und dies kann ich aus rein geschäftlichen Gründen nicht riskieren.» In der Schweiz!

Wenn wir annehmen, daß jeder, der sich wirklich gewissenhaft mit dem Ost-West-Problem auseinandersetzen will, besonders nach Berichten und Quellen aus dem Osten sucht (denn den Westen meinen wir ja zu kennen!), dann wird er an Farners Buch nicht vorübergehen können. Es gehört auch hier zur «umfassenden Bildung», daß man nicht nur Bücher liest, die Negatives und Schlimmstes über die Sowjetunion schreiben, sondern auch solche, die Positives aussagen. Wir glauben nicht, daß man durch ein solches Buch wie das vorliegende «verführt» werden könnte. Dazu ist es zu sachlich geschrieben und zu sachlich im Inhalt. Die Begeisterung des Autors, die natürlich im Buche mitschwingt, kann man weitgehend verstehen, wenn er zum Beispiel über die technisch großartige (und wohl noch nirgends sonst erreichte) Leistung von völlig geräuschlosen, unbemerkten, in einer Nacht vollzogenen Verschiebungen von ganzen Steingebäuden schreibt, die zu Straßenverbreiterungen und zur gleichzeitigen Erhaltung von klassischen und schönen Bauwerken vorgenommen werden, während wir erhaltenswerte Bauten in solchem Falle einfach abreißen (Seite 16 ff.); oder wenn er schildert, welche Besuchermassen (in Zahlen genannt) täglich die «Eremitage», eine der gewaltigsten und reichhaltigsten Kunstsammlungen der Welt, besuchen, und wie da Arbeiter, Bauern, Matrosen, Kinder, Alte und Junge andächtig vor den Meisterwerken verweilen, und wie man kostbarste Werke exponiert ausstellt, auch wenn sie dem Marxismus fremde Themen, wie zum Beispiel die «Grablegung Christi» (Veronese) darstellen; oder wenn er vom Pionierpalast «Shdanow» erzählt, der früheren Zarenresidenz Alexander III., die heute Tausenden von Arbeiterkindern als Kulturstätte dient (Seite 132 ff.); oder wenn er mit genauem Zahlenmaterial die vorbildlichen sozialen Einrichtungen aller Art (zum Beispiel kostenloses Studium aller Studenten und völlige Erhaltung des verheirateten Studenten und seiner Familie usw.) darlegt; oder wenn er dann wieder das Bild der Moskauer Metro malt, wo die Stationen Palasthallen gleichen, mit künstlerischem Schmuck versehen, aus kostbaren Steinen des Urals, aus kaukasischem Marmor gebaut, und «dies alles steht in einem Lichtermeer ohnegleichen und reflektiert voller Glanz» (Seite 71 ff.). Ein Bäuerlein, so erzählt der Autor, das gewohnheitsmäßig Hülsen von gekauten Sonnenblumenkernen auf den blitzblanken Boden spuckte, wischte auf die vorwurfsvollen Blicke der Mitreisenden hin alles von selber wieder auf und sagte, es liebe die Sauberkeit auch. Farner nennt die Moskauer Metro ein moralisches Institut, eine Schule des Menschen.

Aber gerade an Hand dieser genauen Beschreibungen des vom Tagebuchschreiber erlebten Sowjetlebens bleibt man nüchtern und fähig, aus eigener Urteilskraft nachzudenken, aus eigenem Verantwortungsgefühl heraus das Erzählte mitzuerleben und daraus seine eigenen Schlüsse zu ziehen. Man wird und darf beeindruckt sein vom unglaublich raschen und tiefgreifenden technischen Fortschritt, der in der Sowjetunion so manches, was der Westen erreicht hat, beinahe verblassen läßt. Ebenso von den mit ungeheurer Vehemenz und Leidenschaft und minutiöser Genauigkeit durchgeführten Versuchen, die Gleichberechtigung aller Menschen an den leiblichen und geistigen Lebensgütern und Lebensmöglichkeiten zu verwirklichen; ebenso von der Intensität der

erzieherischen Maßnahmen, welche moralische Vollkommenheit ehrlich erstreben. Von diesen Gedanken und Ideen und von der Art, wie sie durchgeführt werden, können wir viel lernen und sollen wir auch lernen, sofern wir innere und äußere Freiheit dazu besitzen. Aus solcher Freiheit heraus wird uns aber auch gerade solch ein Buch, wie es uns vorliegt, erst recht auf den Grund des Problems: Rußland, Kommunismus, Diktatur und zur Auseinandersetzung mit all diesen Fragen führen, und zwar viel intensiver und viel schmerzlicher, auf viel unbequemere, mehr Herzenssubstanz, Mut und Geisteskraft fordernde Weise als ein Buch des bloßen Hasses und der Anklage. Wenn es schon furchtbar ist, zu erleben, wie allerorts der Ungeist und die Abkehr von Gott die Menschen so vieler Völker und so viele Regierungen zu Verbrechen, Vernichtung, Lüge, Elend und Unwürde geführt haben, so ist es wohl noch tragischer und erschütternder, sich nach der Lektüre eines solchen Buches wieder bewußt zu werden, wie große und größte Ideen, ja wie Gedanken und Wille Gottes in einem Volke aufbrachen und dann einen verhängnisvollen und auf die Dauer unfruchtbaren Weg gingen. Nicht zuletzt deshalb, weil dieses Volk und seine Idee im entscheidenden Moment allein gelassen und bekämpft wurde. Bei uns wurde aus Kulturpflege Kultur*markt*, in Rußland Kultur*betrieb*, weil die Menschen, die sich Christen nennen, ihre Kraft nicht dazu verwendeten, Kultur zu pflegen und zu schenken als Dank an Gott und als Antwort auf einen Ruf Gottes. Ob wir jetzt, als Sühne, die Aufbauarbeit, wie sie im Sowjetstaat vor sich geht, vorbehaltlich einiger Kritik, einfach unterstützen sollen — das ist ein ehrlich gemeinter Gedanke, aber auch eine große Frage. Wir glauben, es führe nur und allein eines in das wahrhaft Neue und Erlösende: daß wir die Macht Gottes, die Macht Christi, die Macht des Heiligen Geistes voll und ganz einsetzen sollen, weil jeder andere Einsatz, jedes persönliche Wollen und Gutmeinen zu ungenügend wäre. Die eigene Arbeit am Reiche Gottes tut not, die unbeirrbare und durch keinerlei Ideologien, Hetzereien, Beeinflussungen beeinträchtigte Arbeit im Zeichen der Liebe zu allen Brüdern, der Wahrheit gegenüber sich selber und den andern und der Distanz zu allen irdischen Mächten, Systemen, Plänen und Einrichtungen.

Das Buch von Farner möge gelesen werden, und sicher wird es aufrütteln. Wir hoffen aber, in einem andern, tiefern, umfassenderen Sinne, als es der Autor selber meint und hofft. *C. W.-St.*

Genossin Josefine Helbling zum 70. Geburtstag

Viele Menschen werden siebzig Jahre alt, aber nur wenige können von sich sagen, ihr Leben sinnvoll und selbstlos in den Dienst einer großen Idee gestellt zu haben. Eine Genossin, die Anspruch auf Dank und Anerkennung einer nicht alltäglichen Leistung erheben darf, ist die in Luzern lebende *Josefine Helbling*, die am 16. Juli dieses Jahres das siebente Jahrzehnt vollendet hat. Die Jubilarin ist bei den religiösen Sozialisten in der Schweiz und in der «Vereinigung der Freunde der ‚Neuen Wege'» keine Unbekannte.

Seit rund einem halben Jahrhundert kämpft Genossin Helbling in dem für die Welt des Sozialismus wenig aufgeschlossenen Luzern. Während fünfzig Jahren übte sie hier ihren Beruf als Lehrerin aus. Die Aufgabe, die ihr als Erzieherin und Bildnerin neuer Generationen gestellt war, bedeutete für sie eine Mission, die sie mit der größten Hingabe und dem heiligsten Ernst erfüllte. Bei ihrer großen Güte und dank ihrer mütterlichen Weiblichkeit war es für sie nicht schwer, den Weg zum Kinderherzen zu finden, sich hier einzufühlen und die Liebe und Achtung ihrer Zöglinge zu gewinnen. Genossin Helbling war nach jeder Richtung eine vorbildliche Pädagogin, und sie stand als solche auch bei ihren Kolleginnen und Kollegen in hohem Ansehen, auch bei jenen, die ihre politischen Ansichten nicht teilten.

Ihr außerberufliches Leben widmete sie der sozialistischen Bewegung und dem Kampf für die Rechte der Frau. Aber sie beschränkte ihre Arbeit nicht auf die Frauenbewegung; stets hatte sie die große Gesamtbewegung des Sozialismus vor Augen.

Letzterer ist für sie das Zentralproblem unserer Zeit, an dessen Verwirklichung Mann und Frau Schulter an Schulter zu kämpfen haben, mit den gleichen Mitteln zum gemeinsamen Ziel. Die Haltung und das Streben der Genossin Helbling erinnert an eine der bedeutendsten Sozialistinnen der jüngsten Zeit: an *Rosa Luxemburg*. Wie für diese ist auch für Genossin Helbling die Weltverbrüderung der Arbeiter das Heiligste und Höchste auf Erden. Wie bei Rosa Luxemburg ist bei Josefine Helbling eine der stärksten Triebfedern ihres Wollens und Wirkens und ihrer ganzen Tätigkeit im Dienste der Erniedrigten und Enterbten ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn und ein grenzenloses Gefühl des Mitleids. Revolutionärer Sinn und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein bildet für sie den wahren Odem und den eigentlichen Inhalt des Sozialismus. Adel der Gesinnung, Vorurteilslosigkeit, Charakter und Individualität, Sinn für das Schöne und Edle, Pflicht und Bedürfnis nach Einheit zwischen Fühlen und Wollen, Denken und Handeln bedeuten für Genossin Helbling mehr als Talent, Routine und Berechnung. Der geistige Born, aus dem sie schöpft, ist das Gedankengut eines Paul Pflüger, eines Leonhard Ragaz, eines Herman Greulich und all jener andern, denen der Sozialismus mehr ist als eine bloße Parteisache, als eine Abstimmungs- und Wahlmaschine oder parlamentarischer Leerlauf. Sozialpolitik ist noch lange nicht Sozialismus. Die ethischen und religiösen Werte des Sozialismus sind für Genossin Helbling wichtiger als parteipolitische Betriebsamkeit und bloße Theorien, obwohl auch sie für das Lebenswerk Marxens und anderer Vorkämpfer, von denen heute nicht mehr gerne gesprochen wird, volles Verständnis besitzt. Schwer litt sie unter der namentlich in den letzten Jahrzehnten beständig zunehmenden geistigen Verflachung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, unter der Sattheit, Verbürgerlichung, unter den faulen Kompromissen und unter einem Opportunismus, der, meistens aus bloßer Bequemlichkeit, grundsätzlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen ausweicht.

Genossin Helbling ist sich bewußt, daß eine Bewegung, die nicht getragen wird von begeisterten und begeisterungsfähigen Frauen und Männern, versandet und unfruchtbar bleibt. Sie sieht, daß eine Partei saft- und kraftlos wird und das ursprüngliche Ideal in Verruf bringt, wenn sie bloß dazu dient, persönliche materielle Interessen und Bedürfnisse oder einen krankhaften Ehrgeiz zu befriedigen. Sie erkennt auch die dem Sozialismus drohenden Gefahren objektiver und subjektiver Natur. Als aufmerksame Beobachterin und als erfahrene Kämpferin ist Genossin Helbling nie das geworden, was man einen Schwarmgeist nennt. An den Realitäten der Welt und an den Unzulänglichkeiten der Menschen ist sie nicht achtlos vorübergegangen. Ihre Religiosität und ihre Lebensphilosophie zeugen von einer seltenen Toleranz auch jenen Genossen gegenüber, die weltanschaulich anders ausgerichtet sind. Sie vereinigt in sich einen klaren Verstand und leidenschaftliches Empfinden für alle von der Gesellschaft Benachteiligten. Wie bei Leonhard Ragaz und bei allen von einer religiösen oder weltlichen Ethik ausgehenden Sozialisten gilt auch bei ihr die Gerechtigkeit als das oberste Gesetz in der menschlichen Gemeinschaft. Gerechtigkeit und Freiheit sind für sie untrennbar. «Wo keine Gerechtigkeit ist, gibt es keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit»: das ist der Wahlspruch, den wir uns im Kampf für den Sozialismus zur Richtschnur zu nehmen haben.

Die Lebensführung und Lebenshaltung der in diesen Zeilen gewürdigten Kämpferin sind deshalb vorbildlich, weil sie sich nicht nach den Umständen, nicht nach der Umgebung oder nach der Zweckmäßigkeit richten. Unermüdlich ist sie in ihrem Kampf für die Erneuerung des Sozialismus geblieben, und es dürfte sich früher oder später erweisen, daß ihre sozialistische Gesamtkonzeption fruchtbarer und zuverlässiger ist als die Propagandamethoden, mit denen die sogenannten «Realpolitiker» und Parteistrategen manchmal arbeiten und der Bewegung oft mehr Schaden als Nutzen zufügen. Wo Genossin Helbling von der Demokratie spricht, decken sich ihre Auffassungen in keiner Weise mit jenen der Doktrinäre und Gewissenlosen, die unter dem, was sie den Massen predigen, oft nur den eigenen Ehrgeiz oder dunkle Aspirationen verbergen. Aber sie huldigt auch nicht jener demokratischen Phrase, mit der die Streber und Karrieristen dem Volk schmeicheln, als ob es ein Wesen höherer Art und eine bisher verkannte Gottheit sei. Freiheit und Demokratie sind für Genossin Helbling nicht ein bloßer

Begriff oder das Privilegium für die Anhänger einer Partei, einer Klasse oder für bestimmte Mitglieder einer Regierung. Die demokratischen Prinzipien will sie auch in der Arbeiterschaft angewendet wissen; sie verabscheut jene Cliquenwirtschaft, in der eine Handvoll Politiker diktiert und herrscht.

Im Namen aller, die mit Genossin Helbling im geistigen Kontakt stehen und von ihr so viele wertvolle Anregungen empfangen haben, danke ich dieser tapferen Frau aufs herzlichste. Möge sie uns als Weggenossin und als geistiger Inspirator noch recht lange erhalten bleiben und mögen die kommenden Jahre weniger von Leid und Schmerz getrübt sein als ihre jüngste Vergangenheit! *J. Wr.*

WELTRUNDSCHAU

Kriegsende in Korea Endlich, endlich ist es so weit! Nach mehr als dreijährigem Morden und Zerstören hat der *Koreakrieg* — vorläufig mindestens — sein *Ende* gefunden. Der Waffenstillstand ist am 27. Juli unterzeichnet und das Feuer auf der ganzen Front gleichen Tages eingestellt worden. Man atmet tief erleichtert auf — nicht nur im Bewußtsein, daß ein Gemetzel aufgehört hat, das allein als unmittelbare Wirkung der Kampfhandlungen 2½ Millionen Menschen das Leben gekostet hat und das Land als Wüste zurückläßt; nur in Südkorea sind nach einer Reuter-Meldung vom 26. Juli 10 Millionen Menschen obdachlos, während infolge des Kriegselendes 4 Millionen Menschen gestorben seien. (Entsprechende Angaben über Nordkorea fehlen.) Was uns nicht minder erleichtert, ist die Gewißheit, daß der Koreakrieg nicht zu einem neuen Weltkrieg geführt hat — eine Gefahr, die vor allem wegen der amerikanischen Kriegführung wiederholt sehr nahe lag. Der grauenhafte Anschauungsunterricht, den Korea geliefert hat, war sicher ein Hauptgrund dafür, daß die Gefahr eines dritten Weltbrandes immer wieder gebannt werden konnte.

Darüber hinaus sollte Korea aber aufs neue gezeigt haben, daß der Krieg kein Problem löst, vielmehr alle Probleme nur heillos verwickelt und daß sich ein Krieg in keinem Sinne mehr lohnt, daß er also seine Rolle als Mittel der Staatskunst ausgespielt hat.

Der Koreakrieg hat ja mit einem Waffenstillstand geendet, der weder Sieger noch Besiegte kennt, vielmehr ein Kompromiß zwischen zwei Parteien ist, die einander militärisch und politisch im Gleichgewicht halten und wissen, daß die Gefahren einer Fortsetzung des Krieges größer sind als die Gewinne, die sie sich daraus versprechen können. In der Tat: weder die eine noch die andere Kriegspartei hat ihr Kriegsziel erreicht. Die Nordkoreaner, die die Feindseligkeiten im großen Stil eröffnet haben, sind außerstande gewesen, das reaktionär-feudale Regime in Südkorea mit Waffengewalt zu stürzen und Korea unter kommunistisch-revolutionärem Regime zu vereinigen. Sie meinten der Regierung Syngman Rhee, die offen mit einem «Freiheitskrieg» gegen das Nordreich

drohte, vielleicht sogar den Norden bewußt herausforderte, durch eigenes Losschlagen zuvorzukommen; aber wiederum bestätigte es sich, daß ein Präventivkrieg nur eine vermessene Auslösung von Ereignissen ist, über die der Auslösende bald die Herrschaft verliert. Statt Südkorea wirklich abgeschrieben zu haben, wie damals amtliche Erklärungen in Washington vermuten ließen, machten die Vereinigten Staaten unter dem Druck der Fernostinteressenten (MacArthur-Gruppe, Chinaaktivisten usw.) den Koreakonflikt zum Gegenstand einer grundsätzlichen gewaltsamen Auseinandersetzung und womöglich Abrechnung mit dem Weltkommunismus und setzten eine Kriegs- und Rüstungsmaschine in Bewegung, die seither die ganze antikommunistische Welt bis hin zu unserer friedlichen kleinen Schweiz erfaßt hat.

Allein auch die Vereinigten Staaten und die von ihnen beherrschte Organisation der Vereinten Nationen haben ihr Ziel nicht erreicht. Wohl haben sie die Eroberung Südkoreas durch die Nordarmee verhindert, aber das kommunistische Nordreich ihrerseits zu erobern und Korea «unter einem freiheitlichen, demokratischen Regierungssystem» (praktisch demjenigen des Herrn Syngman Rhee) wiederzuvereinigen, wie die «Neue Zürcher Zeitung» so schön schreibt (Nr. 1736) — das ist auch ihnen nicht gelungen. Zum Glück! Denn *wäre* es ihnen gelungen, dann hätten sie daraus eine ungeheure Ermutigung geschöpft, mit der gleichen Methode das kommunistische Regime auch in den übrigen Ländern zu stürzen, in denen es besteht, von Indochina über «Rotchina» und die Sowjetunion bis nach Ostdeutschland und Albanien. Und ein solches Unternehmen hätte selbstverständlich den dritten Weltkrieg bedeutet.

Wir können nur dankbar sein, daß es nicht so weit gekommen ist und daß sich der Koreakrieg für *beide* Parteien nicht gelohnt hat. Aber wir müssen gleichzeitig auch mit Sorge feststellen, daß eben deshalb, weil der Koreakrieg entscheidungslos geblieben ist, die Probleme, die ihm zugrunde lagen, in ihrer ganzen Schwere weiterbestehen, ja noch schwerer geworden sind. Dies besonders deshalb, weil das Eingreifen Amerikas und der von ihm mißbrauchten UNO in den koreanischen Konflikt auf einer *Unwahrheit* beruhte — der Behauptung nämlich, daß es sich nur um eine Polizeiaktion zur Wahrung der kollektiven Sicherheit handle, während Amerika tatsächlich einen antikommunistischen, gegenrevolutionären Krieg führte, weil also das eigentliche Problem, das in Ostasien zu lösen war, von vornherein falsch gestellt war und der im Namen der Vereinten Nationen geführte Krieg nur dazu diente, den *wahren* Kriegszweck zu verschleiern. Wird es an der politischen Konferenz, die drei Monate nach Beginn der Waffenruhe zusammentreten soll — vielleicht in Genf —, gelingen, das Korea- und Ostasienproblem *richtig* zu stellen und dann auch richtig zu *lösen*?

Die Aussichten sind düster genug. Schon deshalb, weil Südkorea den Waffenstillstand gar nicht unterschrieben hat (obschon es ihn vorläufig beobachten zu wollen erklärt), sich vielmehr vorbehält, auf eigene

Faust den Krieg neu zu beginnen, um den Kommunismus im Nordreich zu stürzen. Was in diesem Fall Amerika tun würde, ist ganz ungewiß. Außenminister Dulles sagt nur, die Vereinigten Staaten würden sich «nicht *verpflichten*», den Südkoreanern dann neuerdings Hilfe zu leisten, behält sich aber Amerikas freie Entscheidung darüber durchaus vor und droht bereits mit Abbruch der politischen Konferenz noch vor dem Ablauf von neunzig Tagen, «falls sich herausstellen sollte, daß die Kommunisten nicht gutgläubig verhandelten», das heißt falls Nordkoreaner und Chinesen der Erfüllung der amerikanischen Forderungen Widerstand leisten sollten — was höchst wahrscheinlich ist. Man denke beispielsweise an die amerikanische Grundforderung, «freie Wahlen» in ganz Korea abzuhalten und ihrem Ergebnis gemäß die beiden Landeshälften zu vereinigen, wobei natürlich die Meinung die ist, daß — wie in Deutschland — das zahlenmäßige Übergewicht des «freien» Landesteiles ein antikommunistisches Regime sichern werde. Daß die Nordkoreaner und Chinesen darauf nicht eintreten werden, ist um so eher anzunehmen, als freie Wahlen in Südkorea unter der Herrschaft eines Syngman Rhee eine bare Unmöglichkeit sind. Auch eine Kontrolle der Wahlen durch die UNO würde daran nicht viel ändern, zumal die UNO und besonders ihr Militärapparat nur ein Werkzeug der Vereinigten Staaten ist.

Anderseits scheinen Nordkoreaner und Chinesen vor allem auf die Räumung Koreas durch landfremde Truppen abzuzielen. Aber davon wollen nun die *Amerikaner* nichts wissen. Sie wollen unbedingt eine Militärbesatzung in Südkorea behalten — und die Folge wird sein, daß auch die Chinesen dableiben werden, wenn auch vielleicht nur wieder als «Freiwillige». Dabei wird die Zeit vermutlich für Nordkorea und China arbeiten, die ihre Kraft im Laufe der nächsten Jahre in einem Ausmaße zurückzugewinnen hoffen, daß die amerikanische Stellung auf dem asiatischen Festland schließlich in jeder Weise unhaltbar werde.

Die Teilung Koreas dürfte somit für absehbare Zeit weiterbestehen, und die Aufgabe der politischen Konferenz wird kaum eine andere sein können, als die Spaltung so erträglich als möglich zu machen und insbesondere die wirtschaftliche Erholung Koreas nach Kräften zu beschleunigen. Im besten Fall kann das geteilte Korea entmilitarisiert und neutralisiert werden mit Gewährleistung seiner Sicherheit durch Amerika, China und Rußland, wenn nicht einfach durch die Vereinten Nationen. Korea wäre dann ein Puffer zwischen den beiden Machtblöcken und könnte — wie ein ähnlich neutralisiertes Deutschland — ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Lager erleichtern[1]. Anderseits ist aber eine solche Verständigung über Korea nur denkbar, wenn bereits ein

[1] Der soeben unterzeichnete «Sicherheitspakt» zwischen Amerika und Südkorea kann einen *internationalen* Garantievertrag nicht ersetzen, ist er doch viel zu stark auf die Sonderinteressen einerseits der Vereinigten Staaten, anderseits des Regimes Syngman Rhees abgestimmt. Er verhindert eher eine rechte Lösung der Koreafrage.

gewisses Maß von gutem Willen zum friedlichen Nebeneinanderleben der kommunistischen und der kapitalistischen Welt vorhanden ist. Ist darauf zu zählen?

Neuer Kurs! Nur äußerste Voreingenommenheit kann noch leugnen, daß es der *Sowjetunion* und der *Chinesischen Volksrepublik* ernst ist mit ihrem Bemühen, eine friedliche Generalverständigung mit dem Westblock herbeizuführen. Das fällt ihnen um so leichter, als die frühere Lehre von der Unvermeidlichkeit kapitalistisch-imperialistischer Kriege gegen die Länder der sozialistischen Revolution von den kommunistischen Wortführern aufgegeben worden ist und jetzt die Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Staaten selbst angenommen wird; so schon von Stalin, der zum Beispiel in seiner Schrift «Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR» (Verlag Dietz, Berlin, 1953) die These zurückweist, daß «die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern». Theoretisch sei das zwar schon richtig, aber tatsächlich lägen die Dinge doch anders.

«Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muß ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der ‚Propaganda' über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, daß die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird.» (Seite 35/36.)

Demgemäß hat Malenkow noch zu Lebzeiten Stalins in seinem Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag vom 5. Oktober 1952 betont:

«Die sowjetische Politik des Friedens und der Völkersicherheit geht davon aus, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Kommunismus und eine Zusammenarbeit durchaus möglich ist, wenn auf beiden Seiten der *Wunsch* nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft vorhanden sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn das Prinzip der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingehalten wird.

... Wir sind überzeugt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus mit jedem Jahr anschaulicher seine Überlegenheit über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen wird. Aber wir haben keineswegs die Absicht, irgendwem unsere Ideologie oder unsere Wirtschaftsordnung aufzuzwingen.»

Nach Stalins Tod ist diese Politik vollends ganz zum Durchbruch gekommen. Der «New Statesman» faßt es gut zusammen (25. Juli):

«Stalin ist gegangen, und nach Stalin Beria; die ganze kommunistische Welt ist durch revolutionäre Wandlungen erschüttert worden. Noch stehen diese Wandlungen in ihren ersten Stadien, aber ihre Gesamtrichtung ist dennoch unmißverständlich. Die neuen Männer im Kreml suchen das Gefüge einer persönlichen Diktatur zu liberalisieren und die Ansprüche zu mildern, die ein allmächtiger Staat sowohl an den ein-

zelnen Sowjetbürger wie an die Satellitenländer stellt. Als Ergänzung dieser inneren Wandlungen im Gefüge des kommunistischen Systems kommt dazu die dritte Seite der neuen Politik: der planmäßige Versuch, durch eine weltweite Befriedungspolitik die internationale Spannung zu lockern. Das erste Zeichen dieser neuen Außenpolitik war die chinesische Schwenkung in den koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen. Daran schloß sich der bedeutungsvolle Entschluß, in Ostdeutschland und Ungarn die Kollektivisierung zu bremsen und das Tempo der industriellen Entwicklung zu verlangsamen, sowie eine lange Reihe kleiner, aber bezeichnender diplomatischer Gebärden, die letzte Woche in einem neuen Appell an die Türkei und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel gipfelten.»

Der seither erfolgte Verzicht der Sowjetunion auf weitere Bezahlung ihrer Besetzungskosten durch Österreich gehört in den gleichen Zusammenhang, ebenso der jüngst bekanntgegebene Entschluß der Sowjetregierung und anderer osteuropäischer Staaten, sich an der «technischen Hilfeleistung» der Vereinten Nationen an die zurückgebliebenen Völker zu beteiligen — eine offenkundige Schwenkung des Ostblocks in der Frage der Zusammenarbeit mit den Zweckorganisationen der UNO.

Nur scheinbar — das heißt für den «bösen Blick» des Westens — weicht von dieser Linie die Note der Sowjetregierung an die westmächtlichen Kanzleien ab, in der für eine Konferenz der Außenminister beider Lager bestimmte Bedingungen und Vorbehalte aufgestellt werden, denn die wichtigsten dieser Bedingungen, an denen man sich im Westen vor allem stößt — die Beiziehung Chinas und, als ein Hauptziel der Konferenz, eine grundsätzliche Verständigung über die dauernde Unschädlichmachung Deutschlands, die seiner Wiedervereinigung vorauszugehen habe —, diese Forderungen sind sachlich mehr als berechtigt; ohne die Mitarbeit Chinas gibt es ja keinen Frieden in Asien und ohne Ausschaltung der deutschen Gefahr keinen Frieden in Europa. Es erscheint nur fraglich, ob es richtig war, sie *in diesem Augenblick* zu stellen, *vor* dem Zusammentritt der Konferenz. Im übrigen hat die Sowjetunion durchaus das Recht, dem von den Westmächen aufgestellten Konferenzplan *ihre* Auffassung gegenüberzustellen, ohne daß sie deswegen des schlechten Willens bezichtigt werden darf.

Es wird angesichts dieser Tatsachen immer schwerer, den westlichen Völkern einzureden, daß die Sowjetunion, im Bunde mit China, auf die gewaltsame Bolschewisierung der Welt sinne. Der amerikanische Wehrmachtsminister Wilson selbst hat (nach den «New York Times», 20. Mai) einem Senatsausschuß erklärt, «das amerikanische Volk sollte aus der Konzentration der Sowjetunion auf die Herstellung von Kampfflugzeugen die Sicherheit schöpfen, daß die Russen in erster Linie eine Luftmacht zu Verteidigungszwecken zu schaffen gedenken». «Nicht einmal die Generäle im Pentagon», so folgert der «New Statesman», «können mehr leugnen, daß die Voraussetzungen, auf die sie ihre Forderung nach Aufrüstung des Westens gründeten, hinfällig werden. Wenn die Rote Armee je eine unmittelbare Gefahr für Westeuropa darstellte oder die chinesischen Armeen für Südostasien, so ist nun diese Bedrohung beseitigt worden — nicht durch papierene Beteuerungen, deren Aufrichtigkeit

in Frage gestellt werden konnte, sondern durch den Gang der Ereignisse innerhalb der kommunistischen Welt ... Wenn diese Deutung auch nur annähernd richtig ist, so ergibt sich daraus, daß die Politik des Westens von Grund auf und raschestens revidiert werden muß»; revidiert in dem Sinne, daß an die Stelle des Versuches, die Sowjetunion durch höchstgesteigerten militärischen und wirtschaftlichen Druck zur Kapitulation zu zwingen, das ebenso tatkräftig und umfassend betriebene Streben treten muß, *auf dem Wege der Verhandlung zwischen Gleichen* zu einer friedlichen Verständigung über Teilfragen zuerst und dann mehr und mehr über eine gesamthafte Abgrenzung der beidseitigen Interessensphären zu kommen.

Den gleichen Schluß aus der gegenwärtigen Weltlage zieht in der Neuyorker «Nation» (20. Juni) Professor Frederick L. Schuman, einer der bekanntesten amerikanischen Sachverständigen für internationale Probleme. Er weist insbesondere auf die Tatsache hin, daß die beiden Machtblöcke

«dank der westlichen Aufrüstung, der russischen Industrialisierung und der chinesischen Revolution einen Zustand des Weltgleichgewichts und des gegenseitigen Inschachhaltens erreicht haben, der im großen dasselbe ist wie das militärische Unentschieden in Korea. Keiner der beiden Gegner erfreut sich einer klaren militärischen Überlegenheit über den andern. Keiner von beiden kann eine irgendwie glaubhafte Strategie des Sieges in einem dritten Weltkrieg planen ... Da durch Kampf kein Sieg errungen werden kann, sind Verhandlungen über eine Verständigungslösung unausweichlich.»

Das aber bedinge, so sagt Professor Schuman, die Anerkennung des kommunistischen Regimes in Osteuropa wie in Ostasien, der bestehenden Ländergrenzen und des gegenwärtigen kommunistischen Bündnissystems. Anerkennung als Tatsache, wohlgemerkt, nicht innere Billigung! Aber diese Anerkennung ist tatsächlich die unerläßliche Bedingung einer friedlichen Lösung der zwischen den beiden großen Weltbünden liegenden Fragen — und eine andere als eine *friedliche* Lösung gibt es, um es zu wiederholen, nicht mehr. In Ostasien namentlich werden die Westmächte um eine Aufnahme Chinas in die UNO nicht herumkommen, falls sie überhaupt ernstlich Frieden wollen; und das wiederum verlangt, daß sie eindeutig von Chiang Kai-Shek abrücken, die Wirtschaftsblokkade gegen China aufheben und auf die Wiederaufrüstung Japans verzichten. Noch mehr: die Westmächte werden auch, im Einklang mit der Sowjetunion und China, die Kriege in Indochina, Malaya und Burma einstellen müssen, sofern Ost- und Südostasien zur Ruhe kommen und die Möglichkeit haben sollen, ihr nationales und soziales Befreiungswerk durchzuführen. Ohne das wird nicht einmal die Koreafrage gelöst werden können, geschweige das Ostasienproblem als Ganzes. Auch den Westmächten und vor allem den Vereinigten Staaten wird es nicht erspart bleiben, zu einem neuen weltpolitischen Kurs überzugehen, wenn sie nur einigermaßen realistisch denken und darauf Wert legen, daß wir ihren Friedfertigkeitsbeteuerungen irgendwie Glauben schenken.

Die Ewiggestrigen Im Lager der europäischen Verbündeten Amerikas hat man diese Notwendigkeit weitherum begriffen. Churchills berühmt gewordene Rede vom 16. Mai, die bei den Völkern Europas — und darüber hinaus — einen solch begeisterten Widerhall fand, beweist es zur Genüge. Wie wir aber schon in unserer Junirundschau feststellten, hat der amerikanische Gegenstoß, den man erwarten mußte, sofort eingesetzt. Und er hat bisher nur allzusehr Erfolg gehabt. Wir stehen heute vor der erstaunlichen Tatsache, daß in weniger als zwei Monaten sowohl England als auch Frankreich auf die alte Linie der amerikanischen Druck- und Rüstungspolitik zurückgefallen sind, die sie unter Churchills Einfluß bereits zu verlassen Miene gemacht hatten. Die Erkrankung des britischen Ministerpräsidenten und die lang dauernde, ebenfalls durch Krankheit verursachte Abwesenheit seines Außenministers Eden von seinem Posten genügen nicht, um diese vielleicht verhängnisvolle Wendung zu erklären. Man muß annehmen, daß einfach die Interessen, Begehren und Zielsetzungen, die nun schon seit Jahren den westmächtlichen Kurs in die falsche Richtung getrieben haben, noch viel zu übermächtig sind, als daß die schwachen und halbherzigen Gegenkräfte, die sich dagegen zu kehren beginnen, hätten schon wirklich durchbrechen können. Es waltet hier eben jene schicksalhafte Eigengesetzlichkeit des Bösen, die nur von Kräften gebrochen zu werden vermag, die sich mit ganzem Herzen und ganzer Seele dem höchsten Guten verschrieben haben. Der blinde Antikommunismus, hinter dem eine ganze Welt bürgerlichen Konservatismus und kapitalistischer Gier und Furcht steht, wütet weiter. Die Gewaltgeister, die die weltweite militärische Aufrüstung geweckt hat, toben sich nach wie vor aus. An der Fortsetzung der Kriegsrüstungen hangen so viele und starke materielle Interessen, daß größte Störungen, vielleicht wirtschaftliche Krisen, wahrscheinlich sind, falls «der Frieden ausbrechen» sollte. England kann sich nicht von amerikanischer Wirtschaftsabhängigkeit freimachen, und Frankreich *will* es nicht. Westdeutschland ist vollends ganz und gar auf eine Dollarhilfe angewiesen, die schnell aufhören würde, falls es die Aufrüstung im Rahmen der «Europaarmee» fahren ließe und sich mit Ostdeutschland zusammenschlösse, nicht zu reden von Chiang Kai-Sheks famosem «Nationalchina» und Syngman Rhees Südkorea, die beide nur von der Hoffnung auf Krieg und der Arbeit für den Krieg leben.

Was Wunder, wenn die Washingtoner Konferenz der drei Außenminister — von Amerika, England und Frankreich — die unentwegte Fortsetzung der Kriegsrüstungen verkündet hat und die westliche Propaganda den Völkern einredet, der Ostblock weise unter dem harten Druck des Westens schon die größten Risse auf, und man brauche diesen Druck nur entschlossen fortzusetzen, damit er gänzlich zerfalle? Was Wunder auch, wenn die Vereinigten Staaten jetzt ihren Militärvertrag mit Spanien unter Dach und Fach gebracht haben, der auch den Staat des aller-

christlichsten Diktators Franco in die «Freiheitsfront» des Westens eingegliedert? Und was Wunder, wenn die Leiter der amerikanischen Außenpolitik es entrüstet ablehnen, in Ostasien die gegebene Folgerung aus dem erneuten Scheitern des großen Planes einer Aufrollung der kommunistischen Weltfront von Korea und China her zu ziehen, ein Admiral Radford — jetzt Vorsitzender des Rates der vereinigten Wehrmachtchefs — vielmehr (nach der «New York Post» vom 17. Mai) gelassen erklärt, der «im Grunde unvermeidliche» Krieg mit China könne gut und gern 50 Jahre lang dauern?

Nein, die Zeichen für eine Sinnes- und Kursänderung vor allem in den Vereinigten Staaten fehlen bisher fast vollständig. Wenn Amerika seine Kriegsrüstungen jetzt nicht mehr im gleichen Tempo steigert wie in den letzten Jahren, sondern so etwas wie eine Atempause einlegt, so nur deshalb, weil die Geschäftswelt unter dem wachsenden Steuerdruck seufzt — und weil dafür die Aufrüstung Westdeutschlands und Japans von Washington aus um so energischer betrieben wird. Aber werden dabei die europäischen Verbündeten Amerikas so ruhig zusehen, wie es nötig wäre? Werden sie die Scharfmacherpolitik, die Dulles und sein Kreis gegenüber Nordkorea und China betreiben, so ohne weiteres mitmachen? Wird man in England und Frankreich, in Belgien und Holland, in Italien und besonders in Westdeutschland nicht immer klarer erkennen, daß ein dritter Weltkrieg — wenn schon das ferne Amerika wieder mit einem blauen Auge davonkäme — der Ruin Europas wäre? Wird also der Churchillsche Vorstoß in irgendeiner Form nicht neuerdings aufgenommen werden? Werden nicht die Beziehungen *Frankreichs* zu Amerika, die sich auch nach der Feststellung des Washingtoner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 1763) in der letzten Zeit «wesentlich verschlechtert» haben, unter dem Druck der gar nicht amerikafreundlichen französischen Volksstimmung neuen Belastungsproben ausgesetzt sein? Und wie steht's um *Italien*, wo als Folge der Kammerwahlen und des überraschenden Anschwellens sowohl der Links- als der extremen Rechtsparteien die Regierungskoalition unter De Gasperi bereits auseinandergefallen ist? Wie auch immer die Krise äußerlich gelöst werden mag, soviel ist sicher, daß das römisch-katholisch geführte Europa, das Adenauer, Schuman, De Gasperi und Franco erträumt hatten, abermals eine seiner Hauptstützen verloren hat und daß damit Amerikas Europapläne auch von Italien her in Frage gestellt sind. Das italienische Volk wird sich schwerlich in den antikommunistischen Kreuzzug der «freien Welt» einspannen lassen; statt der Gegenrevolution zu dienen, wird es viel eher auf seinem eigenen Boden die soziale Revolution vollziehen, die seine Herren bisher immer wieder zu hintertreiben gewußt haben.

Den Vereinigten Staaten stellt sich auf alle Fälle das Problem, wie sie ihre europäischen Verbündeten trotz allen Unabhängigkeitsregungen doch wieder fest in die Hand bekommen können. Der Koreakonflikt

hatte ihnen die herrliche Gelegenheit verschafft, jene antikommunistische Weltpanik zu erzeugen, die Englands und Frankreichs Zustimmung zu der westdeutschen und japanischen Wiederaufrüstung ermöglichte. Aber je länger sich der Krieg in Korea hinzog und je klarer es wurde, daß nicht China und nicht die Sowjetunion seine Beendigung verhinderten, sondern die amerikanische Aktivistenpartei, um so mehr verflog die Hochstimmung vom Sommer 1950 und um so größer wurden die Spannungen und Reibungen innerhalb der westmächtlichen Kampfkoalition. Um so eindringlicher müssen sich aber die Dulles, Radford, Knowland und Konsorten fragen, wie sie es anstellen müssen, um aufs neue eine Lage à la Korea 1950 zu erzeugen. Die Neuyorker «Monthly Review» (Juli 1953) glaubt, die Baumeister des amerikanischen Imperiums müßten sich von diesen drei Grundsätzen leiten lassen:

«1. Nur das unbedingte Mindestmaß von Zugeständnissen machen, das nötig ist, um die Koalition des Kalten Krieges am Auseinanderfallen zu verhindern. 2. Alles nur Mögliche tun, um dem Gefühl von Entspannung und Optimismus entgegenzuwirken, das durch die Friedensoffensive des Sowjetblockes und die Einstellung der Feindseligkeiten in Korea erzeugt worden ist. Und 3. vor allem den Sowjetblock bei jeder möglichen Gelegenheit zu sticheln und zu reizen. Ihre Losung dürfte sein: Wir haben es in Berlin und in Korea fertiggebracht, und wir können es wieder fertigbringen!»

«Aber können sie es wirklich?» fragt die «Monthly Review» weiter; und antwortet:

«Es wäre Torheit, sie zu unterschätzen. Sie sind reich, geschickt, findig. Sie werden sich durch nichts aufhalten lassen, ihren Willen durchzusetzen. Zwei Jahre lang völlig unnötiger Kriegführung in Korea sind dafür ein beredtes Zeugnis. Und dennoch sind ihre Erfolgsaussichten geschwunden. Die Welt hat in diesen Jahren viel zugelernt, besonders über diese Männer selber. Es ist doch nicht mehr so leicht, die Menschen aufzureizen, zu beschwindeln oder zu täuschen.»

Der Kampf um Ostdeutschland Aber gehen wir diesen Möglichkeiten und Gefahren für heute nicht weiter nach. Der Schreibende möchte statt dessen etwas näher auf die gegenwärtige Lage in *Ostdeutschland* eintreten im Anschluß an einen mehrwöchigen Aufenthalt in Deutschland, vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik (D. D. R.), den er bald nach den «revolutionären» Ereignissen um den 17. Juni herum gemacht hat, wobei er freilich den selbstverständlichen Vorbehalt anbringen muß, daß sich sein Urteil mehr oder weniger auf persönliche Eindrücke und Erfahrungen in einem verhältnismäßig begrenzten Gebietskreis — insbesondere in Leipzig und der benachbarten sächsischen Landschaft — stützt.

Als ich nachher zu Hause wieder unsere Zeitungen und die Westpresse überhaupt zu lesen begann, widerte mich die Art und Weise, wie über die ostdeutschen Unruhen geschrieben wurde, tief an. «Rebellion der waffenlosen Arbeiter unter dem Feuer modernsten Kriegsgeräts der fremden Besetzungsmacht»; «neuer Abschnitt in der weltgeschichtlichen Entwicklung»; «der Freiheitsdrang kann nicht unterdrückt werden»; «die deutsche Arbeiterschaft hat zu ihren großen revolutionären Traditionen

zurückgefunden» und «dem System der Diktatur und Sklaverei unter Einsatz ihres Lebens Trotz geboten». Diese ganze Sprache ist — besonders auch, wenn man an die Haltung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber dem Naziregime denkt — völlig unangebracht und in ihrer hetzerischen Demagogie auch äußerst gefährlich. Der Geist, der sie eingegeben hat, war eine nicht wegzuleugnende Ursache der tragischen Ereignisse in der D. D. R. und droht in der Zukunft noch schwerere Verwicklungen herbeiführen zu helfen. Anderseits hat mich die Sprache des Großteils der ostdeutschen Presse und vieler offizieller Kundgebungen nicht weniger empört. Wenn zum Beispiel der russische Militärkommandant von Leipzig in seinem «Befehl Nr. 2» von einem «erfolgreich durchgeführten Kampf der Bevölkerung gegen die faschistischen Provokateure» redet oder die «Tägliche Rundschau» vom 5. Juli behauptet, die «Washingtoner und Bonner Drahtzieher» hätten «das von ihnen selbst so vorsorglich für ihre dunklen Zwecke gespaltene Berlin am 17. Juni zu der Fackel machen (wollen), mit der sie endlich ihren so sehnlich erwarteten Kriegsbrand entfachen konnten», so ist das einfach unwahr und unverantwortlich. Es ist nicht so, daß die ostdeutsche Revolte vom Westen her ausgelöst worden wäre und ein Teil der Arbeiterschaft in «zeitweiliger Verwirrung» mitgemacht hätte, dann aber aufgewacht sei und «zusammen mit der Sowjetarmee und der Volkspolizei die Brandstifter und Provokateure dingfest gemacht» hätte («Neues Deutschland», 8. Juli). Die entscheidende Ursache und Veranlassung der Erhebung war vielmehr die materielle und seelische Not eines großen Teiles der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, und vom Westen her wurde diese Not nur propagandistisch wie auch durch unmittelbare Aktion politisch ausgebeutet und mißbraucht. Damit ist die Rolle des Westens keineswegs bagatellisiert; sie ist nur auf ihren richtigen Platz gestellt und das wirkliche Verhältnis zwischen Provokation von außen her und inneren Triebkräften der Revolte klargemacht.

Daß der Westen bei den Juniereignissen in der D. D. R. die Hand im Spiel hatte, ist vollkommen klar. Die nun schon seit Jahren betriebene tägliche Propaganda, besonders der westdeutsch-amerikanischen Radiosender, die Überschwemmung Ostdeutschlands mit Parteigängern, ja Agenten des Westens, die großangelegte Spionage und Sabotagearbeit, die vom Westen aus in der D. D. R. geleistet wird — das alles hat ohne jeden Zweifel wesentlich dazu beigetragen, die psychologischen Voraussetzungen für einen Putschversuch der notleidenden Volksteile zu schaffen. Und als dann am 16. Juni die Bauarbeiter in der Ostberliner Stalin-Allee die Arbeit niedergelegt und durch eine Kundgebung vor den Regierungsgebäuden in der Leipzigerstraße die Aufhebung des Beschlusses über die zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsleistung erzwungen hatten, da griffen bestimmte West-Berliner Gruppen und Organisationen planmäßig ein, um die bisher ruhig verlaufene Bewegung weiterzutreiben und zu dramatisieren. Erst jetzt kam es zu den bekannten Zer-

störungen, Brandstiftungen und andern Gewalttätigkeiten, vor allem an der Sektorengrenze. Erst jetzt wurden — nach einem Bericht des Hamburger «Spiegels» — die West-Berliner Arbeiter aufgefordert, nach Ost-Berlin hinüberzugehen und Massenkundgebungen herbeizuführen. Erst jetzt wurde die Ost-Berliner Bewegung auf die Provinz ausgedehnt, sagte doch (Bericht der Agence-France-Presse vom 29. Juli) der europäische Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Irving Brown, ganz unverhohlen: «Dank den am 16. und 17. Juni nach Ostdeutschland ausgestrahlten Sendungen nahmen die Arbeiter der Sowjetzone die von den Bauarbeitern der Stalin-Allee ausgelöste Bewegung auf. Die vom Sender RIAS gespielte Rolle beweist die Notwendigkeit, ein Sendersystem für die Verbindung mit Ostdeutschland und mit allen Arbeitern Osteuropas zu errichten.»

Die Versuchung, in die ostdeutsche Entwicklung einzugreifen, lag deshalb für den Westen besonders nahe, weil mit dem Regierungsbeschluß vom 10. Juni bereits der berühmte «neue Kurs» eingeleitet worden war, der auf der ganzen Linie wesentliche Erleichterungen für die Bevölkerung der D. D. R. und eine bedeutungsvolle Umstellung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bringen bestimmt war. Das durfte nach der Auffassung westmächtlicher und westdeutscher Scharfmacher nicht geschehen. Es mußte im Gegenteil bewiesen werden, daß in der D. D. R. eine unerträgliche Notlage bestehe, daß die Bevölkerung zu Verzweiflungsakten ihre Zuflucht zu nehmen gezwungen sei und daß Regierung und Besetzungsmacht jede Freiheitsbewegung mit brutaler Militärmacht und Terrorjustiz ersticke. Anderseits ermutigten gerade die Verkündung des neuen Kurses und die sofortige Erfüllung der Begehren der Ost-Berliner Bauarbeiter einen großen Teil der Bevölkerung dazu, die «Schwäche» des Regimes unverweilt auszunützen, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war, und den Versuch zur Durchsetzung *aller* Begehren zu machen, die namentlich die Arbeiterschaft auf dem Herzen hatte. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Kräfte — Erbitterung des Volkes und spekulatives Eingreifen vom Westen her — ist die Weitertreibung der Streikbewegung in der Richtung einer allgemeinpolitischen Revolte zu erklären.

Hintergründe Die ostdeutschen Unruhen stehen freilich innerhalb des Sowjetblocks nicht vereinzelt da. Wenn auch die zahlreichen Berichte über ernste Rebellionen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei usw. häufig unwahr oder doch übertrieben sind — gerade während meiner Anwesenheit in Sachsen schwirrten, durch RIAS («Rundfunk im amerikanischen Sektor») verbreitet, wilde Gerüchte über Aufstände in Warschau und Budapest durch die Luft —, so ist es doch richtig, daß unter der Arbeiterschaft der osteuropäischen Länder seit Jahr und Tag explosive Stimmungen herrschen. Ihre gemeinsame Ursache ist die sehr einheitlich und folgerichtig durchgeführte kommunistische Wirt-

schaftspolitik, die darauf ausgeht, diese bisher wirtschaftlich und kulturell weit zurückgebliebenen Gebiete durch forcierte Sozialisierung, Kollektivisierung und Planung in hochindustrialisierte, moderne Länder zu verwandeln oder, wo die Industrialisierung bereits im Gang war, sie über die verfügbaren wirtschaftlichen und technischen Mittel hinaus weiterzutreiben. Das Opfer war gewöhnlich die Arbeiterschaft, aus der Leistungen herausgeholt wurden, die — wir haben im Septemberheft 1952 der «Neuen Wege» dafür aus Ostdeutschland Belege erbracht — vom sozialistischen und allgemeinmenschlichen Standpunkt aus nicht zu verantworten sind. Die Protestbewegung der tschecholowakischen Arbeiter nach der Kronenabwertung, die zugleich eine scharfe Lohnkürzung bedeutete, verbunden mit erneuter Verknappung der Lebensmittel, dann die Gärung in der ungarischen Arbeiterschaft, die zur Umbildung der Regierung und zur Lockerung des überspannten Bogens führte, und schließlich die Revolte in der D. D. R. haben hier, in diesen Verhältnissen, ihren unmittelbaren Ursprung genommen.

In Ostdeutschland namentlich wurde im Rahmen des Ulbrichtschen Wirtschaftsplanes die Schwerindustrie viel zu gewalttätig und überstürzt entwickelt, was sich doppelt verhängnisvoll auswirkte, weil unter dem Titel von Reparationsleistungen (die sachlich mehr als gerechtfertigt sind) die Industrie- und Verkehrsapparatur des Landes großenteils nach der Sowjetunion verschleppt und die laufende Produktion in ganz erheblichem Umfang gleichfalls nach Rußland abgeführt wurde. Dazu kam dann noch, daß angesichts der westmächtlichen «Befreiungs»drohung und kriegerischen Aufrüstung auch die D. D. R. über ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten hinaus ihre Kräfte und Mittel viel zu stark auf die militärische Gegenrüstung konzentrierte. (Ministerpräsident Grotewohl hat in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei, zu Anfang Juni, lebhaft bedauert, daß «die aggressiven militärischen Vorbereitungen gegen die D. D. R.» die Regierung gezwungen hätten, «zum Schutze unseres Staates und unserer Errungenschaften erhebliche, unvorhergesehene Ausgaben zu machen». Wiederum ein Stück Mitschuld des Westens an der Lage in Ostdeutschland!)

Die Folge war jedenfalls, daß sich der Lebensspielraum der Bevölkerung im Laufe dieses Frühjahrs und Vorsommers aufs bedenklichste verengerte; nicht überall zwar im gleichen Maße. Eine treue westdeutsche Freundin der «Neuen Wege» schreibt mir zum Beispiel:

«Es wird Sie vielleicht interessieren, daß ich nach zweijähriger Pause eine Einreiseerlaubnis in die Ostzone bekam nach X., wo mein Sohn Pfarrer ist. Ich weilte beinahe vier Wochen dort (April bis Mai). Es ist alles sehr einfach dort, manches an Textilien fehlt; diese sind überhaupt grob, Wollstoffe fehlen fast ganz. Aber Hunger leidet niemand, da Brot nicht rationiert ist und reichlich da ist. Fett und Fleisch könnten für Arbeiter und Jugendliche reichlicher sein; aber die Ration wurde immer pünktlich ausgegeben, und meine eigene Fleisch- und Fettkarte konnte ich allein nicht aufbrauchen. Im Bezirk meines Sohnes, der allerdings eine Vorortsgemeinde ist, sah man keine darbenden Menschen; doch waren die Arbeiter sehr unzufrieden wegen des hohen Solls» (der Leistungspflicht).

Anderwärts, wenigstens in den großen Städten und Industriezentren, lagen die Dinge bedeutend schlimmer. In Leipzig hörte ich immer wieder sagen, die Lebensmittelrationen hätten, im ganzen genommen, niemals ausgereicht, so daß man gezwungen gewesen sei, entweder in den teuren HO-Läden (staatliche Handelsorganisation) zu kaufen oder aber — zu hungern. Zudem seien eine Zeitlang die rationierten Lebensmittel (Zucker zum Beispiel) überhaupt nicht mehr zu haben gewesen oder dann (wie Margarine und Fett) in einer Qualität, die jeder Beschreibung gespottet habe. Gemüse und Obst, meistens auch Fleisch, habe man kaum mehr gesehen.

Die Wendung Man fragt sich immer, wie es möglich gewesen ist, daß die Staatsführung von dem Ernst der Notlage im Volk erst so spät, *zu* spät, Kenntnis genommen hat. Die Antwort kann nur lauten: Die Entfremdung zwischen Volk und Regime hatte das in einem Diktaturstaat normale Maß überschritten. Statt die Diktatur, die inmitten des durch den Zusammenbruch erzeugten Chaos am Kriegsende unvermeidlich gewesen war, rechtzeitig wieder abzubauen, hatte man sich an sie als etwas durchaus Alltägliches und Berechtigtes gewöhnt und alle Beschwerden und Forderungen des Volkes, die sich auf dem Boden der *Demokratie* durch Presse, Versammlungen, Parlament usw. Ausdruck verschaffen, als staatsfeindliche, gegenrevolutionäre Propaganda im Interesse oder gar im Dienste des kapitalistischen Westens gebrandmarkt und verfolgt. Gleichzeitig entwickelte sich innerhalb und oberhalb des Volkes eine in jeder Hinsicht bevorrechtete Schicht von Beamten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Intellektuellen, Wirtschaftsleitern, Technikern usw., die — «das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein» — von ihrer gehobenen Lage aus keine lebendige Vorstellung mehr von der Lage der mittleren und unteren Schichten hatten und ihre kommunistische Parteidoktrin hemmungs- und rücksichtslos durchzusetzen suchten, in knechtischer Nachahmung des russischen Vorbildes — nicht bedenkend, daß die Russen erst in 36 Jahren schwerster Erfahrungen und Versuche auf den Stand ihrer heutigen Theorie und Praxis gekommen sind.

Nun, man sieht jetzt in der D. D. R. weitherum die Fehler ein, die man gemacht hat. Von oben bis unten ist eine Selbstkritik im Gang, deren erbarmungslose Offenherzigkeit oft fast peinlich wirkt, die aber doch viel aufrichtiges Streben nach einem wirklich neuen Kurs *der Innen- und Wirtschaftspolitik* der D. D. R. verrät. Und tatsächlich springen auch die Zeichen für die Wendung, die seit dem 10. und verstärkt seit dem 17. Juni die Dinge genommen haben, jedem nicht böswilligen Beobachter direkt in die Augen. Es gibt jetzt wieder viel mehr und bessere Lebensmittel aller Art (an manchen Orten war im Juli eine eigentliche Obst- und Gemüseschwemme festzustellen!), teils infolge der Öffnung staatlicher Notvorratslager, teils dank der vermehrten Zufuhr vom Land

her (das Pflichtsoll der Bauern ist um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt worden, so daß der freie Markt reichlicher beliefert werden kann), teils dank großer Einfuhren aus Polen, der Sowjetunion, Ungarn usf.[2] Die Leistungsnorm der Arbeiter ist auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt worden. Die Aufhebung der Fahrpreisermäßigungen für Arbeiter, die soviel böses Blut gemacht hatte, ist widerrufen worden. Die Sozialrenten und Fürsorgeleistungen, an denen plötzlich gespart worden war, sind in der früheren Höhe wiederhergestellt. Die schematische, oft brutale Verstaatlichung kleiner und mittlerer Gewerbe- und Industriebetriebe ist eingestellt und teilweise sogar rückgängig gemacht worden[3]. Den Republikflüchtlingen wird die Rückkehr erleichtert und zum Teil die Rückgabe ihres Besitzes versprochen. Westdeutschen wird großzügig die Einreise bewilligt, und die Ostdeutschen bekommen in so reichem Maße Interzonenpässe für Reisen nach West- und Süddeutschland, daß die dorthin fahrenden Züge ganz unvorstellbar überfüllt sind. (Ich mußte bei meiner Rückreise trotz einem vorsorglich gelösten Zweitklaßbillett während fast acht Nachtstunden in drangvoll fürchterlicher Korridorenge stehen.) Der Verkehr mit den Behörden, auch an der Grenze, spielt sich — mit Ausnahmen, wie mir eine solche in Probstzella begegnet ist — in höflichsten, fast liebenswürdigen Formen ab, und zwar nicht nur wenn Ausländer in einem Amtsbüro stehen. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche werden geflissentlich «normalisiert». Strafverfahren, Urteile und Verhaftungen werden auf «unbillige Härten» hin nachgeprüft, und so fort auf der ganzen Linie. Ich hatte wirklich den Eindruck, daß es der Regierung der D. D. R. mit dem neuen Kurs ernst ist und daß sich die oben

---

[2] Auch die Preise sind für eine Reihe von Waren wesentlich herabgesetzt worden, für Reis zum Beispiel um 10 Prozent, für Gebäck um 50 Prozent, für Strümpfe um 35 Prozent. — Ich wundere mich deshalb tatsächlich, wie nach den Berichten der Westpresse die «Paketaktion» in Westberlin eine solch ungeheure Anziehungskraft auf die gesamte ostdeutsche Bevölkerung ausüben soll. Das «immer gleichbleibende Bild der Not und des Elends» in der D. D. R., von dem der Westberliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sozusagen täglich berichtet, habe ich in Ostdeutschland kaum irgendwo gesehen, während in Westberlin die dort ständig vorhandenen 250 000 bis 300 000 Arbeitslosen schwerlich ein Bild des Wohlstands und der Fülle darbieten ... Der Verdacht drängt sich einem immer wieder auf, daß hier einfach von westdeutsch-amerikanischer Seite eine gerissene Propagandaaktion aufgezogen wird, auf die die ostdeutsche Bevölkerung ebenso bereitwillig reagiert wie die italienische Bevölkerung im Jahre 1948 dies tat, als vor den Kammerwahlen, zur Unterstützung der herrschenden Parteien, massenhaft Lebensmittel aus Amerika verteilt wurden. Was geschähe übrigens in unserer satten Schweiz, wenn plötzlich angekündigt würde: «Von morgen ab kann jedermann ein Paket Hörnli, Fett und Kondensmilch gratis in Zürich abholen»?

[3] Ein Beispiel für viele: Ich weiß von einer Firma für den Bau chemischer Geräte, wohl der einzigen in Ostdeutschland, die rückwirkend auf zwei Jahre eine Steuerforderung bekam, deren Bezahlung den ganzen Reinertrag aufgefressen hätte. Damit sollte ihre «Entprivatisierung» erzwungen werden. Die neuen Beschlüsse über vermehrte Rücksichtnahme auf die privaten Gewerbebetriebe haben den Fortbestand des Unternehmens bis auf weiteres gesichert.

beschlossene Neueinstellung schon ziemlich weit nach unten hin durchgesetzt hat.

Von der Landwirtschaft Ein Wort sei zwischenhinein auch über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft gesagt, soweit ich davon eine eigene Anschauung gewonnen habe. (Ich war acht Tage in einem Dorf, irgendwo in Sachsen, auf einem Bauernhof einquartiert.)

Die junkerlich-feudalen Großgüter sind, wie man weiß, restlos verschwunden — mit Recht. Was an ihre Stelle getreten ist, erscheint indessen vielfach fragwürdig. Von der Leistungsfähigkeit der großen Staatsgüter und volkseigenen Landwirtschaftsbetriebe hört man wenigstens nicht viel Günstiges. Etwas anders steht es mit den Neubauernbetrieben, die auf zahlreichen aufgeteilten Großgütern angesiedelt worden sind. Ich sah mir solch ein ehemaliges Rittergut an, das seinerzeit etwa 120 Hektaren umfaßt hatte. Der enteignete Besitzer ist gestorben; seine Witwe lebt in dürftigsten Verhältnissen in der Stadt. Unverständlicherweise wurde auch das Wohnhaus mitsamt den meisten Nebengebäuden abgebrochen; jetzt leben auf dem Gut 14 Neubauernfamilien, für die — mit einer oder zwei Ausnahmen — auch neue Wohn- und Wirtschaftsgebäude erstellt werden mußten, die wie die ganze Siedlung noch einen recht unfertigen Eindruck machen. Der Vorsitzende der Produktionsgenossenschaft, der die Neubauern angehören, hat sich ein Haus im Bauwert von 26 000 Mark hingestellt; 6000 Mark brachte er selber auf (er war früher Gutsarbeiter und ist übrigens Ostflüchtling aus Schlesien), 20 000 Mark bekam er von der Agrarbank geliehen, mit 3 Prozent Verzinsung und 1 Prozent jährlicher Abzahlung — also sehr günstig. Die übrigen Siedler finanzierten ihre Bauten und Anschaffungen auf ähnliche Art. Die Felder (Getreide, Kartoffeln, Rüben usw.) sind Gemeinbesitz der Produktionsgenossenschaft; Wiesen, Weiden, Gärten und dergleichen sind Privatbesitz. Der Ertrag scheint, besonders aus der Viehwirtschaft, eher geringer zu sein als bei der früheren Wirtschaftsweise; dafür kommt er aber nicht mehr bloß einer Herrschaftsfamilie zugute, neben der es nur Landarbeiter gab, sondern den sämtlichen gleichberechtigten Bauernfamilien, die auf dem ehemaligen Gutsraum angesiedelt sind. Ein Problem bleibt freilich die Zusammenarbeit in der Genossenschaft; daß es hier zu Reibungen und Spannungen kommt, ist, besonders im Anfang, kaum zu vermeiden. Warum sollte aber die Form des genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebes, die — neben den bekannten anderen Betriebsformen — in Israel so gut gedeiht, nicht auch in Ostdeutschland Erfolg haben?

Großbauern werden — oder soll man jetzt sagen «wurden»? — in der D. D. R. je länger, je weniger geduldet. Durch unmöglich zu erfüllende Ablieferungsforderungen, Steueransprüche usw., denen im Falle

des Versagens barbarische Strafen folgten, wurden sie planmäßig ruiniert und großenteils zur Abwanderung in den Westen gezwungen. Auch hier ein typisches Beispiel: Der Besitzer eines Gutes von gegen 30 Hektaren hatte zuwenig Saatgetreide, weil er zuviel Konsumgetreide abliefern mußte. Von der Maschinen- und Traktorenstation bekam er außerdem keine Geräte und Maschinen, so wenig wie Kunstdünger. Die Folge war, daß er mit seinem Soll in Rückstand kam und wegen «Sabotage an der Volksernährung» von einem kommunistischen «Volksrichter», einem zweiundzwanzigjährigen Burschen, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Hof wurde der Familie weggenommen. Eine Tochter mußte in der Schule vor der ganzen Klasse bekennen: «Mein Vater ist ein Saboteur.»

Auch die Mittel- und Kleinbauern beklagen sich über schematische, unvernünftige Ansetzung der Ablieferungspflicht, bei der auf ungünstige Umstände, wie schlechte Ernte, Unglück im Stall, Mangel an Arbeitskräften, keine Rücksicht genommen werde. Ich kenne einen Fall, wo ein Bauer im HO-Laden Eier zu 50 Pfennig das Stück kaufte, um seine Pflichteier abliefern zu können, für die er pro Stück 10 Pfennig erhielt. Für Milch bekommt der Bauer an einem bestimmten Ort 18 Pfennig pro Liter; verkauft wird sie um 32 Pfennig. Für freie Milch erlöst er 80 Pfennig; im HO-Laden wird sie für 2 Mark abgegeben. Erbitterung schafft auch das anmaßende Auftreten der aus der Stadt lastwagenweise herangeführten Kontrolleure und Kommissäre, meistens sachunkundiger junger Leute, die in den Bauernhäusern das Unterste zuoberst kehren, um versteckte Ware zu entdecken. Der Sozialismus wird so begreiflicherweise von der Landbevölkerung als Feind empfunden.

Wo es aber gelingt, die Ablieferungspflicht zu erfüllen — eine öffentlich aufgestellte schwarze Tafel macht sie in jeder Gemeinde für jeden einzelnen Besitzer bekannt —, da erfreut sich die bäuerliche Bevölkerung eines zwar äußerst anstrengenden, aber doch ertragreichen Lebens. In dem Dorf, das ich genauer kennenlernte, herrscht durchweg sichtlicher Wohlstand, an dem auch die Arbeiter der benachbarten Braunkohlengruben und anderer industrieller Betriebe teilhaben. Das «graue Elend», von dem unsere Zeitungen aus Ostdeutschland zu berichten wissen, besteht *hier* wenigstens nicht.

Demokratisierung tut not Aber nun — wie soll das in der D.D.R. weitergehen? Denn kein Zweifel: es mottet im Volk unter der Asche weiter; und wer weiß, wann die Flamme wieder offen herausschlägt. Man hat oft genug das Gefühl, hinter dem neuen Regime stehe nur eine recht bescheidene Minderheit der Bevölkerung. Aber seien wir dennoch vorsichtig! Ich habe wiederholt versichert bekommen, die Arbeiter rebellierten keineswegs gegen das kommunistische Regime als solches, sondern nur gegen seine jetzigen

Träger[4]. Auch ein so kritischer Beobachter und Osteuropakenner wie der Amerikaner Mark Gayn stellt in der «Nation» (4. Juli) fest:

«Die Arbeiter rebellierten aus dem gleichen Grund, aus dem die meisten Streiks im Westen geführt werden. Ihre Beschwerden waren in erster Linie wirtschaftlicher, nicht politischer Art... Die Arbeiter in Pilsen und Ostdeutschland rebellierten nicht aus Vorliebe für den Westen... Wir im Westen hatten keine klare Vorstellung davon, was die Satellitenarbeiter, die wir zu befreien beabsichtigten, wirklich wollten, und sie selbst wußten nicht, was eine solche Befreiung ihnen bringen würde. Wenn man darüber in Washington (und in Zürich, Bern, Genf usw. H. K.) irgend etwas äußerte, so befaßte man sich in der Hauptsache damit, daß man Osteuropa ‚die Freiheit bringen' müsse. Aber was ist denn unser Begriff von Freiheit? Stimmt er mit den Begriffen und Hoffnungen überein, die jetzt in den Satellitenländern vorherrschen?»

Die Frage ist nur allzu berechtigt. Ich habe in Ostdeutschland jedenfalls nirgends Vorliebe für das westdeutsche Regime, für die westeuropäische «Demokratie» oder gar für Amerika angetroffen. Und der ziemlich hochgestellte kommunistische Würdenträger, der mir gegenüber meinte, bei freien Wahlen (also mit unbehinderter Konkurrenz der Parteien) würden in Ostdeutschland 80 Prozent für die Fortführung eines ausgesprochen sozialistischen, ja kommunistischen Kurses stimmen, hat vielleicht kaum stark übertrieben. Ein großer Teil der Bevölkerung — und nicht nur Berufsarbeiter, Techniker, Studenten und Neubauern — weiß zu würdigen, was die D. D. R. an Positivem, Notwendigem und Dauerhaftem geschaffen hat. Ihr bloße Existenz ist eine starke Friedenssicherung; wenn auch Ostdeutschland vollends dem Westblock angeschlossen würde, so gäbe es für den neuen deutschen (und amerikanischen) Drang nach Osten kein Hindernis mehr, während Westdeutschland kaum gegen den Osten losschlagen würde, wenn es dabei in erster Linie auf die so heftig umworbenen «ostdeutschen Brüder» als Feinde stieße. Dazu kommen all die anderen tüchtigen Leistungen der D. D. R.: die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die *gerechtfertigten* Sozialisierungen, die radikalen Schulreformen (hier geschieht, bis zur Hochschule hinauf, weithin Vorbildliches, trotz dem üblen Gesinnungszwang), die Sauberhaltung von Literatur, Presse, Kino, Radio und Theater, die gegen den westlichen Schmutz und Schund so vorteilhaft absticht, und so fort.

Die Spekulationen, die im Westen vielfach an die Gärung in Ostdeutschland geknüpft werden, gehen darum wahrscheinlich fehl; die tagtägliche Aufreizung der ostdeutschen Bevölkerung vom Westen her kann höchstens zu neuen kopflosen Abenteuern führen, die dann noch tragischer verlaufen müßten als die Junirevolte. («Aufforderungen zum Selbstmord» nennt auch Mark Gayn die phrasenhaften «Befreiungs»-

[4] Es war ja auch sehr bezeichnend, daß die Erhebung des 16./17. Juni keineswegs gegen die Russen gerichtet war. Die zuchtvolle, fast stoische Haltung des russischen Militärs, auch gegenüber offensichtlichen Herausforderungen, ist notorisch, und während in Leipzig zum Beispiel sämtliche Partei- und Regierungsplakate, Schriftbänder usw. heruntergerissen wurden, blieb das große Stalin-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz völlig unberührt.

appelle.) Wenn man im Westen nicht entschlossen ist, mit militärischer Macht in Osteuropa, eingeschlossen die D. D. R., einzugreifen — und das wäre der Krieg —, dann ist es unverantwortlich, in einer Tonart über Osteuropa und zu Osteuropa zu reden, wie sie in unserer bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse üblich ist. Das ist direkte Kriegsarbeit!

Was in den Ostländern nötig ist, das ist vielmehr eine *Demokratisierung des Regimes bei folgerichtiger Weiterführung der sozialen Revolution.* Ob das in Ostdeutschland von der gegenwärtigen, so schwer belasteten Regierung geleistet werden kann, ist mehr als zweifelhaft; sie besitzt im Volk einfach nicht das Vertrauen, das erforderlich ist, um die begangenen Fehler wieder gutzumachen, zumal in ihrem Schoß die «Harten» schon wieder viel zu mächtig sind. Und die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Volk und Staatsführung ist nun einmal das erste, was in der D. D. R. geschehen muß. Das Volk muß die Möglichkeit bekommen, seine Nöte und Wünsche in Presse, Versammlung und Parlament freimütig und gefahrlos vorzubringen. Die Absperrung des Volkes von andern als den amtlichen Informationsquellen muß beseitigt werden. Der Gesinnungsterror und die Zwangsschulung in kommunistischer Weltanschauung werden verschwinden müssen[5]. Ein freier, volkstümlicher Sozialismus, für den erstaunlich breite Kreise durchaus offen sind, wird an Stelle des diktierten Zwangskommunismus treten müssen, wenn das gute Neue in der D. D. R. Bestand haben soll.

Dabei wird den Christen eine wichtige Aufgabe zufallen. Nichts wäre verkehrter, als wenn sich die ostdeutschen Christen durch den herrschenden Vulgärmarxismus und -materialismus in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Republik drängen ließen. Sie müssen statt dessen durch ihre ganze Haltung beweisen, daß das christliche Bekenntnis den entschlossenen Einsatz für die Sache des Sozialismus und des Friedens fordert, und dürfen erst von hier aus ihren freilich sehr notwendigen Kampf gegen die widerchristlichen Elemente im Parteikommunismus führen. Die ostdeutsche Republik ist, wie alle kommunistischen Staaten, aus dem Versagen der bürgerlichen Welt und der kapitalistischen Demokratie gegenüber dem Revolutions- und Friedensproblem erwachsen. Das ist ihr großes Daseinsrecht. Dieses Recht wird sich aber nur in dem Maße durchsetzen, wie die D. D. R. es fertig bringt, sich von dem Unrecht zu befreien, mit dem sie immer noch in so verhängnisvoller Art ihr Leben und ihre Arbeit belastet.

---

[5] Jeder Oberschüler, jeder Student, jeder Schlosserlehrling, jede Krankenpflegerin, wer sich immer für irgendwelchen Beruf ausbildet — sie alle müssen nicht nur Russisch lernen, sondern auch «Gesellschaftslehre» (dialektischen Materialismus, Geschichte der Arbeiterbewegung, Wirtschaftskunde usw.). Und zwar als obligatorisches Prüfungsfach. Wehe dem Prüfling, der hier schlecht abschneidet! Die besten Noten in seinem eigentlichen Fach nützen ihm nichts, wenn er nicht gut auswendig gelernt hat, was in seinem marxistisch-leninistischen Leitfaden steht!

Und Westdeutschland! Auch über die Lage und Stimmung in West- und Süddeutschland wäre vielerlei zu sagen. Ich will aber hier nur den einen Haupteindruck festhalten, den ich wieder bekommen habe: Die Aussichten auf eine politische Sinnesänderung der Westdeutschen sind schlecht. Es ist im Grunde immer der alte Geist, der einem entgegentritt. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Leute keinerlei Empfindung für die Katastrophe, die der deutsche Imperialismus und Militarismus vorbereitete. Nachher weigerten sie sich, den Sinn des Zusammenbruches zu verstehen, bereiteten die Wiederaufrichtung der entschwundenen Macht und Herrlichkeit vor — und landeten im Dritten Reich. Jetzt gewinnt der reuelose Nationalismus und Gewaltgeist aufs neue sichtbarlich an Boden und droht das Volk (und seine Nachbarn!) ein drittes Mal ins Unglück zu stürzen.

Ja natürlich, niemand «will» einen Krieg. Ich war kaum auf deutschem Boden, von Friedrichshafen nordwärts fahrend, da kreisten über dem Städtchen alliierte Militärflieger, die einer Frau den erschreckten Ausruf entlockten: «Wenn's nur nicht wieder Krieg gibt!» Und das ganze Coupé stimmte laut und lebhaft zu: «Nur ja keinen Krieg mehr! Wir haben bis oben hinauf genug davon!» Ich war versucht, zu fragen: «Warum unterstützt ihr dann aber eine Politik, die zum Krieg führen *muß*, wenn es noch ein paar Jahre so weitergeht mit Wiederaufrüstung, Anschluß an den Westblock, Propaganda für Zurückholung der verlorenen Ostprovinzen, Kreuzzug gegen den Bolschewismus?» Gesagt habe ich dann freilich doch nichts; es hätte ja nicht den mindesten Wert gehabt. Aber meine Gedanken habe ich mir immer wieder gemacht, wenn ich auf die unbelehrbare Selbstgerechtigkeit und die phänomenale politische Urteilslosigkeit der Deutschen traf. Der ihnen von Hitler und Goebbels eingeprägte Antikommunismus sitzt ihnen so tief wie nur je im Bewußtsein, und die völlig amerikanisierte Presse mitsamt dem gleichgestimmten Radio drückt ihn jeden Tag noch tiefer hinein. Daß es nicht der russische Kommunismus ist, der die große Kriegsgefahr für Europa bildet, sondern der westmächtliche *Anti*kommunismus — dafür fehlt den allermeisten Westdeutschen das Verständnis vollkommen. Klagen sie etwa angesichts der protzigen amerikanischen Militärsiedlungen auf deutschem Boden — mit modernsten Wohnquartieren, Schule, Kirche, Kino usw. — über die drückenden Besetzungskosten und legt man ihnen nahe, das fremde Militär nach Hause zu schicken, so heißt es: «Das würde den Russen gerade passen. Wenn der Ami geht, holt uns der Iwan!» Das ist aus den Köpfen einfach nicht herauszubringen, und ich habe nur ausnahmsweise Menschen getroffen wie jenen schwäbischen Bauern, der heftig, ja leidenschaftlich hinausrief: «Nein, wir dürfen überhaupt kein Militär mehr haben! Das ist unser Unglück gewesen und wird es bleiben! Darauf liegt ein Unsegen für unser Volk. Wann wird es das endlich lernen?»

Die gleiche Kurzsichtigkeit kennzeichnet die westdeutsche Haltung gegenüber der ostdeutschen Frage. Man will natürlich unbedingt die Wiedervereinigung mit dem abgespaltenen Osten, weigert sich aber konsequent, den Preis dafür zu bezahlen: die Neutralität gegenüber dem Westblock und die dauernde Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands. Es sind seltene Stimmen, die sich in Presse oder Radio vernehmen lassen wie W. M. Guggenheimer im Bayrischen Rundfunk:

«Vermag jemand zu glauben, daß die sowjetischen Panzer ohne militärischen und ohne juristischen Zwang abziehen sollten, nur um amerikanischen Panzern mit deutschen Mannschaften und letztlich unter amerikanischem Oberbefehl Platz zu machen? Warum in aller Welt sollten die Sowjets das tun? Sie sind besatzungsmüde; es bedarf keiner psychologischen Kriegführung, um das zu erraten; sie sagen es jedem, der es hören will. Deswegen werden sie aber noch nicht in kopfloser Flucht dem möglichen Gegner eine ideale Angriffsbasis preisgeben. Wenn sie es aber nicht tun, wenn die Sowjets die Einheit der Deutschen abhängig machen davon, daß die Deutschen sich nicht an einer militärischen Organisation gegen sie beteiligen, dann allerdings bin ich der Ansicht, daß die Deutschen nicht auf ihre Einheit verzichten sollten, lediglich um mit den Sowjets nicht einig zu werden.»

Auch die sozialdemokratische Opposition gegen den Bonner Regierungskurs ist viel zu sehr taktisch bestimmt, viel zu alldeutsch-nationalistisch («Weg mit der Oder-Neiße-Grenze!») und vor allem viel zu stur antikommunistisch, um Hoffnung auf eine Neuorientierung der westdeutschen Politik zu bieten. Ihre Aussichten bei den bevorstehenden Bundestagswahlen sind darum recht eng begrenzt; was will sie auch *grundsätzlich* anderes als der westdeutsche Durchschnittspatriotismus?

Man kehrt bedrückt aus Deutschland nach Hause zurück. Und doch lassen wir die Zuversicht nicht fahren, daß es dem amerikanisch-westdeutschen Zusammenspiel nicht gelingen wird, den großen «Befreiungsplan» ins Werk zu setzen, dessen Ausführung wohl das Ende eines zivilisierten Europas wäre. Wenn auf die Deutschen kein Verlaß ist — warum sollen wir nicht auf die Franzosen, die Engländer, die Italiener hoffen dürfen, auch wenn wir wohl wissen, daß uns nicht menschliche Pläne und Gegenpläne retten werden, sondern zuletzt allein der Wille dessen, der die Geschichte macht? Aber immer wieder müssen wir es freilich sagen: Die Menschen und Völker müssen sich diesem rettenden Willen *hingeben* und ihn zu *ihrem* Willen machen. Dann werden sich auch Wege finden, alle Anschläge und Unternehmungen des Bösen gründlich zunichte machen. «Der im Himmel thronet, lacht, der Allherr spottet ihrer.» (Psalm 2, 4.)

7. August. *Hugo Kramer*

Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»

Einladung

Wir laden unsere Mitglieder freundlich ein zu unserer

Jahresversammlung

die wir gemeinsam durchführen wollen und die am Sonntag, dem 27. September 1953, in Zürich, im Haus «Zum Korn», Birmensdorferstraße 67, beim Bahnhof Wiedikon, stattfinden wird. Tagesprogramm: 9.30 bis 12 Uhr Jahresgeschäfte, 14 Uhr Vortrag von Frau *Gertrud Baer* über das Thema: «Was können ‚No-Governmental Organisations' in den Vereinten Nationen für Frieden und Freiheit tun?»

Für die Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz
und für die Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»:
Die Präsidentin: *Carmen Weingartner-Studer*

Redaktionelle Bemerkungen

Wir wollen mit diesem Heft einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus und mit dem Kommunismus leisten. Das Buch «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar» von Nicolai Berdjajew werden wir in einer der nächsten Nummern der «Neuen Wege» besprechen. Wir werden auch die Übersetzung einiger Fremdwörter im Kapitel «Widersprüche des Marxismus» bringen. Wir möchten an dieser Stelle dem Holle-Verlag in Darmstadt, dessen Verlagsarbeit einer neuen Gesinnungsbildung dient, unseren herzlichen Dank für die Abdruckserlaubnis aussprechen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen in Deutschland legen wir den Aufruf einiger württembergischer Theologen bei.

Unsere Freunde und Leser bitten wir, dieses Heft nach Möglichkeit zu verbreiten.

Das Redaktionskollegium.

An unsere Abonnenten!

Dieser Nummer liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst, denselben zur baldigen Bezahlung des Abonnementsbetrages für das dritte Quartal (5 Fr.) oder für das zweite Halbjahr (10 Fr.) zu benützen. Der Einzahlungsschein liegt der ganzen Auflage bei; wer ihn fürs Abonnement nicht mehr benötigt, möge ihn vielleicht gelegentlich für einen freiwilligen Beitrag an unsere dürftige Kasse verwenden. Wir danken dafür zum voraus herzlich und bitten Sie, für die «Neuen Wege» eifrig zu werben. Probenummern und Werbeblätter stehen jederzeit gratis zur Verfügung. (Administration, Manessestraße 8, Zürich 4.)

Auf Jesus schauen!

«Nun redete Jesus wieder zu ihnen und sagte: ‚Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, wird nicht in der Finsternis wandeln, sondern das Licht des Lebens haben.'» Johannes 8, 12.

«Wenn ihr in meinem Worte bleibt, so seid ihr wahrhaft meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen.» Johannes 8, 32. (Bitte das ganze Kapitel lesen!)

Christus erweist sich immer mehr als der einzige, der in der Wahrheit und Kraft Gottes der «Welt», der wirklichen Welt gewachsen ist. Er ist ihr – so verborgen, unerkannt und abgelehnt er bis heute ist als ihr wahrer Herr – doch gewachsen als «das Licht der Welt»: all ihrer Höllenfinsternis, ihrer Lüge, ihrem Mord, ihrer Ausbeutung und Unterdrückung, ihrer Kriegsrüstung, die zum riesigen Kriegsverbrechen geworden ist. Vor seinem Licht wird diese Welt offenbar mit ihren «Begierden», ihrer «Sünde», ihrem Mordgeist, worinnen sie der neuen Katastrophe zutaumelt – wie immer angeführt von den Herrschenden dieser Welt mit ihrer Scheinweisheit und Scheinmacht. Was gilt dieser Welt Christus, sein Ruf zur Umkehr und zum Reich des Vaters?

Sie nennt sich in ihrem selbstbewußtesten Teil das «christliche Abendland», das freilich einen ganz andern Glauben als den an Jesus Christus hat – den an Mammon, an die Gewalt, die Gier – und gerät dabei immer mehr in die große Lüge, in die Verkehrung aller Wahrheit. Sie spielt sich moralisch auf gegen die «Gottlosen», gegen die «Kommunisten», ja sie «bekehrt» sie sogar, macht Proselyten und ist so gottlos, wie nur wirklich Gottlose sein können. Sie propagiert sich im Rausch ihrer «Freiheit» und ist so voll Angst und Furcht und Haß und glaubt sich nur sicher mit dem Atombombengeheimnis und andern «Geheimnissen» dieser Art, den stärksten Armeen und der mächtigsten Kriegsrüstung. Sie bezichtigt durch den politischen Vertreter des «mächtigsten Staates der Welt» Unschuldige, die sie mordet, der Schuld des «möglichen Mordes an zehn Millionen und mehr Menschen» und ist selbst am dauernden physischen und geistigen Menschenmord und seiner bewußten Vorbereitung tätig, so tätig, daß selbst Satan davor erschauern müßte, wäre er nicht «von Anfang an ein Mörder der Menschen» und der Vater aller Lüge.

Und immer tarnen sich seine «Kinder»! Einmal geben sie Abraham als ihren Vater aus, aber sie wirken nicht als seine Kinder, sondern tun die Werke des Verklägers, wie Jesus ihnen sagen muß. Einmal nennen sie sich «christlich» und bleiben doch nicht in seinem Worte und dienen doch nicht seiner Wahrheit. Einmal nennen sie sich «demokratisch» und stürzen sich mit ihren Völkern in die Katastrophe. Als ob in der Demokratie die «Mehrheit» noch etwas anderes wäre als eine «Mehrheit zum Bösen», wenn das Gewissen und die Wahrheit betäubt und beseitigt

sind und die Vernunft nur noch die Hure des eigenen Nutzens und der eigenen Sicherheit ist!

Das wahre Licht aber scheidet sich von der Finsternis, so sehr diese sich auch als «Licht» ausgibt. Jesus steht richtend und rettend als das Licht der Welt inmitten der Finsternis dieser Welt, die gegen ihn, gegen sein Wort und Gebot kämpft und ihn immer wieder «erhöht» bis zu seinem vollen Siege, «wenn er Gott und dem Vater das Königtum übergibt, wenn er jede Herrschaft und jede Macht und Gewalt abgetan hat. Denn er muß König sein, bis er alle seine Feinde unter seine Füße legt. Als letzter Feind wird der Tod abgetan.» (1. Kor., 15, 24–26.) Sollte nicht das der Sinn des Kampfes dieser Zeit sein, daß alle «Mächte» dieser Welt sich immer mehr vereinigen (auch in ihrem Kampfe gegeneinander!) und zur Macht des Todes über diese Welt werden? Doch auch Christus wird immer mehr hervortreten als das Licht der Welt, als Weg und Wahrheit und Leben und damit als Sieg über allen Tod!

Darum ruft er uns, ruft er die Völker alle zu sich, zum Glauben, zur Nachfolge, zum Bleiben in seinem Wort, zur Erkenntnis der Wahrheit. Die Wahrheit aber ist nur eine, und sie ist ganz und ungeteilt und völlig in ihm, der das Licht der Welt ist. Selig alle, die in der Wahrheit an ihn glauben, auch wenn sie seinen Namen nicht tragen oder mit dem Munde bekennen, selig alle, die ihm in Wahrheit dienen in seinem Wirken für das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit. In seiner Nachfolge werden sie «frei» werden über alle «Freiheit» und «Gebundenheit» dieser Welt hinaus und den Kampf des Glaubens kämpfen lernen. *Albert Böhler.*

Erneuerndes Licht

Wenn nicht das Licht Gottes in Jesus heute in neuer Weise leuchtet, wenn das nicht seine Kraft beweist, daß wir endlich einmal verstehen, was wir Menschen uns gegenseitig schuldig sind, dann könnte einmal der Strick, an den die Welt gegenwärtig gebunden ist, wieder reißen und könnte auch unsere Christenheit wieder in Zeiten kommen, in denen mehr Zerstörung geschaut wird als Erhaltung, mehr Finsternis als Licht. Der erste Anfang des Lichts des Heilands ist, daß wir uns selbst erkennen in dem, worin wir fehlen. Aber der Fortgang ist das, daß wir erkennen die Kraft der Vergebung der Sünden. Das ist etwas Hohes und Großes, und in dem sollst du wissen, daß dich deine Sünde nicht mehr verderben darf, und wenn sie noch in dir Spuren und wenn sie noch in dir Triebe hätte, dir noch deine Gedanken vergiftete. Du sollst wissen, daß Gott die Sünden vergibt, einen Verworfenen wieder erneuern, einen Verlorenen wieder an sein Herz kommen lassen und allem Verderblichen ein Ende bereiten kann. *Chr. Blumhardt.*

Die Rosenbergs

Es soll hier nicht in erster Linie von dem *Fall* Rosenberg die Rede sein, sondern von den Menschen Ethel und Julius Rosenberg, deren Hinrichtung auf dem Elektrischen Stuhl am 19. Juni 1953 viele Millionen Menschen in allen fünf Erdteilen bis ins Tiefste aufgewühlt und zu leidenschaftlichem Protest getrieben hat.

Beide waren Kinder jüdischer Auswanderer aus dem pogromverseuchten Osteuropa der Zeit vor dem Ersten Weltkriege, die in der Neuen Welt das Land der Freiheit suchten. Beide waren in jenem östlichen Teil Neuyorks aufgewachsen, wo die jiddische Sprache so gut verstanden wird wie die englische. Ethel war im Jahre 1915 geboren, Julius drei Jahre später. Sein Vater hatte es schwer, sich als Arbeiter in der Textilindustrie durchzuschlagen und seine fünf Kinder zu nähren und zu kleiden und ihnen eine gehobene Erziehung zu geben. Sein Leben lang nahm er tätigen Anteil am Kampf der Textilgewerkschafter für menschenwürdige Lebensbedingungen, und beide Eltern suchten in ihrer Familie das kulturelle und ethische Erbe des Judentums, die Begeisterung für menschlichen Fortschritt und für Kunst und Wissen zu pflegen.

Mit 17 Jahren bezog Julius das City-College, um Ingenieurwissenschaft zu studieren. Ein Jahr danach begegnete er auf einer Studentenveranstaltung einer jungen Stenotypistin. Sie trug zum Programm des Abends durch ihren Vortrag von Brahms- und Schubert-Liedern bei. Ihre liebliche, glockenreine Stimme offenbarte eine empfindsame Seele, so anders als die der durchschnittlichen jungen Mädchen. Julius und Ethel Greenglaß entdecken bald, daß sie nicht nur in ihrer Freude an Kunst und Natur miteinander sympathisierten, sondern beide über die gleichen Probleme ihrer Zeit nachgesonnen und sich ein Urteil zu bilden gesucht hatten. Eine tiefe Liebe entbrannte aus der Erkenntnis, daß sie füreinander geschaffen waren. Sie heirateten im Jahre 1939, nachdem Julius seine Studien beendet und eine Stelle beim Armeesignalkorps in Neuyork gefunden hatte. Dort arbeitete er während des Krieges, während Ethel sich neben ihrer Büroarbeit in Gesang und Klavierspiel weiterbildete. Nach drei Jahren konnten sie sich von ihren Ersparnissen eine kleine Wohnung mieten und ausstatten, und ein paar Jahre später stellte sich ihr erster Sohn Michael ein.

Im Jahre 1945 starb Präsident Roosevelt, Deutschland mußte kapitulieren, und drei Monate später Japan. Die Menschheit lechzte nach Frieden, nach einer neuen Welt internationaler Verständigung. Aber sie kam nicht. Ein neuer Krieg kroch sofort aus den Blutmeeren und Ruinen, der «Kalte Krieg», und seine eisige Luft griff in das Leben der einzelnen ein. Julius wurde brüsk aus seiner Stellung entlassen, angeblich wegen seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei. Seine Beteuerungen, daß er kein Parteimitglied sei, nützten nichts. Es war genug, daß er in den dreißiger Jahren an Sympathiekundgebungen für das demokratische

Spanien teilgenommen hatte, daß er und seine Frau während des Krieges für eine «zweite Front» eintraten und sich Gedanken über notwendige Änderungen in der durch die Atombombe geschaffenen neuen Weltlage machten.

Es hieß nun, einen neuen Lebensunterhalt zu finden. Julius entschloß sich dazu, zusammen mit Ethels Bruder, David Greenglaß, eine Maschinenreparaturwerkstatt aufzumachen. Greenglaß war während des Krieges Soldat gewesen und hatte eine Zeitlang in den Atomenergie-Versuchswerken von Los Alamos als Maschinist zu dienen. Er brachte daher Fachkenntnisse mit.

Leider erwies sich die Partnerschaft als ein Fehlschlag. David war unzuverlässig, zu Zeiten übernervös, unberechenbar in seinen Stimmungen und Handlungen. Die Kriegsjahre mochten ihm zugesetzt haben. Als es in Geldfragen zu Differenzen kam, trat David in feindseliger Stimmung aus der Geschäftsgemeinschaft aus. Das war im Jahre 1949.

Im Jahre 1944, also während des Krieges, hatte ihn seine Frau an seiner Arbeitsstätte in Los Alamos besucht. Sie kam zurück und erzählte Ethel und Julius in großer Besorgnis, daß ihr Mann ihr gestanden hatte, etwas aus den Heeresbeständen gestohlen zu haben; was es war, wollte er nicht sagen. Er hoffte Geld damit zu machen. Julius beschwor seine Schwägerin, ihren Mann von solchen bösen und gefährlichen Wegen abzubringen. Der Zwischenfall wurde später nicht mehr zwischen den Rosenbergs und Greenglaß erwähnt.

Im Februar 1950 erregte die Verhaftung des Atomwissenschafters Dr. Klaus Fuchs in England das Aufsehen der Welt. Auch er hatte während des Krieges in den Atomwerken von Los Alamos gearbeitet, und nach den Berichten der Presse hatte er gestanden, Geheimnisse über die Atombombe an Rußland verraten zu haben. Untersuchungen führten zu einem Zwischenträger, Harry Gold in Philadelphia, und dieser verwikkelte in sein Geständnis David Greenglaß, mit dem er in Los Alamos zusammengearbeitet hatte. Greenglaß gestand nicht nur, eine kleine Menge Uranium gestohlen zu haben, sondern auch einen Bestandteil der Bombe nach dem Gedächtnis skizziert und, mit einem Kommentar versehen, einem russischen Konsularbeamten weitergegeben zu haben, der inzwischen nach Rußland zurückgekehrt sei. Als eine Kopie dieser Skizze und des Kommentars bei ihm gefunden wurden und er auf die Todesstrafe gefaßt sein mußte, bezeugte er unter Eid, daß sein Schwager Julius ihn zu dem Verbrechen angestiftet und seine Schwester Ethel den Kommentar auf der Schreibmaschine kopiert hätte.

Im Juli 1950 wurde Julius verhaftet, im August seine Frau. Beide erklärten das Zeugnis von Greenglaß als meineidig und sich selbst als völlig unschuldig, in keiner Weise an dem Verrat beteiligt. Die Prozeßverhandlungen begannen am 6. März 1951 und endeten am 5. April des gleichen Jahres mit der Verurteilung des geständigen Greenglaß zu 15 Jahren Gefängnis mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung bei gutem Be-

tragen und mit der Verurteilung zum Tode der beiden Rosenbergs, die von Beginn bis zu Ende, allen Drohungen zum Trotz, ihre völlige Unschuld beteuert hatten. Die Frau des David Greenglaß, die auch belastet gewesen war, war nicht in den Prozeß hineingezogen worden. Sie blieb frei und unbehelligt.

Am 15. April wurde Ethel aus dem Untersuchungsgefängnis in die «Todeszelle» des 20 Meilen nördlich von Neuyork gelegenen Gefängnisses Sing Sing[1] übergeführt, wohin ihr Mann ihr Mitte Mai folgte. Beide wurden am 19. Juni 1953 hingerichtet, nachdem Berufungs-, Revisions- und endlich Gnadengesuche abgewiesen worden waren.

Das ist in ganz großen Zügen das Gerippe des Falles. Zwei Jahre hatte das Ehepaar in qualvoller Einzelhaft zu verbringen, zwischen Lebenshoffnungen und Todesaussicht hin und her gerissen. Nur etwa hundert Schritte waren sie, durch dicke Steinmauern und Eisentüren, voneinander getrennt. Einmal in der Woche durften sie sich durch ein Eisengitter sehen und unter Bewachung miteinander sprechen. Ihre Behandlung durch das Gefängnispersonal war menschlich. Beide genossen das Vertrauen und sogar die Zuneigung ihrer Wärter, die sie mit Hochachtung behandelten und ihr Los, soweit sie konnten, zu erleichtern suchten. Von der Erlaubnis, sich täglich schreiben zu dürfen, machten sie vollen Gebrauch. Die Briefe hatten durch die öffentliche Post und die Gefängniszensur zu gehen. 166 dieser Briefe wurden vom Hauptverteidiger, Emanuel Bloch, gesammelt und von Freunden der Rosenbergs einige Tage vor der Hinrichtung veröffentlicht. Der Pariser «Figaro» war schnell zur Hand, sich das Nachdrucksrecht für 2000 Dollar zu erwerben. Als Stimmen laut wurden, die Briefe könnten zurechtgemacht sein, gab das Rosenberg-Komitee bekannt, die Briefe könnten im Original bei ihm eingesehen werden. Sie werden bald, in viele Sprachen übersetzt, die Welt durcheilen. Sie können unter dem Titel «Death House Letters of Ethel and Julius Rosenberg» von Emanuel H. Bloch, trustee, 401 Broadway, New York City, USA, für 1 Dollar erworben werden. Ebenfalls ist das gesamte Gerichtsaktenmaterial daselbst für 10 Dollar käuflich. Der Erlös geht den verwaisten, mittellosen Kindern der Rosenbergs zu.

In einer umfangreichen, dokumentierten Studie des Falles Sacco und Vanzetti (The Legacy of Sacco and Vanzetti by G. Louis Joughin and G. M. Morgan, New York, 1948), der übrigens bis ins kleinste eine überwältigende Ähnlichkeit mit dem Rosenberg-Fall hat, findet sich folgende Feststellung: «Viele sind zu der Überzeugung gelangt, daß der Charakter und die menschliche Persönlichkeit dieser beiden Männer (wie sie durch ihren Lebenswandel und ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen bekannt wurden – der Übersetzer) den stärksten Beweis für ihre Unschuld liefern.»

---

[1] Der Name kommt von einem alten Indianerstamm, der in der Gegend ansässig war. In Sing Sing steht der Elektrische Stuhl bereit.

Das läßt sich voll und ganz auch von den Rosenbergs sagen. Um dem Leser die Möglichkeit zu geben, diese Behauptung zu prüfen, sollen im folgenden Auszüge aus den Briefen wiedergegeben werden, wobei es zu beklagen ist, daß Platzmangel nicht eine umfangreichere Darbietung erlaubt.

---

17. April 1951.

Mein einziger, liebster Mann!

Ich weiß nicht, ob es mir je so schwer wurde, Dir zu schreiben, wie heute. Die Gehirnarbeit scheint bei mir zu völligem Stillstand gekommen zu sein unter der Last der Eindrücke, die ununterbrochen auf mich einstürmen, seit man mich in das Todeshaus übergeführt hat. Doch fühle ich den unbändigen Drang, alles, was mich belastet, mit Dir zu teilen, und so die Bitterkeit unserer räumlichen Trennung zu mildern.

Du mußt wissen, Liebster, daß ich mich bereits häuslich eingerichtet habe in dieser zweiten Etappe unserer historischen Reise. Das scheint mir ein Zeichen meines Reiferwerdens zu sein. Auf den Wandbrettern meiner geräumigen Zelle habe ich mehrere Bücher untergebracht; und die schönen bunten Karten, die ich im Untersuchungsgefängnis sammelte, darunter Deine entzückende Geburtstagskarte an mich, säumen den oberen Rand meines Schreibtisches und erheitern Auge und Gemüt. Die Bilder der Kinder, die ich auf ein Stück Pappe geheftet habe, lächeln mich an. Aber irgendwie muß ich in mir selbst «Kraft, Zuversicht und Abstand» finden, die allein mir helfen können, durch die Tage und Nächte abgrundtiefen Grauens Schreie der Qual und wahnsinniger Sehnsucht zu unterdrücken.

Julie, Liebster, wie warte ich auf das Ende der Reise und auf die triumphierende Rückkehr zu unserm köstlichen Leben!

Liebster! Ich liebe Dich. *Ethel.*

18. April 1951.

Liebste Ethel!

Heute nachmittag erhielt ich Deinen wundervollen Brief aus Ossening. Du kannst Dir denken, wie sehr ich auf Nachricht von Dir gewartet habe. Deine Überführung nach Sing Sing ist ein grausamer und gehässiger Schlag gegen uns. Doch soll es den Herren von der Justiz nie gelingen, uns durch physischen und seelischen Druck mürbe und für ihre politischen Zwecke gefügig zu machen.

Dein Brief atmet Geistesklarheit und Standhaftigkeit, wenn er auch nicht die Erschütterung verhehlt, die Dich durch die neue Umgebung überwältigte. Ich staune, daß Du Dich schon so bald häuslich einrichten konntest. Deine Gabe, immer aus allem das Beste zu machen, wird Dir in der neuen Lage zustatten kommen.

Nun, wo Du Dich äußerlich zurechtgefunden hast, empfehle ich Dir, einen straffen Stundenplan zu machen für Lesen, Schreiben, Selbstunter-

richt in Musik oder anderem. Das scheint mir der einzige Weg zu sein, im Gleichgewicht zu bleiben und über die harte Zeit hinwegzukommen.

Wenn es unsern Anwälten nicht gelingt, Dich ins Frauengefängnis in der 10. Straße zu bringen, dann werde ich Himmel und Erde in Bewegung setzen, um zu Dir nach Sing Sing zu kommen und Dir nahe zu sein. Bitte, suche mir dies nicht abzureden. Es ist mein fester Entschluß.

Allein Dein Brief zeigt Deine Geistesgröße und Überlegenheit, den Mut, der Dir helfen wird, mit fliegenden Fahnen durch diese Hölle zu schreiten. Demütig stehe ich bei Dir, meine geliebte Frau, stolz auf Dich, und erhobenen Geistes.

Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, der Öffentlichkeit die Wahrheit über unsern Fall zu verbergen. Früher oder später muß sie durchdringen. Schon jetzt haben viele Unbekannte unsern Rechtsanwälten und meiner Familie den Wunsch ausgedrückt, uns zu helfen. Laß uns getrost sein! Das monströse Urteil, das viele stutzig machte, wird bald eine Lawine von Protesten auslösen und diese, zusammen mit unserm gerechten Kampf, werden uns befreien.

Glaube mir, Liebste, ich fühle wie Du den Alpdruck, den Schmerz, die Erniedrigung und möchte das nicht verkleinern. Mit meinen Armen möchte ich Dich umfangen, um Dich zu beschirmen und zu beschützen. Ich bin dessen sicher, daß Du durchhalten wirst, bis wir eines Tages zu unsern lieblichen Kindern und unserm köstlichen Leben zurückkehren können.

In einigen Tagen ist Passahfest, das Fest der Erinnerung an unseres Volkes Befreiungskampf. Es hat jetzt eine ganz besondere Bedeutung für uns beide, die wir durch moderne Pharaonen voneinander und von unsern Kindern getrennt, in Banden gehalten werden.

Sorge Dich nicht um die Kinder. Sie sind in guter Hut.

Ethel, Du bist mein, und nichts auf der Welt kann daran etwas ändern.

Immer ganz Dein *Julie.*

25. April 1951.

Liebste Ethel!

. . . Vergangenen Montag bekam ich endlich Erlaubnis, eine halbe Stunde frische Luft zu schöpfen. Obgleich ich allein war, mit Ausnahme des Wärters, genoß ich jede Minute in vollen Zügen.

Ich lese jetzt «Wissenschaft und Politik im Altertum» von Benjamin Farrington. Er weist nach, daß die Völker zu allen Zeiten von ihren Machthabern mit Gewalt in Unwissenheit und Aberglauben gehalten wurden, damit diese den Status quo und ihre Klassenprivilegien erhalten konnten. Verbreitung von Wissen unter die Massen wurde als Kapitalverbrechen und Ketzerei erklärt. Das ist noch heute wahr, wo die Regierung dem Volk das Märchen vom Geheimnis der Atombombe aufzubinden sucht, um Ausbreitung der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu

verhüten ... Es ist grausame Tatsache, daß unser Fall dazu dienen soll, fortschrittlich Gesinnte durch Angst zu lähmen und alle Kritik an der Vorbereitung zum Atomkrieg zu unterdrücken. Das sehen wir ganz klar, und das müssen eines Tages alle sehen. — Michael kritzelte ein paar Worte an mich, und Ethel (Julius' Schwester) brachte sie mir. Er ist herzig. Beiden geht es gut. Darum sorge Dich nicht! Wie sehne ich mich nach den Kleinen! ... In Liebe *Julie.*

20. Mai 1951.

Liebster Julie!

Heute nachmittag gab es einen feinen Sprühregen, und ich konnte den Duft von unsichtbaren Blumen einatmen, die irgendwo blühen. Ich saß auf meinem Stuhl am Eingang zum Gefängnishof und sah den kleinen schmutzigen Spatzen zu, wie sie die Brotkrumen, die ich ihnen zuwarf, aufpickten.

Jeweils, wenn der Regen etwas nachließ, stampfte ich auf dem trostlosen Platze umher und bückte mich nach den paar grünen Halmen, die sich hier und da durch Ritzen im Zement ans Licht drängten. Zwischen Mauerziegeln entdeckte ich hellgrüne, krause Petersilienblätter, und an einer andern Mauer fand ich sogar Blätter und zwei Knospen von wilden Veilchen ... Gerade eben kniete ich nieder, um mir ein sprießendes Apfelsamenkorn anzusehen, das ich in eine Zementspalte gepflanzt hatte und täglich begieße. Es wächst kräftig. In Liebe Dein, *Ethel.*

24. Mai 1951.

Liebster Schatz!

Nach und nach wird das Dasein hier zur Routine.

Kürzlich hielt ich einen Rückblick auf mein Leben, nicht um in die Vergangenheit zu flüchten, sondern um aus ihr zusätzliche Kraft für die Gegenwart zu schöpfen.

Mir kommt, als Sohn orthodoxer Eltern und in einem Slumviertel aufgewachsen, zum Bewußtsein, wie schwer meine Eltern es hatten, fünf Kinder zu füttern und zu kleiden. Ich weiß noch, wie es war, als mein Vater einen langen Streik auszuhalten hatte. Als Gewerkschaftsführer hatte er es besonders schwer, denn er stand auf des Arbeitgebers Schwarzer Liste. Auch weiß ich noch, wie wir einen dauernden Kampf gegen Ratten und anderes Ungeziefer zu führen hatten.

In der Religionsschule war ich ein guter Schüler und hatte beim Schluß die Abgangsrede zu halten. Für die Kultur und den Freiheitskampf des jüdischen Volkes begeisterte ich mich. Ich fand dort dieselbe große Tradition wie in der amerikanischen Geschichte. Was war da natürlicher, als daß ich als amerikanischer Jude mein geistiges Doppelerbe ehrte, indem ich mich für die Besserung des Loses des kleinen Volkes einsetzte?

Ich fand in Dir die verständnisvollste und süßeste Gefährtin. Durch

unsere Gemeinschaft wurde uns unser Stand im Leben klarer und unser Leben voller.

Bis auf morgen. Mein Herz und meine Liebe eilen zu Dir. *Julie.*

25. Mai 1951.

Meine köstliche Ethel!

Welch eine Wohltat, Dich wiederzusehen! Liebste, während ich so reserviert Dir gegenüber saß, hätte ich Dich in meine Arme nehmen und mit Küssen überschütten mögen, um Dir mit mehr als nur Worten meine verzehrende Liebe kundzutun. Ich hoffe, wir erhalten die Erlaubnis, uns in regelmäßigen Abständen sehen zu dürfen. Allein Dich zu sehen, hat meinen Trübsinn verscheucht. Laß uns nicht aufhören zu hoffen, daß diese böse Zeit schnell vorübergehen wird und daß wir zu unserem freude- und glückvollen Leben zurückkehren werden. Laß uns nimmer aufhören, unseren Leitworten treu zu bleiben: «Mut, Zuversicht und Abstand!» . . .

Durch die hundert Fuß von Raum und Materie, die uns trennen, sende ich Dir alle meine Liebe. *Julie.*

27. Mai 1951.

Liebster Julie!

Welch lieber Brief!

Können wir je die Freude und Schönheit, den Aufruhr und das Ungestüm der ersten Jahre unserer Bekanntschaft vergessen, als Du um mich warbst? Zusammen rangen wir um Antwort auf die scheinbar unlöslichen Fragen, die eine komplexe und verhärtete Gesellschaft uns stellte. Die Antworten, die wir fanden, haben sich in den Stürmen und Wechselfällen des Lebens als zutreffend erwiesen und stehen heute wie damals fest für alle, die furchtlos forschen und prüfen, so wie wir es taten in jener längst entschwundenen Zeit.

Weil wir diesen Fragen nicht auswichen, sitzen wir heute hinter den Mauern von Sing Sing.

Doch um dieser Antworten willen, für das Fortbestehen von Amerikas Demokratie in Rechtlichkeit und Bruderschaft, für Frieden, Brot und Rosen und Kinderjauchzen werden wir aushalten, stolz und in Würde, in dem tiefen, unzerstörbaren Bewußtsein unserer Unschuld vor Gott und Menschen, bis der Posaunenton der Wahrheit die ganze anständige Menschheit erreicht.

Es war einmal ein weiser Mann, dessen Namen ich vergessen habe, der das Wunder der «Unzerstörbarkeit des von der Wahrheit durchglühten Menschengeistes» pries. Geliebtester, wir wollen beweisen, daß er recht hatte. Dann werden auch andere Menschen an diese Unzerstörbarkeit glauben und sich um uns scharen, um uns und sich selbst zu retten.

Dein eigen *Ethel.*

Meine köstliche Ethel! 13. Juni 1951.

. . . Heute las ich den Entwurf zu unserer Berufungsschrift an den Circuit Curt . . . Er gab mir neuen Mut . . . Unsere Hoffnung auf den Erfolg unserer Berufung ruht auf festem Grund. Von Gesetzes wegen müssen wir gewinnen. Geliebte Frau, es ist ein harter Kampf, aber der Sieg winkt. Laßt uns ausharren!

Dein eigen *Julie.*

Liebste Ethel! 20. Juni 1951.

. . . Von Zeit zu Zeit finde ich Kraft, das Grauen, das unser Leben umkrallt, abzuschütteln. Doch mache ich mir keine Illusionen. Wir müssen stark wie Eisen sein, um diese Zeit überstehen zu können . . . Doch Wahrheit und Recht sind stark wie ein Blitzstrahl. Früher oder später wird die Wahrheit durchdringen, daß wir völlig unschuldig in dieses grausige politische Lügenspiel hineingezogen wurden.

Dir alle meine Liebe *Julie.*

29. Juli 1951.

(Der erste Besuch der Kinder im Todeshaus wurde erwartet.)

Liebster!

Ich werde alle meine Kräfte zusammennehmen, um heiter in der Kinder Gegenwart zu sein. Alle Furcht muß ausgeschaltet werden. Glaube mir, ich trainiere mich darauf . . .

Wenn Michael etwa fragen sollte, wie die Todesstrafe sei, die uns droht, sage Du ihm, sie sei kurz und schmerzlos, und wir hoffen, daß es nie dazu kommt. Die Zuversicht der Eltern geht auf die Kinder über. Wenn wir ohne Furcht vor dem uns zugedachten Ende stehen, dann werden sie es auch . . .

In Liebe Dein *Ethel.*

Meine wundervolle Ethel! 11. Oktober 1951.

. . . Es war herrlich, zu hören, daß viele gute Menschen uns zu Hilfe kommen und daß unser Hilfskomitee wächst. Sei getrost, mein Kleinod. Tüchtige Arbeit wird für unsere Befreiung geleistet. Ich kann die Zeit, da ich Dich sehen und mit Dir darüber sprechen kann, nicht erwarten.

Dein wie immer *Julie.*

30. Dezember 1951.

1952: Beste Wünsche – Liebe – Glück – Freiheit – Frieden! *Julie.*

26. Februar 1952. (Die Berufung wurde abgewiesen.)

Liebster!

Gestern abend um 10 Uhr hörte ich die schreckliche Neuigkeit. Im Augenblick, wo wir noch wenig von den Einzelheiten kennen, ist es

schwer, mehr dazu zu sagen, als daß es unheimlich ist, mit welcher sturen Hast die Regierung zu unserm Tode treibt.

Mein Herz bangt um die Kinder . . . fühlt ihr Zittern. Meine Sorge um sie ist größer als um alles andere. Ich erwarte angstvoll, von ihnen zu hören . . .

Ganz die Deine *Ethel.*

2. März 1952.

Geliebteste Frau!

Ja, alle Illusionen, die wir uns über das Richtertum machten, daß es erhaben über politische Hysterie sei, sind zerstoben, und zwar vollständig. Unsere einzige Hoffnung ruht im anständigen Volk. Nur es kann diesem «legalen» Lynchmord Einhalt tun.

Da die Auslegung des Gesetzes durch Richter Frank alle Fortschrittlichen und nicht Gleichgeschalteten – und auch andere – in Gefahr bringt, bin ich gewiß, daß unsere Mitbürger sich zusammenschließen werden, um das Urteil ungültig zu machen . . .

Bis auf Mittwoch. In Liebe *Julie.*

PS. Singe weiter und kämpfe weiter, meine wundervolle Frau! Noch ist nicht alles verloren. Du weißt ja: Mut, Zuversicht und Abstand!

29. Mai 1952.

Liebste!

. . . Unsere Ankläger und Verfolger leben in tödlicher Angst vor der Wahrheit. Das ist die einzige Erklärung für all die Lügen und Verunglimpfungen, die sie über uns in organisierten Kampagnen verbreiten, um die Massen davon abzuhalten, unsern Fall zu prüfen. Sie wissen, daß sie keine Beweise für unsere Schuld erbringen konnten.

Ich liebe Dich. *Julie.*

2. Juni 1952.

Meine anbetungswürdige Ethel!

Kopf hoch! In zehn Tagen werden unsere Verteidiger Beweisdarstellung und Antrag an den Obersten Gerichtshof fertig haben. Wir sind wieder etwas weitergekommen. Daher verlängere Deinen Mietvertrag mit Sing Sing bis zur nächsten Saison . . .

In Liebe Dein *Julie.*

18. Oktober 1952. (Der Oberste Gerichtshof hat Zurückweisung an das untere Gericht abgelehnt.)

Dear Manny (gemeint ist der Hauptverteidiger Emanuel Bloch)!

Glücklicherweise hattest Du uns bei unserer letzten Besprechung so gut vorbereitet, daß wir diesen letzten Hammerschlag mit erstaunlicher Würde und Selbstbeherrschung aufnehmen konnten. Ich glaube, wir

haben ein Recht, unser Verhalten lobend zu betrachten. Denn wenn es schon nicht leicht ist, dem nahen Tod ins Auge zu schauen, so ist es noch viel schwerer, den Höllenkessel kochen und das Komplott sich verdicken zu sehen, während andere, nicht selbst Betroffene, davonlaufen . . . und Liberale kläglich hinter ihren Schutzgittern stammeln. Am Montag, dem 13. Oktober, benutzte der Oberste Gerichtshof mit der bemerkenswerten Ausnahme von Richter Black sein hohes Amt, «Recht» zu schreiben nach den Statuten.

Durch Ablehnung der Revision . . . bewies er nur allzuklar die zerbrechliche Aufgemachtheit unseres Falles, die Hohlheit und den Hohn einer Prozeßführung . . . durch die die Zerstörung des Lebens eines jungen, anständigen Elternpaares sanktioniert wird.

. . . *Ethel.*

Im Dezember 1952 war als letztes Mittel ein Gnadengesuch an Präsident Truman gesandt worden, das dieser unbeachtet ließ. Präsident Eisenhower lehnte im Februar ein erneutes Gesuch ab. Er gab unter anderem folgende Gründe an:

«Ich kann nur sagen, daß die Rosenbergs durch ihr Verbrechen die Möglichkeit eines Atomkrieges unermeßlich vergrößerten und dadurch möglicherweise viele Zehnmillionen Menschen über die ganze Welt zum Tode verdammten. Die Hinrichtung zweier Menschen ist eine ernste Sache. Aber viel schwerer wiegt der Gedanke an die Millionen Toten, deren Vernichtung die direkte Folge der Tat dieser Spione sein kann.»

(Nach Feststellung des Richters der Rosenbergs, Irving Kaufman, hatten die Verurteilten den Angriff der Nordkoreaner und somit den Koreakrieg durch ihren Verrat verursacht.)

3. Januar 1953.

Lieber Manny!

Vor Gott und Menschen muß ich diese Wahrheiten in die Welt schreien:

1. Wir sind völlig unschuldig. Nichts kann diese Tatsache auswischen.

2. Der Rosenberg-Prozeß ist ein monströs aufgemachtes Lügenspiel (frame-up). Der Richter sowie der Staatsanwalt warfen von Anfang an falscherweise das Hetzwort «Kommunist» in die Verhandlungen, um das Tatsachenbild zu fälschen und die Geschworenen voreingenommen und gehässig gegen uns zu machen. Der Richter versäumte während der Verhandlungen keine Gelegenheit, durch Zwischenrufe gegen uns die Geschworenen für einen Schuldspruch zu bearbeiten und alles, was für uns sprach, als belanglos abzutun. Er ließ es zu, daß unser Recht vergewaltigt wurde. Er hinderte unsere Verteidiger, uns angemessen zu verteidigen, und machte es den Geschworenen unmöglich, die Anklage fair und unparteiisch zu beurteilen . . .

Wie immer *Julie.*

19. Januar 1953.

Dear Manny!

Heute erkennen Millionen Menschen in der ganzen Welt, darunter die hervorragendsten Persönlichkeiten unserer Zeit . . ., das, was wir seit zwei Jahren unaufhörlich klarzumachen suchten, daß wir politische Opfer des Kalten Krieges sind . . .

Während die ganze ausländische Welt stürmt, donnert, beschwört und um unsere Rettung fleht, erleben wir das unfaßliche Schauspiel, daß das mächtigste Volk der Welt mit gebundenen Händen, hilflos dasteht, unfähig, das Urteil umzustoßen. Es ist immer viel leichter, neue Fehler zu begehen, als alte gutzumachen.

. . . Wir warten im Dunkeln unseres näherrückenden Todes. Wir warten und hoffen trotz allem und geben den Glauben nicht auf, daß noch immer die Sonne scheint in unserm Geburtsland, diesem «süßen Land Freiheit» – diesem Amerika. *Ethel.*

9. Februar 1953.

Dear Manny!

In den letzten Tagen hat sich etwas Teuflisches um mich her ausgebreitet. Ein Gerücht wird so beiläufig vor meinen Ohren ausgesprengt, daß mir – aus Menschlichkeit und weil ich eine Frau und Mutter bin – die Hinrichtung erspart werden könnte und nur mein Mann auf den Elektrischen Stuhl zu kommen braucht, wenn ich, wie es selbstverständliche Voraussetzung ist, meine «Spionagegeheimnisse» nicht für mich behalte und zu einem Geständnis bereit sei. Ich könnte ja auch meinen Mann bereit machen, zu gestehen. Wenn ich das nicht täte, dann fiele die Verantwortung für meines Mannes Tod auf mich, und sein Blut werde für immer an meinen Händen kleben.

So wird mir zugemutet, wenn ich nicht meines Mannes Leben rette, dann wenigstens mein eigenes . . . Wie teuflisch! Kalte Wut durchwühlt mich und verursacht körperlichen Brechreiz . . .

Ich werde mein Ehegelübde nicht entehren, noch das Glück und die Reinheit unseres Verhältnisses. Die Rolle einer Hure für politische Zuhälter soll ich spielen! Mein Mann ist unschuldig, und ich bin unschuldig, und keine Macht auf Erden soll uns scheiden, weder im Leben noch im Tode. *Ethel.*

Aus letzten Briefen von Februar bis Juni 1953

11. Februar 1953.

Julius an Emanuel Bloch:

Der Justizminister hielt den Appell des Papstes für Begnadigung zurück, so daß er weder an den Präsidenten noch vor das Publikum kam. (Der Papst wiederholte den Appell zweimal.) Präsident Eisenhower lehnte

das Gnadengesuch ab, ohne die Gerichtsakten eingesehen zu haben. Sie wurden ihm um 4.30 Uhr nachmittags vorgelegt, und um 5.07 Uhr wurde seine Ablehnung veröffentlicht.

12. März 1953.

Liebste Ethel!

Du weißt, daß ich in letzter Zeit viel gelesen habe, Bücher über Naturgeschichte, Physik, Wirtschaftsprobleme und Politik ... Obgleich ich mir vorgenommen hatte, nicht viel zu schreiben, bevor ich nicht den aufgenommenen Lesestoff in mir verarbeitet hatte, kann ich nicht umhin, Dir über meine schweren Besorgnisse über das, was sich hier entwickelt, zu schreiben. So gut wie die ganze Presse ist jetzt einem säbelrasselnden Ton verfallen, schlimmer denn je. Leitartikler, Serienschreiber peitschen kriegerische Leidenschaften auf und tragen durch ein Durcheinander von widersprechenden Berichten zur äußersten Verwirrung der Massenmeinung bei. Es wird immer schwerer für die Allgemeinheit, die wirklichen Tatsachen zu sehen und zu erkennen, und wozu man sie treiben will ...

Julie.

Aus einem Brief von Ethel an Präsident Eisenhower vom 16. Juni 1953.

... Uns ist nahegelegt worden, daß wir, wenn wir unsere Schuld gestehen, Reue zeigen und Mitspione angeben, auf Milderung unserer Strafe rechnen können.

Dieser Weg steht uns nicht offen. Wir haben vom Tage unserer Verhaftung an erklärt, daß wir unschuldig sind. Das ist die ganze Wahrheit. Diese Wahrheit zu widerrufen, wäre ein zu hoher Preis, selbst für das unschätzbare Gut des Lebens. Denn ein auf solche Weise erhandeltes Leben könnten wir nicht in Würde und Selbstachtung ausleben.

... Uns ist wieder und wieder bis zum Schlechtwerden vorgehalten worden, daß die stolze Verteidigung unserer Unschuld aus Arroganz geschähe, nicht aus Rechtlichkeit, sondern vielmehr aus dem eitlen Streben nach der Märtyrerkrone.

Das ist nicht so.

Wir sind weder Märtyrer noch Helden, noch wünschen wir es zu werden. Wir haben kein Verlangen, zu sterben. Wir sind jung, viel zu jung für den Tod. Wir ersehnen, unsere zwei kleinen Söhne zu Männern erwachsen zu sehen. Wir wünschen mit jeder Faser unseres Seins, unsern Kindern und unserm harmonischen Familienleben zurückgegeben zu werden ... Wir wünschen der menschlichen Gesellschaft zurückgegeben zu werden, um unsere Kräfte für unsere Mitmenschen einzusetzen, für eine Welt, in der alle Frieden, Brot und Rosen haben werden.

Ja, wir wünschen zu leben in der schlichten Würde, die nur denen gegeben ist, die ehrlich gegen sich selbst und ihre Mitmenschen sind. Aus

Ehrlichkeit sind wir daher gezwungen, zu sagen, daß wir unschuldig dieses Verbrechens sind . . .

Unsere Verurteilung stützt sich auf das Zeugnis von David und Ruth Greenglaß . . .

Wir haben wiederholt erklärt, daß unser Bruder David, wohl wissend, was er tat, sein und seiner Frau Leben aushandelte für unsere Leben . . .

Das Gericht war sogar in einem Falle gezwungen, den Meineid zuzugeben. Trotzdem wurde uns die Revision verweigert mit der Begründung, daß wir nicht genug Beweise geliefert hätten. Trotzdem wurde uns die höchste Strafe auferlegt mit der Begründung, unser Verbrechen sei das schwerste, was es gebe.

* * *

Freitag, den 19. Juni des Jahre 1953, kurz vor Sonnenuntergang (zartfühlend nahm man auf den jüdischen Sabbath Rücksicht!) schritten Julius und Ethel Rosenberg, kurz nacheinander, festen Fußes und erhobenen Hauptes zum Todesstuhl. Ethel küßte die sie begleitende Wärterin zum Abschied. Bis zum letzten Augenblick warteten zwei aus Washington gesandte Beamte an zwei mit der Bundeshauptstadt direkt verbundenen Telephonen auf ein Geständnis, das die Todesstrafe aufgehoben hätte.

Es erfolgte nicht.

Nach Zeitungsmeldungen hat der Scharfrichter, der die 2000 Volt durch die Körper leitete, seine Entlassung genommen.

Ethel und Julius Rosenberg starben mittellos. Das einzige Vermächtnis, das Ethel dem Vormund ihrer Kinder, Verteidiger Emanuel Bloch, übergab, bestand in einem kleinen Gedicht an sie, in einem Blatt mit den Zehn Geboten, in einer Halskette mit Medaillon und in ihrem Trauring.

Auch Sacco und Vanzetti hatten ihre Unschuld bis zum Ende beteuert. Man hatte sie des Doppelmordes und Raubes angeklagt.

Es wird erzählt, daß Vanzetti kurz vor seiner Hinrichtung im August 1927 einem Besucher folgendes sagte:

«Ich bin mein ganzes Leben für Gewaltlosigkeit eingestanden. Aber hat es je eine Zeit gegeben, wo ein Mensch, der für Bruderschaft und für ein besseres Leben für alle eintrat, *nicht* der Gewalt verklagt wurde? So geschah es mit Jesus Christus. Ich vergleiche Sacco und mich nicht mit Jesus Christus. Auch bin ich kein religiöser Mann. Aber ihr, die ihr Christus angenommen habt und euch Christen nennt, ihr hört nimmer auf zu kreuzigen.» X.

If we die

You shall know, my sons, shall know
Why we leave the song unsung,
The book unread, the work undone
To lie beneath the sod.

Mourn no more, my sons, no more,
Why the lies and smears were framed.
The tears we shed, the hurt we bore
To all shall be proclaimed.

Earth shall smile, my sons, shall smile,
And green above our resting place,
The killing end, the world rejoice
In Brotherhood and Peace.

Work and build, my sons, and build
A monument to love and joy,
To human worth, to faith we kept
For you, my sons, for you!

Ethel Rosenberg, 1953

Freie Übersetzung in Prosa:

Wenn wir sterben

Ihr sollt es wissen, meine Söhne, ihr sollt es wissen,
warum wir das ungesungene Lied verlassen,
das ungelesene Buch, das ungetane Werk,
um unter dem Rasen zu ruhen.

Trauert nicht länger, meine Söhne, trauert nicht länger
über die Lügen und Beschimpfungen, die ersonnen wurden.
Die Tränen, die wir vergossen, die Not, die wir ertrugen —
dies wird allen einst kundgetan werden.

Die Erde soll lächeln, meine Söhne, sie soll lächeln
und grünen über unserm Ruheort;
das Töten wird aufhören, die Welt wird sich freuen
in Bruderschaft und Frieden.

Arbeitet und baut, meine Söhne, und baut
ein Monument der Liebe und der Freude,
der menschlichen Würde und dem Glauben, den wir
für Euch, meine Söhne, für Euch aufrechterhielten.

Das neue Israel

So wahr der Herr lebt, der die Kinder Israel geführt hat aus dem Lande der Mitternacht und aus allen Ländern, dahin er sie verstoßen hatte. Denn ich will sie wiederbringen in das Land, das ich ihren Vätern gegeben habe. (Jeremia.)

Man kann nur mit innerer Ergriffenheit an die Verwirklichung der alten prophetischen Voraussagen denken. 2000 Jahre war das jüdische Volk zerstreut unter die Völker der Welt. Ein geheimnisvolles Wissen um die Wahrheit göttlicher Prophezeiungen ließ es alle Not und Verfolgungen überdauern. Durch unausweichliches Schicksal blieb der Jude dem geweihten Archetypus seines Volkes verbunden. Der Jude lebte in Kollektivhaftung, ohne Einzelschuld durchlitt er Schuld und Sühne, verantwortlich für blutmäßiges und geistiges Erbe. Während durch die Botschaft Jesu die Einzelseele innerhalb der Weltvölker Erlösung finden konnte, harrte das jüdische Volk auf seine Gesamterlösung. Das Problem der individuellen und Kollektiverlösung entwickelte sich nebeneinander und ruft in dieser gegenwärtigen Stunde nach einer universalen Lösung.

Israel ist auferstanden. Viele Ursachen haben zu seiner Auferstehung beigetragen. Im Prinzip war es aber die stille Entwicklung der prophetisch-jüdischen Ideen einer göttlichen Weltplanung und des christlichen Gedankengutes im Glauben an die Erlösung der Menschen. Trotzdem steht heute die Welt auf der einen Seite vor dem Untergang und Chaos, aber auf der andern Seite ist eine kleine, sichtbare Pforte geöffnet zu den uralten Erwartungen von Völkerversöhnung, ewigem Frieden und Einheit des Menschengeschlechtes. Die Vereinten Nationen, die Sanktionierung Israels durch die UNO, der Versuch, öffentlich-rechtliche Streitigkeiten durch Schiedsgerichte zu schlichten, sind bescheidene Anfänge höherer Solidarität. Sosehr uns Israels Auferstehung mahnt an den ehernen Ablauf göttlicher Prophezeiungen und wir das nur in Demut und Gnade hinnehmen können, so weist Israels Geburtsstunde doch Fakten und Phänomene auf, die wir mit kritischem Geiste betrachten müssen. Israels neues Dasein ist quasi turbulent wie jeder Schöpfungsakt. Anscheinend liegt das im Wesen jeder Neugeburt, daß Blut geopfert werden muß. In diesem Falle hätte man aber voraussetzen müssen, daß ein neuer vollkommener Adamsgeist am Werke ist. Ursprünglich war die Herzlsche Konzeption idealistisch und appellierte an die Gerechtigkeitsgefühle der Machtvölker und der Völker des Mittleren Ostens. Aber sie war politisch orientiert. Achad Haam motivierte den Zionismus durch kategorische Forderungen an die Verantwortung des Geistes, und Martin Buber versuchte, das jüdische Geistesgut der letzten Jahrhunderte zu extrahieren, um eine neue religiöse Existenz zu gewinnen für den modernen Juden. Der arbeitende jüdische Mensch in Palästina schloß sich schon um die Jahrhundertwende in Gemeinschaften zusammen, um Ideale zu

verwirklichen, die altem und neuem Bibelgut entsprechen und den Postulaten des modernen Sozialismus gemäß sind. A. Gordon heiligte zum Beispiel die werktätige, praktische Arbeit und gab dem in händlerische Berufe gedrängten Diasporajudentum neue, schöpferische Arbeitsimpulse. Eines war den Juden klar, Palästina kann nur dem jüdischen Volk gehören, wenn der Boden durch die Hände des jüdischen Volkes bearbeitet wird. So kam die etwas merkwürdig anmutende Parole zustande von der «Erlösung des Bodens». Aber kann Boden erlöst werden? An sich wohl nur der Mensch und durch seine Gesinnung und Arbeit vielleicht auch indirekt der Boden. Man hatte eine wunderbare Idee. Man gründete einen Bodenfonds, Keren Kajemeth Lejsrael. Juden der ganzen Welt sollten dafür ihre Spargroschen spenden. Der Boden sollte Gemeingut des Fonds werden und nur in Erbpacht, also unveräußerlich dem Landwirt oder Hauseigentümer übergeben werden. Man wollte der Bodenspekulation von vorneherein einen Riegel vorschieben. Das ist aber nur zum Teil gelungen, weil der neue Staat es versäumt hatte, den gesamten mindestens landwirtschaftlich genutzten Boden des Landes dem KKL zu übergeben.

Sehr früh kamen echte ländliche Gemeinschaften zustande, sogenannte Kwuzot, wo sich 50 bis 100 Menschen zusammenfanden, um in gerechter Arbeits- und Ertragsteilung eine bäuerliche Wirtschaft zu führen. Es entstanden auch besonders aus den Baron Rothschildschen Stiftungen Dörfer mit Einzelwirtschaften auf korporativer Grundlage. Rischon le Zion, Sichron Jaacow und andere sind solche blühende Ortschaften. Seit 1933 gibt es auch eine große Anzahl Dörfer von Einzelbauern mit gemischter Landwirtschaft. Deutsche Juden, meistens berufsumgeschichtete Akademiker, Kaufleute, Beamte usw. haben sich dabei sehr bewährt. Nahariya, Ramat Haschwim, Ramat Hadar und Kfar Schmarjahu gehören zu dieser Kategorie.

Der Mittelpunkt neuen, schöpferischen Lebens sind die Gemeinschaftssiedelungen, Kibbuzim genannt. Bis 1000 Menschen und mehr finden sich in autarken Gemeinschaften zusammen. Sie leben in demokratischer Selbstverwaltung. Sie arbeiten für Unterkunft und Essen, für soziale und kulturelle Pflege. Geldliche Entschädigungen gibt es nicht. Alles ist gemeinsam. Man ißt in Gemeinschaftsküchen. Die Kinder werden in Gemeinschaftshäusern von fachlich geschulten Kräften erzogen. Dadurch erhofft man größeren Kollektiveinfluß auf den Charakter der jungen Menschen. Zu den landwirtschaftlichen Zweigen, Garten-, Obst- und Landbau, Milchwirtschaft, Geflügel-, Vieh- und Bienenzucht treten technische und industrielle Abteilungen: Schlosserei, Schreinerei, Schusterei, mechanische Werkstätten, Weberei, Konservenfabrikation usw. Viele dieser technischen Abteilungen entwickeln sich heute zu industriellen Zweigen, die ihr Mehrprodukt in die Städte oder ins Ausland verkaufen. Man vergleiche diese Gemeinwirtschaften nicht mit den Kolchosen. Die Kolchosen sind durch Zertrümmerung von Latifundien und

zwangsweisen Zusammenschluß von selbständigen Kleinbauern entstanden. Es werden Jahrzehnte vergehen, bis sich diese Gebilde zu einem lebensfähigen Organismus entwickeln werden. Die Kibbuzim sind durch freiwilligen Zusammenschluß gleichgesinnter Idealisten entstanden. Jedes Mitglied kann jederzeit austreten, aber ohne Anspruch an Kapitalsentschädigung, es sei denn, die Generalversammlung gewähre ihm eine seinen Leistungen gebührende Entschädigung.

Die organisierte Arbeiterschaft — Histadruthgewerkschaft — hat eine große Anzahl industrieller Unternehmungen geschaffen, die in einer Art Konzern (Solel Boneh) zusammengeschlossen sind. Die Arbeiterpartei gemäßigter Richtung (Mapei) hat 40 Prozent der Wählerschaft hinter sich und sichert ihre Rechte durch Kollektivverträge, Achtstundentag, feste Lohnsätze und glänzend organisiertes Krankenkassenwesen. Die Industriebetriebe der Arbeiterschaft produzieren etwa 40 Prozent des Landesumsatzes, die bäuerlichen Kollektivwirtschaften 70 Prozent. Man nennt diese Wirtschaftskräfte Kollektivsektor. Der Privatsektor rekrutiert sich wie in allen kapitalistischen Ländern aus Gewerbe, Handel und Privatindustrie. Die Rivalität zwischen beiden Sektoren ist groß, steht aber auf hohem Niveau. Der Kampf um die Macht wird augenblicklich im Schoße der Regierung ausgetragen. Die beiden Hauptparteien, Mapei (gemäßige Sozialdemokratie) und Allgemeine Zionisten (Liberale Konservative) bilden eine Koalition. Das wäre an sich ein idealer Zustand, wenn sich konträre, aber tolerante Weltanschauungen zusammenschließen und die extremen Flügel matt setzen. Aber vorläufig arbeiten die Tendenzen der beiden Parteien je nach Ministerbesetzung eines Ressorts gegeneinander und bringen es zu keiner Koordinierung. In Israel muß sich auf allen Gebieten der Wirtschaft, des Rechts, der Sozialprobleme und der Kultur eine höhere Synthese entwickeln. Aus dem schwierigen Stand der Wirtschaft, aus dem labilen Zustand der Volkwerdung muß sich eine höhere, reifere Einheit und Gesinnung herauskristallisieren, die zu einem sittlichen Geistesgut aller Menschen werden kann. Israel wird in seiner Neuerschaffung zu einem Prototyp der Menschheit. Es kann daher nur eigene Wege gehen und kann niemals der Parteigänger einer Kampfgruppe werden. Israel hat aus diesem Grunde auch noch keine Verfassung geschaffen, weil die Verfassung am Ende das Werk krönen soll. Israel muß von allen Völkern der Welt empfangen und auch geistiges Gut zurückerstatten. Die Zukunft der Welt hängt von der Entwicklung Israels ab und umgekehrt. So ist es nicht möglich, Israel nur in seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu sehen. Das Land entwickelt sich zwar in rapidem Tempo aus dem primitiven Fellachenzustand zu einer modernen technisierten Landwirtschaft und industrialisierten Ökonomie. Da man Entwicklungen nicht ungestraft überspringen kann, so drohen dauernd Gefahren des Zusammenbruchs. Man kann sich nicht vorstellen, was in fünfzig Jahren aus einem schläfrigen, zurückgebliebenen Levantinerland gemacht worden

ist. An allen Orten entspringen durch Tiefenbohrungen Brunnen. Das Land ist von modernen Straßen durchzogen, ebenso von einem ständig zunehmenden elektrischen Stromnetz. Moderne Großstädte haben sich über Nacht entwickelt. Vieles ist märchenhaft und übertrifft das amerikanische Tempo. Ein Beispiel für viele: Naharia wurde vor 17 Jahren von hundert deutsch-jüdischen Familien gegründet mit einem landwirtschaftlichen Kern. Heute ernährt der Ort 14 000 Einwohner. Die Haupterwerbszweige sind Landwirtschaft, Touristik, Industrie und Handel und Gewerbe. Psychologisch interessant ist die Feststellung, daß der Ort kulturell und atmosphärisch deutsch-europäisch orientiert ist. Zu den deutschen Juden gesellten sich tschechische, österreichische, jugoslawische Juden. Dieser Kern nähert sich einem Zustand, wie ihn Bismarck und der österreichische Kaiser im 19. Jahrhundert mit ihren Landsleuten nicht erreicht haben. Und hier am Mittelmeer bilden jüdische Emigranten von Deutschland und dem alten Österreich-Ungarn eine geistige Einheit.

Obgleich Tausende Dollars jedes Jahr, geschenkte und geliehene, in Israel investiert werden, so ist die Devisenbilanz nicht ausgeglichen. Der Import übersteigt mit etwa 70 Prozent den Export. Das ist bei so einer dynamischen Wirtschaft kein Wunder. Aber das kann auf die Dauer kein Finanzapparat aushalten. Die Rettung bringt vielleicht die deutsche Wiedergutmachung, wenn dadurch Devisen frei werden für Zinsendienst und Schuldentilgung. Leider werden alle wirtschaftlichen Probleme überbetont. Die Wirtschaft ist in Israel nur sekundär und gehört von den Piedestalen der Götzenaltäre gestürzt. Sie hat das Volk schon genug materiell verdorben und von den Idealen abgelenkt. Aber auch die Politik muß von ihrer Primatstellung verdrängt werden. Sie hat Israel mit allen seinen Freunden schon verfeindet und aus dem Volk der Dulder und Kreuzesträger Terroristen und Mörder gemacht. Die großartigen Institutionen der Kibbuzim sind durch die Verschreibung an die politischen Parteien in ihrer Existenz bedroht. Da Politik nur zeitlich vorübergehende Tagesparolen kennt, so fangen die ehemals idealen, quasi urchristlichen Ideenträger der Gemeinschaftssiedelungen an, sich diesen kurzlebigen Parolen zu verschreiben. So bilden sich intern feindliche Strömungen, Stalinisten, Ben-Gurionisten und Gefolgschaften kleinerer Führer. Es kommt zu Spaltungen und Handgreiflichkeiten ohne Ende. Nur höhere, geistig-sittliche Ideen können Israel führen. Der Kollektivismus muß durch das Herz des einzelnen beseelt werden. Israel muß der Welt ein Beispiel geben, was Propheten und Jesus forderten von einer erlösten Welt durch den erlösten Menschen. Von allen Enden der Welt strömen Menschen ins Heilige Land. Jedes Volk ist repräsentiert, physiologisch, ethnisch und geistig durch seinen jüdischen Abgesandten. Klima, Milieu, Wasser, Luft, Sprache und Kultur prägen den Menschen mehr als Blut. Europäische, amerikanische, afrikanische, orientalische, indische Juden sind mehr gestempelt als Typen ihrer Herkunftsländer, denn als reine Juden. Sie alle müssen zusammenwachsen zu

einem neuen Volk, zum Ebenbild der neuen Menschheit. So hat das neue Israel in erster Linie eine geistige, ethische und göttliche Aufgabe, die Aufgabe, in neuer Vollendung die Menschheit und die Weltreligionen, in erster Linie Jesus und Israel, friedlich zu versöhnen.

Dr. Erich Bloch, Naharia

Gottesfinsternis*

Es gibt eine Gottesfinsternis, wie es eine Sonnenfinsternis gibt, und die Weltstunde, in welcher wir leben, ist eine Stunde solcher Finsternis — dies ist die These, welche Buber in seinem vor kurzem deutsch und englisch erschienenen Buche vertritt (M. Buber, Gottesfinsternis, Manesse-Verlag, Zürich — Eclipse of God, Harper & Brothers, Neuyork). Es ist eine Stunde der Irrealisierung Gottes, und gewaltige Mächte sind am Werk, der Menschheit die Wirklichkeit aller Wirklichkeiten zu nehmen. Eine Sonnenfinsternis im astronomischen Sinne kann es nur geben, weil es im Raume die Beziehung zwischen Erde und Sonne gibt, die in bestimmten Momenten unterbrochen wird. So auch im geistigen: es gibt eine direkte Beziehung zwischen dem Menschen und Gott, es gibt den «Wesensblick», durch welchen wir zu Gott hinzublicken vermögen. Daß es dieses echte religiöse Erlebnis gibt, ist nicht zu beweisen, es ist nur zu erfahren, und viele Menschen haben es erfahren. Was aber kann hier die direkte Verbindung unterbrechen und verdecken und die Finsternis herbeiführen? Buber antwortet: Die Ich-Es-Beziehung hat die Ich-Du-Beziehung erdrückt.

Es ist aus früheren Büchern Bubers bekannt, daß er das Wesen des Menschen darin sieht, daß der Mensch eine Doppelnatur ist. Diese Doppelnatur spricht sich darin aus, daß der Mensch einmal in der lebendigen Wirklichkeit der unmittelbaren Beziehung des Ich zum Du lebt, und einmal wieder nur in der bloß mittelbaren Beziehung des Subjektes zum Objekt, zu den Dingen lebt. Im vorliegenden Buche bringt Buber das Beispiel vom Kinde, das einmal seine Mutter in der Not ruft (Ich-Du) und vom selben Kinde, das gelegentlich die Mutter wie ein anderes Objekt in Augenschein nimmt (Ich-Es). Zu Gott, lehrt nun Buber, können wir nur Du sagen, weil von Gott kein objekthafter Aspekt zu gewinnen ist. Wenn nun der moderne Mensch, der völlig den Objekten und der «sachlichen Betrachtung» verfallen ist, verlernt hat, «Du» zu sagen, tritt jene Irrealisierung Gottes ein, von welcher das Buch handelt.

Diese Irrealisierung ist vor allem von der Philosophie ausgegangen. Das Buch ist der Beziehung zwischen Religion und Philosophie gewid-

* Siehe redaktionelle Bemerkungen dieses Heftes. *DR*

met. Religion ist für Buber natürlich keine Institution, sondern Leben in jenem lebendigen Blick, von dem wir sprachen. Die Philosophie aber ist Wissenschaft, nicht Leben. An Stelle der Beziehung Ich-Du tritt für sie notwendigerweise die Beziehung Subjekt–Objekt ein. Als Wissenschaftler lebe ich nicht *mit* den Dingen, sondern ich urteile *über* sie. Da aber Gott nicht Objekt werden kann, so kann man nicht über Gott urteilen. Wenn der Philosoph über Gott philosophiert, spricht er nicht von Gott, sondern von einem abstrakten Begriff. Der «Gott der Philosophen» ist nicht Gott.

Buber ist weit davon entfernt, die Bedeutung der Philosophie zu unterschätzen. Er erkennt an: Die Philosophie ist in Pflicht genommen. Nur durch ihre Abstraktionskraft ist die «Welt» als objektiver in sich geschlossener Zusammenhang alles Seienden möglich geworden. In der Haltung des Glaubens, der an den Augenblick und an das konkrete Ich-Du-Erlebnis gebunden war, kann es nicht jenen Zusammenhang der Dinge geben, den wir Welt nennen. Es ist die große Funktion der Begriffsbildung, daß der begrifflich erfaßte und geformte Gehalt von einem zum andern «objektiv» weitergegeben werden kann. Aber die Beziehung zwischen Ich und Du, das heißt die eigentliche Wirklichkeit des Menschen, geht nicht in diese Begriffsbildung ein. Descartes sagt wohl «Ich denke, also bin ich», aber das Ich, das da spricht, ist nicht der lebendige Mensch Descartes, sondern eine Abstraktion. Denn wie könnte in Wirklichkeit ein Ich bestehen ohne ein Du? Es handelt sich hier eben um eine Abstraktion. Die Philosophie ist auf die Voraussetzung gegründet, daß wir in der Abstraktion das Absolute schauen. Der Gott der Philosophen ist eine allgemeine Idee, die ihren bestimmten Platz in einem Gedankensystem einnimmt. Das ist nicht der Gott, den wir rufen, nicht «der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs». Auf dem Wege der philosophischen Abstraktion ist die Konkretheit nicht zu erreichen.

Wohl ist die Philosophie an ihrem Orte gerechtfertigt, aber sie darf sich nicht zur Alleinherrscherin machen. Aber das gerade tut sie. Sie hält den Glauben für eine Art untergeordneter Philosophie, für ein Surrogat zum Behelfe denkunfähiger Menschen. In Wirklichkeit aber löst die Philosophie alle Realität, alles «Gegenüber», alle Existenz des Menschen als Partner auf.

Diese Auflösung geschieht in unserer Zeit durch Subjektivierung, wie sie klassisch in der Philosophie von L. Feuerbach formuliert wurde. Alle vermeintliche Zwiesprache des Menschen mit Gott sei ein Selbstgespräch des Menschen, ein Gespräch zwischen verschiedenen Schichten des Ich. Der Glaube sei nicht eine Beziehung zum absoluten Du, sondern ein innerseelischer Prozeß, dessen Resultate auf eine fiktive Ebene «projiziert» werden. Buber zitiert Sartre: «Es gibt kein anderes Universum als das menschliche, das Universum der menschlichen Subjektivität.»

Wir können auf die Einzelheiten der Auseinandersetzungen Bubers mit Sartre, Heidegger, Jung nicht eingehen, auch nicht auf die schönen Seiten, welche Buber seinem einstmaligen Gegner Hermann Cohen gewidmet hat und in denen er aufzeigt, wie sich Cohen von der psychologischen Relativierung des Gottesbegriffes befreite und sich vom Glauben überwältigen ließ. Das Resultat dieser Auseinandersetzungen mit der Philosophie der Gegenwart ist: Es ist die Schicksalsfrage unserer Zeit, ob wir imstande sein werden, uns dieser Subjektivität zu entwinden und die wesenhafte Differenz zu erkennen, die zwischen aller Subjektivität und der wahren Realität des Göttlichen besteht; ob wir uns von der Irrealisierung befreien und zur Realität zurückkehren können.

Was bedeutet diese Rückkehr? Buber bemüht sich, seine Leser vor dem Mißverständnis zu bewahren, als würde «Religion» einen Bezirk außerhalb des Alltags meinen. Die Antwort Israels am Sinai «Wir tun's, wir hören's» spricht das entscheidende Verhalten mit naiver und unüberbietbarer Prägnanz aus. Die wahre Gottesfurcht bedeutet eben dies: daß der Mensch auf seinen konkreten Lebenszusammenhang hingewiesen wird. Die Offenbarung geschieht nicht jenseits des Alltags, sondern in der konkreten Situation, in welcher der Mensch lebt.

Dieses neue Buch Bubers ist aus Vorlesungen entstanden, welche Buber 1951 an amerikanischen Universitäten gehalten hat. Es zeigt keine wesentlich neue Linie gegenüber den Veröffentlichungen der letzten Jahre, aber gerade die durch die Vortragstechnik bedingte knappe Formulierung läßt die Probleme klarer als sonst hervortreten. Es ist vor allem die scharfe *Gegen*stellung der beiden Grundbeziehungen Ich-Du und Ich-Es, welche in mir Bedenken erregt. Daß die beiden Einstellungen als ideale Typen menschlichen Verhaltens entgegengesetzt sind und daß Buber hier einen ganz tiefen Blick in das Wesen des Menschen getan hat, daran kann kein Zweifel sein. Was mir aber zweifelhaft erscheint, ist, ob im wirklichen Leben die beiden Verhaltungswesen einander so scharf als Entweder-Oder entgegengesetzt sind, wie Buber es diesmal darstellt. Gibt es nicht Übergänge, Zwischenstufen dieser Doppelstruktur des menschlichen Daseins? Buber sagt: Das Seiende ist dem Menschen *entweder* «Gegenüber» *oder* «Gegenstand». In dieser Zwiefalt des Verhältnisses zum Seienden, Begegnung oder Betrachtung, baut sich das Menschenwesen auf. Hier ist zu fragen: Gibt es nur ein Entweder-Oder dieser beiden Lebenseinstellungen? Ist für den Lehrer, den Arzt, den Fürsorger, den Staatsmann immer nur eine der beiden Möglichkeiten gegeben, ist nicht in der Wirklichkeit des Lebens Ich-Du und Ich-Es unentwirrbar in verschiedenen Stufen miteinander verwoben? Buber scheint mir hier den Fehler zu begehen, daß er Abstraktionen, die methodisch von gewaltigem Werte sind, in Realitäten verwandelt.

Dieser Fehler hat, wie mir scheint, gewichtige Folgen in der Auseinandersetzung zwischen Religion und Philosophie. Buber hat schon

1929 Entscheidendes zu diesem Problem gesagt, und seine Ausführungen von damals sind dem neuen Buche einverleibt worden. Aber jetzt stellt er die beiden — Philosophie und Religion — mit Schärfe *gegeneinander*. Jede Erkenntnis ist Erkenntnis nur von Objekten. Gott kann vom Philosophen nicht erkannt werden, «weil von ihm, in unbedingtem Gegensatz zu allem anderen Seienden, kein objekthafter Aspekt zu gewinnen ist». Buber denkt hier in Polaritäten, zwischen denen er einen unüberbrückbaren Abgrund aufreißt. Die Folgen sind weitreichend und gefährlich.

Zunächst, wie mir scheint, eine Entwertung jeder Metaphysik; jedes philosophische Streben, mit den Mitteln des Denkens zur letzten Wahrheit zu gelangen, ist vergeblich. Die letzte Wahrheit ist der unmittelbaren Begegnung eingetan, aber dem Denken verschlossen. Die Bemühungen der Philosophie um eine rationale Theologie sind von vornherein vergeblich. Anselm von Canterbury betet tage- und nächtelang zu Gott, daß er ihm den Gottesbeweis schenke. Das war, müßte man sagen, ein völlig vergebliches, ja unsinniges Gebet. Das Gebet zu Gott und das Denken über Gott werden auseinandergerissen. Was werden die Folgen für den Philosophen sein? Wenn von vornherein feststeht, daß Gott vom Philosophen erkannt werden kann, ist nicht der Philosoph als *Philosoph* gezwungen, sich jedes Urteils in der entscheidendsten Frage zu enthalten, mag er auch als Mensch zu Gott im Verhältnis des lebendigen Gebetes stehen? Bedeutet dies nicht eine unerträgliche Zerreißung der menschlichen Persönlichkeit, eine unmögliche geistige Schizophrenie? Augustinus, Anselmus, Maimonides haben die *Zusammenarbeit* von Erkenntnis und Glauben betont: «Wir glauben um zu erkennen.» Die mittelalterliche Philosophie war der große Versuch, in die Sprache des Erkennens umzugießen, was dem unmittelbaren Glauben im Judentum und Christentum geschenkt worden war. Aber dieser Versuch wäre schwerlich unternommen worden, wenn jene Philosophen Glauben und Wissen so scharf getrennt hätten, wie es Buber hier in einigen Formulierungen tut. Und gerade in der heutigen Geistesverfassung des Menschen, in welcher die Wissenschaft eine so zentrale Rolle spielt, dürfen Religion und Philosophie nicht entgegengesetzte Mächte sein, sondern müssen miteinander zusammenarbeiten, sollen wir nicht Opfer einer glaubenslosen Philosophie einerseits und eines wissenschaftsfeindlichen Glaubens anderseits werden. Wohl hat Buber, wie wir erwähnten, von der Religion verlangt, daß sie um die Erkenntnispflicht der Philosophie wissen muß. Aber diese Erkenntnispflicht beschränkt er auf die «Welt», «als in sich geschlossenen Zusammenhang alles Seienden». Aber ist — rein erkenntnismäßig gesehen — ein solcher in sich geschlossener Zusammenhang möglich? Stoßen wir nicht gerade erkennend überall auf die Grenzen und die Probleme, die uns über das naturhafte Dasein herausführen in den Bereich, welchen uns der Glaube enthüllt? Ja ist nicht jenes «natürliche Licht», auf welchem alles Wissen beruht, selbst

eine Offenbarung, eine Art des Glaubens? Nirgends sehe ich hier den scharfen Trennungsstrich.

Diese Einwände können nicht das gewaltige Verdienst vermindern, welches sich Buber durch die Unterscheidung der beiden Grundstrukturen des Menschen erworben hat; aber den Ausweg aus der geistigen Finsternis wird, scheint mir, nur eine echte Zusammenarbeit von Philosophie und Glauben finden, jene «gläubige Philosophie», von der einst Rosenzweig sprach. Die Philosophie muß sich der neuen Aufgaben bewußt werden, zu welchen sie dieser gläubige Rationalismus verpflichtet.

Hugo Bergman

Der Feldprediger*

Handbuch für den Feldprediger der Schweizer Armee, von R. Müller

Durch Zufall ist uns dies Buch in die Hände gekommen. Wir haben das Feldpredigeramt schon immer als eine sehr problematische Sache betrachtet und haben daher nichts anderes erwartet, als daß Fragwürdigkeiten in diesem Buche stünden. Es sind uns aber so horrende Sätze aufgefallen, daß wir glauben, sie hier einmal festnageln zu müssen. Schon in Nr. 7 des «Dein Reich komme», Seite 28, haben wir auf einzelne Sätze hingewiesen, die einem einfachen Laien und Militärdienstverweigerer als mit dem Christentum wenig vereinbar aufgefallen waren. Wir begnügen uns hier, ein paar Sätze anzufügen, aus denen der Geist sichtbar wird, in dem das Ganze geschrieben ist und die mit jeder christlichen Theologie in Widerspruch stehen. Die ganze Sprache dieses offiziellen Feldpredigerbuches erscheint uns fremd und vom christlichen Standpunkt aus anfechtbar.

1. Der Kriegsdienst, dem die Armee dient, wird als *«ein heiliges Werk»* bezeichnet, das den christlichen Konfessionen übergeordnet wird. Diese dürfen dieses «heilige Werk» nicht beeinträchtigen.

2. Der zivile Seelsorgedienst zu dem der Seelsorger hauptberuflich verpflichtet ist, wird dem Militärdienst des Feldpredigers nachgestellt und untergeordnet!

3. Als Höchstes und Oberstes, dem der Prediger und der Soldat verpflichtet sind, wird immer das «Vaterland» bezeichnet. Dem muß alles geopfert werden (offenbar auch die eigene religiöse Gewissensüberzeugung!) «Der Staat braucht Menschen, die das Vaterland höher schätzen als ihre Seele», diese Ansicht ist ungeschrieben in diesem Buch enthalten. Dem entgegnen wir mit F. W. Förster: «Das Vaterland gewinnt kein Heil aus heillosen Seelen!»

4. Der Gipfel besteht aber in folgendem Satz: «Die nackte Wirklichkeit des Krieges erzeugt» (das heißt offenbart) einen neuen (das heißt richtigeren!) Gottesbegriff, der dem des Heidentums und Judentums

* Mit freundlicher Erlaubnis aus «Dein Reich komme».

ähnlich ist, entgegen dem «weichgewordenen Gottesbegriff des Christentums, der in Kriegszeiten versagt.» *Deutlicher könnte nicht zugegeben werden, daß der Feldprediger notgedrungen zum heidnischen oder jüdischen Gottesbegriff zurückgreifen muß.* Tatsächlich mußten alle Kriegsprediger und zu allen Zeiten zu Texten aus dem Alten Testament greifen, um eine christliche Kriegführung zu verteidigen, also zu Texten aus jener Zeit, wo man noch an verschiedene Volksgötter glaubte. Auf den Gott des Neuen Testamentes, den uns Jesus geoffenbart hat, kann man sich für einen Krieg niemals berufen, schon deswegen nicht, weil er der *eine Vater aller* Menschen ist.* *H.*

Eine Stimme aus Berlin

«Die Kirche hat kein Hehl daraus gemacht, daß ihr Herz bei dem deutschen Arbeiter ist, der in diesen Tagen gegen eine diktatorische Gewalt aufgestanden ist, die ihm alles zumuten zu können meinte. Sie wird auch für die vielen Verhafteten und für deren Angehörige tun, was nur irgend möglich ist.»

Mit diesen Worten kommentierte der evangelische Bischof von Berlin, D. Dibelius, Vorsitzender des Rates der evangelischen Kirchen Deutschlands, wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 in einer Rundfunkansprache die Unruhen in Ostberlin und in der DDR, die überall so große Beachtung gefunden und die vielfältigsten Hoffnungen erweckt haben. Der Bischof hat damit nicht nur seine persönliche Meinung ausgesprochen, sondern kann sicher sein, daß jede kirchliche Synode, die darüber befragt würde, ihm nahezu einmütig zustimmen dürfte. Es hat auch nur wenige Gottesdienste in jenen Tagen gegeben, in denen nicht der gefallenen und verhafteten Opfer des mißlungenen Umsturzversuches in besonders herzlicher Fürbitte gedacht worden wäre. Dabei werden nur wenige an die Polizeibeamten gedacht haben, die in Erfüllung ihrer Dienstpflicht bei der ihnen befohlenen Aufgabe, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, ihr Leben hingegeben haben. Das Herz der Kirche schlug wirklich diesmal nur für die Arbeiter.

Es erhebt sich die Frage, ob wir es hier mit einer evangelischen Neubesinnung über die Stellung des Christen zur Revolution zu tun haben — denn niemals vorher hat der Bischof von Berlin oder ein anderer Bischof sich mit revolutionären Erhebungen der Arbeiterschaft in dieser Weise solidarisch erklärt —, oder ob nur die kirchliche Abneigung gegen das ganze System des Kommunismus so heftig ist, daß darüber sogar die traditionelle Abneigung gegen jede gewaltsame Revolution preisgegeben werden konnte. So wie einige Zeit früher die traditionelle Abneigung der

* Der schweizerischen Kirchenzeitung, die sonst überall Ketzereien aufspürt, sind offenbar diese Ketzereien im «Feldprediger» ganz entgangen. Hier fände sie ein dankbares Gebiet für ihre Schnüffeleien. *H.*

Kirche gegen jeden Pazifismus nicht etwa vom Evangelium her, sondern dadurch überwunden wurde, daß am Horizont des Zeitgeschehens die Möglichkeit auftauchte, daß vielleicht eines Tages deutsche Menschen zum Militär- und Kriegsdienst unter einer kommunistischen Obrigkeit und zur Verteidigung einer sozialistischen Ordnung aufgeboten werden könnten.

Man kann sich schwer des Eindrucks erwehren, daß auch in der Beurteilung des 17. Juni die kirchliche Parteinahme, wenn auch unbewußt, weit stärker von dem allgemeinen bürgerlichen Ressentiment gegen den Kommunismus als von einer Vertiefung der evangelischen Ethik hergeleitet werden muß. Schon das unterschiedslose Eintreten für «die vielen Verhafteten» läßt eine sorgfältigere Unterscheidung zwischen Unschuldigen und Schuldigen vermissen. Wer die Psychologie gewaltsamer Volkserhebungen kennt, weiß doch, daß bei ihnen stets neben dem opferbereiten Einsatz für hohe Ziele die bedenklichsten Ausschreitungen asozialer Elemente stehen, die aus der Aufhebung aller gesetzlichen Ordnung auf ihre Weise zu profitieren versuchen. Auch diesmal hat es an Ausschreitungen aller Art nicht gefehlt: Geschäfte wurden geplündert, Häuser und Kioske in Brand gesteckt, Straßenbahnen zum Entgleisen gebracht und umgeworfen, Gefängnisse gestürmt, mißliebige Personen totgeschlagen, Polizeibeamte tätlich bedroht und sogar die russischen Panzer (die nicht eigentlich kämpften, sondern nur demonstrierten) mit Schmährufen und Steinwürfen überschüttet. Ein Augenzeuge berichtete mir glaubwürdig, daß im Anfangsstadium der Unruhen, ehe die sowjetischen Panzer die Übergänge in die Westsektoren der Stadt hermetisch abgeriegelt hatten, Lastwagen aus Westberlin gekommen seien und aus geplünderten Geschäften die dort zum Verkauf stehenden neuen Schreibmaschinen ungehindert nach Westberlin abtransportiert hätten, eine gewiß sehr eigenartige Art der Hilfe für die notleidende Ostbevölkerung. Der «Tagesspiegel», der von allen Westberliner Zeitungen am wenigsten im Verdacht steht, dem Osten auch nur die leisesten Sympathien entgegenzubringen, ergänzte seine begeisterten Schilderungen vom Heldenmut und Märtyrertum der Aufständischen am 30. Juni durch die kleine und versteckte Notiz, daß zwei jugendliche Teilnehmer des Aufstandes, die wegen Tötung eines Polizeioffiziers zunächst zum Tode verurteilt worden waren, durch das Oberste Gericht der Sowjetzone zu je fünfzehn Jahren Zuchthaus begnadigt worden seien. In welchem Lande der Welt darf man Polizeioffiziere totschlagen, ohne dafür sehr schwer bestraft zu werden? Selbst wenn man die besondere revolutionäre Situation in Rechnung stellt und außerdem annimmt, daß die sowjetischen Militär- und die deutschen Zivilgerichte, die Maße der Gerechtigkeit überschreitend, eine Abschreckungsjustiz geübt, auch vielleicht in einzelnen Fällen Unschuldige verurteilt haben (was ja leider auch sonst bisweilen geschieht), so bleibt es doch schwer vertretbar, alle Verhafteten ohne Differenzierung unter eine besondere kirchliche Anteilnahme zu stellen, die über das Maß der uns gebotenen Fürbitte für alle Gefangenen weit hinausgeht.

In die eigentlich politischen Fragestellungen aber kommen wir erst hinein, wenn wir darauf eingehen, daß «das Herz der Kirche bei dem deutschen Arbeiter ist, der gegen eine diktatorische Gewalt aufgestanden ist, die ihm alles zumuten zu können meinte». Mit solchen Worten macht sich die Kirche die Sache zu leicht. Sie übernimmt unbesehen die Begriffe der antikommunistischen Propaganda und unterläßt es, der Welt das Vorbild zu geben, das sie ihr schuldig ist. Sie müßte allen irdischen Geschehnissen, mögen sie noch so bedenklich und unvollkommen sein, von der Warte des Evangeliums her mit dem ernsten Bemühen um die größtmögliche Gerechtigkeit, mit dem aufrichtigen Willen des Verstehens und wenigstens mit einem Mindestmaß von Liebe gegenübertreten. Wie das gemeint ist, läßt sich gut an den «Zumutungen» aufzeigen, die die Regierung der DDR der arbeitenden Bevölkerung auferlegt und die die Kirche so unerträglich findet, daß sie die Auflehnung dagegen mit ihrer Sympathie begleitet.

1. Die erste Zumutung besteht in der Umwandlung der bisherigen kapitalistischen Form in eine kommunistische. Ob das vom christlichen Standpunkt aus etwas Gutes oder Böses ist, lasse ich hier absichtlich als offene Frage stehen und stelle nur fest, daß es ungerecht wäre, irgendeinen Deutschen, irgendeine Partei oder Regierung in Deutschland für diese Zielsetzung verantwortlich zu machen. Nach der bedingungslosen Kapitulation nahmen alle Siegernationen das Recht für sich in Anspruch, das besiegte Land nach ihren Prinzipien neu zu formen. So wenig die Westmächte in den von ihnen besetzten Gebieten die Bildung kommunistischer Regierungen (etwa gar mit einer gegen sie gerichteten Tendenz) geduldet hätten, so wenig waren die Russen bereit, in den ihnen von allen Alliierten zur Besetzung und Kontrolle übergebenen Ostprovinzen eine andere als die von ihnen entwickelte kommunistische Staatsform zuzulassen. Nur Katastrophenpolitiker, denen das Schicksal der Menschen gleichgültig ist, können es wünschen oder dem deutschen Volk einreden, es möge sich gewaltsam dem Willen der Sieger widersetzen.

2. Es wird den Ostdeutschen zugemutet, sich mit einem niedrigeren Lebensstandard zu begnügen, als Westdeutschland ihn inzwischen wieder erreicht hat. Das ist nicht etwa ein Beweis für die Überlegenheit des kapitalistischen und die Mangelhaftigkeit des kommunistischen Systems, erst recht nicht die Auswirkung einer menschenfeindlichen Grundeinstellung der marxistischen Politiker, sondern die zwangsläufige Folge einiger Umstände, die vielfach nicht genügend beachtet werden:

a) Der schnellere Wiederaufstieg Westdeutschlands, dessen Früchte aber keineswegs allen Kreisen der Bevölkerung zugute kommen, wurde allein durch große Hilfsaktionen der USA ermöglicht, die neben vielem Guten auch die sehr bedenkliche Folge hatten, daß heute schon im Bereich der amerikanischen Dollarinvestitionen die bitteren Lehren des letzten Krieges nahezu vergessen sind.

b) Der Wiederaufbau der landwirtschaftlichen und industriellen Pro-

duktion sowie der zerstörten Wohnhäuser im Osten mußte nicht nur ohne die geringste auswärtige Hilfe allein aus eigenen Kräften durchgeführt werden, sondern war und ist noch jetzt aufs schwerste belastet durch die von der Sowjetunion geforderte Kriegsentschädigung in Höhe von zehn Milliarden, von deren Aufbringung Westdeutschland völlig frei ist, obwohl es doch auch gegen Rußland Krieg geführt hat. Der jetzt von der Sowjetregierung in Aussicht gestellte Erlaß weiterer Reparationszahlungen wird es ermöglichen, *täglich* Verbrauchsgüter im Werte von 300 000 DM mehr als bisher dem inländischen Bedarf zuzuführen.

c) Der Osten Deutschlands war in viel höherem Maße als der Westen durch den Krieg und seinen Ausgang in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach den Kriegsverlusten und den Entnahmen durch die Rote Armee und die Besatzung (die damit nur einen kleinen Teil dessen wiedererlangte, was deutsche Truppen aus Rußland herausgeholt oder beim Rückzug in Rußland systematisch zerstört hatten) mußte auf allen Gebieten im wahrsten Sinne des Wortes vom Nullpunkt aus wieder angefangen werden. Von Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen, von Industrieanlagen und Verkehrsmitteln waren höchstens einige kümmerliche Reste übrig geblieben. Es gab im Gebiet der DDR nicht ein einziges stahlerzeugendes Werk, mit Oberschlesien gingen sämtliche Steinkohlen verloren. Jede Tonne Stahl oder Steinkohle mußte eingeführt und durch Lieferung anderer Waren bezahlt werden, die dann wieder beim Inlandsbedarf schmerzlich fehlten. Für die Bewirtschaftung des ostelbischen Großgrundbesitzes fehlten alle Voraussetzungen. Mit dem Spaten in der Hand mußten die Neusiedler ihre kleinen Parzellen umgraben, um sich selbst und die Stadtbevölkerung vor dem Hungertode zu bewahren.

d) Trotz all diesen Vorbelastungen ist in den acht Jahren seit Kriegsende in Ostdeutschland eine Aufbauarbeit geleistet worden, die turmhoch über dem liegt, was die Westprovinzen im gleichen Zeitraum aus eigener Kraft vollbracht haben. Brot, Mehl, Kartoffeln, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst sind überall zu Ostmarkpreisen, die auch nominell unter den entsprechenden Westmarkpreisen liegen, frei käuflich. Auf Lebensmittelkarten werden Fleisch, Fett und Zucker zu Vorkriegspreisen und in einer Menge abgegeben, die nicht erheblich unter dem Durchschnittsverbrauch eines Westberliner Arbeiterhaushaltes liegt (von dem im Osten unbekannten Millionenheer der Arbeitslosen ganz zu schweigen!). Auf die niedrigste Lebensmittelkarte (für Personen, die nicht in bezahlter Arbeit stehen) entfallen in Ostberlin monatlich 1380 Gramm Fett (je ein Drittel Butter, Margarine und Schmalz), 1550 Gramm Zucker und 2000 Gramm Fleisch (davon 25 bis 33 Prozent Fisch). Der Neubau von Wohnungen hat in erstaunlichem Tempo eingesetzt und wird ohne ausländische Beihilfen (ohne die im Westen nicht ein einziges Bauvorhaben begonnen wird) ganz aus eigener Kraft durchgeführt. Die Mieten sind, da alle Kapitalgewinne wegfallen, ohne Berücksichtigung der Valutadifferenz nur etwa halb so teuer wie in Westberlin, und alle diese Erfolge

ruhen auf einer gesunden Basis, nicht auf Almosen und nicht auf Schulden, sondern auf eigener Arbeit und Mühe. Es gibt zwar noch manche Bedürfnisse, die zunächst unbefriedigt bleiben müssen, aber von einer Not, die die Menschen zur Verzweiflung treiben müßte, kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Der Erfolg der in ihren Motiven und Methoden fragwürdigen Aktion der Geschenkpakete für die Ostzonenbewohner beweist nicht das Gegenteil. Auch in Westdeutschland und ebenso wohl in manch einem noch viel reicheren Lande würden sich genau so viele Menschen einfinden, wenn man ihnen eine Gratis-Lebensmittelspende anböte.

3. Es wird der arbeitenden Bevölkerung zugemutet, nach sorgfältig ausgearbeiteten Volkswirtschaftsplänen zu arbeiten. Für jeden Betrieb und für jeden Arbeiter ist eine genaue Norm seiner täglichen Arbeitsleistung, für die Landbevölkerung ein bestimmtes Ablieferungssoll festgesetzt. Die Kritiker des Ostens, auch prominente Führer der Kirche, sehen hiermit die Würde des Menschen bedroht, der, wie sie es ausdrücken, für ein totes Schema, für einen erbarmungslosen Staatsmoloch aufgeopfert wird. Merkwürdigerweise haben gerade diese Kreise früher niemals ein Wort des Protestes gefunden, als die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Bereitschaft zum Militärdienst und im Kriege sogar zur Hingabe ihres Lebens und zur Übertretung aller Gebote Gottes gezwungen wurden. Auch Arbeitsverpflichtungen hat es in Kriegszeiten gegeben und ebenso die staatliche Lenkung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung. Die Begründung, daß alle diese Maßnahmen eben in kritischen Situationen unvermeidlich seien, trifft nun in noch höherem Maße für die Lage Ostdeutschlands in den Jahren nach 1945 zu, in denen die bloße Erhaltung des nackten Lebens für die Übriggebliebenen zunächst als ein unlösbares Problem erschien. Die Normen und das Soll sind keine Erfindungen böswilliger Menschenverächter, sondern bittere Notwendigkeiten, die nur den einen Zweck haben, das Menschenmögliche für die Versorgung der Menschen zu tun. Unter den vielen Propagandaparolen, die man im Osten an jeder Straßenecke sehen kann, ist eine jedenfalls richtig und überzeugend: «Durch mehr Arbeit zu besserem Leben!» Wer das bekrittelt oder bespöttelt, möge uns sagen, auf welchem anderen Wege er die Versorgung der Großstädte mit Brot und die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen sichergestellt hätte. Und wenn die Gefahr des Hungertodes für Millionen von Menschen heute als abgewendet gelten kann, so bleibt doch auch heute noch jede Verbesserung der Lebenslage der Menschen von dem vollen Einsatz aller Arbeitskräfte an der richtigen Stelle abhängig. In einem Atemzuge über die Not der Versorgung und über die hohe Beanspruchung der Arbeitskräfte zu stöhnen, ist jedenfalls ebenso ungereimt, als wenn man von einem Parlament oder einem Finanzminister gleichzeitig die Erhöhung der staatlichen Ausgaben und die Herabsetzung der Steuern fordern wollte.

Auch der Vorwurf der «Ausbeutung» der Arbeiter durch den Staat ist sachlich falsch. Dieser Begriff kann nur angewendet werden, wo sich private Besitzer des Produktionskapitals an der Arbeit des Proletariats persön-

lich bereichern, und diese Möglichkeit ist nicht mehr gegeben, sobald die Produktionsmittel in Volkseigentum verwandelt worden sind. Daß der Staat seinerseits einen Teil des Arbeitsproduktes für sich beansprucht, um damit gemeinsame Aufgaben zu finanzieren und arbeitsunfähige Personen zu erhalten, gehört zum Wesen *jeder* Wirtschaftsordnung, auch der kapitalistischen. Nach dem totalen Verlust eines totalen Krieges muß diese staatliche Hypothek auf aller Arbeit naturgemäß besonders hoch und drückend sein, und sie ist es tatsächlich in Westdeutschland ebenso wie im Osten. Nur in der Form der Erhebung und in der Art der Verwendung gibt es bedeutsame Unterschiede: was zum Beispiel der Westen für die Versorgung der Arbeitslosen aufwendet, kommt im Osten den Studenten zugute: jeder Studierende ohne Ausnahme erhält hier ein Stipendium von monatlich mindestens 150 DM, wodurch das unerfreuliche Bildungsmonopol der Besitzenden endlich und endgültig beseitigt ist.

4. Es wird der Bevölkerung in der DDR zugemutet, auf viele demokratische Rechte zu verzichten. Die betont häufige Anwendung des Wortes Demokratie (schon in dem Namen «Deutsche Demokratische Republik») vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es, abgesehen von Kleinigkeiten, keine Möglichkeit einer öffentlichen Kritik an den Maßnahmen der Regierung gibt, weder in der Presse noch auf dem Wege von Parlamentswahlen. Es ist wahrscheinlich nicht nur unerfreulich, sondern auch unklug, ein Volk so mundtot zu machen, daß eine Opposition sich gar nicht anders als in gewaltsamen Erhebungen und Revolten bemerkbar machen kann. Aber auch hier erfordert es die Gerechtigkeit, daß man nicht einfach die freiheitlichen Möglichkeiten eines wirtschaftlich und politisch gesunden Landes auf die besondere und ganz andere Situation überträgt, die wir im Osten vorfinden. Die Anforderungen, die hier um ihrer eigenen Zukunft willen an die Bevölkerung gestellt werden mußten, wären auf dem Wege des westlichen Parlamentarismus niemals durchzusetzen gewesen. Die Demokratie hätte in diesem Falle unweigerlich zum Chaos und zum Untergang geführt, zunächst jedenfalls zu heillosen Konflikten mit der Besatzungsmacht, die ja vor einem ihr entgegenstehenden Willen des besiegten Volkes niemals kapituliert hätte.

Daß die Bewohner der Ostzone mit ihrer Lage höchst unzufrieden sind, kann niemandem verborgen bleiben, der mit ihnen in Berührung kommt. Sie fühlen sich und sind ja auch den Westdeutschen gegenüber benachteiligt. Sie haben die ganze Schwere des verlorenen Krieges zu tragen und beneiden die Menschen jenseits der Zonengrenzen, die aus der gleichen Vergangenheit herkommen wie sie selbst und nun doch ein besseres Los gezogen zu haben scheinen. Sie würden lieber heute als morgen zum Westen übergehen und würden große Risiken auf sich nehmen, wenn ihnen die Erfüllung dieses Wunsches als Preis winkte. Hier liegt, welches auch immer die äußeren Anlässe gewesen sein mögen, das eigentliche Motiv für den Aufstand vom 17. Juni. Die westliche Propaganda, der es nicht um das Wohl der Menschen, sondern um die Diffamierung des

Kommunismus zu tun ist, tut ihr Möglichstes, die vorhandene Mißstimmung zu nähren und auszunützen. Und auch die amerikanischen Milliarden, die den westdeutschen Ländern so viel Hilfe gebracht haben, waren gewiß zu einem Teil dazu bestimmt, im Zeichen des psychologischen Ringens zwischen Ost und West das Glück und die Güte des Kapitalismus gegenüber dem Unheil und der Unfähigkeit und der Böswilligkeit des Kommunismus möglichst handgreiflich zu demonstrieren. Bei der Masse der Menschen, die nur die Vordergründe und nicht die verborgenen Hintergründe der Dinge sieht, ist diese Saat denn auch herrlich aufgegangen. An allen Nöten, die sich irgendwo zeigen, sind nun nicht mehr der Nationalsozialismus und der totale Krieg schuld, sondern nur noch «der Russe» oder das «unmenschliche kommunistische System» oder die SED oder die Pankower Regierung, mit der die westdeutschen Minister nicht über die Einheit Deutschlands verhandeln, weil sie nicht den Willen des Volkes repräsentiert, ein zwar billiges und bequemes, aber auch sehr pharisäisches und liebloses Argument, mit dem nun wirklich der Mensch einem politischen Prinzip geopfert wird.

5. Als eine besonders schwere Zumutung wird es begreiflicherweise empfunden, daß man sich unter dem Einfluß der Besatzungsmacht an ganz neue Formen der Justiz gewöhnen soll. Wer den Mut hat, die überlieferten Rechtsbegriffe der westlichen Welt zur absoluten Norm zu erheben, kommt vielleicht zu dem Schluß, daß der Kommunismus einen Zustand rechtloser Willkür schafft. In Wahrheit geht er nur von einer uns noch fremden Grundkonzeption des Rechtes aus, in der das Interesse der Gemeinschaft viel stärker über das Einzelinteresse gestellt wird, als wir es gewohnt waren. Und wenn, wie es in der Ostzone der Fall war und noch ist, das Leben jedes einzelnen nur erhalten werden kann, wenn es unter größter Anstrengung aller gelingt, das Volk als Ganzes aus einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe ohnegleichen zu retten, sollte man mit dem Vorwurf der Ungerechtigkeit wahrhaft vorsichtiger sein und Verständnis dafür aufbringen, daß eine willentliche Störung der für alle lebensnotwendigen Wirtschaftspläne viel härter bestraft wird als jedes rein individuelle Vergehen. Ein am Evangelium geschultes Gewissen müßte sogar positive Sympathien für eine Rechtsordnung empfinden, durch welche das Individuum nicht in seinem Selbstbehauptungswillen gegenüber allen anderen bestärkt, sondern im Gegenteil zum Opfer persönlicher Interessen zugunsten der Brüder angehalten wird. Als besonders skrupellos muß es bezeichnet werden, wenn Kommunistenfeinde auf der einen Seite immer wieder die Härte der östlichen Strafjustiz anprangern, auf der andern Seite aber kein Bedenken tragen, zur Beschleunigung des von ihnen erhofften Zusammenbruches durch den Rundfunk und durch Agenten der durch die schwersten Strafen bedrohten Bevölkerung laufend detaillierte Anweisungen zu geben, wie sie ihrer Regierung jede nur erdenkliche Schwierigkeit machen, unerfüllbare Forderungen aufstellen und die Warenerzeugung durch Sabotageakte, etwa durch Beschädigung

wichtiger, mühsam hergestellter Industrieanlagen lähmen soll. Die drakonischen Urteile, die dann gegen solche Agenten und alle, die sich von ihnen verführen lassen, gefällt werden, müssen als ein Akt der Notwehr begriffen werden. Ein Messen mit zweierlei Maßstab ist es auch, daß man sich weithin, auch in kirchlichen Kreisen, angewöhnt hat, im Westen von Gefängnissen und Zuchthäusern oder (sofern die Besatzungsmächte in Frage kommen) von Internierungslagern zu reden, während für die gleiche Sache im Osten der Ausdruck «Konzentrationslager» verwendet wird. Keine gegenwärtige Form der Haft läßt sich mit dem gleichstellen, was die Konzentrationslager unter Hitler gewesen sind. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß Verhaftungen und Verurteilungen durch die Besatzungsmächte außerhalb der eigentlichen Rechtssphäre liegen. Nach der Kapitulation gab es keinerlei Rechtsschutz gegen beliebige Maßnahmen der Sieger. Eingriffe dieser Art sind aber im Osten wie im Westen Deutschlands immer seltener geworden und fallen gegenwärtig weder dort noch hier mehr ins Gewicht.

6. Obwohl in dem eingangs zitierten Kommentar des Berliner Bischofs davon nicht die Rede ist, soll doch noch ein Wort zu der weitverbreiteten Auffassung gesagt werden, daß es in der DDR heute wieder einen Kirchenkampf oder gar eine Art Christenverfolgung gebe. Daran ist nur so viel richtig, daß vereinzelt kommunistische Theoretiker die alten törichten Redensarten von der angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus, in der kein Raum für einen Gottesbegriff sei, wieder aufwärmen. Die Leitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aber hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie das nicht mehr wünscht, sei es nun aus taktischen Erwägungen, oder weil sie selbst eingesehen hat, daß die weltanschauliche Seite die schwächste Stelle der marxistischen Dogmatik ist. Jedenfalls wird heute kein Genosse aus der SED ausgeschlossen, der sich in aller Öffentlichkeit zum christlichen Glauben als dem beherrschenden Prinzip seines Lebens bekennt. Und die Kirchen der deutschen Ostprovinzen haben eher Ursache, sich über Begünstigung durch den Staat zu wundern als über Verfolgungsmaßnahmen zu klagen, obwohl sie offenkundig der ganzen Entwicklung zum Sozialismus hin mit der kühlsten Reserviertheit und oft genug in offener Ablehnung gegenüberstehen. Zwar ist die Trennung des Staates von der Kirche als Ziel proklamiert, aber das ist kein Akt der Feindschaft, sichert vielmehr der Kirche eine große innere Freiheit. In finanzieller Hinsicht ist bisher lediglich die Einziehung der Kirchensteuern durch die staatlichen Organe eingestellt und der Kirche selbst überlassen worden. Die staatlichen Zuschüsse werden fast ungekürzt weiter gezahlt, die kirchlichen Ländereien wurden bei der großen Bodenreform von der Enteignung ausgenommen, für den Wiederaufbau zerstörter Kirchen sind hohe staatliche Zuschüsse gegeben worden. Die Geistlichen erhalten die bevorzugten Lebensmittelkarten der arbeitenden Bevölkerung und dürfen mit Unterstützung kirchlicher Katecheten in allen Schulklassen wöchentlich zwei

Religionsstunden erteilen. Fast alle Schüler nehmen unbehelligt an diesem kirchlichen Unterricht teil. In die personelle Zusammensetzung der Kirchenbehörden mischt sich der Staat so wenig ein wie in die Predigt und das innere Leben der Gemeinden. Wo Geistliche oder andere kirchliche Amtsträger in Haft genommen oder verurteilt werden, geht es ausschließlich um Übertretungen staatlicher Anordnungen, wie Wirtschaftsvergehen, Verbreitung nicht zugelassener Druckschriften und «Spionage». Der Begriff der Spionage ist wie in allen Volksdemokratien unverständlich weit ausgedehnt worden, aber auch hier werden die Geistlichen nicht anders zur Verantwortung gezogen als jeder andere Staatsbürger. Von einer Kirchen- oder Christenverfolgung könnte man nur sprechen, wenn man die Forderung erheben will, daß die Diener der Kirche sich straflos über die für alle geltenden Gesetze hinwegsetzen dürfen. Die Kollektivbeschuldigung der kirchlichen Jugendgruppen, sie seien Zentralen einer gegen die Regierung gerichteten Opposition und ständen im Dienst der amerikanischen Propaganda, und die damit zusammenhängenden Strafmaßnahmen gegen einzelne Mitglieder der «Jungen Gemeinde» waren in dieser Verallgemeinerung natürlich unberechtigt und sind auch bald rückgängig gemacht worden, obwohl sie nicht ganz jedes sachlichen Grundes entbehrten. In die Ausbildung der zukünftigen Theologen greift der Staat nur insoweit ein, daß er von ihnen wie von den Studierenden aller Fakultäten ein ernsthaftes Studium der Gesellschaftswissenschaften verlangt, damit sie nicht wie frühere Pastorengenerationen über den Marxismus urteilen, ohne ihn überhaupt zu kennen. Und weil junge Geistliche, die westdeutsche Universitäten und Predigerseminare besucht haben, diese Voraussetzungen nicht, dafür aber die unsinnigsten Vorurteile gegen alles, was Kommunismus heißt, mitbringen, wird es ihnen seit einiger Zeit durch Verweigerung der Zuzugsgenehmigung unmöglich gemacht, eine Pfarrstelle im Osten zu übernehmen. Ob wohl die amerikanische Regierung anders handeln würde, wenn eine Gemeinde dort sich einen Pfarrer wählte, der seine Ausbildung hinter dem Eisernen Vorhang erhalten hat und in den Gedankengängen des Kommunismus zu Hause ist?

Dies alles will bedacht und in Rechnung gestellt sein, wenn man die Vorgänge des 17. Juni einigermaßen richtig beurteilen und überhaupt zu einer gerechten Würdigung der ostdeutschen Verhältnisse kommen will. Nicht, als ob es keinen Anlaß zu mancherlei Kritik geben möchte! Aber eine Kritik, die, von blindem Haß erfüllt, nur Öl in ein Feuer gießt, das schon gefährlich genug brennt, ist eines verantwortungsbewußten Menschen unwürdig, ob sie nun vom Westen am Osten oder umgekehrt geübt wird. Wer den Frieden liebt und in allen Spannungen dieser Zeit etwas für den Frieden tun will, muß seine Kraft dafür einsetzen, daß einer den andern besser versteht und einer dem andern einigermaßen gerecht wird, ehe aus der Saat des Hasses die grausige Ernte gegenseitiger Vernichtung erwächst.

Arthur Rackwitz

Koreakrieg Nr. 2! Der Waffenstillstand in *Korea* wird, soweit man bisher sieht, von beiden Seiten getreulich innegehalten. Die geschäftige Wichtigtuerei, mit der von Bern aus die Tätigkeit unserer schweizerischen «Kontrolleure» umgeben wird, ist zwar wenig sympathisch und leicht lächerlich; allein die Hauptsache ist ja, daß die Vertragsbedingungen genau ausgeführt und wieder einigermaßen normale Verhältnisse in dem so entsetzlich leidenden Land hergestellt werden. Und dann käme freilich alles darauf an, daß die *Politische Konferenz*, die in Bälde zusammentreten soll, das Werk des Waffenstillstandes ergänzen und krönen würde, das heißt, daß in Korea und in Ostasien überhaupt der Grund zu einem haltbaren Frieden gelegt würde.

Aber da sieht es bös aus. Es scheint sogar, daß die Politische Konferenz weniger eine Friedens- als eine *Kriegskonferenz* werden wird. Ganz bezeichnend waren dafür die Vorgänge, die sich um die Frage der Zulassung *Indiens* zu der Konferenz abgespielt haben. In Asien, Australien, Afrika und Europa ist man ganz überwiegend überzeugt, daß Indien einen heilsamen, vielleicht sogar rettenden Einfluß auf den Gang der Konferenzverhandlungen ausüben könnte. Dann nämlich, wenn man ernstlich eine Befriedung Ostasiens im Sinne hat. Die Linie, auf der vorgegangen werden müßte, wäre – wie die sehr maßvoll-liberale amerikanische «Worldover Press» vom 7. August schreibt – etwa die folgende:

«Angenommen, Rotchina könne veranlaßt werden, seine Truppen aus Korea zurückzuziehen, wenn es sicher wäre, daß Südkorea den Krieg nicht wiederaufnimmt; daß am Yalu eine schmale Pufferzone geschaffen und ein Vereinigtes Korea mit internationaler Gewährleistung entmilitarisiert und neutralisiert würde. Angenommen ferner, China werde nach einer Abkühlungszeit von sechs Monaten oder einem Jahr der UNO beitreten und so von innen her für die Erhaltung des Friedens verantwortlich werden. Dann würde das die Lage in Indochina entspannen und den Franzosen die von ihnen in wachsendem Maß gewünschte Möglichkeit geben, den dortigen Krieg zu beendigen. Japan aber, das vor einem Angriff von Korea aus sicher wäre, könnte die Aufrüstung vermeiden, die sein Volk nicht will, während die Furcht vor Japan den asiatischen Völkern keine Sorge mehr machen würde.»

Ein vernünftiges Mindestprogramm, wie man meinen sollte! Sein Fehler ist nur, daß davon weder die Regierung Südkoreas noch diejenige Nordamerikas etwas wissen will. Syngman Rhee und seine Leute sagen es jeden Tag, daß sie keine *Verständigung* mit den Kommunisten von Nordkorea und China wollen, sondern deren *Vernichtung*, und daß keine Macht der Welt sie daran hindern werde, nach dem selbstverständlichen Scheitern der Friedenskonferenz den Krieg nach Nordkorea zu tragen, wie sie das schon im Jahr 1950 gewollt hätten (bevor die Nordkoreaner ihnen zuvorkamen). In den Vereinigten Staaten aber hat

neuerdings diejenige Strömung Oberwasser bekommen, die – wie schon die Aktivistenpartei um MacArthur – von Korea aus China anpacken und damit dem ganzen Weltkommunismus einen tödlichen Stoß versetzen will. Es fiel darum der amerikanischen Regierung nicht schwer, dem südkoreanischen Diktator auf halbem Weg entgegenzukommen, einen «Verteidigungsvertrag» mit ihm abzuschließen, der amerikanische Truppen auf unbestimmte Zeit in Korea zu belassen erlaubt, der Beiziehung Indiens zur Konferenz den entschlossensten Widerstand zu leisten und sich alles vorzubehalten – insbesondere den Angriff auf die Mandschurei –, falls die Konferenz nach neunzig Tagen nicht die von Washington und Söul gewünschten Ergebnisse gebracht haben sollte.

Von einer Kapitulation des großen Amerika vor dem kleinen Syngman Rhee kann da wirklich keine Rede sein; die Linie des Gewalthabers von Söul ist vielmehr im Grund auch diejenige der Dulles, Radford, Knowland und Konsorten, für die es sich nur darum handelt, das allzu hitzige Draufgängertum der Südkoreaner, das die übrige «freie Welt» vor den Kopf stoßen könnte, etwas zu zügeln. Man sagt es darum auf amerikanischer Seite nicht gerade heraus, daß man mit den Kommunisten ebenfalls keine Verständigung haben *will*, sondern erklärt nur achselzuckend, daß man angesichts der Welteroberungspläne des Kommunismus an ein friedliches Zusammenleben mit ihm nicht *glaube*. Man tut aber gleichzeitig alles, um eine friedliche Verständigung auch nur über Korea von vornherein zu verhindern. Amerika hat es darum vor allem durchgesetzt, daß Indien *nicht* zu der Koreakonferenz zugelassen wird, obwohl eine einfache Mehrheit innerhalb der Vereinten Nationen *für* seine Zuziehung war (notwendig ist für solche Beschlüsse eine Zweidrittelsmehrheit). In Washington will man eben keinen mäßigenden, vermittelnden Einfluß einer Kraft, wie sie Indien darstellt. Man will keine Konferenz «am runden Tisch», sondern eine Verhandlung lediglich der beiden feindlichen Parteien, die sich Aug' in Auge gegenübersitzen und möglichst unversöhnlich aufeinander loshämmern sollen[1]. Die

[1] Sehr offenherzig sagen die «Detroit News» (30. August) in ihrem Leitartikel: «Die Frage ist, ob in unserer Welt noch Platz für Neutralität ist. Der amtliche amerikanische Standpunkt ist klar, daß dafür kein Platz mehr ist ... Wir sehen Indiens Neutralität im schlimmsten Fall als ein Mäntelchen für kommunistische Sympathien an, im besten Fall als Unschlüssigkeit, die bald die eine, bald die andere Seite zu begünstigen bereit ist. Dieses Schwanken sehen wir nicht als eigentliche Vermittlung zwischen zwei Extremen an, weil wir grundsätzlich jedes Zugeständnis an den kommunistischen Standpunkt als falsch erachten ... Wir glauben, daß letzten Endes eine Entscheidung im Kampf zwischen Freiheit und Sklaverei nicht umgangen werden kann, und daß der Versuch dazu uns nur der Katastrophe entgegentreibt. Neutralität ist bei einem bewaffneten Überfall nur eine schönklingende Bezeichnung für Kapitulation. Der unausweichliche Schluß aus dieser überzeugenden Beweisführung ist, daß der Krieg unvermeidlich ist.»

Soweit sind wir also! Im übrigen möge man sich besonders in der Schweiz diese amerikanische Auffassung merken, daß «in unserer Welt kein Platz mehr für Neutralität ist».

Gegensätze sollen mit voller Wucht aufeinanderprallen, damit am Ende der neunzig Tage diejenige Lage geschaffen sei, die es den Südkoreanern erlaube, ihre von Amerika jetzt glänzend ausgerüstete und ausgebildete Armee gegen Norden zu schicken. Amerika stünde dann vor der Wahl, den kleinen Verbündeten in seinem «Freiheitskampf» allein zu lassen und einer nordkoreanisch-chinesischen Übermacht preiszugeben oder aber, wie vor drei Jahren, erneut selber einzugreifen und diesmal von vornherein seine furchtbarsten Massenvernichtungswaffen auch gegen China einzusetzen. Ein Vorwand zum Eingreifen wäre sicher nicht schwer zu finden, zumal es gänzlich in der Hand Syngman Rhees läge, wie 1950 diejenige Darstellung von den Ereignissen zu geben, die Südkorea als unverschuldet Angegriffenen zeigen würde.

Isoliertes Amerika Der Eindruck, den das amerikanische Scharfmachertum, wie es unter Eisenhower und Dulles besonders offenbar geworden ist, auf die übrige Welt macht, kann nicht anders als beunruhigend sein. «Wir sahen früher», so sagte ein hervorragender Inder, «in den Vereinigten Staaten eine antiimperialistische Macht. Heute sehen wir, gleich wie der größte Teil Asiens, in ihnen ein herausforderndes, kriegslüsternes Land, das überzeugt ist, es könne die Freundschaft und Gefolgschaft anderer Nationen kaufen. Und doch verlangen die Vereinigten Staaten immer noch, wir sollten ihre selbstlosen, guten Absichten anerkennen.» (Nach Marc Gayn im «New Statesman», 29. August.) Ähnlich denkt man in der ganzen britischen Staatengemeinschaft. Insbesondere auch in England selbst, wo man die stolze, weltbeherrschende Stellung nicht vergessen hat, die Großbritannien nach seinem siegreichen Waffen- und Wirtschaftskampf mit Spanien, Holland, Frankreich und zuletzt Deutschland über ein Jahrhundert lang innegehabt hat. Im Zweiten Weltkrieg verlor es zwar seinen Rang an Amerika, von dem es wirtschaftlich und politisch in demütigender Weise abhängig wurde. Aber einmal ums andere suchte es doch eigene Wege zu gehen und lehnte sich gegen die amerikanische Führung auf. Es warnte – mit Erfolg – Truman vor MacArthurs Absicht, den Koreakrieg auf China auszudehnen. Es anerkannte die Chinesische Volksrepublik und begünstigte ihre Aufnahme in die UNO. Es wollte von Amerikas Plan, Francospanien in den Atlantikbund aufzunehmen, nichts wissen. Es hielt sich von dem Versuche fern, das gegenwärtige Westeuropa in einem Wirtschafts- und Militärbund zu einigen. Es hielt an der Notwendigkeit eines West-Ost-Handels fest und widersetzte sich einer Blockade Chinas. Und wenn auch Churchills Vorstoß zugunsten einer großen Konferenz mit der Sowjetunion vorerst von seinen eigenen Leuten durchkreuzt wurde, so hat die neueste amerikanische Koreapolitik die Entschlossenheit, sich von den Vereinigten Staaten nicht in ein halsbrecherisches Abenteuer schleppen zu lassen, in England doch nur weiter verstärkt.

Das offizielle Frankreich, das zu einem verächtlichen Satelliten der USA herabgesunken ist, bringt solche Unabhängigkeitsregungen – so schwach sie auch sein mögen – nicht mehr auf. Aber daß im französischen *Volke* die Scham und der Unwillen über die Abhängigkeit seiner regierenden Klasse von Amerika eher wächst als abnimmt, wird kaum bezweifelt werden können. Und auch seine Regierer dürften sich klar sein, daß das französische Kolonialreich rettungslos verloren wäre, wenn es zu einem neuen Krieg in Europa käme, so wie ja in diesem Fall auch Englands Kolonien und die britische Staatengemeinschaft in Stücke gingen.

«Die Amerikafeindschaft hat in Europa und Asien die Heftigkeit einer Epidemie angenommen», klagt der amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr in einem Zeitschriftenartikel. Und aus der jüngsten Tagung der Vereinten Nationen wird berichtet, daß die moralische Isolierung der amerikanischen Delegation fortwährend zugenommen habe, so daß in den Vereinigten Staaten bereits eine organisierte Bewegung für den Austritt aus der UNO entstanden sei. «Wir machen es einfach selber, wenn die andern UNO-Mitglieder nicht mehr mit uns gehen wollen», ist in der Tat eine Losung, die in Amerika jetzt allen Ernstes ausgegeben wird. Und zwar auch von Männern in so verantwortlicher Stellung, wie es Senator Knowland ist, der neue republikanische Führer im Senat, der keine Ahnung davon zu haben scheint, daß Amerikas (und der Vereinten Nationen) Eingreifen in Korea von den asiatischen Völkern als anmaßende Einmischung in eine Entwicklung empfunden wird, die ausschließlich Sache der Asiaten selber sei und von den Amerikanern und Europäern mindestens nicht gehindert werden dürfe. Statt daß die «Polizeiaktion» zugunsten der kollektiven Friedenssicherung, als welche das militärische Eingreifen der UNO in Korea ausgegeben wurde, von den asiatischen Völkern allgemein begrüßt und unterstützt worden wäre, hat sie bei ihnen weit herum nur Mißtrauen, ja Ablehnung gefunden, zumal die hochmütige Behandlung, die den Koreanern *beider* Landeshälften durch die Amerikaner von Anfang an zuteil geworden ist, immer noch nicht aufgehört hat. Erst letzthin berichtete ein farbiger Amerikaner, William Worthy, daß die Militärspitäler für die Südkoreaner weit schlechter ausgestattet seien als diejenigen für die amerikanischen und andern UNO-Truppen. «Das Spital Nr. 36 (das nur für Südkoreaner bestimmt ist) hat 450 Betten, aber 700 Patienten ... Die Verpflegung war nicht nur mager, sondern ausgesprochen unappetitlich ... Kein einziger von den besser ausgebildeten westlichen Ärzten in Korea wird den koreanischen Armeespitälern auch nur leihweise überlassen oder als Berater oder Hausbewohner zugeteilt.» («New Statesman», 22. August.)

Dabei trieft die amerikanische Propaganda nur so von Humanitäts- und Moralphrasen. Außenminister Dulles – der ja auch im kirchlichen Leben der Vereinigten Staaten eine führende Stellung einnimmt – tut

sich dabei besonders hervor. «Ich möchte», so sagte er beispielsweise am 16. Juni dieses Jahres vor den Zöglingen einer Kriegsschule,

«ein paar Minuten von der Macht im materiellen Sinne reden, wie sie von unserem glänzenden Militärapparat dargestellt wird. Was ist der Zweck dieser Macht? Eine der besten Antworten auf diese Frage schreibt man dem Admiral Mahan zu. Er sagte, die Rolle der Macht bestehe darin, den moralischen Ideen Zeit zum Wurzelfassen zu geben ... Die große Schwäche der kommunistischen Lehre ist, daß sie die Moral leugnet ... Unsere Bundesverfassung und die Verfassungen unserer Einzelstaaten, unsere Gesetze und unsere Handlungen zeugen von diesem Glauben an ein uns überlegenes Wesen, das seine eigenen Gesetze aufgestellt hat ... Da wir zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit getrachtet haben, so sind uns überdies noch zahlreiche materielle Güter geschenkt worden.»

Nimmt es da noch wunder, wenn die «heidnischen» Asiaten und «gottlosen» Kommunisten dem westlichen Pharisäerchristentum nicht mehr viel Glauben schenken?

Zerfall des Ostblocks! Man tröstet sich nun freilich im Westen über die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten gern mit dem Hinweis hinweg, daß auch der *Ostblock* nicht nur bedenkliche Risse zeige, sondern bereits im Zerfall begriffen sei und besonders in den vergangenen Wochen und Monaten einen Schlag um den andern erlitten habe. Man glaubt feststellen zu können, die Kommunisten hätten «mit dem Sturz Mossadeghs und mit der Absetzung des Sultans von Marokko auf dem internationalen Schachbrett einen doppelten Verlust erlitten, der ihnen unverkennbare Enttäuschung bereitet» («NZZ» Nr. 1919). Man erhofft von den ostdeutschen Unruhen eine weitere Erschütterung des ganzen kommunistischen Gefüges und legt die wirtschaftlichen Lockerungen im Innern der osteuropäischen Volksrepubliken und die Friedensbemühungen der Sowjetunion als deutliche Schwächezeichen aus. Man ist befriedigt, daß in Italien wieder eine «starke» konservative Regierung am Ruder und die große Streikbewegung in Frankreich gescheitert sei. Und man ist natürlich besonders hocherfreut, daß der «triumphale Sieg» der Regierung Adenauer bei den westdeutschen Bundestagswahlen die westliche «Freiheitsfront» mächtig gestärkt habe. Wie steht es mit all diesen Dingen?

Die Hintergründe der jüngsten Wandlungen in der Sowjetpolitik werden vorderhand kaum zweifelsfrei aufgehellt werden. Viel spricht immerhin für die Richtigkeit der Analyse, die Isaak Deutscher in seinem neuen Buch «Rußland – was nun?» gibt. Deutscher, dessen große Stalinbiographie uns so wertvolle Einsichten erschlossen hat, glaubt, die Stalinsche Periode der «Revolution in einem einzigen Land» und die zugehörige Abkapselung der Sowjetunion von der übrigen Welt sei nun endgültig abgeschlossen. Der Kommunismus herrsche ja jetzt in einem Drittel der Erde, und es gelte daher nun, den politischen Aufbau und

die ganze Lebensweise der Sowjetunion zu modernisieren, sie dem Stande der weit fortgeschrittenen Industrialisierung anzupassen, das Polizeiregime abzubauen (Deutscher schrieb das *vor* dem Sturz Berias), alle Anlässe zu Konflikten mit dem Ausland nach Möglichkeit auszuschalten und in der Kommunistischen Partei so etwas wie eine «demokratische Erneuerung» durchzuführen.

Wie dem aber auch sei: ein Schwäche- oder gar Zersetzungszeichen ist die Umstellung der Sowjetpolitik nicht – eher das Gegenteil. Die *wirtschaftliche* Grundlage des Sowjetregimes ist auf alle Fälle nicht nur unerschüttert geblieben, sondern in der letzten Zeit offenkundig solider geworden. Das stellt auch die von den Vereinten Nationen zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte «Übersicht über die europäische Wirtschaft seit dem Krieg» fest. In dem Abschnitt über den sowjetischen Wirtschaftsplan für 1951 bis 1955 heißt es zum Beispiel:

«Die Erzeugung gewisser wichtiger Industriegüter in der Sowjetunion ist nunmehr mit derjenigen in sieben westeuropäischen Ländern vergleichbar geworden, die zusammen etwa die gleiche Bevölkerung aufweisen ... Die Erzeugung von Kohle, Elektrizität und Stahl in der Sowjetunion ist ungefähr halb so groß wie in Westeuropa und steigt in viel schnellerem Tempo, als man das für Westeuropa erwarten kann ... Es liegen Anzeichen vor, daß, wenn das gegenwärtige Tempo des Fortschrittes anhält, bis Ende dieses Jahrzehntes die Herstellung und der Verbrauch wichtiger industrieller Rohstoffe in der Sowjetunion diejenige in den sieben meistindustrialisierten Ländern Westeuropas erreichen oder übertreffen wird.»

Ähnlich stellt der englische Nationalökonom Professor Balogh im «New Statesman» (15. August) fest, daß die jüngste Preissenkung in der Sowjetunion die Lebenshaltung um 10 bis 15 Prozent gehoben hat. «Nach den harten Jahren des Wiederaufbaus», so fährt er fort,

«hatte das Sowjetvolk zum mindesten ein Gleichgewicht zwischen Erweiterung des Wirtschaftsapparates und Verbrauch erreicht. Auch ohne Herabsetzung des Maßes der Produktionserweiterung, wie sie jetzt angeordnet ist, konnte es mit einer jährlichen Hebung der Lebenshaltung um 8 bis 10 Prozent rechnen. Was bedeutete diese Wandlung der Sowjetpolitik? Sie wurde vorgenommen, als die russische Stahlerzeugung nur 31 Millionen Tonnen im Jahr betrug gegen 51 in Westeuropa und über 100 Millionen in den Vereinigten Staaten und die Energieerzeugung Rußlands im Vergleich zum Ausland noch ungünstiger stand. Im Verein mit der jüngsten diplomatischen Schwenkung der Sowjetunion ist der Beschluß, die Kapitalanlagen – und damit die Rüstungsproduktion – zu kürzen, eine weitere bedeutungsvolle Tatsache.»

Professor Balogh glaubt, daß die Gesamterzeugung der sowjetischen Wirtschaft um 6 bis 9 Prozent alljährlich steige, diejenige von Fertigwaren sogar um 9 bis 11 Prozent.

«Rußland», so sagt er voraus, «wird sich in einem Jahrzehnt einer *absoluten* wirtschaftlichen Übermacht über Westeuropa erfreuen, wenn man sich in den westlichen Industrieländern nicht energisch aufrafft. Und nicht nur das; es sieht so aus, als würden im Jahre 1955 die russischen Verbrauchszahlen für Weizen, Kartoffeln und Fette pro Kopf höher sein als der tatsächliche Verbrauch in Frankreich im Jahre 1951. Für die meisten Nahrungsmittel ist der Verbrauch in Rußland je Kopf wahr-

scheinlich *bereits* höher als der Durchschnittsverbrauch in Italien ... Die Annäherung des russischen Verbrauchs an die tatsächliche westeuropäische Lebenshaltung geht erstaunlich rasch vor sich, wenn man bedenkt, wie abgründig tief sein Ausgangsniveau lag ... Der Verbrauch in Rußland, der aus geschichtlichen Gründen jämmerlich niedrig war, beginnt jetzt eine erträgliche Höhe zu erreichen. Der Verbrauch in Westeuropa hingegen ist je Kopf in den letzten zwanzig Jahren nicht wesentlich gestiegen.»

Sieht das etwa nach einer Zersetzung der Sowjetmacht und ihres wirtschaftlichen Unterbaues aus?

Was die andern kommunistischen Länder Osteuropas betrifft, so war die Lage in den letzten Jahren durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, für die rasch wachsende Bevölkerung der Städte und der andern Industriegebiete Nahrung zu beschaffen. Das war natürlich eine schwierige Aufgabe, und es nimmt kaum wunder, daß sie nicht befriedigend gelöst werden konnte, daß zeitweise eine Verknappung der Lebensmittel eintrat, daß die Preise stiegen, die Reallöhne sanken und an die Arbeitsleistung erhöhte Ansprüche gestellt wurden. Aber es scheint, als würden die hier gemachten Fehler jetzt wieder gutgemacht; der neue Kurs in *Ostdeutschland*, über den wir im letzten Heft berichteten, weist deutlich darauf hin, ebenso beispielsweise die kürzliche starke Preissenkung in *Ungarn*.

Nur fragt es sich eben immer, ob die Länder des Sowjetblocks genügend Zeit haben, um ihre Wirtschaft ohne Störung von außen zu entwickeln und durch Fehlleistungen und Experimentieren hindurch ihren Weg zu finden. Denn nichts kann ja für die kapitalistische und feudal-konservative Welt bedrohlicher sein als die Aussicht, daß im normalen Lauf der Dinge die kommunistischen Länder schon in naher Zukunft eine Höhe der Lebenshaltung erreichen werden, die derjenigen in Westeuropa – wenn man nicht gerade an die Schweiz oder an Skandinavien denkt – nicht mehr viel nachstünde. So ist es denn auch vom westmächtlichen Standpunkt aus durchaus begreiflich, wenn jetzt, nachdem die Ausnützung der Arbeiterrevolte in Ostdeutschland zum Sturz des ganzen Regimes der DDR mißlungen ist, die Versuche weitergeführt werden, durch die Gratisabgabe von Lebensmittelpaketen Stimmung für den Westen zu machen. Die Hoffnungen, die auf diese Aktion gesetzt werden, fliegen recht hoch. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», der immer wieder die Paketempfänger ausfragt, glaubt sogar feststellen zu können, daß «der Umschwung in der Stimmung der ostdeutschen Bevölkerung, der am 17. Juni begann, nun vollständig ist. Die Arbeiter sind selbstbewußt, und sie erklären, es müsse offenbar noch einen zweiten 17. Juni geben, sonst werde man das bestehende Regime nicht los. Die Arbeiterschaft in den großen Industriebetrieben sei zu einem zweiten Aufstand bereit, und sie habe sich im stillen organisiert. Es wäre jedoch notwendig, daß bei einer neuen Revolte auch die Bauern mitmachten.» («NZZ» Nr. 1957.)

Was alles von westdeutscher und westmächtlicher Seite aus geschieht, um diese «neue Revolte» auch zum Erfolg zu führen, kann man sich ungefähr vorstellen. Schon am 17. Juni scheint es nahe daran gewesen zu sein, daß die westalliierten Streitkräfte in Ostberlin in aller Form eingriffen. Wenigstens berichtet der Westberliner Vertreter der «World-over Press», Henry Holm (10. Juli):

«Als man in Westberlin eine Massengegenkundgebung hart an der Grenzlinie plante, war der amerikanische Kommandant einverstanden. Der französische Kommandant hingegen, der im Juni die alliierten Streitkräfte befehligte, glaubte, eine solche Aktion könne plötzlich Gewalttätigkeiten in derartig großem Maßstab auslösen, daß alles passieren könne, sogar der Ausbruch eines dritten Weltkrieges. Mit Unterstützung seines britischen Kollegen überstimmte er den amerikanischen Kommandanten, und so erging der Befehl, die Kundgebung nicht zu erlauben. Immerhin forderte ein wie man glaubt amerikanischer Lautsprecherwagen die Westberliner, welche die Grenzlinie überschritten, auf, Läden anzuzünden und zu zerstören.»

Wessen wird man sich erst bei dem ersehnten «neuen 17. Juni» zu versehen haben? Das deutsche Problem droht akut kritisch zu werden!

Italien – Frankreich Aber werfen wir zunächst noch einen Blick auf die andern Länder, in denen die Machtstellung des Westblocks gestärkt worden sei und der Kommunismus Enttäuschungen erlitten habe. Gehört dazu wirklich auch *Italien*? Man möchte das Gegenteil annehmen. Mit De Gasperi ist, wie bereits in der letzten Weltrundschau gesagt wurde, eine Hauptstütze der amerikanischen Politik in Europa gefallen. Und sein Nachfolger Pella darf es nicht wagen, offen gegen die sozialistisch-kommunistische Linke zu regieren oder sie gar zu einer Machtprobe herauszufordern. Dafür ist sie bereits viel zu stark geworden, haben doch insbesondere die Kommunisten nun auch in Süditalien, Sardinien und Sizilien bei den jüngsten Wahlen ihre Stimmkraft wesentlich verstärkt, in Sizilien zum Beispiel von 7,9 auf 21,8 Prozent, in Sardinien von 12,5 auf 21,2 Prozent, in Campanien von 7,4 auf 19,5 Prozent usw.[2] Über eine vorsichtige Annäherung an die Monarchisten und Neufaschisten darf Pella vorderhand nicht hinausgehen. Dafür schlägt er jetzt wacker Kapital aus dem neu aufgeflammten Streit um Triest. Allein wenn es auch richtig ist, daß die Jugoslawen keine Ruhe geben wollen, bevor das Hinterland der großen, italienisch besiedelten Hafenstadt am Ostufer der Adria ihnen *ganz* zugesprochen ist (bis jetzt ist ja nur die Zone B jugoslawisch verwaltet, ohne förmlich annektiert zu sein, während die Zone A von den Engländern und

[2] Es spiegelt sich darin eben die chronische Massennot. Der kürzlich veröffentlichte Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellt in der Tat fest, daß 11,2 Prozent aller italienischen Familien «auf dem tiefsten Lebensniveau» stehen, daß fast der vierte Teil der Bevölkerung keine angemessenen Wohnräume hat und 92 000 Familien sogar in Baracken und Höhlen hausen. 869 000 Familien sehen kein Fleisch, keinen Zucker, keinen Wein auf dem Tisch.

Amerikanern besetzt ist), so ist es zum mindesten fraglich, ob mit einer neuen Aufpeitschung des italienischen Nationalismus der Linken groß Abbruch getan werden kann. Für jeden Einsatz Italiens im militärischen Machtkampf gegen den Ostblock aber bedeutet sein Konflikt mit Jugoslawien nur eine kaum zu überwindende Hemmung. Amerika muß sich jetzt im Mittelmeerraum schon an andere Helfer halten, in erster Linie an Spanien.

Und *Frankreich*? Die Genugtuung aller konservativen Kräfte im Westen – auch in der Schweiz – über die «gescheiterte Streikbewegung» und den «Sieg der Ordnungsmächte» in Frankreich ist mehr als kurzsichtig. Daß ein so umfassender und langdauernder Arbeitskampf – der größte seit Kriegsende – derart elementar ausbrechen konnte, und zwar ausgelöst von den nichtkommunistischen Gewerkschaften, ist schon allein ein Zeichen für die tiefe soziale Unrast, von der das französische Volk erfüllt ist. Die Ursachen braucht man auch nicht weit zu suchen. Die französische Wirtschaft – die an und für sich so günstige Bedingungen für Ausgeglichenheit und Ergiebigkeit böte – ist krank. Die industrielle Produktion stockt seit mindestens einem halben Jahr fast ganz, obwohl alljährlich etwa ein Fünftel des Volkseinkommens auf ihre Erneuerung und Erweiterung verwendet wird. Die Landwirtschaft verfällt mehr und mehr; immer neue Scharen von Menschen wandern vom Land in die Städte ab, und die Lebensmittel steigen fast unaufhaltsam im Preis. Die Inflation verdrängt die französischen Industriewaren zusehends vom Weltmarkt. Die Staatsfinanzen aber treiben geradezu dem Bankerott entgegen, auch wenn jetzt 40 Prozent der Kosten des Indochinakrieges von den Vereinigten Staaten getragen werden; der Fehlbetrag im Budget beläuft sich heute auf über 8 Milliarden Schweizer Franken, derjenige der Rechnung mit der Europäischen Zahlungsunion ist noch höher. Da aber die Steuerscheu des Bürgertums wie der Bauernschaft in Frankreich den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben auf dem normalen Weg unmöglich macht, suchte die Regierung des Textilindustriellen Laniel, hinter der, wie regelmäßig hinter allen Kabinetten seit der Rechtsschwenkung von 1947, das kapitalistische Großbürgertum steht, die Staatsfinanzen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe und nationalisierten Industrien zu sanieren.

Die Antwort war der improvisierte Streik[3]. Infolge der Unklarheit in der Zielsetzung und der Uneinigkeit in der Führung – die sozialdemokratischen und katholischen Gewerkschaften fürchteten den wachsenden Einfluß der CGT, des großen kommunistischen Gewerkschaftsbundes – wurde er zwar abgebrochen, ohne daß die Regierung über allgemeine Versprechungen und wenig bedeutende Milderungen ihres ursprünglichen Sanierungsprogramms hinausgegangen wäre. Aber die

[3] Nur nebenbei sei gefragt, wie die französische Arbeiterschaft reagieren würde, wenn die *Kriegsgefahr* brennend würde. Die Herrschenden sind gewarnt!

Bewegung kann beim erstbesten Anlaß neu ausbrechen – und dann ist alles möglich. Es kann zu einer *revolutionären Erhebung* kommen; auch im konservativen «Monde» (8. September) wird festgestellt, daß die wichtigste Erscheinung während der Streikwochen «das Erwachen der Arbeiterklasse ist, die sich auf einmal wieder ihres politischen Einflusses bewußt geworden ist». Dabei seien die radikaleren Elemente offenkundig gekräftigt worden:

«Die CGT, die rechtzeitig den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben hat..., sieht ihr Ansehen merklich erhöht... In den Bergwerken, beim Gas und bei der Elektrizität hat die Haltung der CGT von einem Ende zum andern den Verlauf des Streiks bestimmt. Bei den Eisenbahnen und der PTT hat sie den Weisungen der Force Ouvrière (sozialdemokratisch) und der CFTC (katholisch) wirksam entgegengearbeitet... Eine der Hauptwirkungen des Streiks ist, daß es immer schwieriger wird, die CGT auszuschalten, wie man es bisher sowohl auf seiten der Regierung wie bei den meisten paritätischen Verhandlungen gemacht hat.»

Es kann aber auch zunächst zu einer verschärft *gegenrevolutionären* Aktion kommen. Bereits spricht man von Marschall Juin, dem gegenwärtigen Oberkommandanten der Landstreitkräfte der Atlantikpakt-Organisation, als dem «starken Mann», der die drohende Volkserhebung niederzuhalten habe, vielleicht vom Elysée aus, dem Sitz des Staatspräsidenten, in das ihn als Nachfolger Auriols schon manche einziehen sehen...

Marokko – Persien Marschall Juin hat auch in den *marokkanischen* Dingen eine unheilvolle Rolle gespielt. Selbst in Afrika geboren und von ehrgeizigem, gewalttätigem Charakter, hat er seit 1947 – als in Frankreich unter amerikanischem Druck die kapitalistisch-konservative Reaktion wieder ans Ruder kam – Marokko als Hochkommissar durchaus im Interesse der französischen Siedler – der Großgrundbesitzer, Bergwerksgesellschaften und industriellen Unternehmer – regiert. Sein Gegenspieler war der Sultan, der die Partei der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung ergriffen hatte und dem französischen Kolonialismus einen zähen, listenreichen Widerstand leistete. Juin schuf darum, im Verein mit den hinter ihm stehenden Interessengruppen, seinerseits eine Opposition gegen den Sultan, zusammengesetzt aus den rückständigsten und korruptesten Elementen des Protektorats und angeführt von dem alten Pascha von Marrakesch, El Glaoui, einer der übelsten Figuren im öffentlichen Leben Marokkos. Ein erster Versuch, den Sultan abzusetzen, scheiterte im Dezember 1951 dank rechtzeitigem Eingreifen der fortschrittlichen Kräfte in Frankreich und im Ausland. Juin selbst wurde abberufen, fuhr aber von Paris aus fort, seine Ränke zu spinnen, mehr und mehr unterstützt von seinem Nachfolger, General Guillaume, der zuerst versucht hatte, eine etwas liberalere Politik zu betreiben.

Die französische Regierung war kurzsichtig und willenlos genug, um den Dingen freien Lauf zu lassen, zumal die Nutznießer des nordafrikanischen Kolonialismus in der Pariser Nationalversammlung über eine Gruppe von mindestens 40 Abgeordneten verfügen, die imstande sind, jede Regierung der Rechten zu stürzen, die nicht bedingungslos Order pariert. So konnte ein neuer, wohlvorbereiteter Schlag gegen den Sultan im verflossenen August gelingen und der Sultan zuerst seiner religiösen Befugnisse entkleidet und dann seines Thrones beraubt und verbannt werden. Sein Nachfolger, Mohammed ben Arafa, ist eine Puppe in den Händen der Verwaltung und der Siedler – aber die Unabhängigkeitsbewegung ist alles andere eher als erstickt. Sie wird aus dem Gewaltstreich der Kolonialisten erst recht Kraft schöpfen und zu gegebener Zeit neu aufbrechen. Nein, Marokko ist durch die Absetzung des Sultans keine Stütze der alten Weltordnung geworden, sondern bleibt eine nur vorläufig zugedeckte Bruchstelle, die mit dem Einsturz eines ganzen Hauptflügels des überall rissigen Kolonialgebäudes droht.

Auch mit dem jüngsten Staatsstreich in *Persien* gewinnt die «freie» Welt nicht sehr viel. Gewiß, Mossadegh hatte sich zum Vorkämpfer der nationalen Erhebung gegen den britischen Imperialismus gemacht und sich auch den Amerikanern gegenüber, die immer wieder vermitteln wollten, gänzlich unträtabel gezeigt. Wenn also – wie behauptet wird – die Vereinigten Staaten mitintrigiert hätten, um ihn zu stürzen, so wäre das keinesfalls überraschend und entspräche im übrigen auch der alten Überlieferung ausländischer Einmischung in die Angelegenheiten des persischen Pufferstaates. Ob aber gerade General Zahedi, der Vertrauensmann der gewalttätigsten Reaktion, der – nebenbei – im Krieg der Mittelpunkt der deutschen Wühlarbeit gegen die britische Besetzungsmacht war, der Mann ist, der mit den ihm prompt bewilligten Dollarmillionen nicht nur die zerrüttete Volks- und Staatswirtschaft wiederaufzurichten vermag, sondern auch die große soziale Reform, ja Revolution durchzuführen gewillt ist, auf die es in Persien vor allen Dingen ankommt, das ist mehr als zweifelhaft; es ist völlig ausgeschlossen. Mossadegh hat hier ja ebenfalls versagt, ganz begreiflicherweise, hat er doch den Fremdenhaß vor allem darum entfacht, weil er darin ein Mittel sah, um das Volk von der Selbstbefreiung aus seiner himmelschreienden Not und Verwahrlosung abzulenken. Nicht der letzte Grund seines Sturzes ist es denn auch, daß die stark kommunistisch beeinflußte Tudehpartei, die etwelche Hoffnungen auf Mossadegh gesetzt hatte, ihn enttäuscht fallen ließ, als die Gegenkräfte unter Zahedi wider ihn vorstießen. Daß zum Lohn dafür die Tudeh – die lebendigste und am besten organisierte politische Bewegung Irans – von den neuen Herren jetzt fast gänzlich unterdrückt ist, löst auf die Dauer keine der Schwierigkeiten, mit denen das unglückliche Land ringt. Und wenn man gar glaubt, die Sache, mit der in Asien die Sowjetunion gleichgesetzt

wird – die Befreiung der Volksmassen von feudaler und imperialer Ausbeutung –, habe durch die Vorschiebung einer Figur wie Zahedi einen mehr als vorübergehenden Rückschlag erfahren, so muß man für alle *wirklichen* Notwendigkeiten Persiens einfach blind sein.

Hitlers Revanche Aber nun der *Wahlsieg der westdeutschen Regierung* und ihres Kanzlers Adenauer? Der ist wirklich ein machtpolitischer Gewinn der Vereinigten Staaten und ihrer Sache. «Der Triumph Adenauers ist zugleich auch ein Triumph der Politik Eisenhowers und Dulles'», telegraphiert der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung». Und derjenige der «Tribune de Genève»:

«Präsident Eisenhower hat in Deutschland zwei Siege erfochten: zuerst hat er das Reich mit Hilfe der Russen besiegt, und jetzt triumphiert er über diese dank Adenauer ... Die ganze Frage wird hier (in Washington) als russisch-amerikanische Kraftprobe betrachtet, und die Amerikaner feiern die Wahlerfolge Adenauers, wie wenn sie diese selbst errungen hätten.»

Das ist deutlich. Amerika hat tatsächlich allen Grund, mit den Westdeutschen höchst zufrieden zu sein, die sich so wuchtig zu seinen Zielen und Ideen bekannt haben. Innenpolitisch: indem sie die Wiederherstellung des schwer erschüttert aus dem Krieg hervorgegangenen Kapitalismus («soziale Marktwirtschaft» sagt man in Bonn) dankbar anerkannten – trotz den ein bis zwei Millionen Arbeitslosen, den zehn Millionen ganz Verarmten und den fünf Millionen fehlenden Wohnungen, die die Kehrseite des «deutschen Wirtschaftswunders» bilden. Außenpolitisch: indem sie in der Bundesrepublik alle Hindernisse für die Wiederaufrüstung, den Anschluß an den Westblock und die Führung einer «aktiven» Politik gegen den Osten aus dem Wege räumten.

Und darin liegt wirklich die Bedeutung der westdeutschen Wahlen: die Westdeutschen haben die Gelegenheit benützt, um ihren Willen zur Wiederaufrichtung der alten deutschen Macht und Herrlichkeit zu bekunden – so wie sie es schon nach dem ersten Zusammenbruch der Reichsmacht in so sensationeller Weise durch ihre Stimmabgabe für Hitler getan haben. Der Durchschnittsdeutsche sah und sieht in Adenauer den konsequentesten Vorkämpfer dieser Politik nationaler Wiederaufrichtung. Er leugnet innerlich den Spruch der Geschichte über die deutsche Machtpolitik der letzten achtzig Jahre (um nicht weiter zurückzugehen). Er verdrängt aus seinem Bewußtsein jedes Gefühl der Schuld gegenüber den andern Völkern, auch gegenüber den ermordeten sechs Millionen Juden. Er anerkennt nicht, daß es Deutschland war, das die zwei Weltkriege entfesselt hat, und daß die Opfer seiner Angriffe das Recht und die Pflicht haben, Deutschland die Möglichkeit zu einem dritten «Germanenzug» zu nehmen. Er will einfach «Gleichberechtigung» – das heißt volle Freiheit, wieder eine nationale Wehrmacht auf-

zubauen und damit anfangen zu können, was «Deutschland nützt». Und warum sollte er *nicht*? Indem die Westmächte unter Führung Amerikas Deutschland zur Zerschlagung des Ostblocks einsetzen und ihm planmäßig, bis zur endgültigen Freilassung aller Kriegsverbrecher, seine moralische Rehabilitierung bescheinigen, tun sie ja alles, um dem Westdeutschen die Überzeugung beizubringen: «Hitler hat eben doch recht gehabt!»

All das hat seinen Ausdruck in der überwältigenden Stimmabgabe für die Politik Adenauers gefunden. Jener Westberliner Chauffeur, der dem Korrespondenten des «Daily Express», Sefton Delmer, gegenüber meinte: «Jetzt können wir bald wieder nach Rußland ziehen – aber diesmal müssen wir sie richtig ausrotten», sprach nur aus, was Millionen von Deutschen denken und wünschen. Und wenn die Offiziellen treuherzig versichern, die «Befreiung» Ostdeutschlands und die Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete jenseits der Oder und Neiße müßten «selbstverständlich» auf friedlichem Wege geschehen, so weiß doch jedermann, was der wirkliche Zweck der westdeutschen Aufrüstung ist. Del Vayo sagt es in der New Yorker «Nation» (15. August) neuerdings klar: «Seit der Reichsgründung war die Sendung der deutschen Armee nicht lediglich die Verteidigung der bestehenden Grenzen, sondern ihre Ausdehnung. Es wäre wirklich naiv, wollte man erwarten, daß ein zwischen Saar und Oder/Neiße eingeschlossenes Deutschland die Waffen, die man ihm gibt, zum Kampfe für die Grundsätze benütze, die demokratische Amerikaner verkünden.»

«Man kehrt bedrückt aus Deutschland nach Hause zurück», schrieb ich im Juli/August-Heft. Und die «Adenauer-Wahlen» haben nur allzusehr bestätigt, was ich damals über den westdeutschen Geisteszustand bemerkte. *Der deutsche Nationalismus und Militarismus hat wieder freie Bahn – und Hitler seine Revanche. Das* ist das Ergebnis der gepriesenen «freien Wahlen», die man auch in Ostdeutschland durchdrücken will! Es *gibt* keine freien Wahlen, keine Volksherrschaft auf dem Boden des heutigen Kapitalismus und Imperialismus – nur Volks*verführung* durch die Inhaber der wirtschaftlichen und politischen Macht. Und die westdeutsche Kapitalistenklasse, kräftig unterstützt durch die römische Kirche und (schon seit Jahren) durch die Vereinigten Staaten, hat sich die Zurüstung ihres Propagandaapparates ja auch wirklich etwas kosten lassen. Aber es hat sich gelohnt . . .

Eine besonders klägliche Rolle hat bei all dem die westdeutsche *Sozialdemokratie* gespielt. Sie will Oppositionspartei sein und leistet auch der demagogischen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung tatsächlich erfreulichen Widerstand. In der Außenpolitik aber, die jetzt durchaus den Vorrang hat, vertritt sie alle wesentlichen Positionen der Regierungsparteien: Sturer Antikommunismus, ausgesprochen amerikanische

Einstellung[4], Ablehnung jeglicher Verständigung mit der ostdeutschen Regierung, Kampf für die Niederlegung der Oder/Neiße-Grenze usf. Wie soll man da ihre vorläufige Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris und ihr Begehren nach einem Gespräch mit den Russen ernst nehmen, zumal wenn sie so unsicher und halbherzig vorgebracht werden, wie das im Wahlkampf der Fall war? Mit solch gebrochener Haltung führt man keinen politischen Umschwung herbei! Da stimmen der Wähler und die Wählerin lieber gleich für Adenauer. Und doch hätte die deutsche Sozialdemokratie die besten Aussichten gehabt, ans Ruder zu kommen, wenn sie vor zwei, drei Jahren, als in Westdeutschland die Wiederaufrüstung noch ganz unpopulär war, angefangen hätte, die verhängsnisvolle Politik der «Restaurierer» rückhaltlos zu bekämpfen. Jetzt erleidet sie ein ähnliches Schicksal wie die britische Labourpartei, die nach Kriegsende auch eine glänzende Chance hatte, ein sozialistisches England aufzubauen, sie aber – nach anfänglichem Erfolg – wieder verlor und der Reaktion wieder zur Macht verhalf, weil sie unter Bevin und Attlee weithin einfach konservative Außenpolitik trieb. Nur daß die Folgen des sozialdemokratischen Versagens in Deutschland viel schlimmer sein werden als in England. Um so trauriger, wenn sich Sozialdemokraten – auch in der Schweiz – damit trösten, daß Adenauers Sieg wenigstens die *Kommunisten* aus dem Parlament entfernt habe. Charakter scheint in der Politik immer seltener zu werden! Aber vielleicht werden die Sozialdemokraten aus eigenen harten Erfahrungen doch noch lernen, daß der Antikommunismus, dem sie jetzt so hemmungslos huldigen, nicht bei der «Erledigung» der Kommunisten stehen bleibt. Bereits schicken sich die Sieger des 6. September an, die Sozialdemokraten aus ihren bisherigen Machtstellungen in den Bundesländern und Gemeinden wie insbesondere im Gewerkschaftsbund zu verdrängen. Der «trockene» Faschismus macht in Westdeutschland rasche Fortschritte!

Flüchtlingsnot Zu den Hauptträgern des Revanchegedankens in Westdeutschland gehören begreiflicherweise die Millionen von Flüchtlingen aus den *ehemals deutschbesiedelten Ostgebieten:* Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen, Westpolen, Sudetenland usw. Diese Volksgruppen waren zwar, soweit sie außerhalb der deutschen Grenzen lebten, überwiegend ein Pfahl im Fleisch ihrer «Wirts-

[4] An einer Pressekonferenz in Westberlin sagte der sozialdemokratische Parteipräsident Ollenhauer am 14. August, die deutschen Sozialdemokraten seien nach wie vor positiv zu den Vereinigten Staaten von Amerika eingestellt. Sie hätten nicht vergessen, was die stärkste Macht der freien Welt seit dem Krieg für das deutsche Volk getan habe. Das deutsche Volk sei auch durch die Übereinstimmung in den Grundideen mit dem Volk und mit der Demokratie in den USA verbunden («NZZ» Nr. 1870). Kein Gedanke bei diesem «Sozialisten» daran, daß Amerika heute die Vormacht des Weltkapitalismus ist, in dem die furchtbarsten Kriegskräfte aufgespeichert liegen!

völker» und haben im Falle der Sudetendeutschen sogar wesentlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen. Aber die Art und Weise, wie sie nach Kriegsende ausgetrieben wurden, war unmenschlich und hat den Regierungen, die dafür verantwortlich sind, unauslöschlichen Haß eingetragen. Nur – wie will man die Vertriebenen zurückführen, ohne die neuangesiedelten Polen, Tschechen, Russen usw. mit neuer Gewalt und Unmenschlichkeit zu vertreiben? Ein zweites Unrecht macht das erste nicht wieder gut! Und wäre die Entfesselung eines dritten Weltkrieges nicht die *endgültige* Katastrophe gerade für die Gebiete jenseits der Oder/Neiße-Grenze? In der Tat: der Aussicht auf einen neuen Krieg – und ohne Kriegsrisiko kann die Politik der Zurückgewinnung der ehemals deutschen Ostgebiete nicht weitergetrieben werden – ist der jetzige Zustand unendlich weit vorzuziehen. Dies um so mehr, als die allermeisten Altflüchtlinge, von den alleinstehenden Arbeitsunfähigen abgesehen, in das Wirtschaftsleben West- und Ostdeutschlands inzwischen durchaus befriedigend eingegliedert sind und in normalen, ja oft guten bis sehr guten Verhältnissen leben. Man hört von den Eingesessenen auf Schritt und Tritt sogar wohlbegründete Klagen über ungerechte Bevorzugung der Flüchtlinge, die sich in ihrem «Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten» eine politische Druckorganisation geschaffen haben, mit der alle Parteien aufs ernsthafteste rechnen und unter deren Einfluß diese Flüchtlinge vielfach geradezu verhätschelt werden.

Nun ist aber in den letzten Jahren eine neue Art Ostflüchtlinge entstanden: diejenigen Menschen, die aus dem Gebiete der *ostdeutschen Republik* nach dem Westen fliehen. Und *diese* Flüchtlinge stellen mit ihrer Not ein ungleich schwierigeres Problem dar als die mehr oder weniger seßhaft gewordenen Altflüchtlinge. Sie sind in verschiedenen, aufeinanderfolgenden Wellen herübergekommen. Vom 1. Januar 1949 bis Ende Januar 1952 haben sich in Westberlin, dem ersten Zufluchtshafen, rund 197 000 Personen aus Ostdeutschland gemeldet. Dabei kamen auf je einen Selbständigen drei Beamte und Angestellte und vier Arbeiter. Am 4. Februar 1952 begann ein neues Aufnahmeverfahren. Bis zum 31. Dezember 1952 wurden etwa 113 000 Flüchtlinge in Westberlin gezählt, davon 25 000 Kinder. Auf einen Selbständigen entfielen jetzt zwei Beamte oder Angestellte und vier Arbeiter. Im Dezember 1952 waren 40 Prozent aller Flüchtlinge Angehörige der ostdeutschen Massenorganisationen: Freie Deutsche Jugend, Deutscher Gewerkschaftsbund, Demokratischer Frauenbund usw.

Mit Beginn des laufenden Jahres flutete eine neue, gewaltig verstärkte Welle herüber. Nach einer Aufstellung von Regina Bohne in den «Frankfurter Heften», die sich auf amtliches Material stützt, stieg dabei der Anteil der selbständigen Bauern in den beiden ersten Monaten um 11 Prozent. Mitte März betrug die Gesamtzahl der aus Ostdeutsch-

land geflüchteten Bauern 18 000. Dazu kommen noch rund 14 000 Arbeiter und Angestellte land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Dagegen ist der Anteil der Jugendlichen auf 10 Prozent gefallen.

Nach der Junirevolte änderte sich die Zusammensetzung des Flüchtlingsstromes abermals. Es waren vor allem politische Flüchtlinge, die in Westberlin um Asyl nachsuchten, bis Ende Juli (nach der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 1758) über 4000, meistens Arbeiter. Der Anteil der Bauern und Gewerbetreibenden ist stark gesunken. Insgesamt seien im Juni 13 000 Arbeiter aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin geflüchtet, und im Juli würden es nicht weniger sein. Dabei sei zu beachten, daß viele Angehörige des Mittelstandes nach dem Kriege gezwungen worden seien, ihr Brot als Arbeiter zu verdienen.

Das Los all dieser Flüchtlinge ist schwer, oft fast verzweifelt. Ich besuchte im Juli dieses Jahres eines der größten Durchgangslager Westdeutschlands. Es war in Ulm a. D. in einer geräumigen, sauberen Kaserne errichtet, die normalerweise Platz für 1800 Menschen hat, damals aber etwa 3800 Personen beherbergte. Und immer kamen noch neue Flüchtlinge an, während die «alten» nur langsam in Bezirkslager und dergleichen abflossen. Die Massenquartiere waren meistens anständig, aber eben furchtbar überfüllt; in kleinen Zimmern waren es oft sechs Schlafstellen, in größeren Räumen bis zu zwanzig. Die Neuankömmlinge kampierten auf dem Estrich direkt unter dem Dach auf primitiven Lagern, aber doch guten Muts. Die Kost war ausreichend und gut. Auch für Unterhaltung ist durch eine Bibliothek, Kino usw. einigermaßen gesorgt; der Kinderhort und die sorgsame ärztliche Betreuung werden besonders geschätzt. Alle wollen sie nur recht schnell weiter – aber wie lang mag es gehen, bis es so weit ist? Und was für ein Schicksal wartet dann auf sie? Es ist ein trauriger, beklemmender Anblick, der sich einem in solchem Lager bietet – und das ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der Gesamtwirklichkeit!

Beweggründe Nun aber: Warum sind all diese armen Menschen geflohen? Warum haben sie ihre Heimat, ihren Wirkungsort, ihr ganzes bisheriges Leben verlassen, um im Westen einer völlig ungewissen Zukunft entgegenzugehen? Man macht sich die Antwort viel zu leicht, wenn man, wie ich es in Ostdeutschland von Kommunisten gelegentlich hörte, behauptet, es handle sich bei den Flüchtlingen eben meistens um Asoziale, um ganz bürgerlich-antirevolutionär eingestellte Menschen, die sich in ihrem alten Egoismus und Individualismus eben nicht an ein sozialistisch ausgerichtetes Leben gewöhnen wollten, ja vielfach sogar um eigentlich Kriminelle, die «irgend etwas auszufressen» gehabt hätten. Was diese letzte Gruppe betrifft, so darf man wohl der Verfasserin des erwähnten Aufsatzes in den «Frankfurter Heften» recht geben, wenn sie meint:

«Durch den am gesamten Aufnahmeverfahren mitwirkenden Westberliner Erkennungsdienst werden echte Kriminelle sofort gestellt und abgesondert. Freilich ist zu bedenken, daß in der sowjetisch besetzten Zone eine Tendenz besteht, die Grenze zwischen politischen Gegnern und wirklichen Kriminellen zu verwischen. Für die Praktiker in den 14 Stationen, die jeder Geflüchtete bis zu seinem endgültigen Aufnahme- oder Ablehnungsbescheid zu durchlaufen hat, stellen sich hier oft schwierige Probleme; sie lassen sich nur mit großer Sachkenntnis der ostzonalen Gesetze und Rechtsprechung von Fall zu Fall gerecht lösen.»

Vor dem 17. Juni dieses Jahres waren die *politischen* Flüchtlinge sehr in der Minderheit – von den oben erwähnten 197 000 (zwischen 1949 und 1952) nur 75 000. «Das waren also», wie Regina Bohne schreibt,

«jene Menschen, die eine ‚drohende Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit' im Sinne des Gesetzes glaubhaft nachweisen konnten. Die Masse der Flüchtlinge von 1952 und der vergangenen drei Monate kann sich bestenfalls auf den erweiterten Passus des Notaufnahmegesetzes: „... oder aus sonstigen zwingenden Gründen' berufen. Der Anteil echter politischer Flüchtlinge ... beträgt jetzt (Frühjahr 1953. H. K.) nur noch 3 bis 5 v. H.»

Was waren dann also die Fluchtmotive der andern? Ich habe in Ostdeutschland selbst wie im Lager Ulm nach diesen Motiven geforscht, kann aber aus den Auskünften, die ich von einem doch sehr begrenzten Kreis von Menschen bekam, keine allgemeinen Schlüsse ziehen. Es seien daher nur ein paar wohl typische Einzelfälle herausgegriffen:

1. Großbauer aus dem Oderbruch mit früher 30 Hektaren Boden. Hatte ein zu hohes Ablieferungssoll, bekam zu wenig Viehfutter und hatte dann auch noch die Schweineseuche im Stall. Folge: Unmöglichkeit, die geforderte Fleisch- und Milchmenge abzuliefern. Die Behörde nahm ihm ein Stück Vieh ums andere weg; sein Angebot, er wolle dem Staat das halbe Gut schenken, wurde abgelehnt und dann ein Verfahren wegen Wirtschaftssabotage gegen ihn eingeleitet. Durch die Flucht rettete er sich wohl vor jahrelangem Zuchthaus.

2. Arbeiter und Pferdebesorger in einem Kleinbetrieb in Sachsen. Beschwerte sich anläßlich einer Inspektion des Betriebes durch eine auswärtige Kontrollstelle über gewisse Mißstände. Wurde fristlos entlassen und vom Unternehmer mit «Weiterungen» wegen reaktionärer Umtriebe bedroht, so daß er mit Verhaftung rechnen mußte. Entzog sich allen «Weiterungen» durch die Flucht.

3. Chauffeur aus Leipzig. Hatte einen Flüchtling nach Westberlin geführt, wobei er entdeckt wurde. Ein Kollege war wegen des gleichen Vergehens zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilt worden, weshalb er es vorzog, sofort aus der Deutschen Demokratischen Republik zu verschwinden.

4. Technischer Angestellter aus Apolda. War Mitglied der ostdeutschen Freien Demokratischen Partei und wurde als Gegner des

Regimes verdächtigt. Nach Lage der Dinge mußte er auf Verhaftung und Verurteilung gefaßt sein; floh im letzten Augenblick nach Westberlin.

5. Bankbeamter in Ostberlin. Äußerte wiederholt Bedenken gegen die Art und Weise, wie gewissen Personen und Unternehmungen Kredite gewährt wurden, und machte sich dadurch «oben» verdächtig. Wurde von befreundeter Seite vor bevorstehender Verhaftung gewarnt; am gleichen Tag schon drang die Polizei in die Bank ein, und der Mann konnte nur noch durch ein Abortfenster entfliehen. Frau und Kind ließ er nach Westberlin nachkommen.

Sozusagen sämtliche Flüchtlinge, die ich befragte, machten einen gediegenen, redlichen Eindruck. Verschiedene zeigten mir ihre Papiere, wie sie von den Westberliner Aufnahme- und Prüfungsstellen ausgestellt werden, mit sorgfältiger Beschreibung des Tatbestandes. Der Refrain war immer: «Lieber ein paar Monate im Lager als jahrelang im Zuchthaus. Ruiniert sind wir ja auf jeden Fall.»

Besonders tragisch erscheint einem immer das Schicksal der Bauern (und Gewerbetreibenden), die ihre ganze wirtschaftliche Existenz aufgeben, wenn sie sich zur Flucht entschließen. Aber wie Regina Bohne in den «Frankfurter Heften» wohl zutreffend sagt:

> «Der seit Jahrhunderten überkommene und scheinbar festgefügte Begriff vom Eigentum am Boden hat sich mehr und mehr gelockert. Diesen bäuerlichen Menschen ist (um Jahre später als zum Beispiel den Großstädtern) bewußt geworden, daß das Eigentumsverhältnis äußerst labil geworden ist. So bedurfte es nur immer erneuter Anstöße in Gestalt immer stärkerer Übergriffe in ihre Rechte, um ihnen den letzten inneren Halt auszuhöhlen, den sie jeden Morgen wieder durch das äußerlich unzerstörbare Bild ihres Hofes, ihrer Ställe, ihres Landes gewannen.»

Bei den selbständigen Gewerbetreibenden – nicht zu reden von den eigentlichen kapitalistischen Unternehmern – vollzog sich dieser Vorgang oft noch schneller, da ihre Betriebsform als mit dem neuen Regime *grundsätzlich* unvereinbar erklärt wurde, was bei den Bauern nicht der Fall ist; die Kollektivisierung der Landwirtschaft stand ja erst in den Anfängen. Wieweit der im Juni dieses Jahres eingeschlagene neue wirtschaftspolitische Kurs an dieser ganzen Sachlage etwas geändert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wohl sind schon zahlreiche eingezogene Bauerngüter und Gewerbebetriebe ihren früheren Besitzern zurückgegeben worden; aber die Frage ist, ob die Lockerung wirklich von Dauer ist. Diejenigen Flüchtlinge, mit denen ich sprach, glauben jedenfalls nicht daran.

Bei den besitzlosen Arbeitern, deren proletarisiertes Dasein die Bindung an Boden, Heimat und Familie weithin ohnehin verloren hat, waren vor den Juniereignissen die Fluchtgründe wesentlich anderer Art als bei den selbständig Erwerbenden: übermäßiges Leistungssoll, Abbau

gewisser Sozialleistungen, Aufhebung des Streikrechtes, verschärfte Überwachung in den Betrieben usw. Viele von ihnen fanden einen neuen Sinn in den berühmten Schlußworten des Kommunistischen Manifestes: «Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen» – und suchten diese Welt im Westen. Ob sie sie auch finden, ist eine andere Frage. Die «wunderbare» Wirtschaftslage in der Bonner Republik läßt uns zweifeln. Bezeichnend ist auf jeden Fall, daß schon im vergangenen Frühjahr etwa die Hälfte aller Ostflüchtlinge Arbeiter waren. Nach dem 17. Juni war, wie schon bemerkt, ihr Anteil noch höher.

Intellektuelle flüchten jetzt eher weniger als früher. «Ihre Hauptabwanderungszeit

lag zwischen 1945 und 1948/49. Außerdem sind Ärzte und Ingenieure, Chemiker und Physiker im allgemeinen einem geringeren politischen Druck ausgesetzt, weil sie dringend gebraucht werden, so lange wenigstens, bis eine ‚neue', eine kommunistische Intelligenzschicht herangewachsen ist. Beachtlich ist dagegen die Zahl der (zu Beginn dieses Jahres) geflüchteten Anwälte, Richter, Hochschullehrer und Lehrer. Besonders Lehrer und Hochschullehrer stehen ja unter der ständigen Kontrolle ihrer eigenen Schüler und Studenten. Das zwischen ihnen bestehende (oder zumindest doch anzustrebende) Vertrauensverhältnis wird durch Zwang zu Verstellung und Lüge besonders starken Belastungen ausgesetzt.» (R. Bohne.)

Wie weiter! Wie all die *neuen* Ostflüchtlinge versorgt werden sollen, ist bei der Millionenarbeitslosigkeit in der Bonner Republik rätselhaft. Besonders grotesk wirkt es daher, daß auch diejenigen Flüchtlinge, die – wenigstens zeitweise – Arbeit finden *könnten*, sie zum Teil verschmähen. Ich habe darüber nicht wenige Klagen gehört. Auch in der Presse wird darüber diskutiert. Hier ein paar Stellen aus dem «Evangelischen Gemeindeblatt für Württemberg» vom 19. Juli:

«Haben sich nicht sehr viele Heimatvertriebene sämtliche Türen zu den Herzen etwa unserer bäuerlichen Menschen dadurch verschlossen, daß viele von ihnen sich von den Steuergeldern der hart arbeitenden Menschen einfach verhalten lassen, ohne selbst da mit Hand anzulegen, wo etwa alte Bauersfrauen sich buchstäblich zu Tode rackern müssen, nur um die Steuern herauszuwirtschaften ...? Seitdem mir eine eben erst aus der (Ost-) Zone eingewiesene Frau ganz offen erklärt hat, daß sie im Lager Leute getroffen habe, die nur in der Hoffnung nach dem Westen gegangen seien, in den Genuß des westdeutschen Wohlfahrtsstaates zu kommen, ist es mir eine Frage geworden, ob nicht viele darum in der Zone ihre Stellung räumen, weil es bequem ist, im Westen von den Wohlfahrtsunterstützungen zu leben.»

Ein anderer Einsender schreibt:

«Der Inhaber eines Gasthauses ging in ein Lager, um dort eine Hilfe für die Küche seines Gasthauses zu holen. Er bot gutes Gehalt sowie freie Kost und Wohnung. In dem vollbelegten Massenlager der Flüchtlinge war keine einzige weibliche Hilfskraft bereit, die Stelle anzunehmen. Ebenfalls in dieses Lager ging ein Bauer und bot 100 DM Monatsgehalt netto neben freier Kost und Wohnung für einen Knecht. Der Bauer wurde ausgelacht.»

Ich selbst hörte von einem Coiffeur, der sein Geschäft frisch anstreichen lassen wollte und ins Lager ging, um einen Mann dafür zu finden. Die einzige Antwort, die er bekam, war: «Wir sind nicht hier, um zu arbeiten.»

Natürlich darf man solche Fälle nicht verallgemeinern. Auch ist Tatsache, daß manche Leute in den Lagern einfach *billige Arbeitskräfte* suchen, also Lohndrücker. Aber daß so mancher Flüchtling im Westen nur schwer an die Arbeit zu bringen ist, scheint mir erwiesen und wirft ein schlechtes Licht auf die Fluchtgründe eines Teils der «freiheitsdurstigen» Ostbewohner.

Eine schwere Last für Westdeutschland sind auch die *nichtanerkannten* Flüchtlinge in den Berliner «Stammlagern». Ihre Zahl belief sich schon im vergangenen März auf mehr als 120 000, von denen nur etwa 300 als Arbeitskräfte vermittelt werden konnten. Ob der Ruf nach internationaler Hilfe – etwa durch die Flüchtlingskommission der UNO – Gehör findet, bleibt abzuwarten. Inzwischen wächst die Not all dieser Menschen mehr und mehr an, ob sie nun – durch unnötige und unberechtigte Flucht aus der Deutschen Demokratischen Republik – von ihnen selbst verschuldet wurde oder nicht. Um so unverantwortlicher ist es, die Spannung zwischen Ost- und Westdeutschland vom Westen her immer noch weiter zu verschärfen und Gewalt«lösungen» anzustreben, die aus Deutschland nur ein zweites, vergrößertes Korea machen könnten, ganz Mitteleuropa in den Zusammenbruch hineinreißend. Alle guten Geister müssen zusammenhelfen, um dem zu wehren und Deutschland so lange unter scharfer internationaler Kontrolle zu halten, bis es bewiesen hat, daß der Ungeist, der es zweimal einen Weltkrieg entfesseln hieß, wirklich abgestorben ist. Mag man in Deutschland mit nationalen Phrasen noch so laut gegen solche «Bevormundung» aufbegehren und nach «Gleichberechtigung» und «voller Souveränität» rufen – wir sehen keinen andern Weg, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren. Es ist höchste Zeit, ihn mit Festigkeit und Klarblick zu gehen!

12. September. *Hugo Kramer.*

Redaktionelle Bemerkungen

Der Aufsatz von Prof. Bergmann in diesem Heft wirft ein wichtiges Problem auf. Wir stellen es zur Diskussion und würden es besonders begrüßen, wenn Prof. Buber in unserer Zeitschrift persönlich Stellung dazu nehmen wollte.

Das Gedicht von Ethel Rosenberg ist das Vermächtnis an ihre Söhne. Der Briefwechsel zwischen den Ehegatten Rosenberg ist auch in Frankreich unter dem Titel «Lettres de la maison de mort» im Verlag Gallimard, Nouvelle Revue Française, Paris, erschienen. Die Rosenbergs und ihr Tod sollen und werden die Welt noch sehr beschäftigen und erschüttern.

Das Redaktionskollegium.

Zur freundlichen Beachtung!

Die auf den 27. September 1953 angekündigte

Jahresversammlung

muß verschoben werden. Das neue Datum wird im nächsten Heft bekanntgegeben werden.

Vereinigung der «Freunde der Neuen Wege»
Religiös-soziale Vereinigung

Ferienkurs auf dem Flumserberg!

Für das Thema (5) «Bürgertum und Arbeiterschaft vor der Friedensfrage» konnten wir Pfarrer Arthur Rackwitz als Referenten gewinnen.

Wir bitten auch diejenigen, die den Kurs nur teilweise besuchen können, sich bei Frl. Hedwig Steinemann, Höhenweg 1, Zürich 7/32, anzumelden.

Die Präsidentin: *Carmen Weingartner-Studer.*

Geistige Führer

Zyklus in *Zürich*: *«Tolstoj, Dostojewskij, Rembrandt, Van Gogh, Hölderlin»*.

Textproben aus Werken, Briefen oder Tagebüchern. Beginn: Donnerstag, 1. Oktober, 19.30 Uhr, Rämistraße 26, Haus Lyceumklub.

Zyklus in *Winterthur*: *«Nietzsche, Tolstoj, Dostojewskij»*. Gemeinsames Lesen ausgewählter Texte. Die Persönlichkeit der Autoren und ihre Bedeutung für die geistigen Aufgaben der Gegenwart. Beginn: Dienstag, 6. Oktober, 19.30 Uhr, «Casino», Stadthausstraße 119.

Monatsbeitrag für jeden Zyklus Fr. 15.—. Teilnehmer zweier Kurse, Paare und Studenten Ermäßigung. Einzelkarten (am ersten Abend) Fr. 3.50. Voranmeldung erwünscht an die Referentin in Zürich: Dr. Else Herzka, Kreuzwiesenstraße 49, Zürich 51, Telephon 46 30 54, oder in Winterthur, Telephon 2 66 97.

Psychologie und Leben

Überschau über die wichtigsten Lehren, ihre Hilfe für unsern Alltag, ihre Grenzen

Aus dem Inhalt: Das Werden der neuen Psychologie – Die Entdeckung des Unbewußten durch die Psychoanalyse – Die Bekämpfung der Mutlosigkeit durch die Individualpsychologie – C. G. Jungs Traumtheorie und die Symbole des Selbst – Schwierigkeiten der Kinder und unsere eigenen – Zum Verständnis von Schüchternheit, Trotz, Trägheit, Lüge – Der Einfluß der Familie – Krankheit und Seele – Die Reifezeit – Liebe und Ehe – Berufsfragen – Psychologie auf dem Weg zur Religion – Die Logotherapie.

Monatsbeitrag Fr. 15.— (4 Abende). Teilnehmer zweier Kurse, Paare und Studenten Ermäßigung. Einzelkarten (am ersten Abend) Fr. 3.50.

Beginn: In *Zürich*: Donnerstag, 1. Oktober, 20.30 Uhr, Rämistraße 26 (Haus Lyceumklub); in *Winterthur*: Dienstag, 6. Oktober, 20.30 Uhr, «Casino», Stadthausstraße 119.

Voranmeldung erwünscht an die Referentin nach Zürich: Dr. Else Herzka, Kreuzwiesenstraße 19, Zürich 51, Telephon 46 30 54, oder auch in Winterthur, Telephon 2 66 97.

Minderheiten

Vorbemerkung der Redaktion: Wir bringen diese Betrachtung von Leonhard Ragaz aus dem Jahrgang 1923 der «Neuen Wege», weil sie im tiefsten Sinne aktuell ist und in der heutigen Weltsituation gar sehr der Beherzigung bedarf. Wir leben in der «Wiederholung» des Kampfes, der durch all die Kämpfe der letzten dreißig bis fünfzig Jahre noch lange nicht zum Ziele gekommen ist. Die Gegenrevolution beherrscht das Kampffeld, sicher im wesentlichen infolge des Versagens der wahren Revolution. Doch gerade jetzt heißt es, nicht müde werden, sich nicht «fürchten», die Gabe und den Willen Gottes festhalten: denn «Du allein bist Gott, der du Wunder tust». «Die rechte Hand des Höchsten kann alles ändern.»

> Fürchte dich nicht, du kleine Herde, denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben. Luk. 12, 32.

Wir sind eine Minderheit, sind über die ganze Welt hin überall Minderheiten, oft ganz kleine — wir alle, die wir ungefähr das, was die «Neuen Wege» vertreten, glauben und wollen. Darin haben wir uns zu finden und uns dies klar vor Augen zu halten. Wir sind eine Minderheit, sind Minderheiten, sind oft nur kleine «Gruppen», werden von all den Leuten, die in der Mehrheit sind oder doch große, jederzeit aufzubietende Massen hinter sich haben, gering geschätzt, und hören es jeden Tag höhnisch aus dem Munde der Vielen uns zurufen, daß wir wenige seien — wobei immerhin schon merkwürdig ist, daß diese stolzen Vielen sich vor uns armen Wenigen so sehr fürchten und den ganzen Apparat ihrer Macht, zu dem vor allem die Lüge und Verleumdung gehört, spielen lassen, um uns unschädlich zu machen.

Nun ist es an sich nichts Schlimmes, in der Minderheit zu sein. Dem, der dies schreibt, ist es immer als die schönere Rolle erschienen. Die paar Male, wo er sich zufällig in der Gesellschaft der Mehrheit befand, war es ihm nur halb wohl dabei. Es beschlich ihn früher wohl etwa eine stille Angst bei dem Gedanken, eines Tages bei denen zu stehen, die obenauf seien — eine unnötige Angst freilich, denn er wäre dort doch bald wieder in irgendeine oppositionelle Minderheit geraten. Es ist schön, in der Minderheit zu sein. Wer so, wie wir, gegen alle Gewalt gestimmt und so von Mißtrauen gegen Besitz und Macht jeder Art erfüllt ist, kann sich unmöglich in irgendeiner Lage, wo man beatus possidens ist, ruhig fühlen. Alle Siege, die irgendwie Machtsiege sind, machen uns zu schaffen, Niederlagen gegen die Macht sind unserer Seele doch tiefere Freude.

Und doch ist es nicht immer ein leichtes Los, in der Minderheit zu sein. Man kann und darf daraus so wenig als aus irgendeiner andern Wahrheit einen Sport machen. Jede Überzeugung, die ernsthaft ist, erhebt irgendwie den Anspruch, Wahrheit für alle zu sein und darum auch allgemein herrschend zu werden. Je weniger sie mit dem eigenen Interesse zu tun und je mehr sie das Wohl der andern im Auge hat,

desto größer muß ihre Sehnsucht sein, zu vielen, zu allen zu gelangen. Das Gegenteil wäre unwahr, unlogisch. Er, der der kleinen Herde das Reich verheißt, hat doch auch gesprochen: «Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, und wie wollte ich, es brennete schon!» Wenn man für gewisse Ziele kämpft, will man sie auch durchsetzen; es wäre ein schlechter Kämpfer, der dies nicht mit ganzer Seele begehrte. Überhaupt liegt in uns allen das Bedürfnis nach Gemeinschaft; wir möchten mit den Menschen auch durch ähnliche Gedanken und Gefühle verbunden sein. Gerade wer sich den Menschen verpflichtet fühlt, für sie arbeiten, ihnen dienen möchte, empfindet es am stärksten als Schmerz, wenn er sich von ihnen durch hohe Mauern der Denkverschiedenheit, aus der gewöhnlich Mißverständnis, Haß und Lüge hervorgehen, gehemmt sieht. Das katholische Ideal — in diesem ganz weiten Sinn verstanden — ist so notwendig wie das protestantische. Ein Mensch, sagt Novalis irgendwo, sieht seine eigene Überzeugung sofort unendlich verstärkt, sobald er erfährt, daß auch nur ein einziger Mensch sie mit ihm teilt. So herrlich dieses Erleben ist, so bitter ist das umgekehrte. Es ist darum doch wieder ein schweres Los, in der Minderheit, vielleicht sogar ganz einsam zu sein.

Dieses Los wird vielleicht gerade dann am schwersten, wenn es sich nicht um die allerletzten und allerintimsten Dinge handelt, sondern um Kämpfe von mehr äußerlicher Art, um politische, soziale Ziele, also um Dinge, bei denen der Natur der Sache nach die Machtfrage eine Rolle spielt. Mit den ewigen Wahrheiten kann man leichter allein sein und auf ihr Offenbarwerden warten, als wo es sich um schlimme Zustände handelt, die wir geändert sehen möchten. Sich in der Minderheit zu sehen, wird besonders hart, wo gewisse Siege, die von leidenden und kämpfenden Minderheiten lange vorbereitet und in den Bereich der nahen Erreichbarkeit, ja Gewißheit gerückt scheinen, nun doch wieder in die Ferne weichen. Es ist ja nicht so schwer, für neue, den Menschen noch unvertraute Dinge in der Minderheit zu sein; es ist dann sogar selbstverständlich, daß man dies sein muß; aber es ist schwer, wieder in der Minderheit zu sein, wo man in der Mehrheit zu sein glaubte. Es ist schwer, wenn eine soziale Umwälzung neue Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten für die, die darauf gewartet, geschafft zu haben schien, sich auf einmal mitten in der Herrschaft der schwärzesten Reaktion zu sehen. Es ist schwer, nachdem man geglaubt, daß der Weltkrieg dem Kriege moralisch ein Ende bereitet, zu erfahren, daß die Masse unseres Volkes diesen Krieg offenbar gar nicht erlebt hat — außer darin, daß sie dadurch sehr viel gemeiner geworden ist. Und auch das ist schwer, nachdem man vielleicht auf eine gewisse Reinigung der Welt durch Ernst und Leid furchtbarster Zeiten gehofft, sich von Schmutz und Laster, tobender Ausgelassenheit stärker umringt zu sehen als je. Es ist schwer, wenn man ein Recht — etwa das gleiche Recht der Frauen — durch viele Jahre erstrebte, Schritt für Schritt vorwärts zu kommen glaubte und am Ende weiter davon entfernt scheint als beim Beginn des Kampfes, in hoffnungsloser

Minderheit. Wenn man vollends an die Sitten der Demokratie gewöhnt ist, wo man eben immerfort um Mehrheit und Mehrheiten ringt, dann gerät man um so leichter in diesen Bann des Mehrheitsdurstes, des Mehrheitswahns, des Zahlenbetruges. Man ist zuletzt vielleicht ganz gelähmt, verdüstert, verbittert dadurch, daß man in der Minderheit ist.

In solchen Lagen kommt das viel zitierte Wort des Meisters von der «kleinen Herde», der das Reich gegeben werde, zu uns und enthüllt uns seine trostvolle Wahrheit und Herrlichkeit. Der dies schreibt, muß gestehen, daß dieses Wort ihm lange nicht so ganz überzeugend in den Ohren klang. Trotzdem das Hüten von Herden vielleicht das Schönste war, was ihm seine Jugend geschenkt, sind ihm diese biblischen Bilder von der Herde und den Schafen nie so ganz sympathisch gewesen. Vielleicht fließt auch in seinen Adern zu viel demokratisches Blut von langen Reihen von Vorfahren her, als daß er sich mit der Rolle der hoffnungslosen Minderheit so leicht zufrieden geben könnte. Vielleicht auch ist er zu sehr auf das Ganze, auf das Wirken auf alle eingestellt, als daß er sich je mit der Wahrheit in den engen Kreis eines Konventikels irgendeiner Art einschließen könnte. Diesen Klang hat ja das Wort durch falschen Gebrauch erhalten. Der Pietismus jeder Art (es gibt auch einen hochmodernen, gar nicht so weit von uns weg) faßt es ja immer so auf, als ob das Reich der «kleinen Herde» *für sie allein* gegeben werde, weil sie eben allein es verstehe und es aufzunehmen bereit sei, während es der Masse verschlossen bleiben müsse. Diese Denkweise liegt dem ganzen Geist Jesu fern. Das Wort bedeutet bloß, daß die Jünger Jesu Christi, die Bürger des Reiches Gottes, sich nicht durch den Umstand sollen erschrecken lassen, daß sie nur wenige, nur so eine kleine Herde sind. Denn trotzdem kann und will Gott ihnen das Reich geben, das heißt, er will es ihnen geben *für alle*, er will sie zu Werkzeugen und Pionieren seines Sieges machen. Er braucht gar nicht viele, er kann es ebensogut, ja noch besser, mit wenigen machen.

So gewinnt das Wort einen gar heldenhaften, herzstärkenden Sinn, gerade für die heutige Stunde. Das Bild von der Herde wird auf einmal äußerst zutreffend, ja das einzig mögliche. Erinnere dich daran, wie du etwa eine solche Herde von Schafen oder Jungvieh zusammengedrängt sahst vor einem Gewitter, einem Hagelschlag, einer strengen Kälte, einem Sturzregen — furchtsam, zitternd, in engem Zusammenstehen Schutz suchend. Genau dies ist die Lage solcher Minderheiten, die als Vertreter eines Neuen sich von den übermächtigen Gewalten einer feindlichen Welt umgeben und umtost sehen. Aber gerade ihnen wurde je und je das Reich gegeben; von verachteten, verfolgten, armseligen Minderheiten sind alle großen Siege des Guten ausgegangen.

Den Minderheiten, nicht den Mehrheiten, gehört die Welt; das ist die wunderbare Paradoxie. Davon hat, wie von andern Wahrheiten des Christus, auch der Antichrist eine starke Empfindung gehabt. «Der Tau fällt auf das Gras, wenn die Nacht am verschwiegensten ist . . . Die still-

sten Worte sind es, welche den Sturm bringen. Gedanken, die mit Taubenfüßen kommen, lenken die Welt ... Nicht um die Erfinder von neuem Lärm, um die Erfinder von neuen Werten dreht sich die Welt: *unhörbar* dreht sie sich.» (Nietzsche.) Aber es ist, wie angedeutet, vor allem eine Wahrheit *Christi*, und ihr größtes Beispiel bleibt die Geschichte seiner Gemeinde. Wir sollten nur einmal versuchen, uns die Tatsachen in ihrer ganzen Paradoxie klar zu machen. Was sind die paar Leute, zu denen er unser Wort spricht, anders als ein armes, kleines, verlorenes Häuflein von Menschen, die mit einer völlig unglaublichen Botschaft einer ganzen festgefügten, glänzenden, gewaltigen Welt gegenübertreten sollen! Wir, die wir jetzt die ganze Geschichte der Christenheit vor uns sehen, all diese Millionen und Millionen von «Christen», wir sehen auch jene Anfänge in diesem Lichte und sehen sie darum falsch; wir verstehen unser Wort nicht in seiner ganzen Unglaublichkeit: daß diesen paar armen furchtsamen Bauern, Fischern und Zöllnern die Welt gehören soll. Aber etwas anderes verstehen wir gut: daß diese paar Menschen unerhört viel ausgerichtet haben, während die sehr vielen Christen von später und jetzt unerhört wenig ausrichten. Jenen Wenigen wird das Reich gegeben, diese Vielen haben es fahren lassen. Wohin wir auch blicken, überall wiederholt sich in der Geschichte des Reiches Gottes das gleiche: die kleinen Minderheiten sind's, denen das Reich gegeben wird. Ein einziger Mann wie Paulus schafft einen größeren Weltumsturz als alle Revolutionäre aller Zeiten miteinander. Die winzigen von den römischen Generälen und Ministern verachteten Gruppen von Sklaven, Frauen, Auswürflingen der Gesellschaft, die die ersten Christengemeinden bilden, besiegen das Imperium Romanum. Die Häuflein von «Armen», «Gottesfreunden», «Täufern», «Quäkern», «Brüdern» und wie sie alle heißen, die Verfolgten, Zerstampften, haben die Wahrheiten empfangen und vertreten, die jetzt die Welt bewegen. Ein Mann wie Pestalozzi — wie elend, verspottet, enttäuscht ist sein Leben gewesen, aber eine ganze Welt ist aus ihm gewachsen, während seine Verächter vergessen sind und ihre Welt versunken. Die Sklaverei ist von ein paar Männern und Frauen und ihren Freunden durch Verfolgung, Hohn, Martyrium hindurch so lange bekämpft worden, bis Kriegsflotten und Millionenheere, aus dem Willen dieser Wenigen, Schwachen erstanden, ihr ein Ende bereiteten.

Nicht die Vielen machen es, sondern die Wenigen. Das ist paradox, weil es *göttlich* ist und Gott immer paradox ist. Es ist göttlich: denn gerade darin tut sich Gott kund, daß er nicht Macht und Glanz und Zahl braucht, sondern bloß Wahrheit — Wahrheit freilich, die durch Menschen vertreten wird, Menschen, die ganz treu sind, bis zum Kreuz, aber die nur wenige zu sein brauchen. Die Wahrheit ist «von dieser Welt». Sie imponiert durch weltliche Macht. Es laufen ihr auch sofort viele zu, die es nicht sachlich und lauter meinen, sondern bloß irgendein Interesse suchen. Wo viele sind, da handelt es sich gewöhnlich um leichtere Dinge,

um Dinge von mehr weltlicher Art, um Dinge, die genau darum, weil sie so gut einleuchten, fast von selber kämen. Aber wo Gott neue Wahrheit kundtut, da können im Anfang nur wenige sie ganz fassen. Gottes Wahrheit ist der Welt Torheit; es liegt in der Natur der Sache, daß namentlich die, welche irgendwie in dieser Welt mächtig und wohlverankert sind, sie am schwersten fassen können. Diese wenigen aber, die sie fassen, «müssen durch viele Trübsale ins Reich Gottes eingehen». Die Wahrheit, die sie vertreten, und sie selbst als ihre Träger müssen immer wieder durch Feuer geläutert werden, damit sie echtes Gottesgold bleibe und alle Verunreinigung von ihr abgestreift und ferngehalten werde. Später, wenn sie gesiegt hat, ist diese Gefahr der Verderbnis ungeheuer groß; darum müssen wenigstens die Anfänge ganz lauter sein, damit an dieser Lauterkeit alle spätere Trübung sié immer wieder reinige. Und es ist endlich eine Notwendigkeit, daß das Große, das der Menschheit von Gott her wird, ihr nicht zu leicht in den Schoß falle. Sie würde es sonst nicht zu schätzen wissen. Wir vermögen den Wert des Großen bloß zu erkennen, wenn er verbunden ist mit dem Gedanken an Helden und Märtyrer, an Glauben und Kampf und Treue bis zum Tod. So ist es auf alle Weise eine Gottesordnung, und zwar eine verständliche, große, herrliche, daß der kleinen Herde das Reich gegeben wird — nicht aus dem Wohlgefallen der Welt, die es der Masse gäbe, sondern aus dem Wohlgefallen Gottes, der als Vater auch der Herr ist. Soli Deo gloria!

Den Minoritäten gehört die Welt. Das soll uns auch heute trösten. Es gibt heute über die ganze Welt hin solche glaubenden, schaffenden, kämpfenden, bedrängten Minoritäten, die die Vorhut einer neuen Menschheit bilden. Sie sind scheinbar machtlos, wehrlos. Die Regierungen, die kleinen und großen, die Minister, die Generäle, die Bundesräte und andere Räte, die großen Finanzherren am wenigsten zu vergessen, regieren die Welt. Aber das Reich gehört jenen andern, vorausgesetzt, daß sie treu bleiben. Von ihnen geht aus, was die Zukunft gestaltet und einst — fast möchte ich sagen, so seltsam es heute klingt — nur zu früh, allgemein anerkannt und — verraten sein wird und dann von neuen Minderheiten gereinigt und weitergeführt werden muß. Schon in der Gegenwart können sie vielleicht mehr, als sie ahnen. Sie können keine Friedensarmeen an die Ruhr senden, um von dort die Kriegsarmeen zu vertreiben, aber wer weiß, sie können mit *ihren* Mitteln doch den neuen Weltkrieg verhindern und die Reparationsfrage lösen. Gott gibt es ihnen! Wenn sie nur lernen, die wirklich göttlichen Mittel zu gebrauchen. Wenn sie nur wissen, daß Gott durch eine leichte Handbewegung Türme, die bis an den Himmel reichen, stürzen kann — «ein Wörtlein kann ihn fällen». Wenn sie nur jene Lektion lernen, die im «Verlorenen Paradiese» Miltons (der sie ebenfalls in gewaltigen Kämpfen für das Reich Gottes und entsprechenden Enttäuschungen gelernt hat) der Engel dem ersten Menschenpaare gibt:

«Durch Gutes
Das Böse zu besiegen und durch kleine Dinge
Große zu vernichten — durch das scheinbar Schwache
Das weltlich Starke zu zerstören und das Weltlich-Weise
Durch schlichte Güte; daß das Leiden aber
Für die Wahrheit höchsten Sieges Bürgschaft ist
Und für den Glauben auch der Tod das Tor zum Leben.
Das alles durch das Beispiel dessen dargestellt,
Den ich als Erlöser ewig preise.»

Den Minoritäten gehört die Welt, der kleinen Herde gibt der Vater das Reich. Bedeutet das wohl, daß wir uns hochmütig in unsere Minderheiten und kleinen Kreise einschließen und die «Massen» verachten sollen? Daß wir uns, als die Wenigen, pharisäisch über die Vielen erheben wollen? (Pharisäer heißt ja auf deutsch: ein Abgeschlossener; ein Pharisäer ist ein Separatist.) Das hieße vergessen, in welchem Zusammenhang und zu welchem Zwecke Jesus dieses Wort spricht. Er sagt: «*Fürchte dich nicht*, du kleine Herde!» Nicht daß wir hochmütig werden, ist sein Zweck, sondern daß wir nicht verzagen. Wer wirklich dem Reiche Gottes dient, der weiß, daß man da nie einem aristokratischen Zirkel von selbstsichern Leuten gleicht — das tun nur solche, die für eine Religion, eine Sektensache, eine Theologie, eine Richtung, ein Ich kämpfen —, sondern einer schwer bedrohten, furchtsamen kleinen Herde. Zu *solchen* Menschen kommt das Wort und richtet sie auf zu sieghafter Kraft.

Aber die *Demokratie*? Nun, die Demokratie bedarf der Ergänzung durch die Aristokratie, die Vielen haben die Wenigen nötig. Auf dem Reformationsdenkmal zu Genf steht das Wort eines der geistigen Begründer der neueren Demokratie: «Ein Mann mit Gott ist stärker als die ganze Welt.»

Leonhard Ragaz

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 4.—11. OKT. 1953

Das Ringen um den Frieden in der Weltpolitik

1. Die weltpolitische Entwicklung seit 1945

Der Zweite Weltkrieg hatte den größten Teil der modernen Welt mehr oder weniger stark in seinen Bann gezogen und zu ungeheuren Anstrengungen gezwungen. Als endlich Deutschland und Japan zusammenbrachen, verbreitete sich in der Weltöffentlichkeit das Gefühl, nun sei der Störenfried endgültig vernichtet und der Weltfrieden angebrochen. Die Kriegsverbrecherprozesse sollten die Vergangenheit bereinigen. Die UNO entstand als Instrument der Völkerverständigung und des Friedens,

und die Potsdamer Konferenz war einer der Versuche, auch den Besiegten den friedlichen Weg zu öffnen. Das Kriegsbündnis Amerikas mit der Sowjetunion schien Dauer in den Frieden hinein zu haben.

Aber mehr und mehr zeigte sich, daß nur ein militärischer Sieg errungen worden war, daß keine der entscheidenden Fragen gelöst war und daß zu den alten ungelösten Fragen neue ungelöste Fragen gekommen waren. Nicht einmal die Entnazifizierung des deutschen Volkes war gelungen, und es erwies sich, daß dessen «Umerziehung» auf einer Ebene versucht worden war, die außer einem Konjunkturerfolg entscheidende Wirkungen unmöglich machte.

Die psychologischen, ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Voraussetzungen des Friedens waren nicht einmal genügend tief und umfassend gesehen, geschweige denn geschaffen. Siegergefühle überfluteten sie eine Zeitlang, aber allzu bald tauchten sie als gefährliche Aufgaben überall aus dieser Flut auf. Eine besondere Enttäuschung wurde die Erfahrung einer fast vollständigen geistigen Sterilität Deutschlands. Die Opfer des Nationalsozialismus wurden von ihrer eigenen Unfruchtbarkeit überrascht und erschreckt.

Aus dem allem begann nun innerhalb und außerhalb Deutschlands die Frage wach zu werden: Wo und wie muß angesetzt werden, wenn wirklich der Friede geschaffen werden soll? Die eindringende Analyse der Situation begann, die erst einmal erweisen soll, was überhaupt zu helfen ist.

Und die Weltpolitik wartet nicht, bis jene Analyse durchgeführt ist. Sie entwickelte ihre Tendenzen weiter.

In den *USA* schaltete die ganz der Konjunktur verschriebene amerikanische Wirtschaft mit dem Ende des militärischen Ringens in stärkerem Maße auf die Friedenskonjunktur um, ohne daß die amerikanische Politik der Luft- und Seestützpunkte und die amerikanische Entwicklung der Atombombe eine Unterbrechung erfuhr.

Das amerikanisch-sowjetische Verhältnis entwickelte sich in drei Stadien. Das erste Stadium dauerte offiziell etwa bis zu den Prager Ereignissen. In ihm wurde Roosevelts Politik des Nachgebens noch fortgesetzt. Dann begann das zweite Stadium, das Stadium der festen Politik des «Bis hierher und nicht weiter». Und mit der Wahl Eisenhowers zum Präsidenten begann das dritte Stadium, das Stadium des erklärten Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, des Wettrüstens, der totalen Vorbereitung des totalen Krieges, des «Kreuzzuges gegen Osten».

Das alte Prinzip «Si vis pacem para bellum» wird von Amerika auf den modernen Krieg angewandt und erzeugt den inneren Zwang der totalen Rüstung zum totalen Krieg. Und so muß gesehen und gesagt werden, daß der totale Krieg heute von den USA her droht, wenn nicht neue Kräfte ins Spiel treten.

Die *Sowjetunion* blieb nach 1945 zurückhaltender in der Umschaltung auf den «Frieden». Ihre Kriegszugeständnisse an Nationalismus, Kirche

und Westen blieben erhalten. Aber das marxistisch-sowjetische Wissen um die Zusammenhänge des modernen Krieges erlaubte Sowjetrußland nicht den öffentlichen Optimismus Amerikas. Und das sowjetische Veto und Nein in den Vereinten Nationen machte mehr und mehr der Weltöffentlichkeit tiefe Verschiedenheiten der Auffassungen sichtbar.

Die sowjetische Westpolitik nach 1945 vollzog sich in drei Stadien. Nach dem Ende des militärischen Westvormarsches dauerten die Tendenzen des psychologischen, ideologischen und politischen Vormarsches noch an. Das Scheitern der Blockade Berlins beendete dieses Stadium und leitete zum zweiten Stadium über. Das zweite wie auch das dritte Stadium werden durch die Einsicht bestimmt, daß es nur die Wahl zwischen neuem Krieg oder Zugeständnissen gibt, die eine für *alle* Seiten erträgliche Regelung der offenen Fragen ermöglichen. Während des Stadiums der sowjetischen Versuche, das Erworbene zu konsolidieren, setzt in Stößen schon das dritte Stadium an, das Stadium des vorsichtigen Rückzuges. Die sowjetische These von der möglichen friedlichen Koexistenz der beiden Systeme, die im Westen zunächst als Mittel zur Abwehr der westlichen Behauptung gewertet wurde, die Sowjetunion wolle die Weltrevolution und erstrebe die Weltherrschaft, ist der ernstgemeinte östliche Ausdruck der Politik des zweiten und dritten Stadiums. «Auf lange Zeit» sei diese Koexistenz möglich, sagt der Osten, und was nach dieser langen Zeit ist, darüber mögen selbst die Kommunisten unter sich verschiedener Meinung sein.

Wir müssen beobachten, daß im amerikanisch-sowjetischen Gegeneinander die These von der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme nur Realität gewinnt und gewinnen kann, wenn zwischen die USA und die Sowjetunion *dritte Kräfte* treten, die beide Weltmächte auf Abstand bringen und die zwischen beiden Lagern vermitteln. Gelingt es nicht, diese dritten Kräfte zu entwickeln, so wird — um ein Bild zu brauchen — der zurückgehende russische Bär sich gegen den amerikanischen Jäger umwenden müssen und um sein Leben kämpfen, wo und wie es ihm günstig scheint.

Leider hat bisher die Sowjetunion ihre These der friedlichen Koexistenz beider Systeme nicht im Blick auf dritte Kräfte erweitert, obwohl sie sich damit in den Stand setzen würde, mit einem Schlage vor allem den propagandistischen Mißbrauch des Europagedankens im Dienste einseitiger amerikanischer Tendenzpolitik zu stoppen und ein echtes europäisches Gespräch zu eröffnen.

Immerhin aber bewegt sich die reale sowjetische Politik auf die Förderung dritter Kräfte hin. Der jetzige sowjetische Regierungschef Malenkow legte auf dem vorjährigen Moskauer Parteitag die sowjetische Außenpolitik in einer Weise auseinander, die die Westpresse zu der Schlagzeile veranlaßte, Moskau wolle den Westen spalten. Das englische Commonwealth ist seiner heutigen Lage nach daran gebunden, daß der Friede erhalten bleibt. Und der Osten scheint *England* in Asien wirtschaftliche

Möglichkeiten zu eröffnen, die ihm erlauben, im englisch-amerikanischen Konkurrenzkampf stärker und stärker als Bremse am Kriegswagen zu wirken.

Auch *Frankreich* wird durch die jetzige stürmische amerikanische Politik von Amerika zu einer Annäherung an die Sowjetunion getrieben. Ferner sind alle übrigen europäischen Länder, Italien, die Benelux-Staaten, die Schweiz, die Nordischen Länder, Oesterreich und die Balkanstaaten alle keine klaren Partner einer der beiden Parteien. Sie alle sind mögliche dritte Kräfte, da ihre Existenz an der Vermeidung des Krieges hängt.

Ehe *Spanien* den USA Stützpunkte zur Verfügung stellte, schien allein *Westdeutschland* eine Sonderstellung einzunehmen. Obwohl dem deutschen Volk mit Gewalt nicht mehr zu helfen ist, obwohl alle seine Lebensinteressen die Verständigung mit *beiden* Seiten verlangen, obwohl die größeren Chancen Deutschlands, das neu zu entwickeln, was dem deutschen Volk die Hochachtung der Welt einbrachte und von neuem bringen würde, verloren gehen, obwohl unsere militärische Lage hoffnungslos ist, ist das offizielle Westdeutschland der zuverlässigste Stützpunkt für die amerikanische Politik des dritten und vierten Stadiums: Die amerikanische Konjunktur ist vorläufig in Westdeutschland mächtiger als alle Bedenken. Die ungelösten Fragen der deutschen Vergangenheit vereinigen sich mit den Fragen, die der deutsche Zusammenbruch neu und unheilvoll geschaffen hat und führen das deutsche Volk in die neue Versuchung eines blinden und hoffnungslosen antikommunistischen Gewaltabenteuers.

Dennoch bleibt auch für das deutsche Volk wahr, daß es wie alle anderen Völker Europas kein Parteigänger der einen oder anderen Seite sein kann. Die Blindheit seiner Politiker für die Möglichkeiten der Tatsache, daß die USA uns nicht der Sowjetunion und die Sowjetunion uns nicht den USA überlassen können, schaffen diese Tatsache noch nicht aus der Welt. Und es ist zu hoffen, daß die östliche Bereitschaft, ein einiges Deutschland im Sinne dritter Kräfte zwischen den USA und der Sowjetunion entstehen zu lassen, sich zu der Bejahung eines Europas erweitert, das friedlich zwischen Amerika und der Sowjetunion lebt, für keine Seite eine Gefahr ist und friedliche Beziehungen nach beiden Seiten pflegt. In dem Maße Europa nicht mehr an eine Kriegsgefahr aus dem Osten glaubt und in dem Grade es gelingt, den USA keine Militärbasis in Europa zu lassen, ist die Kriegsgefahr in Europa gebannt. In Westdeutschland wird der offenbare Widersinn seiner jetzigen Politik zusammen mit gesunden und erwachenden Kräften im Volk hoffentlich friedeschaffend wirksam werden, ehe Krieg und Zusammenbruch dem deutschen Volk die letzte und tödliche Lektion erteilen.

So wichtig der amerikanisch-sowjetische Gegensatz in der Weltpolitik auch ist, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß nur ein Fünftel der Welt eigentlich von ihm betroffen wird. *Asien* hat andere Hauptanliegen, die nur unmittelbar mit jenem Gegensatz zusammenhängen. Es will die letzten Reste der weißen Kolonialherrschaft beseitigen und soziale Gerechtig-

keit schaffen, die seinen Menschen das Lebensnotwendigste gewährt. Amerika und seine Helfershelfer sitzen nur mehr am Rande Asiens: in Japan, Formosa, auf den Philippinen, in Korea, Indochina, Malaia, vielleicht in Persien und mit Resten in Indien. *Rotchina* ist trotz seinem Stalinismus kein bloßer Satellit Moskaus. Es hat sich mit eigener Kraft von den Japanern und Tschiang Kai-Shek befreit und die Quantität wie die Qualität Chinas gibt ihm ein eigenes Gewicht. Und wie immer man Gandhis gewaltlose Kolonialrevolution beurteilen mag, unzweifelhaft hat Indien neue und zukunftsträchtige Impulse in die Weltpolitik hineingebracht und wirkt bedeutend als dritte und eigene Kraft vor allem in den asiatischen und kolonialen Konflikten.

Und der mohammedanische Block im *Vorderen Orient, Nordafrika* und nach Osten bis *Pakistan* hin wirkt ebenfalls im Sinne dritter Kräfte. Unser Blick auf die übrigen Länder der Welt, nach *Südamerika*, nach *Afrika, Indonesien* und *Australien* findet nirgends klare und eindeutige Trabanten Moskaus oder Washingtons.

Und selbst in den USA und in Westdeutschland gibt es die dritten Kräfte, die zwar nicht die offizielle Politik bestimmen, die aber als unbekannte Größen durchaus innerhalb der Gesamtentwicklung gerechnet werden müssen.

Endlich muß die kommunistisch begünstigte Friedensbewegung als ein Moment gewertet werden, die die sowjetische These der Koexistenz im Sinne dritter Kräfte wirksam macht und die vielleicht noch wesentliche Entwicklungen vor sich hat.

Alles in allem: Die moderne Welt ist keineswegs in zwei Lager aufgespalten. In und zwischen dem westlichen und östlichen Lager wirken und harren mannigfaltige dritte Kräfte, die einer umsichtigen Friedenspolitik viele gute Aussichten eröffnen.

2. *Der moderne Fünfkrieg Amerikas als treibendes Moment der heutigen Weltpolitik*

Wir dürfen keinen Augenblick die Tatsache aus den Augen verlieren, daß die moderne Welt nicht im amerikanisch-sowjetischen Konflikt aufgeht. Aber wir dürfen unsere Augen auch nicht verschließen vor der anderen Tatsache, daß die konzentrierte Dynamik der USA Amerika einen Einfluß auf die Gestaltung der Welt verleiht, der weit über den amerikanischen Anteil an der Welt hinausgeht und Amerika zum bestimmenden Faktor der nächsten Ereignisse macht. Unter der Rücksicht auf diese führende und treibende Funktion Amerikas müssen wir den USA vorzügliche Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen als die dringendste Tatsache der Weltpolitik den fünffachen Krieg erkennen, den Amerika heute planmäßig führt. Diesen fünffachen Krieg, den psychologischen Krieg, den ideologischen Krieg, den wirtschaftlichen Krieg, den politischen Krieg und den militärischen Krieg Amerikas gegen Osten müssen wir in seiner entscheidenden Bedeutung sehen und berücksichtigen.

Wir sehen den *psychologischen Krieg*, der die westliche Angst vor dem Kommunismus und den Haß gegen die Sowjetunion zu einer Zweckhysterie steigert, die die Kriegsbegeisterung der Vergangenheit mehr als wettmachen soll.

Wir sehen den *ideologischen Krieg* mit Hilfe des öffentlichen Apparates alle ideologischen Positionen fördern, die in den Rahmen der antikommunistischen Propaganda passen, alle Ideologien und Gedanken unterdrücken, die dem Antikommunismus Abbruch tun könnten, die zu einer ernsthaften Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Kommunismus führen und eine geistige Klärung erzeugen könnten.

Wir sehen den *wirtschaftlichen Krieg* der Blockade, der Bestechung, der Korrumpierung im kleinsten wie im größten Maßstab auf dasselbe Ziel hin.

Wir sehen den *politischen Krieg* bei dem Versuch, die Gegenseite planmäßig vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen. Wir sehen ihn den psychologischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krieg zusammenfassen und zur totalen Vorbereitung des totalen Krieges legitimieren. Wir sehen ihn hinter demokratischen Fassaden und in dem parlamentarischen Gehäuse einen Totalitarismus entwickeln, aus dem es kein Entrinnen gibt und der jeden Widerstand erstickt.

Wir sehen den *militärischen Krieg* immer größere Kräfte in den militärischen Apparat ziehen, durch zweckmäßige Lokalkriege friedliche Gelegenheiten unwirksam machen und die ganze zivile Welt für die Zerstörung vorbereiten, die das Ende des durchgeführten modernen Fünfkrieges sein müßte.

Wir sehen, wie dieser moderne Fünfkrieg die Welt zu einem Käfig macht, in welchem immer mehr Staaten einander wie wilde Tiere nachjagen und es der einzelnen Bestie und schließlich allen Bestien unmöglich wird, die Hetze zu endigen und zur Ruhe zu kommen.

3. *Analyse des heutigen Fünfkrieges*

Wer beurteilen will, ob und wieweit der heutige Fünfkrieg Frieden erhalten und schaffen kann, muß sich Rechenschaft geben über die innere und äußere Qualität seiner Zusammenhänge. Wir wollen dies wenigstens skizzierend hier darstellen.

Der *psychologische Krieg* macht die Menschen und die menschliche Gesellschaft zu einer Brutstätte von Angst, Haß und allen negativen Gefühlen, die eine Zeitlang nur noch durch die Angst vor den Ungeheuerlichkeiten des dritten Weltkrieges neutralisiert werden. Die letzten menschlichen Möglichkeiten, die beispielsweise in der hinter alle Sicherheit reichenden Urangst des Menschen liegen, ziehen sich zu einer blinden, krankhaften und aller Würde entbehrenden Hysterie zusammen, die nirgends als ein friedenschaffendes und friedenerhaltendes Moment angesehen werden kann.

Der *ideologische Krieg* des Westens ist heute zu einem antikommu-

nistischen Zweckbündnis des Mittelalters mit dem Liberalismus gediehen. Beide Mächte, die durch das Mittelalter in Theorie und Praxis innig geformte Kirche und der sich gegen das Mittelalter auflehnende Liberalismus sind von innen heraus jede zu ihrem Teil die Verursacher desjenigen Marxismus', den zu beseitigen sie sich anschicken. Da sie in ihrem Versuch, mit Hilfe der Ursache der Wirkung beizukommen, keine Aussicht auf Erfolg haben können, kommen sie notwendig zur ultima aller hoffnungslosen und sterilen Ideologien: zur Gewalt, die heute selbst in ihrem eigenen Urteil kein Mittel mehr ist, das Frieden schaffen kann.

Der *wirtschaftliche Krieg* wird von einer Welt geführt, deren Wirtschaft durch drei Gewalttätigkeiten gekennzeichnet ist: erstens durch die innere Ausbeutung, die vor 150 Jahren die Arbeitermassen und das Elend des Proletariates, den modernen Klassenkampf und den Marxismus als die Erlösungslehre der Arbeiterklasse schuf, zweitens die äußere Ausbeutung, den weißen Kolonialismus, der dazu führte, daß die farbigen Völker heute mit und ohne Gewalt gegen die Kolonialherren aufstehen, einen Kolonialismus, der nun immer mehr gezwungen wird, seine Opfer unter den Industrieländern selber zu suchen; drittens den Zwang der westlichen Wirtschaft zum Krieg als dem Mittel, die Krisen der Ueberproduktion durch Rüstungsaufträge und mangelschaffende Kriegszerstörungen zu beheben. Solange die Wirtschaft diese drei Gewalttätigkeiten nicht überwindet, ist sie kein Mittel zum Frieden.

Der *politische Krieg* sorgt dafür, daß von der Demokratie und vom Volk keine entscheidenden Widerstände wirksam werden. Er setzt alle Mittel des modernen Staates ein, um den modernen Fünfkrieg voranzubringen. Seine Wirkung wird besonders kraß bei Wahlen sichtbar: seine Wähler werden von den Inhabern der öffentlichen Macht in einer totalitaristischen Strategie solange an der Nase herumgeführt, bis sie gewählt haben, was sie nicht wollen. So kann eine demokratische Fassade fast bis zum Ausbruch des totalen Krieges stehen bleiben, während die totale Vorbereitung des totalen Krieges unvermeidlich und planmäßig das gesamte Leben totalitarisiert, bis die Kriegsnotwendigkeiten erlauben und nötigen, auch noch die demokratische Fassade zu beseitigen. Dieser politische Krieg kann am Ende nur den modernen Fünfkrieg bis zur militärischen Katastrophe treiben.

Und der *militärische Krieg* vergiftet schon vor der militärischen Katastrophe die Öffentlichkeit, indem er bei jung und alt den Soldatenrausch erzeugt, ohne den kein Militär sein kann, indem er Garnisonsstädte und Soldatenbetriebe lüstern macht und indem er den Staat zwingt, allen Widerspruch als «Wehrkraftzersetzung» zu verfolgen.

Der militärische Krieg ist im Grunde der unwichtigste Teil des modernen Fünfkrieges. Er ist nur das Produkt und Ergebnis des psychologischen, ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Krieges. Wenn diese vier Kriege aufhören, hört der militärische Krieg von selber auf. Wenn sie nicht aufhören, gedeiht der moderne Fünfkrieg bis zur mili-

tärischen Katastrophe. Und diese löst keines der Probleme. Sie schafft neue Probleme. Ihr «Frieden» ist mindestens in Deutschland und Europa der Kirchhoffriede.

4. *Weltpolitik und Friedensbewegung*

Die Welt wird Frieden geschaffen haben, wenn es ihr gelungen ist, den modernen Fünfkrieg zu beenden und die Spannungen der menschlichen Gesellschaft in friedlicher Dynamik zu bewältigen. Wenn wir wissen wollen, ob und wie die Weltpolitik Aussicht auf diesen Frieden eröffnet, müssen wir uns vergegenwärtigen, wie der Fünfkrieg erfolgreich bekämpft werden kann. Wir müssen fragen, ob die Weltpolitik diesen Kampf zu führen vermag. Wir müssen die Rolle bedenken, die die Friedensbewegung in diesem Kampf spielt und spielen muß.

Den Fünfkrieg bekämpfen heißt für den *psychologischen Krieg*: den Haushalt der menschlichen Beweggründe in Ordnung bringen, die Angst in Mut verwandeln, den Haß durch Liebe überwinden und das selbstsüchtige Sichausleben in neue Zucht zu nehmen. Kann die Politik dies leisten? Sie kann es nicht, solange nicht von unten herauf und vorpolitisch erfolgreich gegen den psychologischen Krieg gewirkt wird, solange kann die offizielle Politik nur Opfer des psychologischen Krieges werden. Dagegen ist offenbar, daß vor allem die christliche Potenz der Liebe und des gläubigen Vertrauens hier gute und verantwortungsvolle Möglichkeiten hat.

Den Fünfkrieg bekämpfen heißt für den *ideologischen Krieg* vielerlei: den modernen Bewußtseinswandel zu vollenden, das Mittelalter zu liquidieren, den Liberalismus zu liquidieren und die Begegnung der neuen geistigen Kräfte zu fördern.

Den modernen Bewußtseinswandel vollenden. Es ist unverkennbar, daß die traditionelle Kriegstheologie, die herkömmliche Kriegsethik, die überkommene Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg, von gerechtem und ungerechtem Krieg auf den modernen Fünfkrieg nicht mehr angewandt werden können und daß sie auch dort nicht mehr in der alten Selbstverständlichkeit angewandt werden, wo der Blick nur auf den militärischen Krieg gerichtet ist und wo das Wissen über die modernen Kriegszusammenhänge durchaus ungenügend ist. Es wird aber sehr konkreter Arbeit innerhalb der Kirchen, der Schulen, der Vereine und der Publikationen bedürfen, damit das herkömmliche Bewußtsein nicht mehr wissentlich und unwissentlich Kriegsinstrument wird. Zu diesem Zweck ist eine planmäßige Aufklärung über die Tatsache des modernen Fünfkrieges nötig, die zugleich die Mittel bietet, diesen friedlich zu beenden. Kann die Politik das leisten? Sie könnte mindestens die Aufklärung fördern. Unter den offiziellen Trägern des geistigen Lebens finden sich Menschen genug, die die notwendige Einsicht mit uns teilen und die durchaus die Möglichkeit haben, solche Stimmen öffentlich zu unterdrücken oder hörbar werden zu lassen. Hier ist eine der Möglichkeiten,

durch freie Initiative von einzelnen und Gruppen sehr schnell ins öffentliche Bewußtsein vorzudringen. Und einiges in dieser Richtung ist ja auch schon geschafft.

Das Mittelalter liquidieren. Unter Mittelalter verstehen wir zunächst das Bündnis von Kirche und Staat, das die Kirche vor 1600 Jahren mit dem Imperium Romanum geschlossen hat und das die gesamte Theorie und Praxis staatskirchlich verseuchte. Die so verhängnisvollen Irrlehren vom christlichen Staat, vom christlichen Volk, vom christlichen Abendland und endlich von der christlichen Partei, kirchliche Trägheit, die durch das äußerlich-offizielle Christentum bedingt ist, müssen von innen und unten herauf ohne Zank und Streit revolutioniert werden, damit die Kirche als freie Gruppe und jenseits aller theoretischen «Allgemeingültigkeit» wirksam werde. Unter Mittelalter verstehen wir ferner den kirchlichen Kompromiß mit der griechischen Aufklärung. Diese bereitete vor 2500 Jahren die Verabsolutierung der Theorie, ihre Trennung von der Wirklichkeit und Überordnung über die Wirklichkeit vor und leitete den unheilsamen Spaltungsprozeß ein, der für das Abendland dann so charakteristisch geworden ist. Die Kirche fiel dieser Spaltung schon zum Opfer, als sie den Kampf auf der theoretischen Ebene eröffnete und versuchte, das außerchristliche Denken der *Theologie* unterzuordnen und damit die kirchliche Theorie selbst der Isolierung von Glauben und Sitte auslieferte.

Den Liberalismus liquidieren. Unter Liberalismus verstehen wir die Flut der Selbstherrlichkeiten und Libertäten, die die fortschreitende Spaltung im Abendland erzeugte und deren Ergebnis Teile wurden, die sich jeder wie ein Ganzes gebärdeten: die «absolute» Theorie, Wahrheit und Wissenschaft, die «Politik nach ihren eigenen Gesetzen», die isolierte Religion, die pseudo-autonome Moral, die Kunst für sich, die atomisierten «Individuen» und das atomisierte «Gewissen», die Wirtschaft, die ohne Verantwortung und Rücksicht auf das Ganze ihr modernes Übergewicht katastrophal einsetzt, das Spezialisten- und Beamtentum, das sich nicht mehr dem Ganzen verbindet, sondern mechanisch die eigene Funktion solange als möglich übt. Dieses alles geht heute seinem Ende zu, einem katastrophalen Ende, falls wir ihm nicht aus einer neuen Haltung wissend und helfend das Ende bereiten. Dies ist eine Aufgabe, die die Christen zusammen mit allen Menschen leisten können, die nicht in der Tradition stecken bleiben.

Die Begegnung der neuen geistigen Kräfte fördern. Man kann den gegenwärtigen Stand der Weltentwicklung mit einem Lebewesen vergleichen, das man in tausend Teile zerschnitten hatte, die alle für sich weiterlebten, wild wucherten und sich heute wieder berühren, drängen und zusammenwachsen, entweder zu einem wilden und kranken Ganzen oder zu einem echten und friedlichen Ganzen.

Das originäre christliche Denken gibt der christlichen Wirklichkeit ihren heilsamen und heiligenden Platz im kranken wie im friedlichen

Ganzen. Die christliche Liebe und der gewaltlos revolutionierende christliche Glaube sind geeignet, dem modernen Philosophieren über den Existentialismus hinaus dort zu begegnen, wo dieses moderne Denken die wahre Totalität der menschlichen und aller Wirklichkeit entdeckt und ihr zu dienen beginnt. Der christliche Impuls ist geeignet, auch dem Marxismus zu begegnen, der aus den Zusammenhängen des 19. Jahrhunderts heraus die Einheit von Theorie und Praxis suchte und proklamierte, das Ende also aller falschen Isolierung. Der neue und wache Geist macht auch die Polemik der antikommunistischen Koalition des Mittelalters mit dem Liberalismus unwirksam, die dem Osten «Totalitarismus» vorwirft. Er zeigt nämlich, daß auch dem Westen nur mehr die Wahl zwischen falscher und tendenziöser Totalität oder echter und unverdorbener Totalität bleibt, daß alle Welt entweder totalitär oder total wird.

Den Fünfkrieg bekämpfen heißt für den *wirtschaftlichen Krieg*: die drei Gewalttätigkeiten der westlichen Wirtschaft bekanntmachen und aufheben. Die innere Ausbeutung erkennen und aufheben stellt dabei die Aufgabe, das in die wuchernde Isolierung gedrängte unternehmerische Moment des Menschen wieder in den nötigen Zusammenhang zu bringen und mit der nach sozialer Gerechtigkeit dürstenden Masse neu zu verbinden. Die äußere Ausbeutung beseitigen heißt, die natürlichen Möglichkeiten der natürlichen Wirtschaftsräume entwickeln mit dem Ziel, Konsum und Produktion zur wirtschaftlichen Freiheit aller Menschen zu entwickeln. Den Zwang der westlichen Wirtschaft zum Krieg zu überwinden bedeutet, der westlichen Wirtschaft ein friedliches Übergangsprogramm zu geben, das groß genug ist, das Rüstungsprogramm ohne Krise abzulösen, das der Beendigung der inneren und äußeren Ausbeutung dient und das der heutigen Wirtschaft die Frist gewährt, sich ohne Katastrophe auf eine friedlich funktionierende Weltwirtschaft umzustellen. Solche Ziele sind nicht erreichbar, wenn nicht in Wirtschaft, Kultur und Politik tiefgreifende Veränderungen gewollt und durchgeführt werden. Es wird vor allem auch der praktische Einsatz nötig sein, der die Bodenfrage, die Geldfrage und die Siedlungsfrage im Kleinen und im Großen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beantwortet. Ansätze dieser Art gibt es überall. Sie zu sehen und zu fördern, ist Aufgabe jedes verantwortungsbewußten Menschen.

Den Fünfkrieg beenden heißt für den *politischen Krieg*: die Selbsthilfe entwickeln. Wenn es richtig ist, daß die moderne Welt nur mehr die Wahl hat, totalitär oder total zu werden und wenn wir sehen, daß es dem offiziellen Apparat und Betrieb unmöglich ist, dem Zwang zum Totalitarismus zu entkommen, solange von unten herauf nicht neue Potenzen wirksam werden, wissen wir, daß alle Versuche, durch bloße Veränderungen des Apparates zu helfen, scheitern müssen. Wir wissen zugleich, welcher Art die Selbsthilfe ist, die allein helfen kann: wer in sich selber den Totalitarismus des Fünfkrieges überwindet und lebendige To-

talität gewinnt, der ist eine Zelle der Selbsthilfe. Seine eigene Totalität läßt ihn gewahr werden, daß alle Gewaltsamkeit schon Gefährdung und Verlust der Totalität ist, daß unversehrte Totalität aber befähigt, selbstlebendig und unternehmend dort anzufangen, wo immer man steht. Die herkömmlichen Vorstellungen der Gewaltrevolution fallen und weichen einem neuen revolutionären Wissen: *ich allein kann schon mit der Revolution beginnen, ich brauche nicht auf andere zu warten, ich brauche keine Verschworenen; die Selbsthilfe, die ich übe, hat keine Heimlichkeiten und wirkt ohne Gewaltsamkeit, in mir und meinem Kreise vorvollziehend die friedliche Ordnung von morgen.*

Den Fünfkrieg beenden heißt für den *militärischen Krieg:* wissen und bekanntmachen, daß die Zeit des alten Soldatentums vorbei ist, daß die alten Soldatentugenden ins zivile Leben und in die totale Revolution geführt werden müssen, daß diese Revolution gegen den modernen Fünfkrieg den militärischen Krieg und den Militärdienst überflüssig macht, daß die Ausbildung und der waffenlose Einsatz in der Selbsthilfe gegen den modernen Fünfkrieg in Wahrheit die moderne Form des Kämpfens ist, die Form, in der Pionier und Initiant zu sein, in der die ganze Existenz einzusetzen vom verantwortungsbewußten Menschen gefordert ist. Den *Friedensdienst als Inbegriff der modernen Selbsthilfe,* das ist das moderne Äquivalent des hilflos und sinnlos gewordenen Kriegsdienstes. Dieses waffenlose Äquivalent soweit entwickeln zu helfen, daß der moderne Staat nicht mehr verzweifelte Zuflucht zu den Waffen zu nehmen braucht, das ist die große und moderne Aufgabe.

Nachdem wir uns im einzelnen vergegenwärtigt haben, wie der Kampf gegen den modernen Fünfkrieg aussieht, fragen wir uns nun noch einmal: Kann die offizielle Politik diesen Fünfkrieg beenden? Nein, sie kann ihn nicht beenden. Nicht nur im politischen Krieg, sondern in allen fünf Arten des heutigen Krieges kann nur die Selbsthilfe aus der neu und reif gewordenen Ganzheit unserer Existenz helfen. Und nur in dem Grade wie die Selbsthilfe vorankommt, kommt auch die Politik voran. Und wenn die Politik nicht wollte, vermag die Selbsthilfe auch ohne und notfalls gegen die Politik den Frieden zu schaffen. So lautet die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Weltpolitik und Friedensbewegung: Alle Friedensbewegung, die sich nicht zur Selbsthilfe gegen den modernen Fünfkrieg entwickelt, vermag nicht genügend zu helfen. In dem Maße sie von sich aus, mit den eigenen Mitteln und in Zusammenarbeit mit allen friedlichen Kräften den modernen Fünfkrieg in das öffentliche Wissen und die allgemeine Verantwortung bringt, hilft sie der um den Frieden ringenden Weltpolitik.

Dann wachsen der Weltpolitik die Mittel, nicht nur dem amerikanischen Fünfkrieg zu Leibe zu rücken, sondern erfolgreich auch den Gefahren zu begegnen, die in aller Welt aus Reaktionen auf der Ebene dieses Fünfkrieges entstehen. Die Initiative liegt nicht nur für den Fünf-

krieg beim Westen, sie liegt auch für die Selbsthilfe beim Westen. Greifen wir zur Selbsthilfe, dann vermag auch der Osten die Gewaltschule des Westens zu verlassen und aus eigenen Quellen mit uns gemeinsam den Weltfrieden zu schaffen. *Nikolaus Koch*

Was will die Gemeinschaft der Freunde Jesu in Israel?

Sie will erweisen, daß Menschen am Werk sind, Israel mit Jesus zu versöhnen und den tragischen Bruch zwischen Judentum und Christentum zu heilen. Ohne diese Voraussetzung ist Israel umsonst auferstanden. Eine tragische, vielleicht gottgewollte Verkettung geschichtlicher Ereignisse hat Israel von Jesus getrennt. Nachträglich erkennen wir die höheren Zusammenhänge, die Jesus bzw. seine Lehre zu den Heiden führte und Israel zum leidenden Gottesknecht werden ließ. Dieses Leid wurde zum Prüfstein für den Entwicklungsstand Israels und der Welt. Der Opfertod, aber auch das Dasein Jesu hat Sühne und Erlösung gebracht der mit Gott ringenden Einzelseele, nicht aber einer unvollkommenen existentiell physischen Welt, die immer wieder aufs neue in Unzulänglichkeit und Sünde sich verstrickt. Aber ohne den lichtvollen persönlichen Impuls Jesu wäre die geistige Welt längst zugrunde gegangen und Israel mit ihr. Ohne die Manifestation Gottes durch Jesu wäre die omnipotente Idee der Liebe — Nächsten- und Feindesliebe —, der Vergebung und geistigen Überwindung nicht zur Emanation gekommen, und die innere Empfindungsseele der Menschheit wäre längst verzweifelt. Tod und geistige Auferstehung Jesu wird zum trostreichen Symbol. Als Sinngebung der Verwerfung durch seine Brüder wurde unser Dasein durch Leid und Verfolgung stigmatisiert. Israels Schicksal hat sich tausendfach verbunden mit dem Schicksal Jesu. Durch Jesus und unsere Leidensgemeinschaft ist heute evident, daß sich unsere Blutsgemeinschaft verwandeln muß in eine höhere göttliche Gemeinschaft. Das geistige jüdische Weltbild erweist sich an sich entwicklungsfähig. Immer mehr erfüllen sich die zentralen Urideen der biblischen Konzeption, der Lehre der Propheten und der Evangelien, wenn nicht in Vollkommenheit, so doch in ihren Anfängen. Israel ist die Erstgeburt eines neuen Völkerbundes, eines Bundes der Nationen. Die gegenwärtige menschliche Gesellschaft ringt um die gerechte Einordnung aller schaffenden Menschen. Die sozial-ethischen Fundierungen der Zehn Gebote und die Erhebung des schlichten und armen Menschenbruders in die Atmosphäre solidarischen Daseins beweisen Erfüllungstendenzen der Predigten Jesu. Wir wissen, daß in der richtigen Relation von Ich und Du, d. h. in der verantwortlichen Freiheit

des Individuums und seiner profunden Bindung an die Gemeinschaft die bedeutende religiös-sittliche Aufgabe des Menschen liegt. Das erfordert ein vermittelndes Regulativ zwischen der erlösungsbedürftigen Einzelseele und dem Ausgleich der Rassen und Klassen von Mensch zu Mensch, von Mensch zu Volk, von Volk zu Volk und von Mensch zu Gott. Israel und Jesus vervollkommnen die Welt. Dadurch wird der Menschheit inhärent der Geist der Erlösung. Immer mehr jüdische Menschen ringen mit dem Geiste Jesu, um ihm gerecht zu werden. In genialer Inspiration wurde die jetzige Aufgabe schon vor Jahrzehnten angedeutet. Werfel, Kafka, Brod, Stefan Zweig, Schalom Asch, Rosenzweig, Freud, Buber, Bergmann, Baeck, Klausner u. a. sind dafür sprechende Zeugen. Durch Israels Rückkehr und Auferstehung kann Gottes spirituelle Kraft wieder in unserer Mitte leben. Eine Versöhnung mit Jesus versöhnt uns mit Gott und der Welt. Das ist das kleinste Opfer, das wir bringen können: ein historisches Unrecht, einen richterlichen und theologischen Irrtum zu erkennen. Sozusagen eine restitutio zu geben im Reiche des Bekennens und des Gewissens, um Israels vollkommensten Sohn zu rehabilitieren.

Tatsächlich geht es darum, die Weistümer der alten Offenbarungs- und Gesetzesreligion mit den Gnadenerweisungen der Evangelien zur höchsten Vollkommenheit zu bringen. Aller Dogmenstreit scheidet aus. Eine zweitausend Jahre alte Distanz und unser heutiges Bildungsniveau erlauben uns jede Art von Betrachtung sine ira et studio in historischer, soziologischer, psychologischer, theologischer und philosophischer Beschreibung. Aber Menschenwerk muß von Gotteswerk unterschieden werden. Alle Organisationen sind menschliche Institutionen, die zeitlich bedingt sind. So steht die Synagoge teilweise mit blinden Augen da, und die Kirche ist vielfach taub trotz ihrem sakralen Charakter. Gegenüber Israel hat die Kirche keine Missionskraft. Ihre Sendung liegt auf andern Gebieten. Aber wir kämpfen nicht gegen Bestehendes. Wir wollen Zusammenarbeit und Versöhnung, damit die Blinden sehend und die Tauben hörend werden. Neue, schöpferische, positive Kräfte müssen uns beseelen, damit wir uns bewußt werden, daß wir jüdischen Menschen untrennbar verbunden sind mit dem göttlichen Urgrund der Welt. Israel kann niemals allein leben als nationaler, politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Faktor. Jesus hat sich auch für uns geopfert, damit wir als lebende Zeugen erhalten bleiben, um unsern unabdingbaren Auftrag zu erfüllen, in Heiligung und Hingabe zu leben für die Vollkommenheit des Menschengeschlechts und das kommende Reich Gottes. Das erfordert eine eindeutige, transparente Haltung, um aufzusteigen auf dem achtgliedrigen, schmalen Pfad des Lebens, und bedeutet: Hingabe und Brüderlichkeit zu allen Menschen in jeder Lebenslage, Übertragung des inneren Rufes auf alle Erdenkinder, mutige, verantwortungsbewußte Meinungsäußerung, unbestechliche Urteilskraft, Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe, ethischen Standort, spirituelle Erkenntnis, demutsvolle Bereitschaft für Gottes Gnadentum.

Jesus als Lenker des immer noch gegenwärtigen Äons ist auch unser Schicksal. Nur über Jesus kann die neue Gemeinschaft sich bilden, als Manifestation einer homogenen Welt und als Widerspiegelung des Göttlichen in der menschlichen Gesellschaft. Wenn Jesus ein Bestandteil unseres Lebens ist, kann er uns befreien von allen Schuldkomplexen. Dann wird sich entwirren die dunkle Kausalverknüpfung des jüdischen Menschen von Schuld und Sühne des Jesusdramas, mit dessen Identifizierung unsere zukünftigen Geschlechter nichts mehr zu tun haben sollten. Die offenen und latenten Feindschaftsgefühle der Menschen und Völker werden sich dann verwandeln in Gefühle der Solidarität und Liebe. So ist es an uns, das Leben und die Lehre Jesu nicht länger tot zu schweigen und beides aus eigener Betrachtung kennenzulernen. Wir müssen unter Vermeidung alter Vorurteile und Irrtümer neue Stufen der Erkenntnis gewinnen, die auch die Fehler der christlichen und andern Welt vermeiden hilft. Eine Katharsis mit Jesus bereinigt alle andern historischen und gegenwärtigen Schwierigkeiten. Das ist die erste Aufgabe der Gemeinschaft der Freunde Jesu in Israel und ihrer Brüder in der ganzen Welt. Irgendwelche Satzungen sind für die Gemeinschaft der Freunde Jesu nicht notwendig, da ihre Arbeit von lebendigen Impulsen gestaltet wird, die den inneren Menschen aufrufen. Jeder Mensch, unabhängig von seinem äußeren Bekenntnis, sei er orthodoxer, liberaler Jude, Christ, Mohammedaner oder Bahai, ist uns willkommen, wenn er die inneren Voraussetzungen für unsere Idee und Synthese besitzt.

Unser erstes praktisches Bestreben richtet sich darauf, neben dem Alten auch das Neue Testament zu studieren und dafür zu sorgen, daß letzteres auch ein Lehrinhalt der Schulen und Erziehung wird, damit die Erkenntnis sich durchsetzt, daß die Evangelien auch «Urkunden der jüdischen Glaubensgeschichte» sind (Leo Baeck). Damit beginnen wir den tragischen Bruch unsrer geistigen Sendung zu heilen und die Kontinuität wiederherzustellen. Unser zweites Bestreben ist auf den Frieden der Welt und den sozialen Ausgleich der Menschen gerichtet. Wir leben durch unsere Haltung und Verantwortung für die Gerechtigkeit dieses Daseins, um derentwillen unsere Propheten gelebt haben und bereit waren zu sterben. Wir stehen in Israel an einem Neubeginn, der de iure und de facto durch nichts vorbelastet sein darf. Durch uns darf auch kein neues Unrecht in die Welt gebracht werden. Unsere Bestrebungen müssen darauf gerichtet sein, über allen Parteiungen und Streitigkeiten der Nation und der Nationen zu stehen. Zion muß der heilige Bezirk einer neuen Weltmitte werden.

In Naharia soll zunächst ein geistiges und praktisches Arbeitszentrum errichtet werden. Im Geiste patriarchalischer und urchristlicher Gesinnung soll eine landwirtschaftliche Kommune entstehen. Jeder Freund unsrer Gesinnung helfe uns dabei in seiner Weise.

Naharia, den 7. März 1953. *Dr. Erich Bloch*

Eine Vorkämpferin für soziale Frauenemanzipation: Mary Wollstonecraft

Frankreich ist zweifellos eines der Länder, wo die Hinrichtung der beiden Rosenberg am lebhaftesten nachempfunden wurde und wo sie in den verschiedensten und weitesten Kreisen wie eine Affäre Dreyfus erschien, in der schließlich das gute Recht der Opfer nicht genügend anerkannt worden ist. Es soll auch gleich hinzugefügt werden, daß die französische Meinung schon lange nicht einen solchen seltenen Beweis der Einstimmigkeit geliefert hat. Mehr noch als ein Zeichen feindseliger Haltung gegenüber Amerika äußerte sich eine tiefe Besorgnis um die Justiz, machte sich die Furcht spürbar, daß in diesem schrecklichen Drama, das sich nun vollzogen hat — zumindest, was die physische Person der beiden Opfer betrifft —, das Recht der Staatsraison untergeordnet wurde und daß der Richtspruch nicht unabhängig, sondern unter dem Druck der öffentlichen Meinung gefällt wurde, die durch die demagogische und gehässige Kampagne eines MacCarthy vergiftet war, der naiverweise glaubt, die Sicherheit des Landes dadurch zu gewährleisten, daß er eine «Jagd auf Hexen» veranstaltet. Trotz seinen gegenwärtig zutage tretenden eigenen Fehler und Schwächen hatte Frankreich das Empfinden, daß es in einem solchen Falle, der weit über die Grenzen eines Staates hinausreicht und die ganze Menschheit angeht, berechtigt sei, seine Stimme zu erheben, weil es jenseits und über seine heutige internationale Stellung hinaus das Land der Verkündung der Menschenrechte ist und bleibt, das Land der Revolutionen von 1789, von 1830, von 1848 und der Pariser Kommune!

Übrigens hat sich in diesen Tagen in den meisten Ländern Europas (mit Ausnahme vielleicht von Francos Spanien und dem Bonner Deutschland) das gleiche Mitgefühl, wenn auch manchmal in anderer Form, geregt, und darum ist es gerade diese moralische Isoliertheit Amerikas, die uns tief beeindruckt, weil sie uns hinter dem zur Schau getragenen durchaus konventionellen Optimismus gegenüber dem Leben und seinen Problemen das Bild einer ganz anderen Existenz offenbart, das der große Schriftsteller Herman Melville am Beginn des 19. Jahrhunderts mit sich herumtrug und das am Ende des gleichen Jahrhunderts Theodore Dreiser in seinem berühmten Roman «Das tragische Amerika» veranschaulichte. Und wie sollte man verschweigen, daß Präsident Eisenhower, der mit der Überlieferung brach, indem er die Zusammenkünfte seiner Minister mit einem Gebet beginnen läßt, der nämliche ist, der so schwer gegen das Erste Gebot des Evangeliums verstoßen hat? Man müßte nichts wissen von Individual- und Völkerpsychologie, um nicht zu ahnen, daß die unvermeidlichen Folgen eines derart krassen, derart schreienden Widerspruchs nicht ausbleiben können, auch wenn sie sich nicht gleich im

grellen Licht, sondern nur allmählich zeigen, aber eben doch so offenbar sind wie das Sonnenlicht am hellen Mittag.

Während wir auf die Reifung und Vertiefung des amerikanischen Gewissens warten, an der auf die Dauer zu zweifeln wir nicht berechtigt sind, mag es pikant sein, darauf hinzuweisen, daß einige intellektuelle Amerikaner ihre liberalen Ansichten in der Weise von sich geben, daß sie auf die Vergangenheit zurückgreifen, was ihnen manchmal ermöglicht, in einem anderen Lande und in einer andern Epoche den nämlichen Geist der Unduldsamkeit, des Fanatismus und Obskurantismus zu denunzieren, von dem ihre eigene Nation gegenwärtig so schwer betroffen ist.

Wie dem auch sei, das sehr schöne und mit großem Interesse und Nutzen gelesene Buch von Ralph M. Wardle, Professor an der Universität von Omaha, das dieser über Mary Wollstonecraft kürzlich im Verlag der Kansas-Universität veröffentlicht hat, verstärkte in uns noch diesen Eindruck. Allen, die Englisch können, wird es möglich sein, einer wirklich faszinierenden Persönlichkeit zu begegnen, von der wir noch viel zu lernen haben. Wardle hat das Buch in charmanter Weise seiner Frau mit den Worten gewidmet: «Einer andern Marie Wollstonecraft.» Es ist mit ebensoviel Objektivität wie Teilnahme geschrieben und wirkt ungemein fesselnd, indem es die unerwarteten, wechselvollen Ereignisse des romanhaften, meist tragischen, jedenfalls außergewöhnlichen Schicksals derjenigen schildert, die ihm Veranlassung zu diesem Buch gab und dessen Heldin sie auch ist. Es sei gleich bemerkt, daß Wardle sich auf solide Unterlagen stützt, denn zahlreiche Briefe und in Zeitschriften veröffentlichte Artikel waren ihm zugänglich, welchen die bisherigen Biographien von Mary Wollstonecraft keine Aufmerksamkeit geschenkt hatten.

Als Tochter eines jähzornigen, despotischen Vaters, der hart seinen Lebensunterhalt verdiente, entbehrte sie von frühester Kindheit an der Liebe, denn ihre Mutter, eine unscheinbare und sehr willfährige Natur, gab den Brüdern und Schwestern Marys den Vorzug. Ganz aus eigener Kraft gelang es dieser, sich allmählich in einem Maße durchzusetzen, so daß sie Stufe um Stufe überschritt, von der untergeordneten Stellung einer Gouvernante und Gesellschaftsdame bis hinauf zur allgemein anerkannten Journalistin und schließlich — eine Neuheit für die damalige Epoche! — zur Schriftstellerin. So erscheint 1786 ihr erstes Werk «Gedanken über die Erziehung junger Mädchen», das schon ihr «Plädoyer zugunsten der Rechte der Frau» ankündigte, dieses Hauptwerk, mit dem für immer der Name und das Andenken Mary Wollstonecrafts verknüpft bleibt. Schon in ihrem ersten Buch stellte sie die Forderung auf, die jungen Mädchen wirklich ernsthaft zu erziehen, um sie zu geschulten Frauen und Müttern heranzubilden, die später fähig sein würden, ihre eigenen Kinder zu führen und zu leiten, statt von den Männern lediglich ihrer leiblichen Schönheit wegen, gewissermaßen als Zierpuppen geschätzt

zu werden. Mary beklagte laut die Leichtfertigkeit und die geistige Oberflächlichkeit, in welchen man die Vertreterinnen ihres Geschlechtes beharren ließ, wobei man sich lediglich darum kümmerte, ihren Geschmack für gute Manieren, Toiletten und großen Aufwand zu entwickeln. Im Verlaufe ihrer demütigenden Lehrjahre als Gouvernante oder Gesellschaftsdame war sie, wie kaum eine andere, berufen, die bitteren Früchte einer solchen Erziehung, die Dummheit, den Mangel an Herzensbildung und oft sogar auch die Unsittlichkeit vieler Frauen wahrzunehmen, die man nach diesen Regeln in Reichtum und Nichtstun erzogen hatte. Mary sah gerade darin die Ursachen des Mißlingens zahlreicher Ehen, die auf der Ungleichheit und völligen Abhängigkeit der Frau vom Mann beruhten, während doch die beiden Geschlechter offensichtlich dazu bestimmt sind, sich gegenseitig zu fördern und zu ergänzen. Wie sollte man nicht von Staunen und Begeisterung ergriffen werden angesichts der Kühnheit und zugleich der Richtigkeit solcher Ideen, wenn man an die Epoche denkt, in der sie formuliert wurden und die noch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben, ganz im Gegenteil!

Ihrer Neigung folgend, die sie antrieb, das zu wagen, wovor damals so mancher Mann zurückgeschreckt wäre — mit wieviel größerer Berechtigung also jedwede Frau —, zögerte sie nicht, einen von seinen Zeitgenossen anerkannten englischen Historiker, Edmond Burke, anzugreifen, der, ungeachtet seiner liberalen Ideen, in der Angst vor der Ansteckungsgefahr, die Frankreich mit seinen 1789 der Welt verkündeten Grundsätzen für England bedeutete, im November 1790 ein sehr parteiisches, im Geist konservatives Geschichtswerk veröffentlicht hatte, das in England großen Widerhall fand: «Betrachtungen über die Französische Revolution». In ihrem «Plädoyer zugunsten der Menschenrechte» griff Mary Wollstonecraft mit dem ihr eigenen Ungestüm Burke an, den sie als tendenziösen Historiker und Anwalt der privilegierten Klassen darstellte.

Die «Plädoyers zugunsten der Rechte der Frau» waren eine logische Folgerung des vorhin zitierten Werkes. Den natürlichen Vorwand hierzu lieferte ihr der Bericht Talleyrands, den die revolutionäre französische Regierung beauftragt hatte, ein nationales Erziehungsprojekt für die neue in Ausarbeitung befindliche Konstitution zu unterbreiten. Dieser Bericht verkannte völlig die liberalen und großzügigen Ansichten eines Condorcet. So sah Talleyrand vor, daß die kleinen Mädchen nur bis zu ihrem achten Jahre gemeinsam mit ihren Brüdern in den öffentlichen Schulen unterrichtet werden sollten, um sich dann bis zu ihrer Verheiratung und selbst noch nach dieser im Hause zu verschanzen. Da war es Mary Wollstonecraft, die sich gegen eine derartige Unlogik auflehnte, der selbst ein Jean-Jacques Rousseau, einer der fortschrittlichsten Geister

seiner Zeit, nicht entgehen sollte, gab er doch seinem «Emile» «Sophie» zur Gefährtin, die er ganz nach antifeministischen, absolut altväterischen Prinzipien erzog. In wenigen Monaten hatte Mary ihr «Plädoyer zugunsten der Rechte der Frau» vollendet. Sie widmete es Talleyrand mit einem Vorwort, in dem sie in einem an ihn persönlich gerichteten Brief ihn und seine Landsleute beschwört, die Frauen nicht ihrer ordentlichen Rechte zu berauben. «Wenn», so schrieb sie, um ihren Gedanken verständlicher zu machen, «die abstrakten Rechte des Mannes im Prinzip und moralisch anerkannt werden, so folgt daraus, daß das gleiche auch für die Rechte der Frau gelten muß.» Shelley, der die Tochter dieser außergewöhnlichen Frau, die auch Marie hieß, zur Gefährtin wählte (in einem seiner berühmten Verse bekannte der Dichter, welchen Eindruck und unauslöschlichen Einfluß Mary Wollstonecraft seit seiner Jünglingszeit bei ihm für immer hinterlassen hatte), ruft aus: «Wie könnte der Mann frei sein, wenn die Frau Sklavin ist?»

Sich auf den Boden uns näherliegender Grundsätze und Tatsachen begebend, die ich in einem kürzlich erschienenen Buch dargelegt habe, dem hier eine ausgezeichnete Besprechung zuteil geworden ist, hat der große italienische Historiker und Geschichtsphilosoph Guglielmo Ferrero wiederholt in meisterhafter Weise aufgezeigt, daß die Forderungen der Frauenrechtlerinnen und besonders die Forderung des Frauenstimmrechts die direkte und unabweisbare Folgerung jeder echten parlamentarischen Demokratie sind. Nur jene Männer können ihre Gegnerschaft rechtfertigen, die zugleich auch unerbittliche Gegner des allgemeinen Wahlrechtes sind.

Dieses Werk «Plädoyer zugunsten der Rechte der Frau» hatte einen ungeheuren Widerhall und beträchtliche Rückwirkungen auf die Zeitgenossen, von denen wir uns heute nur schwer eine Vorstellung machen können. Sehr bald ins Französische übersetzt, wurde das Buch so viel gekauft, daß es sofort vergriffen war. Alle englischen Zeitschriften widmeten ihm lange Besprechungen. Niemals hatte man ein ähnliches Ereignis erlebt: eine Frau schrieb ein Buch über soziale und politische Philosophie und vermochte sich in den weitesten Kreisen Gehör zu verschaffen. In dieser Hinsicht ist es besonders charakteristisch, daß Talleyrand, der einige Jahre später in diplomatischer Mission nach London reisen mußte, ausdrücklich darauf bestand, die ungestüme Briefschreiberin kennenzulernen und ihr einen Besuch abzustatten. Die Nachwelt sollte übrigens die Berühmtheit des Werkes bestätigen. Tatsächlich hat das bekannte Pamphlet endgültig Bürgerrecht erworben, denn es figuriert nunmehr am richtigen Ort im englischen «Everyman»-Verlag, wo ausschließlich die großen Klassiker der englischen Literatur veröffentlicht werden.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die Französische Revolution Marys intellektuelle Bildung entscheidend beeinflußt hatte, stellte doch für sie diese große historische Umwälzung die Versöhnung Voltaires mit

Rousseau dar, die Verschmelzung des Nationalismus mit der Begeisterung, die beide in ihr selbst aufeinanderstießen, so daß sie gleicherweise die Forderungen ihrer Intelligenz und den Ruf ihres Herzens befolgen konnte. Es besteht kein Zweifel, daß sie, die zeitlebens für Not und soziale Ungerechtigkeiten empfänglich war, im Sozialismus das einzige logische und harmonische Endergebnis der Französischen Revolution gesehen hätte, wenn ihr ein längeres Dasein beschieden gewesen wäre, genau so wie später Shelley dies bekennen sollte. Es ist jedoch nicht der Zufall, daß sie am Ende eines allzu kurzen Lebens, in welchem sie sich den gemeinsten Verleumdungen ausgesetzt sah, schließlich während der letzten Monate, die sie auf Erden weilte, das Glück an der Seite William Godwins erleben durfte, dem damals berühmten Verfasser von «Inquiry on Political Justice» (Enquête über die politische Gerechtigkeit). Es sei hier daran erinnert, daß Godwin am Vorabend der Französischen Revolution einer der ersten Theoretiker des aufkommenden Anarchismus war.

Auf einem ganz anderen Gebiete hat Mary Wollstonecraft als Literaturkritikerin 15 Jahre lang in der Zeitschrift «Analytical» die mannigfaltigsten Sujets behandelt; Romane, Bücher über Erziehungsfragen, Philosophie, Metaphysik und andere immer in sehr persönlicher und origineller Art, die keinen Leser gleichgültig ließ. Noch eine andere Form ihres vielfältigen Talents offenbart sie uns in ihren während eines kurzen Aufenthaltes in Schweden, Norwegen und Dänemark verfaßten «Briefen», die eine wahrhaft dichterische und bei ihr außergewöhnliche Begabung und Unmittelbarkeit der Eingebung ankündigen. Einer ihrer Zeitgenossen schrieb 1797 in bezug auf diese Veröffentlichungen: «Haben Sie je die Briefe gelesen, die Mary Wollstonecraft aus Schweden, Norwegen und Dänemark geschrieben hat? Sie haben mich versöhnt; sie haben mich das kalte Klima und das vom nordischen Mond erhellte Glatteis und den Schnee lieben gelehrt.» In Wirklichkeit sind diese Briefe Vorboten der Romantik, vor allem des Dichters Wordsworth, den sie anzukündigen scheinen.

Betrachtet man von hoher Warte aus die Existenz dieser ungewöhnlichen Frau, so muß man in erster Linie ihre unerschöpfliche Güte und Großzügigkeit bewundern. Sie war für die Ihrigen, die sie weder geliebt noch verstanden haben, wirklich die gute Vorsehung. Sie unterstützte sie in der Folge, ohne zu erlahmen und auf die verschiedenste Art, wie sie es auch andern Frauen und Mädchen gegenüber tat, jenen Opfern von Vorurteil und sozialen Verhältnissen der damaligen Zeit, die ohne Unterlaß, aber nie vergebens an ihre Türe pochten. Ein menschliches Gemüt, das aus irgendeinem Grunde litt, vermochte immer wieder Mary zutiefst zu bewegen, sie, die ihre Mitmenschen nie mehr geliebt hat, als wenn sie sie in Mißgeschick und Unglück wußte. Darin beruht, unserer Meinung nach, das große Geheimnis ihres Lebens, ihres Denkens und ihrer Fortdauer.

Es ist durchaus nicht von ungefähr, wenn die «Briefe», die sie während eines kurzen Aufenthaltes in Schweden, Norwegen und Dänemark schrieb und die sie verfaßte, um für sich und ihr Kind den Lebensunterhalt zu bestreiten, ihr bestes Werk darstellen, in dem sie sich uns in ihrer vollen Reife offenbart, und wenn diese nämlichen «Briefe» auf Godwin einen starken Eindruck machten, der in der Folge Marys künftiges Schicksal entscheidend beeinflussen sollte.

Am Ende dieses so interessanten Werkes von Wardle wird der Leser nicht zögern, sich zu dessen Schlußfolgerung zu bekennen, denn nicht weniger als das Werk trägt auch die Persönlichkeit Marys dazu bei, ihre Erinnerung wach zu halten. «Sie war», sagte Wardle, «vor allem eine Frau mit großem persönlichem Charme. Dieser Charme war aber nicht nur der äußere Charme einer hübschen und anmutigen Frau, sondern die schöpferische Ausstrahlung einer mutigen Frau, die der Menschheit zu dienen suchte.» Sie selbst hat einmal in ihren «Briefen aus Schweden» geschrieben: «Etwas pocht in diesem Herzen, was unvergänglich ist.» Und gerade das ist es, was uns Mary Wollstonecraft auch heute noch so staunenswert aktuell, ja unserer Zeit angehörend und als Vorhut geistiger und sozialer Errungenschaften unserer Epoche erscheinen läßt, wie sie dies für ihre eigene Zeit gewesen ist. Und wie soll man beim Lesen der schmerzlich aufwühlenden «Briefe aus dem Hause der Toten» nicht von einer gewissen unerschütterlichen Standhaftigkeit im Unglück und von einer bestimmten Seelenbeschaffenheit berührt werden, die Mary Wollstonecraft und Ethel Rosenberg eigen waren? So sehr ist wahr, daß sich die großen Seelen auf den Höhen wieder zusammenfinden.

Serge Radine

Nachschrift: Die Leser der «Neuen Wege» werden sicher mit Vergnügen diese Würdigung Francis Stuarts vernehmen, des Verfassers von «Die Feuersäule», «Erlösung», «Taufe der Nacht», auf den ich sie aufmerksam gemacht habe und der mir in bezug auf unsere Zeitschrift folgendes mitteilt: «Beim Durchblättern der Zeitschrift ‚Neue Wege' habe ich es als Trost empfunden, in ihr das Zentrum einer Gruppe unter andern in Europa dort und da verstreuten Gruppen zu entdecken, die inmitten unseres heutigen Chaos für die Wahrheit eintreten. Es sind in Wirklichkeit diese wenigen Stätten eines christlichen Glaubens, der alles überdauert und wie ihn ein Dostojewskij, ein Léon Bloy aufgefaßt haben, der allein uns ermöglicht, unseren Glauben zu stärken.»

Serge Radine

Bericht über den Ferienkurs auf dem Flumserberg

4. bis 11. Oktober 1953

Hauptthema: Die Welt vor der Friedensfrage. *Albert Böhler*: Die Botschaft der Propheten und der Friedefürst. *Dr. Hugo Kramer*: Überwindung von Gewalt und Krieg — oder Weltkatastrophe. *Dr. Nikolaus Koch*: Das Ringen um den Frieden in der Weltpolitik. *Prof. Emil Fuchs*: Die Christenheit im Osten und die Arbeit für den Frieden. *C. Weingartner-Studer*: Unsere Aufgabe als Friedeschaffer. *Pfarrer Arthur Rackwitz*: Bürgertum und Arbeiterschaft vor der Friedensfrage.

Letztes Jahr begleiteten auf dem Flumserberg unser intensives Bemühen um das Thema: «Das Reich Gottes und die Politik» meist Kälte, Schnee und Regen. Erst am letzten Tag, nach dem Durchbruch, welchen die Begegnung Strijid — Farner hoffnungsvoll gebracht hatte, leuchteten die Churfirsten und ihre benachbarten Berggipfel in verheißungsvollem Abendglühen auf. Dieses Jahr begann unser Kurs mit Regen und dichtem Nebel. Am dritten Tag aber kam die Sonne, und andauerndes, in Pracht und Klarheit sich steigerndes Schönwetter schenkte uns Herbstglanz-Freude und Höhenluft-Seligkeit. Bis zuletzt am Sonntagmorgen ein wahrhafter Schöpfungstag anbrach: blendend weißes Wellen-Nebelmeer im Tale, aus welchem die Berge schwarz aufstiegen wie ein grandioses Scherenschnittbild des Schöpfers, darüber der glasklare, vergoldete blaue Himmel rein sich hob bis hinauf zum riesig funkelnden Morgenstern, der sich aus dem im Zenith noch samtenen Nachthimmel löste. Ein urweltliches Schweigen ringsum. Dann begann ein kleiner Vogel seinen Lobgesang, und ein fernes Glöcklein, scheu und leise, vereinte sich ihm.

Die Kursteilnehmer, alte und neue Freunde verschiedenster Konfessionen, Berufe und Weltanschauungen (es waren ihrer täglich mehr und neue dazugekommen) pilgerten zur St.-Bernhards-Kapelle hinunter, wo eben die Sonne herrlich aufging, um in gemeinsamem Gebet und Gesang zu danken und um neue Kräfte zu bitten. Allen war bewußt, daß diese Flumserbergwoche Bestätigung für viel Geduld, Mühe, Arbeit und Treue, daß sie neues unerwartetes Leben gebracht hatte. Vor allem Leben aus dem Ausland, aus Deutschland, das diesmal (im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren des Ersten Weltkrieges, wo Leonhard Ragaz das Versagen so bitter in «Mein Weg» beklagen mußte) unendlich viel Gutes, Frisches, Wegweisendes und Tröstendes an Christusglauben, Bereitschaft zur ehrlichen Friedensarbeit und Bericht über darin schon Geleistetes, neuen Impulsen, an geistigen und praktischen Zeichen einer heraufziehenden gewaltlosen Revolution (sollten sich ihre «Soldaten» nicht «Ritter des Friedens» nennen?) zu uns brachte. Wir haben uns um unserer Sache, aber auch um Leonhard Ragaz' willen tief gefreut, daß die zu uns gestoßenen deutschen Freunde sagen konnten, sie hätten in uns zuverlässige Freunde von fester Haltung, verbunden mit Weltweite und innerer und äußerer Freiheit gefunden, die ihnen große, vorerst vor allem geistige Hilfe in ihrem Kampf und in ihrer Arbeit sein würden.

Es war aber nicht nur eine schöne, sondern auch eine, mit ihrer angestrengten Geistesarbeit, ihren Spannungen und Auseinandersetzungen, ihren eingehenden Gesprächen schwere Woche. Die dabei waren, wissen es. Aber das innere Leben unserer Vereinigung und jedes einzelnen der Teilnehmer, das in uns, trotz in vergangener Zeit sich bemerkbar machendem anscheinendem Versagen und Versanden doch nicht vernichtet war, erwachte und erwies sich neu und in die Zukunft weisend, ebensosehr aber auch in Ernst und Demut verpflichtend für uns alle.

Die Referate, die wir alle zu veröffentlichen hoffen (das Referat von Dr. Nikolaus Koch erscheint schon in diesem Heft), und Beiträge, die unsere Diskussionen vertiefen und weiterführen sollen, mögen unsere Leser im Verlauf der nächsten Monate am Wesentlichen unserer Kurswoche teilnehmen und, hoffentlich, mitarbeiten lassen. Wir

können und wollen hier nur kurz einige Grundzüge des Erlebten mitteilen. Hervorheben dürfen wir, daß wir uns nach den Referaten nicht in Details und in Nebenwege, auch nicht in endlose und eigenwillige Diskussionen verloren, sondern daß durchgehend ein sich immer mehr vertiefendes und differenzierendes Gespräch sich entwickelte, bei welchem die hauptsächlichsten Gesprächspartner sich klar, verständnisvoll und ohne Scheu fragten und antworteten und gerade durch Hervorheben abweichender Meinungen um ein Durchstoßen zur praktischen und gemeinsamen Arbeit rangen. Die mehr nur Zuhörenden und Aufnehmenden erfüllten ihre Aufgabe ebenso pflichtbewußt durch nie nachlassende Aufmerksamkeit, eigenes Durcharbeiten des Gesagten und freies Mitgehen mit jeder Kritik, mit jeder Berichtigung, mit jedem Neu-Sehen, das ja immer und immer wieder angebracht ist, wenn man sich nicht festlegen, sondern vorwärts kommen will.

Albert Böhler hat uns mit einem reichen, eindeutig die Linie unseres Weges zeigenden Referat einen Ankergrund gelegt, dessen Wichtigkeit dem ganzen Kurse immanent blieb — spürbar allen, die es spüren wollten und konnten. Er hat die meisten Vormittage geleitet und uns in wohlbedachter Auswahl und mit dem ihm eigenen, nottuenden, aus dem Innersten dringenden Nachdruck Kostbarstes und teilweise Unbekanntes von Blumhardt, Gandhi, Ragaz übermittelt.

Dr. Hugo Kramer legte erneut Zeugnis ab von seiner Einstellung und Haltung zur Weltpolitik, für die er sich voll einsetzt und das Schwert des Zwiespaltes im Sinne der Gerechtigkeit in die antikommunistische Sturheit schlägt. Wie immer, war seine Absage an jede militärische Gewalt eindeutig und sie schlug eine Brücke zum Referat von *Dr. Nikolaus Koch* (Tübingen), der einleitend, obschon er bis zur Stunde mit der regelmäßigen «Weltrundschau» und den «Neuen Wegen» überhaupt nicht bekannt war, die Ausführungen Dr. Kramers gleichsam in einer gedrängten Zusammenfassung vor Augen führte und dann in sachlicher, gründlich durchdachter Weise die Gefahren des Kalten Krieges analysierte und eindringlich zeigte, wie und wo wir unsere Aufgabe im Friedenskampf sehen und anpacken sollen.

Professor Emil Fuchs (Leipzig) bewegte uns durch sein unerschütterliches Vertrauen auf Gott und in die Menschen, vorab in diejenigen Menschen seines jetzigen Wirkungskreises als Theologieprofessor an der Leipziger Universität, die in ungeheurer Aufbauarbeit und in chaotischer Atmosphäre leben und denen er auf seine Weise, von Gott her, helfen will. Angesichts dieses schlichten, wahrhaftigen, vom Feuer der Liebe durchsonnten achtzigjährigen Mannes, den bitterstes persönliches Leid getroffen hat und der um das innere und äußere Schicksal seines Sohnes, Klaus Fuchs, täglich im stillen ringt und bangt, schämte man sich darüber, daß man glaubt, journalistisch, in oberflächlicher Weise (Alan Moorhead: Verratenes Atomgeheimnis) oder in pharisäischer, hämischer Gescheitheit («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1303, 6. Juni 1953 *) das Problem abtun zu können, das an die äußersten Grenzen menschlicher Tragik im Konflikte von Gewissen, eigener Schuld und fremder Schuld angesichts der drohenden Weltvernichtung reicht, und mit dem sich einzelne, hochstehende Menschen völlig allein abquälen müssen, weil an maßgebender Stelle stehende Christen sich darum nicht bemühen, aber desto leichtfertiger richten. Das Problem der Atombombe wird uns allen noch gestellt werden, und wir tun gut daran, uns darauf zu rüsten und es vor Gott und vor kein anderes Forum zu bringen.

Carmen Weingartner-Studer betonte in ihrem, zugunsten dringender weiterer Diskussion sehr verkürzten Referat, daß wir bei unserer Arbeit für den Frieden unbedingt auf den *ganzen* Jesus, also auch auf den kämpferischen Jesus schauen sollen und daß wir heute im vielleicht entscheidendsten Augenblick aller bisherigen Geschichte stehen, fünf Minuten vor zwölf, wo es auf jeden einzelnen ankommt und auf jedes Wort, jede Tat, jedes auf sich genommene Gespräch. (Zum Beispiel das sofortige Aufnehmen eines Gespräches mit einem Menschen in der Eisenbahn, der gemütlich

---

* Siehe auch: «Stellungnahme» im Juli-/Augustheft 1953 der «Neuen Wege». Die Redaktion.)

zu seinem Geschäftspartner sagen kann: «Gott sei Dank kam der Koreakrieg, sonst hätte mein Geschäft nicht diesen Aufschwung genommen!») Der Weltzeit steht die Gotteszeit gegenüber, und diese läßt nicht mit sich spielen und spotten.

Pfarrer Arthur Rackwitz (Berlin), der als der stark und echt dem Gebet verpflichtete Christ praktisch, klug und mit Überzeugung im Marxismus steht und arbeitet, gab uns in seinem Referat viel Überzeugendes, aber auch manches, dem mit Grund von Dr. Koch widersprochen wurde. Seine von bewegendem Ernst zeugenden Ausführungen steigerten und vertieften das gemeinsame Gespräch nochmals stark an diesem letzten Vormittag und ließen uns erkennen, wie sehr wir uns, die wir nun alle soviel voneinander empfangen und lernen durften, die wir eine gemeinsame Quelle haben, aber verschiedenartige Aufgaben, Berufungen, Wirkungskreise, Glaubensanschauungen und — Temperamente —, wie sehr wir uns wach und beweglich halten müssen, wie wir nie wissen dürfen, wo wir das Haupt hinlegen, aber uns um so enger an Jesus Christus drängen und uns von ihm führen lassen wollen. *Seine* Bruderschaft ist die wahrhaft gelebte, *sein* Kampfgeist der wahrhaft heilende und erprobte, *sein* Menschsein bringt uns erst näher an alles Große, was in der Richtung auf den Frieden hin von Großen der Erde geleistet und vorgearbeitet worden ist.

Daß es nottut, die Hand Jesu fest zu ergreifen, zeigte uns auch das in dieser Woche mehr oder weniger dramatisch sich äußernde Gespräch um unsere Mitarbeit mit dem Friedensparlament im besondern und mit der östlichen Friedensbewegung im allgemeinen. Wir waren uns wohl alle einig, daß grundsätzlich eine Begegnung, Gespräche und vielleicht gemeinsame Friedensarbeit geboten, nötig und der Sache des Friedens dienend wären und daß die Bereitschaft dazu bei allen vorhanden ist, da es uns klar ist, daß der Geist weht wo er will und daß das Christentum der Wahrheit des Kommunismus gegenüber versagt hat, derer sich der echte Christ um so mehr anzunehmen hat. Die Lüge des Kommunismus (um mit Berdjajew, der auf dem Flumserberg oft im Geiste uns nahe war, zu reden) aber nicht zu sehen oder sie zu verschleiern, wäre kein Wahrheitsdienst und kein Friedensdienst. Pfarrer Rackwitz, der dem Marxismus so nahe steht, lehnte eine Zusammenarbeit mit der kommunistischen Friedensbewegung nach unerfreulichen Versuchen ab. Wir betonten unsererseits, vielleicht noch zu wenig nachdrücklich, daß von einigen von uns mit Bemühungen um wirklich qualifizierte, in die Tiefe reichende Gespräche begonnen worden ist und, trotz großer Enttäuschung, die Bereitschaft zur weitern Bemühung da wäre, wenn von der andern Seite der Wille zu *solchen* Gesprächen tatsächlich geistig und praktisch sich kundgäbe und wenn nicht aller guter Wille mit taktischen, propagandistischen, massegläubigen und letzten Endes doch gewalthörigen Machenschaften verzettelt und durch solch unechte Zusammenarbeit vergiftet werde. Es *ist* ein schweres Problem, und nur völlige Offenheit beiderseits, und unsererseits völliges Stehen zu Jesus und seiner Botschaft, seiner Wahrheit und seinem Weg kann es zu meistern versuchen. Das Schwert des Evangeliums ist zweischneidig. Die eine, von der Gewalt geschärfte Seite sollen wir stumpf machen durch die Liebe und Gewaltlosigkeit, die andere, von der Liebe geschliffene Seite sollen wir um der Sache Gottes willen in Liebe und Verantwortung dort einschlagen, wo unklare Gefühle, unfreie Handlungen, verschleiernde und bloß zusammenkittende Bindungen sind, die der Sache Christi im Wege stehen und sie aufs verheerendste gefährden können. Der Friede Christi ist klar und eindeutig. Und *diesen* wollen wir schaffen, mit allen unsern Geisteskräften und Geistesgaben, mit der Tat und von ganzem Herzen.

Lebendige, zum Teil ergreifende, dann wieder entspannende, auch interessante und aufschlußreiche Abende verbrachten wir mit Vorlesen der erschütternden Briefe des Ehepaars Rosenberg, mit Musik (C. Weingartner, Hugo Kramer, Vreni Volkart, Sofie Widmer), Diskussion, lebendigem Bericht aus eben geschautem und erlebtem Rußland (Millicent Furrer-Proud), Bericht über die Zentralstelle für Friedensarbeit (Pfr. Willi Kobe), und mit unserem Flumserberg-Wurzelkünstler, der uns unter anderem ergreifende Partien aus der bald erscheinenden Selbstbiographie von Friedrich Wilhelm Förster vorlas, wanderten, kletterten und wunderten wir in den Bergen herum.

Ganz improvisiert erzählte uns Dr. Koch an einem Abend von seinem und seiner

sechs Kameraden *Verhandlungsgang*, der eine Art Manöver darstellte zur Offensive der Gewaltlosigkeit, welche Gewaltlosigkeit von den Menschen bis jetzt überhaupt nicht für möglich gehalten wird, besonders nicht in unsern Ländern, wenn man schon Indien als solchen Experimentes für fähig hielt. Der friedliche Feldzug der sieben Aufrechten mit ihrer weißen Fahne war so nüchtern, sachlich und anschaulich dargestellt worden, daß uns ob solchen Wunders, das da tatsächlich vor einigen Monaten im Deutschland der West- *und* der Ostzone geschehen ist, heiß ums Herz wurde. *Solches* Rittertum einmal überall erleben zu dürfen, *solche* Schlachten einmal in aller Welt schlagen zu dürfen mit keinen andern Waffen als mit Offenheit, Mut, Güte und Wissen, mit fester Haltung und frohem Kindersinn und so viele Menschen friedlich zu neuem Denken und Tun und neuem Hoffen und Wirken zu führen — ist dies nicht die Wende für uns alle, vor allem für das neue Geschlecht, das darnach dürstet, Heldentaten zu tun und dem mit dem Knopfdrücken zur Auslösung einer Atombombe, die ganze Erdstriche total vernichtet, wirklich nicht geholfen ist, das aber aufblühen könnte in fruchtbarem, positivem Schaffen einer neuen Welt im Sinne Jesu. Und nachdem die friedliebende, aber säbelrasselnde Schweiz drastisch (von einem Schweizer) dargestellt worden war, stieg die Vision eines wahrhaftigen Volkes der Hirten vor uns auf, und die Wirklichkeit dieser Vision ist schöner und realer als der Alpdruck, unter dem wir jetzt ersticken.

Wir danken allen herzlich und bewegt, die auf irgendeine Weise mitgeholfen haben, diesen Ferienkurs zu gestalten und zu tragen, nicht zuletzt unsern freundschaftlich gesinnten Gastwirten im Hotel «Alpina». *C. W.-St.*

WELTRUNDSCHAU

Diplomatie des Kalten Krieges Wenn Diplomatie die Kunst ist, Worte zu machen, um seine Gedanken zu verbergen, dann haben die Meister dieser Kunst und ihre Schüler in den letzten Wochen wieder einige bemerkenswerte Leistungen vollbracht. Angeblich um die West-Ost-Spannung zu mildern, haben die Westmächte Anfang September der Sowjetunion eine *Außenministerkonferenz* vorgeschlagen, die Ende Oktober hätte in Lugano zusammentreten und sich vor allem mit der Lösung der *deutschen Frage* befassen sollen. Die Sowjetunion hat darauf mit dem Gegenvorschlag geantwortet, zuerst eine Konferenz abzuhalten, die unter Beiziehung Chinas die *Gesamtheit* der strittigen Weltfragen prüfen solle; erst nachher solle an einer neuen Konferenz die deutsche Frage erörtert werden, nebst anderen Vorschlägen, «die im Laufe der Vorbereitung der Tagung unterbreitet werden».

Im westlichen Lager wurde diese Antwort mit der üblichen Entrüstung aufgenommen. Sie sei, so hieß es, «ein trostloses Dokument»; der Sowjetunion sei es überhaupt nicht um Verhandlungen zu tun, sondern nur um die Spaltung der Westfront und die Vermehrung der internationalen Schwierigkeiten und was dergleichen Vorwürfe mehr sind. Es ist das alte Lied: Wenn die Sowjetunion nicht ohne weiteres die Vorschläge der Gegenseite annimmt, so ist das einfach Sabotage am Frieden; die Begehren der Westmächte hingegen sind immer vom reinsten Friedenswillen eingegeben und müssen von allen Gutgesinnten in allen wesentlichen Punk-

ten erfüllt werden ... Man wird dabei gewiß zugeben müssen, daß die russischen Vorschläge, soviel sie auch für sich haben mögen, der Linie der gegenwärtigen westmächtlichen, besonders der amerikanischen Politik zuwiderlaufen und darum aussichtslos sind, zumal die Anregung auf Beiziehung Chinas zu einer allgemeinen Weltkonferenz und auf Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung mit Vertretern der Ostzone. Aber sind die bekannten Vorschläge der Westmächte für die Lösung der deutschen Frage — «freie Wahlen» mit folgender Möglichkeit des Anschlusses Gesamtdeutschlands an den Westblock — für Rußland etwa weniger unannehmbar? Mutet man im Westen der Sowjetunion wirklich zu, ein «neues», aufgerüstetes Deutschland in Kauf zu nehmen, das mit größter Wahrscheinlichkeit im Bunde mit den Vereinigten Staaten den Versuch machen würde, einen gewaltsamen Umsturz der Machtverhältnisse in Osteuropa herbeizuführen? Wenn es demgegenüber Moskau vorzieht, die deutsche Frage in der Schwebe zu lassen und die Verantwortung für die Ablehnung einer Weltkonferenz, an der auch China beteiligt wäre, den Westmächten zu überlassen, so haben diese sicher kein Recht, den Russen daraus einen Vorwurf zu machen; *ihr* Bestreben geht ja doch offenkundig darauf aus, die Sowjetunion vor die Wahl zu stellen, entweder als Friedensfeind gebrandmarkt zu werden oder aber vor dem Westblock (und Westdeutschland) zu kapitulieren.

Daran dürfte auch die neue Note der Westmächte an Rußland nichts ändern, die die Einladung nach Lugano wiederholt, so wenig wie der Nichtangriffspakt zwischen Ost- und Westblock, der jetzt in Washington studiert wird. Denn wenn ein solcher Pakt ernst gemeint wäre, so müßte er doch die Sowjetunion und ihre Verbündeten ebenso vor einer gewaltsamen Änderung der gegenwärtigen Ostgrenze Deutschlands schützen, wie Westeuropa vor einem Einbruch der Sowjetunion in das Land diesseits der Oder-Neiße-Linie. Gerade das aber will man mindestens in Amerika nicht. Man will dort der Sowjetunion nur Sicherheit vor einem neuen Angriffskrieg aus dem Westen geben, wenn sie zuvor — auf dem Weg über die berühmten «freien Wahlen» — die Angliederung Gesamtdeutschlands an den Westblock und womöglich die «Unabhängigkeit» Polens, der Tschechoslowakei usw. angenommen und gewährleistet habe. Ist es darum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß das Ganze ein unredliches Spiel mit Worten ist, hinter dem alles andere, nur kein ernster Wille zum Frieden steht, der eben kein Diktat sein darf, sondern auf gegenseitigem Nachgeben beruhen muß?

Aufstand gegen Amerika! In *Moskau* — und Peking — scheint man das begriffen zu haben. Daher die verstärkte Betonung von Stalins Politik der friedlichen Konkurrenz der beiden großen Weltbünde und der in ihnen verkörperten Systeme: des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus. Wobei dahingestellt sei, *wie lange* nach russischer Auffassung dieses Nebenein-

anderleben der beiden Systeme andauern kann; denn daß der Kommunismus — oder in den dafür in Frage kommenden Ländern irgendein radikaler Sozialismus demokratischer Prägung — schließlich in der ganzen Welt zum Durchbruch kommen müsse, ist selbstverständlich die feste Überzeugung der Sowjetpolitik, nur daß sie eben ein zunehmendes *inneres* Versagen des Kapitalismus ins Auge faßt, ohne kriegerischen Zusammenstoß mit der kommunistischen Welt, höchstens begleitet von einer gewaltsamen Auseinandersetzung unter den kapitalistischen Mächten selber.

In *Washington* herrscht, besonders seit Eisenhower und Dulles das Steuer in die Hände genommen haben, demgegenüber der offenbare Wille vor, es auf eine endgültige Machtprobe mit dem kommunistischen Block ankommen zu lassen. Die Schwierigkeit ist dabei bloß, die *europäischen Verbündeten* Amerikas bei der Stange zu halten und Widerstände einer sich bildenden «dritten Kraft» zu neutralisieren. Denn hatte man namentlich in England und Frankreich schon immer seine Zweifel, ob es noch möglich sei, einen kommunistischen Block zu zerschlagen, dem jetzt auch das Vierhundertmillionenvolk des neuen Chinas angehört, ohne daß dabei Europa geopfert werde, so weckte die neue Friedensoffensive der Sowjetunion in den westeuropäischen Ländern erst recht Hoffnungen und Strebungen, die auch in Amerika nicht übersehen werden konnten. Und als gar Winston Churchill selber, der alte Bolschewikifeind und Mitorganisator des Kalten Krieges, sich offen zu einer Politik der friedlichen Verständigung mit Moskau bekannte, da sah sich Washington geradezu vor die Wahl gestellt, entweder auf seine Scharfmacherpolitik zu verzichten oder aber seine europäischen Verbündeten zu verlieren.

Gewiß fühlen sich die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs, Italiens usw. aufs stärkste an die Vereinigten Staaten gebunden, wirtschaftlich wie politisch, nicht zuletzt auch als Nutznießer eines kolonialen Imperialismus, für dessen Aufrechterhaltung sie, trotz allem beunruhigenden Appetit des großen Gönners jenseits des Ozeans, auf die tatkräftige Unterstützung Amerikas unbedingt angewiesen sind. Allein auf der anderen Seite wachsen eben auch die *Gegensätze* zu Amerikas draufgängerischem Gewaltkurs, wächst namentlich die Furcht, sei es in Europa oder in Asien, sei es durch die gefährliche Verbindung der Vereinigten Staaten mit Syngman Rhee und Tschiang Kai-Shek oder durch die amerikanische Politik der «Befreiung» Osteuropas, in ein weltweites Abenteuer hineingerissen zu werden, das vielleicht die Vereinigten Staaten zur alleinherrschenden Weltmacht erheben, für Europa aber nur Zusammenbruch und Zerstörung bedeuten könne. Ganz bezeichnend für diese Stimmung ist der Umstand, daß in England der Gedanke einer friedlichen Verständigung mit dem östlichen Lager recht eigentlich volkstümlich geworden ist und den schlaffen Segeln der Labourpartei frischen Wind zugeführt hat. Aneurin Bevan, der Führer des linken Labourflügels, hat sicher nicht nur für die ganze Partei, sondern auch für weite Kreise in den andern politi-

schen Lagern gesprochen, wenn er unlängst Amerikas Finanzwelt und Diplomatie beschuldigte, «die gleiche Art Europa zu schaffen, die zum Krieg führte». «Wenn wir es zulassen», so sagte er, «daß in Spanien, Frankreich und Großbritannien die gleichen Elemente an die Macht gelangen wie vor dem Kriege, dann wird das die gleichen Folgen zeitigen ... Es scheint mir zutiefst böse, daß die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Kultur auf die spanische Gesellschaftsordnung zu gründen. Etwas derartig Böses geschieht auch in Westdeutschland und Italien.» (United-Preß-Meldung vom 1. Oktober.)

Bevan forderte die britischen Sozialisten auf, diesem Zug der amerikanischen Weltpolitik entschlossenen Widerstand zu leisten und die Führung im Kampf um den Weltfrieden zu ergreifen, wie das Nehru in *Indien* bereits getan habe. Die indische Opposition gegen Amerikas Machtpolitik, wie sie namentlich auch im Schoße der Vereinten Nationen zutage tritt, erregt tatsächlich in Amerika zunehmende Verstimmung und Erbitterung, nicht zu reden vom Zorn der südkoreanischen Halbgötter, die Indien bereits ganz ungescheut als an Moskau und Peking verkauft hinstellen. Anderseits weiß man in England genau, daß man sich auf die Länge keiner Politik verschreiben darf, die Indien zum Gegner hat; das Britische Commonwealth — die Gemeinschaft der um Großbritannien lose gruppierten Staaten: Irland, Kanada, Südafrika, Indien, Pakistan, Australien und Neuseeland — würde unweigerlich auseinanderfallen, wenn sich England auf den Versuch einer Gewaltlösung für die großen Weltfragen einließe, wie das den Vereinigten Staaten vorschwebt.

MacArthur in Zivil Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sieht sich so einer überaus schwierigen Lage gegenüber. Sie zu meistern, die aufsässigen Verbündeten zu beschwichtigen, neue Verbündete zu gewinnen und überhaupt ein internationales Klima zu schaffen, das den Zusammenhalt und die Schlagkraft der antikommunistischen Weltfront sichert — das ist die Aufgabe, die sich John Foster *Dulles*, «der MacArthur in Zivil», wie man ihn schon nannte, gestellt hat. Und er hat dabei, neben Scheinerfolgen, im Laufe der letzten Wochen und Monate auch erhebliche positive Ergebnisse zu buchen vermocht. Überblicken wir rasch die Hauptentwicklungen.

1. Amerika hat mit *Südkorea* einen förmlichen Allianzvertrag geschlossen und sich zugleich verpflichtet, zusammen mit Südkorea die in Aussicht genommene Friedenskonferenz zu verlassen, falls sie nicht innert neunzig Tagen zu demjenigen Ergebnis führe, das auch Amerika wünscht: die Wiedervereinigung Koreas unter dem Regime Syngman Rhees.

2. Die 16 UNO-Staaten, die sich am Koreakrieg beteiligt haben, sind von Amerika bestimmt worden, *China* mit dem *Totalkrieg* zu bedrohen, falls es in Korea zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommen solle. Also grundsätzlich der Triumph des Gedankens, von dem sich Mac Arthur von Anfang an leiten ließ.

3. Die Vereinigten Staaten haben es in der UNO durchgedrückt, daß *Indien* von der Koreakonferenz ausgeschlossen wurde. Nun ist zwar inzwischen auf den 22. Oktober eine Vorbesprechung zwischen Vertretern Amerikas, Nordkoreas und Chinas in Panmunjom angesetzt worden, an der die Frage der Beiziehung Indiens noch einmal «diskutiert» werden soll; aber Washington hat sich ausdrücklich die Entscheidung darüber selbst vorbehalten, so daß zum mindesten unklar bleibt, ob es ernstlich daran denkt, der Weltmeinung hier ein Zugeständnis zu machen. Auf jeden Fall ist die *Lage in Korea* neuerdings sehr *gespannt* geworden. Die Südkoreaner, unterstützt vom amerikanischen Kommando, setzen alles daran, um zu verhindern, daß die «nichtheimkehrwilligen» Nordkoreaner und Chinesen, die in den UNO-Lagern monatelang psychologisch aufs heftigste bearbeitet worden sind, von ihren Landsleuten auch nur einigermaßen sachlich über ihre Lage im Fall ihrer Rückkehr aufgeklärt werden. Welchem Terror diese Leute ausgesetzt sind, deutet auch der Koreakorrespondent der «New York Times» an, wenn er am 28. September berichtet: «Es wurde bekannt, daß bei der scharfen Disziplin in den Reihen der Gefangenen manche, die tatsächlich heimkehren wollten, Angst hatten, diesen Wunsch zu äußern, weil sie Mißhandlungen oder Schlimmeres von Mitgefangenen fürchteten.» Aus dieser Lage können noch die gefährlichsten Verwicklungen entstehen. *

4. In *Persien* ist — wir haben davon ja früher gesprochen — der Zug nach «links», der angesichts der fürchterlichen Not des einfachen Volkes nur allzu natürlich ist, durch den Staatsstreich des ehedem nazifreundlichen Generals Zahedi mit Hilfe der Vereinigten Staaten vorerst aufgehalten worden. Daß die von Amerika finanzierte Militärdiktatur Bestand haben könne, ist zwar ganz unwahrscheinlich, aber Tatsache ist doch, daß für den Augenblick «die Stellung der Vereinigten Staaten in Persien bedeutend gefestigt» wurde, wie Walter Boßhard, der Asienkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 2371 des Blattes), feststellt. Amerika habe «gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber Großbritannien einen gewaltigen Vorsprung gewonnen».

5. Möglicherweise setzt sich Amerika auch in *Ägypten* an die Stelle Englands. Zum mindesten nützt es die Finanz- und Wirtschaftshilfe, die

---

* Damit sich zur Tragödie auch das Narrenspiel geselle, wird in der militärischen Führung der *schweizerischen Koreadelegation* «etwas viel Fastnacht» getrieben, wie das «Volksrecht» schreibt:

> «Zuerst die plötzliche Verwandlung eines Oberleutnants in einen Obersten z. K. (Korea-Oberst) und eines Obersten in einen Oberstbrigadier; dann die belanglosen Presseberichte der Delegation aus Korea, die jeweils mit vierzehntätiger Verspätung eintreffen, nichts Wesentliches enthalten und längst überholt sind, wenn sie erscheinen, und jetzt der Mummenschanz mit amerikanischen Generalsuniformen.»

Der Kommandant unserer Koreamission, Oberstdivisionär Rihner, hat sich nämlich in eine amerikanische Uniform geworfen, allerdings mit schweizerischen Gradabzeichen; sein Untergebener, Oberst Asper, trägt aber fröhlich die volle Uniform eines amerikanischen Einstern-Generals ...

es Ägypten in Aussicht stellt, dazu aus, um eine «Verständigung» zwischen Ägypten und Großbritannien herbeizuführen, die seine eigene Stellung im Orient kräftig zu verstärken geeignet wäre.

6. *Spanien* ist von Amerika noch viel offener als Persien (und Ägypten) gekauft worden. Die 226 Millionen Dollar (über eine Milliarde Schweizer Franken), für die Spanien seine Flugplätze, Häfen, Eisenbahnen, strategischen Straßen und sonstigen Militäranlagen den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellt, sind für das Regime Franco eine unschätzbare Hilfe, machen es tatsächlich zum Bundesgenossen der «freien Völker» im Kampf gegen «Diktatur und Tyrannei» (welche Lüge!) und bereiten sogar, wenn man gewissen Berichten glauben darf, Spaniens förmlichen Anschluß an den Nordatlantikbund vor. Daß fast gleichzeitig der Vatikan ein neues Konkordat mit Spanien abgeschlossen hat, das von der spanischen Presse als großer Triumph des Regimes gefeiert wurde, ist kein Zufall. Del Vayo schreibt in «The Nation» (26. 9.) erbittert:

«Gerade als eine ernste innere Krise unvermeidlich schien — sogar ein Teil der Armee wurde unruhig —, kamen die Vereinigten Staaten und der Vatikan dem Diktator zu Hilfe. Die Reaktion hat überall die Früchte der Interessengemeinschaft zwischen der katholischen Kirche und der großen protestantischen Republik geerntet. Nachdem sie so oft katholischem Druck zu Hause nachgegeben haben, werden die Amerikaner kaum etwas gegen die Finanzierung einer Diktatur in Spanien einwenden, die die Protestanten verfolgt, ihnen ihre Kirchen sperrt und ihre Pfarrer ins Gefängnis steckt. Der Einklang zwischen den rivalisierenden Bekenntnissen ist durch das gemeinsame Ziel der Ausrottung des Kommunismus hergestellt worden. Dieser Zweck beherrscht die ganze politische Strategie des Westens. Wer immer ein Schwert für den Kreuzzug beisteuert, auch wenn es ein mit Christenblut befleckes Schwert ist, bekommt den zweifachen Schutz des Dollars und des Kreuzes.»

7. Ein ähnliches Abkommen wie mit Spanien hat Amerika mit *Griechenland* abgeschlossen. Es ermächtigt die Vereinigten Staaten, in Griechenland Flottenstützpunkte und Flugplätze, Straßen und Bahnen zu benützen und auszubauen und Streitkräfte zu stationieren, die sich überall frei bewegen können. Daß damit das halbfaschistische Regiment in Griechenland neuerdings — wenn auch nur künstlich — gestützt wird, liegt auf der Hand.

8. Nachdem die Vereinigten Staaten schon bisher einen Drittel der Kosten für Frankreichs Krieg in *Indochina* getragen hatten, haben sie jetzt ihrem stöhnenden Verbündeten eine weitere massive Unterstützung gewährt, um ihn am Absprung zu verhindern. Darüber weiter hinten mehr.

9. Endlich wirkt sich der Wahlsieg, den in *Westdeutschland* die Regierung Adenauer mit amerikanischer Wirtschafts- und Propagandahilfe errungen hat, deutlich zugunsten der Machtziele der USA aus. Auch *Churchill* hat sich in seiner enttäuschenden Rede am konservativen Parteitag in Margate erneut für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands erklärt, und wenn Frankreich und Italien noch lange mit der Genehmigung des Pariser Vertrages zögern, so gibt es noch andere Wege, um die Wie-

deraufrüstung Westdeutschlands zu sichern, sei es, wie Churchill mit einem drohenden Seitenblick auf Frankreich andeutete, durch Einbeziehung der Bonner Republik in den Atlantikbund, sei es durch direkte Abmachung zwischen Amerika und Westdeutschland à la Spanien. Denn in England wird man damit ebenso einverstanden sein wie mit dem spanisch-amerikanischen Sondervertrag, der — wieder so ein Stück diplomatischer Heuchelei! — das prüde Großbritannien nicht *unmittelbar* zum Komplicen Francos macht. Bereits läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2262) melden, daß in London «an zuständiger Stelle» die Meinung zu herrschen scheine, «die Sowjetunion werde sich erst verhandlungsbereit zeigen, wenn westdeutsche Divisionen auf der Bildfläche zu erscheinen beginnen». Kein Wunder darum, daß Churchill auch seinen berühmten Konferenzvorschlag vom 11. Mai, auf den die Völker der ganzen Welt soviel Hoffnungen gesetzt hatten, in seiner neuen Rede nur noch der Form halber, ganz schwächlich und ohne Überzeugung, wiederholt hat. Ernüchtert stellt der «New Statesman» (17. Oktober) fest:

«Seit dem letzten Samstag müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß die britische Friedensinitiative von ihrem Urheber endgültig fallengelassen worden ist. Nach einem Augenblick inspirierter Verirrung ist eine konservative Regierung zu der hergebrachten konservativen Politik zurückgekehrt, und Großbritannien hat sich aus der Unabhängigkeit wieder zurück in seine Stellung als Seniorsatellit der Vereinigten Staaten begeben.»

Herrn Dulles fiel es so wirklich nicht schwer, an der jüngsten Außenministerkonferenz der Westmächte in London die nochmals schüchtern erwähnte britische Anregung, sich mit den Russen zu Verhandlungen zusammenzusetzen, glatt unter den Tisch zu wischen. England wird ihm nicht so schnell wieder Schwierigkeiten machen!

Gegenkräfte Eine Hauptsorge Washingtons bleibt hingegen immer noch *Frankreich* — trotz der Unterwürfigkeit von dessen herrschender Klasse gegenüber Amerika. Die Regierung Laniel-Pleven ist von drei Seiten her bedroht: aus dem Lager der Arbeiter, Angestellten und Beamten, aus dem jederzeit neue Streikbewegungen hervorbrechen können; von seiten der Bauern, die wegen der fallenden Vieh- und Weinpreise in Unruhe sind; und aus den Gruppen und Kreisen, die der deutschen Wiederaufrüstung feind sind. (Die Sozialdemokraten machen freilich neuerdings Miene, ihren Widerstand aufzugeben.) Was aber, wenn eine mehr linksorientierte Regierung ans Ruder käme, vielleicht sogar eine neue Volksfront (Radikale, Sozialisten und Kommunisten)? Wird dann nicht der Krieg in Indochina abgebrochen werden, an dem Amerika so ungeheuer interessiert ist? Und wenn Frankreich die Ratifikation des Deutschlandvertrags verweigert, Amerika aber sich die westdeutschen Divisionen auf andere Art sichert — wird dann Frankreich nicht wieder Rückendeckung bei der Sowjetunion suchen, mit der es immer noch ein gültiger Allianzvertrag verbindet? Oder wird Amerika in Frankreich zu

wiederholen suchen, was ihm in Persien gelungen ist: die Aufrichtung einer reaktionären Militärdikatur, zur Rettung vor der Revolution und zur Wiederherstellung der antikommunistischen Einheitsfront in Europa?

Auch auf *Italien* kann sich Amerika nicht verlassen; nicht nur wegen der Labilität der innerpolitischen Lage (die großen Streikbewegungen dauern fort), sondern auch weil die Vereinigten Staaten und Großbritannien, entgegen ihrem demagogischen Wahlversprechen von 1948, nicht mehr daran denken, das *ganze* Gebiet von Triest Italien zu überlassen, sondern sich mit der tatsächlichen Zugehörigkeit der Zone B zu Jugoslawien abgefunden haben und Italien nur die Zone A, mit der Stadt Triest selber, übergeben wollen. Das ist ja kurz der Sinn ihrer «sensationellen» Erklärung vom 8. Oktober, die in Italien wie in Jugoslawien soviel Aufregung — weithin nur gemachte allerdings — hervorgerufen hat: in Italien, weil man auch die slawischen Teile des Gebietes von Triest haben will, in Jugoslawien, weil man keinerlei Festsetzung Italiens auf dem Ostufer der Adria wünscht und — anders als Italien — durch die britisch-amerikanische Diplomatie völlig überrumpelt wurde. Die Westmächte werden Mühe haben, die erhitzten Gemüter zu dämpfen; begeisterte Bundesgenossen werden sie aber künftig weder auf der einen noch auf der andern Seite haben. Ja, es ist bereits offen davon die Rede, daß Jugoslawien das amerikanische Lager verlassen und sich in die Neutralität zurückziehen werde — sofern das überhaupt noch möglich ist.

Und dann *Japan!* MacArthur hat ja sein möglichstes getan, um Japan zum getreuen Satelliten Amerikas zu machen, und Dulles meinte, mit dem von ihm entworfenen japanischen Friedensvertrag das Werk des amerikanischen Statthalters in Ostasien klug gekrönt zu haben. Aber jetzt erweist sich, daß die Japaner immer stärker von den Vereinigten Staaten abrücken, daß die Fortdauer der militärischen Besetzung ihres Landes zunehmende Erbitterung schafft und daß sich — o Ironie! — die Rechtsregierung Yoshida sogar «hinter die Nicht-Wiederaufrüstungs-Klausel der Verfassung flüchtet, die in der ersten Zeit nach dem Krieg für sie von General Douglas MacArthur, diesem großen Pazifisten, entworfen wurde», wie die «Monthly Review» spottet. Japan weiß eben, daß seine Lebensinteressen es auf das asiatische Festland hinweisen, und daß vor allem seine Wirtschaft die enge Verbindung mit China dringend braucht. Amerika kann diese Verbindung — und eine Annäherung Japans an die Sowjetunion — zwar vorübergehend verhindern, aber daß der Japaner der gefügige Gefolgsmann der amerikanischen Imperiumspolitik in Ostasien werde, der sich selbstlos für die Zwecke des großen antikommunistischen Kreuzzuges gebrauchen lasse, das wird ein Wunschtraum bleiben, der mit der Wirklichkeit nicht mehr viel gemein hat. Die Japaner sind eben keine Westdeutschen!

Ob man das in Washington allmählich merkt? Adlai *Stevenson*, der letztes Jahr ehrenvoll unterlegene demokratische Kandidat für die amerikanische Präsidentschaft, sucht es den Regierenden klar zu machen —

wenn auch noch sehr vorsichtig. Nach seiner großen Asienreise ermahnte er seine Landsleute ernstlich, die Vorstellung aufzugeben, daß Amerika eine Art Wach- und Schließgesellschaft zur Unterdrückung mißfälliger Ideen sein müsse, und forderte sie auf, wieder die Werte zu betonen, an die sie angeblich von jeher geglaubt hätten. Und das heiße, alle Möglichkeiten, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, mit größter Gewissenhaftigkeit auszunützen. «Ist unser Ziel», so fragte er, «durch Verhandlung Wege zur Milderung von Spannungen herauszufinden, oder ist es die Verschärfung des Kalten Krieges? Ist es friedliches Nebeneinanderleben oder aber die Austilgung der kommunistischen Macht?» Das ist deutlich genug. Aber wird Stevenson auch Gelegenheit bekommen, sein Denken zur Tat werden lassen? Die Republikanische Partei verliert, wie auch die jüngste Nachwahl zum Bundesparlament im Staat Wisconsin gezeigt hat, bereits offensichtlich an Boden im Volk, und daß Eisenhower als Staatsmann ein Versager ist, wird allmählich auch vielen seiner bisherigen Anhänger klar. Allein von hier bis zu einem Umschwung der amerikanischen Gesamtpolitik ist noch ein weiter Weg. Und nichts als ein solcher Umschwung wird die Weiterverfolgung eines Kurses aufhalten können, der, wenn nicht die Vereinigten Staaten selber, so gewiß Europa ins Verderben zu stürzen droht. Werden sich die Gegenkräfte gegen den Eisenhower-Dulles-Kurs, von innen und außen her, noch rechtzeitig durchzusetzen vermögen? Die Frage ist offen.

Der Kampf um Indochina Wir haben vorne gesagt, daß die westeuropäischen Demokratien auch durch ihren Kolonialimperialismus eng an der Seite der Vereinigten Staaten festgehalten werden. Um das zu verdeutlichen, wollen wir heute drei ebenso aktuelle wie sprechende Beispiele für diesen westmächtlichen Kolonialismus anführen.

Das erste ist *Indochina*. Der «schmutzige Krieg», den die Franzosen dort führen, droht mit verstärkten Mitteln fortgesetzt zu werden, seit die Westmächte, und vor allem die Vereinigten Staaten, in Korea — mindestens vorübergehend — entlastet worden sind. Dies obwohl für uns von vornherein feststeht, daß dieser Krieg nur mit der endgültigen Niederlage der «Kolonisatoren» sein Ziel finden kann. Denn Indochina ist ja nur ein Teilstück der großen Front, an der die unterentwickelten Völker Asiens (und Afrikas) ihren weltgeschichtlichen Kampf um die Befreiung von Fremdherrschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung führen. Ja, Indochina ist nur einer der Schauplätze des weltweiten Ringens zwischen Revolution und Gegenrevolution, in dem wir begriffen sind, und daß in diesem Ringen der Sieg den Kräften des Neuen, Vorwärtsdrängenden, Umwälzenden gehören wird, daran zweifeln wohl im Grund auch im Lager der Verteidiger der alten Ordnungen nur wenige. Alle Anstrengungen des offiziellen Frankreichs haben denn auch die «kommunistische Aggression» in Indochina nicht zu zerschlagen vermocht. Frankreich hat seit sieben

Jahren nur riesige Opfer bringen müssen; es hat — eingeschlossen seine Fremdenlegionäre und seine vietnamesischen Verbündeten — 135 000 Mann verloren, von denen 48 000 gefallen sind, hat ganze Jahrgänge seiner Offiziersschulen dahingegeben, hat bis Ende 1952 bereits 25 Milliarden Schweizer Franken in das indochinesische Abenteuer gesteckt — mehr als es in Form der Marshallplan-Hilfe von Amerika bekommen hat —, hat seine Staatsfinanzen immer mehr zerrütten lassen, ist in Europa — besonders gegenüber der deutschen Gefahr — verhängnisvoll gelähmt und überall aufs demütigendste in Abhängigkeit von Amerika geraten. Aber zu einem durchschlagenden militärischen Erfolg in Indochina hat es dennoch nicht gereicht. Über die großen Städte und die Küstengebiete hinaus erstreckt sich die französische Herrschaft schon lange nicht mehr; der Vietminh — der Staat der aufständischen Eingeborenen — ist im Hinterland fest organisiert und übt mit seinen Reformen eine unwiderstehliche Anziehungskraft auch auf die Völker von Laos und Kambodscha aus, die mit dem Puppenstaat Vietnam zusammen die «Verbündeten Staaten von Indochina» bilden. Ja, soeben hat der Nationalkongreß von Vietnam selber, einberufen von dem frankreichhörigen «Präsidenten» Bao Dai, die völlige Unabhängigkeit Vietnams von Frankreich gefordert — ein schwerer Rückschlag für Frankreich, das damit moralisch Indochina wohl verloren hat. Wie lang die vietnamische Armee unter diesen Umständen noch für den Kampf gegen den Vietminh eingesetzt werden kann, steht dahin.

Wenn trotz alledem der Krieg in Indochina weitergeführt wird, so nur darum, weil dahinter mächtige, bisher unerschütterte *konservative Kräfte* wirken. Was für Kräfte? Einmal das korrupte *Kolonialbeamtentum*, das aus dem Krieg ein glänzendes Geschäft zu machen verstanden hat, nicht zuletzt dank der — von uns schon einmal besprochenen — Möglichkeit, aus dem künstlich hochgehaltenen Kurs des indochinesischen Piasters bei der Umwechslung in Francs horrende Gewinne zu ziehen. Sodann die ganze Oberschicht des *kapitalistischen Bürgertums* in Frankreich, die an dem Besitz und der Ausbeutung Indochinas wie der anderen Kolonien aufs stärkste interessiert ist. Und zum dritten — was immer wichtiger wird — die *Vereinigten Staaten von Amerika*, die um keinen Preis Indochina der Hand Frankreichs entgleiten lassen wollen. Wie die Neuyorker «Monthly Review» (August 1953) schreibt:

«Niemand in der amerikanischen Regierung bezweifelt, daß sich ein freies Indochina rasch mit China verbünden und den Weg der sozialen Neugestaltung beschreiten würde, den China bereits verfolgt. Aber das heißt eben für Washington, Indochina an den Kommunismus ‚verlieren' ... Und das würde seinerseits den Einfluß der ‚Freien Welt' auf ganz Süd- und Südostasien gefährden, wie Präsident Eisenhower selbst vor den Staatsgouverneuren in Seattle am 4. August nachdrücklich betonte. Der Präsident fuhr folgendermaßen fort:

„... Wenn also die Vereinigten Staaten 400 Millionen Dollar als Unterstützung dieses (indochinesischen) Krieges bewilligen, so stimmen wir damit nicht für ein Wohltätigkeitsprogramm. Wir stimmen für die billigste Art und Weise, den Eintritt eines Ereignisses zu verhindern, das von furchtbarster Bedeutung für die Vereinigten Staaten

von Amerika wäre, für unsere Sicherheit, für unsere Macht und Fähigkeit, gewisse Dinge zu bekommen, die wir von den Schätzen der indonesischen Länder und von Südostasien benötigen.'

Die Fortführung des Krieges in Indochina wird so von höchster Stelle als ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik erklärt. Die politischen und militärischen Führer reden natürlich davon, daß man den Krieg *gewinnen* müsse, aber es sei besonders vermerkt, daß es vom Standpunkt des ‚Festhaltens' von Südostasien aus, das Eisenhower als Grund für Amerikas Interesse an dem Krieg erklärt, nicht notwendig ist, daß Frankreich siegt; es ist nur notwendig, daß Frankreich weder verliert noch den Krieg durch einen Verhandlungsfrieden beendet. Amerikas Hilfe für den französischen Krieg hat darum einen Sinn, auch wenn, wie es durchaus möglich erscheint, unsere obersten Militärführer wenig Vertrauen in Frankreichs Siegeskraft haben.»

Die Vereinigten Staaten haben so neuerdings 385 Millionen Dollar (etwa 1650 Millionen Schweizer Franken) als Subvention an Frankreichs Kriegskosten bewilligt, mit der Verpflichtung für Frankreich, «seine militärischen Anstrengungen bis zur Vernichtung der Vietminh-Streitkräfte fortzusetzen, das Expeditionskorps dementsprechend zu verstärken und auch die Aushebung der Truppen der Tochterstaaten zu begünstigen. In einer weiteren Klausel ist davon die Rede, daß Frankreich die Rüstungsanstrengungen, zu denen es im Rahmen des Atlantikpaktes verpflichtet ist, nicht reduzieren wird.» («Neue Zürcher Zeitung» vom 1. 10. 53, Sondermeldung aus Paris.) Gleichzeitig warnt Amerika die Chinesische Volksrepublik vor einer Entsendung von Truppen nach Indochina; das würde, so sagte Unterstaatssekretär Bedell Smith am 15. September, als «Wiederholung der Aggression» aufgefaßt werden, die China in Korea begangen habe (als es sich im letzten Augenblick gegen MacArthurs drohenden Einfall in die Mandschurei zur Wehr setzte!), und «sehr schwere Folgen» haben, die «wahrscheinlich nicht auf Indochina allein beschränkt bleiben würden». Ähnlich äußerte sich Staatssekretär Dulles. Freie Hand also für Amerikas Eingreifen in Indochina, «Hände weg» aber für ein Eingreifen Chinas!

Amerikas und Frankreichs gegenrevolutionärer Krieg in Indochina wird freilich, wie schon das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea, auch ohne Chinas Dazwischentreten nur weiter dazu beitragen, die Völker Asiens gegen die Westmächte aufzubringen. «Wenn sie (nämlich westmächtliche Streitkräfte und Stützpunkte in Asien) das westliche Bemühen verkörpern, ein Regime zu stützen, das von seinem eigenen Volk gehaßt und verachtet wird, so wecken sie nur tiefe und weitverbreitete Feindseligkeit . . . Westliche Armeen, oder östliche Armeen, die nur durch westliche Hilfe aufrechterhalten werden, haben wahrscheinlich keine andere merkliche Wirkung auf die nationalistischen Bewegungen in Asien, als daß sie ihre starreren kommunistischen und antiwestlichen Elemente stärken. Und so scheint es denn, daß der geplante Rückzug der westlichen Streitkräfte aus Ostasien eine Bedingung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West darstellt.»

Das stand am 25. April dieses Jahres in der liberalen Neuyorker «Nation» zu lesen. Inzwischen ist der angeblich geplante Rückzug der

westmächtlichen Armeen aus Ostasien nicht nur nicht ausgeführt worden, sondern die Kriegsmacht der «Freien Welt» in Ostasien wird sogar noch verstärkt — mit dem utopischen Ziel, den Krieg gegen die «Rebellen» bis zu deren Vernichtung fortzusetzen. Vernunft und Gerechtigkeitssinn würden gebieten, dem Morden in Indochina so schnell als nur möglich ein Ende zu setzen, durch eine Verständigung nicht allein mit dem Vietminh und mit Nordkorea, sondern auch mit dem neuen China, *das bleiben wird*, den Frieden in Ostasien zu sichern und die Milliarden, die in den indochinesischen Krieg gesteckt werden, für die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der zurückgebliebenen Völker Ostasiens zu verwenden. Aber wie soll man Vernunft und Gerechtigkeitssinn von Staaten erwarten, deren ganzes Regime auf Unvernunft und Ungerechtigkeit aufgebaut ist?

„Demokratie" in Guayana Ein zweites, lehrreiches Beispiel westlicher Kolonialherrschaft führen uns gegenwärtig die *Engländer* mit ihrem militärischen Eingreifen in Britisch Guayana vor Augen. Der Zweck ihrer Expedition nach dieser ihrer südamerikanischen Kolonie ist nämlich, wie sie erklären, die Sicherung der Demokratie vor einem «kommunistischen Komplott», das bereits in der Ausführung begriffen sei und eine wirksame Machtentfaltung der «Ordnungskräfte» erheische. Dabei haben, auf Grund einer neuen Verfassung, erst am 27. April dieses Jahres freie Wahlen stattgefunden, die in völlig gesetzmäßiger Weise die gegenwärtige Regierung von Guayana ans Ruder gebracht haben — die erste Regierung in der Geschichte der Kolonie, die überhaupt durch Volkswahl eingesetzt wurde. Man sollte meinen, daß damit der Demokratie vollständig Genüge geleistet worden sei. Aber nein, genau das Gegenteil ist nach britischer Auffassung der Fall. Denn die aus freier Willensäußerung des Volkes hervorgegangene Regierung hat den unverzeihlichen Fehler, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder, wie die Partei, der sie angehören und die 18 von den 24 Parlamentsabgeordneten stellt, entschieden sozialreformerisch eingestellt ist und sogar Sympathien für den Kommunismus und die Sowjetunion hegt! Ihr Präsident ist Dr. Cheddi Jagan, ein Zahnarzt indischer Abstammung, der mit anderen indischen und Neger-Intellektuellen wie auch kleinen Geschäftsleuten die Fortschrittliche Volkspartei von Guayana gegründet hat. Wie ein Korrespondent des «New Statesman» aus Georgetown, der Hauptstadt der Kolonie, schreibt, ist die Partei nicht kommunistisch; «das Ethos, das ihre Mitglieder erfüllt, ist nationalistisch und weißenfeindlich», also von ähnlicher Art wie der Geist, der die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker Asiens und Afrikas beherrscht.

Und das ist auch kein Wunder, hat doch das Volk von Britisch Guayana — es zählt heute etwa 440 000 Menschen, von denen nur 3900 Europäer sind, neben 191 000 Indern und 156 000 Negern — alle «Segnungen» kapitalistischer Kolonialherrschaft erfahren. Seit Beginn des

17. Jahrhunderts von englischen Abenteurern heimgesucht, kam der westliche Teil der Guayanaküste — zwischen den Mündungen des Orinoco und des Amazonas gelegen — nach den napoleonischen Kriegen endgültig an Großbritannien. Er teilte das wirtschaftliche Schicksal der benachbarten westindischen «Zuckerinseln», die lange Zeit eine Goldgrube für die Pflanzer waren, dann aber durch die Aufhebung der Sklaverei in eine kritische Lage gerieten, waren doch die auf den Zuckerplantagen beschäftigten Arbeitskräfte fast ausschließlich aus Afrika verschleppte Sklaven, die infolge einseitiger und ungenügender Ernährung massenweise dahinstarben und immer wieder durch neue «Menschenware» ersetzt werden mußten.

«Die Großgrundbesitzer fühlten, wie die Grundlagen ihres Plantagensystems erschüttert waren, und richteten tausend Hindernisse auf, um die freien Neger vom Anbau eigener Nahrungsmittel abzuhalten ... Um die Löhne niedrig zu halten, gingen die Pflanzer dazu über, Arbeitskräfte aus den ärmsten Gebieten des Fernen Ostens einzuführen, und innert kurzer Frist ersetzten Ostindier die Neger in allen Arbeitszweigen. Ihre Nahrung bestand fast ausschließlich aus Reis, ihre Bedürfnisse waren gering, und so waren sie wunderbar geeignet für die Anforderungen der Zuckeroligarchie, deren Interesse an billigen und reichlich verfügbaren Arbeitskräften die Tatsache erklärt, daß ein großer Teil der gegenwärtigen Bevölkerung der britischen Kolonien in den amerikanischen Tropen indischer Abstammung ist.» (Josué de Castro, «Geographie des Hungers», Seite 107.)

Die *Lebenshaltung* der westindischen Bevölkerung, zu der Guayana gehört, ist nach der Fabierschrift «Challenge to the British Caribbean» «jammervoll tief». Die Löhne sind niedrig, die Wohnungsverhältnisse untermenschlich, das Familienleben unstet, so daß die Verhältniszahl der unehelichen Geburten eine der höchsten der Welt ist. Wie auch aus anderen Quellen hervorgeht, kann ein großer Teil der Bevölkerung — von den Indern in Guayana 40 Prozent — weder lesen noch schreiben; für die mehr als 100 000 Kinder im schulungsfähigen Alter gibt es nur 280 Primarschulen — kaum eine auf 360 Kinder. Nur 20 voll ausgebildete Lehrer verlassen jedes Jahr das Seminar. (Man vergleiche damit etwa das glänzend entwickelte Schulwesen in einer der ehemaligen Kolonien des zaristischen Rußlands, zum Beispiel Usbekistan! Und die Engländer herrschen über Guayana schon 140 Jahre ...)

Die *Wirtschaft* Britisch Guayanas ist — mit der Zuckerindustrie als Schwerpunkt — gänzlich einseitig entwickelt. Wie in einer hochinteressanten Sonderbeilage des «New Statesman» (vom 17. Oktober) gesagt wird, ist diese Zuckerindustrie «der klassische Typus eines Monopolkapitalismus, der zur Gemeinwirtschaft reif ist». Es gibt nämlich nur noch 21 Zuckerplantagen, von denen 12 einer einzigen englischen Gesellschaft gehören und die alle sehr schöne Profite machen. Begreiflich, denn die Löhne sind — bei überlanger Arbeitszeit und schweren Arbeitsbedingungen — meistens miserabel. Die erwachsenen männlichen Plantagenarbeiter brachten es *im ganzen Jahr* 1948 durchschnittlich auf bloß 732 Schweizer Franken, die Frauen (auf den Plantagen und in den Fabriken) gar auf nur

414 Franken. In den Bauxitwerken — die den Rohstoff für das Aluminium fördern — verdienen die Arbeiter etwa 34 Franken *in der Woche*, auf den Reisfeldern kaum 14 Franken. Im Jahr 1945 wurden von 8000 inspizierten Häusern in Georgetown 2300 als unbewohnbar erklärt. Unterernährung und Tropenkrankheiten sind weit verbreitet.

Wer wundert sich, daß das arme, ausgebeutete Volk dieses zurückgebliebenen Landes allmählich gegen solche Zustände rebelliert und Neger wie Inder, Chinesen wie Mischlinge mehr und mehr zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte erwachen? Dennoch ist es unwahr, daß die Bewegung, die bei den Wahlen gesiegt hat, kommunistisch ausgerichtet oder inspiriert sei und daß die Regierung, wie das Kolonialamt in London behauptet, einen Umsturz im kommunistisch-totalitären Sinn vorbereitet habe, als «Plattform für die Ausdehnung des kommunistischen Einflusses in der westlichen Erdhälfte», zu welchem Zweck sie entschlossen gewesen sei, «Gewalt anzuwenden und den Staat in wirtschaftliches und soziales Chaos zu stürzen».

Wahr ist hingegen, daß die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, trotz ihren Sympathien für Sowjetrußland und dessen Leistungen für die Hebung seiner ehemaligen Kolonialvölker, ein ganz nüchtern-reformistisches Programm sozialer und politischer Umgestaltung zur Ausführung zu bringen suchen — bis auf die Nationalisierung der Zuckerindustrie, die, wie erwähnt, zur Überführung in Gemeinbesitz längst reif ist und aus der die Mittel für die allmähliche Schaffung eines Wohlfahrtsstaates nach (annäherungsweise) englischem Vorbild gewonnen werden sollen. Aber gerade hier, an diesem Programmpunkt, entzündete sich der erbitterte Widerstand der Zuckerkapitalisten. Der äußere Anlaß war ein Kampf um die *Anerkennung der freien Gewerkschaften* durch die Unternehmer, der schon den ganzen Sommer über gedauert hatte und anfangs September, *mit Unterstützung der Regierung*, zum Streik der Zuckerarbeiter führte. Der Streik schlug fehl, ebenso wie ein Ende September ausgerufener Generalstreik — und jetzt hielten die Unternehmer die Stunde für gekommen, um gleich ganze Arbeit zu machen. Ein Streik von Plantagensklaven, den die Landesregierung stützte, statt ihn niederzuschlagen — das war freilich ein Ereignis, das in der britischen Kolonialgeschichte unerhört war. Ging das so weiter und wurden gar allmählich Sozialreformen durchgeführt, wie sie die Volkspartei vertrat, dann war auch die Zeit nicht mehr fern, da die Zuckerindustrie nationalisiert werden konnte und mußte! Das rechtzeitig zu verhindern, *das* war der Zweck des Aufgebotes von Kriegsschiffen und britischer Infanterie, der Aufhebung der jungen Verfassung und der Absetzung der Minister, die der Gouverneur unter dem Druck der Zuckerherren von der Londoner Regierung erwirkte. Wobei besonders bemerkenswert ist, daß der Gouverneur keinerlei Versuch machte, von seinen eigenen weitgehenden Vollmachten gegenüber der Regierung von Guayana (Einspruchsrecht gegenüber Gesetzen, Verfügung über die Polizeikräfte, Oberaufsicht über die Verwal-

tung und das Finanzwesen usw.) Gebrauch zu machen, vielmehr sofort zur völligen Beseitigung der Ansätze zu einer wirklichen Selbstverwaltung der Kolonie griff. Der Verdacht liegt sehr nahe, daß es ihm und den hinter ihm stehenden Kräften vor allem darum zu tun ist, nicht etwa ein phantastisches «kommunistisches Komplott» zu verhindern, sondern die Verfassung selber rückgängig zu machen und die Entwicklung Guayanas zu einer halbwegs modernen Kolonialdemokratie zu hintertreiben. Nur daß dies genau der Weg ist, um den (grundlos) gefürchteten Kommunismus in Guayana wirklich populär zu machen, statt die Reformbewegung auf dem demokratischen Boden zu halten, den sie betreten hatte.

Wie der Konflikt weiter verläuft, bleibt abzuwarten. Nicht abgeklärt ist vorderhand die Rolle der *Vereinigten Staaten*. «Origins and Purpose», ein zuerst 1944 in London erschienenes Handbuch über Großbritanniens Commonwealth und Kolonialreich, erinnert daran, daß Großbritannien während des Krieges verschiedene Flotten- und Luftstützpunkte in Westindien an die Vereinigten Staaten verpachtet hat, und meint, das zeige, daß die USA künftig «mehr als nur ein Außenseiterinteresse am Wohlergehen dieser Kolonien habe»; das könne «zu einer britisch-amerikanischen Zusammenarbeit führen mit dem Zweck, die sehr tiefe Lebenshaltung der karaibischen Völker auf britischem und amerikanischem Gebiet zu heben». Man muß fast annehmen, daß diese Zusammenarbeit eher zur Unterdrückung der Bewegung für die nationale und soziale Befreiung der farbigen Völker benützt wird. Jedenfalls glaubt man in London den Vereinigten Staaten einen Dienst zu leisten, wenn man solch gefährlichen Versuch zur kolonialen Selbstregierung und demokratischen Selbsthilfe, wie er in Britisch Guayana gemacht wurde, im Keim ersticke. Denn das gehört wirklich zu den eisernen Grundsätzen der herrschenden Klassen aller Länder, daß die Demokratie dort ihre Grenzen haben muß, wo sie die Machtstellung und die Bereicherungsmöglichkeiten der Besitzer der Wirtschaftsmittel ernsthaft bedroht.

Britisch Zentralafrika Das dritte Beispiel eines ausgewachsenen Kolonialimperialismus, wie ihn die Westmächte betreiben, ist Britisch Zentralafrika. Es handelt sich um drei Länder, zusammen halb so groß wie Indien, aber mit einer Bevölkerung von nur sechseinhalb Millionen Seelen: *Süd-Rhodesien* (das nordwärts an die Südafrikanische Union anschließt), *Nord-Rhodesien* (zwischen Süd-Rhodesien und dem Belgischen Kongo gelegen) und *Nyassaland* (östlich davon, bis zum Nyassasee). Ein von der konservativen Regierung Englands gegen den Widerstand der Labourpartei und der Afrikaner durchgedrücktes Gesetz — es wird davon noch zu reden sein — hat die drei Kolonien (bzw. «Protektorate») in diesem Jahr zu einer angeblich sich selbst regierenden Föderation zusammengeschlossen. Die Erwerbung dieser Gebiete geht auf die von Cecil Rhodes gegründete Britisch-Südafrikanische Gesellschaft zurück, die im Jahre 1899 eine Konzession für die Ausbeutung des

heutigen Süd-Rhodesiens erlangte. Schon bald als Kronkolonie erklärt, bekam das Territorium 1923 Selbstverwaltung — für die weißen Siedler natürlich nur. Die Konzession wurde in der Folge auf Nyassaland ausgedehnt, auf das auch die Deutschen (von ihrer damaligen ostafrikanischen Kolonie aus) ein Auge geworfen hatten, und ebenso auf das heutige Nord-Rhodesien, das wirtschaftlich das weitaus wichtigste der drei Länder ist. Keines davon wurde anfangs mit offener Waffengewalt gewonnen (obwohl später die Afrikaner in Süd-Rhodesien, die sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr setzten, gewaltsam niedergeschlagen wurden); der Erwerb erfolgte durch Verträge mit den Stammeshäuptlingen, die für ein Trinkgeld — zuweilen einfach eine Kiste billiger Industriewaren und ein paar Flaschen Schnaps — den Engländern Boden und Naturschätze verkauften, ohne zu wissen, was sie taten.*

Denn bald erwies sich, daß insbesondere Nord-Rhodesien märchenhaft reich an Mineralien ist. Das Gold, das man fand, war noch das geringste; entscheidend war die Entdeckung riesiger Kupferlager, und zuletzt stieß man auch auf bedeutende Uranium- und Asbestvorkommen, nicht zu sprechen von anderen Bodenschätzen zweiten und dritten Ranges. Die Gewinne, welche die beteiligten Bergwerksgesellschaften aus der Ausbeutung dieser Reichtümer zogen, waren auch für kolonialkapitalistische Verhältnisse erstaunlich. Bei einem Anlagekapital von insgesamt etwa 24 Millionen Pfund Sterling machten die paar nordrhodesischen Bergwerksgesellschaften im vergangenen Jahr einen Gewinn von rund 12 Millionen Pfund; in einem Fall überstieg die Dividende 150 Prozent. Die Eingeborenen — damals 1 400 000 an der Zahl, gegen 14 000 Weiße — verdienten im ganzen Jahr 1938 durchschnittlich nicht mehr als 8½ Dollar (nach W. R. Espy, «Bold New Program», New York, 1950). Neuere statistische Angaben sprechen für Süd-Rhodesien von rund 30 Schilling (etwa 17 Schweizer Franken) *Monatslohn* für Bergarbeiter und 12½ Schilling (etwa Fr. 7.20) für Landarbeiter (Frauen 9 Schilling, das sind kaum Fr. 5.20), bei 10- bis 14stündiger Arbeitszeit während 30 Tagen im Monat. Europäische Arbeiter verdienen mindestens 20 Schilling (Fr. 11.40) *im Tag*, bei achtstündiger Arbeitszeit und freier Wohnung. Kinderarbeit ist auf den Tabakplantagen weit verbreitet. In Nord-Rhodesien verdienen die schwarzen Bergarbeiter 50 bis 60 Schilling (28 bis 35 Franken) im Monat, die Europäer ebensoviel Pfund (also 570 bis 680 Franken).

Die Afrikaner wurden so nicht nur ihres Bodens und seiner Schätze

* J. F. Horrabin («A short history of the British Empire») würdigt die Leistung der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft wie folgt: «Ein Jahr nach ihrer Bildung besetzte sie Mashonaland mit Waffengewalt; zwei Jahre später hob sie eine weitere Truppenmacht aus zur Besetzung von Matabeleland. ‚Dann brach die Gesellschaft einen Streit mit dem Matabelekönig Lo Bengula vom Zaun, und ihre Söldner fielen in sein Land ein und besiegten ihn.' So entstand Rhodesien. Und wie etwas später in Ostafrika, so wurden auch hier die Eingeborenen in ‚Reservate' zusammengepfercht und der fruchtbare Boden weißen Siedlern zugeteilt.»

beraubt; sie wurden auch auf eine Stufe der Lebenshaltung heruntergedrückt, die für ihre Gesundheit und ihr Leben mörderisch war. Von irgendwelcher Erziehungsarbeit unter den Schwarzen war für die Engländer die längste Zeit keine Rede; nur ganz langsam wurden die Anfänge eines modernen Schulwesens entwickelt. In ganz Nord-Rhodesien gibt es nur eine einzige Sekundar- und Mittelschule, die bis zur Hochschulreife führt — bei einer Bevölkerung von fast zwei Millionen; nur zwei Afrikaner haben es bisher zu einer abgeschlossenen Hochschulbildung literarisch-philologischer Richtung gebracht, während noch überhaupt kein eingeborener Nord-Rhodesier Naturwissenschaften, Medizin oder Recht studieren konnte.

Gewiß haben die weißen «Kolonisatoren» den drei Ländern auch allerlei zivilisatorische Segnungen gebracht — aber eben nur soviel, als sich mit ihrem Hauptzweck, der Ausbeutung der Naturschätze, vertrug. Die Malaria ist im Bereich des nordrhodesischen «Kupfergürtels» ausgerottet, wütet aber außerhalb davon weiter. Wo die Weißen in Süd-Rhodesien Landwirtschaft treiben, ist die Tsetsefliege verschwunden; auf den Ländereien der Eingeborenen fordert sie nach wie vor ihre Opfer. In Nyassaland ist der Sklavenhandel abgeschafft — aber Zehntausende von Schwarzen wandern alljährlich in die Goldfelder von Süd-Rhodesien und Südafrika, wo sie Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen sind, die sich von Sklavenarbeit kaum unterscheiden. Zwischen den einzelnen afrikanischen Stämmen gibt es wohl keine Kriege mehr; aber der Preis für diese «Befriedung» war der Verlust allen Rechtes auf Selbstverwaltung der schwarzen Bevölkerung.

Was für diesen ganzen Kolonialkapitalismus in Britisch Zentralafrika besonders bezeichnend ist, das ist der Anteil, den sich in den letzten Jahren die *Vereinigten Staaten* daran gesichert haben. Basil Davidson, der die Dinge an Ort und Stelle untersucht hat, hebt das in einem Aufsatz für die New Yorker «Monthly Review» (August 1953) nachdrücklich hervor:

«Wenige unter uns haben sich in Europa die Vereinigten Staaten als imperialistische Macht im strengen Sinn des Wortes denken können, da wir wissen, daß die Vereinigten Staaten kaum so etwas wie Kolonien haben. Aber nun lernen wir, daß wir unrecht haben; und wir lernen es rasch. In unserer Zeit der Hochfinanz scheint es eben nicht mehr nötig, Kolonien zu besitzen, um ein Imperium zu haben.»

In der Tat gehören von den fünf großen Bergwerken in Nord-Rhodesien zwei dem Selection Trust in New York. Eine andere amerikanische Kapitalgesellschaft, die bereits in Südwestafrika «arbeitet», schürft gerade jetzt in Süd-Rhodesien nach Kupfer. Im Jahr 1948 machte es die amerikanische Regierung zur Bedingung für die Marshallplan-Hilfe an Großbritannien, daß die Engländer amerikanischen Interessenten einen wesentlichen Teil ihres Besitzes von Kongo-Uranerz-Aktien überließen. Das Aktienpaket wurde denn auch in aller Form auf den Rockefeller-Trust übertragen, so daß heute nicht nur die Vereinigten Staaten Uranium aus dem

belgischen Kongo holen, sondern auch die Rockefeller-Interessenten große Profite aus den amerikanischen Uraniumkäufen ziehen. «Die Vereinigten Staaten», so sagt Davidson, «sind dergestalt ein wichtiger Nutznießer des britischen ‚Bergwerk-Imperialismus' in Zentralafrika. Ja, noch erheblich mehr als das. Die Vereinigten Staaten sind jetzt aufs stärkste an einer Politik interessiert, die den ‚Bergwerk-Imperialismus' sichern soll, obschon es immer noch die Engländer sind, die dafür zu bezahlen haben, daß — wie man es höflich zu bezeichnen pflegt — ‚Gesetz und Ordnung' aufrechterhalten werden.»

Die Afrikaner haben nämlich dem Zusammenschluß Nord- und Süd-Rhodesiens sowie Nyassalands zu einer Zentralafrikanischen Föderation den erbittertsten Widerstand geleistet und wollen jetzt, da das britische Parlament das Vereinigungsgesetz angenommen hat, sogar an die Vereinten Nationen appellieren. Warum? Etwa weil diese rückständigen Nigger die Vorteile einer stärker zentralisierten Verwaltung nicht einsähen? Mit nichten. Sie sind nur gegen *diese* Art der Zentralisierung — aus allzu gut begreiflichen Gründen. Bisher war, wie schon gesagt, nur Süd-Rhodesien Kronkolonie mit Selbstverwaltung, das heißt mit einer Regierung, die von den weißen Siedlern beherrscht und von London mehr oder weniger unabhängig war; Nord-Rhodesien und Nyassaland hatten eine Verwaltung, die ihre Richtlinien vom britischen Kolonialministerium und letztlich vom britischen Parlament empfing. Das bot den Afrikanern immerhin noch etwelchen Schutz, während sie nun unter der «sich selbst regierenden» Föderation gänzlich auf das «Wohlwollen» der Kolonistenverwaltung angewiesen sind. Und was das bedeutet, das haben sie in Süd-Rhodesien zur Genüge erfahren. Trotz dem papierenen Einspruchsrecht des britischen Kolonialministers führt nämlich die südrhodesische Regierung gegenüber der schwarzen Bevölkerung eine Absonderungs- und Unterdrückungspolitik durch, die sich nicht mehr wesentlich von dem Rassen- und Klassenfanatismus des Malanschen Südafrika unterscheidet. Diese Politik, so fürchten die Afrikaner, soll nun auch auf Nord-Rhodesien und Nyassaland ausgedehnt werden, obwohl insbesondere in Nyassaland, mit seinen zwei Millionen Schwarzen und bloß 5000 Weißen, die Gewinnung *wirklicher* Selbstregierung durch die Afrikaner eine Hoffnung war, die sich in absehbarer Zukunft erfüllen zu können schien. Soll es damit nun — mindestens vorläufig — zu Ende sein? Sollen die weißen Siedler ihren Herrenvolkanspruch mit allen Mitteln staatlicher Gewalt durchsetzen können? Und sollen die Bergwerkskapitalisten weiterhin die billige und gefügige schwarze Arbeitskraft zur Verfügung haben, die ihnen solch glänzende Profite in den Schoß warf?

Was an der Konferenz zur Revision der nordrhodesischen Verfassung, die im September in London stattfand, beschlossen wurde, scheint die afrikanischen Befürchtungen nur allzu rasch zu bestätigen. «Dem Verrat der afrikanischen Interessen durch die Zentralafrikanische Föderation, die einer widerstrebenden afrikanischen Bevölkerung aufgezwungen

wurde, folgt nun in dem Schlüsselland Nord-Rhodesien ein neuer Verrat», stellt ein Mitarbeiter des «New Statesman» (26. September) fest. Die Afrikaner forderten, als erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, im Gesetzgebenden Rat ebensoviel gewählte Vertreter, wie die geringfügige weiße Minderheit besitzen solle, so daß die von der Regierung ernannten Ratsmitglieder den Ausschlag geben würden. Gewiß kein unbescheidenes Verlangen! In der Kolonie Tanganyika besteht diese Ordnung bereits, und mit gutem Ergebnis. Für Nord-Rhodesien wurde sie in London abgelehnt. Wohl sollen künftig zwei weitere Vertreter der Afrikaner dem Gesetzgebenden Rat angehören, aber auch die weißen Siedler werden zwei Abgeordnete mehr haben. Auch eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf Afrikaner, die ein Vermögen oder Einkommen von mindestens 100 Pfund haben — wieviel solcher schwarzer «Schwerverdiener» gibt es wohl? —, wurde nicht in Betracht gezogen. Kurz, die afrikanischen Konferenzdelegierten sind enttäuscht und verbittert nach Hause gereist und werden kaum verfehlen, mit ihrem Bericht aufs neue böses Blut in einem Volk zu machen, das schon durch die Schaffung der Föderation schwer gereizt und herausgefordert ist.

Will man in London mit aller Gewalt auch in den beiden Rhodesien und in Nyassaland eine Stimmung und Lage erzeugen, wie sie in Kenya entstanden ist und in der Mau-Mau-Bewegung so explosiven Ausdruck gefunden hat? Und will man sich in Amerika immer noch, ebenso pharisäerhaft wie tatsachenwidrig, rühmen, wie es Präsident Truman bei der Verkündung seines «Punkt-Vier-Planes» getan hat: «Der alte Imperialismus — Ausbeutung für ausländischen Profit — hat in unseren Plänen keinen Raum»?

19. Oktober *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Nikolai Berdjajew: «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar». Holle-Verlag, Darmstadt und Genf.

Dieses Buch ist das letzte Wort von Nikolai Berdjajew. Er vollendete die erste Niederschrift kurz vor seinem im März 1948 erfolgten Tode. Übersetzer und Verlag haben sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie die Herausgabe des Buches ermöglichten.

Wir haben den Eindruck, daß «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar» auch noch in einem andern als nur zeitlichen Sinn ein *letztes* Wort Berdjajews ist. Noch einmal faßt er darin seinen geistigen Kampf zusammen: die *Weite* und *Tiefe* dieses Kampfes. Es ist wie in allen Werken Berdjajews der Feuerdrang der *Wahrheit*, der lebendige Atem der *Geistesfreiheit* und einer tiefen *Liebe* Gottes — und des Menschen in ihrer unaufhebbaren Verbindung, die auch dieses Werk durchglüht. Groß und einsam ragt dieser Philosoph des Geistes und der Freiheit über unsere Zeit, die er im Verein mit den großen Geistern aller Zeiten und den wenigen unserer Zeit zu deuten wußte.

Berdjajew ist einer der großen Zeugen einer kommenden Welt Gottes und des

Menschen, die in Christus hervorgetreten, im Kampfe mit dem Reiche Cäsars zu völligem Siege kommen muß und wird. Er, der «Philosoph», stellt sich damit als Mitkämpfer neben die Männer und Zeugen Gottes, die zu allen Zeiten und ebenso in unseren Tagen den *Kampf des Reiches Gottes mit dem Weltreich*, den *Kampf Christi mit dem Reiche des Cäsar* als den entscheidenden Kampf der Menschengeschichte wie der Menschenseele betrachtet und bezeugt haben.

Dieser Kampf kann nur erschaut, erkannt und gekämpft werden im Ringen mit den geistigen, politischen und sozialen Mächten der Gegenwart, d. h. in der Auseinandersetzung mit dieser unserer Zeit. Das Buch reicht schon in die verhängnisvolle Zeit des Lügengeistes des «Kalten Krieges» hinein, in der die Verkehrung der Wahrheit neue Formen angenommen hat, in der die Todesmächte des Weltreichs in Zeitungen, Radio und Kino und natürlich von den allerhöchsten politischen Instanzen als Hort der «Freiheit» und «Menschlichkeit» angepriesen und angelogen werden und alle jene menschlichen und geistigen Werte und Wirklichkeiten, die entscheidender sind als die bloße physische Existenz und materielle Sicherung des einzelnen Menschen und der Völker, gerade von denen verraten werden, die sich marktschreierisch als ihre Vertreter und Verteidiger ausgeben. Berdjajew hat nichts zu tun mit der blindwütenden Reaktion unserer Tage. Er kann auch nur mit Hilfe von Verleumdung, die freilich das tägliche Brot dieser Zeit zu sein scheint, zum «Kommunisten» oder «Kommunistensympathisanten» gemacht werden, wie das ungefähr heute allen Menschen geschieht, die geistige Unabhängigkeit, Wahrheit und Gewissensfreiheit nach allen Seiten vertreten. Freilich, Nikolai Berdjajew bekennt sich in der ganzen Auseinandersetzung mit den Problemen und Fragen unserer Zeit zu einem religiösen Sozialismus, ja eigentlich Kommunismus, die nicht umgedeutet werden können in Kapitalismus, Militarismus und Gewaltglauben. Darin ist er uns eine besondere Stärkung für unseren eigenen Kampf.

Eine Titelangabe der einzelnen Kapitel möge den Inhalt des bedeutsamen Buches andeuten, aus dem wir in der Juli/August-Nummer der «Neuen Wege» ein Kapitel veröffentlichen konnten. Wir hoffen, daß wir noch das Kapitel über «Die Widersprüche der Freiheit» folgen lassen können.

Den einführenden Ausführungen, die den Titel «Der Kampf um die Wahrheit» tragen, folgen die Kapitel: «Mensch und Gott. Geistigkeit», «Mensch und Kosmos. Die Technik», «Mensch und Gesellschaft. Sozialismus», «Der Mensch und Cäsar», «Von der Hierarchie der Werte. Mittel und Zwecke», «Widersprüche der Freiheit», «Kommunautorität, Kollektivismus und Konziliarität», «Widersprüche des Marxismus», «Einheit der Menschheit und Nationalismus», «Vom ewigen und vom neuen Menschen», «Die Tragödie der menschlichen Existenz und die Utopie. Die Sphäre der Mystik». In diesem letzten Kapitel wirft Nikolai Berdjajew Fragen auf, die eine kommende geistige Auseinandersetzung wohl sehr beschäftigen wird. Berdjajew sieht eine *neue Mystik* heraufkommen. Er selbst möchte eine prophetische und messianische Mystik vertreten, welche tiefer sein soll als die Religion und «welche die Religionen vereinigen muß». Es geht Berdjajew dabei um die Befreiung von Religion und Theologie und um die Gewinnung einer neuen Erkenntnis (Gnosis), die wohl den Glauben nicht ersetzen, aber irgendwie das letzte Wort des Glaubens bilden soll. Wir ziehen aber den «Glauben» und seine Befruchtung und Erleuchtung durch den Heiligen Geist vor. Von diesem ist gesagt, daß er «in alle Wahrheit führen» wird. Das ist die Auflösung und Erfüllung aller Mystik, aller Gnosis, aller Theologie, die dem Reiche Gottes dienen sollen.

A. B.

Nikolai Berdjajew: «Das Ich und die Welt der Objekte». Holle-Verlag, Darmstadt und Genf.

Um die Grundlegung und Entfaltung einer «Philosophie des Geistes», einer Philosophie des existentiellen Erkennens handelt es sich in diesem Buche. «Ich habe Grund, mich zu den Existentialisten zu zählen, obwohl ich meine Philosophie viel eher eine Philosophie des Geistes oder, noch besser, eine eschatologische Philosophie nennen könnte. Es besteht aber ein radikaler Unterschied zwischen mir und den heutigen

Weihnachtslied

Des Vaters eingeborner Sohn kommt von dem hohen Himmelsthron,
scheut nicht der Menschen Schmach und Hohn. Hallelujah, Hallelujah!

Sein Herz schlug für die Menschen warm, und daß er ihrer sich erbarm,
ward er, der Reichste, klein und arm. Hallelujah, Hallelujah!

Er tritt in große Not herein, nimmt auf sich bittrer Leiden Pein,
auf daß wir sollten selig sein. Hallelujah, Hallelujah!

Seht an das Kind, es wird ein Held, vor dem des Teufels Bollwerk fällt;
zuletzt sich beuget alle Welt. Hallelujah, Hallelujah!

Doch seine Stärke liegt in Huld, und seine Wehr ist die Geduld,
mit der er träget unsre Schuld. Hallelujah, Hallelujah!

Er kommt mit lauter Freundlichkeit, die jedem Sünder Gnade beut,
das Herz der Traurigen erfreut. Hallelujah, Hallelujah!

Er kommt wohl in ein Jammertal, doch bringt er Freuden ohne Zahl
und läßt's erschallen überall. Hallelujah, Hallelujah!

Daß da das Jahr der Gnaden sei, daß die Gebundnen werden frei,
daß Erd und Himmel werden neu. Hallelujah, Hallelujah!

Der Zorn, der uns zuvor bedroht, ist weg und mit ihm tausend Not;
und fliehn muß auch der grause Tod. Hallelujah, Hallelujah!

Er ruft uns alle her zu sich und spricht: «Ihr Lieben, glaubt an mich;
ich laß euch nimmer ewiglich.» Hallelujah, Hallelujah!

So kommen wir, Herr Jesu Christ; wir sehn, daß du der Helfer bist,
daß Satans Macht nichts vor dir ist. Hallelujah, Hallelujah!

Wir jauchzen heut an deinem Tag, wir legen ab all Angst und Plag
und singen, wie's das Herz vermag: Hallelujah, Hallelujah!

Joh. Christoph Blumhardt

Christus und die Magie der Politik*

Und als sie den Stern sahen, freuten sie sich über die Maßen. Und sie gingen in das Haus und sahen das Kind mit Maria, seiner Mutter, und fielen nieder und beteten es an, öffneten ihre Schätze und brachten ihm ihre Gaben, Gold und Weihrauch und Myrrhe. Matth. 2, 11.

...Wieder kommen durch die Nacht und Wüste ziehend, im Königspalast wie in der Schule der Schriftgelehrten nicht findend, was sie suchten, die drei Magier zum Christuskind, zu dem Christus, der als Kind in der Krippe liegt. Sie sinken vor ihm nieder, von der Last der Reise ermüdet und doch selig, gefunden zu haben, was sie suchten. Sie bringen ihm ihre Gaben und sprechen zu ihm.

Der erste spricht: «Ich bringe Dir Gold. Gold ist das Sinnbild der Macht und Gewalt. Ich bringe Dir die *Politik*. Denn es ist uns, die wir die Politik verwalten, ganz und gar klar geworden: Wir kommen nicht weiter ohne Dich. Wir sind mit all unserer Kunst und Macht zu Ende. All unsere Sterne helfen uns nicht mehr. Wir sollten eine verwirrte und sich auflösende Welt neu gestalten und können es nicht. Einen Friedensbund der Völker sollten wir schaffen, aber wir bringen dazu die Hauptsache nicht auf, das, was Fundament und Eckstein sein sollte, den Frieden selbst; denn wir bringen nicht die Gerechtigkeit auf, noch die Wahrheit, noch gar die Liebe, ohne die es doch keinen Frieden gibt; wir sind nicht imstande, die Macht der Gier zu überwinden, die in dem von Gott abgefallenen Menschen wütet und Hochmut, Machtdrang, Selbstsucht, Wahn und Verblendung ohne Ende erzeugt. Wir können darum nicht den Krieg überwinden, der die natürliche Frucht dieses Zustandes ist. Wir sollten eine neue Gesellschaft bauen, sollten eine neue Gemeinschaft besonders im Wirtschaftsleben schaffen, auf Grund eines neu verstandenen Sinns der Arbeit und einer neuen Ordnung in der Verteilung der Güter der Erde. Aber wir können es nicht. All unser Wissen und all unsere Weisheit versagen, und all unsere Kunst und Macht wird zunichte vor dieser Aufgabe. Niemand weiß Rat. Unermeßlich sind Not und Verwirrung. Und das Gold! Ja, sieh hier das Gold! Es ist es, das die Völker und die Menschenkreise in den Völkern gegeneinander hetzt. Es ist das Sinnbild der Macht und der Gier und des Streites. Völkerkampf und Klassenkampf reizt es an. Denn es ist das Sinnbild des mächtigsten Götzen, des gott- und menschenfeindlichsten, und damit das stärkste Sinnbild des Abfalles von Gott. Wir bringen es Dir, daß Du ihm den bösen Zauber nehmest. Du kannst es verwandeln, daß es aus

* Aus der Betrachtung «Die Magier kommen zu Christus» im Dezemberheft 1932 der «Neuen Wege». Vergleiche dazu auch Ragaz: «Das Reich und die Nachfolge», Seite 46. D. R.

Fluch zu Segen wird. Du kannst den Apfel des Ungehorsams, dessen Genuß Streit und Tod bedeutet, zu einem Sakrament des Lebens machen.

Ich bringe Dir die Politik. Es ist uns, den Sehenden, völlig klar geworden, daß wir darin nicht weiter können ohne Dich. Es muß ein Geist über die Menschen kommen, der sie abbringt von der wilden Gier des Sichselbstfluchens und Nursichselbstgeltenlassens; ein Geist der sie zwingt, Gottes heiliges Recht zu sehen und es im andern, sei's ein Volk, sei's eine Klasse, sei's ein einzelner, gelten zu lassen und heilig zu halten. Es muß ein Geist über sie kommen, der sie lehrt, einander, die Völker, die Klassen, die einzelnen als eine große Gemeinschaft zu sehen, als eine große Familie Gottes, wo eins mit dem andern als Glied verbunden ist, wo jedes fühlt, daß das, was dem andern dient, auch ihm selber dient und wo dieses Dienen Freude ist. Es muß ein Geist über die Menschen kommen, der die Gier auslöscht, indem er sie reich macht, reich in Gott und aus Gott, daß sie nicht nehmen, nicht rauben müssen, sondern geben, helfen können und wollen, daß alles sich in Gottes Gold verwandelt und sie nicht nach dem Gold der Dämonen dürsten müssen und können. Es muß der Geist Gottes mächtig werden, der in Dir als Licht der Welt aufgeht. Das ist der Stern, den wir nun gesehen haben. Unter seinem Zeichen allein können wir die neue Friedenswelt der Völker und Klassen bauen. Wir haben genug vom Palast des Herodes. Dort trachtet man dem Kinde nach dem Leben. Und wir haben genug von den Ratschlägen einer rein weltlichen Intelligenz, die doch keinen Weg weiß. Die Meinungen der Fachleute helfen uns so wenig weiter als die Künste der Diplomatie. Die Bauten, die wir unter diesen Trugsternen errichten, erweisen sich selbst als Trug und stürzen immer wieder zusammen. Ja, der ganze ungeheure Tempelbau der heutigen Gesellschaftsordnung wankt und droht mit Einsturz. Alle unsere Kunst und Macht ist bloß Magie: es ist eine Scheinkunst und Scheinmacht, ein Spiel von Kindern und für Kinder. Es ist keine wirkliche Kraft und kein wirklicher Ernst darin.

Wir fühlen es tief: An Stelle dieser Magie, dieses Zauberspiels ohne Kraft, dessen sich aber leicht die Dämonen und ihr Herr bemächtigen können, muß eine andere Macht und Kraft treten, eine wirkliche ernsthafte Macht und Kraft, an Stelle all der vielen Künste etwas ganz Einfaches. Uns hilft nur das Wunder; uns hilft nur das göttliche Kind. Uns hilft nur das Aufbrechen des Geistes, der mit dir in die Welt gekommen ist, dein Liebes- und Friedensgeist, und sein Wehen über die Welt. Wir sind bis zu diesem Punkt gelangt, wo die Hilfe kommen muß. Und sie wird kommen; denn Du bist ja da. Du bist sowohl hohe Wirklichkeit als sichere Verheißung. Sei uns gegrüßt, großer Friedenskönig in der Krippe!« . . .

Leonhard Ragaz

Weihnachten 1953

«Und Simeon segnete sie und sagte zu Maria, seiner Mutter: ‚Sieh! dieser ist zum Sturz und zum Aufstehen vieler in Israel gesetzt und zu einem Zeichen, dem widersprochen wird, und durch deine eigene Seele wird das Schwert fahren, damit aus vielen Herzen die Gedanken enthüllt werden.'» Lukas 2, 34/35

Es ist uns nicht gegeben, in der herkömmlichen Weise (die dazu meistens eine sehr unbiblische Weise ist!) an Weihnachten zu denken und davon zu reden. Das geht sicher allen nachdenklichen, an den Geschehnissen der Welt und den menschlichen Dingen innerlich beteiligten Menschen so. Des weltlichen und «geistlichen» Weihnachtsbetriebes und Weihnachtslärmes ist im übrigen mehr als genug!

Es will uns scheinen, als sei die Finsternis tiefer, das Chaos größer, die Ratlosigkeit umfassender und die Fähigkeit zu einer Besinnung, die tiefer ginge als die selbstsüchtigen Weisheiten und Torheiten der Menschenwesen, die heute auf den verschiedensten Gebieten des Lebens die Welt «regieren», kleiner geworden.

Stumpfer sind die Völker geworden, auf die *jetzt* gerade sehr viel ankäme. Die laut gepriesenen und so wenig wahrhaft gelebten Lebenswerte in den Völkern scheinen immer mehr verschlungen zu werden von einer tiefgreifenden *Auflösung* des fundamentalen Kernes des Menschenwesens selbst, der im «Atomzeitalter», in einem merkwürdigen und unheimlichen Wechselspiel mit diesem, zerfällt und sich feindselig, allen Vertrauens und Glaubens bar, dafür mit allen Mitteln der «Propaganda» und des Truges ausgerüstet, den Untergang in die Barbarei und das Nichts zurüstet, anstatt die «Zeichen der Zeit» zu verstehen, *wach* zu werden, sich zu besinnen und in der Besinnung vor dem gähnenden Abgrund den Blick für den Halt zu gewinnen, der rettend und wegweisend zugleich wäre!

Aber gerade dieses Blickes, dieser Erkenntnis, das Rettende zu erlangen, zu erfassen, entbehrt die Welt, entbehren die Völker. Finsternis umhüllt das Erdreich und die darauf wohnen! Zu tief scheint der Schlaf und zu eitel das einzige «Vertrauen», das hohle Vertrauen zu sich selbst, zu einer routinierten Klugheit und zur Entschlossenheit, die eigene Sache mit allen Mitteln durchzusetzen.

So hat man ja die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg vertan. Man hat nicht Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe erstrebt, die allein den «Freien» und den «Unfreien» geholfen hätten und durch die man auf den *Weg zum Frieden* gekommen wäre, sondern hat das «Monopol» der Atombombe, die Spionage, den Kalten Krieg überhaupt, die gegenseitigen Beschuldigungen und die Aufrüstung vorwärts getrieben. Mit allen Mitteln! Hitler hat nicht wahnsinniger gearbeitet. Welche Siege hat der Tote und Gerichtete inzwischen über die «Demokratie» davongetra-

gen! Man hat die «freien» Völker unfähiger zur Freiheit und zur Wahrheit gemacht, indem man sie mit den Mächten verbunden hat, die aller Freiheit und Wahrheit, auch aller Menschlichkeit am feindseligsten sind. Faschismus, Feudalismus, Militarismus und Kapitalismus, die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung sind so zu neuer Blüte und Macht gekommen. Man mußte ja die «furchtbarste Gewalt bekämpfen, die es gibt»: den Kommunismus. «Der Kommunismus ist schlimmer als der Krieg. Er versteht nur die Sprache der Gewalt, also müssen wir zum Krieg rüsten und unsere Werte verteidigen und die versklavten Völker befreien.» So hat es geheißen, und so hat man es getan und *nichts* gegen den Kommunismus gewonnen, sondern das Entscheidende verloren: die Initiative für den Aufbau der Welt zu einer *größeren Gerechtigkeit und wahren Freiheit*, die dem Menschengeschlecht und den Völkern in ihm aufgetragen sind, solange der Ruf zum Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit an die Menschenvölker ergeht.

Wir haben von dem antikommunistischen Weg zur Lösung der Völkerfragen und Menschenfragen nichts gehalten, weil die Bedrohung und Verkehrung des menschlichen Wesens nicht nur vom Kommunismus, sondern ebenso sehr, geschichtlich und grundsätzlich gesehen, verursachend und weiterwirkend von den ihm gegnerischen Mächten ausgeht. Und noch weniger konnten uns die Mittel und die Wegrichtung dieser Gegnerschaft überzeugen. Man kann die Dämonen nicht durch Dämonen vertreiben und besiegen. Man dient darin dem Fürsten dieser Welt, wie immer mehr offenbar wird!

Diese Erkenntnis und Haltung hängt mit unserem *Glauben* zusammen, mit unserem Glauben an Jesus Christus ebenso sehr wie mit unserem Glauben an das in ihm angebrochene und mit ihm kommende Reich Gottes. Es gilt, auf ihn zu schauen, denn er mit seiner Sache ist immer (sofern wir etwas von seiner Wahrheit, seinem Licht und seinem Leben «verstanden» haben) die Lebensentscheidung für den einzelnen Menschen und gleicherweise für die Völker, Bewegungen und Mächte. Sein Evangelium hat nichts zu tun mit dem einschläfernden «Opium», von «Ideologien» und Religion, es ist die nüchterne Wachheit und Leidenschaft der Wahrheit und des Wahrheitskampfes selbst.

Darum «stürzen» an Christus und durch ihn Menschen, Bewegungen, Völker und Mächte. An ihm kommen sie zu Fall oder stehen sie auf. Denn dazu ist er «gesetzt». Das ist die Gottesbestimmung, die mit ihm eingetreten ist in die Welt und an der sich das Geschick der Völker entscheidet.

Begonnen hat diese Entscheidung an und in Israel. Das Wort des Lukasevangeliums ist ein Ausdruck davon. Diese Entscheidung, die ein Stürzen vor Christus und ein Aufgerichtetwerden durch ihn ist, geht aber weiter. Sie hat ein Völkerziel und Menschheitsziel. Übermächtig groß ist sie für das Erkennen des Glaubens heute vor der ganzen Völkerwelt aufgerichtet. Sie heißt: *Entweder* Gott und den Menschen (in Chri-

stus neu und ewig verbunden in der gnadenvollen Gottesliebe und der lebenschaffenden Gottesgerechtigkeit), die lebendige Seele, den Bruder in ihrem Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, erkämpft und erfüllt an der Materie, allen leibhaften Wirklichkeiten, den sozialen, den politischen Verhältnissen, Beziehungen und Verantwortungen, erfüllt und erkämpft am Elend, der Not, der Krankheit, dem Wahn und der Schuld, in die das Menschengeschlecht so tief verhaftet und verstrickt ist und an deren Fesseln es sich zu zerreiben droht – *oder* das, was wir uns durch das Verhaftetsein in der Schuld und in den Taten und Werken, die daraus schon erwachsen sind, bereitet haben: Sturz und Fall in Tod und Vernichtung!

Das Zeugnis des alten Simeon, dieses in seiner Zeit wachen und in seiner Erwartung auf den Erlöser und das Reich gerichteten Menschen, ist Wahrheit und Wirklichkeit geworden. Er durfte es schauen in dem Kinde, das den Beginn einer neuen Menschengeschichte heraufführte und das zum Zeichen der Menschengeschichte überhaupt geworden ist. Auch wir dürfen die Wahrheit und Sache dieses Kindes ergreifen, diese Wahrheit und Wirklichkeit Gottes und des Menschen, des Kindes, das zum Christus Gottes für die Welt und die Völker geworden ist, an dem sie fallen oder aufstehen, dem sie zustimmen und damit zufallen – oder widersprechen. Denn auch zum «Zeichen des Widerspruchs» ist Christus gesetzt. Wie in seiner menschlichen Lebensgeschichte, so ist er auch in der Geschichte seiner Auferstehung und Erhöhung, die ein Wirken für das Reich ist, als Zeichen des Widerspruches gesetzt. Er ist die unsichtbare lebendige Mitte und das Ziel aller Menschengeschichte und aller Kämpfe in ihr.

Da ist kein bloßer Gedankenkampf, keine ideologische Wortfechterei und Wortemacherei, keine religiöse Mythusbildung aus einem sich selbst entfremdeten menschlichen «Bewußtsein», das sich noch nicht in der realen Welt und Natur erkannt hat, um den Befreiungskampf der Menschheit zu kämpfen. Christus ist die Wirklichkeit wie die Kraft und Richtung dieses Befreiungskampfes selbst. Er ist der Kämpfer um den Menschen und für die volle Menschwerdung des Menschen, wie sie die kühnsten Gedanken und die größten Taten der besten Geister der Menschheit nur von ferne geahnt haben. Wo sie Licht haben, ist es Licht aus diesem Licht, wo sie Wahrheit vertreten, stammt sie aus dieser Gottesquelle, wo sie Gerechtigkeit und Leben suchen und darnach trachten, stammen sie aus ihm, wo die Kerker gesprengt werden und die Bedrükkung der Seelen durch die Mächte (auch die «politischen» Mächte unserer Tage) aufgehoben wird, ist der Lebenshauch seines Geistes wirksam und seine Freiheit.

An ihm werden auch heute «die Gedanken aus vielen Herzen enthüllt», die sichtbar und unsichtbar zu Taten und Untaten wachsen in der Menschenwelt. Die Offenbarungszeit der Herzen ist nicht zu Ende. Kein Mensch kann ihr entfliehen und kein Volk, keine Regierung und keine

Partei, kein Wissenschafter und kein Arbeiter, kein Priester oder Theologe und kein Politiker, nicht Mann und nicht Frau. Vor dem, der die Offenbarung Gottes für die Welt ist und der zugleich die Wahrheit des Menschen ist, müssen wir offenbar werden mit den Gedanken unserer Herzen, unserem innersten Wollen und Wesen: wir Menschen und die Völker!

Wir erkennen anbetend und im Tiefsten befreit und stark gemacht durch den, der uns als «Sohn» und «Bruder» gegeben ist, in dem die Rettung und Erneuerung des Menschenwesens und der Völkerwelt beschlossen und begonnen ist, den Sieg über alle Todesmacht, alles Chaos und alle Macht des Bösen auch in dieser Zeit und grüßen ihn, unsern Herrn, an dem noch alles sich entscheiden wird.

Zu Maria wurde gesagt: «Durch deine eigene Seele wird ein Schwert fahren», und Jesus ging seinen Weg zum Kreuz. Lasset uns darum in dieser Weihnachtszeit mit allen geopferten Seelen ebenso den Gekreuzigten grüßen, daß wir seine Sache nicht verfehlen im Kampf und den Entscheidungen der Welt. Der Glaube ist erfüllt von der Freude und dem Jubel der Maria und aller Kreatur mit ihr, aber auch von ihrem Schmerz, an den sich aller Schmerz und alles Leid der Welt heftet, damit sie aufgehoben würden von dem, der sie mit Gott für alle seine Brüder und Schwestern überwindet und schon überwunden hat. Das ist der Weihnachtssegen Simeons für uns alle, für die ganze Welt. *Albert Böhler.*

Ein Wort zur Weltstunde*

Wir leben in einer Weltstunde, in der das Problem des gemeinsamen Menschengeschicks so widerborstig geworden ist, daß die routinierten Verweser des politischen Prinzips zumeist sich nur noch zu gebärden vermögen, als ob sie ihm gewachsen wären. Sie reden Rat und wissen keinen; sie streiten gegeneinander, und eines jeden Seele streitet gegen ihn selber. Sie brauchten eine Sprache, in der man einander versteht, und haben keine als die geläufige politische, die nur noch zu Deklarationen taugt. Vor lauter Macht sind sie ohnmächtig und vor lauter Künsten unfähig, das Entscheidende zu können. Vielleicht werden in der Stunde, da die Katastrophe ihre letzte Drohung vorausschicken wird, die an der Querfront Stehenden einspringen müssen. Sie, denen die Sprache der menschlichen Wahrheit gemeinsam ist, müssen dann zusammentreten, um mitsammen zu versuchen, endlich Gott zu geben, was Gottes ist, oder, was hier, da eine sich verlierende Menschheit vor Gott steht, das gleiche bedeutet, dem Menschen zu geben, was des Menschen ist, um ihn davor zu retten, daß er durch das politische Prinzip verschlungen wird.

Martin Buber

* Schlußwort des Aufsatzes «Geltung und Grenze des politischen Prinzips», abgedruckt in den Frankfurter Heften. D. R.

Zwischen Religion und Philosophie*

Hugo Bergmann hat in seiner Besprechung meines Buches «Gottesfinsternis»** nachdrückliche Bedenken gegen meine scharfe Scheidung zwischen dem, was der Religion – genauer: dem Glauben – und dem, was der Philosophie – genauer: dem begrifflichen Denken – zugänglich ist, geäußert. Der Gegenstand ist so wichtig, daß ich mich verpflichtet fühle, einige Hinweise zu seiner Klärung aufzuzeichnen.

Daß, wie Bergmann sagt, «in der Wirklichkeit des Lebens Ich-Du und Ich-Es unentwirrbar in verschiedenen Stufen untereinander verwoben» sind, gebe ich nicht bloß zu: ich habe seit dem ersten Buch, in dem ich den Unterschied zwischen diesen beiden Grundhaltungen des Menschen darzulegen versucht habe, seit «Ich und Du» (1923), immer wieder betont, daß es keineswegs um Zustände geht, die einander stets «reinlich ablösen», daß vielmehr in Wirklichkeit unser Dasein gerade in dieser Hinsicht «oft ein in tiefer Zwiefalt wirr verschlungenes Geschehen» ist («Ich und Du» S. 25). Deshalb habe ich ja in dem neuen Buch das von Bergmann angeführte Beispiel vom Kinde gebracht, dem die Mutter in einem bestimmten Augenblick das angerufene hilfreiche Gegenüber, aber schon im allernächsten, etwa weil sie ein neues, buntes Seidentuch um den Kopf schlingt, ein Gegenstand der Neugier ist. Und mit aller erwünschten Präzision sage ich auch hier («Gottesfinsternis» S. 152) von den beiden Relationen: «Das ist das Leben des Menschen, daß man an sich beides zu kennen bekommt und immer wieder beides.» Aber die strenge Scheidung zwischen den beiden Haltungen scheint mir dennoch unerläßlich; unerläßlich, zu zeigen, was beim Übergang von der Ich-Du-Haltung zur andern verlorengeht: die Aktualität einer Lebensbeziehung, und freilich auch, was dabei gewonnen wird, eine objektiv charakterisierte Apperzeption.

Wie verhält es sich in diesem Belange zwischen der Glaubenshandlung und dem begrifflichen Denken, und zwar gerade «im wirklichen Leben», an das Bergmann appelliert? Jeder Beter, dem von der vollen Gebetserfahrung nichts versagt, aber auch nichts erspart geblieben ist, weiß um den furchtbaren Moment, da Gott, der eben erst, wie die Mutter zu dem hilflos am Boden kauernden Kinde, sich zu ihm herabneigte und ihn emporhob, unversehens sich ihm entzieht. Ich schrecke aus der Inbrunst meines Gebets auf, die meinem Selbstwissen nach bis zu diesem Augenblick angehalten hatte, und alsbald spinnt sich der Gedanke an: Gott ist gut, also kann er mich meiner Not nicht preisgeben. Aber zunächst ändert sich nichts; ich bleibe meiner Not preisgegeben. All das vollzieht sich innerhalb der religiösen Sphäre, aber das be-

* Wir freuen uns, daß Professor Martin Buber das Gespräch mit Professor Hugo Bergmann aufgenommen hat. D. R.

** Septemberheft der «Neuen Wege».

griffliche Denken ist eingedrungen, das einen allgemeinen Satz über Gott (Gott ist gut) vorträgt und daraus folgert. Aber Gott gibt sich nicht zum Subjekt eines Satzes her, aus dem etwas abzuleiten ist; Attribute offenbart er nur, damit es uns leichter werde, zu ihm aufzusehen und ihm nachzufolgen; er läßt sich dem logischen Satz vom Widerspruch nicht unterwerfen; mit «Also» ist ihm gegenüber nichts anzufangen. In der Glaubenswirklichkeit vertraut man Gott nicht deshalb, weil er einem theologischen Satz nach so und so ist, sondern weil «Du da bist». Der Begriff des so und so zu definierenden Guten, welcher das so und so zu definierende Nichtgute ausschließt, wie a das non-a, erliegt der nicht begrifflich zu definierenden, nicht syllogistisch zu handhabenden Ahnung eines unseren Maßstäben entrückten Überguten, dessen Urstrahl sich auch im höchsten Menschenethos nicht spiegelt, sondern bricht.

«Das Gebet zu Gott», sagt Bergmann, «und das Denken über Gott werden [von Buber] auseinandergerissen.» In Wahrheit reißt das faktische Denken über Gott, das ihn den Gesetzen der menschlichen Logik unterwirft, das faktische Gebet auseinander. Von hier aus verdeutlicht sich die Auseinandersetzung zwischen Religion und Philosophie.

«Gott kann vom Philosophen nicht erkannt werden», läßt Bergmann mich sagen. Aber das ist nicht meine Meinung. Was ich meine, ist, daß Gott *philosophisch* – das heißt gegenständlich-begrifflich auf Grund der logischen Gesetze – nicht erkannt werden kann. Es hat immer wieder Philosophen gegeben, die aus tiefer Erfahrung der gesetzten Grenze auf die Gefahr ihrer Überschreitung hingewiesen haben. Die stärkste Warnung hat wohl, am Eingang des modernen Denkens, Nikolaus von Cues ausgesprochen: Gott sei nicht ein Etwas (aliquid), zu dem ein Gegensatz und Widerspruch denknotwendig ist, sondern übergegensätzlich, woraus sich ergibt, daß er dem Satz vom Widerspruch nicht untertan ist. Es ist das hohe Recht der Philosophie, aber auch ihre Pflicht, die Grenze, die ihre Grundgesetze ihr ziehen, in klarem Wissen innezuhaben und diesem Wissen gemäß zu tun und zu lassen. Freilich hat nicht bloß die nachcusanische Philosophie, sondern zuweilen auch Cusanus selber sich gegen diese Maxime vergangen; und bekanntlich hat sogar der Denker, der auf der Warnung sein kritisches System erbaut hat, Kant, in dem langen, schweren und vergeblichen Ringen um sein Alterswerk, das ein «System der reinen Philosophie in ihrem ganzen Inbegriff» werden sollte, immer wieder, und in wechselnder Begrifflichkeit, Gott als ein so und nicht anders beschaffenes Aliquid zu fassen gesucht.

Wir dürfen, dem verschiedenen Grundsinn des Verbums in zwei großen Sprachstämmen entsprechend, zwei Arten des Erkennens unterscheiden. Das eine, von der griechischen Philosophie klassisch konstituierte, bedeutet (nach Bultmanns vortrefflicher Definition) das distanznehmende «Einsehen» eines gegenständlich Verfügbaren; ein solches aber ist uns Gott eben nie. Kein Erschließen kann hier Ersatz schaffen;

denn aus dem Sein des Relativen, der durch einander bedingten Dinge und Wesen, auch aus dem Sein alles Relativen insgesamt, läßt sich das Sein eines Absoluten, einzig durch sich selber Bedingten und somit Unbedingten, nur als «Postulat», als Idee im kantischen Sinne, nicht aber als Tatsache erschließen; alle Gottesbeweise trügen als solche, mag man sie auch mit Jaspers als «Vergewisserung des Glaubens in Gedankengängen» gelten lassen. Das andere «Erkennen», von den heiligen Schriften des Volkes Israel gültig ausgesagt, bedeutet nicht ein Einsehen, sondern einen unmittelbaren Kontakt, für den im Gegensatz zu jenem – wo das Erkannte am Vorgang nicht aktiv beteiligt ist, sondern ihn nur an sich geschehen läßt – die Wechselseitigkeit wesentlich ist. Wie Mann und Weib ihren vertrauten Umgang als ein «Erkennen» erfahren, so erkennt Gott Israel, daß es ihn erkenne (Amos 3, 2; Hosea 6, 6), und das ungetreue Israel ist eben eines, das, von Gott «erkannt», dessen Erkennen nicht erwidert (Hosea 5, 3f). Man muß sich diese Gottessprüche als im Anfang der Schriftprophetie verlautbart gegenwärtig halten; aber noch bei Paulus wirkt, in eigentümlicher Verquickung mit gnostischem Sprachgebrauch, die Korrelation nach. Im Kontakt mit Gott beharren, an ihm festhalten liegt dem Glaubensbegriff der hebräischen Bibel zugrunde. Hier tritt nicht ein erkennendes Subjekt einem erkannten Objekt gegenüber, sondern die Person begegnet der Person – meinem Verständnis nach: der um des Umgangs mit seiner Kreatur willen je und je Person werdende Gott begegnet je und je dem personhaften Menschenwesen –, und das Glaubensverhältnis ist ein Geschehen zwischen ihnen. Die Aggada weist emphatisch darauf hin, daß Gott jedem seiner Offenbarungsempfänger in anderer Persongestalt erscheine; aber keiner von ihnen hat die Erscheinung mit ihm identifiziert. Die Philosophen identifizieren immer wieder ihre objektivierenden Perspektiven des Absoluten mit ihm selber; ich ziehe hier nicht den Ursprung aus der Erfahrung in Zweifel, wohl aber die rechte Treue der Erfahrung gegenüber.

Selbstverständlich ist dem gläubigen Philosophen nicht zuzumuten, daß er die Auswirkung seiner Glaubenserfahrung an der Schwelle seiner Philosophie haltmachen lasse. Weit entfernt davon, von ihm, wie Bergmann mir zuschreibt, zu verlangen, daß er «sich jedes Urteils in der entscheidendsten Frage enthalte», habe ich ihm sogar ausdrücklich («Gottesfinsternis» S. 57) das Recht zugebilligt, jeweils Kritik an einem «unglaubhaft» gewordenen Gottesbild zu üben, in welcher Kritik, wenn sie legitim geübt wird, ich sogar, im Anschluß an ein Wort Rosenzweigs, eine Art «Gebet des Philosophen an den wieder unbekannt gewordenen Gott» erblickt habe, ein implizites Gebet um eine neue Offenbarung, die eine neue Gottesschau ermögliche. «Wenn sie legitim geübt wird», sage ich: Nietzsches waghalsiges Spiel mit assoziationsreichen Götternamen, wie Dionysos, oder Gebilden dichterischer Anschauung, wie Goethes

«Übermensch», kann ich freilich nicht als legitim anerkennen und noch weniger Heideggers radikal-phänomenologische Verheißung einer denkerischen Wandlung, die dazu führen werde, daß «das Erscheinen des Gottes und der Götter» (der Plural entzieht hier dem Singular allen echt ontischen Gehalt) wieder beginne. Worauf es ankommt, ist, daß der Philosoph, wenn er sich anschickt, von Gott zu reden, von Grund aus dessen innewerde, daß er eben damit die Grenze seiner Methode erreicht hat. Ich will ihm gewiß nicht verwehren, in seinem System den Gottesnamen durch einen Begriff zu ersetzen; aber rechtmäßig wird er das nur tun können, wenn er sich zuvor vor das Angesicht des lebendigen Gottes gestellt, ihn angesprochen und sich seinem Anspruch ausgesetzt hat; dann und dann allein wird in dem «Er» oder «Es», das er zu determinieren unternimmt, das Du der Begegnung nachzittern und wie die zitternde Magnetnadel Zeugnis ablegen. Ich fordere meinen Freund Bergmann auf, sich die Philosophen und ihre Systeme erneut, mit strenger Intuition, daraufhin anzusehen.

Martin Buber

In letzter Stunde

Nie rang ich heißer um des Wortes Gnade
als jetzt, da mir die Qual das Auge feuchtet,
da Angst und Graun auf blutiger Fassade
gespenstig durch das Zeitgeschehen leuchtet,

nie ward ich stärker von der Macht getrieben
die Herzen meiner Nächsten zu berühren,
sie schicksalhaft in ihrer Not zu lieben,
die Flamme ihres wachen Seins zu schüren,

daß ihre Augen jene Schatten sehen,
die schwarz sich heben aus des Todes Garten,
die lauernd hinter offnen Gräbern stehen
und auf des Landes junge Söhne warten.
«Krieg!» schreit der Satan, und die Welt bleibt stumm?
O Mensch an deinem Abgrund — kehre um.

Erna Hintz-Vonthron

Das neue Gebot*

«Denkt nicht, daß ich gekommen sei, um das Gesetz oder die Propheten aufzuheben; ich bin nicht gekommen, um aufzuheben, sondern um zu *erfüllen*. Denn wahrlich, ich sage euch: bis Himmel und Erde vergehen, wird vom Gesetz nicht der kleinste Buchstabe und kein Strichlein vergehen, bis alles in Erfüllung gegangen ist.» (Matth. 5, 17–18)

«Darum ist die *Liebe* die Erfüllung des Gesetzes.» (Röm. 13, 10)

Zur Zeit der ersten Christen herrschte im Römischen Weltreich die Nacht des Heidentums. Überall galt das «Recht des Stärkeren» in seiner ganzen Brutalität; die weltlichen Machthaber verschafften und sicherten sich ihre Herrschaft durch alle Arten von Verbrechen, und das Motto ihrer moralischen Grundsatzlosigkeit lautete ganz einfach: Der Zweck heiligt die Mittel, der Erfolg schafft Recht. Sie waren also alles andere als «Diener Gottes», die doch nach der Gewaltenlehre des Völkerapostels Paulus (Röm. 13) das göttliche Gesetz in der Gemeinschaft zur Geltung bringen sollen, so daß die Gewaltübung dem Rechtschaffenen, aber nicht dem «Übeltäter» ein Schutz ist. Folgerichtig konnten sich die Übeltäter ungestraft ihren Verbrechen hingeben, sofern diese mit dem positiven Gesetz in Einklang standen. Dieses positive Gesetz jedoch beruhte nicht auf den Vorschriften des Dekalogs und dem Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!, war demnach nicht Ausdruck des *göttlichen* Willens und hatte als Maßstab für Gut und Böse nicht das verpflichtende *göttliche* Gesetz, sondern sanktionierte ein soziales Dasein, das auf der Mißachtung der fundamentalsten natürlichen Rechte und Pflichten des Menschen beruhte. Hier genügt allein schon der Hinweis, daß ein beträchtlicher Teil der Menschheit in positiv-rechtlicher Hinsicht nicht einmal zu den Menschen gerechnet, sondern zur bloßen Sache entwürdigt wurde. Indem *durch* die positive Gesetzgebung zahlreiche Rechtsbrüche sanktioniert und so ganz im Gegensatz zum Wesen der «höheren Gewalt» die Rechtschaffenen bestraft und die Übeltäter durch das Gesetz geschützt wurden, war *die Ausübung der natürlichen Rechtsgewalt – der sogenannten «Staatsgewalt» – in ihr genaues Gegenteil verkehrt.*

Wie sollte da die heidnische Nacht von der göttlichen Wahrheit durchdrungen und die Furcht vor dem «Recht des Stärkeren» durch die *freiwillige* Bereitschaft, dem göttlichen Gesetz zu dienen, überwunden werden? Der «natürlichste» Weg schien doch der zu sein, daß die Christen mit aller Kraft den Besitz einer Machtstellung erstrebten, die die äußere Voraussetzung für die Ausübung der Staatsgewalt und für eine gesetzgeberische Tätigkeit bildet. Als Inhaber der Staatsgewalt besaßen sie dann *das auch von Christus nicht in Abrede gestellte Recht, notfalls*

* Dieser Beitrag eines katholischen Laien zeigt, wie lebendig und selbständig im Katholizismus das Laienelement geworden ist.

äußere Zwangsmittel gegen die ihrer «höheren Gewalt» Unterworfenen anzuwenden und das göttliche Gesetz gegen Widerstrebende zur Geltung zu bringen. Nun haben aber weder Christus noch seine Apostel den ersten Christengemeinden das Beispiel gegeben oder den Vorschlag gemacht, die äußere Macht im Römischen Weltreich zu erstreben. Während die «Fürsten der Welt» nach äußerer Macht strebten und eine «höhere Gewalt» beanspruchten, ohne sie jedoch ihrem Wesen nach zu besitzen, da sie *gegen* das göttliche Gesetz handelten, nahm Christus die Staatsgewalt nicht für sich in Anspruch, sondern gab der Wahrheit Zeugnis, spendete Gerechten und Ungerechten Wohltaten ohne Zahl und ließ sich widerstandslos ans Kreuz heften. Seine Apostel und Jünger folgten seinem Beispiel, verkündeten die Wahrheit, bewiesen «nichts als Sanftmut gegen alle Menschen» (Tit. 3, 2) und erlitten zum überwiegenden Teil gleichfalls den Martertod. Und das Reich der Wahrheit breitete sich trotzdem immer mehr aus. Obwohl das Bestehende die Verneinung jeder Menschenwürde in sich begriff und ein blutiger Hohn auf die elementarsten Menschenrechte war, dachten die Christen auch nicht im entferntesten daran, das Bestehende durch einen gewaltsamen Umsturz zu beseitigen, sondern folgten dem Befehl des Völkerapostels: «Ein *jeder*, liebe Brüder, möge in dem Stande, in dem er berufen worden ist, bei Gott verbleiben!» (1. Kor. 7, 24.)

Aber hatten die Christen, auch wenn sie sich nicht nach dem Besitz der Staatsgewalt drängten, nicht wenigstens das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, *gewaltsamen Widerstand gegen Gewaltgleiche* zu leisten, die ihre natürliche Rechtssphäre ohne Übereinstimmung mit dem positiven Gesetz zu beeinträchtigen suchten, ihnen nicht nach dem Gebot der Nächstenliebe, deren Maßstab die Selbstliebe ist, Gerechtigkeit zuteil werden ließen und sogar die Freiheit und das Leben bedrohten? Dieses Selbstverteidigungsrecht für sich oder Dritte gegenüber Gewaltgleichen, das als *«Notwehrrecht»* bezeichnet wird, ließ sich nicht einfach unter Berufung auf das Alte Testament leugnen; dort war wohl das selbstherrliche Tötungsrecht, aber nicht der gewaltsame Widerstand als *solcher* zu einem strafwürdigen Verbrechen gestempelt. Stand aber den Christen das Notwehrrecht prinzipiell zu, waren sie auch befugt, sich gegen die weltlichen Machthaber gewaltsam zur Wehr zu setzen, sobald diese ihre Macht dazu benutzten, Böses statt Gutes zu tun, weil in diesem Falle ja gar keine «höhere Gewalt» ausgeübt wurde, der sich der Mensch nach der Lehre des Völkerapostels unterwerfen soll. Wo jedoch gerade diejenigen, die kraft ihrer äußeren Machtstellung die Übeltäter bestrafen und die Rechtschaffenen schützen sollten, selber «Übeltäter» im paulinischen Sinne waren, da sie sich an die Unantastbarkeit der gottgewollten Rechtssphäre des einzelnen nicht kehrten, schienen wohl die Christen schon um der bloßen Selbsterhaltung willen die Befugnis zu einem tatkräftigen Widerstand gegenüber allen ungerechten Angriffen

zu besitzen, auch wenn diese durch das positive Gesetz sanktioniert waren – zumal bei der Christenheit ein ausgeprägtes Rechtsbewußtsein vorhanden war, das sie klar zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht unterscheiden ließ. Und mußte in Hinsicht auf die Existenzberechtigung und Wirkungsmöglichkeit dieser wertvollen Ordnungsträger, wie die Christen sie nun einmal waren, nicht auch die Allgemeingültigkeit des Tötungsverbotes, wonach nur auf ausdrückliche Anordnung Gottes ein Mensch getötet werden darf, zurückstehen, wo alle Welt dieses Verbot mißachtete? Konnte es denn in Gottes Ratschluß liegen, daß das Wertvolle dem Minderwertigen ausgeliefert blieb? Das war aber offenbar so lange der Fall, als die Christenheit nicht das Notwehrrecht und die selbstherrliche Tötungsbefugnis in der Notwehr in Anspruch nahm.

*

All diese Überlegungen scheinen so «natürlich» und «wirklichkeitsnah»; und doch müssen wir bei dem *Verhalten der ersten Christen gegenüber Gewaltgleichen* folgendes feststellen: Wo immer ihre elementarsten Menschenrechte auf dem Spiel standen, *beanspruchten die Christen nicht nur nicht das selbstherrliche Tötungsrecht, sondern setzten sich überhaupt nicht «mit Gewalt» dagegen zur Wehr,* um auf diese Weise ihre naturgegebene Rechtssphäre vor jeder Beeinträchtigung zu schützen. Wie konnte dann aber eine natürliche Gesellschaftsordnung entstehen, in der die natürlichen Rechte *aller* Menschen gleichermaßen geachtet werden, wenn die Christenheit als das Salz der gottgewollten Ordnung in einer erbsündlich belasteten Welt es offenbar zuließ, daß das Böse weiterhin Triumphe feierte? Und sofern diese *materielle* Wehrlosigkeit tatsächlich zum Wesensinhalt der neuen Lehre gehörte, hatten doch wohl diejenigen, denen es um Recht und Ordnung in der Welt zu tun war, alle Veranlassung, diesen Spuk weit von sich zu weisen und dafür zu sorgen, daß den Schwarmgeistern, die sich Christen nannten, auf schnellstem Wege die Möglichkeit genommen wurde, die bestehenden Gemeinschaften mit solchen anarchistischen Ideen zu infizieren. Denn diese Überlegung schien doch schlüssig: Wenn der Gute dem Bösen deshalb nicht mit materiellen Machtmitteln widersteht, weil er deren Anwendung von einer äußeren Machtstellung in der Gemeinschaft abhängig macht, die er bei einem Festhalten an seinen Prinzipien gar nicht zu erlangen vermag, läßt er dem Übeltäter, der durch materielle Machtmittel seinen verbrecherischen Willen durchzusetzen sucht, völlig freie Hand. Das wiegt um so schwerer, wenn der weltliche Machthaber und seine beauftragten Organe selber die Rechtsverletzung billigen und sie gar befehlen. Also siegt das Böse in der Welt, und alle Worte von Recht und Gerechtigkeit sind für die Übeltäter nur Grund zu billigem Spott. Wenn ein solches Verhalten allgemein zum Rat und gar zum Gebot gemacht würde, so muß sich ja eine lebenbedrohende Gefährdung und Unterwühlung der öffentlichen Sicherheit ergeben; es

wäre ganz einfach eine Ermutigung, ja eine Lebensversicherung für alle Arten von Verbrechergesindel. Und ausgerechnet Christus, der Sohn Gottes, welcher der Welt den Frieden bringen wollte, soll mit der Verkündung seiner Friedenslehre die Gläubigen auf diese selbstzerstörerische Gewaltlosigkeit verpflichtet haben? Wozu hat er dann seine Lehre überhaupt verkündet, wenn sie die sichere Niederlage ihrer Anhänger bedeutet?

Aber es steht nun einmal unwiderlegbar fest, daß die ersten Christen, allen voran die Apostel, die im Geiste der Wahrheit Christus verkündeten, sich der materiellen Gewaltlosigkeit gegenüber Gewaltgleichen verschrieben hatten. Beugten sie sich etwa nur widerwillig der Tatsache, daß sie nicht nach *ihrer* Ansicht, die noch dazu mit dem göttlichen Gesetz harmonierte, die Geschicke ihrer Umgebung gestalten konnten? Hinderte sie also nur die «Politik des kleineren Übels» daran, im Bewußtsein ihrer Weltsendung gegen jede Beeinträchtigung ihres Gemeinschaftslebens mit materiellen Machtmitteln sich zur Wehr zu setzen? Aus all diesen Gründen läßt sich aber das gewaltlose Verhalten der Christenheit, das ja bis zur Preisgabe des eigenen Lebens führte, in keiner Weise vernünftig erklären. Es bleibt *die Alternative des Entweder-Oder*. Entweder haben die Apostel sowie die von ihnen geführten Christen das Evangelium gründlich mißverstanden und sich in gottentfremdeter Schwarmgeisterei verloren; oder sie haben durch ihr Verhalten der verpflichtenden *Wahrheit* gedient. War *dieses Verhalten also tatsächlich ein allgemeingültiges Gebot*?

*

Im *Alten* Testament zwar konnte das «Gottesvolk» mit dem Psalmisten (18. Psalm) sprechen: «Mit Deiner Kraft stürme ich wider feindliche Scharen. Ich folgte meinen Feinden und packte sie und kehrte nicht heim, bis ich sie vernichtet. Ich schlug sie, daß sie sich nicht mehr erhoben, unter die Füße fielen sie mir.» Doch «Gott hat seinen Sohn nicht dazu in die Welt gesandt, daß er die Welt richte, sondern daß die Welt durch ihn gerettet werde.» (Joh. 3, 17.) Und der Sohn Gottes sagt: «Frieden hinterlasse ich euch, *meinen* Frieden gebe ich euch; *nicht* wie die *Welt* ihn gibt, gebe ich ihn euch.» (Joh. 14, 27.) Deshalb sandte Christus seine Jünger «wie Lämmer mitten unter die Wölfe» (Matth. 10, 16) und verkündete ihnen und allen denen, die durch ihr Wort an ihn glauben, sein *Neues Gebot*: «Ein *neues* Gebot gebe ich euch, daß ihr einander liebet, daß, *wie* ich euch geliebt habe, so auch ihr einander liebet. *Daran* sollen *alle* erkennen, daß ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe untereinander habt.» (Joh. 13, 14.) «Das ist mein Gebot, daß ihr euch einander so liebet, *wie* ich euch geliebt habe!» (Joh. 15, 12.) «Ein *Vorbild* habe ich euch gegeben, damit *ihr* es so macht, *wie ich euch* getan habe.» (Joh. 13, 15.)

Und *wie* hat Christus die Seinen geliebt? *Welches* Vorbild hat er ihnen als verbindlichen Maßstab, als «Gebot» gegeben? Hat er für ihre «Sicherheit» gesorgt? Hat er sich und die Seinen vor ungerechten Angriffen durch gewaltsamen Widerstand zu schützen gesucht? *Nichts* dergleichen! Hat er seine Jünger wenigstens ein einziges Mal darauf hingewiesen, daß die Art *seiner* Liebe, freiwillig sich opfernd, ohne gewaltsame Gegenwehr und nicht mit der leisesten Absicht, denjenigen, die ihn zu töten suchten, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, von besonderen Umständen abhängt und sein Verhalten nicht etwa als allgemeingültiger Maßstab aufgefaßt werden darf? *Nichts* dergleichen! Hat er dem Tempeldiener, der ihm ins Gesicht schlug, mit Gewalt gewehrt oder gar Gleiches mit Gleichem vergolten? Nein, sondern er hat ihm nur auf seine Frage geantwortet und im freiwilligen Leiden noch seine Lehrgewalt ausgeübt, indem er sagte: «Wenn ich ungehörig gesprochen habe, so gib an, was ungehörig daran gewesen ist; wenn ich aber richtig gesprochen habe, warum schlägst du mich?» (Joh. 18, 23.) Dann aber reichte er nicht nur «die andere Wange» hin, sondern gab seinen gesamten heiligsten Leib widerstandslos, ohne den geringsten Versuch, materielle Gewalt gegen materielle Gewalt zu setzen, allen erdenklichen Martern bis zum Tode am Kreuze preis und ließ sich «wie ein Lamm zur Schlachtbank» führen. Christus hat also sein eigenes, in der *Bergpredigt* verkündetes Gebot: «Ich dagegen sage euch: Ihr sollt der Bosheit *keinen* Widerstand leisten; *sondern* wer dich auf die rechte Wange schlägt, dem halte auch die andere hin!» (Matth. 5, 39) so buchstäblich wie nur irgend denkbar befolgt und sich nicht etwa als ein Schwarmgeist erwiesen, der seine eigenen Worte entgegen ihrem klaren Wortlaut und unmißverständlichen Sinn verleugnet, wenn er sie selber befolgen soll. So hat er seinen Jüngern auch nicht einmal andeutungsweise geboten, daß sie gar mit der Absicht zu töten dem Übeltäter entgegentreten sollten. Wie er ein für alle Male den gewaltsamen Widerstand gegen den ungerechten, und zwar sogar gegen den infamsten ungerechten Angriff der gesamten Weltgeschichte durch den Befehl: «Stecke dein Schwert in die Scheide!» (Matth. 26, 52) verbot, so hat er auch den Seinen – weil es eben sonst nicht mit seiner Lehre und seinem Beispiel zu vereinbaren ist – keinerlei Rat zum gewaltsamen Widerstand gegen Gewaltgleiche erteilt, als er ihnen ihr zukünftiges Opfer für die Wahrheit und damit ihren Gegensatz zur «Welt» voraussagte: «Man wird euch aus den Synagogen stoßen; ja es kommt die Zeit, da jeder, der euch tötet, Gott einen Dienst zu erweisen meint.» (Joh. 16, 2.) Und die Tatsache, daß Christus die Wechsler und Händler aus dem Tempel trieb (Joh. 2, 15–16), konnten die Christen nicht dafür in Anspruch nehmen, sich mit Gewalt gegen den ungerechten Angreifer zur Wehr zu setzen; denn hier handelte Christus ja offensichtlich in der ihm zukommenden höchstrichterlichen göttlichen Gewalt,

so daß niemals die «Notwehr» gegeben sein konnte, da dieser sowohl der gewaltsame Widerstand gegen *Gleichrangige* wie die *Abwesenheit* eines zuständigen Richters wesenseigen ist.

*

Die Liebe Christi, welcher das Unrechtleiden wesentlich zugehört, ist somit der verpflichtende Maßstab für die Liebe der Christen. Der Apostel Petrus kennzeichnet diesen von abgründiger Weisheit getragenen und *niemals* rückgängig gemachten *christlichen Auftrag gegenüber dem Nächsten: Unrecht zu leiden und durch dieses Leiden zu heiligen, aber nicht dem Bösen zu widerstehen oder ihn gar zu vernichten!* mit folgenden Worten: «Denn auch Christus ist einmal für uns um der Sünden willen gestorben, ein Gerechter für Ungerechte, um uns zu Gott zu führen, er, der nach dem Fleische zwar getötet worden ist, aber zum Leben erweckt nach dem Geiste.» (1. Petr. 3, 18.) «Weil nun Christus leiblich für uns gelitten hat, so wappnet auch *ihr* euch mit der *gleichen* Gesinnung!» (1. Petr. 4, 1.) «Wenn ihr geduldig aushaltet, wo ihr *trotz* eurem guten Verhalten *leiden* müßt, *das* ist wohlgefällig bei Gott. *Denn dazu seid ihr berufen,* weil auch Christus für euch gelitten und euch dadurch *ein Vorbild hinterlassen hat,* damit *ihr* in *seine* Fußstapfen tretet.» (1. Petr. 3, 20–21). Dementsprechend erhebt der Völkerapostel Paulus die Forderung: «Tritt als tapferer Streiter Jesu Christi in die *Leidensgemeinschaft* ein!» (2. Tim. 2, 3.) Und derselbe Völkerapostel, der die Notwendigkeit der «höheren Gewalten» darlegt, deren Trägern das Richteramt über die Rechtschaffenen und die Missetäter gemäß dem göttlichen Gesetz zukommt, tadelt es sogar, wenn die Christen dem Unrechtleiden dadurch auszuweichen suchen, daß sie sich an die Gerichte wenden: «Es ist das überhaupt schon ein *sittlicher Mangel* bei euch, daß ihr Rechtshändel miteinander habt. Warum laßt ihr euch nicht lieber *Unrecht zufügen*? Warum nicht lieber *übervorteilen*?» (1. Kor. 6, 7.)

Die Christen sind also *berufen, durch ihre Teilnahme an der Wirksamkeit der welterneuernden und weltüberwindenden Kraft des Leidens Christi den Mangel an Nächstenliebe bei den Übeltätern auszugleichen* und dadurch nach dem Vorbilde Christi der gottentfremdeten, an das Recht des Stärkeren appellierenden Menschheit jene Freiheit der Gotteskindschaft zu vermitteln, ohne deren Vorhandensein jegliche Gemeinschaftsgestaltung ihren einigenden Mittelpunkt, das lebenspendende Gesetz Gottes, einbüßt und letztlich von ordnungszerstörenden Extremen bestimmt werden muß, die auf der Selbstherrlichkeit der irrtumverhafteten Vernunft beruhen: entweder vom Terror des Herrschenden oder von der Zügellosigkeit aller. Dabei konnte die durch das Leiden herbeizuführende geistige Erneuerung auch nicht für einen Augenblick die Anarchie herbeiführen oder die bestehende noch vermehren. Denn die ersten Christen als die Träger dieser Neugestaltung hatten ja gerade

der Ursache jeder Anarchie, der Selbstherrlichkeit des Menschen, prinzipiell entsagt, indem sie sich dem Grundpfeiler *jeder* Ordnung und *jeder* Gemeinschaft, dem unwandelbaren göttlichen Gesetz, in *allen* Lebensbereichen verpflichteten. Denjenigen Befehlen, die den Christen Unrecht zufügten, folgten diese zwar ebenso wie solchen, die kein gottwidriges *Tun* vorschrieben; doch nicht deshalb, weil *diese* Gesetze etwa von dem Inhaber einer «höheren Gewalt» erlassen waren und *deshalb* zum Gehorsam verpflichteten, sondern weil einmal – in Hinsicht auf die ungerechten und gottwidrigen Befehle der weltlichen Machthaber – das Gebot *Christi,* Unrecht zu leiden, verpflichtende Kraft besaß und außerdem – soweit es Anordnungen betraf, die mit dem christlichen Sittengesetz übereinstimmten – jener Geist in der christlichen Gemeinschaft herrschte, dem der Apostel Petrus mit folgenden Worten Ausdruck gibt: «Denn das ist der Wille Gottes, daß ihr durch *gutes Verhalten* den Unverstand der törichten Menschen zum Schweigen bringt, und zwar als *wahrhaft Freie,* nicht als solche, welche die Freiheit zum Deckmantel der Bosheit machen, sondern als Knechte Gottes.» (1. Petr. 2, 15–16.) Die Christen lebten sonach gemäß *ihrem* Gesetz, das das Gesetz Christi war, und wurden, obwohl und gerade weil sie *geistig Getrennte* gegenüber der damaligen Gesellschaft waren, die auf dem Recht des Stärkeren fußte, zum «Salz der Erde», dessen welterneuernde Kraft allmählich in alle Schichten der Menschheit dringen sollte.

Käme das frei gewollte Leiden nur dem Leidenden zugute und vermöchte es keine über alle Maßen gewaltige soziale Wirkkraft zu entfalten, bliebe es auch völlig unverständlich, wie Christus sagen kann: «Eine größere Liebe kann niemand haben als die, daß er sein Leben für seine Freunde hingibt.» (Joh. 15, 13.) Denn welche Liebestat erweist denn derjenige seinen Freunden, der durch seinen Opfertod, den er in keiner Weise durch gewaltsamen Widerstand zu verhindern suchte, nur sich selbst zu heiligen vermag? Dieses Wort Christi hat doch nur dann einen Sinn, wenn ein solches Opfer die Herzen seiner Freunde in der Nachfolge Christi bestärkt, den Unwissenden das Licht der Wahrheit und den Willen zum Guten vermittelt und sogar die Bosheit des Übeltäters zu überwinden vermag. Das Unrechtleiden um *Christi* willen ist eben nicht beziehungslose Selbstüberwindung, müde Resignation vor der Macht des Bösen in der Welt oder heroischer Nihilismus, sondern trägt gemäß dem Urbild des innergöttlichen Opfers des dreieinigen Gottes, das am Kreuz von Golgatha in der Zeit sichtbar geworden ist, wesentlich *sozialen* Charakter und birgt *eine überwältigende ordnungsbildende Kraft* in sich. Wie im übernatürlichen, so sollte auch im natürlichen Bereich *das freiwillige Opfer Mittelpunkt alles Wirkens* sein und durch seine göttliche Wirkkraft *das gottgewollte christliche Menschenkind, das Ebenbild des Gottmenschen, in den Menschen Gestalt gewinnen.* Würde das von Christus befohlene und vor-

gelebte Zeugnisgeben für die Wahrheit, dem das frei gewollte Leiden wesenseigen ist, keine Frucht gebracht haben, die den Gewaltgläubigen und Gottentfremdeten erkennen ließ, welche segensreichen Auswirkungen mit der Anerkennung des unteilbaren göttlichen Gesetzes verbunden sind, wäre das Wort hinfällig: «An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!» (Matth. 7, 16), daß nämlich die Christen Diener Gottes und Tempel des Heiligen Geistes sind, der machtvoll das Gute wirkt.

Also *nicht* die Notwehr, erst recht nicht die Vernichtung des ungerechten Angreifers in der Notwehr, sondern das von Christus befohlene und mit seinem heiligsten Blut besiegelte *«neue Gebot»*, gegenüber Gewaltgleichen Unrecht zu leiden, ist damit das allein zulässige *Mittel*, damit die Herzen der Menschen von ungeheuchelter Bruderliebe entflammt und die sozialen Beziehungen *aller* Bereiche in der göttlichen Wahrheit geläutert werden. Es ist *der Eckstein des «vollkommenen Gesetzes der Freiheit»* (Jak. 1, 25), zu dem *alle* Menschen durch die Erlösungstat Christi berufen sind. In *diesem* Zeichen sollte *jeder*, der auf Christus getauft war, zum Wachstum des Leibes Christi beitragen, die Knechtschaft der Sünde in sich *und* in der Welt überwinden und der gottgewollten Gewaltenordnung den Weg bereiten.

Von diesem Leidensgebot und dem Verzicht, materiellen Zwang gegen solche Übeltäter anzuwenden, über die er keine *«höhere Gewalt»* beanspruchen kann, die ihn um des Allgemeinwohles willen zu materiellen Zwangsmaßnahmen berechtigt, ist also *niemand* ausgenommen, der auf Christus getauft ist, weil hiermit *das Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst! seine durch Christus bewirkte Erfüllung gefunden* hat: der Sklave nicht, dem sein Gebieter und das Gesetz der «Welt» jede Menschenwürde aberkennen; der Freie nicht, dem von einem sozial Gleichgestellten nicht gemäß der Nächstenliebe, deren Maßstab die Selbstliebe ist, wiedervergolten wird; und auch derjenige nicht, der die natürliche Rechtsgewalt – die sogenannte «Staatsgewalt» – im Dienste einer Gemeinschaft ausüben soll und dem Bösen nicht mit jenen Mitteln und unter jenen Voraussetzungen wehren kann, die den unabdingbaren Vorschriften entsprechen, welche der Völkerapostel in der Gewaltenlehre des 13. Kapitels seines Römerbriefes festgelegt hat und mit welchen vor allem die selbstherrliche Aufhebung des Gebotes: Du sollst nicht töten! und die Inanspruchnahme der Strafgewalt über Gewaltgleiche und sozial Gleichrangige unvereinbar ist. *Demnach sind auch die «Staaten» und deren Regierungen in ihrem Verhältnis zu anderen «Staaten» und Regierungen an das «neue Gebot» gebunden*, da die innerhalb der naturgegebenen Menschheitsfamilie vorhandenen «Staaten» und deren Regierungen *demselben* sozialen Zweck, dem allgemeinen Wohl der Menschheit dienen sollen und daher einander nicht übergeordnet, sondern *gleichrangig* sind. Wo immer also eine Regierung eine sogenannte «Wehrhoheit» beansprucht und den Christen zur per-

sonellen und materiellen «Wehrhaftigkeit» zu zwingen sucht, gilt auch aus *diesem* Grunde das Apostelwort: «Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!» (Apg. 5, 29.) Mag der allmächtige Gott es auch zulassen, daß unter der Herrschaft der «Übeltäter», die nur oder in letzter Hinsicht ihr eigenes Ermessen und damit überhaupt keinen *verpflichtenden* Maßstab für Gut und Böse anerkennen, der einzelne und jegliche Art von Gemeinschaft die Nachfolge Christi eine Zeit bis zum äußersten auf sich nehmen, ja – wie es im Hebräerbrief heißt (Hebr. 12, 4) – «bis aufs Blut widerstehen» sollen: *Das Leidensgebot bleibt für jeden Christen und in jedem Stande immer und überall verpflichtend.*

Daß die Bosheit der «Welt» durch die Teilnahme am Leiden Christi je vollkommen überwunden werde, hat Christus, haben seine Apostel allerdings ebensowenig vorausgesagt wie die Gewißheit materieller Sicherheit. Denn bis zum Ende der Zeiten ist Satan der «Fürst der Welt» – und die Christenheit lebt *in* der Welt, wenn sie auch «nicht *zu* der Welt gehört» (Joh. 17, 16). Es ist das «Geheimnis der Bosheit», von dem der Völkerapostel spricht (2. Thess. 2, 7) und über das die Christenheit selbst im ausweglos und unerträglich erscheinenden Leiden nicht zu rechten hat, *da* es eben Geheimnis ist. Die Aussicht auf den sichtbaren Erfolg ist demnach – wenn das Wort: «Seid klug wie die Schlangen!» dazu mißbraucht wird, Gottes Gesetz und die Mittel seiner Anerkennung und Verbreitung unter irdische Maßstäbe zu zwingen – als entscheidendes Kriterium für das Verhalten der Christenheit nicht nur durchaus unannehmbar, sondern törichtes Weltdenken, das den Teufel durch Beelzebub austreiben zu können vermeint, dem machtvollen Wirken Gottes keinen Raum mehr gibt und den Glauben an die soziale Kraft des Leidens um der Wahrheit willen im Innersten erschüttert.

Wie *jedes* Gebot Gottes, so trägt auch das «*neue* Gebot» *absoluten* und damit allgemeinverpflichtenden Charakter. Nur dort, wo das Gebot *Christi* rückhaltlos und ohne Einschränkung befolgt wird, kann auch «alles in *Christus* erneuert» und damit der christliche Missionsauftrag erfüllt werden. In *Seiner* Kraft des Leidens soll die Christenheit als die Gemeinschaft der «Freien», als *eine vollkommene Liebesgemeinschaft* ihren göttlichen Erneuerungsauftrag *in* die «Welt» tragen; das Dunkel der blinden Macht erhellen durch die Gerechtigkeit, die das Werk der Liebe ist; und die Angst durch die Freiheit im göttlichen Gesetz von einer verirrten Menschheit nehmen. Denn der Missionsauftrag Christi trägt ja gleichfalls *absoluten* Charakter und erschöpft sich nicht darin, daß die Gemeinschaft der Gläubigen, die «Kirche», selbstgenügsam *neben* der «Welt» bestehen soll. Sein bleibendes, von Christus gesetztes Ziel, das in der Erlösungstat für *alle* Menschen offenbar wurde, ist vielmehr: *die «Welt» soll in Christus hineinwachsen, an der Neuschöpfung*

Christi teilhaben, so «dem Verderben entrinnen und Anteil an der göttlichen Natur erhalten» (2. Petr. 1, 4).

*

Wer «weltlich» gesinnt bleibt, das Gesetz Gottes relativieren zu dürfen meint, die Macht der Wahrheit an die Ohnmacht der toten Materie ketten zu müssen glaubt und seine Rechtsauffassung dem Nächsten unter Zuhilfenahme materiellen Zwanges aufzudrängen sucht, dem müssen die Träger dieser geistigen Erneuerung allerdings ein Greuel sein. Denn wenn er von vornherein weiß: Derjenige, der sich mit Recht Christ nennt, ist kein Menschenknecht, sondern ein Knecht Gottes, der *kein* Gebot Christi um weltlicher Ziele willen preisgibt; ihn kann ich nicht als Mittel meiner Selbstsucht mißbrauchen, und würde ich mich seiner Gesinnung anpassen, dann liefe ich ja selber Gefahr, Unrecht zu leiden! so kann er in diesem nur einen *Feind* erblicken, der seinem gottentfremdeten Verhalten entgegensteht und dieses als böse bloßstellt. Diese Feindschaft gegenüber der christlichen Vollkommenheit ist eben das «Gesetz der Welt»; deshalb mahnt schon der Evangelist: «Wundert euch *nicht*, liebe Brüder, wenn die Welt euch *haßt*.» (1. Joh. 3, 13.) Wenn die Christenheit selber aber, wie sie es seit Jahrhunderten in ihrer überwiegenden Mehrheit bewiesen hat, dem Gesetz der Welt folgt, das «neue Gebot» als Torheit, zumindest als ganz unverbindlichen Rat zur *Selbst*heiligung erachtet, um der äußeren Sicherheit willen eine «Politik des kleineren Übels» oder eine «Politik der Stärke» bis zur Selbstzerfleischung der Glieder Christi untereinander betreibt und mit diesem *christlich verbrämten Materialismus und Egoismus* zu verstehen gibt, daß ihr das Leiden um der Gerechtigkeit willen als sinnlos erscheint und das Wort des Apostels: «Aber wenn ihr auch um der Gerechtigkeit willen leiden müßtet – *selig* seid ihr zu preisen!» (1. Petr. 3, 14) vielleicht im ganz privaten Bereich, doch nie und nimmer im «öffentlichen Leben» zu gelten hat und aus diesem als verschrobene «Leidensmystik» verbannt werden muß: *Wie* soll da noch der christliche Missionsauftrag, der ja gerade die weltweite «Öffentlichkeit» durchdringen soll, erfüllt und einer Gottesordnung der Weg bereitet werden? *Wie* soll dann die «Welt» *durch* das Verhalten der Christenheit Christus als den Sohn Gottes erkennen und zum Glauben an ihn und seine Botschaft des Friedens gelangen, wenn sie auch bei dem Verhalten der Christenheit immer nur das «Recht des Stärkeren» als entscheidendes Argument zu finden vermag? Gilt da nicht in vollem Umfange das Apostelwort: «Ihr gottentfremdeten Seelen! Wißt ihr nicht, daß die Freundschaft mit der Welt Feindschaft gegen Gott ist? Wer also ein Freund der Welt sein will, macht sich zum Feind Gottes.» (Jak. 4, 4.)

So trägt jeder einzelne Christ, in welcher Stellung er auch immer sein mag, eine gewaltige Verantwortung vor Gott und den Menschen. Lehnt er das «neue Gebot» ab oder versucht er es unter allerlei Vor-

wänden auszuhöhlen, muß er sich aber auch darüber im klaren sein, daß er damit an *das Wesen des Christentums* rührt und sich selbst als Christusträger verleugnet. Dann ist es aber bei einem solchen weltlichen Erfolgsdenken auch nur noch ein Schritt, bis er wieder zum selbstherrlichen Tötungsrecht seine Zuflucht nimmt und die Absolutheit weiterer unabdingbarer Gebote Gottes unter irdische Maßstäbe zu zwingen sucht, so daß *statt der erlösenden geistigen Freiheit zum Guten nur das Zwangsgesetz von Druck und Gegendruck gefördert* wird und der heidnische Machtgeist auf allen Gebieten des sozialen Daseins sogar noch unter christlichem Namen sein verderbliches Wirken vollendet. Dann kann sich ein solcher Namenschrist anderseits auch nicht darüber beklagen und mit Gott rechten, wenn die Prinzipien seiner eigenen Gottentfremdung sich letztlich gegen ihn selbst auswirken. Denn auf der einen Seite die uneingeschränkte Anerkennung des göttlichen Gesetzes verlangen, auf der anderen Seite jedoch selber das von Christus befohlene Mittel zur Ausbreitung des göttlichen Gesetzes aus Mangel an Vertrauen und Opferbereitschaft sowie aus Weltangst preisgeben: darauf kann der Segen Gottes *nicht* ruhen; das ist eben trotz allen nachdrücklichen Beteuerungen und trotz aller Betonung des christlichen Namens *kein* Christentum, das diesen Namen wirklich verdient. Denn vor Gott vermögen wir nur zu bestehen, wenn wir ihm *ganz* gehören wollen. Solange wir wähnen, dem Kreuz von Golgatha und der Herrlichkeit der Welt, dem allmächtigen Gott und dem tönernen Götzen, dem neuen Gebot Christi und dem Gesetz der Welt zu gleicher Zeit huldigen zu können, wird «die Nacht, da niemand mehr wirken kann», weiter auf der Menschheit lasten, bis das Gericht bei uns seinen Anfang nimmt.

Johannes Fleischer

Die Irrlehre vom „gerechten" Krieg

Zur Zeit Augustins war die römische Zivilisation von den ostgermanischen Stämmen der Goten und Vandalen bedroht. Im Jahre 410 eroberten die Westgoten Rom und brannten es nieder, im Jahre 455 zerstörten die Vandalen, was von der Stadt übriggeblieben war. In unserer Gegenwart fühlt sich der Westen in ähnlicher Weise bedroht vom Osten, und da ist es nicht überraschend, daß Kirchenführer des heutigen Westens sich für ihre Haltung bei den Vätern der Alten Kirche Rat zu holen suchen. Ihre Hauptquelle ist Augustin (354—430), Bischof von Hippo (Nordafrika), bekannt vor allem durch sein berühmtes Werk «Der Gottesstaat».

Aber bei Augustin ist Vorsicht geboten. Zweifellos war er ein großer Denker und von gewaltigem Einfluß auf die Entwicklung des Kirchen-

christentums, unglücklicherweise haben jedoch in einer Reihe von entscheidenden Fragen die von ihm gewiesenen Wege in die Irre geführt. Ganz besonders mit seiner Haltung zum Krieg hat er der Lehre Jesu den Todesstreich versetzt, und nichts hat sich in der Geschichte des Christentums verhängnis- und verderbensvoller erwiesen als diese augustinischen Ideen von «gerechten Kriegen» und «dem kleineren Übel». Zwei schreckliche Weltkriege und die Gefahr eines noch viel entsetzlicheren Atom- und Bakterienkrieges sollten uns gelehrt haben, daß ganz gewißlich in unserer Zeit, wo ganze Zivilisationen mit einem Schlag vernichtet werden können, solche Ideen Wahnsinn sind. Die Situation ist doch die eines Ameisenhaufens, bei dem ein Tritt genügt, um alles zu zerstören.

Augustin war der erste Kirchenvater, der den Krieg offen rechtfertigte. Jesus hatte vor der stärksten Versuchung gestanden, der Führer seiner jüdischen Volksgenossen in einem «heiligen Kriege» gegen Rom zu werden. Er lehnte ab und wurde darum von Judas verraten. In Gethsemane verbot er ein für allemal seinen Jüngern und Nachfolgern, Gewaltmethoden anzuwenden; der an Petrus gerichtete Verweis «Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen» verurteilt jeden Krieg, auch den sogenannten «gerechten» Krieg. Denn es gibt keine Sache, die je gerechter sein könnte als die der Jünger damals, die ihren Meister, Gottes Messias, zu verteidigen suchten und so für das Höchste und Edelste nicht nur auf Erden, sondern auch im Himmel, nämlich das Reich Gottes, kämpfen wollten. Aber Jesus mit seinem Leiden und Sterben zeigte seinen Nachfolgern einen andern Weg der Überwindung des Bösen, den einzigen Weg, wie das Böse wirklich überwunden werden kann, den Weg selbstaufopfernder, erduldender, vergebender und erlösender Liebe. Seinem Beispiel folgend, verwarf die Alte Kirche bis etwa zum Jahre 170 auf das strengste jeglichen Krieg und alles Blutvergießen. Christen (ob Judenchristen oder Heidenchristen) wurden nicht Soldaten, und wenn ein Soldat Christ werden wollte, mußte er zuvor aus dem Heere ausscheiden. Die Kirche empfand ganz richtig, daß die normalen Pflichten eines Soldaten in diametralem Gegensatz zu der Lehre und dem Vorbild Jesu stehen. Der Fahneneid wurde für absolut unvereinbar mit dem Gott geschuldeten Gehorsam gehalten. Diese konsequente Haltung lockerte sich jedoch gegen Ende des 2. Jahrhunderts, als die Kirche begann, sich der Welt gleichzuschalten, und es geschah, daß hier und da ein Christ Soldat wurde oder daß Soldaten im Heeresdienst verblieben, nachdem sie Christen geworden waren. Aber alle führenden Kirchenväter verurteilten diesen Zustand auf das schärfste. Eins der klarsten Beispiele ist der Märtyrertod des jungen Kriegsdienstverweigerers Maximilian von Thebeste, sein Zeugnis wurde von der gesamten Kirche seiner Zeit einstimmig gebilligt und gepriesen, und er wurde dafür in den Heiligenstand erhoben. Die Kirchengesetze,

überall, ließen keinen Zweifel: wer auch immer die Macht hatte zu töten, durfte nicht töten, unter keinen Umständen, nicht einmal auf höheren Befehl; Christen, die Soldaten wurden, wurden von den Sakramenten ausgeschlossen oder exkommuniziert. Dies war die offizielle kirchliche Haltung und Rechtslage bis zum Beginn des 4. Jahrhunderts. Dann begann die radikale Wende mit Konstantin; mit Recht hat man sie den Sündenfall des Christentums genannt.

Augustin vor allen anderen rechtfertigte diese Abkehr von der Lehre und dem Beispiel Jesu, und unter seinem Einfluß wurden Gewalt und Krieg kirchlich anerkannte Methoden, so wie Augustin auch auf anderen Gebieten für Verdrehungen verantwortlich ist, die dann Orthodoxie wurden. Wie für die meisten Menschen heutzutage – einerlei welcher Nationalität – das Vaterland zuerst kommt, und Gott, wenn überhaupt, höchstens an zweiter, dritter oder noch späterer Stelle, so war auch Augustin zu seiner Zeit zuallererst Römer. Er sah, daß das Römische Reich von Ostmächten bedroht war. Daß diese Ostgermanen zwar Christen, aber «häretische» Arianer waren, die die Lehre von der Trinität nicht anerkannten, machte sie für Augustin nur noch um so gefährlicher. Denn nach Augustins Ansicht mußten Häretiker zum rechten Glauben gezwungen werden, notfalls mit Gewalt und schweren Strafen (cogite intrare, Lk. 14, 23), und der Staat hatte der Kirche in dieser Beziehung zu helfen. Diese Idee wurde dann von der Inquisition der Kirche des Mittelalters in vollste Praxis umgesetzt.

Es ist wahr, Augustin liebte den Frieden und pries ihn sehr hoch, aber er meinte den Frieden des Römischen Weltreiches, der für die unterjochten Völker Sklaverei und imperialistische Ausbeutung bedeutete. Augustin liebte auch Gerechtigkeit, wiederum die Gerechtigkeit von Roms Recht und Ordnung. So glaubte er denn auch, daß Kriege recht und notwendig seien, nämlich gegen ungerechte Nachbarvölker. Nun, wer ist gerecht und wer ist ungerecht? Augustin definiert Gerechtigkeit ganz richtig als «jedem das Seine geben», und wiederum sehr richtig betont er, daß vor allem Gott das Seine zu geben sei. Aber dann vergißt er seine gute Definition vollständig und gibt ein Beispiel für einen «gerechten Krieg»: den Krieg, den die Römer gegen ihre Nachbarn, die Sabiner, hätten führen können, wenn diese sich geweigert hätten, ihnen ihre Töchter zur Ehe zu überlassen. Nun, wenn das ein «gerechter Grund» zum Kriege gewesen wäre, dann ist jeder Grund gerecht, quod erat demonstrandum. Und in der Tat, kein Staat wird je wagen, einen Krieg anzufangen, ohne sich im Recht zu fühlen, und wenn es im Volke an der nötigen Überzeugung in dieser Beziehung fehlen sollte, dann muß die Propaganda eben nachhelfen, und da ist es, wo der Staat dann vor allem auch die Kirche braucht.

Seit Augustin hat die Idee von «gerechten Kriegen» die christliche Brüderlichkeit zerstört und unendliches Unheil über die Welt gebracht.

Statt wie ihr Meister Friedensmacher zu sein, haben die Christen einen Krieg nach dem anderen geführt, untereinander und gegen die nichtchristliche Welt, und alle Kirchen (mit Ausnahme der Quäker und einiger anderer kleiner Sekten) lehren, daß das recht so ist. Thomas von Aquin, der Normaltheologe der Römischen Kirche, stimmt völlig mit Augustin überein, indem er sagt, daß ein Krieg, der auf Befehl der gesetzmäßigen Obrigkeit für eine gerechte Sache und in guter Absicht geführt werde, ein «gerechter Krieg» sei. Demzufolge haben die römischen Bischöfe stets jeweils der Seite, auf der sie sich befanden, versichert, daß ihres die gerechte Sache sei. Die protestantischen Kirchenführer der verschiedenen Nationen haben dasselbe getan mit gleicher Begründung. Für die Englische Staatskirche sagt der 37. der 39 Glaubensartikel: «Es ist recht für Christenmänner, auf Befehl der Behörden Waffen zu tragen und Kriegsdienst zu leisten.» Die Deutschen sind immer besonders gründlich, und das war auch ihr Reformator Martin Luther. Ein Nachfolger Augustins auch in anderen Beziehungen, zog er die volle Konsequenz aus Augustins Lehre vom «gerechten Krieg» und sagte: «Ynn solchem krieg ist es Christlich vñ ein werck der liebe, die feynde getrost würgen, rauben vñ brennen, vñ alles thun, was schedlich ist, biß man sie vberwinde» – «Obs nu wol nicht scheinet, das würgen und rauben ein werck der liebe ist, derhalben ein einfeltiger denckt, Es sey nicht ein Christlich werck, zyme auch eym Christen nicht zu thun, So ists doch ynn der warheit auch ein werck der liebe.» Dies war auch keinesfalls bloß theoretisch gemeint, sondern Luther selbst setzte es in Praxis, als er die Fürsten zum Abmorden der freiheitsliebenden Bauern aufrief mit den Worten: «Drumb lieben herren loset hie, rettet hie, helfft hie, . . . , Steche, schlahe, würge, hie wer da kan, bleybstu drüber tod, wol dyr, seliglichern tod kanstu nymer mehr yberkomen. Denn du stirbst ynn gehorsam göttlichs worts vnd befehls Ro. am 13. vnd ym dienst der liebe deynen nehisten zuretten aus der hellen vnd des teuffels banden.» Nach dem Abmorden der Bauern kamen dann die Wiedertäufer, Antitrinitarier und andere «Schwarmgeister» an die Reihe. Luthers Ideen, die nicht mehr weit entfernt vom totalen Krieg des zum Wahnsinn gewordenen Nationalismus unserer Tage sind, gehen auf Augustin und natürlich auf Macchiavelli zurück. Dies alles zeigt, auf welche schrecklichen und gottlosen Abwege das Kirchenchristentum geraten ist mit diesen Irrlehren vom «gerechten Krieg» und «kleineren Übel».

«Breit und weit ist der Weg, der ins Verderben führt, und viele sind, die auf ihm ins Verderben gehen. Denn eng ist die Pforte und schmal der Weg, der zum Leben führt, und wenige sind es, die ihn finden.»

September 1953. *Diedrich Meyer-Klügel*

Kundgebung der holländischen Abteilung „Kerk en Vrede" (Kirche und Frieden) der International Fellowship of Reconciliation

«Kerk en Vrede» fühlt sich gezwungen, in der folgenden Kundgebung seiner Hoffnung und Beunruhigung angesichts der heutigen Situation Ausdruck zu geben:

1. Während Mutlosigkeit herrscht und Bewaffnung und Krieg als unausweichliches Schicksal hingenommen werden, dürfen wir unsere Hoffnung bezeugen, daß Gott seine Weisheit, seine Freiheit und seinen Frieden überall da schenken wird wo sein Wort verkündigt, geglaubt und befolgt wird.

Wenn behauptet wird, daß keine andere Wahl als die zwischen der unmenschlichen Diktatur der totalitären Staatsform einerseits und dem ebenso unmenschlichen Kriege anderseits besteht, dann werden die Möglichkeiten, die Gott in Jesus Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn, geschenkt hat, verkannt.

2. Durch diese «erzwungene» Wahl unterschätzt man auch die Möglichkeiten, die eine Neue Wehrhaftigkeit bietet. Diese bedient sich in ihrem Kampfe solcher Mittel, die Menschlichkeit und Barmherzigkeit entsprechen, während der Krieg und die Kriegsvorbereitungen diesen diametral gegenüberstehen.

Für die Gemeinde Christi kann keine andere als diese christliche Wehrhaftigkeit in Frage kommen. Selbst ein erst beginnender Glaubensgehorsam an Jesus Christus muß uns geistig und sittlich für die Ausrottung von Mitmenschen völlig ungeeignet machen.

3. Mit zunehmender Beunruhigung sehen wir die Militarisierung unseres Volkes durch Heerespropaganda auf Schulen, durch militärische Luft- und Flottendemonstrationen, Paraden usw. Hierdurch wird ein romantisches Bild des Krieges gegeben und noch dazu in festlichem Kleide.

4. Der Glaubensgehorsam an unsern Herrn Jesus Christus, in dem Gott sich mit der Welt versöhnte, macht es uns unmöglich, in Redensarten des «kalten Krieges» die internationalen Beziehungen zu beurteilen und auf diese Weise unsere Haltung festzulegen. Dieser kalte Krieg versperrt uns die Aussicht auf den Menschen als unsern Nächsten, und zwar im Osten wie im Westen.

Dadurch, daß wir das Schema des kalten Krieges ablehnen, sind wir aber nicht gezwungen, beiseite zu stehen und machtlos zuzusehen. Im Gegenteil – hieraus erwächst uns der Freimut, darauf zu bestehen, daß die Vereinten Nationen ihrer ursprünglichen Aufgabe, eine alles umfassende und friedenstiftende Organisation zu sein, nachkommen, wodurch die Völker in Frieden nebeneinander leben könnten.

Wir halten daher die sofortige Zulassung Chinas zu den Vereinten Nationen für unbedingt geboten, außerdem die ernstliche Berücksichtigung aller Vorschläge betreffend Bewaffnungseinschränkungen, von welcher Seite diese auch kommen mögen, als Anfang einer allgemeinen Entwaffnung.

Um den kalten Krieg in Europa zu einem Ende zu bringen, ist die Wiedervereinigung von Deutschland unerläßlich. Diese Wiedervereinigung darf nicht dadurch verhindert werden, daß Deutschland ganz oder teilweise in eines der beiden Verteidigungssysteme einrangiert wird. Die allgemein herrschende Idee, Rußland beabsichtige den Westen anzugreifen, muß kritisch unter die Lupe genommen werden.

5. Die Vereinten Nationen sind unserer Meinung nach diejenige Organisation, die ganz besonders geeignet sein sollte, die eigentlichen Ursachen der Unruhe und Spannungen, die die Welt beherrschen, in gemeinschaftlicher Kraftanstrengung aus dem Wege zu räumen.

Die tieferen Ursachen der herrschenden Unruhe sehen wir nicht an erster Stelle im Kommunismus oder in der Machtentfaltung Amerikas, sondern im Hunger, in der Armut und dem Analphabetentum, worin noch der größte Teil der Menschheit, besonders in den sogenannten minderentwickelten Gebieten Asiens, lebt. Bei der Bekämpfung dieser Not wird sich erweisen, daß man, wenn man den Frieden will, nicht den Krieg vorbereiten darf, sondern Gerechtigkeit üben muß.

6. Hiervon überzeugt, verlangen wir, daß die Vereinten Nationen dieser Angelegenheit vor allen anderen den Vorzug gibt. Wir fordern unsere Kirchen und unser Volk auf, sich selbst und die öffentliche Meinung hiervon zu überzeugen.

Bewaffnung und Krieg, militärische Bündnisse und Expeditionen und ein kalter Krieg können keine Lösung bringen. Zukunft hat nur eine aufbauende Politik von Verhandlungen in neuem Geiste, wobei Vertrauen gewonnen wird, indem man Vertrauen schenkt.

7. In die universelle «Erklärung der Menschenrechte» muß das Recht der Kriegsdienstverweigerer auf Anerkennung ihrer Gewissensnöte und auf die Möglichkeit, zum Nutzen der Allgemeinheit konstruktive Arbeit zu leisten, eingefügt werden.

8. Schließlich fordern wir jeden auf, solche Hilfsarbeit, wie die Arbeit der Quäker, Mennoniten, Kriegsdienstverweigerer und des Weltkirchenrates, mit Wort und Tat zu unterstützen, denn in dieser Arbeit gibt sich ein Stück «gesundes Gewebe» in dem so kranken Körper dieser Welt kund.

9. Wir beschließen diese Kundgebung mit einem ernsthaften Appell an einen jeden und an jeden Christen persönlich, sein Denken und Handeln unter den Frieden zu stellen, den Christus schenkt.

(Übersetzung: A. Brasch.)

„Der Wandel unseres Weltbildes"

Anläßlich unserer am 10. Januar 1954 stattfindenden Jahresversammlung wird in ihrem zweiten Teil Herr *Jean Gebser* über das Thema «Der Wandel unseres Weltbildes» sprechen. Es ist dies in unserer heutigen Zeit der Entscheidungen ein grundsätzlich wichtiges Thema, mit dem wir uns vertraut machen müssen. Wir wissen auch, daß gerade Leonhard Ragaz sich um den Wandel unseres Weltbildes leidenschaftlich interessiert hat und daß er die Tatsache, daß es sich wandelt und wandeln muß, als eines der Zeichen ansah, mit denen das Reich Gottes auf Erden sich ankündigt.

Jean Gebser hat, neben vielen anderen Dichtungen, Schriften und Aufsätzen, das vielgelesene Buch «Abendländische Wandlung» geschrieben, das nach dem verhängnisvollen Buch von Spengler «Untergang des Abendlandes» notwendig geschrieben werden mußte. Ergänzend zu diesem Werk und von grundlegender Bedeutung sind des Autors zwei Bände *«Ursprung und Gegenwart»* (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart). Wir behalten uns vor, darüber später ausführlich zu berichten. Wir wollen heute nur den ersten Abschnitt des Vorwortes, das Jean Gebser dem ersten Band von «Ursprung und Gegenwart» voranstellt, hier abdrucken, damit diejenigen Leser, denen der Autor und sein Werk noch unbekannt sind, einen Einblick in sein Denken und Erkennen erhalten.

«Der Ursprung ist immer gegenwärtig. Er ist kein Anfang, denn aller Anfang ist zeitgebunden. Und die Gegenwart ist nicht das bloße Jetzt, das Heute oder der Augenblick. Sie ist nicht ein Zeitteil, sondern eine ganzheitliche Leistung und damit auch immer ursprünglich. Wer es vermag, Ursprung und Gegenwart als Ganzheit zu Wirkung und Wirklichkeit zu bringen, sie zu konkretisieren, der überwindet Anfang und Ende und die bloß heutige Zeit.

Was wir heute erleben, ist nicht etwa nur eine europäische Krise. Sie ist auch nicht eine bloße Krise der Moral, der Wirtschaft, der Ideologien, der Politik, der Religion. Sie herrscht nicht nur in Europa und Amerika. Auch Rußland und der Ferne Osten sind ihr unterworfen. Sie ist eine Weltkrise und Menschheitskrise, wie sie bisher nur in Wendezeiten auftrat, die für das Leben der Erde und der jeweiligen Menschheit einschneidend und endgültig waren. Die Krise unserer Zeit und unserer Welt bereitet einen vollständigen Umwandlungsprozeß vor, der, vorerst noch autonom, einem Ereignis zuzueilen scheint, das von uns aus gesehen nur mit dem Ausdruck «globale Katastrophe» umschrieben werden kann, das, von einem nicht bloß anthropozentrischen Blickpunkt aus gewertet, sich als eine Neukonstellation planetaren Ausmaßes darstellen muß. Und wir sollten uns mit der gebotenen Nüchternheit durchaus darüber im klaren sein, daß uns bis zu jenem Ereignis nur noch einige Jahr-

zehnte verbleiben.* Diese Frist ist durch die Zunahme der technischen Möglichkeiten bestimmt, die in einem exakten Verhältnis zu der Abnahme des menschlichen Verantwortungsbewußtseins steht. Es sei denn, es träte wirkend ein neuer Faktor in Erscheinung, der dieses bedrohliche Verhältnis überwände. Auf diesen neuen Faktor, auf diese neue Möglichkeit hinzuweisen und ihn darzustellen, ist Aufgabe dieses Werkes. Denn gelingt es nicht – oder: kann und soll es nicht gelingen –, daß wir diese Krise durch unsere eigene Einsicht überstehen und damit der heutigen Erde und der heutigen Menschheit durch eine Wandlung (oder Mutation) den Weiterbestand für kürzere oder längere Zeit erwirken, so wird die Krise uns überstehen. Mit anderen Worten: entweder überwinden wir die Krise, oder sie überwindet uns. Doch es überwindet nur, wer sich selber überwand. Entweder werden wir aufgelöst und ausgeteilt, oder wir lösen auf und erwirken die Ganzheit. Mit anderen Worten: entweder erfüllt sich die Zeit an uns –, dann heißt das Ende und Tod für unsere heutige Erde und ihren Menschen; oder es gelingt uns, die Zeit zu erfüllen –, dann heißt das Ganzheit und Gegenwart, dann heißt das Erwirkung und Wirklichkeit der Ganzheit von Ursprung und Gegenwart. Und damit: gewandelter Weiterbestand, in dem nicht der Mensch, sondern die Menschheit, in dem nicht der Geist, sondern das Geistige, in dem nicht der Anfang, sondern der Ursprung, in dem nicht die Zeit, sondern die Gegenwart, in dem nicht der Teil, sondern die Ganzheit Wirklichkeit und Bewußtheit wird. Und es ist die Ganzheit, die im Ursprung gegenwärtig und in der Gegenwart ursprünglich ist.»

Wenn auch Leser der «Neuen Wege», die nicht Mitglieder unserer Religiös-sozialen Vereinigung sind, am zweiten Teil unserer Jahresversammlung (14 Uhr) teilnehmen wollen, wird es uns herzlich freuen.

Das Redaktionskollegium

BUCHBESPRECHUNGEN

„Mein Weg"

Zeugnis und Bekenntnis eines Kampfes um das Reich Gottes

I.

Sechs Jahre nach der Nachschrift des von *Leonhard Ragaz* hinterlassenen und fertiggestellten Manuskriptes, das er «Mein Weg» nannte, ist dasselbe mit dem Erscheinen des zweiten Bandes im Jahre 1951 den Freunden und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

* Das Buch ist im Jahre 1932 konzipiert worden. D. R.

Durch diese späte Herausgabe ist «Mein Weg» der *entscheidenden Bestimmung*, die Leonhard Ragaz selbst gerade diesem Werke gegeben hatte, entzogen worden. Denn «Mein Weg» sollte ein umfassendes Wort zur Weltlage am Ende einer ganzen zu Ende gehenden Epoche sein. Seine Abfassung fiel nicht zufällig mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammen. «Mein Weg» sollte und will *ein Zeugnis des Kampfes um die Sache Christi in der Welt* sein, der mit dem äußeren Ende des «heißen» Krieges (so müssen wir ja heute schreiben!) zum umfassenden *Kampf um den Frieden* wurde. Eindeutig und unmißverständlich äußert sich Leonhard Ragaz darüber: «Aber diesen Kampf (gemeint ist der Kampf um den Frieden) selbst kann ich, auch in seiner Einseitigkeit, nicht bedauern, bin im Gegenteil bereit, ihn am Schluß meines Lebenswerkes mit neuer, letzter Entschiedenheit aufzunehmen. Es ist eben so, daß wir uns, wenn wir wirklich Diener des lebendigen Gottes sein wollten, die Arbeits- und Kampfesziele nicht willkürlich wählen dürfen, sondern sie uns von Gott stellen lassen müssen. Gott aber hat uns nun einmal einseitig vor diese Frage des Krieges und des Friedens gestellt, um die herum sich alle andern Fragen, die soziale und religiöse, die Menschen- und Gottesfrage, konzentrieren. Was hätte all unser Reden von Gott, Christus und dem Reiche Gottes bedeutet und gefruchtet, wenn wir in diesem Punkte ausgewichen wären? Wäre es nicht eitles Geschwätz, ja sogar, im Sinne Jesu, Heuchelei gewesen? Hier an diesem Punkte mußte, ähnlich wie bei der sozialen Frage, für Gott, für Christus, für das Reich, *um* Gott, *um* Christus, *um* das Reich gekämpft werden.» («Mein Weg», Band II, Seite 29.) Diesem umfassenden Friedenskampf sollte «Mein Weg» vor allem dienen, und er bleibt ein *zentrales Vermächtnis Ragazens an die religiös-soziale Bewegung*. Muß heute nach acht Jahren kalten Krieges und inmitten der Ratlosigkeit und des Bankrotts der Gewalt- und Kriegspolitiker noch bewiesen werden, daß in dieser Erkenntnis die lebendige Verheißung und Forderung Gottes an die Völker erfaßt worden ist, worinnen *heute* für sie der Weg zum Leben oder zum Tod beschlossen liegt?

«Mein Weg» ist keine Autobiographie im herkömmlichen Sinne, obwohl vieles und Kostbares von diesem Element in das Werk mit eingeflossen ist. Es ist vielmehr als Ganzes ein *Zeugnis* und *Bekenntnis* im lebendigsten und tiefsten Sinn dieser Worte. Es ist eine Kampf- und Bekenntnisschrift. Deswegen sollte «Mein Weg» — wir sind darüber genau orientiert — so rasch als nur möglich nach seiner Niederschrift erscheinen. Es sollte vor dem schon länger fertiggestellten und druckfertig vorliegenden «Bibelwerk» herausgegeben werden. (Vgl. dazu «Mein Weg», Band II, Seite 340.)

Dieser Bestimmung, in die entscheidende einzelne Stellungnahmen, zum Beispiel zum Kommunismusproblem, zur religiös-sozialen Bewegung und ihren Organen, besonders zum «Aufbau», eingeschlossen waren, wurde «Mein Weg» entzogen. Daß man mit andern, ohne irgendwelchen Kommentar vorgenommenen Streichungen auch die Stellungnahme von Leonhard Ragaz gegenüber dem «Aufbau» und seiner politischen Gesamthaltung gestrichen hat, beweist unwiderlegbar, daß die Spaltung der religiös-sozialen Bewegung und der Versuch einer Vernichtung der «Neuen Wege» auch gegen Leonhard Ragaz selbst vollzogen wurde.

«Mein Weg» hätte, Familienangelegenheiten im engeren Sinne ausgenommen, *unantastbar* sein müssen. Leonhard Ragaz hat seinen Willen, daß er bestimmte Stellen geschrieben haben und nicht zensuriert bekommen wollte, noch auf besondere Weise unterstrichen, und er begründet das an einer sehr bedeutsamen Stelle in «Mein Weg» (Band II, Seite 18): «...weil man seinen Freunden wie seinen Gegnern die Wahrheit schuldig ist.» Wieder einmal muß die Wahrheit leiden.

Über diesen Tatbestand durfte in den «Neuen Wegen», dem Organ der religiös-sozialen Bewegung, das solange dem Zeugnis des unvergeßlichen Kämpfers gedient hat,

nicht geschwiegen werden, wenn von «Mein Weg» recht, das heißt im Sinne der Verantwortung gegenüber seinem Verfasser, der Bewegung und den Lesern geredet werden soll. — Daß die Besprechung erst jetzt erscheint, möge zeigen, wie wir um die Verwirklichung dieser Verantwortung gerungen haben.

II.

In Margarete Susmans neuem, in unser heutiges Weltschicksal tief eindringendem Buche («Gestalten und Kreise») findet sich ein Wort von Franz Rosenzweig, das eine Hilfe für das Verständnis von «Mein Weg» bietet. Es lautet: «Das eigentliche Leben ist der Lebenslauf.» Der Lebenslauf im Sinne des *Weges* ist so überaus kennzeichnend für das Leben von Leonhard Ragaz. Es ist *Weg in die Welt* und *von der Welt her*, nach Anlage, Suchen und Ringen ein *Weg zum vollen Umfang dieser Welt*, nach ihrer «Natur» wie noch mehr nach ihrer «Geschichte», ein Weg, auf dem sich das Ringen um eine neue Welterfassung des Menschen vollzieht, der mit den entscheidenden *Durchbrüchen* dieses Lebens zu einem Kampf um diese Welt wird und in die *Revolution der Welt von Gott her und zu Gott hin* mündet. Denn das ist der entscheidende Sinn dieses Lebens, daß es ein *Weg zu Gott* wird — von der Welt her zu Gott, worinnen die Welt nie preisgegeben wird.

Am Beginn dieses Lebens und Weges steht die Ursprünglichkeit und Schöpfungsnähe des menschlichen Lebens, wie sie so wohl nur wenigen Menschen dieser Zeit im Vollsinn zu erfassen und zu erleben vergönnt war. Was für eine Wirklichkeitstiefe des Lebens entfaltet sich schon im ersten Kapitel des Buches, das mit «Meine Naturwurzeln» eine bezeichnende Überschrift erhalten hat! Diese Wirklichkeitstiefe, die nichts ausläßt, nicht die Armut, die Verlorenheit, die Schwermut und Schuldhaftigkeit des menschlichen Lebens, der menschlichen Verhältnisse und Beziehungen, trägt immer die *reale, ungekürzte Beziehung zur Welt in sich*, auch da, wo dieses Leben in Einsamkeit und Traumverlorenheit sich bewegt. Diese Welt bewegt sich vor dem Erleben, Erschauen und Erkennen des Menschen Ragaz auf seinem ganzen Weg bis zuletzt als sich zutiefst wandelnde, sich auflösende, ja vergehende und stürzende. Und im Sturz, ja im Abbruch ganzer Welten erfaßt er Gott, wird er von Gott «ergriffen», dem lebendigen Gott und erkennt ihn als die eigentliche Unruhe, Kraft und Macht der tiefsten Veränderung der Welt. Der Weg zu Gott, das Suchen Gottes, das so ganz mit der Welt und der Weltlichkeit verbunden war, entsprach der tiefsten Gabe und Aufgabe dieses Lebens und Weges: *einer Welt ohne Gott als Zeuge des Weges zu Gott zu dienen*. Denn wo die Welt im Ernst und in der Wahrheit des Lebens angenommen wird, muß Gott angenommen und gefunden werden. Er kann nicht preisgegeben werden wie ein sich selbst täuschender Atheismus meint, der die Welt erfassen, erkennen und verändern will ohne Gott und dem sie gerade darum entgleitet.

Es ist freilich *ein Geheimnis* in diesem Weg zu Gott, in diesem Suchen Gottes. Es läßt sich am besten durch das Wort Pascals andeuten: «Du würdest mich nicht suchen, hättest du mich nicht schon gefunden.» Dieses «gefunden» war ein Hören des Rufes, der an diese Menschenseele erging, war ein *Glauben und Gehorchen, dem Gott in seiner Wirklichkeit begegnen konnte* und dem er darum auch mit und in seinem «Worte» begegnete wie ganz wenigen. Dem Suchen des Glaubens gilt auch in der heutigen Welt die Verheißung Christi: «Suchet, so werdet ihr finden.» «Mein Weg» ist auch dafür ein Zeugnis. Über diese bedeutsame Tatsache sagt Leonhard Ragaz selbst: «Ich habe Gott nie bloß in der Theologie gesucht, sondern in der Welt. Mir ist schließlich das Studium der Welt zum Studium der Theologie geworden. Das reut mich nicht. Denn wie ich schon anderwärts erklärt habe: der lebendige Gott des Reiches, der der Gott auch der Bibel ist, ist nicht ein Religionsgott, Kirchengott, Theologiegott, sondern ein Weltgott,

ein Gott, der, gerade weil er wirklich Gott ist, in die Welt eingehen, «Fleisch» werden will. *Ihn* habe ich unbewußt, aber mit Leidenschaft, auf meinen Wegen durch die Kunst wie durch die weltliche Wissenschaft und die Welt selbst gesucht und gefunden. Ich bin gerade jetzt daran, ihn auf diesem Wege neu zu suchen und zu finden. Und ich habe ihn dann freilich auch in der Bibel gefunden. So war Gott auch über meinen nicht religiösen Jugendwegen und war größer als meine Gedanken.» (Band I, Seiten 126/127.)

So waltete über diesem Leben, das ein Weg war und wurde, Gott. Von Tamins bis Chur und von Chur bis Basel, und es traten jene entscheidenden *Wendungen* ein, die Ragaz erlebte und von denen er berichtet. Vor allem jene Wendung, die ihn zur *Erfassung des Glaubens an das Reich Gottes führte* und wodurch er zu einem der großen Zeugen der Sache Christi in der Welt wurde. Wer diesem Zeugnis von Ragaz im Ernst und mit aufgeschlossener Seele und bereitem Herzen begegnet ist, in seinem Wirken wie in seinen Werken, der weiß, wie sehr dieses «große Erlebnis», das mehr war als ein Erlebnis, nicht nur sein ganzes Leben bestimmte, sondern die große Gottesgabe seines Lebens ist und die Richtung seines Weges immer neu und tiefer beeinflußte. «Ich habe diesen Glauben an das Reich nicht von anderen übernommen, weder aus Büchern noch von Personen, nicht einmal unmittelbar aus der Bibel, er hat mir vielmehr erst die Bibel erschlossen. Er ist mir, als ureigenstes Erleben, unmittelbar von Gott gekommen. Ich habe ihn auch nicht, wie die Meinung ist, von Blumhardt übernommen, von ihm wußte ich damals so gut wie nichts. Es ist das große Erlebnis meines Daseins. Es hat ihm immer mehr die Richtung gegeben, hat mein Schicksal bestimmt. Und es ist die große Freude, das überschwengliche Glück meines Lebens, sein nie aufhörender Frühling geworden.» (Band I, Seite 230.)

Es ist unmöglich, die örtlichen wie die geistigen Spuren dieses Weges im einzelnen zu verfolgen, obwohl gerade darin, in der Wegspur, das Ergreifende dieses Lebens liegt, das von da an immer mehr zum Kampfe wird, zum Kampfe um das Reich Gottes und für das Reich Gottes. Wie ist schon die Basler Zeit davon erfüllt und dann erst recht das Leben in Zürich! Die Flamme dieses Glaubens hat Leonhard Ragaz nie verlassen. Sie leuchtet und verbreitet ihre Kraft und Wärme bis in seinen letzten Lebenstag und in seinem Werke wird sie, dessen sind wir gewiß, über seinen Lebenstag und Lebensweg hinausleuchten.

Auf einige wichtige Einzelzüge dieses 1. Bandes von «Mein Weg» sowie auf den 2. Band wollen wir in der nächsten Nummer der «Neuen Wege» eingehen.

Albert Böhler

Margarete Susman: «Gestalten und Kreise» (Diana-Verlag, Zürich).

Uns dünkt, dieses Buch gesammelter Aufsätze von Margarete Susman könne vorerst nicht anders als in einem Zuge gelesen und erlebt werden. Obwohl die Aufsätze verschiedenen Schaffensepochen der Autorin entstammen, weht durch das ganze aufrüttelnde Buch die Gegenwart in ihrer Verzweiflung und in ihrer Hoffnung. Ja, man kann es nicht anders als mit heißem Herzen lesen, bevor man dann auch in nüchternes geistiges Ringen mit den aufgeworfenen Problemen kommt und mit derjenigen, die diese Probleme so wissend sieht und zeigt und deutet, ins lebendige persönliche Gespräch geführt wird. Aus dem unmittelbaren Erlebnis heraus wollen wir heute nur einige Worte sagen, bevor wir später auf einzelne Aufsätze näher eingehen werden.

Ermessen kann man Höhe, Tiefe und Weite der Schau, die der Dichterin eigen ist, ebenso von edlen, ergreifenden Gipfelpunkten aus, wie es ein solcher der Aufsatz «Moses Mendelssohn und seine Entscheidung» ist, als auch von den herzbewegende Abgründe beleuchtenden und leidenschaftliche Anteilnahme auslösenden Worten über

die «Wandlungen der Frau». In diesen beiden Aufsätzen glauben wir den Herzschlag unserer Zeit und der heutigen Weltwende am erregendsten pochen zu hören und zu fühlen. Schon die Worte «Entscheidung» und «Wandlungen» sind wahrhaftige Gegenwartsworte und weisen nachdrücklich auf das Wesentliche unserer heutigen Situation und Aufgabe hin. Darüber hinaus soll das Problem «Judentum — Deutschland», das durch Moses Mendelssohn so tragisch erlebt wurde, uns aufrütteln (denn es scheint unheilvoll, zum Nachteil einer wirklichen Läuterung, verdrängt und vergessen zu werden!), und die Fragen: Frau, Frau und Mann, Frau und Ehe, Frau und Kind, Frau und Menschheit treffen diejenigen Menschen, die noch nicht fühllos und gleichgültig geworden sind und sich noch nicht von chaotischen Wirbeln willen- und bedenkenlos umhertreiben lassen, im geheimsten und heiligsten Bezirk ihres Lebens. Wir spüren es gerade bei diesen beiden Aufsätzen deutlich: diese Worte, diese Schau, diese Deutung Margarete Susmans dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Es muß hier unsere eigene Gedankenarbeit, unser eigenes Sehen und Erkennen einsetzen. Denn es sind keine bloß «schönen» Worte, keine weltfremden, in unerreichbare Fernen abschweifende Deutungen, sondern es ist Schau des Jetzt und Hier, Schau der sofortigen dringenden Pflicht eines jeden Menschen von heute. Und was den Aufsatz über die Wandlungen der Frau im besonderen betrifft, so wird da Wahrheit gesagt, die unmittelbar miterkannt werden sollte. Andere Wahrheit wird aber auch nicht gesagt, deren Sichtbarmachung von uns selber geleistet werden muß. Uns bleibt auch die Aufgabe, den Weg zu sehen, zu zeigen und zu gehen, den, von der ganzen Wahrheit aus geschaut, die Frau wirklich in aller Verantwortung nicht nur dem «Bettler um das Leben» (als den Margarete Susman den heutigen Mann erschütternd kennzeichnet), sondern auch Gott gegenüber geben kann und soll. Wir möchten sagen: Die Frau (und mit ihr der Mann!) horche auf *alle* diejenigen Worte, die *Jesus* in Beziehung auf die Frau und auf die Ehe gesagt hat, und sie versuche, *den* Worten, die er damals *noch nicht* gesagt hat («denn ihr könnt es jetzt noch nicht verstehen» und «wer es fassen kann, fasse es»!) entgegenzukommen und sich für ihr Verständnis, das heute sicher bald reif sein dürfte, bereitzuhalten!

Was die Aufsätze über Kafka, Groethuysen, Gurewitsch («Ein Frühvollendeter»), Rosenzweig, Wolfskehl, George und dann wieder über Nietzsche, Dostojewskij, Tolstoi und Strindberg so mitreißend macht, ist dieses: Es überwältigt uns bei ihrem Lesen — dank dem einzigartigen Deutungsvermögen der Dichterin und dank ihrem bis an weiteste Grenzen reichenden intensiven Miterleben des eigentlichen Wesens dieser großen Geister — die Erkenntnis, in welch ungeheurem Ausmaß an Tiefe und Eindringlichkeit und Unbedingtheit und Durst nach Wahrheit und Hunger nach dem Finden des Lebenssinnes von einzelnen Menschen um Gott und um ein würdiges Menschendasein aller Menschen gelitten und gerungen worden ist. Wir haben den Eindruck von Streitern mit unheilbaren, dauernd offenen, teils reinlich, aber unaufhörlich blutenden, teils schwärenden, vergifteten Wunden des Geistes und der Seele; diesen Streitern sind wir wohl Mitgefühl, Verstehen, Dankbarkeit und brüderliche Hilfe übers Grab hinaus schuldig, und dies zu sagen, war wohl auch eines der Anliegen von Margarete Susman.

Aufschlußreich und wichtig sind die Aufsätze über Freud und Bergson. Und vollends weiß die Dichterin, wie schon in ihrem Buch über Goethe und Charlotte von Stein, über Goethes Verhältnis zur Schönheit und zum Tod und über das Hamletproblem noch nicht Gesagtes in ursprünglicher Innenschau zu geben, so wie es einer begnadeten Lauscherin und Deuterin großer Geister, großer Menschen und schwerster Menschheitsprobleme beschieden ist.

Carmen Weingartner-Studer

Theodor Steinbüchel: «*Sozialismus*». Verlag J. C. B. (Paul Siebeck) Tübingen.

Zu den für die sozialistische Idee und Bewegung aufgeschlossenen katholischen Geistern gehört vor allem auch Theodor Steinbüchel. Er ist schon früher einmal in den «Neuen Wegen» in einem Aufsatz von Leonhard Ragaz über «Katholizismus und

Sozialismus» zu Worte gekommen. Der vorliegende erste Band «Sozialismus» ist der erste Teil einer vierbändigen Gesamtausgabe: «Gesammelte Aufsätze zur Geistesgeschichte.» Er umfaßt verschiedene Aufsätze oder Vorträge über Marx, den Marxismus, das Proletariat, Lassalle, die sozialistische Idee, Katholizismus und katholische Sozialidee im Jahre 1848 und «das Problem ‚Religion und Sozialismus' von Kettelers Tagen bis auf unsere Zeit».

Steinbüchel gehört zu den edlen katholischen Geistern, die sich um den Wahrheitsgehalt und die sittliche Idee des Sozialismus (so heißt auch der Titel eines seiner Werke) mit tiefer Sachlichkeit bemüht haben. Dabei geht es ihm vor allem um die geistesgeschichtliche und sittliche Wahrheit des Sozialismus. Ihm geht es um eine echte Begegnung von Religion und Sozialismus bzw. Sozialismus und Christentum. Er meint, daß der Katholizismus bzw. die katholische Kirche dem allzu stark wirtschaftlich orientierten «Sozialismus», ihn überbietend, gleichsam den Sozialismus der Seele, einen «seelischen Sozialismus» vorzuleben habe. Vorläufig widerspricht dieser Haltung Steinbüchels der Antisozialismus der katholischen Kirche allzu sehr und allzu eindeutig. Auch ist die Verflechtung des Katholizismus mit dem Kapitalismus enger geworden. Steinbüchels Hoffnung ist damit sehr in die Ferne gerückt.

Albert Böhler.

Rudolf Daur: «Warum eigentlich?» Ehrenfried-Klotz-Verlag, Stuttgart.

Bei dieser Broschüre handelt es sich um «ein Gespräch über Krieg, Frieden und unsere heutige Aufgabe», das Pfarrer Rudolf Dauer vor allem zur deutschen Lage geschrieben hat. Die wesentlichsten Gesichtspunkte einer entschiedenen christlichen Kriegsgegnerschaft, die einen Neuanfang in der deutschen Politik aus der deutschen Lage heraus befürwortet und vertritt, werden herausgearbeitet. Inzwischen ist ja in Deutschland die politische Entscheidung wohl endgültig gefallen. Nun käme es wirklich auf die christliche Entscheidung an!

Albert Böhler.

Karl Barth: «Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens.»
Hermann Diem: «Die politische Verantwortung der Christen heute.»
Hans-Joachim Kraus: «Prophetie und Politik.»

Alle drei: Chr.-Kaiser-Verlag, München.

Diese drei Schriften befassen sich mit der politischen Entscheidung und Verantwortung des Christenmenschen, der zur Gemeinde Christi gehören sollte und zu dem eine *lebendige* Gemeinde Christi gehören sollte. Karl Barth frägt nach der politischen Entscheidung in der Einheit des Glaubens und weist dabei dem einzelnen Christen bei der heutigen Lage der christlichen Gemeinde eine große Verantwortungsmöglichkeit zu. Hermann Diem setzt sich vor allem mit der deutschen Wiederaufrüstung auseinander und Hans-Joachim Kraus mit der grundlegenden Frage nach dem Verhältnis von Glaube und Politik im Zusammenhang mit der biblischen Botschaft, die er wesentlich als prophetisch und als Christenbotschaft versteht. Die Königsherrschaft Christi gilt allen Völkern. Es ist darum mit ihr auch ein «politischer» Anspruch auf die Völker verbunden. «Der Gemeinde Jesu Christi ist eine Prophetie des neuen Seins anvertraut. Das Leben der neuen Polis tritt der Politik des alten Aeon als Ankündigung eines neuen Reiches, ja: als Erweis für das Dasein dieses neuen Reiches entgegen.» Von dieser Sicht aus kann auch die Bergpredigt ernst genommen werden. Sachlich steht uns Religös-sozialen diese Grundhaltung und ihre theologische Begründung aus dem dialektischen Lager (sofern man davon noch reden will!) näher denn je.

Albert Böhler.

Christoph Blumhardt: «Das heilige Abendmahl.»
August Vilmar: «Die Zukunft des Christentums.»
Ludwig Hofacker: «Das Heil in Christus.»

Alle drei: Gotthelf-Verlag, Zürich.

Die drei Broschüren gehören in eine Sammlung kürzerer Schriften zum Aufbau der christlichen Gemeinde. Wir möchten hier vor allem auf Blumhardts Betrachtungen über das heilige Abendmahl aufmerksam machen, die, soviel wir wissen, damit zum erstenmal einem größeren Kreise zugänglich gemacht werden. Es ist schade, daß es nicht die ganzen Ausführungen Blumhardts aus dem Jahre 1887 über das Abendmahl sind oder sein konnten. Es ist doch kein Stück darunter, das nicht einer Veröffentlichung wert gewesen wäre, denn Blumhardt vermag das Abendmahl zu erschließen wie wenige und führt über allen Konfessionsstreit hinaus Christus entgegen, dessen Mahl «eine Macht des Lebens» ohnegleichen ist. Vielleicht werden wir im nächsten Jahrgang der «Neuen Wege» noch einige Stücke über das Abendmahl aus den Briefblättern aus Bad Boll veröffentlichen.

Albert Böhler.

Johannes Fleischer: «Katholischer Wehrbeitrag gestern und heute.» «Was sagt der Papst zum Massenmord an Unschuldigen im Kriege?» Verlag: Das Andere Deutschland, Hannover.

Beide Broschüren beweisen auf das eindrücklichste und gegen alle theologische, politische und militärische Sophisterei jene Lage, vor der Christus im Angesicht des Volkes stand: «Wenn er die Scharen sah, so erbarmte er sich ihrer; denn sie waren mißhandelt und lagen da wie Schafe, die keine Hirten haben.» (Matth. 9, 36.) Immer noch wird das Volk, werden die Völker dem Kriegsmoloch und Kriegsverbrechen ausgeliefert von denen, die sich die «Seinen» oder gar seine «Stellvertreter auf Erden» nennen, die bis jetzt noch nie in neuerer Zeit die Verurteilung eines der zahllosen erwiesenermaßen «ungerechten Kriege» auszusprechen wagten, wenn es wirklich um deren Verurteilung und den Widerstand dagegen ging, sondern immer wieder die Menschenseelen mit der aus dem Geist der Lüge stammenden These vom «gerechten Kriege» verwirrten, verführten und dem gegenseitigen Morden auslieferten. Dieser offiziellen «christlichen» Lüge, Heuchelei und Sophisterei geht Johannes Fleischer anhand der «autoritativen» und kirchlich genehmigten Aussagen und Stellungnahmen nach und zeigt den betrüblichen, aber unzweideutigen Tatbestand auf: Christus, seine Sache, sein Gebot, sein Volk, sein Heilswille über den Völkern wird an Cäsar und den Moloch Tod verraten, von denen, die sich nach seinem Namen nennen, seien sie nun «konfessionell» eingestellt, wie sie wollen. «Ein Christentum, das sich (und fügen wir hinzu alle wahren menschlichen Werte, auch die «Freiheit», entgegen dem klaren Gebot und der Wegweisung seines Herrn) durch Kompromisse mit dem Cäsar retten will, das über Leichen geht, weil es die Leichen der Unschuldigen sind, die Cäsar zu morden befahl, trägt sein Gericht in sich.»

A. B.

Das Ringen um Ostasien Von den drei hauptsächlichen Schauplätzen, auf denen sich der Kampf der beiden großen Weltmachtbünde abspielt –Europa, Vorderasien und Fernost –, ist gegenwärtig ohne Zweifel Europa, mit Deutschland als Mittelpunkt, der wichtigste und gefährlichste. Dennoch wollen wir zuerst einen Blick auf die beiden anderen Schauplätze des Kalten Krieges werfen und mit *Ostasien* beginnen, wo jetzt der mühsame Versuch gemacht wird, so etwas wie einen vorläufigen Friedenszustand herzustellen.

«Mühsam» ist vielleicht nicht einmal das richtige Wort; manche werden sagen, der Versuch sei hoffnungslos. Schon die Heimschaffung der «nicht rückkehrwilligen» *Gefangenen des Koreakrieges* macht endlose Schwierigkeiten, da die kommunistenfeindlichen Nordkoreaner und Chinesen sich buchstäblich mit Händen und Füßen dagegen wehren, auch nur mündliche Aufklärung über ihre Zukunft im Fall ihrer Heimkehr entgegenzunehmen. Die zwängerische Art, wie diese Aufklärung stattfindet, fordert mit Recht Widerspruch heraus; nur ist es mehr als eigentümlich, daß sich auch die schweizerische Überwachungsdelegation ausschließlich über die nordkoreanischen und chinesischen Aufklärungsmethoden entrüstet, während sie den auch von amerikanischen Beobachtern zugegebenen Terror der Südkoreaner gegenüber allfällig heimkehrwilligen Gefangenen entweder überhaupt leugnet oder dann doch mit einem Achselzucken abtut. Die plötzliche Begeisterung für den Grundsatz der Gewaltlosigkeit, die da über unsere Koreaobersten und -majore gekommen ist, wirkt sich zu sehr nur zugunsten der *einen* Seite aus, um nicht Verdacht zu erregen! Das beste wäre, die ganze Aufklärungsaktion einzustellen, auch wenn damit die Amerikaner einen neuen Erfolg in ihrem Bestreben errängen, die Bearbeitung von Kriegsgefangenen zur Erregung von Feindseligkeit gegen ihr Heimatregime zum Bestandteil des internationalen Rechtes zu machen.

Nicht besser steht es mit den Verhandlungen in Panmunjom über den Zusammentritt der *Politischen Koreakonferenz*. Der Stein des Anstoßes ist immer noch die Frage der Beiziehung nichtkriegführender Staaten, vor allem Rußlands und Indiens, zur Konferenz. Solange Südkorea seinen leidenschaftlichen Widerstand gegen Indiens Beteiligung fortsetzt, ist freilich auf eine Erfüllung des nordkoreanisch-chinesischen Begehrens, auch Indien einzuladen, nicht zu rechnen. Aber auch wenn die Konferenz schließlich zustande kommt, sind ihre Erfolgsaussichten gering. Davon sind offenbar auch die Amerikaner überzeugt, sonst hätten sie nicht gerade diesen Augenblick heikler Verhandlungen in Korea ausgesucht, um von der UNO aus einen wütenden Feldzug gegen die Nordkoreaner und Chinesen wegen deren angeblicher oder wirklicher Greueltaten zu eröffnen – nicht bedenkend übrigens, daß ihre eigene Kriegführung in

Korea, mit Napalm und ähnlichen Waffen, einen Gipfel der Unmenschlichkeit und Barbarei darstellt und ihr Atombombenverbrechen gegen Japan bis heute ungesühnt geblieben ist.

Wenn die geplante Koreakonferenz von vorneherein eine höchst fragwürdige Sache ist, so vor allem darum, weil Frieden in Korea nur auf dem Boden einer Befriedung Ostasiens *im ganzen* geschaffen werden kann. Die Koreafrage ist wirklich nicht isoliert zu lösen; hinter ihr erhebt sich das ganze Problem der sozialen und nationalen Befreiung der ostasiatischen Völker, das Amerika und die Westmächte bisher – von einigen, besonders englischen, Ansätzen zu vernünftigem Handeln abgesehen – gründlich *falsch* zu lösen unternommen haben. Ihre Absicht ist ja, im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus die Länder Ost- und Südostasiens für das «freie Unternehmertum» offen zu halten, das heißt, sie dem Kapitalismus als Absatzgebiete, Rohstoffquellen und Ausbeutungsobjekte aller Art zu sichern. «Wenn sich der Westen», so schreibt im Sinne dieser Politik C. P. Fitzgerald in der Neuyorker «Nation»,

«am Schicksal Indochinas, Koreas und Formosas desinteressierte, so würden alle drei bald unter kommunistische Kontrolle kommen, und auch wenn die tatsächlichen Herren Koreas und Indochinas Einheimische wären, so läge letztlich die Oberhoheit in Wirklichkeit doch bei den Chinesen. Chinesische Macht würde Japan, Malaya und Siam bedrohen. Die neutralistischen Staaten Burma und Indonesien würden in den gleichen Einflußkreis gezogen werden; die westliche Welt würde von Asien ausgeschlossen und von ihren Zinn-, Gummi- und Reislieferanten abgeschnitten. Das wäre eine weitere Machtverschiebung, die dem kommunistischen Triumph in China vergleichbar wäre.»

Darum das erbitterte Ringen vor allem Amerikas, dem Großbritannien, Frankreich und andere Kolonialinteressenten mehr oder weniger willige Gefolgschaft leisten, um die Behauptung und Ausdehnung der Machtstellung des Westens im Fernen Osten. Darum der großangelegte Versuch, mit Hilfe Südkoreas das kommunistische Regime in Nordkorea zu brechen, mit Hilfe Chiang Kai-Sheks China zu «befreien», mit Hilfe Bao Dais Indochina zurückzuerobern, und nicht zuletzt: Japan für den antikommunistischen Kreuzzug in Asien zu mobilisieren.* Und doch ist dieses Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es müßte sofort auf den Widerstand mindestens der asiatischen Festlandvölker stoßen, die – was sie auch immer gegen den Kommunismus haben mögen – den Kampf gegen die westliche Fremdherrschaft in die erste Reihe stellen. Und es würde im Lager der Westmächte selbst Zwiespalt erregen, besonders wenn versucht werden sollte, die Vereinten Nationen neuer-

* Bei den jüngsten amerikanisch-japanischen Verhandlungen in Washington forderten die Vereinigten Staaten eine Verstärkung der japanischen Landarmee um 225 000 Mann, eine Kriegsflotte von 200 000 Tonnen und eine moderne Luftwaffe von 1000 Flugzeugen. Die Japaner wollen höchstens eine Landarmee von 180 000 Mann zugestehen, die in drei bis fünf Jahren aufgestellt werden könne. Anderseits forderte kürzlich Chiang Kai-Shek seine Formosa-Truppen auf, sich auf die Invasion Chinas «in naher Zukunft» vorzubereiten.

dings vor den amerikanischen Kriegswagen zu spannen, so wie das dank besonderer Umstände beim Eingreifen in den koreanischen Revolutionskrieg gelungen ist.

Unser Schluß bleibt darum immer der gleiche: Soll wirklicher Frieden in Korea und Ostasien überhaupt werden, dann setzt das einen Umschwung der ganzen amerikanischen Weltpolitik voraus, einen Umschwung, zu dem die so gänzlich irregeführte öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten durchaus noch nicht bereit ist. Was inzwischen in Ostasien gemacht werden mag, das ist im besten Fall unbefriedigendes Pfusch- und Flickwerk.

Frieden für Israel! Auch in *Vorderasien,* insbesondere zwischen *Israel* und den *arabischen Staaten,* wird es keinen dauernden Frieden geben, solange die dort vorherrschenden Großmächte ihre Haltung nicht von Grund auf ändern. Der blutige Zwischenfall von Kibya hat die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf diese Tatsache gelenkt. Gewiß ist die Vergeltung, die irreguläre Israelis durch die Zerstörung des kleinen Araberdorfes und die Niedermetzelung des Großteiles seiner Bewohner geübt haben, verwerflich und tief zu bedauern. Aber warum entrüsten sich England, Frankreich und Amerika, die deswegen extra den Sicherheitsrat der UNO angerufen und dort die Verdammung der israelischen Gewalttat durchgesetzt haben, nur *darüber* und nicht auch, ja vor allem über die Hunderte von arabischen Angriffen auf jüdische Siedlungen, die seit drei Jahren stattgefunden haben und bei denen 421 Israelis getötet oder verwundet und zahllose Raubüberfälle und Sabotageakte begangen wurden? Wie dem jedoch sein mag: es ist völlig klar, daß die unmögliche Grenzziehung vor allem zwischen Israel und Jordanien im Verein mit der grauenhaften Not der arabischen Palästinaflüchtlinge und der einheimischen Jordanier die Hauptquelle der ewigen Zwischenfälle ist und die Ersetzung des Waffenstillstandes durch einen vernünftigen Friedensvertrag allmählich zur unbedingten Notwendigkeit wird, soll nicht neuer offener Krieg ausbrechen. Die im Westjordanland wohnenden alteingesessenen Araber insbesondere leben in unvorstellbarer Armut; 67 000 davon sind Bauern in Grenzdörfern, die durch die Grenzziehung von ihrem Land abgeschnitten wurden und sozusagen darauf angewiesen sind, Nacht für Nacht israelische Siedlungen zu überfallen, zu stehlen und zu morden oder Kaffee, Reis und dergleichen zu schmuggeln. Solange die Grenze verläuft, wie sie beim Waffenstillstand gezogen wurde, werden auch diese Zwischenfälle fortdauern. Und dazu kommt also noch das schwere Problem der arabischen Flüchtlinge, die meistens grundlos, als Opfer einer von arabischer Seite erregten Panik, Israel verlassen haben und nun ein trostloses Schmarotzerdasein führen, alle Jahre sich natürlicherweise um weitere 25 000 Menschen vermehrend. Nur eine durchgreifende Neuordnung aller Dinge kann hier Hilfe bringen.

Warum kommt es nicht zu einer solchen Neuordnung? Zunächst weil die arabischen Staaten keinen *Frieden* mit Israel wollen, sondern nur dessen *Zerstörung*. Sie können es immer noch nicht verwinden, daß sie vor fünf Jahren den Krieg verloren haben, für dessen Ausbruch sie selbst verantwortlich sind, und hoffen auf einen neuen, diesmal siegreichen Waffengang. Gleichzeitig meinen sie, durch die Aufrechterhaltung der jetzigen ungeordneten Zustände die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels vermehren und den verhaßten Judenstaat auch von innen her zum Erliegen bringen zu können. Und schließlich dient die israelfeindliche Propaganda der herrschenden Klasse in den arabischen Ländern als willkommenes Mittel, die Energien der notleidenden Unterschicht von den überfälligen inneren Reformen – Bodenverteilung, Gesundheitsdienst, Schulung und dergleichen – abzulenken.

Die westlichen Großmächte aber wagen nicht, die Araber durch festes Auftreten zum Frieden zu zwingen, weil sie die reaktionär-korrupte Führungsschicht der arabischen Welt im Kampf gegen Revolution und Kommunismus dringend zu brauchen glauben. Die Vereinigten Staaten suchen ja schon lang die arabischen Staaten für einen Mittelostblock zu gewinnen, von dem aber die Araber nichts wissen wollen, solange Washington israelfreundlicher Einstellung verdächtig ist. Großbritannien anderseits hält seine Hand nicht nur über Jordanien, das es selbst ins Leben gerufen hat und dessen Armee es großenteils aus der eigenen Tasche bezahlt, sondern auch über Irak, das gleichfalls nichts weiter als ein englischer Vasallenstaat ist. Und wenn Frankreich schon nicht mehr hoffen darf, seine alte Machtstellung in Syrien und Libanon wiederzugewinnen, so muß es doch wegen seiner kolonialen Unterdrückungspolitik in Marokko und Tunis darauf achten, die Araber in Vorderasien nicht noch mehr herauszufordern.

So haben die drei Westmächte bisher nicht nur nichts Ernstliches getan, um durch die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes Israels politische Existenz zu sichern; sie verhindern Israel auch daran, durch die Regulierung der Flußläufe – besonders des Jordans und des Jarmuk – Ödland zu bewässern und elektrische Kraft zu gewinnen. Und doch ist gerade die planmäßige, großzügige Bewässerung anbaufähiger Wüstengebiete eine Grundbedingung für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufschwung des Orients, der durch gemeinsame Anstrengung aller beteiligten Länder mit Hilfe der UNO aufs neue zu dem Garten Gottes gemacht werden könnte, der er einst war.

An guten, ausführbaren Projekten für die Wiederbelebung Vorderasiens fehlt es ja nicht. Neuerdings hat eine Gruppe inoffizieller Amerikaner der UNO ein Sechsjahresprogramm vorgeschlagen, das die dauernde Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge in arabischen Ländern und die Ausnützung der Naturschätze (Wasser, Boden, Öl, Chemikalien usw.) wie der Arbeitskräfte des Mittelostens durch eine Reihe regionaler Unternehmungen empfiehlt. Aber solange die Machtinteressen

der maßgebenden Weststaaten stärker sind als ihr Wunsch, in Vorderasien ein planwirtschaftliches Gemeinschaftswerk zum Nutzen der Bevölkerung zu schaffen, sind alle solchen Entwürfe nicht einmal die Kosten wert, die ihre Ausarbeitung erfordert.

Europa und die deutsche Frage Und nun also Europa und sein geographisches und politisches Zentrum: Deutschland! Gehen wir aus von *Ostdeutschland*. Hier wirken die Juniereignisse weiterhin aufs stärkste nach. Die Sowjetunion gibt sich alle Mühe, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fortführung des neuen Kurses, der auf eine innere Entspannung abzielt, wirksam zu unterstützen. Die Aufhebung der ostdeutschen Reparationspflicht, die Rückgabe von 33 bisher sowjetisch-betriebenen Industriewerken an die DDR, die umfangreichen Lebensmittel- und Materiallieferungen aus Rußland – das und anderes dient vornehmlich diesem Zweck. Anderseits geht neuerdings eine Welle von Verhaftungen, «Säuberungen», «Auskämmungen» und sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsgewalt über die DDR hin. Nicht ohne Grund, sicher. Denn daß der Westen, mit seinem unbezahlbaren vorgeschobenen Stützpunkt Berlin, seit dem Juni seine Anstrengungen für die Unterhöhlung und Zersetzung der Ostrepublik verdoppelt hat und immer weiter steigert, daran kann ja wirklich kein Zweifel bestehen. Vielleicht ist sogar bereits eine organisierte Untergrundbewegung im Gang, die von außen her geleitet und versorgt wird; die geheimnisvollen «Partisanenkämpfe», von denen seit Wochen die Rede ist, und die umfangreiche Polizeiaktion gegen die, wie es heißt, aus der Tschechoslowakei herübergekommenen Saboteure sind bedenkliche Zeichen. Aber ob mit all diesen Abwehrhandlungen das Regime wirklich gefestigt wird, erscheint mehr als fraglich. Seine Volkstümlichkeit – wenn sie jemals bestanden hat – leidet darunter wohl noch stärker als schon bisher. Aber soviel steht fest: im Westen rechnet man zuversichtlich mit einem nahen Zusammenbruch der DDR und tut alles, um ihn zu beschleunigen. Ob die westlichen Besetzungsmächte auch bereit sind, im Fall neuer Unruhen mit militärischer Gewalt einzugreifen, um der Rebellion diesmal zum Sieg zu verhelfen, ist schwer zu sagen; wir wollen hoffen, sie seien *nicht* bereit, müßte doch ein Zusammenstoß mit den Sowjettruppen auf Berliner Boden zu unabsehbaren Folgen führen, wahrscheinlich geradezu zum Ausbruch eines dritten Weltkrieges. Vermutlich ist die Parole eher: Förderung des Widerstandes gegen das DDR-Regime mit dem Einsatz aller nur möglichen nichtmilitärischen Mittel und im übrigen Verstärkung des politischen und militärischen Druckes auf die DDR wie auf den ganzen Ostblock *von außen her*.

In diesem Licht muß man auch den *Papierkrieg* sehen, der mit der westmächtlichen Note vom 18. Oktober und der sowjetischen Antwort vom 3. November sein vorläufiges Ende gefunden hat. Natürlich wird die russische Antwort im westmächtlichen Lager (und von den ihm zuge-

wandten «Neutralen») wieder als «enttäuschend», ja «fürchterlich» erklärt und als Beweis dafür ausgegeben, daß die Sowjetunion über die deutsche Frage überhaupt nicht verhandeln wolle, weil sie an ihr Erscheinen zu einer Außenministerkonferenz Bedingungen knüpfe, die für den Westen unannehmbar seien. Nun ist das, was Moskau als Verhandlungsgrundlage vorschlägt, für Washington und Bonn (denn von *diesen* beiden Orten aus wird die Westpolitik geleitet) heute gewiß «unannehmbar» – aber nur deswegen, weil sich Amerika und Westdeutschland auf eine «Lösung» der deutschen Frage festgelegt haben, die für die Sowjetunion und den Ostbund überhaupt, wenn er ihr zustimmte, nicht viel weniger als Selbstmord bedeuten würde. Der Westen erklärt ja jeden Tag, daß für ihn über die Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik und ihre Angliederung an das atlantische Militärsystem ebenso wenig eine Diskussion möglich sei wie über die bedingungslose Veranstaltung «freier Wahlen» in Ostdeutschland, von Wahlen also, die nach der An- und Absicht des Westens zum Anschluß Ostdeutschlands an die Bonner Republik und damit an den Westblock führen würden. *Diese* Punkte, so erklärt der Westen, müßten darum bei Verhandlungen mit der Sowjetunion von vornherein ausscheiden. Worüber einzig «verhandelt» werden soll, das sei die Art und Weise, wie sich die Sowjetunion mit der bereits als fertige Tatsache behandelten Eingliederung Deutschlands in den Westblock abfinden und ihren Rückzug hinter ihre Grenzen von 1938 bewerkstelligen wolle.

Man frage sich ehrlich, ob es den Russen übelzunehmen ist, wenn sie auf *solche* «Verhandlungen» nicht eintreten wollen! Ja, noch vor einem, zwei Jahren konnte die Sowjetunion von einer Konferenz über Deutschland noch ein vernünftiges Ergebnis erhoffen; die Verhandlungen wären damals mehr oder weniger frei gewesen. Aber in jenem Zeitpunkt wollten eben die *Westmächte* nicht; sie gedachten zuerst ihre Rüstungen hinaufzutreiben und sich Westdeutschland zu sichern, um dann «aus einer Position der Stärke» den Russen ihre Forderungen stellen zu können. Heute ist es umgekehrt: Die Sowjetunion weiß mindestens seit den Adenauerwahlen, daß sich die Westdeutschen dem Atlantikblock verschrieben haben und eine dauernde Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands nicht mehr möglich ist, und seit den Juniereignissen in der DDR weiß sie, daß sie Ostdeutschland auf alle absehbare Zeit nicht preisgeben darf (wie sie es gegen entsprechende westliche Zugeständnisse früher zu tun bereit war), sondern ihre und des DDR-Regimes Machtstellung im Gegenteil zu befestigen suchen muß. Die Westmächte aber, eingeschlossen die Bonner Republik, drängen heute auf eine Konferenz über Deutschland, weil ihnen klar ist, daß dabei nichts mehr herauskommen *kann*. Und dann könnte man der «freien Welt» aufs neue «schlagend beweisen», daß mit den Russen nun einfach nicht im Guten zu reden ist, daß man also fortfahren muß, aufzurüsten und nochmals aufzurüsten – bis die Sowjetunion unter dem unerbittlichen Druck der Übermacht des

Westens und eines wiederaufgerüsteten Deutschlands *gezwungen* werde, zuzugestehen, was sie freiwillig nicht hergebe. «Für die Vereinigten Staaten», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2598) aus Washington ganz offenherzig, «ist die Bewaffnung der Deutschen ein wesentlicher Punkt der Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion, die nach hiesiger Auffassung nur so dazu bewogen (!) werden kann, sich in das Unvermeidliche zu fügen, den versklavten Teil Europas freizugeben und so dem Kalten Krieg ein Ende zu setzen.» Wobei die «Befreiung» Ostdeutschlands wohl an erster Stelle stünde.*

Nachtrag. Das Obige war – für das Novemberheft, das dann ausfallen mußte – bereits geschrieben, als der «New Statesman» (21. November) einen ungewöhnlich scharfen Angriff gegen Außenminister Eden führte, dem das linksstehende Labourblatt nichts Geringeres als *«vorsätzliche Irreführung seines eigenen Volkes»* vorwarf. Auf Grund sorgfältigster Nachprüfung der Dokumente, so schreibt die Redaktion, müsse festgestellt werden, daß Eden – wie die Großzahl der britischen Zeitungen – den Sinn der jüngsten Note der Sowjetregierung falsch dargestellt habe, «um den Eindruck zu erzeugen, daß die Westmächte sich um eine Viermächtekonferenz ohne Vorbedingungen bemüht hätten, während die Russen Vorbedingungen aufgestellt und die Konferenz dadurch torpediert hätten». Das sei aber das Gegenteil der Wahrheit. Die Sowjetunion habe keinerlei solche Vorbedingungen gestellt; es seien vielmehr die *Westmächte,* die es den Russen unmöglich gemacht hätten, unter den gegenwärtigen Umständen eine Außenministerkonferenz zu beschicken, wie die Westmächte sie geplant hätten: «In Washington wurde der Beschluß gefaßt – und in London und Paris angenommen –, keine Verhandlungen mit den Kommunisten zu eröffnen, welche die im vornherein festgelegten Pläne der Westmächte für den Kalten Krieg stören könnten. Die Amerikaner sind zu Verhandlungen nur unter drei Bedingungen bereit. Die Verhandlungen dürfen sich nicht beziehen 1. auf ihre Anerkennung des Regimes Chiang Kai-Shek als der Regierung Chinas; 2. auf ihr Bündnis mit Syngman Rhee; und 3. auf ihre Pläne für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Die Wahrheit über den langen, nunmehr

* Die angebliche Verstocktheit der Russen, die nur die Sprache der Gewalt verstünden, erscheint in einem merkwürdigen Licht, wenn man in dem jetzt veröffentlichten Schlußband von Churchills Kriegserinnerungen über Churchills und Edens Verhandlungen in Moskau vom Oktober 1944 liest: «Ohne Zweifel sprachen wir bei diesem Anlaß in unserem engen Kreis mit einer Unbefangenheit, Freiheit und Herzlichkeit, die bis dahin zwischen unseren beiden Ländern nie erreicht worden war.» So daß der britische Ministerpräsident beim Abschied an Stalin einen Brief schrieb, in dem es heißt: «Eden und ich haben die Sowjetunion erfrischt und neugestärkt verlassen und verdanken dies den Erörterungen, die wir mit Ihnen, Marschall Stalin, und mit Ihren Kollegen hatten. Diese denkwürdige Zusammenkunft in Moskau hat gezeigt, daß es keine Probleme gibt, die sich zwischen uns nicht beilegen lassen, wenn wir einander in ungezwungener und eingehender Diskussion entgegentreten.» Churchill denkt wohl im Herzen heute noch so.

abgeschlossenen Notenaustausch ist tatsächlich, daß die Westmächte es sind, die drei Vorbedingungen aufgestellt haben, die, wie sie wußten, unannehmbar waren. Die Westmächte sind es also, welche die Konferenz torpediert haben. Und die Westmächte sind es schließlich, die den zuerst von Adolf Hitler geübten Propagandatrick angewandt haben, ihrem Feind die zweifelhafte Taktik zu unterschieben, deren Anwendung ihnen selbst beliebte.» Aber eben, so bemerkt der «New Statesman»: «Die Strategie des Kalten Krieges verlangt, daß das britische Volk getäuscht wird.» Das habe man natürlich nicht offen sagen dürfen, denn das «hätte die öffentliche Meinung in Frankreich und Großbritannien beleidigt, und so haben sich die drei Außenminister eben mit einem diplomatischen Betrug geholfen.»

Das ist rücksichtslos ausgedrückt, aber es ist wahr. Schande über all diejenigen Zeitungskommentatoren, die sich einer ähnlichen Irreführung ihrer Leser schuldig gemacht haben! Schande aber vor allem über «Staatsmänner», die sich solcher Mittel bei ihrer «psychologischen Kriegführung» bedienen! Ein schwacher Trost nur, daß sich diese Staatsmänner gelegentlich selber Lügen strafen. Außenminister Dulles zum Beispiel behauptete in seiner Rede vor dem amerikanischen Gewerkschaftsverband CIO (Congress of Industrial Organisations) am 18. November aufs neue, «daß sich die Beherrscher der Sowjetunion jetzt weigern, zu einer Konferenz über europäische Politik zu kommen», weigerte sich aber, ein paar Sätze weiter, seinerseits, an eine Konferenz zu gehen, die für die Vereinigten Staaten zwecklos oder schädlich wäre. «Unser Wunsch nach einer Konferenz», so sagte er, «sollte uns nicht zu Gesprächen führen, deren einzig mögliches Ergebnis eine scheinbare moralische Zustimmung zum Würgegriff des Kremls um fünfzehn früher unabhängige Staaten wäre. Auch dürfen wir *niemals als Preis für die Zustimmung zu einer Konferenz unsere grundlegenden Positionen und Programme in Asien oder Europa aufgeben.*»

Aber von den Russen erwartet man, daß *sie* an eine Konferenz gehen, an der die Westmächte *ihnen* die Preisgabe ihrer grundlegenden Positionen und Programme in Asien und Europa zumuten. Und wenn sie das ablehnen, schmäht und verlästert man sie. Man kann die Unwahrhaftigkeit kaum weitertreiben!

*

Und nun hat also, zur allgemeinen Überraschung, die Sowjetregierung in einer *neuen Note* dennoch ihre Bereitschaft erklärt, an eine Konferenz mit den drei Westmächten teilzunehmen, und zwar wiederum und ausdrücklich, ohne irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Was mag sie zu diesem Schritt veranlaßt haben? Stellt er – wie im Westen wieder automatisch und unisono das Echo lautete – nur ein tückisches Manöver dar, um die braven Alliierten zu entzweien und besonders die Franzosen von der Genehmigung der Deutschlandverträge abzuhalten? Oder hofft man jetzt im Kreml, es könne bei einer solchen Konferenz doch

etwas herausschauen, so hartnäckig sich die Westmächte auch weigern, von der Wiederaufrüstung Westdeutschlands abzulassen?

Wir glauben weder das eine noch das andere. Die Russen machen sich kaum Illusionen über die Entschlossenheit der von Amerika geführten Westmächte, die Militär- und Wirtschaftskraft Westdeutschlands unter allen Umständen gegen den Ostblock zu mobilisieren. Aber nach der großen außenpolitischen Debatte in der französischen Nationalversammlung sind sie wahrscheinlich der Meinung geworden, daß sie auch ein Scheitern der Deutschland-Konferenz riskieren könnten, ohne daß die Befürworter der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» daraus wesentlichen Nutzen zu ziehen vermöchten. Die Mehrheit der französischen Volksvertretung scheint in der Tat – aus sehr verschiedenartigen Gründen – dem Anschluß Deutschlands an den Westblock feindlich zu sein, wenn sie auch der ohnehin zum Tod verurteilten Regierung Laniel ein verschwommenes und zu gar nichts verpflichtendes Vertrauensvotum ausgestellt hat. So kann man ja – denkt man wohl in Moskau – ohne große Gefahr doch an eine Konferenz gehen, auch wenn man sich von ihr nicht viel verspricht; man hat dann doch wenigstens der westlichen Propaganda das Argument aus der Hand genommen, daß die Sowjetunion überhaupt nicht verhandeln wolle, daß also die Westmächte gezwungen seien, Deutschland wiederzubewaffnen und ihre eigenen Rüstungen zu verstärken, um die Russen mürbe zu machen.

Wie dem aber auch sei: Es sind, wie vorhin gesagt, in Wahrheit die Vereinigten Staaten und das konservative Großbritannien – um Frankreich einmal auf der Seite zu lassen –, die keine *echten* Verhandlungen wollen. Für sie kommt ein Gespräch mit der Sowjetunion, von dem sie für sich wirklich etwas erwarten, erst in Frage, wenn Moskau hoffnungslos in die Enge getrieben sei und zugestehen *müsse*, was der Westen will: Auflösung der Ostkoalition und völlige Isolierung eines verkleinerten und ohnmächtigen Rußlands. Dem sagen wir aber nicht mehr *verhandeln*, sondern einfach *erpressen*.

Amerikanische Drohung Das ist die klare Sachlage. Und nun sage man uns: Erstreben die Westmächte wirklich eine «Verteidigungsgemeinschaft» zur Abwehr eines russischen Angriffes? Hat ihre und Westdeutschlands Aufrüstung wirklich den Zweck, im Sinne der alten Regel nur Kriegsmittel bereitzustellen, um den durch die Russen gefährdeten Frieden zu sichern? Die Antwort kann nur lauten: Nein, in keiner Art und Weise! Der Westen rüstet zwar nicht – wie die Sowjetunion behauptet –, um einen längst beschlossenen Angriffskrieg gegen den Ostblock auf jeden Fall zu entfesseln, aber er rüstet, um das kommunistische Regime in Osteuropa – und womöglich in Ostasien – zu stürzen und Rußland auf seine Kerngebiete zurückzuwerfen, sei es durch bloße Gewaltdrohung, sei es durch offene Gewalt*anwendung*. Der Westen will nicht *unter allen Umständen* Krieg, aber er macht sich be-

reit, den Krieg aufzunehmen, falls die Sowjetunion nicht von sich aus weiche. Und eine entscheidende Aufgabe bei diesem Plan ist einem neu militarisierten, dem Atlantikbund angeschlossenen Westdeutschland zugewiesen. «Die Wahl ist klar», schreibt Del Vayo in der Neuyorker «Nation»:

«Wenn wir zu einer Verständigung mit Rußland kommen wollen, werden wir die Wiederaufrüstung Deutschlands fahren lassen müssen. Beharrt aber der Westen auf Deutschlands Wiederaufrüstung, dann wollen wir keine Zeit mit Geschwätz verlieren, sondern uns auf die Vorbereitung für den Krieg konzentrieren, der früher oder später kommen wird. Rußland kann sicher veranlaßt werden, Zugeständnisse in Europa und in Asien zu machen. Was man aber nicht erwarten darf, das ist, daß Rußland in der Frage eines wiederaufgerüsteten Deutschlands nachgeben werde.»

Vielleicht erwarten die Planer der amerikanischen Politik und ihre europäischen Mitarbeiter trotzdem in allem Ernst, die Sowjetunion werde unter innerem und äußerem Druck über kurz oder lang doch kapitulationsreif werden; gewisse Äußerungen Adenauers, der anscheinend auf wirtschaftlichen Zerfall und Hungersnot in Rußland spekuliert, scheinen darauf hinzudeuten. Sicher aber sind sie entschlossen, ihre Druckpolitik gegenüber der Sowjetunion fortzusetzen, bis Moskau matt gesetzt sei – «so oder so», wie Hitler zu sagen pflegte. Das ist mindestens die Linie, an die sich Mr. Dulles starr und stur hält – und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wird, wie Joseph Harsch, der gutunterrichtete amerikanische Journalist, im Londoner «Listener» (5. November) überzeugend darlegt, in allen Dingen entscheidend von Dulles bestimmt. Präsident Eisenhower lasse seinem Staatssekretär, zu dem er unbegrenztes Vertrauen habe, vollkommen freie Hand, schon weil er sich in Außenpolitik und Diplomatie noch viel unsicherer fühle als in innerpolitischen Dingen. Aus diesem Grund habe er auch keine Lust, mit Malenkow zusammenzutreffen; jede wichtigere Entscheidung müsse ja doch Dulles fällen. Auch die jüngste indirekte Schwächung von Eisenhowers Stellung durch die demokratischen Wahlsiege in Wisconsin, Neuyork und New Jersey vermögen Dulles nichts anzuhaben; solange die Republikaner am Ruder sind – und das geht auf jeden Fall noch drei Jahre –, wird er «mit nachtwandlerischer Sicherheit» seinen halsbrecherischen Kurs weitersteuern, tief durchdrungen von seiner weltgeschichtlichen Sendung und Berufung.

Wie halsbrecherisch dieser Kurs ist, erkennt man mit Schrecken auch aus einer Äußerung des früheren Präsidenten der amerikanischen Atomkraftkommission, Gordon Dean, der nach den Londoner «Peace News» (30. Oktober) kürzlich gesagt hat:

«Wir müssen ihnen (den Russen) in vollem Ernst erklären, daß wir bei all unserem Haß (?) gegen den Gedanken eines Einsatzes der Atombombe den nächsten sowjetischen Angriff als Aufforderung zu ihrem Einsatz ansehen würden, sofern das nötig ist, um den Angriff zum Stehen zu bringen. Wir müssen es klar machen, daß, wenn Rußland direkt oder indirekt (!) in Korea, im Mittleren Osten oder in der Arktis vorstößt, wir die Organe eines solchen Vorstoßes nicht nur zerstören *müssen*, sondern zerstören *werden* — jeden Meter Aufmarschboden, jedes Versorgungslager, jede für

die Kriegswirtschaft arbeitende Bevölkerungsgruppe. Wir müssen ihnen sagen, daß wir keine Auseinandersetzung über das, was ein Angriff ist, dulden werden. Solch eine Auseinandersetzung könnte jahrelang dauern. Wir alle wissen, was ein Angriff ist, wenn wir ihn vor Augen haben. Sollte aber darüber irgendein Zweifel bestehen, so wollen wir klar zu verstehen geben, daß ein Angriff vorliegt, wenn ein Mörser oder Raupenschlepper aus den tschechoslowakischen Skodawerken in der Nähe eines Toten aus der westlichen Welt aufgefunden wird. Das genügt. Es genügt auch, wenn die Herkunft eines MIG-Flugzeuges, das zur Unterstützung eines Angriffs dient, auf eine russische Fabrik zurückgeführt werden kann.»

So weit sind wir also! Auf irgendeine Untersuchung der Hintergründe und des Hergangs eines Grenzzwischenfalles, einer Flugzeugschießerei lassen sich die Kreise, für die Mr. Dean spricht, überhaupt nicht mehr ein; wenn sie glauben, daß es nun Zeit für die große Abrechnung sei, erklären sie beim ersten Anlaß ohne weiteres den Tatbestand eines russischen Angriffes für erfüllt und lassen von einem ihrer zweihundert Stützpunkte rings um die Sowjetunion herum die Atombomber aufsteigen. Man hat es ähnlich ja schon im Fall Korea gemacht, wo keinerlei gewissenhafte Untersuchung, weder nach der militärischen noch nach der politischen Seite hin, vorgenommen, sondern einfach auf das Zeugnis der Regierung Syngman Rhee hin gegen den «sowjetischen Angriff» zurückgeschlagen und der allgemeine Krieg entfesselt wurde. Man hat es wieder so gemacht, als MacArthur auf die Mandschurei losmarschierte und die Chinesen im letzten Augenblick, zur Abwehr dieser unmittelbaren Drohung, militärisch eingriffen; den Vereinten Nationen genügte das, um China feierlich als Angreifer zu brandmarken. Und nicht viel gerechter urteilte der Sicherheitsrat der UNO in dem früher erwähnten israelisch-jordanischen Streitfall um Kibya: man *wollte* die so offen aggressiven Araberstaaten nicht belasten und verurteilte so einfach Israel. Man sieht, wie trefflich sich die Diplomaten auf diese Dinge verstehen. Und man spürt aus den Worten eines Gordon Dean nur zu deutlich heraus, wie gewisse mächtige Gruppen in Amerika förmlich auf die Gelegenheit brennen, Rußland als Urheber eines dritten Weltbrandes zu erklären und ihre Atom- und Wasserstoffbomben gegen es loszulassen. Die Geisteskrankheit des Antikommunismus scheint wirklich zu jeglichem Verbrechen fähig zu machen! *

* Die kürzlichen Wahlniederlagen der Republikanischen Partei haben die Regierung Eisenhower-Dulles gar noch zu einer Verschärfung ihres hysterischen Antikommunismus veranlaßt. Es ist so, wie der Londoner «New Statesman» (14. November) feststellt: «Drei Tage nach den republikanischen Wahlniederlagen hat Präsident Eisenhower vor Senator McCarthy kapituliert. Das ist die einzig mögliche Folgerung aus dem Entschluß der Regierung, den Fall von Harry Dexter White (des hohen, 1948 verstorbenen Staatsbeamten, der ohne greifbare Beweise wegen Spionage zugunsten der Russen denunziert worden war H. K.) wieder aufzuwärmen, einen persönlichen, beispiellosen Angriff gegen Truman zu führen und jeglichem Hexenjäger in Washington freie Bahn zu geben ... Indem die Republikaner den Fall White wieder ausgraben und den früheren Präsidenten in Verruf zu bringen suchen, haben sie den Parteigegensatz auf ein neues, noch viel schmutzigeres Geleise geschoben.» Die Nutznießer sind vor allem die Strategen des Kalten Krieges, Mr. Dulles an der Spitze.

Eisenhowers Atomplan Oder hat man in Washington – angesichts der sowjetischen Fortschritte in der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben – doch Gewissensbedenken bekommen? Der von Präsident Eisenhower in theatralischem Rahmen vor der UNO dargelegte neue «Atomplan» könnte fast darauf schließen lassen.

Eisenhower schlägt ja vor, daß alle Staaten mit Vorräten an spaltbaren Rohstoffen (Uranium usw.) einen Teil davon einer von der UNO bestellten Atomkraftbehörde übergeben, die sie der Verwendung für Friedenszwecke zuführen solle. So könne wenigstens ein *Anfang* zur Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens und zur Errichtung einer Kontrolle über *alle* Atomkraftquellen, namentlich aber über die Atom*waffen*, gemacht werden.

Das klingt ordentlich plausibel. Es bleibt aber doch abzuwarten, was aus diesem Vorschlag wird. Zwei starke Bedenken drängen sich sofort auf. Zunächst: Er will das Pferd am Schwanz aufzäumen. Wie sollen dann die Russen – denn auf sie ist der Eisenhower-Plan natürlich gemünzt – Vertrauen in die friedfertigen, gutartigen Absichten der Amerikaner und ihres Atomplanes fassen, wenn diese fortfahren, ihre und ihrer Bundesgenossen militärische Rüstungen, eingeschlossen die Bereitstellung von Atomwaffen, aufs höchste zu entwickeln, mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Sowjetunion zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen? Wie sollen die Russen insbesondere ihr Mißtrauen gegen Westdeutschland verlieren, das seinen Revanchewillen nicht im mindesten verbirgt? Wenn man im Lager der Westmächte ehrlich einen Abbau des gegenseitigen Mißtrauens wünscht, warum macht man nicht *selber* einen Anfang damit, indem man die *eigenen* Kriegsrüstungen zum mindesten nicht weitertreibt und beispielsweise die jetzt vielerörterten Pläne fallen läßt, nach Spanien auch Pakistan zu einer großausgebauten Militär- und Luftmachtbasis für die Vereinigten Staaten zu machen? Wer Vertrauen *haben* will, muß auch Vertrauen *geben* und darf nicht den anderen immer einschüchtern und bedrohen wollen!

Sodann aber ist höchst unklar, wie sich die amerikanische Regierung die Kontrolle der zu wirtschaftlichen Zwecken zu benützenden Atomkraft vorstellt. Die Sowjetunion hat bekanntlich, mit ihren weithin unerschlossenen Energiequellen, ein viel größeres Interesse an der Entwicklung der Atomkraftwirtschaft als die Vereinigten Staaten mit ihren ungeheuren, längst nutzbar gemachten Vorräten an Kohle und Erdöl. Ist Amerika bereit, der Sowjetunion den Ausbau von Atomkraftwerken in dem Ausmaß zu gestatten, wie diese das wünscht? Wird es nicht im Gegenteil die russische Atomkraftwirtschaft möglichst zu *drosseln* suchen, sei es um den weiteren Aufschwung der Sowjetwirtschaft im allgemeinen zu verlangsamen, sei es um die damit eng zusammenhängende Stärkung der sowjetischen Wehrwirtschaft zu verhinden? Nach welchem Schlüssel sollen die Atomkraftquellen, die die internationale Behörde entwickelt, zwischen

West- und Oststaaten verteilt werden? Sei man sich doch darüber klar, daß die internationale Atomkraftbehörde, genau wie die UNO selbst, nichts anderes als ein Werkzeug der amerikanischen Machtpolitik wäre! Wie sollen die Russen zu ihr mehr Vertrauen haben können als zu den Vereinten Nationen im allgemeinen!

Kurz: wenn jetzt erklärt wird, die Sowjetunion *müsse* den so wohlgemeinten, ehrlichen Vorschlag Eisenhowers annehmen – oder sie sei endgültig als Friedensfeind entlarvt, so übersieht man bewußt die ungeheure Zumutung, die man damit den Russen stellt. Und der Verdacht liegt nahe, daß der Eisenhower-Plan, wie auch die «Chicago Tribune» meint, einfach «eine wirksame Übung in psychologischer Kriegführung» ist, mit dem Zweck, eine Ablehnung des Planes als weitere Rechtfertigung für die Druck- und Drohpolitik der Westmächte gegenüber der Sowjetunion und – falls es zum Krieg käme – für die Atomisierung Rußlands durch amerikanische Bomber zu benützen, die, wie Eisenhower sagte, ohne weiteres imstand seien, die Sowjetunion «in eine Wüste zu verwandeln». Die Grundlinie des USA-Kurses in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock bleibt auf alle Fälle unverändert, und insbesondere Mr. Dulles fühlt sich geradezu als der «Mann der Vorsehung», der dazu ausersehen sei, ihn mit rücksichtsloser Folgerichtigkeit durchzuführen ...

Nur scheinbar im Widerspruch zu der Unbeirrbarkeit der amerikanischen Weltstrategie steht die neue Tendenz, die *Rüstungsausgaben* der Vereinigten Staaten auf ein erträglicheres Maß herabzuschrauben. Denn hinter dieser Tendenz stehen wesentlich die immer lauter erhobenen Sparforderungen der großen Steuerzahler; anderseits sollen von einer Rüstungsbeschränkung nur gewisse «klassische» Waffengattungen betroffen werden, während die neuen Massenvernichtungsmittel eher in größerem Maßstab hergestellt werden als bisher. Insbesondere aber drängt Amerika die *europäischen* Völker zu höheren Rüstungsleistungen, koste doch eine amerikanische Division in Friedenszeiten jährlich 300 Millionen Dollar, eine europäische hingegen nur 65 bis 80 Millionen, eine türkische oder griechische sogar nur 10 bis 20 Millionen. Das kommt die Vereinigten Staaten allerdings bedeutend billiger, als wenn sie ihre eigene Landarmee im gegenwärtigen Umfang unterhalten müßten!*

Ob Westeuropa den amerikanischen Wünschen nachkommen wird, ist vorerst noch etwas zweifelhaft; auch die belgische Regierung, die eben jetzt den Deutschlandvertrag vom Parlament genehmigen lassen will,

* Ein bedenkliches Zeichen der Zeit ist, daß einer der unermüdlichsten Förderer der amerikanischen Aufrüstung, General *Marshall*, den Friedens-Nobelpreis für 1953 bekommen hat. Nobel selber hatte bestimmt, dieser Preis solle jeweilen demjenigen zufallen, «der die größte oder beste Leistung aufzuweisen hat für die Förderung menschlicher Bruderschaft und für die Abschaffung oder Herabsetzung der stehenden Heere sowie für die Abhaltung und Verbreitung von Friedenskongressen»! Daß General Marshall mit dem nach ihm benannten Wirtschaftshilfsplan Gutes gewirkt hat, wie das Nobelpreiskomitee zur Begründung seines Beschlusses sagt, ist richtig; aber das liegt

kündigt in ihrer Budgetbotschaft für 1954 an, daß die «Last der Militärausgaben» mit Rücksicht auf die etwas entspannte internationale Lage «auf eine längere Zeitspanne verteilt» werden könne und müsse, als bisher vorgesehen gewesen sei. Fest hinter Amerika steht eigentlich nur die *westdeutsche* Regierung und die sie stützende Parteienkoalition. Ihre Ziele sind ja in Hinsicht auf Osteuropa durchaus die gleichen wie diejenigen der Vereinigten Staaten; der wiedererwachte alldeutsche Nationalismus und Militarismus kann – wenn überhaupt – sein kühnes Programm nur dann verwirklichen, wenn er Amerika und möglichst auch die europäischen Weststaaten im Rücken und an der Seite hat. Natürlich tritt dieser Nationalismus heute in ehrbar «demokratischem» Gewand auf; statt sich vorzeitig zu demaskieren, hat er sich bei den Wahlen vom 6. September klug zu Adenauers Parteien gehalten, in deren Reihen er als wohlwollend geduldete «Fünfte Kolonne» viel erfolgreicher wirken kann als mit eigenen Kampforganisationen, zumal ja auch Verwaltung, Gerichte, Schulen usw. längst wieder in starkem Maße mit ehemaligen Nazi durchsetzt sind. Aber vielleicht ist der neue Nationalismus gerade darum nur noch gefährlicher als der alte, hitlerische Nazismus. Mit seiner demokratischen Tarnung und seiner stillen Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens vermag er viele Menschen zu täuschen, die der unverhüllte Nazismus und die laute Gleichschaltung aller Tätigkeitsformen mit der Ideologie des Dritten Reiches abstieß. Dazu kommt, daß der neue Nationalismus die volle Unterstützung der katholischen Kirche genießt, die den Pseudochristen Hitler nur als das kleinere Übel gegenüber Sozialismus und Kommunismus gelten ließ, heute aber in Adenauer einen «echt christlichen Kanzler» zur Verfügung hat. Erst recht kommt natürlich dem neuen Nationalismus die ebenso rückhaltlose wie großzügige Unterstützung durch Amerika zugute, die Hitler nur in begrenztem Maße genoß. Geblieben ist die Stützung der «nationalen Erneuerungsbewegung» durch Industrie und Finanz, die – nach anfänglichem Widerstreben – schließlich Hitler entscheidend in den Sattel geholfen hat und nun auch mit ganzem Einsatz hinter seinem Nachfolger steht. Und geblieben ist namentlich das populäre Revancheverlangen und der vulgäre Antikommunismus, die beide von Hitler so virtuos ausgenützt und aufgestachelt wurden und jetzt neu aufgewacht sind; ja, man kann sagen, daß diese Triebkräfte eher noch stärker geworden sind als vor und in der Zeit des Dritten Reiches, hat doch die Forderung nach Wiedergewinnung der

---

auf einem andern Feld, noch ganz abgesehen davon, daß die Marshall-Milliarden mehr und mehr zur Finanzierung von Kriegsrüstungen in Europa verwendet worden sind. Auf jeden Fall hat Marshall selber, als er von der Verleihung des Nobelpreises an ihn hörte, gesagt, er betrachte als seine größte Leistung für den Frieden den Beitrag, den er für die Aufrüstung Amerikas im Jahr 1950 habe geben können — genau das Gegenteil dessen, was Nobel wollte! General Marshall war übrigens auch einer derjenigen Ratgeber, die für Präsident Trumans Befehl zum Abwurf der Atombomben über Japan mitverantwortlich sind.

verlorenen Ostgebiete einen viel legitimeren Klang als Hitlers Ausdehnungsprogramm, so wie auch der täglich frisch genährte Abscheu vor dem «Ostzonenregime» ungleich kräftiger wirkt, als die seinerzeitige Hetze gegen das «bolschewistische Untermenschentum» im fernen Rußland.

Der Wiederaufstieg Westdeutschlands zu seiner alten, gemeingefährlichen Vormachtstellung ist auf jeden Fall in vollem Gang. Und wenn dann erst einmal die Bonner Republik in irgendeiner Form dem Atlantikbund angeschlossen ist, wer will dann dieses «erneuerte» Deutschland mit seiner gewaltigen Militär- und Wirtschaftskraft und seinem unbändigen Ausdehnungswillen noch verhindern, die erste Rolle in der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» zu spielen? Der Oxforder Professor Thomas Balogh warnt in der «Tribune des Peuples» (Juli/August 1953) eindringlich:

«Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft hat sich schließlich als bloßes Werkzeug der germanischen Vorherrschaft enthüllt. Es scheint jetzt nicht mehr zweifelhaft, daß es nicht mehr möglich ist, Europa irgendwie zu einigen, ohne daß es schließlich von den deutschen Gebietsansprüchen mitgerissen wird. Es liegt keinerlei Grund vor, auf die noch bestehenden Kontrollen über Deutschland ausgerechnet in dem Augenblick zu verzichten, da die schwache Hoffnung auf eine west-östliche Entspannung aufschimmert. Deutschland ist der Hauptnutznießer des Bruches der Kriegszeitbündnisse gewesen. Es ist vollkommen begreiflich, daß Dr. Adenauer (genau wie Syngman Rhee) mit Unruhe und Verzweiflung jede Lockerung der Spannung ins Auge faßt. Aber es ist sicher nicht unsere Aufgabe, uns von Deutschland in ein neues Massengrab schleppen zu lassen. Die zweimaligen Götterdämmerungen Wilhelms II. und Hitlers sind sicher genug für eine einzige Generation.»

Man sollte es wirklich meinen. Aber kann man noch ernsthaft hoffen, daß Deutschlands Nachbarn das unruhige, ehrgeizige, herrschsüchtige «Reich der Mitte» solange unter fester Kontrolle halten und an der Ausführung des erträumten neuen «Germanenzuges nach Ostland» verhindern werden, bis in einem abgerüsteten, nach beiden Seiten unabhängigen Westeuropa auch ein abgerüstetes, unabhängiges Deutschland seinen natürlichen Platz finden wird – als friedlicher Mittler wirtschaftlicher und geistiger Güter zwischen West und Ost?

Europäische Hoffnung Daß die *Völker*, die die Opfer zweier deutscher Angriffskriege geworden sind, für eine straffe Zügelung des deutschen Neunationalismus zu gewinnen wären, soweit sie es – wie durchweg im Osten – nicht bereits sind, das ist mehr als wahrscheinlich. Ob aber auch ihre *Parlamente* und *Regierungen*? Die jüngsten Vorgänge in der französischen Nationalversammlung lassen weiterhin Zweifeln Raum, so erfreulich an sich die Rückzugsbewegung ist, die das Kabinett Laniel angesichts des Widerstandes gegen die «Europaarmee» einleiten mußte. Insbesondere ist nicht abgeklärt, wieweit die französischen *Sozialdemokraten* noch gegen die westdeutsche Aufrüstung sind; ihr Generalsekretär Mollet ist jedenfalls mit der Mehrheit der Fraktion zu den Befürwortern der EVG abgeschwenkt, während

eine Minderheitsgruppe um Jules Moch und Daniel Mayer fest bleibt. Es ist wahrlich ein Jammer, daß in dieser schicksalsschweren Frage auf die westeuropäischen Sozialisten so gar kein Verlaß ist! Auch die *westdeutschen* Sozialdemokraten haben ja, zumal nach dem Wahlerfolg Adenauers, ihre ohnehin schwächliche und unklare «Opposition» gegen die Wiederaufrüstung weiter gemildert und sind jetzt bemüht, die Außenpolitik der Regierung, wie in den Vereinigten Staaten, auf eine «überparteiliche» Grundlage zu stellen. An Nationalismus und Antikommunismus aber lassen sie sich schon längst von niemandem übertreffen.

Kein Wunder; sie sind ja auch theoretisch-grundsätzlich in voller Mauserung begriffen und nähern sich, nachdem sie längst in der *Praxis* ihren Sozialismus mehr oder weniger preisgegeben haben, auch in der programmatischen Zielsetzung ausgesprochen bürgerlichen Auffassungen. Die neuen Revisionisten haben sich (vgl. «Volksrecht», 26. November, «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 2761) bereits zur Bejahung der «sozialen Marktwirtschaft» durchgerungen und sind für die «Ablösung der Idee der Sozialisierung durch die Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb». Den Marxismus wollen sie als «toten Ballast» über Bord werfen und sich, im Zeichen der Abfindung mit dem Christentum als realpolitischer Tatsache, auch der katholischen Kirche anbiedern, die freilich auf der konfessionellen Schule besteht, während die SPD da noch Hemmungen hat. Kurz – die Revision des Marxismus soll nicht nach vorwärts gehen, sondern nach rückwärts, zu Anschauungen, die der Marxismus mit Recht überwunden hat.

Und die britische *Labourpartei*? Als Ganzes ist auch sie unzweifelhaft konservativ (nicht im Parteisinn natürlich), «staatserhaltend», bürgerlichhonett geworden, alles radikale oder gar revolutionäre Stürmertum heftig verabscheuend. Dem Streben, durch eine «maßvolle» Haltung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und einen unantastbaren «Patriotismus» und Antisowjetismus in der Außenpolitik die bei den letzten Unterhauswahlen verlorenen Mittelschichten zurückzugewinnen und so erneut an die Regierung zu kommen, ordnet ihre Führung alles andere unter. Churchills etwas boshaftes Kompliment an Attlee, als der Führer von Ihrer Majestät allergetreuester Opposition das Ehrenbürgerrecht der Londoner City – des Sitzes der britischen Finanzwelt – bekam, scheint in der Labourpartei keineswegs als peinlich, vielmehr als höchst ehrenvoll empfunden zu werden – das Kompliment nämlich, Attlee habe sich um die Aufrüstung Großbritanniens und eine zielbewußte Reichspolitik sehr verdient gemacht.

In der Innenpolitik unterscheidet sich heute die Labourpartei jedenfalls kaum mehr von einem nicht einmal besonders energischen Sozialliberalismus, wie ihn seinerzeit etwa Lloyd George vertreten hat. Ihre offizielle Programmschrift «Challenge to Britain» («Herausforderung an England») ist wirklich keine zum Angriff blasende Fanfare, sondern eher

eine die Übergabe ankündende Chamade. Professor Cole stellt im «New Statesman» (14. bzw. 21. November) melancholisch fest, daß sich die Labourpartei offenbar damit begnüge, den Wohlfahrtsstaat im Rahmen eines regulierten Kapitalismus auszubauen; sie habe «die alte sozialistische Behauptung preisgegeben, daß ja gerade die Möglichkeit eines sicher begründeten Wohlfahrtsstaates von der Ersetzung des Profitmachens durch öffentlichen Dienst in den Hauptzweigen der Wirtschaft abhängen müsse». Die Gewerkschaften seien eben nicht zu sozialistischen Lösungen bereit, und die sozialistische Bewegung könne nicht vorwärts kommen ohne die Gewerkschaften. Das sei eine Aussicht, die für Sozialisten ebenso bedrückend sei, wie sie von denen begrüßt werde, «die die Labourpartei zu dem altmodischen Liberalismus zurückbilden wollen, aus dem sie herausgewachsen ist». Man sieht, der ganze Vorgang ist nicht unähnlich dem, was sich jetzt in der deutschen Sozialdemokratie abspielt.

Es ist nur folgerichtig, daß die Labourführung auch in der Reichspolitik – abgesehen von den erwähnten «Verdiensten» um die Aufrüstung – sich den herrschenden bürgerlich-konservativen Anschauungen bedenklich stark annähert. Bezeichnend dafür ist die matte Opposition, die sie dem reaktionär-kolonialistischen Staatsstreich in Guayana entgegengesetzt hat, und die betonte Brüskierung der beiden Mitglieder der abgesetzten Regierung von Guayana, die naiv-vertrauensvoll nach London gekommen waren, um die Hilfe der Labourpartei zu gewinnen. Mit der – nicht stichhaltigen – Begründung, Dr. Jagan und Mr. Burnham (der eine von indischer, der andere von afrikanischer Abstammung) seien ja doch nur kommunistische Agenten, lehnte es sowohl die Gewerkschafts- wie die Labourparteiführung ab, sich mit ihnen einzulassen und ihre Sache zu unterstützen – selbstverständlich der beste Weg, um die koloniale Freiheitsbewegung, die sich in Guayana bisher durchaus auf reformistisch-gesetzlichem Boden gehalten hat, dem Kommunismus in die Arme zu treiben!

Ist so auf die offiziellen Träger des westeuropäischen Sozialismus wenig Verlaß – von der fast völligen Verbürgerlichung der französischen Sozialdemokratie wollen wir gar nicht erst reden –, so muß man seine Hoffnung um so mehr auf das Entstehen von *Volksbewegungen* setzen, die, über den Parteirahmen hinausgreifend, durch die uns alle bedrohenden tödlichen Gefahren aufgeweckt werden und zu tatkräftigem Handeln vorstoßen mögen. Die international in Gang gekommene Aktion für eine friedliche Lösung der deutschen Frage ist, neben den umfassenderen allgemeinen Sammlungsbewegungen für den Kampf gegen die Kriegsgefahr, *ein* verheißungsvolles Anzeichen dieser Art. Ein anderes ist die wachsende Erkenntnis, daß die ganze rückschrittliche Tendenz der herrschenden Klassen in Westeuropa (und Amerika) sehr bewußt und energisch von der gegenwärtigen *vatikanischen Politik* getragen wird. André Monnier schreibt in der evangelisch-sozialen «Cité Nouvelle» (12. November) sehr richtig:

«Man kann ohne Furcht vor Bestreitung behaupten, daß ohne die anfangs noch zögernde Unterstützung durch Robert Schuman und die (katholische) Republikanische Volksbewegung wie nachher ohne die tätige Propaganda der gleichen Partei und ihre politischen Ränke das französische Parlament nicht bereit gewesen wäre, diese verbrecherische Anregung (nämlich die Schaffung einer westeuropäischen Armee mit deutschem Kern) in Betracht zu ziehen ... Wir wundern uns daher nicht, wenn die beiden deutschen Studenten, die Robert Schuman und Adenauer waren, Schüler der Universitäten Bonn und Berlin, wenn Alcide de Gasperi, der ehemalige Wienerstudent und Abgeordnete für Trient im österreichischen Reichsrat, schon in jungen Jahren mit den alldeutschen Gedankengängen eines Görres und Schlegel vertraut geworden sind. Die willen- und bedingungslose Unterwürfigkeit dieser drei Männer und ihrer Nachfolger gegenüber der katholischen Kirche und die nicht minder ausgesprochene Unterwürfigkeit Van Zeelands (des belgischen Außenministers H. K.) erlauben die Feststellung, daß es ihnen nie eingefallen wäre, auch auf politischem Boden eine bedeutsame Initiative zu ergreifen, die nicht die vollständige Billigung des Papsttums gefunden hätte ... Roms Willen ist, aus den drei großen Staaten Italien, Frankreich und Deutschland eine politische Einheit zu schaffen, die ihre Inspiration vom Papsttum her bekommen soll.»

Eine Einheit – so fügen wir hinzu –, die natürlich auch Staaten wie Spanien, Belgien und Österreich umfassen und die Schweiz, Holland usw. nicht unberührt lassen würde, und die in der Zerschlagung der kommunistisch regierten Staaten eines ihre großen Hauptziele sähe. Der Bund Rom-Washington ist so ein durchaus gegebenes Gebilde, dessen Gefährlichkeit zu unterschätzen verhängnisvoll wäre. Aber noch einmal: Die Völker wachen allmählich doch zu der Erkenntnis ihrer Lage auf und beginnen ihren Widerstand geltend zu machen. Dieses Erwachen und dieser Widerstand muß freilich noch viel rascher und allgemeiner kommen, als es vorerst der Fall ist; nur dann können sich die Hoffnungen erfüllen, die wir auf die Brechung der Herrschaft der Todesmächte durch die von unten und oben sich ankündigenden Lebenskräfte zu setzen berechtigt sind. Es ist erst Advent; es muß auch Weihnacht und Ostern werden!

Gefährliche Demokratie Wenn man so den weltweiten Kampf der beiden großen Heerlager überschaut, bleibt es einem immer wieder unbegreiflich, wie dieser Kampf von der einen – der «westlichen» – Seite als Existenzkampf der vom Kommunismus in ihren Grundlagen bedrohten freien Welt ausgegeben werden kann. Millionen von Menschen, auch solche, die es besser wissen müßten, nehmen diese Losung unzweifelhaft in guten Treuen an. Aber ebenso unzweifelhaft sind politische Freiheit und Demokratie für die eigentlichen Träger des antikommunistischen Kampfes, für die bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsschichten, das Letzte, um dessentwillen sie sich auf einen möglichen kriegerischen Entscheidungskampf rüsten. Diese Schichten und Kreise lassen sich die Demokratie gewiß solange gutmütig gefallen, als sie ihren materiellen und gesellschaftlichen Interessen dient; sobald aber die Demokratie *ihrer Klassenherrschaft im Ernst gefährlich wird*, verstehen sie keinen Spaß mehr und zögern nicht lange, um ihr den Garaus zu machen.

Das trat am klarsten dort zutage, wo die Demokratie noch verhältnismäßig jung war und keine rechten Wurzeln im Volksbewußtsein und in den politischen Sitten hatte, wie in Italien, Deutschland, Spanien, Griechenland. Hier trat der Widerspruch zwischen einer Wirtschaftsverfassung, die im Grunde Diktatur ist, Herrschaft der Wenigen über die Vielen, und einer Staatsverfassung, die mit dem allgemeinen Stimmrecht die Mehrheitsherrschaft zum Gesetz erhebt, in seiner vollen Schärfe hervor. Denn hier war es – aller Schwindelpropaganda mit Reichstagsbränden zum Trotz – ganz offenbar nicht der Kommunismus, der die kapitalistische Oberschicht zum *faschistischen Staatsstreich* trieb, sondern der soziale Reformismus, der sich des allgemeinen Stimmrechts und der übrigen demokratischen Freiheitsrechte bediente, um die bürgerliche Klassenordnung auszuhöhlen und umzuformen. Silone beschreibt es («Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung.» Zürich 1934) für *Italien* ganz richtig:

«In der Tat tauchte der Faschismus weit mehr als Reaktion gegen den Reformismus als gegen den Maximalismus auf. Die reichen Bauern, die Kaufleute, die Angestellten, die Kleinindustriellen, die im Jahre 1921 in Massen dem Faschismus zugeströmt waren, suchten darin nicht die Waffen, um den Maximalismus, sondern den Reformismus zu zerstören. In den Provinzen, wo der Reformismus mächtiger war, dort war der Faschismus blutdürstiger. Der rednerische Revolutionarismus der Maximalisten gefährdete nur die Lampen der Straßenbeleuchtung und manchmal die Knochen von einigen Polizeiagenten, aber der Reformismus mit seinen Kooperativen, seiner Gehaltserhöhung in Krisenzeiten, seiner Arbeitslosenunterstützung bedrohte etwas viel Heiligeres: den kapitalistischen Profit ... Gegen den schwätzerischen Maximalismus, der vom Morgen bis zum Abend die ‚Bandiera rossa' und die ‚Internationale' singt, verteidigt sich der Kapitalismus mit den Gesetzen, und wenn die alten nicht genügen, macht er neue; gegen den Reformismus, der auf friedlichem, demokratischem und gesetzlichem Wege das Gleichgewicht der Klassen stört, wird der Kapitalismus blutgierig und greift zum faschistischen Banditentum.»

Ähnlich war es in *Deutschland*: Unter der Weimarer Republik gewannen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, dank der neuen demokratischen Verfassung, zusehends bestimmenden Einfluß auf das Gefüge und den Gang der Wirtschaft; Arbeiterrechte, Schutzgesetze, Sozialversicherung, Betriebsräte, Planwirtschaft, industrielle Demokratie usw. – das breitete sich aus «wie eine Seuche» und drohte dem guten, alten Kapitalismus geradezu ans Leben zu gehen. Es war zwar eine Täuschung, zu glauben, daß die kapitalistische Ordnung auf *diese* Art, so ganz allmählich, stufenweise, fast hinterrücks, überwunden werden könne; aber das war es ja eben: die herrschenden Klassen fürchteten nicht die soziale Revolution, mindestens nicht eine gewalttätige Revolution, sondern die reformerische, streng demokratisch vor sich gehende Evolution, die allmählich den Kapitalismus außer Betrieb setzen und die aus ihm zu ziehenden Bereicherungsmöglichkeiten zerstören würde. Die Reformisten wollten sozusagen der Katze «nur» stückweise den Schwanz abhauen, ihr die Krallen stutzen und das Maul zubinden; das war sicher eine falsche Me-

thode, aber es genügte, um das «freie Unternehmertum» und seine Verbündeten in den anderen Wirtschaftsgruppen bis aufs Blut zu reizen und zu dem Versuch zu ermutigen, mit einem Gewaltschlag – durch Emporhebung des Nazismus zur Herrschaft über den Staatsapparat – all die Einmischungen, Kontrollen und Hemmungen zu beseitigen, die das normale Arbeiten der kapitalistischen Wirtschaftsmaschinerie zu lähmen drohten.

Man könnte den entsprechenden Hergang der Dinge auch für *Spanien* nachzeichnen, wo kein bolschewistischer Umsturz, sondern die «schöne Revolution» von 1931 die alten Herrschaftsmächte langsam, aber eben deswegen auch höchst unsicher zu stürzen unternahm und die aufs Ganze gehende militärische Gegenrevolution unter Franco die Wurzel des Übels, die politische Demokratie, gewaltsam auszureißen beschloß. Aber das Gesagte mag genügen, um die Feststellung zu erläutern, daß zwischen bürgerlich-kapitalistischer (und feudaler) Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und politischer Demokratie wie sozialem Reformismus anderseits eine grundsätzliche Spannung besteht, die in dem Augenblick zu faschistischer Entladung führt, da die Demokratie die Lebensmöglichkeit des kapitalistischen Systems selber in Frage stellt.

Reaktionäre Demokratie Zwei Voraussetzungen sind allerdings nötig, damit es zu *dieser* Lösung der Spannung kommt: Der Kapitalismus muß bereits in seine Niedergangsperiode eingetreten sein, und die Demokratie darf keine wirklich lebendige Macht im Leben der Volksgemeinschaft sein.

Das erste trifft heute für alle Länder des westeuropäisch-nordamerikanischen Kulturkreises zu; das zweite nur für die Länder der von oben her eingeführten, nicht wurzelmäßig gewachsenen Kunstdemokratien (zu denen auch die lateinamerikanischen «Demokratien» zählen, für die irgendeine Art Faschismus der politische Normalzustand ist). Es gilt also nicht – mindestens vorerst nicht – für die Länder mit fester, zum Teil sehr alter freiheitlicher Überlieferung und Sitte, wie England, Nordamerika, Frankreich, Skandinavien, Holland, die Schweiz, in denen die Demokratie noch etwas von der revolutionären Kraft und Frische bewahrt hat, die ihr einst zu eigen war. Denn hier ist ja das kapitalistische Bürgertum selbst durch revolutionäre Erhebungen und Erschütterungen, seien sie nun wirtschaftlicher, geistiger, politischer oder kriegerischer Art gewesen, zur Macht gekommen und hat sich im liberalen Staat den ihm gemäßen Willensausdruck geschaffen. Aber dann rückten mehr und mehr auch die anderen, bisher zurückgesetzten und ausgenutzten Volksschichten in die Teilhaberschaft an der Staatsmacht ein, die sie durch den siegreichen Kampf für das allgemeine Stimmrecht und sogar die direkte Demokratie erworben hatten. Und nun wurde auch hier jener Widerspruch zwischen Wirtschaftsverfassung und Staatsform sichtbar, von dem wir vorhin gesprochen haben, und der – um Marx («Die Klassenkämpfe in

Frankreich») anzuführen – «darin besteht: die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie (die kapitalistische Demokratie) verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen können und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen.»

Aber dieser Widerspruch wird nun – und das ist das Kennzeichnende – in den Ländern der älteren Demokratie nicht durch offene Beseitigung der demokratischen Rechte und Einrichtungen gelöst, sondern durch deren *Umbiegung in Werkzeuge der kapitalistischen Klassenherrschaft*. Das Interesse der kapitalistischen Oberschicht wird als Interesse des Gesamtvolkes ausgegeben; eine kleine Minderheit von Besitzenden und Bevorrechteten vermag sich trotz politischer Demokratie und sogar mit den Mitteln dieser Demokratie an der Herrschaft zu halten, indem sie der großen Volksmehrheit zu suggerieren versteht, daß die *kapitalistische* Wirtschaft *die* Wirtschaft schlechthin, die bürgerliche Kultur die einzig gültige Kultur, der bürgerliche Klassenstaat der Staat überhaupt sei. Ein ganzer großer Apparat zur Formung des «Volkswillens» dient diesem Zweck, von Schule, Kirche und Militär über Presse und Radio, Literatur, Kunst und Wissenschaft bis zu den unzähligen Vereinen und Organisationen des privaten, kulturellen, beruflichen und öffentlichen Lebens, mit den politischen Parteien und Bewegungen als ihrer Spitze. Ganze Ideen- und Weltanschauungssysteme arbeiten daran, die herrschenden Ordnungen als Einrichtungen nationaler Solidarität, wirtschaftlichen Gedeihens, sittlichen Strebens, bürgerlichen Friedens erscheinen zu lassen; Religion, Patriotismus und Militarismus spielen dabei naturgemäß eine Hauptrolle.

Es ist eine ganz erstaunliche, wenn man will bewundernswerte Leistung, die die kapitalistische Oberklasse damit vollbracht hat. Wie Otto Bauer («Zwischen zwei Weltkriegen?», Bratislava 1936) feststellt:

> «Die bürgerliche Demokratie war der höchste Triumph des Kapitalismus. Die bedeutende Hebung der Lebenshaltung der Volksmassen auf dem Boden der Demokratie und die unmittelbare Berufung aller Volksklassen zur Mitentscheidung in der Demokratie haben die Volksmassen mit der Überzeugung erfüllt, daß sie auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Interessen wahren, ihre Lebenshaltung verbessern können. Die bürgerliche Demokratie hat alle gegen den Kapitalismus gerichteten revolutionären Energien eingeschläfert. Sie hat die Massenparteien der Kleinbürger und der Bauern in gefügige Werkzeuge der Kapitalistenherrschaft verwandelt und die praktische Wirksamkeit der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auf Funktionen reduziert, die den Kapitalismus nicht erschüttert, sondern auf ein höheres technisches, soziales und kulturelles Niveau gehoben und dadurch gefestigt haben ... So konnte die Kapitalistenklasse alle vier oder sechs Jahre einmal ihrer Klassenherrschaft die Weihe der Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmungen geben lassen. So konnte sie herrschen durch den Willen der von ihr ausgebeuteten Volksmassen selbst.»

Unsere schweizerische, die sogenannte direkte Demokratie – mit Volksabstimmung und Volksbegehren – kann sich diese Bestätigung der kapitalistischen Klassenherrschaft durch den «Souverän» sogar alle paar Monate einmal leisten. Wie viele Vorlagen sind vom (männlichen) Stimmvolk angenommen worden, die den Interessen der großen Volksmehrheit gerade entgegengesetzt waren; wie viele Initiativbegehren sind abgelehnt worden, die das Volk unbedingt hätte annehmen müssen, wenn es seinen wirklichen Vorteil verstanden hätte – alles dank jener raffinierten Technik der scheindemokratischen Massenbeeinflussung, in der wir es anscheinend zur Weltmeisterschaft gebracht haben! So war es auch möglich, die unselbständig erwerbenden Volksgruppen derart zu zersplittern, daß von den schätzungsweise 900 000 schweizerischen Stimmbürgern, die ihrer gesellschaftlichen Lage nach im antikapitalistischen Lager stehen sollten, erheblich weniger als der dritte Teil sozialdemokratisch oder kommunistisch stimmt – wobei der Antikapitalismus der Sozialdemokratie ja längst eine höchst fragwürdige Sache geworden ist . . .

Wenn es wieder einmal gelungen ist, der Volksmehrheit eine Vorlage aufzuschwatzen, die sie im wohlverstandenen Eigeninteresse hätte verwerfen sollen, dann reden unsere Zeitungen wohl von einem «Ehrentag der Demokratie». In Wirklichkeit ist es beschämend, wie sehr heute «Demokratie» in der westlichen Welt einfach mit «bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsform» gleichgesetzt werden darf und wie fest die Herrschenden darauf zählen, daß die bestehende Ordnung der Dinge solange nicht erschüttert werden könne, als diese Verwechslung von den Völkern naiv angenommen wird, solange folglich, als die bürgerlich-kapitalistische Verfälschung der Demokratie für die echte, allein mögliche Form der Demokratie gehalten wird und insbesondere ein verbürgerlichter Sozialismus der Illusion nachjagt, daß – ich lasse wieder Otto Bauer, den sozialdemokratischen Führer der Zwischenkriegszeit, sprechen – «die Arbeiterklasse friedlich und allmählich, durch bloße Ausnützung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne». Die Folge dieser Illusion ist dann einfach, daß die im guten Sinn revolutionären Elemente der Arbeiterklasse – zusammen mit gleichgesinnten Angestellten- und Intellektuellengruppen – dem Kommunismus zugetrieben werden – und das wäre mindestens im Westen ganz und gar nicht nötig!

Demagogie und Antikommunismus Es ist natürlich denkbar, daß die Stützung der kapitalistischen Ordnung mit den *Mitteln* der politischen Demokratie, aber ganz gegen ihren *Geist*, schließlich auch in den Ländern mit alter freiheitlicher Überlieferung – und erst recht natürlich in den neudemokratischen, ehemals faschistischen Ländern – versagt, und daß dann die

herrschende Klasse auch hier zum offenen Faschismus greift. Aber vorerst gibt es noch andere, weniger stoßende Mittel, um den gewünschten Zweck zu erreichen. Zählen wir sie in aller Knappheit auf:

1. Die *Technik der Massenbeherrschung* wird vervollkommnet und im großen Stil ausgebaut. Was man jetzt, im weltpolitischen Kampf, psychologische Kriegführung heißt, ist auf innerstaatlichem Boden grundsätzlich schon seit geraumer Zeit alltägliche Praxis vor allem der kapitalistischen Parteien, nur vielleicht etwas weniger «wissenschaftlich» aufgemacht. Die Methode ist, kurz gesagt, einfach Erregung und Aufpeitschung von Massengefühlen und Massenleidenschaften an Stelle des Appels an Vernunft und Gewissen. Man will nicht mehr überzeugen, sondern nur noch hypnotisieren – und dazu sind alle Mittel gut. «Das Schauspiel einer leistungsfähigen Elite, die der Masse gegenüber ihre Autorität aufrechterhält und ihren Willen geltend macht, indem sie irrationale Methoden der Überredung mit rationaler Berechnung anwendet, ist der beunruhigendste Alpdruck der Massendemokratie», meint in seinem Buch «The New Society» (London 1951) Professor E. H. Carr, der wohlbekannte englische Geschichtsschreiber. Und mit nur zuviel Recht betont er, daß der Geist der Demokratie dabei mehr und mehr verloren gehe – trotz dem Fortbestand demokratischer Einrichtungen:

«Das unterscheidende Merkmal darf nicht im Weiterleben hergebrachter Einrichtungen gesucht werden, sondern nur in der Frage, wo die Macht ruht und wie sie ausgeübt wird. Die Demokratie ist in dieser Hinsicht eine Angelegenheit des Grades. Manche Länder sind heute demokratischer als andere. Aber vielleicht keines ist sehr demokratisch, wenn man an die Demokratie einen irgendwie strengen Maßstab anlegt. Die Massendemokratie ist ein schwieriges und bislang weithin unerforschtes Land, und wir kommen wohl der Wahrheit näher und gewinnen eine überzeugendere Lösung, wenn wir sagen, daß es not tut, nicht die Demokratie zu verteidigen, sondern sie erst zu schaffen.»

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt (Professor Carrs Buch ist eine Sammlung von Vorträgen, die am Londoner Radio gehalten wurden); mit weniger diplomatischen Wendungen könnte man sagen, daß die moderne bürgerliche Demokratie immer ausgesprochener zur vollendeten Demagogie – zur Volksverführung und -belügung – entartet und von «kaltem» Faschismus nicht mehr weit entfernt ist. Die Art und Weise, wie nicht allein in Amerika, sondern auch in Ländern mit vermeintlich gediegenerer politischer Kultur heute Wahlen und Abstimmungen regelrecht *gemacht* werden, gestattet kaum ein milderes Urteil. Nur merken es die Leute gewöhnlich nicht und sonnen sich noch immer im Glanz ihrer «unschätzbaren Freiheit», weil sie vermeintlich denken, reden und schreiben können, was ihnen beliebt – solange und soweit nämlich, als es den Herrschenden ungefährlich erscheint. Denn wie Claude Aveline («L'heure du choix», Paris 1947) so zutreffend bemerkt: «Ein Sklave, der protestiert, ohne Züchtigung gewärtigen zu müssen, hält sich für

einen freien Menschen – nur vergißt er seine Dauerstrafe: daß er Sklave ist.»

2. Zur ideologischen gesellt sich die neue *psychologische* Kriegführung, die im Zeichen des *Antikommunismus* steht. Darüber ist hier kaum mehr etwas zu sagen; der Antikommunismus ist ja *die* beherrschende Erscheinung besonders der Nachkriegszeit (obwohl sie natürlich so alt ist wie der Kommunismus selber) und stellt als planmäßig erzeugte Massenhysterie wohl die wirksamste Waffe im Selbsterhaltungskampf der kapitalistischen Klasse dar. Wie der Antikommunismus innenpolitisch arbeitet, beobachtet man am besten am amerikanischen «McCarthyismus», den man als Skandal und als Schande für das Land Lincolns, Wilsons und Roosevelts bezeichnen müßte, wenn der *moralische* Terror, der gegen alle Nichtgleichzuschaltenden auch bei uns ausgeübt wird, soviel besser wäre als der mehr oder weniger gesetzliche Terror, den die Freiheitskämpfer vom Komitee gegen unamerikanische Umtriebe praktizieren. Im übrigen sorgen Staatsschutzgesetze und Gerichtsurteile auch in Westeuropa dafür, daß «gefährliche Gedanken» oder doch ihre Träger auf ganz legale Art unschädlich gemacht werden. Die wirkliche Demokratie aber versinkt dabei immer rettungsloser im politischen Schlamm.

3. Eine in diesem Ausmaß neue Erscheinung ist sodann die *Einmischung der Vereinigten Staaten*, als der Vormacht des Weltkapitalismus, in die *inneren Angelegenheiten anderer Länder*. Auch davon ist an dieser Stelle oft die Rede gewesen; es sei darum nur rasch daran erinnert, daß es in entscheidender Weise amerikanischer Druck und amerikanisches Geld waren, was nach dem Zweiten Weltkrieg die «drohende» Entwicklung Westeuropas zu sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen verhindert hat. In Frankreich ist seitdem, nach der Sprengung der Linkskoalition, die schönste Reaktion am Ruder; in Italien hat der «demokratische» Klerikalismus und Feudalkapitalismus bei den Wahlen von 1948 nur gewonnen, weil er massive amerikanische Unterstützung fand, während bei den heurigen Wahlen die Sache nur sehr unvollkommen gelang. Um so gründlicher war dafür der Wahlsieg der Rechten in Westdeutschland, der ohne die wirtschaftliche Aufblähung der Bonner Republik durch die Vereinigten Staaten und die äußerst tätige politische Bundesgenossenschaft zwischen den herrschenden Klassen Amerikas und Westdeutschlands gar nicht denkbar gewesen wäre. Ähnlich wirkt sich das amerikanische Eingreifen auch in anderen europäischen Staaten aus – Großbritannien nicht ausgeschlossen –, wohingegen in Japan der durch die USA-Besatzung anfänglich zurückgedrängte Kurs nach links sich doch durchzusetzen beginnt. Im ganzen hat die Stützung und Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes von außen her den Volkswillen fast überall regelrecht zu vergewaltigen vermocht. Der wirkliche Souverän der meisten westeuropäischen Staaten ist heute der Dollar.

4. Mit dieser Drosselung der Demokratie in Westeuropa stimmt es ausgezeichnet zusammen, daß der von Amerika geführte Weltkapitalismus ohne übertriebenes Schamgefühl, wie gestern mit dem deutschen Nazismus und dem italienischen Faschismus, so heute mit den rückschrittlichsten, freiheitsfeindlichsten Kräften in allen Erdteilen brüderlich verbündet ist, mit den lateinamerikanischen Diktaturen wie mit den halb- und ganzfaschistischen Regierungen Südeuropas, des Nahen und des Fernen Ostens. Die Unwahrhaftigkeit des westmächtlichen Anspruches, die Sache der Demokratie zu vertreten, wird dadurch besonders scharf beleuchtet, und der unversöhnliche Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie tritt so ein weiteres Mal mit aller Klarheit hervor.

5. Die logische Folgerung aus diesem ganzen «kalten» Krieg, den die kapitalistischen Klassen gegen die Demokratie – die freie Willensbildung und Selbstregierung der Völker – führen, ist die Vorbereitung des «*heißen*» Krieges gegen die Länder, in denen zwar nicht bereits der Sozialismus, wie wir ihn verstehen, verwirklicht wird, aber doch eine Revolution gewaltiger Art gegen Kapitalismus, Feudaldespotie und Fremdherrschaft im Gang ist. Wollte man einwenden, daß es sich hier nur um die Zurücksetzung und womöglich Zerstörung totalitärer Diktatur und die Sicherung der demokratischen Lebensform im Weltmaßstab handle, so müßte man erwidern, daß – wie soeben gesagt – die kapitalistischen Demokratien gar keine große Abneigung gegen freiheitsfeindliche Regierungssysteme bekunden, wenn sich diese nur für den Kampf gegen den Kommunismus gebrauchen lassen. Schon daraus – wenn aus nichts anderem – geht hervor, daß es den Westmächten bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus gar nicht um die Beseitigung eines Diktaturregimes geht, sondern nur um die Auslöschung der Herde einer weltweiten sozialen Revolution, die auch den europäisch-amerikanischen Kapitalismus zu erschüttern droht. Wäre es anders, dann hätte weder Großbritannien – gewiß im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten – die völlig demokratisch zur Macht gekommene Regierung seiner Kolonie Guayana absetzen dürfen noch dürfte Frankreich gegen den offenbaren Willen der Völker von Indochina seinen «schmutzigen Krieg» weiterführen oder Amerika seinen kalten Krieg gegen die Chinesische Volksrepublik betreiben, hinter der ohne jeden Zweifel die große Mehrheit der chinesischen Nation steht. Nein, was jetzt unter dem Banner der Demokratie gegen die Oststaaten und die unterentwickelten Länder der übrigen Welt ins Werk gesetzt wird, das ist genau das Gegenteil von Demokratie, ist *Faschismus im internationalen Maßstab* – der Versuch gewaltsamer Zerschlagung und Erstickung einer antikapitalistischen, antiimperialistischen Freiheitsbewegung, wobei die bolschewistische Diktatur, wie bei den klassischen Mustern des innerstaatlichen Faschismus, nur als bequem zu handhabender Bürgerschreck herhalten muß.

Wer angesichts dieses ganzen Sachverhalts – der hier nur in großen Zügen umrissen werden konnte – noch immer glaubt, die Behauptung vom Kampf der Westmächte für eine freie Welt sei mehr als eine zynische Propagandalüge, mit dem wollen wir nicht weiter rechten. Wir wollen uns vielmehr an die alte Erfahrungsweisheit erinnern: «Man kann alle Menschen eine Zeitlang anlügen. Man kann einen Teil Menschen auch die ganze Zeit anlügen. Aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit anlügen.»

2. Dezember *Hugo Kramer*

Epilog

Viel Jahre spann ich meine Reime fort,
Gewohnheit, fürcht ich, will sie weiterspinnen —
Und nicht der heiße Drang ganz tief von innen,
Der nur am Ursprung selbst, an Gott, sein Wort

Anbrennt. Und dann, so fürcht' ich, blende
Vielleicht mein Tun der Geist der Eitelkeit,
Der ihm den falschen Glanz des Wertes leiht
Nützlicher Tage — die vielleicht verschwendet.

So zu verlieren viel, Geringes zu gewinnen,
Fürcht ich! Drum Feuer meiner Brust, beschwöre
Ich dich zur tiefsten Ruhe zurück nach innen!

Stockend im Schmerz, erstickt vom Weinen, schickt
Mein Herz sein wahres Lied Ihm einzig zu Gehör,
Der nicht das Lied, der nur das Herz erblickt.

Vittoria Colonna
(in der Uebersetzung von Hans Mühlestein)

«Es könnte vielleicht ein Augenblick kommen, wo aus der verzweifelten Sehnsucht einer Welt Moses Mendelssohns schlichtes Wort: ‚In welcher glückseligen Welt würden wir leben, wenn alle Menschen die Wahrheiten annähmen und ausübten, die die besten Christen und die besten Juden gemeinsam haben', wo dies Wort, das wir nicht einfach übernehmen können, weil ihm heute die Wurzelung der Tiefe in einer gemeinsamen Wahrheit fehlt, in einer neuen allmenschlichen Wahrheit wieder Wurzel schlüge und lebte.»

Aus Margarete Susmans «Gestalten und Kreise».

An unsere Leser!

Am Ende dieses Jahrganges der «Neuen Wege» möchten wir neben dem starken Gefühl des Ungenügens unserer Kräfte doch dem tiefen Empfinden Ausdruck geben, daß die «Neuen Wege» der heute fast übergroßen Aufgabe, Wahrheitsdienst zu leisten, lebendiger und umfassender dienen konnten. In einer Situation, in der Zeitschriften wie die unsrige um die nackte Existenz ringen müssen, stärkt uns der zugleich äußere wie innere Zuwachs an Kraft, den uns die Verbindung mit neuen Kampfgefährten und die Treue unserer bisherigen Mitarbeiter und Leser gebracht hat. Wir sind zutiefst dankbar für all die sichtbare und unsichtbare Mithilfe, die uns zuteil geworden ist und die wir im neuen Jahre ebenso benötigen werden. Unsere Hoffnungen möchten wir auf Gott setzen, der unser Wollen, Sehnen und Arbeiten segnen und wunderbar fördern kann, wenn es seinen Willen und Weg sucht. Es scheint uns, daß das kommende Jahr den ganzen Einsatz jedes einzelnen von uns verlangt, weil es von schweren Kämpfen und Entscheidungen erfüllt sein wird. Und im Hinblick auf diese persönliche Verantwortung wollen wir Weihnachten – und das ist ja Christus und mit ihm die Liebe Gottes zur Welt – mit hineinnehmen in unsere Arbeit. Darin möchten wir allen unsern Lesern verbunden sein.

Das Redaktionskollegium

Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»

Einladung

Wir laden unsere Mitglieder freundlich ein zu unserer

Jahresversammlung

die wir gemeinsam durchführen wollen und die nun am

Sonntag, dem 10. Januar 1954,

in Zürich, im Haus «Zum Korn», Birmensdorferstraße 67, beim Bahnhof Wiedikon, stattfinden wird.

Tagesprogramm: 9.30 bis 12 Uhr Jahresgeschäfte
14 Uhr Vortrag von Herrn *Jean Gebser*, über das Thema:
«Der Wandel unseres Weltbildes»

Für die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz und
für die Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»:
Die Präsidentin: *Carmen Weingartner-Studer*

Zur freundlichen Beachtung!

Die Weltrundschau von Hugo Kramer ist ursprünglich für das Novemberheft geschrieben worden. Nachdem wir uns aus technischen und finanziellen Gründen entschlossen hatten, das Novemberheft mit dem Dezemberheft als Doppelnummer herauszugeben, hat Hugo Kramer sein Manuskript um Aktuelles erweitert.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß das Referat von Dr. Nikolaus Koch *«Das Ringen um den Frieden in der Weltpolitik»* («Neue Wege», Oktoberheft) als Separatdruck der «Neuen Wege» bei Sofie Zoller, Manessestraße 8, Zürich, zu beziehen ist (Preis Fr. –.25).

Um Angabe von Adressen für Zusendung von Probenummern der «Neuen Wege» sind wir sehr dankbar, ebenso um freiwilligen Zuschuß an unsere Kasse.

Wir bitten Sie, die Liste (auf Seite 492) der bei uns zu beziehenden und noch vorhandenen Schriften zu beachten!

Das Redaktionskollegium

Schriften der religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung Freunde der „Neuen Wege"

Leonhard Ragaz:

Sollen und können wir die Bibel lesen und wie?	Fr. 1.30
Reformation nach vorwärts oder nach rückwärts?	Fr. —.50
Das Glaubensbekenntnis	Fr. —.60
Die zehn Gebote	Fr. —.50
Israel, Judentum, Christentum	Fr. —.80
Das Reich Gottes in der Bibel	Fr. 1.—
Die Erneuerung der Schweiz	Fr. —.50

Betrachtungen aus den «Neuen Wegen» zu Fr. —.30

Die Toten und wir
Die neuen Himmel und die neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt
Vom Hüttenbauen zum Helfen
Die neue Gemeinde
Die Speisung der Fünftausend
Der größere Christus
Der Paraklet
Vom bösen Blick und vom guten
Die Revolution Christi
Vom Optimismus und Defaitismus
Die Weihnachtsdreiheit

Hugo Kramer:

Sinn und Aufgabe der religiös-sozialen Bewegung angesichts der heutigen Weltlage	Fr. —.50
Die Krise des Sozialismus	Fr. —.40
Vom Kampf um die Freiheit	Fr. —.30

Bruno Balscheit:

Das Kommen des Reiches Gottes nach dem Alten Testament	Fr. —.50
Geist, Christlicher Glaube, Sozialismus	Fr. 2.—

Rudolf Liechtenhahn:

Das Kommen des Reiches Gottes nach dem Neuen Testament	Fr. —.50

O. Bauer und L. Ragaz:

Neuer Himmel und Neue Erde (ein religiös-sozialer Aufruf)	Fr. —.50

Krijn Strijd:

Neue Wehrhaftigkeit	Fr. —.30

Nikolaus Koch:

Das Ringen um den Frieden in der Weltpolitik	Fr. —.25

Zu beziehen bei der Administration der «Neuen Wege», Manessestraße 8, Zürich 4, Postscheck VIII 8608, Zürich.

Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»

GTU Library
3 2400 00334 8335

v.47
1953

Neue Wege

v.47
1953